Der Berliner Kongreß 1878

Protokolle und Materialien

Herausgegeben von
Imanuel Geiss

HARALD BOLDT VERLAG · BOPPARD AM RHEIN

DAS BUNDESARCHIV
UND SEINE BESTÄNDE

3. ergänzte und neu bearbeitete Auflage
von Gerhard Granier, Josef Henke und Klaus Oldenhage
Schriften des Bundesarchivs, Band 10, 3. Auflage

ISBN 3 7646 1688 1 — 1977 —
1012 S., Ln., DM 60,—

Akten, persönliche Papiere, Archivaliensammlungen, aber auch Filme und Bilder, Tonträger und Karten zur Geschichte des Deutschen Bundes (1815—1866), vor allem jedoch des Deutschen Reiches (1867/77—1945) und der Bundesrepublik Deutschland bilden die Bestände des Bundesarchivs. Für den Zeitraum bis 1945 kann die vorliegende dritte Auflage der Bestandsübersicht des Bundesarchivs als abgeschlossen und für längere Zeit als grundlegendes Hilfsmittel bei der Ermittlung historischer Quellen zur deutschen Geschichte angesehen werden.

Heinz Boberach/Hans Booms (Hrsg.)
AUS DER ARBEIT
DES BUNDESARCHIVS

Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte
Schriften des Bundesarchivs, Band 25

ISBN 3 7646 1690 3 — 1977 — 568 S., Ln., DM 38,—

Die Veröffentlichung ist konzipiert als eine Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Bundesarchivs. Von insgesamt 36 Beiträgen sind 16 der Quellenkunde und 20 dem Archivwesen gewidmet. Daraus entstand zugleich ein Leitfaden über Archivbenutzung und die dort gegebenen Arbeitsmöglichkeiten. Das Militärarchiv, als Ganzheitsarchiv Teil des Bundesarchivs, wird in mehreren Beiträgen seiner Arbeit und Bedeutung entsprechend gewürdigt.

HARALD BOLDT VERLAG
BOPPARD AM RHEIN

Bundesarchiv

27

Der Berliner Kongreß 1878

Der Berliner Kongreß 1878

Protokolle und Materialien

Herausgegeben von
Imanuel Geiss

HARALD BOLDT VERLAG · BOPPARD AM RHEIN

Zum 100. Male jährt sich 1978 der Berliner Kongreß, nach Rang und Bedeutung der Teilnehmer eine der glänzendsten Konferenzen der Neuzeit. Er versuchte, die machtpolitischen Gegensätze auf dem Balkan auszugleichen, nachdem Rußland die Türkei besiegt und im Vorfrieden von San Stefano einen erheblichen Machtzuwachs erreicht hatte.

Der Kongreß war von entscheidender Bedeutung für die Geschichte der Staaten, die in Südosteuropa selbständig wurden; zugleich war er ein Höhepunkt im politischen Wirken Bismarcks, der ihn als »ehrlicher Makler« zu leiten gedachte.

Der Bremer Historiker Imanuel Geiss ediert die bislang nur schlecht zugänglichen Protokolle in authentischer französischer Fassung und in deutscher Übersetzung sowie einige, zum Verständnis notwendige, zusätzliche Dokumente. Zur Kommentierung werden vor allem Aufzeichnungen Bismarcks herangezogen. Die Einleitung erläutert den geschichtlichen Rahmen und die historische Bedeutung der Konferenz.

HARALD BOLDT VERLAG
BOPPARD AM RHEIN

Der Berliner Kongreß
Protokolle und Materialien

SCHRIFTEN DES BUNDESARCHIVS

27

Der Berliner Kongreß 1878

Protokolle und Materialien

Herausgegeben

von

Imanuel Geiss

HARALD BOLDT VERLAG · BOPPARD AM RHEIN

Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag

ISBN: 3 7646 1729 2

© Harald Boldt Verlag · Boppard am Rhein 1978
Alle Rechte vorbehalten · Printed in Germany
Herstellung: boldt druck boppard gmbh

Vorwort

Das Bundesarchiv möchte mit der Veröffentlichung der Protokolle des Berliner Kongresses die Aufmerksamkeit auf ein Ereignis lenken, das — Frieden stiftend für einen Zeitraum von 34 Jahren — sich in diesem Jahre zum hundertsten Male gejährt hat. Der Kongreß, an dem die sieben Großmächte Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland, die Türkei und das Deutsche Reich teilnahmen, suchte die Konflikte beizulegen, die zwischen dem niedergehenden Osmanischen Reich, dem vielzitierten „Kranken Mann am Bosporus", und den aufsteigenden südslawischen Nationalbewegungen auf dem Balkan entstanden waren. Dieser Kongreß stellt sich als ein zentrales historisches Ereignis dar in der Zeitspanne zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg mitsamt den Revolutionen der Jahre 1917/18 in Rußland, Deutschland und Österreich.

Dem interessierten Leser die bisher nur an entlegener Stelle gedruckten offiziellen Kongreßprotokolle jetzt auch in deutscher Übersetzung kommentiert vorzulegen, um sie über einen engen Fachkreis hinaus neu zugänglich zu machen, ist die Absicht dieser Publikation. Willkommenen äußeren Anlaß dazu bot ein internationales Symposium, das vom Institut für Europäische Geschichte der Universität Mainz unter der Schirmherrschaft der „Association Européenne de l'Histoire Contemporaine" im Oktober 1978 veranstaltet wird.

Koblenz, im August 1978

Professor Dr. Hans Booms
Präsident des Bundesarchivs

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort V

Einleitung IX

Datengerüst zur Vorgeschichte und Geschichte des Berliner Kongresses, 1774—1914 1

Vorfriedensvertrag von San Stefano, Auszug 15

Teilnehmerverzeichnis des Berliner Kongresses 23

Die Konferenzprotokolle, französische Fassung 29
Protokoll Nr. 1 31
Protokoll Nr. 2 36
Protokoll Nr. 3 42
Protokoll Nr. 4 47
Protokoll Nr. 5 53
Protokoll Nr. 6 62
Protokoll Nr. 7 68
Protokoll Nr. 8 76
Protokoll Nr. 9 91
Protokoll Nr. 10 99
Protokoll Nr. 11 110
Protokoll Nr. 12 117
Protokoll Nr. 13 125
Protokoll Nr. 14 131
Protokoll Nr. 15 138
Protokoll Nr. 16 148
Protokoll Nr. 17 154
Protokoll Nr. 18 160
Protokoll Nr. 19 168
Protokoll Nr. 20 172

Die Konferenzprotokolle, deutsche Übersetzung 175
Protokoll Nr. 1 175

Seite

Protokoll Nr. 2 181
Entwurf zum Protokoll der 2. Sitzung 188
Protokoll Nr. 3 192
Protokoll Nr. 4 199
Protokoll Nr. 5 207
Protokoll Nr. 6 219
Protokoll Nr. 7 227
Protokoll Nr. 8 238
Protokoll Nr. 9 259
Protokoll Nr. 10 269
Protokoll Nr. 11 282
Protokoll Nr. 12 292
Protokoll Nr. 13 303
Protokoll Nr. 14 310
Protokoll Nr. 15 319
Protokoll Nr. 16 332
Protokoll Nr. 17 340
Protokoll Nr. 18 348
Protokoll Nr. 19 358
Protokoll Nr. 20 363

Der Berliner Vertrag von 1878, Faksimile aus dem Reichsgesetzblatt . . 367

Bibliographie 409

Register 413

Einleitung

Das 100-jährige Jubiläum des Berliner Kongresses von 1878 bietet Gelegenheit, ein historisches Ereignis wissenschaftlich neu aufzuarbeiten, das lange Zeit zwar in den Schulbüchern behandelt, sonst aber dem breiteren Publikum eher nur oberflächlich bekannt war. Bei näherem Zusehen erweist sich der Berliner Kongreß jedoch als ein Knotenpunkt ersten Ranges in der neueren Geschichte Europas.

Die bisherige Quellengrundlage war dürftig: Das amtliche deutsche Quellenwerk, die ,,Große Politik'', enthält über den Kongreß selbst überhaupt nichts, über seine Vorgeschichte nur sehr wenig[1]). Seit zwei Jahrzehnten liegt eine regestenmäßige Aufarbeitung österreichischer Quellen vor[2]). Die bisher ausführlichste Darstellung hat zum 60. Jahrestag des Berliner Kongresses der englische Historiker Medlicott geliefert[3]), eine knappe Einordnung in die Geschichte der großen europäischen Kongresse Winfried Baumgart[4]). Eine vorzügliche Skizze des Berliner Kongresses samt unmittelbarer Vorgeschichte liegt mit der (auch sonst noch immer vorzüglichen) Darstellung des amerikanischen Historikers Langer vor[5]). Aber sie bleibt, jedenfalls im deutschsprachigen Bereich, auf die Kenntnis von professionellen Historikern beschränkt.

---

[1]) Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, hg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme, 39 Bde., Berlin 1922/27, Bd. 2, Nr. 431, Anm., verweist selbst auf den Mangel an deutschen Akten zum Berliner Kongreß. In der Tat fanden sich im Archiv des Politischen Amts in Bonn, neben dem offiziellen Protokoll und den Petitionen, keine internen deutsche Vorgänge.

[2]) Alexander Novotny: Quellen und Studien zur Geschichte des Berliner Kongresses 1878. I. Band: Österreich, die Türkei und das Balkanproblem im Jahre des Berliner Kongresses. Graz-Köln 1957.

[3]) W.N. Medlicott: The Congress of Berlin and After. A Diplomatic History of the Near Eastern Settlement 1878-1880. London [2]1963 vor allem Kap. III, ,,The Congress'', S. 36-136; ferner die schon ältere Arbeit von E.L. Woodward: The Congress of Berlin. London 1920.

[4]) Winfried Baumgart: Vom Europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles. Darmstadt 1974.

[5]) William L. Langer: European Alliances and Alignments 1871-1890, New York [3]1964, Kap. 5, ,,The Russian-Turkish War and the Congress of Berlin'', S. 121-170A.

Hinzu kommen einige Spezialuntersuchungen[6]), ferner Berichte von Teilnehmern am Kongreß[7]).

Eine nähere Beschäftigung mit der deutschen Politik in der großen Orientkrise 1875/78[8]) führte zur Frage nach dem Berliner Kongreß, in den schließlich die große Orientkrise einmündete, von da zur Frage nach den Protokollen des Berliner Kongresses. Es erwies sich, daß ihre Existenz nur wenigen Fachhistorikern bekannt war, obwohl sie 1878 zumindest gleich fünfmal in der verschiedensten Form veröffentlicht[9]) und später in der Literatur verarbeitet wurden[10]).

Die Übersetzung der Protokolle ist nach dem Exemplar in den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts angefertigt, von dem das Archiv freundlicherweise zu diesem Zweck eine Kopie anfertigen ließ. Der photomechanische Druck erfolgte nach dem Exemplar im Staatsarchiv Bremen. Einige Druckfehler im französischen Original konnten daher nicht verbessert werden.

---

[6]) U.a. Eduard von Wertheimer: Graf Julius Andrássy. Sein Leben und seine Zeit. 3 Bde., Stuttgart 1913, III, Kap. 5 „Der Berliner Kongreß", S. 108-142; Manfred Müller: Die Bedeutung des Berliner Kongresses für die deutsch-russischen Beziehungen. Leipzig 1927.

[7]) Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten, hg. von Alexander Hohenlohe und Friedrich Curtius. 2 Bde., Berlin 1907, Bd. I, S. 230-253.
Hajo Holborn, Hg.: Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz, 2 Bde., Berlin 1925, Bd. II, S. 17-67.
Carathéodory Pacha: Le Rapport Secret sur le Congrès de Berlin adressé à la S. Porte, hg. von B. Bareilles. Paris 1919.
Comte Charles de Moüy: Souvenirs et Causeries d'un diplomate. Paris 1909.
Erstaunlich unergiebig sind Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.
Aufschlußreich Graf Peter Schuwalow: Der Berliner Kongreß, in: Berliner Monatshefte, 16/1938, S. 603-632.
In diesen Zusammenhang gehört auch ein nochmaliger Verweis auf die Andrássy-Biographie Wertheimers, (vgl. oben, Anm. 6).

[8]) Imanuel Geiss: Die deutsche Reichspolitik gegenüber der Aufstandsbewegung in der Herzegovina und in Bosnien, 1875-1878, in: Akademija Nauka i Umjetnosti Bosne i Hercegovine: Medunarodni Naucni Skup povodom 100-Godisnjice Ustanaka u Bosni i Hercegovini, Drugim Balkanskim Zemljama i Istocnoj Krizi 1875-1878. Godine. 3 Bde., Sarajevo 1977, I. S. 231-248;
jetzt neu abgedruckt in ders.: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs. München 1978, S. 76-123.

[9]) In der russischen offiziösen Zeitung „Journal de St. Petersbourg", August/September 1878; Österreich-ungarisches Rotbuch 1878, III. Teil: Actenstücke in Orientalischen Angelgenheiten. Präliminarfriede von San Stefano. Congress-Protokolle und Vertrag von Berlin. Wien 1878; ferner in den beiden Fachzeitschriften „Das Staatsarchiv", 1878, Bd. 34, S. 107ff.; de Martens: Nouveau Receuil Général de Traités, II. Série. T. III, 1878, S. 276ff.; State Papers, Bd. 69, London 1878; für ein stichwortartiges Resumée der Protokolle in englischer Sprache vgl. Sir Edward Hertslet: The Map of Europe by Treaty, Bd. 4, London 1891, S. 2735-2757.

[10]) Vgl. oben Anm. 3, 5, 6.

Vorgeschichte und historische Voraussetzungen

Einige knappe Bemerkungen zur historischen Einordnung und zum äußeren Ablauf des Berliner Kongresses, ergänzt durch eine Datentabelle[11]), sollen das Verständnis der Kongreßprotokolle und der zusätzlichen Materialien erleichtern.

Der Berliner Kongreß ist das historisch unentbehrliche Bindeglied zwischen Wiener Kongreß 1814/15 und Versailler Kongreß 1919, das wichtigste Einzelereignis auf außenpolitischem Gebiet und für die Entwicklung der internationalen Beziehungen in Europa zwischen Wiener Kongreß und Erstem Weltkrieg, so wie für die Entwicklung der inneren Verhältnisse in den meisten europäischen Ländern die Revolution von 1848/49 das wichtigste Einzelereignis für denselben Zeitraum ist. Jedenfalls laufen wesentliche Entwicklungen von 1814/15 zum Ersten Weltkrieg über den Berliner Kongreß 1878 und treffen sich dort zu einem Faktorenkomplex, den der Berliner Kongreß seinerseits wieder veränderte — Orientalische Frage und Nationalbewegung der Südslawen auf dem Balkan; Rivalität der Großmächte und Entstehen des ersten Bündnisses zwischen europäischen Großmächten nur ein Jahr später, des Zweibunds zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn (1879), als Auftakt zum europäischen Bündnissystem, das seinerseits zu den historischen Voraussetzungen des Ersten Weltkriegs gehört; Okkupation Bosniens und der Herzegovina, Zyperns, beide, als Teil der Orientalischen Frage, in engem Zusammenhang mit dem Übergang zur imperialistischen Expansion Europas im engeren Sinne zu sehen, zu der die Okkupation Zyperns ein weiterer Schritt war. Selbst die jüdische und die armenische Frage, die erst Jahrzehnte später virulent wurden, wurden auf dem Berliner Kongreß schon angesprochen, wenn auch nur am Rande.

Der Berliner Kongreß war somit einer der wichtigsten Schnittpunkte der inneren und internationalen Entwicklung Europas zwischen Französischer Revolution/Wiener Kongreß einerseits, Erstem Weltkrieg/Revolutionen 1917/18 in Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits: Die Bezugpunkte für die Entwicklung der internationalen Beziehungen zwischen 1815 und 1914 liegen auf der Hand, zumal der Berliner Kongreß 1878 zeitlich fast in der Mitte zwischen beiden Schlüsselereignissen der jüngeren Neuzeit liegt. Die Bedeutung der inneren Faktoren zwischen Französischer Revolution und den Revolutionen in Europa 1917/18 wird durch ihre notwendige Verknüpfung mit äußeren Faktoren deutlich: Der Berliner Kongreß entstand aus den Konflikten zwischen dem niedergehenden Osmanischen Reich[12]) und den aufsteigenden Nationalbewegungen auf dem Balkan, wie sie zum ersten Mal als Ausstrahlung der

---

[11]) Vgl. unten S. 1-14.

[12]) Als beste historische Analyse M.S. Anderson: The Eastern Question 1774-1923. A Study in International Relations. London ⁴1972; eine vorzügliche Zusammenfassung und Einordnung bei W. Baumgart: Europäisches Konzert, S. 19-55; vgl. auch David Harris: A Diplomatic History of the Balkan Crisis of 1875-1878. The First Year. Stanford ²1969, S. 1-131.

Französischen Revolution auf Südosteuropa mit dem Serbischen Aufstand von 1804 sichtbar wurden, später im griechischen Unabhängigkeitskampf 1821/29[13]). Alles wurde kompliziert durch die nationalen und sozialen Komponenten der Revolution von 1848/49. Sie führten zur Bildung des italienischen Nationalstaats (1859/61), der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn (1867) und des Deutschen Reichs (1871) — mit Rückwirkungen unterschiedlichster Art auf die Nationalbewegungen, vor allem der Südslawen. Seit dem Dekabristenaufstand (1825), der Niederlage im Krimkrieg (1853/56) und der Bauernbefreiung (1861) reiften in Rußland revolutionäre Spannungen heran. Sie brachen beim militärischen Eingreifen des zaristischen Rußlands in die große Orientkrise, d.h. im 8. russisch-türkischen Krieg (1877/78), als erste Attentatswelle des vorrevolutionären Terrorismus durch und mündeten in die ersten Nihilisten- und Terroristenprozesse (1877/78) ein.

Zeitlich parallel dazu verschärften sich unmittelbar vor dem Berliner Kongreß die inneren Spannungen auch im jungen Deutschen Kaiserreich: Das zweite Attentat gegen Kaiser Wilhelm I. erfolgte einen Tag vor der offiziellen Einladung zum Berliner Kongreß, am 2. Juni; am Tag vor dem Zusammentritt des Berliner Kongresses, am 12. Juni, löste Bismarck den Reichstag auf, der die Zustimmung zum ersten Sozialistengesetz verweigert hatte: Bismarck hing innenpolitisch förmlich in der Luft — der Reichstag war aufgelöst, der Bündnisversuch mit den Nationalliberalen gescheitert, das katholische Zentrum stand noch in der Konfrontation des abklingenden Kulturkampfes, der immerhin schon 81-jährige Kaiser Wilhelm I. war erheblich verletzt, so daß bei seinem hohen Alter niemand damals vorherzusagen gewagt hätte, daß er noch ein knappes weiteres Jahrzehnt leben könnte, während Bismarck selbst gesundheitlich so angeschlagen war, daß er nur auf dringendes Zureden von Zar Alexander II. überhaupt bereit war, das Präsidium des Berliner Kongresses zu übernehmen. Das Attentat auf Kaiser Wilhelm I. überschattete den Berliner Kongreß, wie auf der Eröffnungssitzung des Kongresses am 13. Juni deutlich wurde[14]). Die Funktion des Gastgebers für die Kongreßteilnehmer bei offiziellen Empfängen in Potsdam und im Berliner Schloß übernahm daher, in Stellvertretung des Kaisers, Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Zur weiteren und engeren Vorgeschichte des Berliner Kongresses gehört die Orientalische Frage, d.h. seit dem Frieden von Kütschük-Kainardschi (1774) die Frage, was aus dem niedergehenden Osmanischen Reich, dem vielzitierten „kranken Mann am Bosporus", werden würde. Die Orientalische Frage lag im Spannungsfeld zwischen aufstrebenden Nationalbewegungen auf dem Balkan und sich überkreuzenden Interessen der Großmächte. Namentlich der Interessengegensatz zwischen England und Rußland bestimmte die Gesamtkonstellation der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich: England wollte den Seeweg nach Indien über das Mittelmeer, den neuerbauten Suezkanal

---

[13]) Dimitrije Djordjević: Révolutions nationales des peuples balkaniques, 1804-1914. Beograd 1965.

[14]) Vgl. Protokoll Nr. 1, S. 177.

und das Rote Meer sichern, indem es den Einbruch Rußlands aus dem Schwarzen Meer durch die Meerengen ins Mittelmeer zu verhindern suchte. Rußland dagegen strebte nach Konstantinopel und zum Balkan. Rußlands Interesse an der Zerschlagung des Osmanischen Reichs durch Unterstützung der Nationalbewegungen auf dem Balkan und an der Kontrolle der Meerengen sah sich daher durch England blockiert, das umgekehrt das Osmanische Reich als wesentlichen Faktor im europäischen Gleichgewicht erhalten wollte, namentlich gegen das expandierende Rußland. In diesem Punkt unterstützte Österreich mit seiner seit Maria Theresia im wesentlichen zurückhaltenden Türkeipolitik die britische Strategie.

Höhepunkt des britischen Eintretens für das Osmanische Reich war der Krimkrieg (1853/56), der seinerseits tiefgreifende Rückwirkungen auf Rußland hatte: Bauernbefreiung (1861), Übergang zur gezielten Industrialisierung mit neuen sozialen Spannungen und Konflikten im Innern. Terrorismus und sozialistische Bewegung waren Auftakt zur Revolution nach den nächsten schweren militärischen Niederlagen, gegen Japan (1904/05) und vor allem gegen Deutschland im 1. Weltkrieg (1914/17). Immerhin lähmten die schweren inneren Konflikte schon während eines relativ kurzen und zuletzt noch erfolgreichen Krieges Rußland 1877/78 so sehr, daß es damals schon einen allgemeinen Krieg kaum hätte durchstehen können[15]).

Nach der gemeinsamen militärischen Intervention Englands, Frankreichs und Rußlands zugunsten der aufständischen Griechen (1827) und seit der Unabhängigkeit eines noch kleinen Griechenland (1831) — war das Engagement des liberalen England für das Osmanische Reich durch die Forderung nach Reformen im Osmanischen Reich modifiziert, namentlich Gleichberechtigung juristischer und politischer Art sowie innere Autonomie für die südslawischen Nationalitäten. Die Sympathien Englands verteilten sich daher ungefähr gleichmäßig zwischen dem Osmanischen Reich und seinen aufbegehrenden christlichen Untertanen, vor allem auf dem Balkan. Allerdings wandte sich England nach türkischen Massakern an Balkanvölkern und zu Zeiten liberaler Kabinette unter Gladstone stärker von den Türken ab. In einem Fall trugen die „Bulgarengreuel" von 1876 gar in der sog. „Midlothian Campaign" Gladstones (1879/80), bald nach dem Berliner Kongreß, zum Wahlsieg der Liberalen bei (1880), als Gladstone die Bulgarengreuel und die insgesamt wohlwollende Haltung der konservativen Regierung gegenüber den Türken zum Hauptthema seines erfolgreichen Wahlkampfes gegen Beaconsfield machte. Umgekehrt bedeutete eine Regierung der Konservativen, zur Zeit des Berliner Kongresses unter Disraeli-Beaconsfield (1874-1880), ein Maximum des britischen Eintretens für das Osmanische Reich. Bei allem Schwanken zwischen liberalen und konservativen Nuancen blieb stets die Spannung zwischen Förderung der Autonomiebestrebungen und dem gesamtbritischen, überparteilichen Interesse, Rußland machtpolitisch von Indien und aus dem Mittelmeer fernzuhalten[16]).

---

[15]) Aufschlußreich Graf Peter Schuwalow: Der Berliner Kongreß, S. 612f., 618.

[16]) Vgl. C.J. Lowe: The Reluctant Imperialists. British Foreign Policy 1878-1902. London 1967, Kap. II, „The Eastern Question, 1878-82", S. 19-51, vor allem S. 19-38.

Die Entsendung der britischen Flotte und eines Expeditionskorps in den Bosporus zum Schutz Konstantinopels vor der russischen Armee Anfang 1878 schien die Konstellation von 1853/54 zu wiederholen, diesmal mit der Aussicht, daß es darüber, auch ohne Bündnisse zwischen den Großmächten, zum allgemeinen Krieg kommen würde. Die Hauptkonfliktfront auf dem Berliner Kongreß verlief daher zwischen England und Rußland. Nach der türkischen Niederlage ging es nur noch darum, bis zu welchem Ausmaß das Osmanische Reich geschwächt werden sollte.

Alle anderen Großmächte wirkten im Grunde nur modifizierend: Österreich-Ungarn war Sekundant Englands zu Lande, ohne aber (aus inneren und finanziellen Gründen) einen Krieg gegen Rußland ernsthaft anzustreben; es hätte ihn offensichtlich nur höchst widerwillig als letzten Ausweg zur Blockierung Rußlands in Kauf genommen[17]).

Frankreich hatte im Orient ein traditionelles Interesse als katholische Schutzmacht der Heiligen Stätten und als jahrhundertelanger Bündnispartner des Osmanischen Reichs seit Franz I. (1536). Andererseits war es durch seine innere und äußere Schwäche seit der Niederlage gegen Deutschland (1870/71), den Übergang zur III. Republik und durch seine republikanisch-liberalen Interessen an den Balkanvölkern in seinen außenpolitischen Möglichkeiten gelähmt. Es spielte daher auf dem Berliner Kongreß insgesamt nur eine passive Rolle, von punktuellen ausgleichenden Bemühungen abgesehen, zu denen Bismarck die Franzosen bewußt heranzog[18]).

Italien war in Berlin zum ersten Mal seit seiner nationalen Einigung auf einem internationalen Kongreß vertreten. Es schwankte zwischen dem liberalen Pathos seines Risorgimento, das manche Parallelen zum Nationalismus der Südslawen aufwies, und expansiven Tendenzen zur Gegenküste der Adria, zunächst vor allem nach Albanien[19]). So konnte sich Italien die Wege zu künftigen Eroberungen wenigstens offenhalten. Seine Politik „der sauberen Hände" und der machtpolitischen Zurückhaltung erlegte Italien eine insgesamt passive Rolle auf dem Berliner Kongreß auf.

Das Deutsche Reich hatte in seiner Phase der Kontinentalpolitik und einer gerade angelaufenen Industrialisierung noch keine expansiven Tendenzen über seine 1871 erreichten Grenzen hinaus entfaltet, wie sie später in der Phase der Weltpolitik und im Ersten Weltkrieg mit den Kriegszielen des Deutschen Reichs

---

[17]) W.N. Medlicott: The Congress of Berlin, S. 13; F.R. Bridge: From Sadowa to Sarajevo. The Foreign Policy of Austria-Hungary, 1866-1914. London, Boston 1972, S. 84-88; E. v. Wertheimer: Andrássy, III., S. 108-142.

jetzt auch Arnold Suppan: Außen- und militärpolitische Strategie Österreich-Ungarns vor Beginn des bosnischen Aufstandes 1875, in: Symposium Sarajevo (vgl. oben Anm. 6), I., S. 159-175.

[18]) Vgl. Protokolle Nr. 4, 6, S. 207-221; dazu paßt auch die betonte Freundlichkeit, mit der Bismarck gerade um diese Zeit Frankreich generell behandelte; vgl. Moüy: Souvenirs, S. 95f.

[19]) A. Novotny: Berliner Kongreß, S. 50f.; Radowitz II: Erinnerungen. S. 30; etwas ausführlicher Luigi Albertini: The Origins of the War of 1914. 3 Bde., London ²1966, I, S. 23-29.

zu Tage traten[20]). Zur Zeit der großen Orientkrise von 1875/78 hatte es noch so wenige direkte ökonomische oder gar politische Eigen-Interessen auf dem Balkan, daß von einer aktiven Balkanpolitik Deutschlands noch nicht die Rede sein kann[21]). Allerdings war es daran interessiert, das neue Gleichgewicht der Kräfte, das es durch die eigene Reichsgründung gerade erst so drastisch zu seinen Gunsten verändert hatte, zu erhalten. Es wollte vor allem verhindern, daß das durch den Verfall des Osmanischen Reichs entstehende Machtvakuum durch Rußland ausgefüllt wurde. Ein neuer Quellenfund läßt ferner die Vermutung zu, daß Deutschland sich vielleicht schon durch eine Kette südslawischer (zunächst erst autonomer, aber früher oder später doch zur Souveränität aufsteigender) Staaten nicht den Weg zu einer künftigen Expansion über den Balkan ins Osmanische Reich blockieren lassen wollte[22]).

Ähnlich wollte Österreich-Ungarn vor allem verhindern, daß das drohende Machtvakuum auf dem Balkan durch einen kompakten südslawischen Großstaat ausgefüllt wurde, mit oder ohne Vorherrschaft Rußlands, da es sonst seiner Südslawen im eigenen Land nicht mehr sicher war[23]).

Der Aufstieg Serbiens zur Autonomie (1817), Griechenlands zur Souveränität unter dem Schutz der Großmächte (1831), die Vereinigung der Moldau und der Walachei zu Rumänien (1859/61), zunächst noch unter Suzeränität des Osmanischen Reichs, sowie der seit langem ungeklärte Status Montenegros zwischen halber Lehensabhängigkeit und halber Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich bezeichnen die politische Ausgangsstellung auf dem Balkan vor der Orientkrise. Sie wurde durch den Aufstand in der Herzegovina eröffnet, gefolgt vom Aufstand in Bosnien (1875)[24]) und Bulgarien (1876), dem Eingreifen Serbiens und Montenegros gegen das Osmanische Reich (1876). Die Niederlage Serbiens zog erst die politische Intervention Rußlands nach sich, die zur Konstantinopeler Konferenz vom Dezember 1876/Januar 1877 führte. Das Scheitern der Konstantinopeler Konferenz provozierte die militärische Intervention Rußlands im 8. russisch-türkischen Krieg (1877/78): Nach zunächst wechselvollen Kämpfen brach das Osmanische Reich im Januar 1878 zusammen. Die russischen Armeen standen vor Konstantinopel, eine britische Flotte im Bosporus sollte, nach dem militärischen Zusammenbruch, wenigstens den

---

[20]) Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf [3]1964; Sonderausgabe [2]1977.

[21]) Vgl. oben, Anm. 8.

[22]) Ebenda, S. 264f. (S. 103-105).

[23]) A. Suppan: Strategie Österreich-Ungarns 1875 (oben Anm. 17), S. 164, über Andrássys Argument in der großen Staatskonferenz vom 29. Januar 1875 für die Annexion Bosniens und der Herzegovina: Bei einer „wiederholten Abstinenzpolitik" würde „zunächst notwendigerweise" der Verlust der dalmatinischen Küste eintreten; könnte oder wollte Österreich-Ungarn einen südslawischen Staat, z.B. mit Serbien, Montenegro, Bosnien, Herzegovina, nicht verhindern, „dann geben wir uns selbst auf und treten in die Rolle des kranken Mannes".

[24]) Für Details aus jugoslawischer Sicht vgl. Milorad Ekmecić: Der Aufstand in Bosnien 1875-1878. 2 Bde., Graz 1974; (deutscher Auszug aus ders.: Ustanak u Bosni 1875-1878. Sarajevo [2]1973).

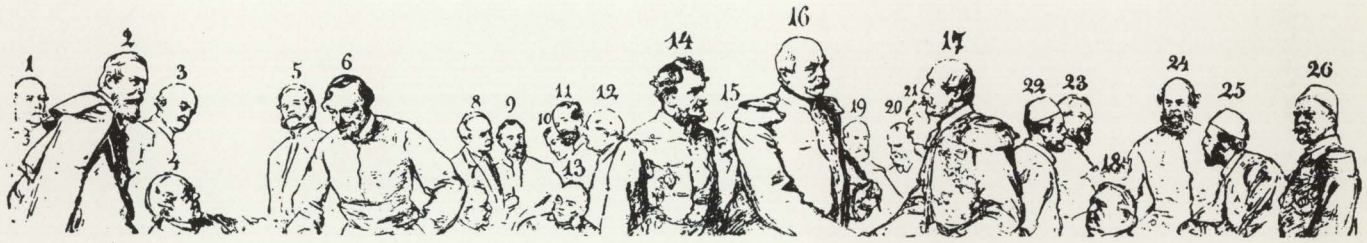
drohenden politischen Zerfall des Osmanischen Reichs verhindern: Die militärische Konfrontation zu einem allgemeinen Krieg der Großmächte war Wirklichkeit geworden. In dieser ohnehin schon angespannten Situation erlegte der Vorfriede von San Stefano der Türkei Bedingungen auf, die die Vorherrschaft Rußlands auf dem Balkan bedeutet hätten.

England und Österreich beantworteten San Stefano mit einer faktischen Kriegsdrohung gegen Rußland, namentlich im Protest gegen ein Groß-Bulgarien, das im Süden bis zur Ägäis, im Westen bis zur Grenze Albaniens reichen sollte. Formal als autonomer Staat unter osmanischer Suzeränität bleibend, wäre das neue Groß-Bulgarien in Wirklichkeit Speerspitze des russischen Einflusses auf dem Balkan bis unmittelbar vor Adrinanopel gewesen, womit Konstantinopel in direkter Reichweite der russischen Macht gelegen hätte. Außerdem hätte die Einbeziehung Makedoniens in Bulgarien Albanien und die formal unter osmanischer Souzeränität bleibenden autonomen Provinzen Bosnien und Herzegovina geographisch vom Osmanischen Reich getrennt und damit ihre endgültige politische Trennung als schwache, kaum lebensfähige Kleinstaaten vorbereitet.

Die Kriegsdrohung Englands und Österreich-Ungarns erzwang letzten Endes den Berliner Kongreß, bedeutete doch der Vorfriede von San Stefano einen eklatanten Bruch des Pariser Vertrags von 1856, der den Krimkrieg beendet hatte und dessen Bestimmungen von allen Großmächten kollektiv garantiert worden waren. Jede tiefgreifende Veränderung, wie sie San Stefano vorsah, hätte nach geltendem Völkerrecht die Zustimmung aller am Pariser Vertrag beteiligten Mächte erfordert. Da Rußland militärisch selbst erschöpft war, mit seiner Armee strategisch in exponierter und auf die Dauer unhaltbarer Position vor Konstantinopel stand[25]) und im Innern durch die erste Terrorwelle schon erschüttert war, lenkte Rußland in seiner außenpolitischen Isolierung ein. Vorbereitet durch eine Abmachung mit England vom 30. Mai trat es den Rückzug in den Berliner Kongreß an: Schon vor seinem Zusammentritt hatte es im Prinzip zugestimmt, Bulgarien territorial zu verkleinern und in zwei Staatsgebilde unterschiedlichen Status aufzuteilen, mit dem Balkangebirge als Grenze. Bulgarien blieb autonomes Fürstentum, unter der Suzeränität des Sultans nördlich des Balkans. Davon abgetrennt wurde Ost-Rumelien als vom Sultan weiterhin direkt regierte Provinz südlich des Balkans mit begrenzter Autonomie. Zum Ausgleich für seine Bemühungen ließ sich England das Recht auf Okkupation Zyperns in einer Geheimkonvention von der Pforte übertragen, die allerdings durch eine gezielte

---

[25]) Vgl. auch der osmanische Delegierte Mehemed Ali zu Hohenlohe, 21.6.1878: „Er sagt, wenn es wieder zum Krieg komme, sei die russische Armee, die vor Konstantinopel steht, verloren. Das glaube ich auch." Hohenlohe: Denkwürdigkeiten, I, S. 238. Dazu auch P. Schuwalow: Der Berliner Kongreß, S. 612f. über die inneren Schwierigkeiten Rußlands, ferner über die militärischen der russischen Armee vor Konstantinopel, nach Auskunft der beiden Großfürsten Michael und Nikolaij: Die russische Armee sei durch Verluste, Seuchen und Transportschwierigkeiten (schwere Artillerie nördlich des Balkans geblieben) so geschwächt, daß schon wenige englische Regimenter ausreichten, um die russische Armee in Schwierigkeiten zu bringen.



1. Baron Haymerle (Bevollmächtigter für Oesterreich). 2. Graf Karolyi (Oesterreich). 3. Graf de Launay (Italien). 4. Fürst Gortschakow (Rußland). 5. Waddington (Frankreich). 6. Lord Beaconsfield (Großbritannien). 7. von Radowitz (Legationsrat). 8. Fürst Hohenlohe (Deutschland). 9. Graf Corti (Italien). 10. Graf de Mouy (franz. Diplomat, Protokollführer des Kongresses). 11. Graf St. Vallier (Frankreich). 12. Desprez (Frankreich). 13. Baron d'Oubril (Rußland). 14. Graf Andrassy (Oesterreich). 15. Lothar Bucher (Legationsrat). 16. Fürst Bismarck (Deutschland). 17. Graf Schuwalow (Rußland). 18. v. Bülow (Deutschland). 19. v. Holstein (Vortrag. Rat). 20. Dr. Moritz Busch (deutscher Publizist). 21. Graf Herbert Bismarck (Sekretär seines Vaters). 22. Sadullah Bey (Türkei). 23. Lord Odo Russel (Großbritannien). 24. Lord Salisbury (Großbritannien). 25. Karatheodory Pascha (Türkei). 26. Mehemed Ali Pascha (Türkei).

(Aus: Propyläen-Weltgeschichte, 1930, Bd. 8, S. 352)



Der Berliner Kongreß 1878
Gemälde von Anton von Werner

Indiskretion durch die englische Zeitung „Globe" vorzeitig, am Tag nach der Eröffnung des Berliner Kongresses, enthüllt wurde.

Zusammensetzung, Organisation, äußerer Ablauf

Der Berliner Kongreß tagte vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 in 20 Plenarsitzungen an Nachmittagen von durchschnittlich 2-3 Stunden Dauer. Hinzu kamen zahlreiche Besprechungen vertraulicher Art sowie, ab der 8. Sitzung, Sitzungen der Redaktionskommission und der Delimitationskommission, beide unter dem Vorsitz Hohenlohes.

Tagungsort war das gerade neubezogene Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße, das ehemalige Radziwillsche Palais[26]). Sieben Großmächte waren vertreten, in der Reihenfolge des französischen Alphabets — Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland, die Türkei. Zu sie betreffenden Fragen wurden außerdem Delegierte Griechenlands, Rumäniens und Persiens vom Kongreß angehört, ohne Stimmrecht zu haben. Jeder Großmacht standen drei Delegierte zu; da Italien nur zwei Delegierte entsandte, nahmen insgesamt 20 Delegierte teil. Die sechs nach Berlin eingeladenen Mächte nominierten als jeweils einen Delegierten ihren in Berlin akkreditierten Botschafter, Deutschland entsprechend den damaligen deutschen Botschafter in Frankreich, den späteren Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der als ehemaliger bayrischer Ministerpräsident aus innerdeutschen Gründen zugleich auch ostentativ als Repräsentant Bayerns herausgestellt wurde[27]). Sonst entsandten die Mächte die Leiter der Regierung bzw. die Außenminister (bis auf die Türkei): Deutschland Reichskanzler Bismarck und (allerdings ohne im Protokoll sich niederschlagenden Beitrag) den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Bernhard v. Bülow[28]); England Premierminister Beaconsfield[29]) und den neuernannten Außenminister, späteren Premierminister Lord Salisbury[30]); Frankreich den Außenminister Waddington[31]) und den damaligen Leiter der Politischen Ab-

---

[26]) Für die Beschreibung der äußeren Arrangements vor allem Radowitz: Erinnerungen II, S. 20f., Moüy: Souvenirs, S. 93, 98f.

[27]) 1819-1901, deutscher Staatsmann: Bayrischer Ministerpräsident 1866-1870, Botschafter in Paris 1874-1880, Statthalter in Elsaß-Lothringen 1885-1894,Reichskanzler 1897-1900. Vgl. C. Hohenlohe: Denkwürdigkeiten, I., S. 231: „ Mich hat Bismarck gewählt, um dem König von Bayern sagen zu können, daß man aus Rücksicht für seine Majestät Allerhöchstdessen Kronoberstkämmerer genommen habe."

[28]) 1815-1879, Staatssekretär des Auswärtigen Amts 1873-1879; Vater des späteren Reichskanzlers Bernhard von Bülow.

[29]) Earl of Beaconsfield (Benjamin Disraeli), 1804-1881, sozialkritischer Schriftsteller und konservativer Staatsmann, britischer Premierminister 1868, 1874-1880, geadelt 1876.

[30]) Robert A. Marquis of Salisbury, 1830-1903, konservativer Staatsmann: Außenminister 1878-1880, Premierminister 1885/86, 1886-1892, 1895-1902.

[31]) William Henry Waddington, 1826-1894, französischer Archäologe und Politiker (englischer Abstammung): Außenminister 1877-1879, Ministerpräsident 1879; Botschafter in London 1883-1893.

teilung des französischen Außenministeriums Desprez[33]); Österreich-Ungarn Außenminister Graf Andrássy[33]), der teilweise faktisch die Funktion eines Premierministers der Doppelmonarchie ausfüllte, und seinen späteren Nachfolger, Baron Haymerle, damals Botschafter in Rom[34]); Italien Außenminister Graf Corti[35]); Rußland Reichskanzler Fürst Gortschakow[36]) und den russischen Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow[37]). Nur das Osmanische Reich hatte aus taktischen Gründen keinen erstrangigen Politiker entsandt, sondern mit Alexander Caratheodory Pascha, damals Eisenbahnminister, einen Griechen als letzten Vertreter der phanariotischen Tradition im Dienst des Osmanischen Reichs[38]), sowie mit Mehemed Ali Pascha gar einen ehemaligen Preußen aus Magdeburg, der in Konstantinopel zum Islam übergetreten war und als Militär Karriere gemacht hatte, zuletzt als einer der erfolgreichsten türkischen Befehlshaber gegen Serbien (1876), anfangs, 1877, auch gegen Rußland[39]).

Allen Delegationen waren zahlreiche Sekretäre, Berater und Militärsachverständige zugeordnet, so daß, einschließlich dem Sekretariat, fast 100 offizielle Teilnehmer am Kongreß zusammenkamen[40]). Das Sekretariat oder Bureau

---

[32]) Félix-Hippolyte Desprez, 1819-1898 führend im Archivwesen der französischen Diplomatie; später Botschafter am Heiligen Stuhl 1880/82.

[33]) Gyula Graf von Andrássy, 1823-1890, ungarischer Revolutionär 1848/49 und österreich-ungarischer Staatsmann; ungarischer Ministerpräsident 1867-1871, österreich-ungarischer Außenminister 1871-1879; schloß mit Bismarck Zweibund ab (1879).

[34]) Heinrich Baron von Haymerle, 1828-1881, österreichischer Revolutionär 1848/49 und Staatsmann: Seit 1850 im diplomatischen Dienst, Botschafter in Rom 1877-1879; Nachfolger Andrássys als Außenminister 1879-1881.

[35]) 1823-1888, italienischer Außenminister 1878, danach Botschafter in Konstantinopel und London; er war Mitglied im irredentitischen Kabinett Càiroli, ohne selbst Irredentist zu sein.

[36]) 1798-1883, russischer Außenminister 1866-1882, seit 1867mit dem Titel Reichskanzler.

[37]) 1827-1889, russischer Politiker und Diplomat: Generalgouverneur der baltischen Provinzen 1864-1866, Chef der Geheimpolizei 1866-1873, Botschafter in London 1874-1879.

[38]) Caratheodory Pascha, 1833-1906, osmanischer Diplomat griechischer Abstammung; zur phanariotischen Tradition instruktiv die Einleitung von B. Bareilles zum Rechenschaftsbericht Caratheodory Paschas (oben, Anm. 7), S. 6-18: Der Name phanariotisch leitet sich vom Stadtteil Phanar in Konstantinopel ab, wo der griechische Patriarch nach zweimaliger Verdrängung innerhalb Konstantinopels seit der osmanischen Eroberung (1453) seinen Sitz hatte. Griechen aus diesem Stadtteil traten seit dem 17. Jahrhundert in den Dienst des Osmanischen Reichs, zunächst als Dragomanen (Übersetzer) für die Regierung (Hohe Pforte). Durch Bearbeitung des diplomatischen Verkehrs mit dem Ausland, vor allem dem Westen, erhielten die phanariotischen Griechen einen erheblichen Einfluß in der Außenpolitik, im 18. und frühen 19. Jahrhundert(bis zum griechischen Aufstand 1821)auch als osmanische Statthalter in den Donaufürstentümern.

[39]) 1827-1878, mit Geburtsnamen Carl Detroit, in Brandenburg/Havel geboren, in Magdeburg aufgewachsen; von albanischen Aufständischen im September 1878 ermordet.

[40]) Vgl. unten S. 23-27.

des Kongresses leitete der deutsche Gesandte in Athen Radowitz[41]). Ihm waren vom Auswärtigen Amt Bucher[42]) und Busch[43]), sowie für Fragen des Protokolls der 1. Sekretär der französischen Botschaft in Berlin, der spätere Botschafter Moüy, beigeordnet[44]). Hinzukamen als ständige Sekretäre u.a. Herbert von Bismarck[45]), Baron von Holstein[46]), und der junge Bernhard von Bülow[47]).

Die einzelnen Delegierten und ihr Verhältnis zueinander sind in der bisherigen Literatur, besonders auch in der Memoirenliteratur, ausführlich und instruktiv geschildert[48]). An dieser Stelle reichen für die Einleitung einige knappe Bemerkungen:

Bismarck dominierte nicht nur in der deutschen Delegation, sondern prägte auch den Kongreß insgesamt. Seine sichere Beherrschung der französischen und englischen Sprache gab ihm einen enormen Vorteil gegenüber anderen Delegierten ohne diese Sprachkenntnisse wie Beaconsfield (Disraeli), der kaum Französisch verstand und, ohne vorher Einverständnis seiner Kollegen einzuholen, einfach — erstmals auf einem internationalen Kongreß — Englisch

---

[41]) Joseph Maria von Radowitz, 1839-1912, deutscher Diplomat: Botschafter in Konstantinopel 1882-1892 und Madrid 1892-1908; Leiter der deutschen Delegation auf der Algeciras-Konferenz 1906.

[42]) Lothar Bucher 1817-1892, Wirklicher Geheimer Legationsrat, deutscher Publizist und Politiker; als enger Mitarbeiter Bismarcks im Auswärtigen Amt, später bei der Abfassung von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen".

[43]) Klemens August Busch, 1834-1895, Vortragender Rat, seit 1881 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

[44]) 1835-1922; von ihm ein ausführlicher Bericht über den Berliner Kongreß aus französischer Sicht mit außergewöhnlichem Bemühen um Fairneß und Objektivität, vgl. oben Anm. 7.

[45]) Herbert von Bismarck, 1849-1904, ältester Sohn Ottos von Bismarck; seit 1874 im auswärtigen Dienst, Staatssekretär des Auswärtigen Amts 1886-1890.

[46]) Friedrich Baron von Holstein, 1837-1909, deutscher Diplomat; im auswärtigen Dienst 1876-1906, zuletzt als Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

[47]) Bernhard von Bülow, 1849-1929, deutscher Staatsmann; Gesandter in Bukarest 1888-1893, Botschafter in Rom 1893-1897, Staatssekretär des Auswärtigen Amts 1897-1900, Reichskanzler 1900-1909.

[48]) Zusammenfassend W.N. Medlicott: The Congress of Berlin, S. 39-44, allerdings für längst nicht alle Delegierte. Am ausführlichsten und vollständigsten Radowitz: Erinnerungen II, S. 21f., 24-31; dort auch über die Mitglieder des Sekretariats, S. 21-24; Moüy: Souvenirs, S. 100-118;Caratheodory Pascha: Rapport Secret, S. 65-73 (über Bismarck). Nur impressionistische Skizzen bei Hohenlohe: Denkwürdigkeiten I, S. 232:

„Nach und nach kamen nun die Bevollmächtigten. Der Graf Corti, ein kleiner häßlicher Mann, der wie ein Japaner aussieht, mit Launay. Dann der Türke, ein unbedeutender junger Mann, Graf Schuwalow, dann der alte Gortschakow, sehr wacklig, und endlich die Engländer und Franzosen. Waddington in gestickter Uniform. Das erste Zusammentreffen zwischen Lord Beaconsfield und Gortschakow war interessant als historisches Moment." (13.6.)

S. 236: „Die beiden Türken Caratheodory und Mehemed Ali haben sich mir noch nicht vorstellen lassen. Ersterer sieht jugendlich und schlau aus. Mehemed Ali macht den Eindruck eines klugen Mannes, flößt aber wenig Vertrauen ein. Salisbury, der mir gegenüber saß, hat einen merkwürdigen Kopf: hohe Stirn, regelmäßige Züge, langes Haar, Vollbart und dabei den Ausdruck des Gedrücktseins. Beaconsfield mißfällt mir

sprach[49]), während Gortschakow nicht ausreichend Englisch verstand, ohne seinen Mangel aus Eitelkeit eingestehen zu wollen. So kam es gleich bei der ersten Sitzung zu einem bemerkenswerten Aneinandervorbeireden zwischen Beaconsfield und Gortschakow, das erst Schuwalow mit seinem Beitrag elegant auflöste[50]).

Bismarcks Verhandlungsführung bestand darin, auf das Tempo zu drängen und Detailfragen rigoros aus dem Plenum auszuschalten. In Kommissionen, ad hoc-Unterkommissionen und Besprechungen der jeweils besonders beteiligten Mächte, (meistens England, Rußland und/oder Österreich-Ungarn) ließ er schwierige Fragen zur Beschlußfassung im Plenum vorbereiten[51]).

Auf Verzögerungen durch detaillierte Erörterungen reagierte er ungeduldig und gereizt bis zur Unhöflichkeit, vor allem gegenüber den Türken. Bismarck hatte ursprünglich mit einer erheblich kürzeren Kongreßdauer gerechnet und drängte auf einen möglichst raschen Abschluß, schon um anschließend zur Kur nach Bad Kissingen fahren zu können. Noch während des Kongresses kritisierte ihn in persönlichen Aufzeichnungen Hohenlohe wegen der Eile[52]), nach dem Kongreß Caratheodory Pascha indirekt in seinem Abschluß- und Rechenschaftsbericht an seine Regierung, Moüy in seinen Memoiren[53]).

Weitere Mittel der Kongreßdiplomatie Bismarcks waren, zumal auf dem Höhepunkt der Krise des Kongresses zwischen der 3. und 4. Sitzung (20./21. Juni),

---

stets mehr. Ein scheußliches Judengesicht. Schuwalow der stets lächelnde, sorgenvolle Hofmann." (17.6.)

Jetzt auch Der Berliner Kongreß 1878. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz zur 100. Wiederkehr der Eröffnung des Berliner Kongresses am 13. Juni 1978, o.O. o. J. (1978), S. 52-54.

[49]) Dazu auch Bismarcks Reaktion, kurz vor Eröffnung des Kongresses, auf die Information über Beaconsfields Absicht, Englisch zu sprechen: „So? Na, wenn Gortschakow Geistesgegenwart genug dazu hat, muß er ihm russisch antworten, und dann kann es nett werden!" (Radowitz: Erinnerungen, II, S. 37). Gortschakow sprach nicht russisch, und so blieb Französisch dominierende Kongreßsprache, von den englischen Beiträgen Beaconsfields und gelegentlichen Einwürfen Bismarcks ihm gegenüber auf Englisch abgesehen.

[50]) Protokoll Nr. 1, S. 178f.

[51]) Protokoll Nr. 1, 2, 3, 6 S. 179, 186f., 193, 224.

Aufschlußreich dazu auch aus Andrássys schriftlichen Bericht an Kaiser Franz Joseph, (vgl. auch unten S. 223, Anm. 11) über die 6. Sitzung vom 26.6.1878:

„Sie (d.h. die 6. Sitzung, I.G.) wies aber zahlreiche bezeichnende Momente in der Richtung auf, daß Fürst Bismarck immer bestimmter das System aufstellt, daß nur die eigentlichen Kriegs- und Friedensfragen des Congresses würdig seien und zur sofortigen Entscheidung gebracht werden sollten, daß aber alle Details, wie bulgarische Verwaltungsfragen u.s.f.von der Berathung auszuschließen seien. Wiederholt wies der Reichskanzler auf seine geschwächte Gesundheit hin, die ihm nicht lange mehr gestatten werde die Lasten der Congreßleitung zu tragen und seine Tendenz geht unverkennbar dahin durch die Ausscheidung aller controversen Einzelfragen zu einer möglichst raschen Beendigung der Verhandlungen zu gelangen."

[52]) C. Hohenlohe: Denkwürdigkeiten, I, S. 246: „Diese Ungeduld des Reichskanzlers, die wegen seines Gesundheitszustandes ihre Berechtigung hat, befördert die Arbeit, wird aber später ihre Nachteile fühlbar machen, weil manches nur oberflächlich erledigt sein wird. Mir wäre langsamere Arbeit lieber." (6.7.).

[53]) Caratheodory Pascha: Rapport Secret, 101f., 129f.; C. de Moüy: Souvenirs, S. 120.

als der Kongreß zu platzen drohte, persönliche Gespräche mit einzelnen Delegierten (Beaconsfield, Gortschakow; Türken). Bei den Türken erschien Bismarck in Uniform und mit dem Helm auf dem Kopf, was die Türken, wohl zu Recht, als äußere Unterstreichung des hochoffiziellen Charakters der Unterredung mit einschüchternder Absicht auffaßten[54]). In dieselbe Richtung lief Bismarcks Übung, seine Meinung als die des Kongresses vorzuformulieren und sie, wenn sich kein Widerspruch regte, als Meinung des Kongresses gelten zu lassen[55]).

Bismarck ließ von vornherein das Prinzip der Einstimmigkeit für alle inhaltlichen Beschlüsse festlegen, schon um zu verhindern, daß Rußland durch Majorisierung brüskiert würde und den Kongreß verlassen könnte. Daher war zu allen wichtigen inhaltlichen Beschlüssen volle Übereinstimmung erforderlich. War sie im ersten Anlauf nicht zu erreichen, ließ Bismarck vertagen und die Probleme in gesonderten Besprechungen oder in ad hoc-Unterkommissionen zur Beschlußfassung vorbereiten. Da die Türken häufig um Anweisung ihrer Regierung bitten mußten, wandte Bismarck vor allem ihnen gegenüber ein neuartiges Mittel diplomatischer Elastizität an — er ließ das Protokoll zu dem strittigen Punkt offen und ließ die türkische, gelegentlich auch die russische endgültige Stellungnahme später mitteilen und damit ins Protokoll aufnehmen[56]).

Bismarcks scharfes Arbeitstempo blieb auch auf dem Kongreß nicht ohne Widerspruch: Schuwalow beschwerte sich bei Bismarck mehrmals — ohne Erfolg — über die unerträgliche Arbeitslast, die er ihm mit den gesonderten Drei-Mächte-Gesprächen, zusätzlich zu den Plenar- und Kommissionssitzungen, aufbürdete, und fühlte sich hinterher völlig erschöpft[57]). Vorstellungen von Delegierten über die Arbeitsbelastung wies Bismarck mit einem von Moüy überlieferten Ausspruch zurück: „An Arbeit ist noch niemand gestorben[58])."

Senior unter den Kongreßteilnehmern war der 81-jährige Gortschakow, zugleich auch der dienstälteste unter den Staatsmännern (seit 1856). Er wollte sich durch den Kongreß einen großen Abgang auf diplomatischer Bühne verschaffen, was ihm aber mißlang, vor allem mit seinem Scheitern einer von ihm vehement verfochtenen Exekutivklausel in der letzten Phase des Kongresses[59]). Er stand nach Außen in machtpolitischer wie persönlicher Rivalität zu Beaconsfield und Bismarck, mit denen er Zusammenstöße hatte, die sich jedoch nur teilweise im amtlichen Protokoll niederschlugen[60]). Hinzu kam eine in-

---

[54]) Caratheodory Pascha, ebenda, S. 85f.

[55]) Ebenda, S. 66.

[56]) Z.B. Protokoll Nr. 8, S. 249f.

[57]) Schuwalow: Berliner Kongreß, S. 622; dazu auch das Folgende.

[58]) C. de Moüy: Souvenirs, S. 102: „Lorsque le rédacteur des protocoles, et parfois les plénipotentiaires, lui demandaient un intervalle de repos, il ne les écoutait pas: 'Croyez-moi, me disait-il du haut de sa taille de géant, le travail n'a jamais tué personne.'"

[59]) Radowitz: Erinnerungen II, S. 24, 59; dazu Protokolle Nr.15-18, S. 331f., 334-337, 343f.,-353.

[60]) W.N. Medlicott, The Congress of Berlin, S. 122; für das Verhältnis der Russen zu Bismarck auch M. Müller: Berliner Kongreß, S. 18-21, ferner Schuwalow, ebenda, S. 619-621, 623, 628-630.

nerrussische Rivalität zum 2. russischen Delegierten, Schuwalow, die u.a. auch politisch bedingt war: Gortschakow hatte sich ganz mit dem Vorfrieden von San Stefano identifiziert, wie ihn der russische Botschafter in Konstantinopel Ignatiew als Exponent der panslawischen Fraktion innerhalb der russischen Reichsführung zustandegebracht hatte, während Schuwalow San Stefano als Brüskierung Europas ablehnte und selbst auf eine Revision drängte.

Der heikelste Punkt für Rußland war die territoriale Beschneidung und staatliche Aufteilung Bulgariens. Gortschakow schob daher — bei seinem hohen Alter und geschwächten Gesundheitszustand plausibel genug — nach Beginn der Beratungen über Bulgarien eine diplomatische Erkrankung vor und ließ Schuwalow die notwendigen, im Prinzip vorher schon vereinbarten Konzessionen Rußlands in der Bulgarienfrage in der 4., 5. und 6. Sitzung allein machen und distanzierte sich damit indirekt von Schuwalow, den er schon auf dem Kongreß gleichsam als Verräter an der russischen Sache behandelte[61]). Bei seinem Wiedererscheinen auf der 7. Sitzung akzentuierte er — diplomatisch verhüllt — die Differenz zu Schuwalow durch eine Rede, deren (möglicherweise im Detail stilisierte) Wiedergabe durch eine Zeitung auf Grund von Informationen aus dem Kongreß die politische Konstellation im Prinzip richtig widerspiegelte[62]).

Abgesehen von einigen ans Theatralische grenzenden Auftritten Gortschakows trug auf russischer Seite die Hauptlast der Kongreßarbeit Schuwalow, auch die politische und moralische Verantwortung für die von Rußland als unbefriedigend empfundenen Ergebnisse[63]).

Ähnlich wie Gortschakow dachte sich auch Andrássy den Berliner Kongreß als Abgang von der internationalen Bühne, selbst wenn sich der Abgang noch bis zur wichtigsten Folge des Berliner Kongresses verzögerte, bis zum Abschluß des Zweibundes mit Deutschland ein Jahr später. Da er den Kongreß als Alternative zum allgemeinen Krieg sah, hatte Andrássy sicher einen großen Anteil am Zustandekommen des Berliner Kongresses, aber es geht wohl zu weit, ihn zum eigentlichen Inspirator des Kongresses hochzustilisieren[64]). Andrássys Position war schwierig genug: Er wollte die Kriegsbereitschaft Österreich-Ungarns glaubhaft durchhalten, ohne es zum (schon aus finanziellen Gründen) unerwünschten Krieg kommen zu lassen, und doch noch Bosnien-Herzegovina als territorialen Gewinn einbringen[65]). In diesem Sinn war Andrássy kurzfristig er-

---

[61]) Schuwalow: Berliner Kongreß, S. 619; Radowitz: Erinnerungen II, S. 25: „In der Berliner Kongreßzeit war die Rolle, die Schuwalow spielte, nächst der von Bismarck die bedeutendste. Jeder begriff, welche Last er auf sich genommen hatte, und jeder bewunderte die Kraft und Elastizität, mit der er sie trug."

[62]) Vgl. Protokoll Nr. 7, S. 229, dazu Anm. 2.

[63]) Dazu besonders eindrucksvoll Schuwalows Rechtfertigungsbericht: Der Berliner Kongreß (oben Anm. 7), S. 631f.

[64]) A. Novotny: Berliner Kongreß, S. 53: „...Andrássy als der eigentliche Regisseur des Berliner Kongresses betrachtet werden muß."

[65]) In der Kürze lehrreich, ebenda, S. 17f., vor allem auch für die weitere Vorgeschichte der Erwägungen und Pläne, Bosnien zu annektieren, zurückreichend bis zu einem ersten Vorstoß Wallensteins nach Bosnien 1626, ebenda S. 12ff., aber mit dem apologetischen Schluß; „So betrachtet, stellt sich die Okkupation des Jahres 1878 tat-

folgreich, während Haymerles Beitrag bei der Formulierung der Artikel zur Frage der Donauschiffahrt im ersten Anlauf als wenig glücklich aufgenommen und sein Antrag erst einmal an die Delegation Österreich-Ungarns zurückverwiesen wurde[66]).

Die undankbare Rolle des internationalen Prügelknaben fiel der osmanischen Delegation zu: Die Mächte gingen fast völlig über türkische Einwände hinweg, die besonders für Bismarck nur lästige Verzögerungen waren. Ihre unglückliche Lage geht deutlich aus dem Bericht Caratheodory Paschas hervor[67]). Bismarck mokierte sich im vertrauten Kreise über die Zusammensetzung der türkischen Delegation und sprach voll Verachtung über sie[68]). Er ließ kaum eine Gelegenheit aus, die türkischen Delegierten im Plenum zu demütigen und ihnen klar zu machen, daß sie keine Schwierigkeiten machen dürften[69]). Gegen Ende des Kongresses hatte aber selbst Bismarck inzwischen einigen Respekt vor der Intelligenz und Gewandheit, mit der Caratheodory Pascha sich seiner schwierigen Aufgabe entledigte, widerwillig gewonnen, so daß er gelegentlich türkische Anträge nicht abschmettern ließ[70]). Insgesamt war aber die Isolierung

---

sächlich nicht als Vorstoß, sondern als die Erfüllung einer allzu lange hinausgeschobenen Verpflichtung dar....Nicht geographische, nicht religiöse, nicht politische, nicht wirtschaftliche Momente allein haben die Entscheidung herbeigeführt. Aber sie alle zusammen — und vielleicht noch andere Gründe dazu — sind im richtigen Augenblick zu Worte gekommen und haben — gemeinschaftlich — eine Lösung herbeigeführt, die, für das Jahr 1878 wenigstens, gar nicht anders gedacht werden kann." (S. 18).

66) Vgl. Protokoll Nr. 11, S. 283-285.

67) Caratheodory Pascha: Rapport Secret, S. 66-73, 79-81, 93f., 96-101; sehr verständnisvoll, Moüy: Souvenirs, S. 120.

68) C. Hohenlohe: Denkwürdigkeiten, I., S. 234: „Dann bei Bismarck. Der Reichskanzler gab seiner Mißstimmung über die türkischen Bevollmächtigten Ausdruck und erzählte, daß er ihnen offen gesagt habe, die Türkei irre sich, wenn sie glaube, daß ihr Vorteil erwachse, wenn der Kongreß ohne Resultat verlaufe. Ein Krieg werde nur dazu führen, daß sich die Mächte nach dessen Beendigung auf Kosten der Türkei verständigen würden. Als nachher davon die Rede war, daß Bismarcks großer Hund einen Minister angeknurrt habe, sagte der Kanzler: 'Der Hund ist in seiner Dressur nicht fertig. Er weiß nicht, wen er beißen soll. Wenn er es wüßte, würde er die Türken gebissen haben.' Daß man Mehemed Ali geschickt hat, hält der Kanzler für eine Taktlosigkeit. Bei der Besprechung der Frage, ob Caratheodory Christ sei, meinte er: 'Am Ende ist der Magdeburger (Mehemed Ali) der einzige Muselmann unter den dreien'." (15.6.).

69) Vgl. Protokoll Nr. 4, S. 203; mit Anm. 8.

Schon die legitime Darlegung des osmanischen Standpunkts im Plenum galt Bismarck als Verschleppungsmanöver. Für die Atmosphäre der gelangweilten Gleichgültigkeit, in der der Kongreß den osmanischen Delegierten zuhörte und Bismarcks rüde Behandlung der Türken hinnahm, vgl. Moüy: Souvenirs, S. 120, 126f.; für die harte Sprache Bismarcks gegenüber den osmanischen Delegierten vgl. Caratheo-Rapport Secret, S. 80f., 96f., 100, 102.

70) Radowitz: Erinnerungen S. 31 über Caratheodory Pascha: „Er gewann durch seine taktvolle und intelligente Haltung die Sympathie aller Kongreßleute, auch die von Bismarck, der sonst für die Türken, die mit ihrer Entschlußlosigkeit alles erschwerten, nicht viel übrig hatte."

der Türken auf dem Kongreß so gut wie total[71]).

Da der Berliner Kongreß formal nur die Bestimmungen des Vorfriedens von San Stefano revidierte, bestand die Beratung im Durchgehen und Verändern der einschlägigen Artikel oder Artikel-Komplexe zu den einzelnen Fragen. Als Reihenfolge ließ Bismarck die Fragen mit abnehmender Brisanz anordnen — Bulgarien, Bosnien-Herzegovina, Beßarabien, Batum, Bosporus, dazwischen als weniger kontrovers empfundene Fragen: Unabhängigkeit Serbiens, Rumäniens, Montenegros; Griechenland; Donauschiffahrt; Heilige Stätten, Mönche auf dem Berg Athos, Armenien u.ä. In der Reihenfolge ihrer Behandlung wurden anschließend die einschlägigen Artikel im Berliner Vertrag angeordnet[72]).

Bismarck wollte die schwierigste Frage zuerst behandeln lassen: Würde der Kongreß über Bulgarien scheitern, so mit einem Minimum an Zeit- und Kraftaufwand. War erst umgekehrt einmal Einigung über das heikelste Problem — Bulgarien — erzielt, so wuchs die Aussicht, daß der Kongreß nicht über untergeordnete Fragen platzen würde. Die damalige Gewichtung der Probleme spiegelt sich daher ungefähr in der Reihenfolge der Behandlung auf dem Berliner Kongreß und im Berliner Vertrag wider. Während aber Bulgarien, der Hauptfrage, allein vier Sitzungen zu Beginn des Kongresses gewidmet waren (4.-7.), erweist sich nachträglich, daß für die weitere Entwicklung ein anderer Komplex größere Brisanz enthielt, Bosnien-Herzegovina, der in der 8. Sitzung erledigt wurde.

Ergebnisse und historische Wirkung

Die wesentlichen Ergebnisse des Berliner Kongresses lassen sich an den Unterschieden zwischen dem Vorfrieden von San Stefano und dem Berliner Vertrag ablesen[73]), wie sie in den bekannten Standardwerken und Handbüchern zusammengefaßt sind[74]): Territoriale Beschneidung und Zweiteilung Bulgariens; Okkupation Bosniens und der Herzegovina durch Österreich-Ungarn; Rückgabe Makedoniens an das Osmanische Reich, so daß die territoriale Verbindung zu dem im Vergleich zu San Stefano erweiterten Albanien erhalten blieb; Unabhängigkeit Serbiens, Rumäniens und Montenegros nur nach Zusicherung der vollen Religionsfreiheit (vor allem für Juden); Sicherung der Freiheit der Donauschiffahrt; Batum als Freihafen; Gebietserwerb für Griechenland in Thessalien und in Epirus; Veränderung der Grenzen in Asien zugunsten des Osmanischen Reichs und Persiens.

---

[71]) Caratheodory Pascha: Rapport, S. 79, über "l'isolement complet de la Turquie"; ähnlich S. 100.

[72]) Vgl. Protokoll Nr. 16, S. 338.

[73]) Vgl. unten S.; ferner in den Referaten des Mainzer Symposiums, hg. von Karl Otmar Frh. von Aretin, die in absehbarer Zukunft erscheinen sollen.

[74]) Z.B. Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz, ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen. Teil II, 3. Band: Neuere Zeit 1492-1914. Würzburg ^{2}1958, S. 351-355.

Für die historischen Wirkungen des Berliner Kongresses ist zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Wirkungen zu unterscheiden: In seiner Gesamtheit bewirkte der Berliner Kongreß langfristig noch einmal die teilweise Zurückdämmung des expandierenden Rußland auf Jahrzehnte, im Grunde genommen, wenn auch in einer zutiefst verwandelten inneren und äußeren Situation, bis zum 2. Weltkrieg, während sich das Deutsche Reich die künftige Expansion in den Südosten über Österreich-Ungarn, mit dem das Bündnis sich abzeichnete, und den Balkan hinweg ins Osmanische Reich offenhielt. Mittelfristig bewirkte der Berliner Kongreß die Erhaltung des Osmanischen Reichs, in Europa bis zum 1. Balkankrieg (1912/13), insgesamt bis zum Ende des 1. Weltkriegs. Für die südslawische Nationalbewegung brachte der Berliner Kongreß, vorbereitet durch San Stefano, den ersten, von Europa völkerrechtlich auch anerkannten Durchbruch zur vollen Souveränität, wenn auch noch auf beschränkter territorialer Basis für Serbien und Montenegro. Die Okkupation Bosniens und der Herzegovina durch Österreich-Ungarn, der 30 Jahre später die Annexion folgte (1908), lenkte die Energien der südslawischen Nationalbewegung, (erst recht nach der fast völligen Verdrängung der Türkei aus der Balkanhalbinsel im 1. Balkankrieg (1912/13)) später überwiegend gegen die Donaumonarchie: Bosnische Annexionskrise, Balkankriege und Attentat von Sarajevo[75]) mündeten in den 1. Weltkrieg ein[76]).

Die Okkupation Zyperns durch England war kurzfristig ein nächster Schritt zur Okkupation Ägyptens (1882) zum Schutze des Suezkanals und des Seewegs nach Indien und erleichterte, als Ausgleich für Zypern, die Besetzung von Tunis durch Frankreich (1881). Langfristig schuf die britische Okkupation Zyperns die Konstellation, die heute seit der Unabhängigkeit Zyperns im Konflikt zwischen griechischer Mehrheit und türkischer Minderheit herrscht[77]) — mit allen aus der jüngsten Zeitgeschichte bekannten internationalen Komplikationen zwischen Griechenland und der Türkei einerseits, zwischen beiden Ländern und dem Westen bzw. der NATO andererseits.

Am frühesten erkennbar, am spektakulärsten und in der historischen Literatur vielleicht am intensivsten behandelt ist die Tatsache, daß sich Rußland durch die ihm von Europa auferlegten Kompromisse in seinen hohen Erwartungen des Machtzuwachses enttäuscht sah, obwohl es, genau besehen, eher nur formale denn inhaltliche Konzessionen machte, die schon wenige Jahre nach dem

---

[75]) Vladimir Dedijer: The Road to Sarajevo. New York 1966.

[76]) Für den Umschlag von relativer Indifferenz Deutschlands am Balkan noch 1875/78 zur grundsätzlichen, ideologisch begründeten Feindschaft des Deutschen Reichs gegen Serbien und die südslawische Nationalbewegung 1914 vgl. jetzt I. Geiss: Die deutsche Politik gegenüber Serbien im der Julikrise 1914, in: Receuil des travaux aux Assises scientifiques internationales, Les grandes puissances et la Serbie à la veille de la Première guerre mondiale. (Beograd 1974), Beograd 1976, S. 57-79; jetzt auch in ders.: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs. München 1978, S. 159-189.

[77]) Vgl. Franz Georg Maier: Cypern. Insel am Kreuzweg der Geschichte. Urban Bücher 81. Stuttgart 1964, S. 128ff. für die Auswirkungen der britischen Herrschaft auf Zypern seit 1878.

Berliner Kongreß rückgängig gemacht wurden[78]): Aufhebung des Freihafens von Batum, Vereinigung Bulgariens. Die Hauptverantwortung für das scheinbare Scheitern schob das enttäuschte Rußland Bismarck und dem von ihm repräsentierten Deutschen Reich zu, obwohl sich Bismarck tatsächlich auf dem Berliner Kongreß in wichtigen Fragen für die Interessen Rußlands einsetzte.

Der von Bismarck bisher tunlichst vermiedene Zwang zur bündnispolitischen Option zwischen Rußland und Österreich-Ungarn stellte sich nun doch ein, und Deutschland entschied sich schon ein Jahr später mit dem Zweibund für das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Damit war die bündnislose Periode unter den Großmächten beendet: Nach Zweibund (1879) und Dreibund (1882) Deutschland/Österreich-Ungarn/Italien entstand, in Kombination kontinentalpolitischer mit später hinzutretenden weltpolitischen Faktoren, die Triple Entente in den Jahren 1892/94, 1904 und 1907 als faktisches Gegenbündnis zum Dreibund, also die bündnispolitische Konstellation, mit der der 1. Weltkrieg begann. Selbst die jüdische Frage in ihren beiden Hauptpunkten — Diskriminierung und Bildung eines jüdischen Nationalstaats in Palästina — kam in Berlin 1878 zur Sprache[79]).

Die Protokolle unterstreichen mit ihren Details eindringlich, warum der Berliner Kongreß kurzfristig zwar den Frieden unter den Großmächten erhalten konnte, indirekt und ungewollt aber langfristig entscheidende Konfliktstoffe für den 1914 dann doch ausbrechenden großen Konflikt bereitstellte: Die Probleme auf dem Balkan waren so kompliziert, die Traditionen imperialer Machtpolitik allseitig noch so stark und selbstverständlich, daß es unmöglich war, auf Anhieb eine allseits befriedigende Lösung zu finden, die sowohl die Großmächte als auch die südslawischen Nationalbewegungen mit ihren jeweils sich überschneidenden historischen Interessen und machtpolitischen Ansprüchen (z.B. auf Makedonien zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland) hätte zufriedenstellen können.

Durch sein nervöses Drängen auf einen möglichst raschen Abschluß des Kongresses trug Bismarck ein Stück Verantwortung für die ihm von wenigstens drei Teilnehmern (Hohenlohe, Caratheodory, Moüy) angelastete Überstürzung der Beratungen[80]). Aber bei einer gerechten Würdigung des Berliner Kongresses nach einem Jahrhundert ist auch an sein weises Wort aus der Diskussion um die von Gortschakow beantragte Exekutivklausel in der 16. Sitzung zu erinnern: Der Kongreß könne nur „Menschenwerk" vollbringen[81]). Mit anderen Worten: Kurzfristig mochte es möglich sein, den Frieden in Europa über Balkanfragen zu

---

[78]) Hierzu eindrucksvoll Graf Schuwalows Rechtfertigungsbericht: Der Berliner Kongreß, vor allem S. 618-631.

[79]) Dazu einführend N.M. Gelber: The Intervention of German Jews at the Berlin Congress 1878, in: Year Book Leo Baeck Institute, V (1960), S. 221-248; jetzt auch Fritz Stern: Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder. Frankfurt/Main-Berlin 1978, S. 462-465; dort anschließend auch für die weitere Entwicklung der jüdischen Frage in Rumänien.

[80]) Vgl. oben S. XX, Anm. 52, 53.

[81]) Vgl. Protokoll Nr. 16, S. 335; für die Bewertung des Berliner Kongresses durch einen Teil der internationalen Geschichtsschreibung A. Novotny: Berliner Kongreß, S. 58-64.

retten, was auch weit über die ursprünglich angepeilten fünf Jahre gelang[82]). Langfristig aber lassen sich die Entwicklungen vorher nicht schon hinreichend kanalisieren, durch, wie wir heute sagen werden, ,,wasserdichte'' Bestimmungen, die früher oder später doch überholt sein würden. So kann es an dieser Stelle reichen, anhand einer genaueren Kenntnis der auf dem Berliner Kongreß verhandelten Probleme und seiner Nah- wie Fernwirkungen die historische Stellung des Berliner Kongresses zwischen Wiener Kongreß und 1. Weltkrieg/Versailles genauer zu bestimmen: mit Rückwirkungen, die teilweise noch bis in die Gegenwart als potentiell explosive Probleme hineinragen — Zypern, Armenien, Makedonien[83]).

Die Protokolle

Die abermalige Veröffentlichung der Kongreßprotokolle, 100 Jahre nach dem Berliner Kongreß, erfordert eine Rechtfertigung, und wenn nur weil William L. Langer, etwas allzu apodiktisch, ein Hindernis vor die intensivere Beschäftigung mit den Protokollen des Berliner Kongresses aufgerichtet hat: ,,Little is to be learned from the official protocols, excepting the final decisions[84]).'' Eine solche Formulierung kann nur aufstellen und aufrechterhalten, wer selbst so souverän und brillant über das historische Material verfügt wie Langer. Für alle übrigen aber sind die Protokolle aufschluß- und lehrreich genug, jedenfalls ertragreicher,

---

[82]) Radowitz: Erinnerungen II, S. 57f.: ,,Das Resultat von alledem wird aber zunächst sein, daß allgemein geschimpft werden wird und niemand zufrieden ist, wenigstens nicht sagt, daß er es ist ... Geschimpft werden muß schon zur Unterhaltung des Zeitungspublikums, und außerdem können in den meisten Ländern die Oppositionsparteien der gerade am Ruder befindlichen Regierung den Erfolg und den Vorteil nicht gönnen ... Am meisten wird in Rußland räsoniert werden, nachdem man in Sicherheit ist und keinen neuen Krieg zu fürchten braucht. Schon jetzt hören wir es hier von den Reise-Russen, daß Schuwalow ein Verräter ist und wir als Feinde mehr wie als Freunde gehandelt haben. Einige Zeit kann es noch dauern, ehe man dort zur Einsicht kommen wird, daß jetzt keine Ursache mehr zum Krieg, à outrance, la dernière goutte de sang pour la sainte cause und so weiter war und man zweckmäßiger Geld und Blut aufspart... Fünf Jahre mindestens, glaube ich,wird die jetzt geschaffene Lage vorhalten können. Vielleicht machen dann die Griechen eine neue Konferenz notwendig. Jetzt aber haben wir Europa vom Krieg bewahrt und den Weg gezeigt, auf dem man auch in Zukunft ohne Kampf sich einigen könnte. Das ist der Gewinn des Kongresses: zum ersten Male hat ein solches Werk einem großen Kriege vorbeugen können. Die anderen Kongresse kamen erst zustande, nachdem sich die Mächte schwer geschädigt hatten, oder es sind die europäischen Kämpfe aus ihnen hervorgegangen. Es ist gut, sich den ideellen Standpunkt dafür zu bewahren, denn materiell werde ich aus dieser Episode keine andere Konsequenz ziehen als Abnützung der Nerven und eine vergrößerte Schneiderrechnung..''.
Dazu auch M. Müller: Berliner Kongreß, S. 47-58.

[83]) Die Verhandlungen werden ausführlicher skizziert von I. Geiss: Der Berliner Kongreß, 13. Juni-13. Juli 1878, in: Bismarcks Außenpolitik und der Berliner Kongreß von 1878, Hg. von Karl Otmar Frh. von Aretin, Wiesbaden 1978, S. 90ff.; ferner die Ergebnisse von ders.: Der Berliner Kongreß 1878, in: Beilage zu ,,Das Parlament'', B 40/78.

[84]) W.L. Langer: European Alliances, S. 153.

als die abschreckenden Worte Langers vermuten lassen. Zumindest geben sie eine detaillierte Anregung, sich mit den Orientfragen — niedergehendes Osmanisches Reich, aufsteigende südslawische Nationalbewegung — intensiver zu befassen oder sie im Rahmen der allgemeinen Geschichte näher zur Kenntnis zu nehmen, als dies außerhalb enger Spezialistenkreise sonst üblich ist. Die Sitzungsprotokolle über Bulgarien, Serbien, Bosnien-Herzegovina, Rumänien und Armenien enthalten konkrete Informationen zur Situation und Entwicklung in diesen Ländern, auch unter wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Aspekten, die bei der eher traditionell diplomatiegeschichtlichen Behandlung des Berliner Kongresses sonst leicht untergehen. Auch als übersichtliches Beispiel für moderne Kongreßdiplomatie, für Verhandlungsführung und die Rekonstruktion von Entscheidungsprozessen, die besonders in der gegenwärtigen amerikanischen Politikwissenschaft intensiv bearbeitet werden, bieten die Kongreßprotokolle eine anschauliche Einführung, zumal wenn sie von zusätzlichem Material ergänzt werden.

Über die Aussagekraft der amtlichen Protokolle des Berliner Kongresses ist auch sonst in der bisherigen Literatur manche kritische Bemerkung gefallen[85]). Die amtlichen Protokolle dokumentieren tatsächlich nur die Sitzungen des Kongreßplenums, keineswegs die Arbeit der beiden ständigen Kommissionen (Delimitations-, Redaktionskommission), schon gar nicht die Verhandlungen der spontan, je nach Bedarf gebildeten ad hoc-Unterkommissionen oder gar die verschiedenen bilateralen oder multilateralen vertraulichen Gespräche zwischen Delegierten der Mächte zur besseren Vorbereitung der Beschlüsse im Plenum. Die Protokolle spiegeln also nicht den gesamten Diskussions- und Beschlußfassungsprozeß auf dem Berliner Kongreß wider, sondern gleichsam nur den offiziellen, nach Außen gewendeten Teil der Enddiskussionen im Plenum. Für eine vollständige Dokumentation des Gesamtgeschehens wären die Protokolle der Kommissionen heranzuziehen, die jedenfalls in den österreichischen Akten noch vorhanden sind[86]). Ihre Veröffentlichung würde jedoch einen eigenen Band erfordern, und es fragt sich, ob an den in ihnen enthaltenen Details für die Diskussion über im Prinzip bekannte Probleme dann wirklich noch genügend Interesse besteht. Auskunft über die vertraulichen Besprechungen zwischen den Großmächten geben, teilweise wenigstens, die Memoiren beteiligter Staatsmänner und Diplomaten[87]). Auch die zahlreichen Petitionen an den Berliner Kongreß harren noch der systematischen Auswertung[88]).

---

[85]) M. Müller: Berliner Kongreß, S. 3f.; W.L. Langer, ebenda; Caratheodory Pascha: Rapport, S. 91f., 94, 96-98, 129f.

[86]) In Regestenform knapp wiedergegeben bei A. Novotny: Berliner Kongreß 1878, Nr. 80; 173, 176, 185, 194, 207, 216, 217, 225, 243, 244, 267. 268, 293, 369.

[87]) Hohenlohe: Denkwürdigleiten, I, S. 231-253; Schuwalow: Der Berliner Kongreß, S. 620-623, 626-630; im Einzelnen auch bei W.N. Medlicott, ebenda; ferner E. v. Wertheimer: Andràssy, S. 112-116, 127f. Für regestenhafte Auswertung vgl. A. Novotny: Berliner Kongreß 1878.

[88]) Ebenda; die Petitionen auch im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn, Türkei IA Bq128, Bd 8.

Selbst für das Geschehen im Kongreßplenum geben die offiziellen Protokolle allerdings nicht wörtlich wieder, was in den Plenarsitzungen tatsächlich gesagt wurde. Die Protokolle sind durch Weglassungen, Hinzufügungen, Umwandlung in resümierende indirekte Rede diplomatisch geschönt und stilistisch geglättet, so daß sie am Ende manchmal eher offizielle Kommuniqués als wortgetreue Wiedergabe des im Kongreßplenum Gesagten waren. Der Generalsekretär des Kongresses, der damalige deutsche Gesandte in Athen Radowitz, hat in einem Brief vom 26. Juni 1878 den Entstehungsprozeß der amtlichen Protokolle anschaulich geschildert[89]):

„...Jetzt ist jeden Tag Sitzung, so daß die rechtzeitige Herstellung der Protokolle wirklich kaum noch möglich wird. Von der vorgestrigen (fünften) hatten wir für gestern schon das ganze Protokoll, 16 Druckseiten, fertig. Natürlich hängt an dieser Arbeit das meiste, sie liefert die historischen Dokumente, und jeder der Mitspielenden will womöglich darin das wiederfinden, was er gesprochen haben könnte. Wir sind oft das escalier für den nachfolgenden esprit[90]). Ferner müssen wir Spitzen und persönliche Ausfälle (deren es genug gibt) mildern, durch sachliche Zusätze den verschiedenen Vertretern bei der Deckung ihrer Verantwortlichkeit vor ihrem Landespublikum helfen usw. Das alles dans les 24 heures! ... Gleich nach den Sitzungen, die zwei bis drei Stunden dauern, stellen wir (Moüy, Busch und ich) unsere Protokollnotizen zusammen. Ich sitze Bismarck und Andrássy gegenüber und schreibe also speziell deren Äußerungen wörtlich nach, ebenso hat Moüy die Franzosen und Russen, für Beaconsfield schreibt Bucher englisch nach, alle anderen teilen wir uns. — Aus diesem ersten Entwurf macht Moüy bis zum nächsten Morgen das canevas du protocole. Das wird wieder zusammen gelesen und verbessert und dann in der Schnellpresse gedruckt. Nun kommt als meine Arbeit, da ich allein für das Ganze die Verantwortung habe, die Revision des ersten Druckabzugs, bei der oft wieder vieles umzuändern ist, um völlige Klarheit zu schaffen. Busch hilft dabei, oft sitzen wir eine halbe Stunde lang über einer einzigen Phrase, die uns nicht gefällt, denn der Chef ist sehr empfindlich in Redaktionssachen! Der also revidierte Druckabzug wird schleunigst an alle Bevollmächtigten verteilt, damit diese ihre etwaigen Wünsche angeben können. Wir gehen in der Regel selbst zu den hohen Herren und warten gleich auf Rückgabe. Sind diese zwanzig Exemplare wieder eingesammelt, so kann erst der definitive Text aufgestellt und abgeschrieben werden, der dann in der nächsten Sitzung dem Kongresse zur Unterschrift vorliegt. Danach wird das vollzogene Protokoll umgehend in zweihundertfünfzig Exemplaren abgedruckt, die ich zusammen mit Moüy einzeln beglaubige, worauf sie, noch unter strengem Vorbehalt des Geheimnisses, an die einzelnen Regierungen zur Aushändigung gelangen. Wir haben bis heute fünf

---

[89]) Radowitz: Aufzeichnungen, II., S. 48f.

[90]) Anspielung auf die französische Redewendung „esprit escalier" = jemand, dem erst nach dem Weggehen, d.h. auf der Treppe („escalier"), die eigentlichen Argumente oder Pointen, die er hätte anbringen sollen, einfallen.

solche Protokolle ganz fertig geliefert, und man sagt uns, daß das noch niemals in dieser Schnelligkeit und Vollständigkeit bei früheren ähnlichen Anlässen erreicht worden sei."

Der 1. türkische Delegierte, Caratheodory Pascha, hat demnach durchaus recht, wenn er in seinem geheimen Abschlußbericht an seine Regierung den Unterschied zwischen Gesagtem und in den Protokollen Überliefertem an Hand einiger, ihn betreffenden Beipiele feststellt und beklagt[91]). Die Entwürfe der Protokolle wurden nämlich den Delegierten, ähnlich wie Parlamentsabgeordneten das Stenogramm nach ihrer Rede, vorgelegt mit dem Recht auf Abänderung. Die Protokolle sind ohnehin meistens keine genauen Wortprotokolle, sondern in resümierender, ja schon interpretierender indirekter Rede gehalten. So sind auch verschiedene Möglichkeiten der Wiedergabe dessen denkbar, was im Kongreßplenum gesagt wurde. Der in den Wiener Akten enthaltene erste Entwurf zum 2. Protokoll[92]), die Berichterstattung Andrássys nach Wien, die Bismarck-Notizen und der Bericht Caratheodory Paschas geben genügend Anschauung für mögliche Varianten in der Wiedergabe.

Die harmonisierende Stilisierung der Kongreßverhandlungen verschleiert teilweise die Spannungen und Konflikte, die auf dem Berliner Kongreß in Wirklichkeit herrschten. Ohne zusätzliche Quellen blieben einige aufschlußreiche Vorgänge unbekannt, wie der Zusammenstoß Gortschakows mit Bismarck über die Reihenfolge der Wortmeldungen, wobei Gortschakow seine Brille so wütend auf den Tisch warf, daß sie am anderen Ende des Tisches landete[93]), der (von Hohenlohe registrierte) „Ausfall" Bismarcks gegen die Balkanvölker, vermutlich in der 6. Sitzung[94]), oder Bismarcks ebenso drastische wie wirkungsvolle Warnung an die rumänische Delegation vor Ausfällen gegen Rußland[95]). Nur aus den Protokollen könnte ein Leser heute kaum erahnen, daß anfangs der Berliner Kongreß am Rande des Scheiterns und eines allgemeinen Krieges dahinschlitterte.

Zitate aus den offiziellen Protokollen, zumal in indirekter, resümierender Rede, dürfen also nicht unbedingt als genaue Wiedergabe dessen gewertet werden, was tatsächlich gesagt wurde, sondern als das, was die Redner nachträglich als ihre amtliche Meinung gesagt haben möchten. Eine solche Feststellung erhöht freilich den Wert der Protokolle als Quelle: Letzten Endes war die historische Wirkung des amtlich Gemeinten größer als des tatsächlich Gesagten, das sich, wie gezeigt, durch das amtliche Protokoll sofort noch als revidierbar erwies.

Deshalb bleiben, allen quellenkritischen Einschränkungen zum Trotz, die offiziellen Protokolle immer noch die wichtigste Einzelquelle für jede Behandlung des Berliner Kongresses, wie sich auch an Medlicotts Darstellung ablesen läßt.

---

[91]) Vgl. oben Anm. 85.
[92]) Vgl. unten S. 188-191.
[93]) Vgl. Protokoll Nr. 3, Anm. 2.
[94]) Vgl. Hohenlohe: Denkwürdigkeiten, I, S. 240; dazu auch Protokoll Nr. 6, Anm. 11.
[95]) Protokoll Nr. 10, Anm. 2.

Zusätzliche Materialien

Drei neue Quellen bieten die Möglichkeit, die bisher nur aus den Protokollen und der ergänzenden Memoirenliteratur zu ziehenden Schlüsse über den Charakter der Protokolle zu illustrieren und zu bestätigen: Ein Entwurf von Lothar Bucher zum Protokoll der 2. Sitzung, der sich in den Wiener Akten gefunden hat[96]), dort auch die bisher nur aus der Verarbeitung in Wertheimers Andrássy-Biographie und als Regesten bekannten Telegramme und schriftliche Berichte des österreich-ungarischen Außenministers Andrássy an Kaiser Franz Joseph[97]), schließlich die bisher noch unbekannten Notizen des Grafen Herbert von Bismarck, der als ständiger Sekretär dem Kongreß beiwohnte, mit einigen Teilen von anderer Hand, vermutlich von Friedrich von Holstein[98]). Der Bucher-Entwurf gibt teilweise noch in direkter Rede wieder, was in der Endfassung resümierend in indirekter Rede stilisiert oder was gar insgesamt gestrichen wurde.

Die Berichterstattung Andrássys und die Bismarck-Notizen, deren aufschlußreichste Stellen hier in den Anmerkungen zu den Protokollen an den betreffenden Stellen herangezogen wurden,, bieten teilweise eine wertvolle Ergänzung. Sie halten einige Passagen fest, die später diplomatischen Rücksichten zum Opfer fielen, so die drastische Warnung Bismarcks an die Rumänen vor ihrer Anhörung im Kongreß, die nicht im Protokoll erscheint, weil sie offensichtlich schon im Vorwege auf das Verhalten der beiden Rumänen gewirkt hatte[99]). Andererseits resümieren die Bismarck-Notizen eindrucksvoll verschiedene Beiträge, vor allem die antisemitischen Äußerungen Gortschakows auf der 8. Sitzung im Rahmen der Diskussion über die Unabhängigkeit Serbiens: ,,Gorts(chakow) gegen Juden[100]).'' Umgekehrt wird Fürst Bismarcks noble Erklärung zur Religionsfreiheit (für die Juden) im selben Zusammenhang zumindest indirekt relativiert und modifiziert, wenn man an zwei Stellen der Notizen Skizzen von Judennasen sieht, die einmal unschwer als Versuch zur Porträtierung des gerade sprechenden Beaconsfield

---

[96]) Vgl. unten S. 188-191.

[97]) Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, PA III 115-117 (Konv. F); ferner A. Novotny: Berliner Kongreß 1878, Nr. 56, 60, 75, 79, 84, 101, 118, 119, 120, 126, 131, 135, 144, 147, 154, 155, 156, 158, 170, 177, 179, 188, 199, 205, 213, 238, 241, 260, 262, 291, 300, 314, 316, 356, 360, 364, 367, 375, 378, 382, 384.

[98]) Vgl. unten Protokoll Nr. 3, Anm. 1; Bismarck-Archiv, Friedrichsruh, Bestand A: Kanzler, Nr. 15. Berliner Kongreß. Künftig zitiert als ,,Bismarck-Notizen''. Die Auskunft über die Urheberschaft der Bismarck-Notizen verdanke ich Herrn Werner Pöls, Braunschweig, der sie nach einem eingehenden Schriftenvergleich zwischen den Handschriften von Otto und Herbert Bismarck freundlicherweise erteilte. Beider Handschriften sind außerordentlich ähnlich, sodaß die Entscheidung nicht leicht fiel, zumal angesichts der Tatsache, daß die meisten Passagen in Fremdsprachen und damit in lateinischer Schrift gehalten und die Notizen ohnehin flüchtig gemacht wurden, sodaß die Merkmale der Handschriften noch schwerer zu erkennen sind.

[99]) Vgl. oben Anm. 95.

[100]) Vgl. Protokoll Nr. 8, S. 252, Anm. 16; auch für das Folgende, ebenda, S. 253.

(Disraeli) zu erkennen sind. Die Wortwechsel mit Beaconsfield in englischer Sprache registrieren zudem noch eindrucksvoller als die offiziellen Protokolle den ersten Einbruch des Englischen als Konferenzsprache in das jahrhundertelange traditionelle Monopol des Französischen als Sprache der internationalen Diplomatie, wie auch die zumindest von Caratheodory Pascha bewunderte souveräne Beherrschung des Französischen und Englischen durch Bismarck[101]).

Eher im Sinne formaler Vollständigkeit belangvoll ist die Liste des gesamten Kongreßpersonals aus dem Bismarck-Archiv in Friedrichsruh[102]). Mehr eine Spielerei ist das, in Anlehnung an das bekannte deutsche Studentenlied „Gaudeamus igitur", auf Lateinisch verfaßte Kongreßlied zum Abschluß des Kongresses. Immerhin stellt es, historisch aufschlußreich genug, den gerade beendeten Berliner Kongreß bewußt und richtig in die Linie der großen europäischen Kongresse des 19. Jahrhunderts — vom Wiener Kongreß (1814/15) über den Pariser Kongreß (1856)[103]).

Der Abdruck der wichtigsten Teile des Vorfriedens von San Stefano und des Berliner Vertrages[104]) als Ausgangspunkt und Endergebnis des Berliner Kongresses soll dem Leser helfen, den Gang der Verhandlungen an Hand der Protokolle zu verfolgen und zu verstehen: Formal bestand der Berliner Kongreß nur aus der Revision des Vorfriedens von San Stefano, dessen wichtigste einschlägigen Artikel behandelt und abgeändert wurden. Am Ende mündete der Berliner Kongreß in den Berliner Vertrag ein. So wie die Delegierten des Berliner Kongresses den vollständigen Text des Vorfriedens von San Stefano unter ihren Kongreßunterlagen vorfanden[105]), so wird heute zur Lektüre der Kongreßprotokolle der Text des Vorfriedens von San Stefano unentbehrlich, dazu jetzt aber auch der Text des Berliner Vertrags, in seiner amtlichen Fassung in französischer und deutscher Sprache aus dem Reichsgesetzblatt.

---

[101]) Caratheodory Pascha: Rapport, S. 66.

[102]) Vgl. unten S. 23-27.

[103]) Gaudeamus igitur
Socii congressus,
Post dolores bellicosos,
Post labores gloriosos
Nobis fit decessus.

Ubi sunt, qui ante nos
Quondam consedere,
Viennenses, Parisienses
tot per annos, tot per menses
Frustra decidere.

Laßt uns also fröhlich sein,
die wir getaget haben.
Nach des Krieges Angst und Schmerzen,
nach der Müh', dem Schweiß in Ehr'
winkt endlich uns der Abschied.

Wo sind jene, die vor uns
zusammen einst gesessen,
die in Wien, die in Paris
soviel Monde, soviel Jahr'
umsonst entschieden haben.

Text nach Bismarck-Archiv Friedrichsruh; als Autor ist nur „G.S." angegeben. Für freie Übersetzung danke ich meinem Bremer Kollegen Hans Kloft.

[104]) Vgl. unten S. 15-21.

[105]) Radowitz: Erinnerungen II., S. 21, dazu auch die damals beste Balkankarte vom deutschen Geographen Heinrich Kiepert.

Die Übersetzung

Zu den üblichen Schwierigkeiten, die jede Übersetzung bietet, kamen in diesem Fall einige besondere Probleme, die sich aus den unterschiedlichen historischen Sprachebenen in der Übersetzung der Protokolle ergeben. Im Bemühen, die Protokolle möglichst so zu übersetzen, wie ein entsprechendes Protokoll in deutscher Sprache abgefaßt wäre, erwies es sich als unmöglich, die Sprache von vor hundert Jahren künstlich zu reproduzieren. Der Bucher-Entwurf zu Protokoll Nr. 2 demonstriert vor allem, wie weit sich die deutsche Sprache in manchen Punkten von der des Jahres 1878 entfernt hat, wie verkrampft und maniriert es wäre, wollte der Übersetzer von heute sich die Sprache des Jahres 1878 anquälen. Die meisten Passagen wurden also gleichsam mit dem Sprachgefühl des Jahres 1978 ins Deutsche übersetzt, wie es anders kaum sein kann.

Gleichwohl halfen der Bucher-Entwurf zu Protokoll Nr. 2, die Bismarck-Notizen zum Kongreß, Andrássys Berichterstattung, die Dokumente der ,,Großen Politik'', Bismarck-Reden zur Außenpolitik 1878 und die amtliche Übersetzung des Berliner Vertrags nach dem Reichsgesetzblatt, Formeln aus der Sprachebene des Jahres 1878 in die von 1978 einzubauen in der Hoffnung, daß die gefundenen Lösungen nicht das Sprachgefühl von 1878 verletzen würden. So blieben gelegentlich sich aufdrängende Formeln neu-deutschen Stils, wie ,,Selbstverständnis'' oder ,,Einschätzung'', bewußt ausgelassen, weil sie zu offensichtlich erst neueren Datums sind. Daß dabei unbehagliche Kompromisse herauskamen, die möglicherweise niemanden befriedigen werden, liegt auf der Hand, vor allem wenn Passagen von Kongreßteilnehmern ins Deutsche (des Jahres 1978) zu übersetzen waren, die als Muttersprache oder als amtliche Verkehrssprache souverän über die deutsche Sprache (des Jahres 1878) verfügten (Bismarck, Andrássy), wobei es auch damals schon Unterschiede zwischen dem reichsdeutschen und österreich-deutschen Deutsch gab.

Die Sprachebene des Jahres 1978 wird aber immer wieder durch gewissermaßen ,,gesetzte'' Blöcke aus der Sprachebene von 1878 unterbrochen, nämlich immer dann, wenn entweder deutsche Vorlagen für die spätere französische Originalfassung im Kongreßprotokoll oder zeitgenössische amtliche Übersetzungen vorliegen. Das gilt vor allem für Andrássys Begründung zu Österreich-Ungarns Okkupation von Bosnien-Herzegovina aus der 8. Sitzung vom 28. Juni 1878, zu der ein handschriftlicher Entwurf in deutscher Sprache überliefert ist[106]), und für alle Anträge, die, meist nach redaktioneller Überarbeitung, als Artikel oder Teile von Artikeln in den Berliner Vertrag eingingen. In diesen Fällen hielt sich die Übersetzung tunlichst an die amtliche Übersetzung des Berliner Vertrags aus dem Reichsgesetzblatt, selbst wenn wir heute manche Dinge nicht mehr so ausdrücken würden, wie es das amtliche Deutschland vor einem Jahrhundert tat.

---

[106]) Vgl. unten Protokoll Nr. 8, S.240-242, Anm. 3.

Die deutsche Fassung ließ sich gegenüber dem französischen Original straffen: Höfisch-feudale Wendung (Son Excellence, etc.) blieben unberücksichtigt, es sei denn sie wären zum Verständnis einer Aussage unentbehrlich. In diesem Fall bezeichnet S.D. = Seine Durchlaucht (für S.A. = Son Altesse) Delegierte mit dem Titel eines Fürsten (Bismarck, Gortschakow, Hohenlohe). Da das Französische keine indirekte Rede kennt, wurde es ferner möglich, einleitende Bemerkungen zu einem Diskussionsbeitrag einzusparen, die im Deutschen durch den Gebrauch der indirekten Rede überflüssig werden, wie „le Prince Bismarck disait que". Die Übersetzung kann dagegen, wie in einem deutschsprachigen Protokoll, sofort, mit Hilfe der indirekten Rede, die Aussage selbst wiedergeben.

Wo im Text der Protokolle oder in den Anmerkungen zu einzelnen Teilen der Protokolle neues Material (Entwürfe zu österreich-ungarischen Anträgen, Bismarck-Notizen, Andrássy-Berichte) erstmals publiziert wurde, ferner beim Abdruck des Bucher-Enwurfs zu Protokoll Nr. 2, blieben Rechtschreibung und Interpunktion beibehalten. Dagegen wurden in den übrigen Teilen, die die amtliche Übersetzung des Berliner Vertrags verwerten oder frei, in der Sprache von 1978, gehalten sind, Rechtschreibung und Interpunktion durchgängig modernisiert, um ein Maximum an Lesbarkeit und Klarheit auf möglichst weiten Strecken zu erzielen. Die so entstehende formale Inkonsequenz, daß einige Passagen Rechtschreibung und Interpunktion von 1878, andere die von 1978 aufweisen, wird hoffentlich nicht irritieren, weil so der Charakter der Erstveröffentlichung bei diesen Stücken im Text oder in den Anmerkungen zusätzlich unterstrichen wird.

Gelegentliche Einfügungen des Übersetzers zur inhaltlichen Präzisierung oder stilistischen Glättung wurden in eckige Klammern [ ] gesetzt, Auflösungen von Abkürzungen in den hier erstmals veröffentlichten Stücken in runde Klammern ( ). Sperrungen im Original der Protokolle sind in der Übersetzung durch Kursivdruck wiedergegeben.

Schwierigkeiten bereitete die Behandlung von Personen- und geographischen Namen, da häufig Diskrepanzen auftraten: Grundsätzliche Orientierung bot die Schreibweise im Berliner Vertrag, also Mehemed Ali, Sadoullah Bey, Károlyi; Ausnahmen sind Gortschakow (statt Gortschacow) und d'Oubril, weil diese Schreibweisen dem deutschen Leser geläufiger sind. Geographische Namen auf dem Balkan zur Bezeichnung von Grenzlinien, die nicht im Berliner Vertrag erscheinen, wurden in der Übersetzung der Protokolle nach dem französischen Original der Protokolle geschrieben (z.B. Varna).

* * *

Für die Herausgabe des vorliegenden Bandes habe ich vielen freundlichen Helfern herzlich zu danken:

Die Herren Vortragender Legationsrat I. Kl. Dr. Klaus Weinandy vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn, Leitender Staatsarchivdirektor Dr. Müller und de Porre vom Staatsarchiv Bremen haben in liebenswürdiger Weise die Originalprotokolle für Übersetzung bzw. photomechanischen Nachdruck zur Verfügung gestellt.

Herr Prof. Dr. Werner Pöls, Braunschweig, gab sofort die Genehmigung zur Benutzung des Bismarck-Archivs in Friedrichsruh. Herr Kurt Reitsch, Wohltorf, war hilfreich bei der Benutzung des von ihm betreuten Archivmaterials.

Herrn Dr. Horst Haselsteiner, Wien, ist die prompte Beschaffung der Archivmaterialien aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu danken.

Das Bundesarchiv und der Verleger haben es ermöglicht, daß der Band noch rechtzeitig zum Symposium aus Anlaß des 100jährigen Kongreßjubiläums in der Schriftenreihe des Bundesarchivs erscheinen konnte, obwohl das Manuskript erst 3 Monate vorher fertig vorlag.

Grundlage für die deutsche Fassung der Kongreßprotokolle war eine erste Rohübersetzung, die in dankenswerter Weise Frau Christl Ivell-Singer, Hamburg, lieferte. Auf ihr basierend hat der Herausgeber die vorliegende Fassung erstellt, mit so vielen Verbesserungen und Veränderungen, daß er letzten Endes verantwortlich für alle Fehler und Schwächen zeichnet.

Herr Edgar Wöltje, Bremen, half bei der Beschaffung der Literatur und beim Lesen der Korrekturfahnen.

Mein besonderer Dank gilt Frau Karin Bekurts und Frau Margot Budavari, die mit großer Geduld die verschiedenen Fassungen der Übersetzung und der Einleitung ins Reine schrieben.

Datengerüst zur Vorgeschichte und Geschichte des Berliner Kongresses 1774—1914

Vorbemerkung

Aufgenommen sind alle historischen Ereignisse, die in den Verhandlungen des Berliner Kongresses ausdrücklich erwähnt wurden oder auf die als bekannt nur angespielt wurde, soweit sie zum Verständnis der weiteren wie engeren Vorgeschichte des Berliner Kongresses und seiner Verhandlungen wichtig erscheinen; ferner historische Ereignisse, die zum Verständnis der Zusammenhänge unentbehrlich sind, z. B. die beiden serbischen Aufstände von 1804 und 1815 als Voraussetzung zum Entstehen des Fürstentums Serbien, das auf dem Berliner Kongreß seine Unabhängigkeit erhielt. Hinzu kommen Daten der Ereignisse, die die politische Situation der am Berliner Kongreß beteiligten Mächte und Staatsmänner deutlicher machen, z. B. die Angaben zum Amtsantritt der in Berlin anwesenden leitenden Staatsmänner. Die Datierung für die Jahre 1875—1878 erfolgte nach dem Schultheß' Europäischen Geschichtskalender.

Weitere Vorgeschichte: Die Orientalische Frage 1774—1875

1774	Friede von Kütschük-Kainardschi beendet 3. russisch-türkischen Krieg (seit 1768): Territoriale Gewinne Rußlands (Dnjepr- und Donezmündung, Nordkaukasien); gegen Rückgabe von Moldau und Walachei an Türkei erhält Rußland Interventionsrecht im Osmanischen Reich zugunsten der südslawischen Orthodoxen und der quasi-autonomen Donaufürstentümer: Eröffnung der Orientalischen Frage.
1783	Rußland annektiert Krim und südrussische Schwarzmeerküste: Beginn russischer Besiedlung unter Potemkin („Potemkinsche Dörfer").
1791	Erste Ausnahmegesetze in Rußland zur geographischen Beschränkung der Juden auf durch 1. Polnische Teilung erworbene Gebiete im Westen des Reiches, später auf andere Gebiete ausgedehnt (Polen, Beßarabien).
1804	1. Serbischer Aufstand unter Karadjordj für serbische Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich.
1806	Rußland greift für Serbien gegen Türkei ein: 5. russisch-türkischer Krieg (bis 1812).

1812 Als Vorbereitung auf drohende Invasion Napoleons in Rußland: Friede von Bukarest Rußland-Türkei: Beßarabien zum größten Teil zu Rußland (bis 1856); Serbien isoliert.

1813 Türkei erobert Serbien zurück.

1815 2. Serbischer Aufstand, jetzt unter Michael Obrenović (bis 1817), mit begrenzterem Ziel der Autonomie.

1817 Türkei anerkennt Autonomie Serbiens.

1821 Unabhängigkeitskampf der Griechen gegen Osmanisches Reich (bis 1829).

1827 Englisch-französisch-russisches Geschwader vernichtet osmanische (ägyptische) Flotte bei Navarino.

1828 6. russisch-türkischer Krieg (bis 1829).

1829 Friede von Adrianopel: Griechenland, zunächst als Republik, autonom, mit Grenze nur wenig nördlich des Golfs von Korinth; Schutzherrschaft Rußlands über Donaufürstentümer Moldau und Walachei; Rußland erhält freie Handelsschiffahrt durch die Meerengen.

1830 Leopold von Sachsen-Coburg (ab 1831 von Belgien) lehnt griechische Krone wegen innergriechischer Opposition ab. Griechenland unter Schutz der Großmächte.

1831 Otto I. (Wittelsbach) König der Griechen (bis 1862). Unabhängigkeit Griechenlands von Großmächten anerkannt.
1. Orientkrise durch Vorstoß Mohammed Alis (von Ägypten) gegen seinen Suzerän, den Sultan, zur Eroberung Anatoliens: Niederlage der Türken bei Konya.

1833 Ende der 1. Orientkrise: Vertrag von Unkia-Skelesse Rußland-Türkei: Im Kriegsfall Meerengen für fremde Kriegsschiffe, russische ausgenommen, gesperrt.

1835 Moldau und Walachei russische Protektorate (bis 1856).

1839 2. Orientkrise durch erneuten Vorstoß Alis, diesmal zur Eroberung Syriens: Sieg der Ägypter bei Nezib: Großmächte gespalten: Frankreich unterstützt Ägypten, England und Rußland den Sultan.
Beginn der Tanzimat (=Reform) — Periode im Osmanischen Reich: Erste Ausnahmegesetze gegen Juden in Moldau und Walachei nach russischem Muster.

1841 Ende der 2. Orientkrise mit Londoner Dardanellenvertrag: im Kriegsfall Meerengen für nicht-türkische, vor allem russische Kriegsschiffe gesperrt.

1844 Serbischer Außenminister Garašinin formuliert südslawisches Programm: Unabhängigkeit Serbiens und staatliche Vereinigung aller Südslawen gegen Türkei, später Österreich.

1849 Rußland unter Nikolaus I. wirft ungarische Revolution nieder.

1853 7. russisch-türkischer Krieg über Donaufürstentümer, Krimkrieg (bis 1856): England-Frankreich (ab 1854 auch Piemont-Sardinien) gegen Rußland: Österreich formal neutral, zwingt durch Truppen-

konzentration Rußland zur Räumung der Donaufürstentümer. Österreich bemüht sich erstmals um Besitz Bosniens und der Herzegovina.

1856 Kongreß und Friede von Paris beenden Krimkrieg: Türkei in das Konzert der europäischen Mächte aufgenommen, Anerkennung ihrer territorialen Integrität; Beßarabien und Donaumündung an Moldau; Fürstentümer Moldau und Walachei unter Garantie der Großmächte; Teile von Armenien an Türkei (Kars); Verbot für Rußland, Kriegsschiffe im Schwarzen Meer zu unterhalten und Küstenbefestigungen anzulegen (Pontusklausel, bis 1871); Donauschifffahrt frei, Errichtung der Europäischen Donaukommission.
Fürst Gortschakow russischer Außenminister (bis 1882, ab 1867 auch Kanzler).

1857 Großmächte nehmen dem Fürstentum Moldau wieder Donaumündung und geben sie an Türkei zurück.

1858 Erste slawische Komitees in Rußland: Beginn des organisierten Panslawismus.

1859 Vereinigung der Donaufürstentümer Moldau und Walachei, entgegen Pariser Vertrag.
Krieg Frankreich/Piemont-Sardinien gegen Österreich: Österreich verliert Lombardei (Mailand) an Piemont-Sardinien: erste Etappe zur nationalen Einigung Italiens („Risorgimento").
Baubeginn am Suezkanal mit französischem Kapital und französischen Ingenieuren (Lesseps).

1860 Alliance Israelité Universelle mit Zentrum in Paris als erste moderne Selbsthilfeorganisation der Juden.

1861 Formale Konstituierung Rumäniens durch Zusammenschluß der Donaufürstentümer Moldau und Walachei.
Königreich Italien.
Bauernbefreiung in Rußland: Beginn der sozialen Krise in Rußland.

1862 Bismarck preußischer Ministerpräsident (bis 1890).

1863 Alvenslebensche Konvention: Preußen bietet Rußland Rückendeckung zur Niederschlagung des polnischen Aufstandes.

1864 Deutsch-dänischer Krieg: Dänemark verliert Schleswig, Holstein, Lauenburg an Preußen bzw. Österreich.

1866 Preußisch-österreichischer Krieg: preußischer Sieg bei Königgrätz (Sadowa): Ende des Deutschen Bundes (seit 1815): Österreich verliert Venetien an Italien.
Aufstand in Kreta (Kandia) gegen Türkei (bis 1868), proklamiert Vereinigung („enosis") mit Griechenland.
Carol I. aus der katholisch-süddeutschen Linie Sigmaringen der Hohenzollern Fürst von Rumänien (ab 1881 König, bis 1914).
Artikel 7 in neuer Verfassung Rumäniens beschränkt Staatsbürgerschaft auf Christen (gegen Juden gerichtet).
Diskriminierende Maßnahmen in Rumänien gegen Juden: Monte-

fiore vergeblich in Bukarest, um Gleichberechtigung der Juden zu erreichen.

1867 Ausgleich und Bildung Doppelmonarchie Österreich-Ungarn (bis 1918): freie Hand für Magyarisierung in Ungarn.
Norddeutscher Bund (bis 1871), mit Bismarck als Kanzler.
Türkei räumt letzte Festungen in Serbien, u. a. Belgrad.

1869 Eröffnung des Suezkanals: erhöhte strategische Bedeutung Ägyptens für den kürzesten Seeweg nach Indien.

1870 Türkei schafft, auf russischen und bulgarischen Druck, bulgarisches Exarchat, unabhängig vom griechisch-orthodoxen Patriarchat in Konstantinopel: Spannungen zwischen Griechen und Bulgaren auf dem Balkan unter türkischer Herrschaft verschärft.
Deutsch-französischer Krieg (bis 1871): Rußland verhindert Eingreifen Österreich-Ungarns gegen Preußen-Deutschland.
Rußland kündigt Pontusklausel des Pariser Vertrages von 1856.

1871 Gründung des Deutschen Reichs, Bismarck Reichskanzler (bis 1890). Frankfurter Friede, provisorische Republik in Frankreich.
Londoner Pontuskonferenz: Rußland, mit deutscher Unterstützung, erhält wieder Recht auf Flotte und Befestigungen am Schwarzen Meer, Meerengen bleiben weiter geschlossen.
Andrássy österreich-ungarischer Außenminister (bis 1879).

1872 Griechisches Patriarchat erklärt bulgarisches Exarchat für schismatisch: Spannungen Griechen-Bulgaren weiter verschärft.

1873 Drei-Kaiser-Abkommen Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland.
Nach vorfristiger Zahlung der Kriegsentschädigung an Deutschland räumen letzte deutsche Besatzungstruppen Frankreich.
Schwere Weltwirtschaftskrise, in Deutschland „Gründerkrach".

1874 Wahlsieg der Konservativen unter Disraeli: Disraeli zum zweiten Mal britischer Premierminister (bis 1880).
Erster „Zug ins Volk" der Narodniki, mit sozialistischer Agitation unter den Bauern, in Rußland gescheitert.

1875

29. 1. Staatskonferenz in Wien über alsbaldige Annexion Bosniens und der Herzegovina bei kommenden Verwicklungen auf dem Balkan.

März Spektakulärer Besuch Kaisers Franz Joseph in Dalmatien entlang der Grenze zu Bosnien-Herzegovina, zur Sympathiewerbung bei der dortigen Bevölkerung, besonders bei Katholiken.

April/Mai Krieg-in-Sicht-Krise zwischen Deutschland und Frankreich: Rußland und England intervenieren in Berlin und warnen vor erneutem Krieg.

16. 7. Verfassung der III. Französischen Republik vervollständigt: Konflikt zwischen monarchistischem Präsidenten Mac Mahon und republikanischer Kammermehrheit (bis 1877).
Staatsbankrott des Osmanischen Reichs: Errichtung der „Dette Ottomane".

ca. 15. 7.	Aufstand in der Herzegovina, später (16.8.) auch in Bosnien, gegen türkische Herrschaft.
1. 8.	Deutschland, Rußland, Österreich-Ungarn für Lokalisierung des Aufstandes.
16. 8.	Aufstand greift auf Bosnien über.
6.10.	Pforte erklärt Staatsbankrott: Zahlung der Zinsen auf Staatsschuld um 50% gesenkt.
25.11.	England kauft vom verschuldeten Khediven von Ägypten ägyptischen Aktienanteil (172.602 Aktien) an Suezkanal-Gesellschaft: Mit Aktienmehrheit verstärktes Engagement Englands in Ägypten.
14.12.	Sultan stellt Reformen in Aussicht, um Aufständische in Bosnien-Herzegovina und Mächte zu besänftigen.
30.12.	Andrássy-Note fordert Reformen und Religionsfreiheit für aufständische Provinzen von Türkei.
1876	
31. 1.	Andrássy-Note als gemeinsame Demarche Österreich-Ungarns, Deutschlands, Rußlands der Pforte überreicht.
6./13.2.	Sultan stimmt Reformprogramm der Andrássy-Note zu.
19. 2.	Aufständische in Bosnien und Herzegovina lehnen Reformen als unzureichend ab.
2. 3.	Aufständische der Herzegovina wenden sich an Rußland um Hilfe.
8. 4.	Pforte befiehlt Bewaffnung aller Muslims in Bosnien.
4. 5.	Aufstand in Bulgarien: Bildung einer geheimen Nationalregierung.
10. 5.	Türkische Offensive gegen bulgarischen Aufstand: Massaker tscherkessischer Truppen an Bulgaren („Bulgarengreuel").
13. 5.	Berliner Memorandum der Großmächte (ohne England) fordert Waffenstillstand, Arrangement mit Aufständischen und Überwachung von Reformen in der Türkei. Bei Ausbleiben türkischer Maßnahmen drohen Großmächte indirekt mit Intervention.
30. 5.	Sultan Abdul Aziz von Midhat Pascha gestürzt: Nachfolger Murad V.: Liberales Ministerium Midhat Pascha.
31. 5.	Serbien verweigert fälligen Tribut an Pforte.
2. 6.	Midhat Pascha Präsident des türkischen Staatsrats.
5. 6.	Reformdekret in der Türkei.
7. 6.	Pforte erklärt Generalamnestie und 6-wöchigen Waffenstillstand.
14. 6.	Aufstand in Bulgarien niedergeschlagen, bis auf Reste im Gebirge.
27. 6.	Aufständische in der Herzegovina erklären Fürsten von Montenegro zu ihrem Fürsten.
28. 6.	Aufständische in Bosnien erklären Fürsten von Serbien zu ihrem Fürsten.
30. 6.	Serbien unter Ristić erklärt Türkei den Krieg.
2. 7.	Montenegro erklärt Türkei den Krieg: Kriegsfreiwillige und inoffizielle Hilfe aus Rußland.

3. 7. Serbische Truppen in Bosnien, montenegrinische in der Herzegovina.

8. 7. Mündliches Abkommen Andrássy-Gortschakow von Reichstadt: bei Krieg Rußlands gegen die Türkei bleibt Österreich-Ungarn neutral. Bosnien und Herzegovina sollen autonom bzw. zwischen Serbien und Österreich-Ungarn geteilt werden.

31. 8. Sultan Murad V. abgesetzt: Nachfolger Abdul Hamid II. (bis 1909).

1. 9. Serbische Niederlage gegen Türken.

1.10. Zar Alexander II. fragt Deutschland über Militärbevollmächtigten in Rußland, Werder, nach deutscher Haltung bei einem Krieg Rußlands gegen Österreich-Ungarn.

12.10. Türkei kündigt Verfassung an.

15.10. Rußland beschließt Teilmobilmachung.

23.10. Deutsche Antwort auf russische Anfrage vom 1.10.: bei russisch-österreichisch-ungarischem Krieg bleibt Deutschland neutral, erst bei Intervention anderer Mächte in einem solchen Krieg müßte Deutschland aus seiner Neutralität heraustreten: Bismarck vermeidet Option für Rußland oder Österreich-Ungarn: Rußland enttäuscht.

27.10. Serbische Presse fordert offizielle Hilfe Rußlands.

30.10. Militärischer Zusammenbruch Serbiens gegenüber der Türkei: Türken könnten auf Belgrad marschieren.

31.10. Nach russischem Ultimatum bewilligt Türkei sechswöchigen Waffenstillstand mit Serbien.

4.11. England schlägt Konferenz der Mächte in Konstantinopel vor.

13.11. Rußland mobilisiert 6 Armeekorps für Krieg gegen Türkei, u. a. unter Druck panslawischer Agitation.

5.12. Bismarckrede im Reichstag zur Orientkrise: er werde „zu irgendwelcher Beteiligung Deutschlands [an einem aus der Orientkrise entstehenden großen Krieg] nicht raten, solange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage steht, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre".

6.12. Erste Demonstration von Arbeitern und Intellektuellen in St. Petersburg mit roter Fahne, gehalten von Georg Plechanow.

12.12. Konstantinopeler Konferenz zur Lösung der Orientkrise (bis 20.1.1877).

23.12. Liberale Verfassung im Osmanischen Reich: Parlament, Religions- und Pressefreiheit.

1877

1. 1. Queen Victoria Kaiserin von Indien.

15. 1. Budapester Vertrag Rußland - Österreich-Ungarn: Österreich-Ungarn bei Krieg Rußlands gegen Türkei neutral. Österreich-Ungarn darf evtl. Bosnien und Herzegovina, ausgenommen den Sandjak von Novibasar, Rußland Beßarabien annektieren. Bei evtl. Auf-

teilung der Türkei wollen sich beide gegenseitig stützen, Entstehen eines einzigen Großstaates auf dem Balkan verhindern: Bulgarien, Albanien, Rumpf-Rumelien unabhängig, Thessalien, Teil des Epirus, Kreta an Griechenland, Konstantinopel mit Umland Freie Stadt.

18. 1. Osmanische Notabelnversammlung gegen Reformvorschläge der Mächte.

Mitte Jan. Mobilmachung der russischen Südarmee.

20. 1. Konstantinopeler Konferenz scheitert an Differenzen Rußland-England über Balkanfragen.

5. 2. Sturz Midhat Paschas, Führer der türkischen Liberalen.

Febr./März Erster Nihilistenprozeß in Rußland („Prozeß der 50"). „Semlja i Volna" („Land und Freiheit") als Terroruntergrundorganisation in Rußland.

28. 2. Frieden Türkei-Serbien: Status quo ante.

18. 3. Konvention England-Rußland: kein Großstaat auf dem Balkan.
Wiener Vertrag Rußland - Österreich-Ungarn (auf 15.1. rückdatiert): Annexion Bosnien-Herzegovinas durch Österreich-Ungarn (s. o.).

19. 3. Türkisches Parlament tritt zum ersten Mal zusammen.

31. 3. Londoner Protokoll: Großmächte fordern von Türkei Frieden mit Montenegro, Grenzberichtigungen und freie Schiffahrt auf der Bojana für Montenegro; Abrüstung der türkischen Armee; Reformen zugunsten der Christen, zu überwachen von den Großmächten durch ihre Konsuln; bei Wiederholung von Unruhen behalten sich Großmächte gemeinsame Schritte vor.

9. 4. Türkei lehnt Londoner Protokoll ab.

16. 4. Konvention Rußland-Rumänien: freier Durchmarsch für russische Truppen durch Rumänien; Rußland garantiert Rumänien territoriale Integrität.

24. 4. Rußland erklärt Türkei den Krieg: 8. russisch-türkischer Krieg (bis 1878); russische Armee rückt in Rumänien ein.

6. 5. England warnt Rußland vor Eroberung Konstantinopels und der Meerengen, Blockade des Suezkanals, Besetzung Ägyptens oder des Persischen Golfes.

8. 5. Türkei erklärt Rumänien den Krieg.

21. 5. Rumänien ruft Unabhängigkeit aus.

15. 6. Bismarcks Kissinger Diktat: „cauchemar des coalitions" Deutschlands; bündnislose Konstellation als Ideal deutscher Kontinentalpolitik; wünscht sich England durch Okkupation Ägyptens zufriedengestellt; evtl. „Doppelverschluß" der Meerengen Bosporus durch Rußland, Dardanellen durch England.
Innenpolitische Krise in Frankreich um monarchistischen Präsidenten Mac Mahon und antiklerikale Linke.

21. 6. Russische Armee überschreitet Donau bei Galatz und marschiert in Bulgarien ein.

28. 6. Proklamation von Zar Alexander II. ruft Bulgaren zum Aufstand auf.

30. 6. Britische Flotte in Besica-Bay südlich der Halbinsel Gallipoli entsandt.

6. 7. Russen besetzen Tirnovo, alte Hauptstadt Bulgariens.

13. 7. Russen erobern Schipka-Paß, behaupten ihn, zusammen mit bulgarischen Freiwilligen, gegen spätere türkische Angriffe.

25. 7. Russen scheitern erstmals vor Plewna, türkischer Festung zwischen Donau und Balkan.

30. 7. Russen scheitern abermals vor Plewna mit schweren Verlusten; weitere schwere Niederlagen der Russen und Rückzug über den Balkan (bis auf den Schipka-Paß): Rußland verliert Seeherrschaft im Schwarzen Meer an Türkei; krisenhafte Stimmung in Rußland; Rußland fordert aktive militärische Hilfe Rumäniens an.
England beschließt Entsendung seiner Flotte an die Meerengen.

2. 8. Rußland mobilisiert Gardekorps zum Krieg gegen Türkei.

21. 8. Militärkonvention Rußland-Rumänien über militärische Kooperation gegen die Türkei.

7./14.9. Drittes Scheitern der Russen vor Plewna, mit noch schwereren Verlusten.

17. 9. Alle Christen im Osmanischen Reich (außer Armenier) aus türkischem Staatsdienst entlassen.

15.10. Nach vorausgegangenen Rückschlägen Sieg der Russen von Aladscha Dagh (Armenien) über die Türken: Wende auf dem asiatischen Kriegsschauplatz zugunsten Rußlands.

30.10. (2.) Nihilistenprozeß in Rußland („Prozeß der 193", bis Januar 1878).

17./18.11. Russen erobern Kars (Armenien).

10.12. Plewna kapituliert vor Russen und Rumänen: Gefangene kommen fast sämtlich in Gefangenschaft um.
Entscheidende Wende des Kriegs auf dem Balkan zugunsten Rußlands.

12.12. Pforte wendet sich an Mächte mit Bitte um Vermittlung.

14.12. Serbien erklärt der Türkei erneut den Krieg.
Nach Sieg der Republikaner in Kammerwahlen gegen Mac Mahon in Frankreich: Kabinett Dufaure, gemäßigter Republikaner: Waddington Außenminister (4.2.—3.3.1879 auch als Ministerpräsident).

1878

1. 1. Russen überschreiten den Balkan.

4. 1. Russen marschieren in Sofia ein.
England fordert von Rußland Bekanntgabe seiner Friedensbedingungen: England gegen Zerstörung des Osmanischen Reichs.

8. 1. Österreich-Ungarn warnt Rußland vor Groß-Bulgarien und Annexion von Süd-Beßarabien.

9. 1.	Türken kapitulieren am Schipka-Paß.
19. 1.	Türkische Parlamentäre im russischen Hauptquartier.
21. 1.	Russische Armee besetzt geräumtes Adrianopel.
23. 1.	Britisches Kabinett beschließt erstmals Entsendung eines Geschwaders in die Meerengen; auf Rücktrittsdrohung des Außenministers Lord Derby noch einmal zurückgezogen.
25. 1.	Hofprediger Stoecker beginnt mit christlich-sozialer antisemitischer Agitation in Berlin.
27. 1.	Türkei stimmt Waffenstillstand zu: Englische Flotte in Besica-Bay. Russen rücken weiter auf Konstantinopel vor.
28. 1.	Andrássy an Rußland und Deutschland: als Antwort auf russische Bedingungen konfrontiert Österreich-Ungarn Rußland mit der Alternative: Krieg gegen Rußland oder Konferenz der Großmächte zur Vermeidung der allgemeinen Kriegsgefahr.
31. 1.	Russische Armee am Marmarameer: bei Eroberung Konstantinopels droht Krieg mit England und Österreich-Ungarn. Waffenstillstand und Friedenspräliminarien von Adrianopel Rußland-Türkei: Bedingungen wie von San Stefano (3.3.).
1. 2.	Rußland verlangt von Rumänien Abtretung Beßarabiens. Nationalversammlung Kretas beschließt Unabhängigkeit und Anschluß an Griechenland. Griechenland erklärt Türkei den Krieg.
5. 2.	Rumänien lehnt Abtretung Beßarabiens ab, Rußland bietet Dobrudscha als Entschädigung an.
8. 2.	Rückzug griechischer Truppen aus türkischen Gebieten. Englische Flotte in Dardanellen und Rückzug in Besica-Bay.
10. 2.	Rußland kündigt Mächten Absicht an, mit Truppen in Konstantinopel einzumarschieren.
13. 2.	Englische Flotte fährt, ohne türkische Erlaubnis, in die Dardanellen ein.
15. 2.	Englische Flotte ankert vor Konstantinopel.
19. 2.	Bismarckrede in Reichstag zur Orientkrise („ehrlicher Makler"7).
21. 2.	Erste Entspannung zwischen England und Rußland: Weder Besetzung der Halbinsel Gallipoli noch der asiatischen Seite der Dardanellen.
Ende Febr.	Berlin als Ort für Kongreß in Aussicht genommen, diplomatische Kontakte Österreich-Ungarn — Rußland — Deutschland in Wien.
3. 3.	Vorfriede von San Stefano Rußland-Türkei: Autonomes Groß-Bulgarien mit Makedonien bis nach Albanien und Teilen Thrakiens bis zur Ägäis und kurz vor Adrianopel unter russischer Vorherrschaft; Gebietserweiterungen für Montenegro (u. a. Adriahafen Antivari) und Serbien (Nisch); Beßarabien an Rußland; Autonomie für Bosnien und Herzegovina; Ardahan, Kars, Batum russisch; 1,41 Milliarde Franken Kriegsentschädigung für Rußland.

England verlangt Prüfung des Vertrages von San Stefano durch die Mächte.

8./9. 3. Zusammentreten der Delegationen in Österreich-Ungarn: Andrássy fordert Kredit bis zu 60 Millionen Gulden für außergewöhnliche Ausgaben.

9. 3. Rumänien protestiert bei Mächten gegen Abtretung Beßarabiens.

17. 3. Ratifizierungsurkunden des Vertrags von San Stefano in St. Petersburg ausgetauscht.

19./21.3. Delegationen in Österreich-Ungarn bewilligen einstimmig 60 Millionen Gulden Kredit für Rüstungen.

23. 3. Irredentistisches Kabinett Càiroli in Italien: Graf Corti (als Nicht-Irredentist) Außenminister (bis 8.9.1878).

24. 3. Rußland lehnt englische Forderung nach Prüfung des Vertrags von San Stefano ab.

27. 3. Britisches Kabinett beruft Reserven ein, verlegt indische Truppen nach Malta.

29. 3. Außenminister Lord Derby tritt aus Protest zurück: Lord Salisbury britischer Außenminister.
Rußland fordert Abzug der britischen Flotte aus dem Bosporus; England erklärt, Flotte bleibt, so lange russische Truppen vor Konstantinopel stünden.

1. 4. Deutschland empfiehlt Rußland Konzessionen.

11. 4. Freispruch der Vera Sassulitsch in St. Petersburg.

Mitte Apr. Weiterhin Kriegsentschlossenheit in England gegen Rußland.
„Geheime russische National-Regierung" ruft russisches Volk zum Ergreifen der Waffen gegen die Regierung des Zaren auf.

17. 4. Rußland greift Andrássys Konferenzidee auf.

11. 5. (1.) Attentat in Deutschland gegen Kaiser Wilhelm I. (Hödling).

14. 5. Höhepunkt der Kriegsentschlossenheit in England: Rückzug Rußlands oder Krieg.

22. 5. Verständigung England-Rußland durch Schuwalow über Einberufung eines Kongresses der Mächte.

24. 5. Erstes Sozialistengesetz scheitert im Reichstag an Nationalliberalen.

30. 5. Abkommen England-Rußland: Bulgarien territorial begrenzt.
Bewegungen in Albanien fordern begrenzte Selbständigkeit, in Abwehr von Ansprüchen Italiens auf Protektorat über Albanien, von territorialen Forderungen Serbiens und Montenegros.

2. 6. (2.) Attentat in Deutschland auf Kaiser Wilhelm I. (Dr. Nobiling): 2. Sozialistengesetz im Reichstag.

3. 6. Deutschland lädt Signatarmächte des Pariser Vertrages von 1856 zum Berliner Kongreß ein, mit „freier Diskussion" der Bedingungen von San Stefano.

4. 6. Geheimkonvention England-Türkei: Zypern von England okkupiert, falls Rußland Batum erhält; England garantiert dem Osmanischen

Reich Kleinasien, Syrien, Mesopotamien; Pforte verspricht dort Reformen. England verspricht Unterstützung der Türkei auf dem Berliner Kongreß.

6. 6. Abkommen England - Österreich-Ungarn: Begrenzung Bulgariens.

11. 6. Österreich-Ungarn beginnt Mobilmachung.

12. 6. Reichstag in Deutschland wegen Ablehnung des Sozialistengesetzes aufgelöst.

Der Berliner Kongreß, 13. Juni—13. Juli 1878

13. 6. Eröffnung des Berliner Kongresses: Deutschland und Italien erstmalig bei Kongreß der Mächte; Bismarck Präsident; Einstimmigkeit der Kongreßbeschlüsse; Bulgarien als erstes Konferenzthema; Beaconsfield protestiert gegen russische Armee vor Konstantinopel.

14. 6. Londoner „Globe" enthüllt vorzeitig britisch-türkische Konvention über Zypern.

17. 6. 2. Sitzung: Bulgarien, Zulassung Griechenlands.

19. 6. 3. Sitzung: Griechische Delegierte sollen vor Erörterung griechischer Fragen gehört werden.
Spannungen Schuwalow-Gortschakow.

21. 6. Höhepunkt der Krise England-Rußland und des Kongresses: Beaconsfield droht (blufft) angeblich mit Abreise aus Berlin.
Bismarck wirkt in Sondergesprächen auf Briten (Beaconsfield) und Russen (Schuwalow) im Sinne der Verständigung ein.

22. 6. 4. Sitzung: Gortschakow fehlt, läßt Schuwalow Konzessionen über Bulgarien allein verantworten: Längsteilung Bulgariens auf dem Balkan in autonomes Fürstentum Bulgarien und türkische Provinz Ost-Rumelien mit autonomer Selbstverwaltung.

24. 6. 5. Sitzung, noch ohne Gortschakow: Termine für Räumung durch russische Truppen: 6 Monate für Ost-Rumelien, 9 Monate für Bulgarien, 12 Monate für Rumänien.

25. 6. 6. Sitzung, weiterhin ohne Gortschakow: Bulgarienfrage weiter behandelt.

26. 6. 7. Sitzung, wieder mit Gortschakow: Redaktionskommission eingesetzt. Bulgarienfrage abgeschlossen.

28. 6. 8. Sitzung: auf Antrag Englands Okkupation Bosnien-Herzegovinas durch Österreich-Ungarn, zunächst gegen Protest der türkischen Delegierten. Serbien unabhängig erklärt, unter der Bedingung der völligen Religionsfreiheit, besonders auch für Juden; bei dieser Gelegenheit antisemitische Äußerungen Gortschakows; territoriale Erweiterung Serbiens.
Bildung der Delimitationskommission zur Regelung von Details in den Grenzziehungen beschlossen.

29. 6. 9. Sitzung: Anhörung der griechischen Delegierten, die für massive Annexionen (Thessalien, Epirus, Kreta) plädieren; bei Diskussion um Zulassung rumänischer Delegierter erste russisch-britische Kontroverse über Annexion Beßarabiens durch Rußland.

1. 7. 10. Sitzung: Anhörung der rumänischen Delegierten, die sich gegen die Annexion Beßarabiens durch Rußland verwahren und Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens durch den Kongreß erwarten. Kongreß beschließt Unabhängigkeit Rumäniens zu selben Bedingungen wie Serbien (Religionsfreiheit), zusätzlich unter Anerkennung der Annexion Beßarabiens durch Rußland, gegen Kompensation vor allem der Dobrudscha, auf Kosten Bulgariens, und Gebietserweiterungen.
Unabhängigkeit für Montenegro.

2. 7. 11. Sitzung: Donauschiffahrt; Kriegsentschädigung und türkische Staatsschuld („dette Ottomane").

4. 7. 12. Sitzung: neue Grenze Montenegros; Donauschiffahrt; Mönche auf dem Berg Athos; Sonderrechte Frankreichs an Heiligen Stätten.

5. 7. 13. Sitzung: Erweiterung Griechenlands nach Norden nach Thessalien und in den Epirus: Griechenland und Türkei sollen sich selbst verständigen; Albanien.

6. 7. 14. Sitzung: Batum und Armenien.

8. 7. 15. Sitzung: Anhörung eines persischen Delegierten über Grenze bei Khotur; Verschiedenes; Generalklausel über Reformen und Religionsfreiheit in der Türkei; Bericht der Delimitationskommission über Grenzen Bulgariens und Ost-Rumeliens: Diskussion um Sandjak von Sofia; Grenze Serbiens; Antrag Gortschakows auf Exekutivklausel. Britisch-türkische Zypernkonvention offiziell mitgeteilt.

9. 7. 16. Sitzung: endgültige türkisch-persische Grenze bei Khotur; Batum Freihafen; Diskussion Exekutivklausel: Türken am schärfsten dagegen; letztes Teilstück der serbisch-bulgarischen Grenze beschlossen; erster Bericht der Redaktionskommission über Anlage des neuen Vertrags, in der Reihenfolge der Behandlung durch den Kongreß.

10. 7. 17. Sitzung: russisch-türkische Grenze südlich von Batum; Räumungsfragen in verschiedenen Territorien; Gortschakows Exekutivklausel; Schuwalows Antrag für Ehrenfriedhof am Schipka-Paß; Beginn der Verlesung des Vertragsentwurfs.

11. 7. 18. Sitzung: Gortschakows Exekutivklausel, endgültig abgelehnt; Kapitalisierung des Tributs von Serbien und Rumänien an Pforte abgelehnt; Grenze im Tal von Alashkerd; Fortsetzung des Berichtes der Redaktionskommission; Mitteilung von Unruhen im Rhodopen-Gebirge.

12. 7. 19. Sitzung: Fortsetzung des Berichtes der Redaktionskommission,

	mit Entscheidung über letzte noch offene Einzelfragen; Meerengenfrage.
	Erste britische Truppen landen auf Zypern.
13. 7.	20. und letzte Sitzung: Unterzeichnung des Berliner Vertrages.

Durchführung und Aushöhlung des Berliner Vertrages

22. 7.	Erster britischer Gouverneur auf Zypern.
27. 7.	Unruhen und Protest gegen beabsichtigte Okkupation Bosnien-Herzegovinas in Sarajevo.
29. 7.	Einmarsch österreich-ungarischer Truppen in Bosnien-Herzegovina beginnt; heftiger Widerstand, vor allem der Muslims.
3. 8.	Nach Ratifizierungen Austausch der Ratifikationsurkunden in Berlin, Inkrafttreten des Berliner Vertrags.
19. 8.	Österreich-ungarische Truppen nehmen Sarajevo ein.
6. 9.	Mehemed Ali Pascha von Aufständischen in Albanien getötet.
19.11.	Russische Truppen beginnen Räumung Rumäniens.
1879	
8. 2.	Endgültiger Friede Rußland-Türkei an Stelle von San Stefano.
21. 4.	Konvention Türkei - Österreich-Ungarn über Okkupation Bosniens und der Herzegovina.
28. 4.	Annahme der Verfassung Bulgariens.
29. 4.	Alexander Battenberg zum Fürsten von Bulgarien gewählt (bis 1886).
Mai	Autonome Verwaltung in Ost-Rumelien.
August	Russen räumen Ost-Rumelien und Bulgarien.
September	Österreich-Ungarn besetzt Sandjak von Novibazar.
1881	Griechisch-türkische Konvention über neue Grenze: erhebliche Landgewinne für Griechenland und Thessalien und im Epirus, aber Kreta bleibt türkisch (bis 1913).
1885	Aufstand in Ost-Rumelien: Vereinigung mit Bulgarien, entgegen Vereinigungsverbot des Berliner Vertrags.
	Krieg Bulgarien-Serbien (bis 1886): Niederlage Serbiens, durch diplomatische Intervention Österreich-Ungarns gerettet.
1886	Rußland hebt Freihafen Batum auf und befestigt es (aber ohne große strategische Bedeutung).
	Sultan ernennt Alexander von Battenberg zum Gouverneur von Ost-Rumelien: Sturz Battenbergs durch rußlandfreundlichen Militärstaatsstreich in Sofia.
1887	Ferdinand von Sachsen-Coburg Fürst von Bulgarien (1908 Zar, bis 1918).
1896	Aufstand auf Kreta: Sultan für Autonomie Kretas.
	3-tägiges Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich.

1897	Kreta proklamiert Vereinigung („enosis") mit Griechenland, von Mächten nicht anerkannt, die auf Kreta Truppen landen.
	Griechisch-türkischer Krieg: Niederlage der Griechen.
1905	Aufstand auf Kreta proklamiert wiederum Vereinigung mit Griechenland.
1908	Sieg der Jungtürkischen Revolution: Türkische Verfassung von 1876 wieder in Kraft gesetzt; Wahlen ausgeschrieben, auch für Bosnien-Herzegovina.
	Österreich-Ungarn annektiert Bosnien-Herzegovina: Bosnische Annexionskrise (bis 1909).
	Bulgarien proklamiert Unabhängigkeit als Königreich.
1912	1. Balkankrieg (bis 1913): Montenegro, Bulgarien, Serbien gegen Türkei; Türkei unterliegt.
1913	Londoner Vertrag: Türkei fast bis auf Konstantinopel aus Europa herausgedrängt. Konflikt um Makedonien zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland führt zum 2. Balkankrieg: Bulgarien gegen Serbien, Griechenland, Rumänien, Türkei; Bulgarien unterliegt. Friede von Bukarest: Süd-Dobrudscha mit Silistria an Rumänien, Makedonien fast ganz zu Serbien, Adrianopel wieder zur Türkei; Süd-Makedonien mit Saloniki und Kavalla sowie Kreta an Griechenland; Fürstentum Albanien.
1914	Nach Ausbruch des 1. Weltkriegs annektiert England Zypern als Kronkolonie (bis 1959).

Vorfriedensvertrag von San Stefano vom 3. März 1878

Auszug nach: Schultheß Europäischer Geschichtskalender 1878, S. 461—466.

Se. Majestät der Kaiser von Rußland und Se. Majestät der Kaiser der Osmanen, beseelt von dem Wunsche, ihren Ländern und Völkern die Segnungen des Friedens zurückzugeben und jeglicher neuen Verwicklung, die denselben bedrohen könnten, vorzubeugen, haben zu Bevollmächtigten, welche die Friedens-Präliminarien feststellen, abschließen und unterzeichnen sollen, ernannt etc., welche, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über die folgenden Artikel übereingekommen sind:

Art. 1 Um den fortwährenden Streitigkeiten zwischen der Türkei und Montenegro ein Ende zu machen, wird die Grenze der beiden Länder gemäß der beiliegenden Karte unter nachstehendem Vorbehalt in folgender Weise berichtigt werden: Von dem Berge Dobrostitza aus wird die Grenze der von der Konferenz zu Konstantinopel festgesetzten Linie bis nach Korito über Bilek folgen, von dort wird die neue Grenze bis Gatzko (Metochia-Gatzko wird zu Montenegro gehören) und bis zu dem Zusammenfluß der Pieva und der Tara gehen, indem sie nördlich an der Drina bis zu der Mündung des Lim aufsteigt. Die östliche Grenze des Fürstentums wird dem letzgenannten Flusse bis Priepolje folgen und sich über Roshai nach der Sucha-Planina ziehen, wobei Bihor und Roshai zu Montenegro kommen. Rugowo, Plawa und Gusinje einschließend, wird die Grenzlinie dann der Bergkette über Schljeb-Paklen und längs der Grenze Albaniens im Norden über den Kamm der Berge Kopriwnik, Baba Vrch, Bor Vrch bis zum höchsten Gipfel des Prokletja folgen. Von diesem Punkt wird die Grenze über den Gipfel des Biskaschik ziehen und in gerader Linie bis zum See Jjiceni-Hoti gehen. Jjiceni-Hoti und Jjiceni-Kastrati teilend, wird sie durch den See von Skutari gehen, um an der Bojana auszulaufen, deren Talweg sie bis zum Meer folgen wird. Nikjitsch, Gatzko, Spuz, Podgoritza, Zabljak und Antivari werden zu Montenegro gehören. Eine europäische Kommission, in welcher die Hohe Pforte und die montenegrinische Regierung vertreten sein werden, wird mit der Feststellung der endgültigen Grenzlinien beauftragt werden. . . .

Art. 2 Die Hohe Pforte erkennt endgültig die Unabhängigkeit des Fürstentums Montenegro an. . . . Die Punkte, in welchen ein Einvernehmen sich nicht erzielen lassen würde, werden durch schiedsrichterliche Entscheidung Rußlands und Österreich-Ungarns geordnet werden.

Art. 3 Serbien wird als unabhängig anerkannt. Eine türkisch-serbische Kommission wird an Ort und Stelle unter Beihilfe eines russischen Kommissars die endgültige Grenzlinie in Frist dreier Monate feststellen und die auf die Inseln der Drina bezüglichen Fragen abschließlich lösen. Ein bulgarischer Bevollmächtigter wird zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission zugelassen, wann dieselbe sich mit der serbisch-bulgarischen Grenze befassen wird.

Art. 4 Die Muselmanen, welche in den zu Serbien gezogenen Gebieten Eigentum besitzen und ihren Wohnsitz außerhalb des Fürstentums nehmen möchten, können ihren unbeweglichen Besitz daselbst behalten, indem sie denselben verpachten oder durch Andere verwalten lassen.

Art. 5 Die Pforte erkennt die Unabhängigkeit Rumäniens an, das Ansprüche auf eine Entschädigung geltend machen wird, worüber zwischen den beiden Parteien zu verhandeln ist.

Art. 6 Die Bulgarei wird zu einem selbständigen, tributpflichtigen Fürstentum gemacht mit einer christlichen Regierung und einer Volksmiliz. Die endgültigen Grenzen des bulgarischen Fürstentums werden durch eine besondere russisch-türkische Kommission gezogen werden, bevor Rumelien von der kaiserlich-russischen Armee geräumt ist.

Art. 7 Der Fürst der Bulgarei wird vom Volke frei gewählt und von der Hohen Pforte mit Zustimmung der Mächte bestätigt werden. Kein Mitglied der regierenden Dynastien der europäischen Großmächte kann zum Fürsten der Bulgarei gewählt werden. Im Falle der Erledigung der bulgarischen Fürstenwürde wird die Wahl des neuen Fürsten unter denselben Bedingungen und indenselben Formen vollzogen. Eine Versammlung von Notabeln der Bulgarei, einberufen nach Philippopel (Plowdiw) oder Tirnowa, wird vor der Wahl des Fürsten unter Aufsicht eines kaiserlich russischen Kommissars und im Beisein eines osmanischen Kommissars die Organisation der künftigen Verwaltung ausarbeiten, den früher im Jahre 1830 nach dem Frieden von Adrianopel in den Donaufürstentümern aufgestellten Regeln gemäß. In den Ortschaften, wo die Bulgaren mit den Türken, Griechen, Walachen (Kutzowalachen) und anderen gemischt sind, wird den Rechten und Interessen dieser Bevölkerungen bei den Wahlen und bei der Ausarbeitung des organischen Grundgesetzes gerechte Rechnung getragen werden. Die Einführung des neuen Regiments in der Bulgarei und die Überwachung seiner Ausübung werden während zweier Jahre einem kaiserlich-russischen Kommissar übertragen. Nach Ablauf des ersten Jahres seit Einführung des neuen Regiments werden, wenn Rußland, die Pforte und die europäischen Kabinette darüber einig sind, dieselben nötig erachteten Falls dem kaiserlich russischen Commissär besondere Delegierte beiordnen können.

Art. 8 Die osmanische Armee wird sich nicht mehr in der Bulgarei aufhalten. Alle alten Festungen werden auf Kosten der Ortsregierung geschleift. Die

Hohe Pforte wird das Recht haben, nach ihrem Willen über das Kriegsmaterial und über die anderen der osmanischen Regierung zugehörigen Gegenstände zu verfügen, welchen in den schon kraft des Waffenstillstandes vom 19./31. Januar geräumten Donaufestungen sowie in den befestigten Plätzen Schumla und Varna sich noch vorfinden sollten. Bis zur vollständigen Bildung einer Eingeborenen-Miliz, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Ruhe genügt und deren Stärke späterhin durch eine Verständigung zwischen der osmanischen Regierung und dem kaiserlich russischen Kabinett bestimmt werden soll, werden russische Truppen das Land besetzt halten und dem Kommissär im Notfalle starke Hand leihen. Diese Besetzung wird gleichfalls auf eine Frist von annähernd zwei Jahren beschränkt. Der wirkliche Bestand des russischen Besatzungskorps, welches, aus sechs Infanterie- und zwei Kavallerie-Divisionen bestehend, in der Bulgarei bleiben wird, nachdem die kaiserliche Armee die Türkei geräumt hat, wird nicht über 50.000 Mann hinausgehen, die Unterhaltung geschieht auf Kosten des besetzten Landes. Die Besatzungstruppen Rußlands in der Bulgarei werden ihre Verbindung mit Rußland nicht nur durch Rumänien, sondern auch durch die Häfen des Schwarzen Meeres, Varna und Burgas offen halten, wo sie für die Dauer der Besetzung die notwendigen Magazine sich einrichten können.

Art. 9 Der Betrag des jährlichen Tributs, welchen die Bulgarei an den oberherrlichen Hof entrichten wird durch Einzahlung auf eine Bank, welche die Hohe Pforte später bezeichnen wird, soll durch eine Verständigung zwischen Rußland, der osmanischen Regierung und den anderen Kabinetten am Ende des ersten Jahres der Wirksamkeit der neuen Organisation bestimmt werden. Dieser Tribut wird erhoben von dem mittleren Einkommen aus dem ganzen Gebiet des Fürstentums. Die Bulgarei wird an Stelle der osmanischen Regierung treten in Bezug auf die Schulden und Verpflichtungen gegen die Gesellschaft der Eisenbahn von Rustschuk, nach Übereinkunft zwischen der Hohen Pforte, der Regierung des Fürstentums und der Direktion der Gesellschaft. Die Regulierung bezüglich der anderen Eisenbahnen, welche das Fürstentum durchschneiden, wird gleichfalls einem Übereinkommen zwischen der Hohen Pforte, der in Bulgarien eingesetzten Regierung und der Verwaltung der daran beteiligten Gesellschaften vorbehalten bleiben.

Art. 10 Die Hohe Pforte behält das Recht, sich zur Beförderung von Truppen, Munition und Vorräten nach den jenseits des Fürstentums gelegenen Provinzen und in umgekehrter Richtung bestimmter Straßen der Bulgarei zu bedienen. Um Unregelmäßigkeiten und Mißverständnisse in der Ausübung dieses Rechtes zu vermeiden, aber zugleich die militärischen Bedürfnisse der Hohen Pforte sicherzustellen, wird ein besonderes Reglement die Bedingungen dafür innerhalb dreier Monate nach der Ratifikation des gegenwärtigen Aktes durch Übereinkommen zwischen der Hohen Pforte und der Verwaltung der Bulgarei feststellen. Es ist wohl verstanden, daß dieses Recht sich nur auf die regulären osmanischen Truppen erstreckt und daß die irregulären, die Baschibozuks und

Tscherkessen, davon ganz und gar ausgeschlossen sind. Die Hohe Pforte behält sich auch das Recht vor, ihre Posten durch das Fürstentum zu führen und daselbst eine Telegraphenlinie zu erhalten. Diese beiden Angelegenheiten werden ebenfalls in der oben angegebenen Weise und Zeit geregelt werden.

Art. 11 Die mohammedanischen Grundbesitzer oder Andere, welche ihren persönlichen Wohnort außerhalb des Fürstentums nehmen würden, können in demselben ihr unbewegliches Eigentum behalten, indem sie es von Anderen verpachten oder verwalten lassen.

Art. 12 Alle Festungen an der Donau werden geschleift werden; es sollen in Zukunft an den Ufern dieses Flusses keine festen Plätze mehr existieren; auch dürfen in den Gewässern der Fürstentümer Rumänien, Serbien und Bulgarien keine Kriegsschiffe sich aufhalten; ausgenommen sind nur die üblichen Stationsschiffe und die leichten Fahrzeuge, die zur Flußpolizei und zum Zollwachdienst gebraucht werden. Die Rechte und Pflichten der internationalen Kommission der unteren Donau bleiben unberührt.

Art. 13 Die Hohe Pforte übernimmt auf ihre Kosten die Wiederschiffbarmachung der Sulina-Mündung und die Entschädigung der Eigentümer, deren Vermögen durch den Krieg und die Unterbrechung der Schiffahrt auf der Donau gelitten hat, indem sie für diese doppelte Ausgabe die Summe von 500.000 fr. von den Geldern anweist, welche die Donaukommission ihr schuldet.

Art. 14 Es werden unverzüglich in Bosnien und der Herzegovina die europäischen Vorschläge ausgeführt, die den osmanischen Bevollmächtigten in der ersten Sitzung der Konstantinopeler Konferenz mitgeteilt worden sind, jedoch mit denjenigen Abänderungen, welche durch ein gemeinsames Abkommen zwischen der Hohen Pforte und den Regierungen von Rußland und Österreich-Ungarn getroffen werden. . . . Die Summe, welche jährlich für die Zentralverwaltung einkommen muß, wird später durch ein besonderes Übereinkommen zwischen der Türkei, Rußland und Österreich-Ungarn festgesetzt werden.

Art. 15 Die Hohe Pforte verpflichtet sich, auf der Insel Kreta auf das genaueste das organische Gesetz von 1868 anzuwenden und dabei den bereits durch die eingeborene Bevölkerung geäußerten Wunsche Rechnung tragen. Eine ähnliche, den lokalen Bedürfnissen angepaßte Ordnung wird in gleicher Weise in Epirus, Thessalien und den anderen Teilen der europäischen Türkei, für welche nicht eine besondere Organisation durch den gegenwärtigen Vertrag vorgesehen ist, eingeführt werden. Besondere Kommissionen, in welchen das eingeborene Element stark vertreten sein wird, werden für jede Provinz damit beauftragt werden, die Einzelheiten der neuen Ordnung auszuarbeiten. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird der Prüfung der Hohen Pforte unterworfen werden, die ihrerseits die russische Regierung zu Rate ziehen wird, bevor sie dieselbe in Kraft setzt.

Art. 16 Da in den Gebieten, welche die Russen in Armenien besetzt halten und die der Türkei zurückgegeben werden müssen, nach der Räumung durch die russischen Truppen Konflikte und Verwicklungen eintreten könnten, welche den guten Beziehungen der beiden Länder nachteilig sein würden, verpflichtet sich die Hohe Pforte, unverzüglich die Verbesserungen und Reformen, die durch die örtlichen Bedürfnisse gefordert werden, in den von Armenien bewohnten Provinzen auszuführen und für ihre Sicherheit den Kurden und Tscherkessen gegenüber zu bürgen.

Art. 17 Eine vollständige und allgemeine Amnestie wird durch die Hohe Pforte allen den osmanischen Untertanen bewilligt, welche sich in den letzten Ereignissen kompromittiert haben, und alle Personen, welche wegen derselben gefangen gehalten und in die Verbannung gesandt worden, werden unverzüglich in Freiheit gesetzt.

Art. 18 Die Hohe Pforte wird die Ansicht, welche von den Kommissären der vermittelten Mächte über den Besitz der Stadt Khotur geäußert worden ist, in ernste Erwägung ziehen, und verpflichtet sich, die Arbeiten zur endgültigen Regelung der türkisch-persischen Grenze ausführen zu lassen.

Art. 19 Die Kriegsentschädigung und der Ersatz für die von Rußland erlittenen Verluste, den der Kaiser von Rußland von der Hohen Pforte verlangt, setzen sich folgendermaßen zusammen: a) 900 Millionen Rubel Kriegsentschädigung (Unterhaltung der Armee und Ersatz für das Kriegsmaterial und für geschehene Bestellungen); b) 400 Millionen Rubel für den Schaden, den die Südküste des Landes, der Ausfuhrhandel, die Industrie und die Eisenbahnen erlitten haben; c) 100 Millionen Rubel für den durch die Invasion des Kaukasus herbeigeführten Nachteil; d) 10 Millionen Rubel für den Schaden, den russische Untertanen und russische Einrichtungen in der Türkei erlitten haben; im Ganzen 1.410 Millionen Rubel. In Anbetracht der finanziellen Not, in welcher sich die Türkei befindet, und im Einverständnis mit dem Wunsche Sr. Maj. des Sultans ist der Kaiser von Rußland zufrieden, als Zahlung für den größten Teil der oben aufgezählten Summen die folgenden Gebietsabtretungen anzunehmen: a) das Sandjak von Tultscha d. h. die Bezirke (Cazas) von Kilia, Sulina, Mahmudie, Jsaktscha, Tultscha, Matschin, Hirsowa, Küstendsche und Medschidie, sowie die Inseln des Deltas und die Schlangeninsel. Da Rußland diese Gebiete und die Inseln des Deltas nicht annektieren will, behält es sich das Recht vor, sie gegen den Teil Beßarabiens auszutauschen, den es durch den Vertrag von 1856 verloren und der im Süden durch den Talweg des Kilia-Armes und die Mündung des StaryStambul begrenzt ist. Die Frage der Teilung der Gewässer und der Fischereien wird durch eine russisch-rumänische Kommission in dem Zeitraum eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrages geregelt werden; b) Ardahan, Kars, Batum, Bajasid und das Gebiet bis zum Soghanly; . . . c) die in den Paragraphen a) und b) erwähnten Gebiete werden an Rußland abgetreten als Äquivalent für die Summe von 1.100 Millionen Rubel; was den Rest der Entschädigung, ausgenom-

men die 10 Millionen Rubel, die als Entschädigung für die russischen Untertanen und Einrichtungen in der Türkei gezahlt werden müssen, betrifft, 300 Millionen also, so wird die Art der Zahlung dieser Summe und die dafür zu stellende Bürgschaft durch ein Übereinkommen zwischen der kaiserlich russischen Regierung und der Sr. Maj. des Sultans geregelt werden; d) die 10 Millionen Rubel, welche als Entschädigung für die russischen Untertanen und Einrichtungen in der Türkei gefordert sind, werden gezahlt werden in der Reihenfolge, in der die Reklamationen der Interessierten durch die russische Gesandtschaft in Konstantinopel geprüft und der Hohen Pforte übermittelt worden sind. . . .

Art. 23 Alle Verträge, Konventionen und Übereinkünfte die früher zwischen den zwei hohen Vertragsmächten abgeschlossen worden sind, die auf Handel, Rechtssprechung und die Stellung der russischen Untertanen in der Türkei Bezug haben und durch den Kriegszustand aufgehoben worden waren, treten wieder in Kraft. Außer denjenigen Klauseln, welche etwa durch den vorliegenden Akt abgeschafft worden sein sollten, werden die beiden Regierungen in Bezug auf ihre Verpflichtungen, Handels- und andere Beziehungen einander gegenüber wieder in dasselbe Verhältnis treten, in dem sie sich vor der Kriegserklärung befanden.

Art. 24 Der Bosporus und die Dardanellen werden in Kriegs- und Friedenszeit den Handelsschiffen neutraler Staaten, die von russischen Häfen kommen oder dorthin bestimmt sind, offen bleiben. Die Hohe Pforte verpflichtet sich demgemäß, fernerhin vor den Häfen des Schwarzen und Asow'schen Meeres keine fiktive Blockade mehr herzustellen, die dem Geiste der am 14./16. April 1856 zu Paris unterzeichneten Deklaration widersprechen würde.

Art. 25 Die vollständige Räumung der europäischen Türkei mit Ausnahme der Bulgarei durch das russische Heer wird in dem Zeitraume von drei Monaten nach Abschluß des endgültigen Friedens zwischen Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland und Sr. Maj. des Sultans stattfinden. Um Zeit zu gewinnen und die Verlängerung der Unterhaltung russischer Truppen in der Türkei und Rumänien zu vermeiden, kann ein Teil der kaiserlichen Armee nach den Häfen des Schwarzen- und Marmara-Meeres dirigiert werden, um dort auf der russischen Regierung gehörigen Fahrzeugen oder solchen, die zu diesem Ende gechartert worden sind, eingeschifft zu werden. Die Räumung der asiatischen Türkei wird sich im Verlauf von sechs Monaten, vom Abschluß des endgültigen Friedens an gerechnet, vollziehen, und die russischen Truppen werden das Recht haben, sich in Trapezunt einzuschiffen, um über den Kaukasus oder die Krim zurückzukehren. Die Räumung muß sofort nach dem Austausch der Ratifikations-Urkunden beginnen. . . .

Art. 29 Der vorliegende Vertrag wird durch Ihre Maj. den Kaiser von Rußland und den Kaiser der Osmanen ratifiziert werden und die Ratifikations-Urkunden werden binnen 14 Tagen oder wenn möglich noch früher zu St. Peters-

burg ausgetauscht werden, wo man gleicher Weise den Ort und die Zeit bestimmen wird, wann und wo die Stipulationen des vorliegenden Vertrages diejenigen feierlichen Formen erhalten werden, die bei Friedensverträgen üblich sind. Es bleibt trotzdem wohlverstanden, daß die hohen Vertragsmächte sich durch den vorliegenden Akt von dem Zeitpunkte der Ratifikation an als förmlich gebunden erachten. In Beglaubigung dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten den vorliegenden Akt mit ihrer Unterschrift versehen und ihre Siegel dazugesetzt.

Teilnehmerverzeichnis des Berliner Kongresses

Bismarck-Archiv Friedrichsruh, Bestand A; Kanzler, Nr. 15,
Berliner Kongreß 85. 8 Seiten. Druck mit handschriftlichem Nachtrag
der türkischen Delegation.

Liste des Plénipotentiaires
et du Personnel de Leur Suite

Nom	Rang	Domicile
	Allemagne	
Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck	Premier Plénipotentiaire	
Son Excellence Mr. de Bülow	Second Plénipotentiaire	Wilhelmstrasse No. 61
Son Altesse Sérénissime le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst	Troisième Plénipotentiaire	Moltkestrasse No. 3
Mr. Bucher	Conseiller intime actuel le légation	Lützowstrasse No. 39
Mr. de Radowitz	Envoyé extr. et Ministre plénipot. (entiaire)	Königsplatz No. 5
Mr. Busch	Conseiller actuel de légation	Magdeburgerstrasse No.8
Mr. le Baron de Holstein	Conseiller de légation	
Mr. de Bülow	Secrétaire de légation	Wilhelmstrasse No. 61
Mr. le Comte de Bismarck-Schönhausen	dto.	Wilhelmstrasse No. 77
Mr. le Comte de Rantzau	do.	Kaiserhof
	Autriche-Hongrie	
Son Excellence Mr. le Comte d'Andrássy	Premier Plénipotentiaire	Ambassade d'Autriche
Son Excellence Mr. le Comte Károlyi	Second Plénipotentiaire	do.

Nom	Rang	Domicile
Son Excellence		
Mr. le Baron de Haymerle	Troisième Plénipotentiaire	Kaiserhof
Mr. le Baron de Schwegel	Chef de section	Ambassade d'Autriche
Mr. de Teschenberg	Envoyé extr. et Ministre plénipotentiaire	Kaiserhof
Mr. le Baron de Mayr	Conseiller d'ambassade	Mauerstrasse No. 21
Mr.le Baron de Hübner	do.	Ambassade d'Autriche
Mr. de Kosjek	do.	do.
Mr. Doczy	Conseiller aulique	do.
Mr. le Baron Pasetti	Conseiller de légation	Kaiserhof
Mr. de Ascher	Conseiller de régence	Ambassade d'Autriche
Mr. de Pechy	Secrétaire au Ministère des aff.(aires) étrang.(ères)	do.
Mr. le Chevalier de Thümmel	Lieutnant Colonel d'Etat-Major	Kaiserhof

France

Son Excellence		
Mr. Waddington	Premier Plénipotentiaire	Ambassade de France
Son Excellence		
Mr. le Comte de St.Vallier	Second Plénipotentiaire	do.
Son Excellence		
Mr. Desprez	Troisième Plénipontiaire	do.
Mr. le Comte de Mouy	Premier secrétaire d'ambassade	do.
Mr. Duclerc	Sous-Chef de cabinet	do.
Mr. Fourchon	Secrétaire de légation	Hôtel Royal
Mr. Paul Desprez	do.	do.
Mr. de la Motte	do.	do.
Mr. le Comte de Montalivet	Attaché d'ambassade	Ambassade de France
Mr. le Vicomte de Beaucaire	do.	do.

Grande Bretagne

Son Excellence		
The Earl of Beaconsfield	Premier Plénipontentiaire	Kaiserhof

Nom	Rang	Domicile
Son Excellence The Marquess of Salisbury	Second Plénipontentiaire	Ambassade d'Angleterre
Son Excellence Lord Odo Russell	Troisième Plénipotentiaire	do.
Mr. Montague Corry	Chef du cabinet de S. E. Lord Beaconsfield	Kaiserhof
Mr. Currie	Conseiller d'ambassade	do.
Mr. Henry Nevill Dering	do.	do.
Mr. Hertslet	Conseiller d'ambassade	do.
Mr. Algernon Tunor	Secrétaire de légation	do.
Mr. Austin Lee	do.	do.
The Hon. J. Bertie	do.	do.
The Hon. Erie Barrington	do.	do.
Mr. Charles Hopwood	do.	do.
Mr. le Marchant Gosselin	do.	do.
Mr. Arthur Balfour	Secrétaire particulier de S. E. le Marquess of Salisbury, Membre du parlement	Kaiserhof
Sir Linton Simmons	Lieutenant-Général	do.
Mr. le Capitaine Edwards	Aide-de-Camp du Général	do.
Mr. le Capitaine Fitz-George	do.	do.
Mr. le Capitaine Ardagh		do.

Italie

Son Excellence Mr. le Comte Corti	Premier Plénipotentiaire	Hôtel Royal
Son Excellence Mr. le Comte de Launay	Second Plénipotentiaire	Ambassade d'Italie (Wilhelmstrasse No. 66)
Mr. le Commandeur Curtopassi	Conseiller d'ambassade	Hôtel Royal
Mr. le Chevalier Tosi	do.	Ambassade d'Italie
Mr. le Marquis Balbi	Secrétaire de légation	Hôtel Royal
Mr. le Marquis Capelle	do.	Mauerstrasse No. 21
Mr. le Marquis de Malaspina	Attaché de légation et Secrétaire particulier de S. E. Mr. le Comte Corti	Hôtel Royal

Nom	Rang	Domicile
Mr. le Comte Arborio di Gattinara	Attaché d'ambassade	Mauerstrasse No. 21
	Russie	
Son Altesse Sérénissime le Prince de Gortschacow	Premier Plénipotentiaire	Ambassade de Russie
Son Excellence Mr. le Comte de Schuwalow	Second Plénipotentiaire	do.
Son Excellence Mr. d'Oubril	Troisième Plénipotentiaire	do.
Son Excellence Mr. le Baron Jomini	Conseiller privé actuel	do.
Mr. le Baron Freedericksz	Conseiller d'Etat actuel	do.
Mr. Nélidow	Conseiller d'Etat actuel	do.
Mr. Arapow	Conseiller d'Etat actuel, Conseiller d'ambassade	do.
Mr. Ivanow	Conseiller d'Etat actuel	do.
Mr. de Kotzebue	Conseiller d'Etat	do.
Mr.Boutenew	Premier secrétaire d'ambassade	do.
Mr. le Comte Adlerberg	Secrétaire d'ambassade	Hôtel Royal
Mr. Sorokine	Conseiller de collége	Ambassade de Russie
Mr. le Général Anoutchine		Ambassade de Russie
Mr. le Général Bobrikow		do.
Mr. le Colonel Bogoloubow		do.
	Turquie	
Excellence Alexandre Carathéodory Pacha	Premier Plénipotentiaire	British Hôtel
Excellence Sadoullah Bey	Second Plénipotentiaire	Ambassade Ottomane

Nom	Rang	Domicile
Excellence		
Mechmed Ali Pacha	Troisième Plénipotentiaire	British Hôtel
Etienne Carathéodory Effendi	Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire	British Hôtel
Paris Effendi	Conseil du Ministère des Affaires Etrangères	do.
Feridoun Bey	Chef de section au Ministère des Affaires Etrangères	do.
Chéhab Bey	Colonel d'Etat-Major	
Suleïman Effendi	Comptable en Chef au Ministère des Finances	
Ohan Bagdadlian Effendi	Premier Secrétaire d'Ambassade	Ambassade Ottomane
Hatchik Effendi	Chef de bureau au Ministère des Effendi Etrangères	British Hôtel
Naoum Effendi	Sous-chef du secrétariat général	do.
Essad Bey	Second Secrétaire d'Ambassade	Ambassade Ottomane
Noury Effendi	Adjudant-Major d'état Major	do.
Husni Bey	Capitaine, Aide-de-corps de Mehmed Ali Pacha	British Hôtel
Hussein Nazim Bey	Chef d'Escadron d'Etat-Major	do.
Riza Bey	Attaché au Ministère des Affaires Etrangères	

Die Konferenzprotokolle
Französische Fassung

PROTOCOLE N° 1.

Séance du 13 Juin 1878.

Les Puissances signataires du Traité du 30 Mars 1856 ayant décidé d'examiner en commun, dans une même pensée d'intérêt général et dans un même esprit de conciliation et de paix, la situation qui résulte en Orient des derniers événements, les Plénipotentiaires de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande Bretagne, de l'Italie, de la Russie et de la Turquie se sont réunis à Berlin en congrès sur l'invitation qui leur a été adressée par le gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**

Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck, Chancelier de l'Empire d'Allemagne,
Son Excellence M. de Bülow, Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Etrangères,
Son Altesse Sérénissime le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst, Ambassadeur d'Allemagne à Paris.

Pour **l'Autriche-Hongrie**

Son Excellence le Comte Andrássy, Ministre des Affaires Etrangères et de la Maison Impériale,
Son Excellence le Comte Károlyi, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Berlin,
Son Excellence le Baron de Haymerle, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Rome.

Pour la **France**

Son Excellence M. Waddington, Ministre des Affaires Etrangères,
Son Excellence le Comte de Saint-Vallier, Ambassadeur de France à Berlin,
Son Excellence M. Desprez, Ministre Plénipotentiaire de 1ère classe, chargé de la Direction des affaires politiques au Ministère des Affaires Etrangères.

Pour **la Grande Bretagne**

Son Excellence the Earl of Beaconsfield, Premier Lord de la Trésorerie et Premier Ministre de Sa Majesté Britannique,
Son Excellence the Marquess of Salisbury, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Britannique,
Son Excellence Lord Odo Russell, Ambassadeur d'Angleterre à Berlin.

Pour **l'Italie**

Son Excellence le Comte Corti, Ministre des Affaires Etrangères,
Son Excellence le Comte de Launay, Ambassadeur d'Italie à Berlin.

Pour la **Russie**

Son Altesse Sérénissime le Prince Gortschacow, Chancelier de l'Empire de Russie,
Son Excellence le Comte Schouvalow, Ambassadeur de Russie à Londres,
Son Excellence M. d'Oubril, Ambassadeur de Russie à Berlin.

Pour la **Turquie**

Son Excellence Sadoullah Bey, Ambassadeur de Turquie à Berlin.

Les Plénipotentiaires entrent en séance aujourd'hui Jeudi 13 Juin à 2 heures.

M. le Comte Andrássy prend la parole en ces termes:

»Messieurs,

»J'ai l'honneur de vous proposer de confier à »Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck »la présidence des travaux du Congrès. Ce »n'est pas seulement un usage consacré par les »précédents, c'est en même temps un hommage

»au Souverain de l'hospitalité duquel jouissent en »ce moment les Représentants de l'Europe.

»Je ne doute pas de l'assentiment unanime »que rencontrera cette proposition. Les qua»lités personnelles du Prince, sa haute sagesse »nous garantissent la meilleure direction pour »les travaux du Congrès.

»Messieurs, je suis sûr de me rencontrer avec vos »sentiments, en constatant dès le commencement »de notre première réunion les voeux chaleureux »que nous formons tous pour le prompt réta»blissement de Sa Majesté l'Empereur Guillaume.«

Ces paroles ayant été accueillies par l'assentiment empressé de tous les Plénipotentiaires, le Prince de Bismarck remercie ses collègues des sentiments sympathiques pour l'Empereur, exprimés au nom des membres du Congrès par M. le Comte Andrássy, et se charge de porter ce témoignage à la connaissance de Sa Majesté. Il accepte ensuite la présidence en ajoutant:

»Messieurs,

»Je vous remercie de l'honneur que vous venez »de me faire en me conférant la présidence de »cette illustre réunion.

»Dans l'exercice des fonctions, auxquelles je »suis appelé, je compte sur le concours bien»veillant de messieurs mes collègues, et sur leur »indulgence, si mes forces n'égalent pas tou»jours ma bonne volonté.«

Le Président procède en ces termes à la constitution du bureau:

»Je vous propose comme secrétaire du Congrès »M. de Radowitz, ministre d'Allemagne à Athènes, »et en qualité d'adjoints au secrétaire, M. le »Comte de Mouy, premier secrétaire de l'Am»bassade de France à Berlin, ainsi que MM. Busch, »conseiller actuel de Légation, le Baron de Hol»stein, conseiller de Légation, et le Comte de Bis»marck, secrétaire de Légation. Je propose »également de confier la direction des archives »du Congrès à M. Bucher, conseiller intime »actuel de Légation au Département des Affaires »Etrangères d'Allemagne.«

Ces propositions étant acceptées, les membres du bureau sont introduits et présentés au Congrès. Le Président fait savoir ensuite à ses collègues que le secrétariat ainsi constitué sera chargé de réunir et de soumettre à leur examen les documents et pleins pouvoirs que les membres du Congrès voudront bien à cet effet déposer au bureau.

MM. les Plénipotentiaires remettent leurs pleins pouvoirs au secrétaire, à l'exception de Sadoullah Bey, qui annonce devoir déposer les siens et ceux des deux autres Plénipotentiaires Ottomans au commencement de la prochaine séance, à laquelle seront présents ses collègues Alexandre Caratheodory Pacha et Mehemed Ali Pacha, qui ne sont pas encore arrivés à Berlin.

Le Prince de Bismarck lit ensuite le discours suivant:

»Messieurs,

»Il est avant tout mon devoir de vous »remercier au nom de l'Empereur, mon Maître, »de l'unanimité avec laquelle tous les Cabinets »ont bien voulu répondre à l'invitation de l'Alle»magne. Il est permis de considérer cet accord »comme un premier gage de l'heureux accom»plissement de notre tâche commune.

»Les faits qui ont motivé la réunion du Con»grès sont présents à la mémoire de tous. Déjà, »vers la fin de l'année 1876, les cabinets avaient »combiné leurs efforts en vue de rétablir la paix »dans la péninsule des Balcans. Ils avaient cherché »en même temps des garanties efficaces pour amé»liorer le sort des populations chrétiennes de la »Turquie. Ces efforts n'ont pas abouti. Un »nouveau conflit plus redoutable a éclaté, auquel »les arrangements de San Stefano ont mis fin.

»Les stipulations de ce traité sont en plu»sieurs points de nature à modifier l'état des »choses tel qu'il se trouve fixé par les conven»tions européennes antérieures, et c'est pour sou»mettre l'oeuvre de San Stefano à la libre dis»cussion des cabinets signataires des traités de »1856 et 1871, que nous nous trouvons réunis. »Il s'agit d'assurer d'un commun accord et sur »la base de nouvelles garanties la paix dont »l'Europe a tant besoin.«

Le Président désire ajouter à ce qu'il vient de lire quelques observations de procédure. Il pense que pour faciliter les travaux du Congrès il serait opportun de décider que toute proposition, tout document destinés à figurer au

protocole, fussent rédigés par écrit et lus par les membres du Congrès qui en auraient pris l'initiative. Il croit agir dans l'intérêt de la tâche dévolue à la haute assemblée en lui proposant de tracer dès le commencement de ses délibérations l'ordre de ses travaux. Il semble que sans s'attacher à la suite des paragraphes du traité qui forme l'objet de la discussion, il serait préférable de ranger les questions dans l'ordre de leur importance. C'est surtout le problème de la délimitation et de l'organisation de la Bulgarie qui à ce point de vue appelera l'intérêt du Congrès, et le Président propose d'ouvrir les discussions en s'occupant en premier lieu de celles des stipulations de San Stefano qui ont particulièrement trait à la future organisation de la Bulgarie. Si le Congrès approuve cette manière de procéder, le Président dirigera en conformité avec sa décision les travaux préparatoires du Secrétariat. Son Altesse pense en outre qu'il serait bon de laisser quelque intervalle entre cette séance et la prochaine afin de donner aux Plénipotentiaires le temps d'échanger leurs idées. Enfin il ne doute pas que les Plénipotentiaires ne soient unanimes sur la nécessité de garder le secret de leurs délibérations.

Tous les membres du Congrès donnent leur adhésion aux propositions de M. le Prince de Bismarck.

Le Comte Andrássy ajoute qu'il accepte entièrement le point de vue de S. A. et qu'il est notamment d'avis de donner la priorité à la question Bulgare.

Le Comte de Beaconsfield se prononce dans le même sens: il regarde comme essentiel à la solution des difficultés présentes que cette question soit traitée sans délai et la première.

Le Président constate que le projet de commencer la discussion par la question Bulgare est adopté à l'unanimité.

Le Comte de Beaconsfield, prenant la parole, fait remarquer qu'avant d'examiner le traité de San Stefano le Congrès rencontre une question préliminaire d'une extrême urgence, à savoir la position que les forces Russes occupent en ce moment dans le voisinage de Constantinople. Lord Beaconsfield considère cette situation comme anormale et périlleuse. Il rappelle que les troupes Russes se sont avancées au delà de la ligne fixée par l'armistice, et signale leur présence comme un danger pour les deux parties en cause aussi bien que pour les intérêts de l'Europe. Il craint les entraînements auxquels peuvent être exposées deux armées aussi rapprochées: un incident, une rumeur peuvent amener les plus grandes calamités, peut-être même la prise de Constantinople *(the capture of Constantinople)*. Il se demande s'il est convenable que le Congrès délibère en présence de semblables périls, et en regrettant que les efforts tentés par les Cabinets intéressés dans le sens d'un arrangement équitable pour les deux parties n'aient pas abouti, il appelle sur cette question préliminaire l'attention de ses collègues.

Le Prince de Bismarck tout en faisant observer que cette question ne lui paraît pas de nature à être traitée utilement dans la séance de ce jour, demande à MM. les Plénipotentiaires de Russie s'ils désirent répondre aux paroles prononcées par Lord Beaconsfield.

Le Prince Gortschacow déclare que la Russie est venue prendre part au Congrès avec l'intention d'éviter toute récrimination sur le passé: S. A. S. ne saurait donc entrer dans l'examen des motifs et des circonstances qui ont conduit au Traité de San Stefano: le Gouvernement Russe tient avant tout à écarter les obscurités et les défiances. Le but de l'Empereur Alexandre, conforme dans la pensée de Sa Majesté à tous les intérêts européens, est de donner une existence autonome assurée par des garanties efficaces aux sujets chrétiens de la Porte. Si, pour obtenir ce résultat, le Congrès trouve d'autres moyens que ceux qui ont paru les meilleurs à la Russie, le Gouvernement de l'Empereur les examinera, mais son seul but est, il le répète, d'assurer et de garantir efficacement aux populations chrétiennes une existence autonome.

Le Comte Schouvalow désire présenter quelques objections pratiques aux paroles prononcées par Lord Beaconsfield. En constatant les mouvements en avant de l'armée Russe, qui ont eu lieu d'ailleurs à la suite de l'entrée

de la flotte Anglaise dans le Bosphore, le noble Lord a insisté sur les périls que présente la proximité des forces Russes et Ottomanes. Le Comte Schouvalow pourrait citer beaucoup d'exemples de paix définitives traitées pendant que les deux armées restent dans leurs lignes: mais sans s'arrêter sur ce point, le Second Plénipotentiaire de Russie fait remarquer qu'un simple retour aux dispositions du premier armistice n'étant pas sans doute de nature à modifier l'opinion de Lord Beaconsfield, il s'agirait donc pour l'armée Russe de reculer beaucoup plus en arrière. Le Comte Schouvalow expose les difficultés, les embarras militaires et même les dangers d'un semblable mouvement. L'état actuel des choses n'a donné lieu depuis trois mois à aucune collision sérieuse: n'y aurait-il pas à craindre, au contraire, que la retraite de l'armée ne fût le signal de graves désordres? S. E. cite des informations provenant de sources qui ne sont pas Russes, et d'après lesquelles, si les troupes Impériales quittaient en ce moment leurs positions, elles seraient suivies par la population chrétienne de Constantinople, qui redouterait les plus grands périls. Le second Plénipotentiaire de Russie ajoute qu'en ce qui concerne les craintes exprimées par Lord Beaconsfield au sujet d'une prise soudaine de Constantinople, ce danger est tout-à-fait écarté et cette éventualité est même impossible. S. E. est donc persuadée que la retraite de l'armée Russe n'est en rien nécessaire au calme des délibérations du Congrès; il craindrait qu'en voulant améliorer la situation, on n'atteignît un but contraire.

M. d'Oubril s'associe entièrement aux considérations qui viennent d'être exposées.

Le Prince de Bismarck croit que les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne trouveront la réponse de leurs collègues de Russie assez satisfaisante pour ne pas faire dépendre de la question qu'ils ont posée, la marche régulière des délibérations du Congrès. S. A. hésite d'ailleurs à penser que la question, dans la phase où elle se trouve actuellement, rentre dans la compétence du Congrès; du moins le Gouvernement Allemand qui a cherché, en son temps, à remédier à cette situation, autant qu'il lui a été possible, ne se croirait pas appelé à formuler un jugement sur les motifs qui pourraient régler la conduite des autres Gouvernements quant à des points qui sont en dehors de la tâche actuelle de la haute assemblée. Il pense que cette question devrait être avant tout traitée directement entre les représentants de la Grande Bretagne et de la Russie: les dispositions conciliantes des uns et des autres permettent d'espérer que ces pourparlers auraient une solution heureuse, et ce serait seulement dans le cas contraire que le congrès pourrait tenter, lors d'une prochaine séance, de mettre d'accord les deux parties intéressées par une médiation que les sentiments pacifiques de la haute assemblée ne sauraient manquer de rendre efficace.

Lord Beaconsfield ayant adhéré à cet avis ainsi que tous les Plénipotentiaires, le Président déclare l'incident clos.

Le Président demande, si l'un des Plénipotentiaires a quelque communication à faire au Congrès de la part de son Gouvernement.

Sadoullah Bey déclare ne pouvoir accepter l'opinion exprimée par M. le Comte Schouvalow que la retraite de l'armée Russe entraînerait des dangers pour la population chrétienne de Constantinople. M. le Plénipotentiaire de Turquie affirme que les forces Ottomanes qui se trouvent dans la capitale suffisent amplement pour y maintenir le calme et que l'ordre public n'est nullement compromis. Il ajoute que c'est au contraire la présence de l'armée Russe dans le voisinage qui met en péril la tranquillité de la ville.

Le Président fait remarquer à M. le Plénipotentiaire de Turquie que le Congrès a prononcé la clôture de la discussion sur le point auquel il vient de faire allusion, et il est d'avis que l'incident ayant été clos, la discussion demeure ajournée sur cet objet.

S. A. S. propose ensuite à la haute assemblée de se réunir lundi prochain le 17 à deux heures. Cette date est acceptée à l'unanimité.

Le Marquis de Salisbury annonce qu'il se propose de soumettre lundi à ses collègues la question de savoir si la Grèce doit être admise au Congrès.

Le Prince Gortschacow dit que cette question lui paraît résolue par les termes mêmes de la convocation qui ne s'adresse qu'aux Puissances signataires du Traité de Paris. D'autres Etats pourraient se croire autorisés à demander également leur participation si l'on s'écartait des dispositions convenues dès l'origine.

Le Prince de Bismarck, en réservant son opinion à ce sujet jusqu'au moment où la question posée par Lord Salisbury sera formellement soumise à la haute assemblée, saisit l'occasion pour demander, s'il ne serait pas opportun que les membres du Congrès qui voudraient faire une proposition en informassent au préalable leurs collègues dans une séance précédente, ou tout au moins la veille de la séance, pour éviter des discussions imprévues et incomplètes. Les propositions connexes aux questions à l'ordre du jour et résultant de la discussion même en seraient exceptées.

Son Altesse considère comme un principe incontestable que la minorité du Congrès ne pourra pas être tenue de se soumettre à un vote de majorité. Mais il abandonne à l'appréciation de MM. ses collègues de décider s'il ne serait pas utile dans l'intérêt des travaux que les résolutions de la majorité concernant la procédure, sans toucher au fond, pussent être regardées comme décisions du Congrès toutes les fois que la minorité ne croirait pas devoir faire enregistrer une protestation formelle.

M. Waddington s'associe à l'opinion exprimée par M. le Président au sujet des propositions imprévues dont les membres du Congrès pourraient prendre l'initiative. M. le Premier Plénipotentiaire de France est même d'avis qu'il serait utile de décider que toute proposition de cette nature devrait être annoncée à la séance précédente, sans laisser la faculté de prévenir seulement la veille. Ce dernier délai paraît à Son Excellence trop restreint pour que les Plénipotentiaires soient toujours suffisamment préparés à une discussion approfondie.

Le Prince de Bismarck apprécie la justesse de cette observation et s'y rallie entièrement.

Le Marquis de Salisbury dit que les réflexions de M. le Premier Plénipotentiaire de France s'appliquent sans doute seulement aux propositions substantielles et non pas aux amendements et questions secondaires.

Le Congrès donne unanimement son adhésion à cette procédure.

La séance est levée à 3 heures ¼.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
ST. VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:

RADOWITZ.
Cte DE MOÜY.

Protocole N° 2.

Séance du 17 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures $\frac{1}{2}$: le protocole de la séance précédente, lu par M. le Comte de Moüy est adopté.

Les Plénipotentiaires Ottomans, Alexandre Carathéodory Pacha, Mehemed Ali Pacha et Sadoullah Bey remettent leurs pleins-pouvoirs.

Le Président propose que désormais, pour accélérer le travail du Congrès, la communication préalable du protocole imprimé aux Plénipotentiaires tienne lieu de la lecture traditionnelle au début de la séance. Dans le cas où aucune modification n'aurait été faite par les membres de la haute assemblée, le texte serait considéré comme approuvé et déposé aux archives.

Sur des observations du Comte Andrássy et de M. Waddington relatives aux modifications que des Plénipotentiaires pourraient demander au texte du protocole et qui ne sauraient être ignorées de leur collègues, le Président propose et le Congrès décide que lecture de ces changements sera donnée par le Secrétariat au commencement de chaque séance. Il reste d'ailleurs bien entendu que le protocole devra être lu en entier, si la demande en est faite par l'un des membres du Congrès.

Le Comte Schouvalow et M. d'Oubril expriment le désir que le protocole définitif soit rapidement distribué, pour hâter la communication aux Gouvernements respectifs.

Le Prince Gortchacow s'associe à cette observation: il approuve d'avance toute disposition propre à faciliter et hâter les travaux de la haute assemblée. S. A. espère une solution pacifique, et il importe que la paix du monde soit assurée aussi promptement que possible.

Le Président dit qu'il donnera des instructions au Secrétariat pour une rapide distribution des protocoles.

S. A. S. annonce à ses collègues que des pétitions et des documents en nombre assez considérable ont été adressés au Congrès et à lui-même. Le Secrétariat a été chargé de faire le triage de ces pièces d'une importance fort inégale. Celles de ces pétitions qui présentent un certain intérêt politique ont été résumées dans une liste distribuée à tous les Plénipotentiaires: cette liste sera continuée au fur et à mesure de la présentation de communications analogues et toutes ces pièces seront déposées au Secrétariat. S. A. S. pense, et son sentiment obtient l'adhésion unanime, qu'en principe aucune proposition ou aucun document ne doivent être soumis à l'examen de la haute assemblée s'ils ne sont introduits par un des Plénipotentiaires. Il se conforme donc à cette règle pour les pétitions dont il vient d'être question.

S. A. propose de passer à l'ordre du jour fixé dans la séance précédente.

Le Marquis de Salisbury donne lecture de la motion suivante:

»Dès que la proposition pour la réunion d'un Congrès eût été faite, le Gouvernement de la Reine communiqua aux six Puissances son opinion que la Grèce devrait y être représentée. On s'aperçoit facilement des raisons qui ont motivé cette proposition. Le Gouvernement qui commença la guerre, aujourd'hui terminée, déclara qu'il l'avait entreprise avec des vues élevées et sans arrière-pensée. Il annonça qu'il ne recherchait pas d'acquisitions territoriales; son but était de délivrer les populations chrétiennes des maux dont l'existence était généralement reconnue quelle qu'en fût la cause. Son Altesse le Prince Gortchacow a réitéré les mêmes vues élevées dans cette Salle à la première séance du Congrès.

Une guerre entreprise avec de telles vues doit être évidemment terminée par une paix portant l'empreinte des mêmes sentiments; et le premier devoir des Représentants des Puissances sera de veiller à ce que les prévisions du Traité soient restreintes dans les limites qui leur ont été ainsi prescrites.

L'objet des discussions du Congrès, si elles ne dépassent pas leur vrai but, sera, tout en diminuant le plus possible les changements territoriaux, d'améliorer le sort et d'assurer le bien-être de ces provinces de la Turquie européenne qui ont été le théâtre de calamités déplorables.

Or, les Chrétiens de ces régions se divisent en deux parties dont les intérêts ne sont pas identiques et dont les sympathies ne sont pas en harmonie.

Le Congrès n'ignore pas que pendant ces dernières années les liens d'amitié qui unissaient autrefois les sujets Grecs et Slaves de la Porte ont été rompus. D'alliés ils sont devenus rivaux. Les Slaves qui reconnaissaient autrefois l'autorité du Patriarche Grec se sont ralliés à une nouvelle organisation ecclésiastique qui a réclamé leur soumission. Dans une grande partie du territoire habité par la race Grecque le droit de posséder les églises et les écoles a donné lieu à des contestations, souvent même à des luttes, entre les populations des deux races.

Le conflit s'est profondément aggravé à la suite des événements qui se sont passés pendant ces derniers mois, et les passions engendrées par ces conflits ont de plus en plus éloigné ces deux races l'une de l'autre. Il s'agissait de quelque chose de plus que d'une divergence d'opinion sur la question du régime ecclésiastique. Les Grecs redoutent, et avec raison, la subjugation de leur Eglise, la suppression de leur langue, et l'absorption et la disparition progressives de leur race, si leurs rivaux se trouvaient dans une position prépondérante. Ces points sont pour eux d'un intérêt capital et leur sort dépend de la forme que donnera le Congrès aux dispositions qui seront arrêtées dans le but de protéger les Chrétiens et d'assurer l'ordre et la sécurité aux provinces de la Turquie Européenne.

Mais les deux races ne sont pas devant le Congrès sur un pied égal. Les Slaves ont pour défenseur dans cette Salle un puissant peuple militaire, leur frère par le sang et par la foi, fort du prestige de ses victoires récentes.

Les Grecs, au contraire, n'ont ici comme Représentant aucune nation de même race.

Le Gouvernement de Sa Majesté est d'avis que des décisions prises dans ces conditions ne contenteraient pas la race Grecque, et par conséquent, n'amèneraient ni la tranquillité de l'Empire Ottoman, ni la paix de l'Europe.

Il est à craindre que de nouvelles agitations ne surgissent parmi ce peuple profondément dévoué à sa foi et à sa nationalité, qui aura la conviction que l'Europe l'a abandonné et l'a livré à la domination d'une race de laquelle ses sympathies sont tout-à-fait éloignées.

L'Angleterre propose donc que le Royaume Hellénique soit admis à remplir ce rôle en faveur des Grecs, et à prendre part aux délibérations du Congrès: du moins à assister à toutes les séances dans lesquelles des questions se rattachant aux intérêts de la race Grecque seront discutées.«

Le Prince de Bismarck, se référant à la décision prise par la haute assemblée dans la dernière séance, regarde comme impossible que le Congrès soit en état aujourd'hui, après une première lecture, de statuer sur la proposition qui vient d'être lue par Lord Salisbury et qui touche à tant de questions graves. Quelle que soit la sympathie que la Grèce inspire à l'Europe, S. A. croit devoir, dans l'intérêt des travaux, proposer, selon le principe précédemment établi, l'ajournement de la discussion sur ce point à la prochaine séance. Dans l'intervalle le Président aura soin de faire imprimer et distribuer la motion de Lord Salisbury, si importante en elle même, et qui d'ailleurs implique un certain nombre de questions de droit public et de procédure sur la manière dont un représentant de la Grèce pourrait être admis dans le sein du Congrès.

Le Prince Gortchacow sans vouloir traiter en ce moment la question de l'admission de la Grèce, et en approuvant l'ajournement proposé, désire relever une expression du discours de Lord Salisbury. Son Altesse souhaiterait que le Congrès considérât les représentants de la Russie non point comme exclusivement dévoués aux intérêts des Slaves, mais comme s'intéressant à toutes les populations chrétiennes de la Turquie. Le Prince Gortchacow déclare donc d'avance qu'il s'associera aux mesures prises en faveur des Grecs: il demandera même pour les Grecs de l'Empire Ottoman une autonomie pareille à celle qui est réclamée pour les Slaves. Le but de son Gouvernement est de rapprocher ces deux races. Quant à la question religieuse à laquelle Lord Salisbury a fait allusion, Son Altesse doit faire remarquer qu'il n'y a point de dissidence religieuse au fond entre le Patriarchat grec et l'Exarchat Bulgare: c'est uniquement une question de liturgie qui a amené la séparation des deux Eglises.

Le Président constate que tous les Plénipotentiaires acceptent l'ajournement de la discussion sur ce point à la prochaine séance.

M. Desprez, au nom de MM. les Plénipotentiaires de France, donne lecture de la proposition suivante qu'il désirerait voir distribuer en même temps que celle de Lord Salisbury:

»Considérant que dans l'examen des nouveaux arrangements à prendre pour assurer la paix en Orient il est juste de fournir à la Cour d'Athènes l'occasion d'exprimer ses voeux et qu'il peut être utile aux Puissances de les connaître;

Le Congrès invite le Gouvernement de S. M. Hellénique à désigner un Représentant qui sera admis à exposer les observations de la Grèce lorsqu'il s'agira de fixer le sort des provinces limitrophes du Royaume et qui pourra être appelé dans le sein du Congrès toutes les fois que les Plénipotentiaires le jugeront opportun.«

Le Président dit que l'impression et la distribution de ce document auront lieu conformément au désir de MM. les Plénipotentiaires de France, et que la proposition sera mise à l'ordre du jour de la prochaine séance. Son Altesse demande, avant de suivre l'ordre du jour fixé, si aucun membre n'a de communication à faire à la haute assemblée.

Alexandre Carathéodory Pacha exprime le regret de n'avoir pu assister à la séance précédente à la suite d'un accident de mer qui a retardé son arrivée et celle de son collègue Mehemed Ali Pacha. Il eût été heureux de prendre part à la désignation du Président, et il tient à s'associer au nom de son Gouvernement aux voeux que le Congrès a formés pour le rétablissement de la santé de l'Empereur Guillaume.

Le Prince de Bismarck remercie M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie de ces paroles qu'il ne manquera pas de transmettre à Sa Majesté.

Le Président expose ensuite que l'ordre du jour appelle la discussion des articles du Traité de San Stefano qui sont relatifs à la Bulgarie, à commencer par l'article VI.

S. A. donne lecture du 1er alinéa de l'article VI:

»La Bulgarie est constituée en principauté

»autonome, tributaire, avec un gouvernement »chrétien et une milice nationale.«

Le Président ajoute: Il y a deux moyens d'entrer dans la discussion: on peut soit discuter d'abord le 1er alinéa de l'article VI, soit attendre le 4e relatif à l'étendue des frontières. Sans vouloir recommander l'une ou l'autre procédure, S. A. demande pour laquelle des deux le Congrès se décide.

Lord Salisbury prend la parole pour présenter les observations suivantes:

L'effet le plus frappant des articles du Traité de San Stefano qui ont rapport à la Bulgarie — (je ne dis pas l'effet qu'on a eu l'intention de leur donner) — est d'abaisser la Turquie jusqu'au niveau d'une dépendance absolue envers la Puissance qui a imposé ce Traité.

Il est de notre tâche de la replacer, non sur le pied de son indépendance antérieure, car on ne saurait entièrement anéantir les résultats de la guerre, mais de lui rendre une indépendance relative qui lui permettra de protéger efficacement les intérêts stratégiques, politiques et commerciaux dont elle doit rester le gardien.

D'autres dangers non moins importants sont à craindre. La race grecque, qui habite de nombreux endroits de la nouvelle Bulgarie, sera assujettie à une majorité Slave avec laquelle ses relations ne sont guère amicales, et, comme j'ai déjà soumis à l'appréciation du Congrès, il est probable que la langue grecque disparaîtra et que la race sera absorbée.

En outre, l'admission au littoral de la mer Egée d'une nouvelle puissance maritime ne pourrait être agréée sans un vif sentiment de regret par les Puissances voisines de la Méditerranée.

Selon mon avis, on doit trouver un remède à ces résultats nuisibles dans une modification des articles sur lesquels Son Altesse le Président a appelé notre attention. Si la Bulgarie, au lieu de s'étendre jusqu'à la mer Egée et au lac Ochrida, était limitée vers le Sud à la ligne des Balkans, et que l'autre partie de la Province restât sous l'autorité du Sultan, ces dangers seraient beaucoup mitigés même s'ils ne disparaissaient pas entièrement.

Dans ce cas, une nouvelle Puissance maritime ne s'étendrait plus aux bords de la mer Egée, une proportion très nombreuse de la population grecque qui se trouvait menacée d'être absorbée dans la nouvelle Bulgarie et d'être assujettie à une majorité Slave, resterait dans la position politique qu'elle occupe actuellement, et la Porte posséderait une frontière stratégique qu'elle pourrait défendre contre toute invasion à l'avenir. Cet avantage stratégique pourrait être atteint sans nuire aux intérêts des populations de cette région, dont le sort en serait plutôt amélioré.

L'Angleterre n'a jamais admis ni dans la Conférence de Constantinople, ni à aucune autre époque, que, pour garantir les populations de la Turquie Européenne contre les abus du Gouvernement et l'oppression, il fallût les soustraire à la suprématie politique de la Porte. Cette garantie, qui est de la plus haute importance, demande plutôt la réforme de l'administration intérieure qu'une séparation politique.

Je propose donc au Congrès, de la part de l'Angleterre, l'examen des deux propositions suivantes:

1. Que la Principauté tributaire autonome de la Bulgarie soit restreinte à la partie de la Turquie Européenne située au Nord des Balkans.

2. Que la province de la Roumélie et tout autre territoire au Sud des Balkans soient sous l'autorité politique et militaire directe du Sultan, toute précaution nécessaire étant prise pour que le bien-être des populations soit sauvegardé par des garanties suffisantes d'autonomie administrative, ou d'autre manière.

Le Comte Schouvalow faisant allusion à un passage du document qui vient d'être lu par le noble Lord, dit qu'il ne pourrait pas accepter au nom de son gouvernement les mots »d'anéantir entièrement les résultats de la guerre.« La Russie est venue au Congrès pour coordonner le traité préliminaire de San Stefano avec les intérêts généraux de l'Europe, mais non pour »anéantir« les résultats d'une guerre pour laquelle elle s'est imposé tant de sacrifices. La Plénipotentiaire de Russie constate que le sens général de la communication faite au Congrès par le Mis de Salisbury est que l'Angleterre ne saurait donner son assentiment à la délimitation.

tracée à San Stefano, mais entre cette délimitation et celle que vient d'indiquer M. le Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, il y a un terrain de discussion, par exemple les limites fixées par la Conférence de Constantinople; ces limites ont l'avantage d'avoir été tracées par les représentants de l'Europe, et sont conformes d'ailleurs aux conditions ethnographiques de la nation Bulgare. Le Marquis de Salisbury entend-il s'en tenir à la délimitation qu'il a indiquée, ou bien admet-il la discussion sur la base des anciennes limites de la Conférence, avec la division longitudinale tracée alors par les représentants européens?

Le Prince de Bismarck fait remarquer que l'appréciation de la Russie sera évidemment subordonnée à un examen plus détaillé des institutions à donner à la Bulgarie située au sud des Balkans. Si les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne se trouvaient en mesure de fournir dès à présent des éclaircissements sur le régime et les institutions qu'on pourrait offrir et garantir à cette partie de la Bulgarie, les Plénipotentiaires Russes seraient peut-être mieux en état de se prononcer sur la totalité des propositions Anglaises.

Le M^is^ de Salisbury craint qu'un pareil exposé ne comporte pour aujourd'hui de bien longs détails. S. E. désire ajourner sa réponse sur ce point à la prochaine séance.

Le Prince de Bismarck pense avec Lord Salisbury qu'il est en effet préférable d'ajourner cette discussion, et il exprime l'espoir que les cabinets plus spécialement intéressés dans la question pourront dans l'intervalle se concerter sur le »status causae et controversiae«. Il les croit d'accord sur beaucoup de points et peut-être au-delà de ce qu'ils croient eux-mêmes. S. A. S. pense qu'après cette entente préalable, les représentants de ces cabinets pourront soumettre au Congrès le résultat de leur échange d'idées sur la Bulgarie du sud et sur les institutions qu'il conviendrait de lui appliquer; le Congrès aurait ensuite la tâche, dans le cas où l'accord ne serait pas entièrement établi, d'en rechercher le complément par l'intervention des Puissances amies.

Le Comte Andrássy rappelle la haute importance que présente la discussion dont l'issue doit amener la formation de pays appelés à vivre long-temps, il faut l'espérer. Il est donc également d'avis de l'ajourner à la séance suivante. S. E. fait remarquer à ce sujet que la question présente un double aspect: d'une part elle est purement politique et peut se résumer en ces termes: y aura-t-il une Bulgarie autonome tributaire et administrée par un gouvernement chrétien? Dès à présent S. E. déclare que sur ce point l'Autriche-Hongrie n'a pas d'objection. Mais d'autre part la question touche à une délimitation de frontières qui intéresse particulièrement l'Autriche-Hongrie puisqu'il s'agit de définir la situation de la Bulgarie à l'égard, soit de pays limitrophes comme la Serbie, soit de frontières occidentales qui entrent dans la sphère des intérêts Austro-Hongrois. Le Comte Andrássy fait remarquer que si l'Autriche-Hongrie désire assurément une bonne solution des difficultés présentes au point de vue général de la paix et de la stabilité, les questions de frontière ont pour elle une valeur toute spéciale: S. E. croit donc utile de faire participer un délégué d'Autriche-Hongrie aux entretiens particuliers des Plénipotentiaires Anglais et Russes. Il n'hésite pas d'ailleurs à donner son adhésion en principe à la proposition anglaise sur la ligne des frontières, tout en se réservant de présenter des observations de détail qu'il espère voir accueillir par ses collègues. Le Comte Andrássy est, au surplus, disposé pour sa part à procéder selon les règles parlementaires par une discussion générale suivie d'une discussion spéciale.

Le Prince de Bismarck s'associe à la pensée du Comte Andrássy relative au mode de la discussion, à laquelle il serait, selon lui, utile de donner la forme d'une première et seconde lecture: la première tiendrait lieu de discussion générale, la seconde permettrait d'entrer dans les détails. Il considère que les réunions particulières et intimes entre les représentants de Puissances directement intéressées, réunions qu'il recommande sans se croire en droit de les convoquer, auraient le

sérieux avantage de mieux préparer une entente sur les questions de détail et de rédaction. Le point capital pour les réunions plénières du Congrès serait d'établir l'accord sur les questions de principe; lorsque ces questions auront été approfondies, on procéderait en seconde lecture à la rédaction d'un texte destiné à remplacer les articles du Traité de San Stefano.

En conformité avec ce mode de procédure proposé par le Président, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de Grande Bretagne et de Russie, conviennent d'échanger leurs vues dans des réunions particulières destinées à déterminer les points d'entente et par conséquent à faciliter le travail du Congrès. Ils communiqueront le résultat de ces entretiens à leurs collègues.

Le Président, avec l'assentiment du Congrès, met à l'ordre du jour de la prochaine séance, fixée à Mercredi 19: 1° la question de l'admission des représentants de la Grèce, 2° la proposition anglaise sur la Bulgarie, la contre-proposition éventuelle de la Russie, et s'il y a lieu, le projet sur lequel les représentants des trois Puissances se seront concertés.

La séance est levée à 4 heures $\frac{1}{2}$.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
ST. VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.

signé: L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
Cte DE MOÜY.

Protocole N° 3.

Séance du 19 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures ½: le protocole de la séance précédente est adopté.

Le Président rappelle à ses collègues qu'une liste de nouvelles pétitions leur a été remise. Une pétition qui touche une question politique mais qui ne porte pas de signature n'a pas été placée sur la liste. En principe, toute communication anonyme de ce genre n'est pas insérée dans la liste remise aux membres du Congrès, mais restera, bien entendu, à leur disposition dans les bureaux du secrétariat.

Le Prince de Bismarck présente ensuite les considérations suivantes:

»L'ordre du jour fixé pour la séance d'aujourd'hui comprend

1° La question de l'admission des Représentants de la Grèce;

2° La proposition anglaise sur la Bulgarie, la contre-proposition éventuelle de la Russie, et, s'il y a lieu, le projet sur lequel les Représentants des trois Puissances se seront concertés.

Vu que les pourparlers engagés entre les Représentants des Puissances plus spécialement intéressées dans la question Bulgare continuent et sont en progrès vers un arrangement qui faciliterait les travaux du Congrès à ce sujet;

vu qu'aujourd'hui ce résultat n'est pas encore atteint;

je propose d'ajourner la discussion sur la seconde partie de l'ordre du jour jusqu'à la prochaine séance.«

Cette opinion ayant été accueillie par le Congrès, le Président ajoute que la seule question à l'ordre du jour est, en conséquence, celle de l'admission des Représentants de la Grèce et, sur le sentiment conforme de la haute assemblée, il annonce que le Congrès se réunira Vendredi pour la discussion des affaires Bulgares.

S. A. S. rappelle qu'il y a, sur la question de l'admission de la Grèce, deux propositions connues depuis la dernière séance, l'une de Lord Salisbury, l'autre de M. Desprez, et il ajoute qu'en ce qui concerne l'Allemagne, il se rallie à la seconde. Il prie ses collègues de vouloir bien discuter l'une ou l'autre ou toute autre proposition qui serait présentée sur le même sujet. Il demanderait plus tard au Congrès, dans le cas où l'admission des Représentants Grecs serait décidée, de fixer la date de la séance à laquelle ils seraient invités.

Carathéodory Pacha donne lecture de la déclaration suivante:

»En proposant que la Grèce soit entendue au sein du Congrès chaque fois qu'on le croirait nécessaire, lorsqu'il s'agirait de dis-

cuter certaines questions spéciales, on a allégué des motifs et échangé des idées qui justifient une explication de la part des Plénipotentiaires Ottomans.

Se plaçant à des points de vue différents, quelques uns de MM. les Plénipotentiaires semblent avoir envisagé d'une manière tout-à-fait exclusive la situation respective des diverses catégories de la population de l'Empire Ottoman.

Les Plénipotentiaires Ottomans pensent qu'il est de leur devoir de déclarer, qu'au sein du Congrès, ils représentent l'Etat lui-même, qui embrasse l'ensemble de tous ces éléments quels qu'ils soient, quelque origine et quelque date qu'on veuille assigner aux conflits auxquels on a fait allusion.

Une protection et un intérêt exclusifs se rapportant à une classe spéciale, de quelque côté qu'ils viennent, et sous quelque forme qu'ils se produisent, ne sauraient que nuire là où une puissante solidarité d'intérêts relie incontestablement ces divers éléments entre eux pour constituer un grand tout.

La hauteur de vues qui distingue MM. les Plénipotentiaires des grandes Puissances signataires des traités de 1856 et de 1871 qui composent le Congrès, et l'esprit d'incontestable équité qui les anime, autorisent en conséquence les Plénipotentiaires Ottomans à croire que, si la Grèce devait être entendue, le Congrès saura empêcher que les propositions qui ont été faites à ce sujet ne provoquent les graves inconvénients qu'il y aurait lieu de craindre. —«

Le Prince Gortchacow fait remarquer qu'il se conforme au désir du Congrès en apportant des observations écrites et donne lecture du document suivant:

»M. le M^{is} de Salisbury a présenté une proposition motivée, tendant à l'admission de la Grèce à participer au Congrès, ou du moins à assister aux séances dans lesquelles les questions, se rattachant aux intérêts de la race Grecque, seront discutées.

Les Plénipotentiaires de Russie croient de leur côté devoir énoncer, dans une déclaration également motivée, le point de vue de leur Gouvernement sur ce sujet:

1° La Russie a toujours envisagé en Turquie les intérêts des Chrétiens sans exception de race. Toute son histoire l'a suffisamment prouvé. Elle a, avec la race Hellénique, un lien puissant — celui d'avoir reçu de l'Eglise d'Orient la religion du Christ. Si, dans la présente guerre, la Russie a dû prendre particulièrement en mains la défense des Bulgares, c'est que la Bulgarie s'était trouvée, par les circonstances, la principale cause et le théâtre de la guerre. Mais la Russie a toujours eu en vue d'étendre, autant que possible, aux provinces Grecques les avantages qu'elle réussirait à conquérir pour la Bulgarie. Elle est satisfaite de voir, par les propositions de MM. les Plénipotentiaires de Grande Bretagne et de France, que l'Europe partage ces vues, et se félicite de la sollicitude que les Puissances témoignent en faveur des populations de race Grecque, d'autant plus qu'elle a la conviction que cette sollicitude s'étendra également aux populations de race Bulgare. Le Gouvernement Impérial de Russie se joindra en conséquence volontiers à toute proposition qui serait faite au Congrès en faveur de l'Epire, de la Thessalie et de la Crète, quelle que soit l'étendue que les Puissances voudraient donner aux avantages qui leur seraient réservés.

2° Le Gouvernement Impérial de Russie ne reconnaît aucun motif fondé à l'antagonisme des races qui a été signalé, et qui ne saurait avoir sa source dans des divergences religieuses. Toutes les nationalités, appartenant à l'Eglise d'Orient, ont successivement revendiqué le droit d'avoir leur Eglise autocéphale, c'est-à-dire leur hiérarchie ecclésiastique indépendante et leur langue nationale pour le culte et les écoles. Tel a été le cas pour la Russie, la Roumanie, la Serbie et même pour le Royaume de Grèce. L'on n'aperçoit pas qu'il en soit résulté ni la rupture des liens qui unissent ces Eglises indépendantes avec le Patriarcat

Oecuménique de Constantinople, ni un antagonisme quelconque entre les races. Les Bulgares ne demandent pas autre chose et y ont absolument les mêmes droits. La cause des divergences et des conflits passagers qui se sont produits, doit donc être cherchée dans des influences ou des impulsions particulières qui ne paraissent conformes ni aux intérêts réels des races, ni au repos de l'Orient, ni à la paix de l'Europe, et qui, par conséquent, ne sauraient être encouragées.

3° Quant aux circonscriptions territoriales des diverses races, se rattachant aux intérêts de la race Hellénique que l'on a en vue de protéger, elles semblent ne pouvoir être déterminées d'après un principe plus rationnel, plus équitable et plus pratique que celui de la majorité de la population. C'est celui qui résulte de l'ensemble des stipulations de la Conférence de Constantinople et celui que pose le Traité préliminaire de San Stefano. Les répartitions de territoires qui seraient proposées en dehors du principe de la majorité de la population pourraient être suggérées non par des considérations de races, mais par des vues particulières d'intérêt politique, géographique ou commercial. La Russie, n'ayant pour sa part aucun intérêt matériel à poursuivre dans ces contrées, ne peut apprécier ces diverses propositions qu'au point de vue de l'équité ou de la conciliation à laquelle elle est toujours disposée pour la consolidation de l'entente Européenne et de la paix générale.

Tels sont les sentiments dans lesquels les Plénipotentiaires de Russie croient devoir formuler leur adhésion à la proposition de M. le Plénipotentiaire de France; c'est-à-dire d'inviter le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique à désigner un Représentant qui sera admis à exposer les observations de la Grèce, lorsqu'il s'agira de fixer le sort des provinces limitrophes du Royaume, et qui pourra être appelé dans le Congrès toutes les fois que les Plénipotentiaires le jugeront opportun. Ils étendent également ces prévisions à ce qui concerne la Crète.«

Lord Salisbury, se référant au point de discussion indiqué par le Président, propose de substituer dans le texte présenté par les Plénipotentiaires Français les mots de »provinces grecques« à ceux de »provinces limitrophes du Royaume de Grèce«. Si cette modification, qui lui semble donner plus de clarté au texte, était admise, il se rallierait volontiers au projet français ainsi amendé dans le cas où il serait accepté par la majorité des Puissances.

M. Desprez craint que l'amendement proposé par M. le Plénipotentiaire de la Grande Bretagne n'ait pour effet de rendre moins précis le texte du projet présenté par les Plénipotentiaires Français.

Le Président considère que le Congrès est en présence d'une question de forme et de rédaction, où la décision de la majorité est admise à moins de protestation de la minorité au protocole. S. A. S. croit qu'il serait utile de procéder à l'inverse de l'usage parlementaire et de commencer, si le Congrès y consent, par le vote sur le texte de la proposition Française en mettant aux voix en second lieu l'amendement de Lord Salisbury. Le résultat du premier vote sera considéré comme éventuel, c'est-à-dire comme sujet à être amendé conformément à la proposition anglaise, dans le cas où celle-ci serait adoptée. Si au contraire elle était rejetée, le vote recueilli sur la proposition française serait définitif.

Le Comte Andrassy ne veut pas entrer dans le fond de la question: il regarde qu'il a seulement à statuer sur l'admission en général: il vote donc la proposition française en se réservant de se prononcer sur l'amendement de Lord Salisbury.

Les Plénipotentiaires de France et d'Angleterre votent le texte présenté.

Le Comte Corti y adhère également et d'autant plus volontiers que la seconde partie du document lui parait renfermer, en principe, la pensée exprimée dans l'amendement anglais.

Les Plénipotentiaires Russes votent de même le texte français.

Carathéodory Pacha regrette de rencontrer dans le texte proposé les mots: »le sort des

provinces, etc.« Dans ces termes il ne saurait que réserver l'opinion de son Gouvernement.

Le Président ayant insisté pour obtenir le vote de MM. les Plénipotentiaires Ottomans, Carathéodory Pacha et Méhémed Ali Pacha déclarent qu'ils ne s'opposeraient pas en principe à ce qu'un représentant de la Grèce fût entendu en admettant que celui-ci n'aurait que voix consultative.

Le Prince de Bismarck provoque ensuite un second scrutin sur l'amendement de Lord Salisbury, c'est-à-dire sur la question de savoir si les mots »provinces limitrophes« seront remplacés par ceux de »provinces grecques«.

Le Comte Andrássy ayant demandé quelle différence existe aux yeux de MM. les Plénipotentiaires anglais entre les deux termes, le Marquis de Salisbury dit qu'il y a des provinces Grecques qui ne sont pas limitrophes du royaume hellénique et dont l'Angleterre désire que le Congrès s'occupe également. Dans le projet français l'Epire et la Thessalie sont seuls en cause: l'amendement de S. E. permet au contraire de comprendre dans la délibération, à laquelle assisteraient les représentants de la Grèce, les provinces de Macédoine, de Thrace, et de la Crète.

Le Comte Andrássy, à la suite de cette explication, et se conformant à son principe qui est de rechercher des résultats aussi stables que possible, vote pour l'amendement de Lord Salisbury dans le but de ne pas restreindre l'expression de l'opinion des représentants grecs.

Les Plénipotentiaires de France maintiennent leur vote pour leur texte pur et simple.

Les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne votent pour l'amendement.

Le Comte Corti se rallie à la proposition anglaise qu'il regarde comme donnant plus de latitude à la délibération.

Le Comte de Launay ajoute que d'ailleurs le Congrès demeurera toujours libre d'examiner dans quelle mesure il pourra accepter les observations des Représentants Grecs.

Le Président ayant demandé leur vote à MM. les Plénipotentiaires de Russie, le Prince Gortchacow prie MM. les Plénipotentiaires de France d'exposer les motifs qui les portent à maintenir le texte de leur proposition.

M. Waddington ne croit pas qu'il y ait de grandes différences entre le projet de M. Desprez et la rédaction proposée par Lord Salisbury. Il y a cependant une distinction à établir: les Plénipotentiaires de France ont pensé que tout en invitant le Gouvernement Grec à désigner un représentant, il était utile de limiter le champ de ses observations. M. Waddington admet que le représentant hellénique soit appelé à donner son avis sur des faits qui se passent près de la frontière du Royaume; mais il comprendrait moins que la compétence du cabinet d'Athènes pût s'étendre à des contrées habitées par des populations mixtes: S. E. craindrait de trop agrandir la sphère des observations du Gouvernement hellénique. Toutefois le second paragraphe du projet réservant au Congrès toute sa liberté d'appréciation à cet égard, la haute assemblée reste juge en dernier ressort des délibérations auxquelles elle regarderait comme opportun que le représentant Grec fût admis.

Le Prince Gortchacow, en présence de ces considérations, vote pour le maintien du texte français.

Carathéodory Pacha croit comprendre que dans la pensée de la haute assemblée, l'admission d'un représentant Grec est surtout une question d'opportunité: toutefois, et tout en acceptant que ce représentant pût être entendu quand on s'occuperait de l'amélioration de l'état de ces provinces, S. E., et avec Elle Mehemed Ali Pacha, demande de nouvelles explications sur le sens de la phrase du projet français où il est question de »provinces limitrophes«.

M. Waddington répond qu'on ne discute pas aujourd'hui le fond de cette difficulté, mais seulement une question préalable; il tient à ajouter que les considérants du projet français en indiquent nettement la portée. En premier lieu le Congrès, trouve-t-il juste que la Grèce exprime ses voeux sur des questions qui pourraient intéresser sa frontière? En second lieu, le Congrès trouve-t-il utile de provoquer sur divers points les explications du Cabinet d'Athènes?

Le Prince de Bismarck fait remarquer qu'en réalité la différence pratique entre les deux opinions se manifestera surtout quand il s'agira de déterminer le moment où les Représentants Grecs seront entendus. Ce sera alors, à son avis, le scrutin décisif. Actuellement il s'agit de savoir en général, s'ils seront admis, et c'est dans cet ordre d'idées qu'il demande de nouveau si MM. les Plénipotentiaires Ottomans votent pour la rédaction française ou anglaise.

Les Plénipotentiaires Ottomans déclarent s'abstenir.

Le Prince de Bismarck, comme Plénipotentiaire d'Allemagne, vote pour la rédaction française.

S. A. S. constate ensuite que les voix sont partagées en nombre égal. L'amendement anglais n'a donc pas eu la majorité, et le résultat du premier scrutin adoptant la rédaction française demeure acquis.

Le Président demande si le Congrès entend décider aujourd'hui ou dans une réunion prochaine à quelle séance le Représentant Grec sera admis.

Sur la suggestion du Comte Corti, le Président fait remarquer que l'invitation ne doit être faite qu'à la demande d'un des membres du Congrès formulée dans la séance précédente et adoptée par un vote de la haute assemblée.

M. Waddington estime qu'il y aurait lieu d'attendre que la question de Bulgarie fût décidée et en tout cas de ne pas statuer aujourd'hui.

Le Comte Andrássy ne regarde pas en effet comme indispensable de fixer ce jour dès à présent.

M. Desprez fait observer d'ailleurs, que le projet comporte deux hypothèses: la discussion relative aux provinces limitrophes dans laquelle, d'après la proposition française, la présence du représentant grec est jugée nécessaire par le Congrès, et les autres délibérations, où la haute assemblée se réserve la faculté d'appeler, s'il y a lieu, ce représentant dans son sein.

Le Prince de Bismarck rappelant que, dans sa pensée, le Plénipotentiaire grec ne doit être invité qu'aux séances où le Congrès désirerait l'entendre, constate qu'en ce moment aucun des membres de l'assemblée ne fait une proposition en ce sens. S. A. S. croit donc préférable, dans l'état actuel des travaux, où il y a lieu d'espérer sur la question Bulgare le rapprochement des opinions divergentes, de ne pas introduire un élément nouveau qui pourrait augmenter les difficultés de l'entente. Il pense que le Congrès n'émettra sur ce point aucun vote aujourd'hui et réservera son sentiment jusqu'au moment où il sera question des institutions à donner à la Bulgarie du Sud. S. A. S. ajoute que l'ordre du jour est épuisé.

Le Comte Schouvalow, tout en exprimant l'espoir que ses collègues d'Autriche-Hongrie, de la Grande Bretagne et de Russie seront prêts à discuter la question Bulgare dans la prochaine séance fixée précédemment à Vendredi 21, pense, qu'eu égard aux communications échangées entre les Gouvernements, il serait peut-être préférable de remettre la séance à Samedi. Le Président, après avoir pris l'avis du Congrès, accepte la date de Samedi 22, en se réservant, s'il y a lieu, de convoquer l'assemblée pour Vendredi.

Le séance est levée à 4 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
Cte DE MOÜY.

Protocole N° 4.

Séance du 22 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour la **France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour la **Russie**
le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour la **Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures ½: le protocole de la séance précédente est adopté.

Mr. d'Oubril exprime de la part du Prince Gortchacow le regret de S. A. S. de ne pouvoir eu égard à l'état de sa santé assister à la séance de ce jour.

Le Président répond que le Congrès regrette l'absence du Prince Gortchacow et forme des voeux pour le prompt rétablissement de M. le Premier Plénipotentiaire de Russie.

Le Président après avoir donné lecture de la liste des pétitions adressées au Congrès depuis la dernière séance, annonce que l'ordre du jour appelle la discussion de la question de Bulgarie sur les points traités dans l'article VI du Traité de San Stefano et de la proposition anglaise consignée dans le 2e protocole du Congrès. S. A. S. prie les Représentants des Puissances qui ont recherché un accord dans des conférences particulières, de faire connaître le résultat de leurs entretiens.

Lord Salisbury donne lecture du document suivant qui contient le développement des propositions anglaises et qu'il soumet à l'approbation de la haute Assemblée:

»Admission de la frontière des Balcans pour la Principauté de Bulgarie; la province au sud des Balcans assumerait le nom de Roumélie orientale.

L'incorporation du Sandjak de Sophia avec rectification stratégique des frontières dans la Principauté serait consentie, soit contre le maintien de Varna dans les mains des Turcs, soit contre l'exclusion des bassins du Mesta Karasou et Strouma Karasou de la Roumélie orientale. La Roumélie orientale sera placée sous l'autorité politique et militaire directe du Sultan qui l'exercera dans les conditions suivantes:

Il aura le droit de pourvoir à la défense des frontières de terre et de mer de la province, de pouvoir y tenir des troupes et de les y fortifier.

L'ordre intérieur sera maintenu par la milice dont les officiers seront nommés par le Sultan qui tiendra compte de la religion de la population.

Le Gouverneur général aura le droit d'appeler les troupes ottomanes dans le cas où la sécurité intérieure ou extérieure se trouverait menaçée.

La frontière occidentale reste à préciser. Depuis l'endroit où la frontière occidentale

coupe la frontière méridionale de la Conférence, la frontière méridionale de la Roumélie orientale suivra le tracé de cette dernière jusqu'à la montagne de Kruchevo, puis le tracé de San Stefano presque jusqu'à Mustafa Pacha. De ce point une frontière naturelle ira jusqu'à la Mer Noire à un point à préciser entre Sizéboli et Agathopoli. Le tracé des frontières se fera par une commission Européenne à l'exception des deux points touchant à la Mer Noire qui ne sont pas encore arrangés.«

Le Président ayant demandé aux Plénipotentiaires de Russie s'ils adhèrent aux principes résumés par Lord Salisbury, le Comte Schouvalow expose que les Plénipotentiaires de Russie ont présenté deux amendements qui, dans leur pensée, n'altèrent pas, en principe, les modifications proposées par la Grande Bretagne au Traité de San Stefano, mais qui, cependant, malgré leur modération, n'ont pas été accueillies par leurs Collègues Anglais. Revenant sur l'ensemble des pourparlers qui se sont poursuivis depuis quelques jours, S. E. constate que les Plénipotentiaires de Russie ont accepté le partage de la Bulgarie par la ligne des Balkans malgré les objections sérieuses que présente cette division nuisible sous beaucoup de rapports, — la substitution du nom de Roumélie orientale à celui de Bulgarie du sud, tout en se réservant sur ce dernier point, concédé par eux à regret, toute liberté de discussion ultérieure au Congrès; on a considéré le maintien du mot Bulgarie comme un drapeau, comme un appoint à des aspirations dangereuses; c'est avec peine qu'ils ont, pour ainsi dire, démarqué une partie de la population d'un nom qui lui appartient. Ils ont également consenti à éloigner de la Mer Egée les limites de la nouvelle province. On a craint que la Bulgarie ne devienne une Puissance navale. Ces craintes leur paraissent illusoires, mais ils ont consenti néanmoins à ce changement de frontières. Ils ont de plus admis sur la frontière occidentale de la Bulgarie une rectification qu'ils considèrent comme une mutilation puisqu'elle divise des populations Bulgares compactes. Cela était demandé en vue de certaines considérations stratégiques et commerciales qui ne concernaient pas la Bulgarie et lui étaient plutôt préjudiciables. Ils ont consenti à rectifier les frontières méridionales vers la Mer Noire, en abandonnant ainsi les limites tracées par le Traité de San Stefano et en reculant même celles de la Conférence de Constantinople. Enfin, ils ont donné au Sultan la garde des frontières de la Roumélie orientale. Aux yeux du Comte Schouvalow, les demandes qui lui ont été proposées avaient en réalité pour objet de protéger le fort contre le faible, de protéger l'Empire Ottoman dont les armées, avec un courage auquel S. E. se plaît à rendre hommage, ont résisté pendant de longs mois à l'armée russe, contre les agressions éventuelles d'une province qui ne compte pas encore un seul soldat. Quoiqu'il en soit, les Plénipotentiaires Russes les ont acceptées; mais à leur tour, ils se croient en droit de demander que le faible soit défendu contre le fort, et tel est le but des deux amendements qu'ils ont présentés et dont voici le texte:

»Les Plénipotentiaires de Russie sont autorisés à accepter les points suivants:

1. Le Sultan aura le droit de pourvoir à la défense des frontières de terre et de mer de la province, et celui de pouvoir y tenir des troupes et de les y fortifier.

2. L'ordre intérieur de la Roumélie Orientale sera maintenu par des milices, dont les officiers seront nommés par le Sultan, qui tiendra compte de la religion de la population.

Les Plénipotentiaires de Russie pensent toutefois que le principe sur lequel on est d'accord, que l'intérieur de la Roumélie Orientale ne soit occupé que par des milices indigènes, — devrait être sauvegardé. Il ne pourrait l'être, selon leur opinion, que si une Commission Européenne était chargée de fixer les points que le Gouvernement Ottoman pourrait occuper sur ses frontières et la force approximative de ces occupations.

Les Plénipotentiaires de Russie sont également autorisés à accepter le point relatif au droit du Gouverneur général d'appeler des troupes Ottomanes dans les cas où la

sécurité intérieure ou extérieure se trouverait menacée.

Mais ils croient nécessaire de ne point se départir du principe que le Congrès statue sur les cas et le mode de l'entrée des troupes Ottomanes dans la Roumélie Orientale. Ils demandent en conséquence que le Congrès discute cette éventualité, car si elle se présentait, elle serait un sujet d'alarmes pour l'Europe. Ils croient utile que le futur Gouverneur général reconnaisse l'importance d'une pareille mesure et qu'il sache qu'elle a été l'objet de la sollicitude de l'Europe.« —

Le Comte Schouvalow ajoute que ces réserves ne changent en rien les principes admis par les Plénipotentiaires de Grande Bretagne; mais considérant que les institutions autonomes et garanties auxquelles ses Collègues d'Angleterre ont fait allusion ne sauraient, en réalité, préserver la Province Bulgare contre les excès de la soldatesque, des institutions seules, quelque bonnes qu'elles soient n'ayant jamais garanti un peuple lorsque ces institutions restaient à la garde d'une force militaire dont l'intérêt national n'était pas de les maintenir et de les sauvegarder, S. E. insiste pour l'adoption de mesures de précaution, très modérées d'ailleurs, et espère qu'elles obtiendront le suffrage de l'Europe.

Lord Beaconsfield pense que le Congrès doit être satisfait du résultat des délibérations particulières qui viennent d'avoir lieu et de l'état où la question se trouve actuellement. Il demeure, en effet, établi, d'un assentiment unanime, que le Sultan, comme membre du Corps politique de l'Europe, doit jouir d'une position qui lui assure le respect de ses droits souverains. Ce point est obtenu par les deux résolutions soumises au Congrès par Lord Salisbury et qui donnent au Sultan

1° une frontière réelle,

2° un pouvoir militaire et politique suffisant pour qu'il soit en mesure de maintenir son autorité et de protéger la vie et les biens de ses sujets. S. E. craint que les amendements présentés par MM. les Plénipotentiaires de Russie n'atténuent la portée de ces deux résolutions. Il regarde d'abord l'institution d'une Commission Européenne comme une atteinte évidente portée au droit du souverain. Le pouvoir du Sultan ne saurait être respecté si le Gouvernement Ottoman se trouvait entravé dans la défense éventuelle de sa frontière. En outre, les points stratégiques qui seraient fixés par une Commission Européenne ne pourraient être durables, eu égard aux modifications qui se produisent sans cesse dans la portée des armes de guerre. S. E. espère vivement que le Congrès ne sanctionnera pas cette proposition des Plénipotentiaires Russes. Quant au second amendement, S.E. le regarde comme encore plus difficile à admettre que le premier, et ne comprendrait point qu'un gouverneur général, au fond seul juge compétent des circonstances, ne pût invoquer au besoin le concours des troupes que d'après des règles tracées d'avance par le Congrès.

Le Comte Andrássy, invité par le Président à faire connaître son sentiment, se borne à rappeler que le Gouvernement Austro-Hongrois a uniquement en vue la création d'un état de choses qui donne le plus de chance possible de durée et de stabilité. Dans cet ordre d'idées, il juge la proposition anglaise suffisante et l'accepte en gardant la faculté d'apprécier, s'il y a lieu, dans une discussion ultérieure les amendements des Plénipotentiaires de Russie.

Le Comte Schouvalow répondant aux observations de Lord Beaconsfield relatives aux restrictions qui seraient apportées au pouvoir politique et militaire du Sultan, exprime la pensée que la situation de la province dont il s'agit étant anormale, elle ne pourrait être réglée d'après des principes absolus. S. E. maintient que les précautions demandées par les Plénipotentiaires Russes ne sauraient pas plus que l'institution de la milice, déjà admise, porter atteinte à la dignité du Gouvernement Ottoman. Ce que le Gouvernement Russe désire seulement, c'est de trouver une solution qui empêche le retour des excès dont la Bulgarie a été le théâtre, et le Comte Schouvalow pense que le devoir de l'Europe est d'empêcher que cette province ne devienne le théâtre de répressailles.

Le Président ayant demandé son sentiment à Carathéodory Pacha, le Premier Plénipotentiaire de Turquie déclare que cette proposition est présentée pour la première fois et qu'il désirerait se réserver de faire entendre plus tard ses observations.

Le Prince de Bismarck fait remarquer que le Congrès est prêt à écouter aujourd'hui les considérations de M. le Plénipotentiaire Ottoman. S. A. S. croit devoir ajouter qu'il ne peut pas être dans l'intérêt de la Sublime Porte de créer des difficultés au progrès de discussions qui, dans l'intention de la haute assemblée, pourraient rendre à l'autorité du Sultan des contrées auxquelles la Turquie avait renoncé par le Traité de San Stefano. Tous les Gouvernements participent à ces délibérations dans l'intérêt de la paix générale: l'opinion publique de l'Europe, qui veut la paix, sera reconnaissante aux Puissances qui auront contribué à l'assurer, mais verrait avec regret que cette tâche fût rendue plus difficile au Congrès. S. A. S. croit exprimer la pensée des Puissances neutres et désintéressées en se déclarant contraire à toute proposition qui serait de nature à ralentir les travaux de la haute assemblée. Le Prince de Bismarck espère que dès aujourd'hui l'accord se fera sur les propositions anglaises et qu'on pourra les adopter en principe sauf examen subséquent des amendements Russes.

Carathéodory Pacha dit que son but en effet est de faciliter la tâche du Congrès et qu'il est reconnaissant à S. A. S. de son désir de hâter une solution. Il voudrait simplement rappeler que les Bulgares sont depuis plusieurs siècles de fidèles et tranquilles sujets de l'Empire. L'agitation ne s'est manifestée parmi eux que depuis quelques années, à la suite de certains différends religieux. La Porte a fait son possible pour atténuer les difficultés qui avaient surgi. Sous le rapport matériel, de grands progrès ont été réalisés dans les provinces Bulgares, des chemins de fer y ont été établis, l'agriculture s'y est développée, et la bonne harmonie entre les divers groupes de population s'était maintenue jusqu'à ces derniers temps.

Mehemed Ali Pacha ajoute qu'à son avis, contrairement à l'opinion émise par le Comte Schouvalow, ce n'est pas la milice locale, mais la gendarmerie qui doit être chargée de sauvegarder la tranquillité publique. S. E. propose que désormais l'élément chrétien soit admis dans la gendarmerie avec des conditions satisfaisantes pour l'avancement des sous-officiers et officiers. D'autre part, la restriction opposée au droit de garnison dans le pays serait, aux yeux des populations, tout à fait regrettable: l'armée régulière Ottomane a toujours exactement fait son devoir.

Le Comte Schouvalow répond que la mission de la gendarmerie n'est pas la même que celle de la milice. La première est chargée du maintien de l'ordre et de la sécurité: la seconde est appelée à faire le service de l'armée régulière. S. E. comprend d'ailleurs que la milice serait une force Ottomane et non pas une force Turque.

Mehemed Ali Pacha objecte que cette milice composée de Chrétiens et de Musulmans n'aura pas la même homogénéité que l'armée régulière. Il craint que cette formation ne trouble les institutions militaires de l'Empire.

Lord Salisbury demande si dans les autres Etats Européens il existe une milice dans le sens attribué à ce terme en Angleterre?

Le Prince de Bismarck pense que la landwehr en Allemagne, l'armée territoriale en France peuvent être considérées comme une milice. Sans être certain du véritable sens de ce mot en français, S. A. S. regarde comme milice une troupe qui, dans l'état régulier, est dans ses foyers et qui n'est assemblée, dans des circonstances extraordinaires, que sur un ordre exprès du souverain. La milice dont il est question ici serait une troupe sédentaire et territoriale, organisée surtout pour éviter le contact de l'armée régulière turque avec la population chrétienne. Selon l'avis du Prince de Bismarck, la condition faite aux Chrétiens dans l'armée Turque n'est pas de nature à encourager leur engagement: l'armée régulière gardera, par la force des choses, toujours un caractère essentiellement musulman. La milice sera, en temps de paix, une troupe destinée à garantir la tranquillité publique; elle

pourra, en temps de guerre, renforcer l'armée du Sultan.

S. A. S. croit de son devoir d'ajouter que dans cette question, il ne peut, comme Plénipotentiaire Allemand, demeurer tout à fait neutre. Les instructions qu'il a reçues de l'Empereur, son auguste maître, avant l'ouverture du Congrès, lui prescrivent de contribuer à maintenir aux chrétiens au moins le degré de protection que la Conférence de Constantinople avait voulu leur assurer, et de ne consentir à aucun arrangement qui atténuerait les résultats obtenus pour cet important objet. Il est d'avis d'éviter les cantonnements des troupes musulmanes partout où il y a différence de religion: il admet les villes de garnison, mais repousse l'établissement de l'armée en rase campagne où les fonctions militaires en temps de paix lui paraissent devoir être réservées à la milice. S. A. S. accueille donc avec sympathie les amendements Russes et regretterait qu'ils fûssent repoussés, craignant, s'ils n'étaient point admis, le renouvellement, dans un temps plus ou moins rapproché, des incidents qui ont failli compromettre la paix du monde. Le second amendement ne serait d'ailleurs qu'un avertissement à donner à la Porte; le Prince de Bismarck croit qu'il y a au surplus des dispositions analogues dans les institutions du Liban et dans le régime des Colonies Anglaises.

Le Président, en revenant à l'ordre du jour, propose ensuite que la haute assemblée commence par constater son accord sur les principes indiqués par l'Angleterre dans la seconde séance (Protocole 2, page 8), en réservant la faculté d'y introduire les détails de rédaction sur lesquels les Représentants des Puissances plus spécialement intéressées se sont entendus. Le Congrès pourrait, en second lieu, prononcer son adhésion au texte dont Lord Salisbury vient de donner lecture dans la séance d'aujourd'hui, et charger un de ses membres, M. Waddington, de préparer une rédaction qui mettrait d'accord la fin de ce même texte avec les amendements de la Russie.

Après un échange d'idées entre les Plénipotentiaires de Grande Bretagne, d'Autriche-Hongrie et de Russie, cette procédure est approuvée, et le Président donne lecture du texte de la proposition Anglaise contenue dans le Protocole 2 page 8, en faisant remarquer que l'accession du Sandjak de Sophia à la Bulgarie autonome demeure entendue, conformément à l'accord établi précédemment entre les représentants d'Autriche-Hongrie, de Grande Bretagne et de Russie.

Le Congrès adopte à l'unanimité les principes posés dans les numéros 1 et 2 de la proposition anglaise.

Le Président passe ensuite à la lecture du texte lu par Lord Salisbury dans la présente séance, en avertissant qu'il s'arrêtera dès qu'une objection constatera que la haute assemblée a cessé d'être unanime.

En lisant le second alinéa, S. A. S. constate qu'en présence de l'alternative posée dans ce passage, les Représentants de la Russie ont choisi l'accession de Varna à la Bulgarie autonome.

Lord Salisbury déclare que dans les pourparlers qui ont eu lieu entre les Plénipotentiaires Anglais et Russes, il a proposé de laisser Varna à la Roumélie, mais que ses collègues Russes n'ont pas cru pouvoir y adhérer. Les Plénipotentiaires de Russie constatent en effet que l'échange du Sandjak de Sophia contre Varna est écarté par leur gouvernement, mais qu'ils admettent la combinaison de l'échange du Sandjak de Sophia contre une rectification de la frontière occidentale.

Le Président continue la lecture jusqu'aux mots »les y fortifier«.

Le Comte Schouvalow ayant fait remarquer que c'est relativement à ce point que les Plénipotentiaires Russes ont proposé l'établissement d'une Commission Européenne, le Président demande à S. E. s'il insiste pour l'insertion de l'amendement ou bien s'il consent à accepter le document anglais, en attendant la rédaction d'un nouveau texte qui doit être préparé pour tenir compte des amendements.

Le Comte Schouvalow y consentirait, mais en subordonnant son assentiment au droit de revenir ensuite à ses amendements. Car s'ils

étaient rejetés, il devrait d'abord en référer à son Gouvernement.

Le Président déclare qu'en effet il est entendu qu'on reviendra à l'amendement dans la prochaine séance en discutant la nouvelle rédaction qui doit être préparée par M. Waddington.

La haute assemblée étant unanimement d'avis que l'acceptation du texte anglais ne préjuge point l'amendement Russe, le Comte Schouvalow adhère au paragraphe qu'on vient de lire, mais sous les réserves formelles qu'il a précédemment formulées; une adhésion définitive excéderait, en effet, ses pleins-pouvoirs.

Le Président considère comme accepté le texte dont il a donné lecture jusqu'aux mots »les y fortifier« et continue de lire jusqu'au mot »menacée«. S. A. S. fait observer qu'ici se placerait le second amendement Russe qui ne lui paraît d'ailleurs offrir aucune difficulté en principe. Il fait appel à M. le Premier Plénipotentiaire de France pour une rédaction qui permette tout à la fois de maintenir le vote actuel et de satisfaire au désir exprimé par les amendements du Comte Schouvalow.

En terminant, et après avoir recueilli l'assentiment de la haute assemblée, le Prince de Bismarck déclare que le vote donné par le Congrès sur le dernier document qu'il vient de lire, combiné avec le vote définitif des premières propositions anglaises consignées dans le protocole 2, constitue un sensible progrès dans la marche générale des travaux.

M. Waddington dit qu'en acceptant la tâche que le Congrès lui confie, il désire bien constater qu'il ne l'accepte que comme une mission de conciliation. En présence de l'entente établie sur les points principaux, il ne s'agit que d'un travail destiné à faciliter l'oeuvre du Congrès, et c'est à ce titre qu'il consent à s'en charger sans engager quant à présent l'opinion de son Gouvernement.

Le Président consulte le Congrès sur l'ordre du jour de la séance prochaine fixée à Lundi 24 Juin. La proposition du Comte Andrássy de suivre en ce moment l'ordre des paragraphes du traité de San Stefano relatifs aux affaires de Bulgarie étant acceptée, S. A. S. annonce qu'après la discussion du travail de rédaction préparé par M. Waddington, l'ordre du jour portera les articles 7 et 8 du traité.

La séance est levée à 4 heures ½.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
Cte DE MOÜY.

Protocole N° 5.

Séance du 24 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 1 heure et $\frac{1}{2}$.

Mr. l'Ambassadeur de Russie présente à la haute assemblée les excuses du Prince Gortchacow que l'état de sa santé empêche d'assister à la séance de ce jour.

Le protocole N° 4 est adopté.

Lord Salisbury fait observer que dans la pensée du gouvernement anglais et sans engager l'opinion du Congrès, les mots »le Sandjak de Sophia avec rectification stratégique des frontières«, veulent dire cette partie du Sandjak de Sophia qui se trouve dans le bassin de la rivière Iskra.

Le Comte Schouvalow ne peut en ce moment discuter ce point, mais se borne à rappeler que Lord Salisbury a déclaré que son opinion à cet égard n'engageait en rien celle du Congrès.

Le Président donne ensuite lecture de la liste des pétitions N° 4. S. A. S. ajoute que le ministre des affaires étrangères de Grèce lui a demandé un entretien: en répondant à M. Delyannis, le Prince de Bismarck ne croit pas devoir passer sous silence la résolution prise par le Congrès au sujet de la représentation de la Grèce.

M. Desprez pense en effet que le Gouvernement Grec doit être informé dès à présent de la décision de la haute assemblée afin de pouvoir désigner son représentant.

Cet avis ayant réuni l'assentiment général, le Congrès aborde son ordre du jour qui est la suite de la discussion de l'article VI du Traité de San Stefano et l'examen de la rédaction qui doit être présentée par M. Waddington.

M. Waddington fait savoir qu'il s'est entretenu à ce sujet avec les Plénipotentiaires Anglais, mais n'a pu avoir encore de conférence avec ses collègues de Russie. S. E. ne saurait donc soumettre au Congrès une rédaction définitive et demande l'ajournement de cette discussion à la prochaine séance.

Le Président dit qu'en effet la tâche entreprise par M. le Premier Plénipotentiaire de France est assez ardue pour qu'un ajournement soit nécessaire et ne diminue en rien la reconnaissance du Congrès pour les efforts de M. Waddington. Cette discussion sera donc portée au prochain ordre du jour.

M. Waddington donne lecture de deux articles additionnels proposés par les Plénipotentiaires de France et dont voici le texte:

1er Article.

»Tous les sujets Bulgares, quelle que soit leur religion, jouiront d'une complète égalité de droits. Ils pourront concourir à tous les emplois publics, fonctions et honneurs, et la différence de croyance ne pourra leur être opposée comme un motif d'exclusion.

L'exercice et la pratique extérieure de tous les cultes seront entièrement libres et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.«

2e Article.

»Une pleine et entière liberté est assurée aux religieux et évêques catholiques étrangers pour l'exercice de leur culte en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale. Ils seront maintenus dans l'exercice de leurs droits et privilèges, et leurs propriétés seront respectées.«

Le Président dit que ces deux propositions seront imprimées, distribuées et placées à un ordre du jour ultérieur.

Après un échange d'observations entre le Comte Schouvalow et M. Waddington sur la portée des deux propositions de M. le Premier Plénipotentiaire de France, il demeure entendu que la première s'applique à la Bulgarie et l'autre à la Bulgarie et à la Roumélie orientale ensemble.

Le Comte Corti, au nom des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie, lit la proposition suivante d'un autre article additionel:

»Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie proposent d'ajouter aux stipulations relatives à la Bulgarie ce qui suit:

Les traités de commerce et de navigation ainsi que toutes les conventions et arrangements internationaux conclus avec la Porte tels qu'ils sont en vigueur aujourd'hui seront maintenus en Bulgarie et dans la Roumélie orientale et aucun changement n'y sera apporté vis-à-vis d'aucune Puissance avant qu'elle n'y donne son consentement.

Aucun droit de transit ne sera prélevé en Bulgarie et dans la Roumélie orientale sur les marchandises traversant ce pays.

Les nationaux et le commerce de toutes les Puissances y seront traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Les immunités et privilèges des sujets étrangers ainsi que la juridiction et le droit de protection consulaires, tels qu'ils ont été établis par les capitulations et usages, resteront en pleine vigueur.«

La proposition des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie sera également imprimée et distribuée.

Lord Salisbury ayant demandé que cette proposition ne soit discutée que dans une séance ultérieure, et le Comte Corti ayant donné son assentiment, le Prince de Bismarck pense qu'en effet l'on doit terminer d'abord les questions qui peuvent amener un désaccord entre les Cabinets — quant à celles qui visent un progrès dans la civilisation et contre lesquelles nul cabinet n'aura sans doute d'objection en principe, il pense que les auteurs des propositions dont il s'agit doivent être laissés libres d'indiquer le moment qui leur paraîtra le plus convenable pour les introduire devant la haute Assemblée.

L'examen des propositions qui viennent d'être lues demeure donc reservé.

Carathéodory Pacha lit ensuite une proposition relative à l'organisation de la Bulgarie au point de vue financier et qui se rapporte à l'article IX du Traité de San Stefano:

»Indépendamment du tribut, la Principauté de Bulgarie supportera une part des dettes de l'Empire proportionnelle à ses revenus.«

Le Président dit que cette proposition sera de même imprimée et distribuée.

S. A. S. croit qu'on peut s'écarter aujourd'hui de l'article VI, auquel on reviendra plus tard quand il s'agira de discuter la rédaction préparée par M. Waddington, et procède à la lecture de l'article VII.

Sur le premier alinéa ainsi conçu:

»Le Prince de Bulgarie sera librement élu par la population, et confirmé par la S. Porte avec l'assentiment des Puissances«

Lord Salisbury relève le mot »assentiment des Puissances« et demande s'il s'agit de l'as-

sentiment unanime des Puissances ou seulement de la majorité?

Le Comte Schouvalow invoque le principe d'après lequel le Congrès n'est pas obligé par la majorité mais uniquement par l'unanimité de ses membres. Si donc les Puissances ne sont pas d'accord sur le choix du personnage qui serait élu Prince de Bulgarie, l'élection ne serait pas valable.

Lord Salisbury ayant fait observer qu'alors la Bulgarie se trouverait sans gouvernement, le Comte Schouvalow dit qu'il ne peut répondre des éventualités de l'avenir et qu'il doit se borner à affirmer que la Bulgarie ne deviendrait pas une annexe russe.

Lord Salisbury insiste sur la crainte de voir, dans cette hypothèse, le pays livré à l'anarchie.

Le Prince de Bismarck dit que des difficultés analogues pourraient aussi bien se présenter dans toutes les autres éventualités prévues par l'article VII. S. A. S. pense que le Congrès est hors d'état de remédier à tous ces dangers: si les populations Bulgares, par mauvaise volonté ou inaptitude naturelle, ne peuvent entrer dans l'exercice de leur nouvelles institutions, l'Europe en effet devra aviser, mais plus tard et quand le moment sera venu. Pour aujourd'hui, le Congrès, selon l'avis de S. A. S., devrait se borner à amener la bonne entente entre les Puissances sur les questions de principe, à écarter du traité de San Stefano les stipulations qui pourraient créer un danger pour le maintien de la paix en Europe. Ce serait étendre la tâche du Congrès au delà de ses limites, que de viser des questions éventuelles touchant le sort futur de la Bulgarie qui n'intéresse l'Allemagne et, sans doute, quelques unes des Puissances représentées ici, qu'au point de vue de la paix générale.

Lord Salisbury tient à constater que l'Angleterre n'est pas responsable des difficultés qui pourront se produire dans l'avenir. Il demande que le mot de »majorité des Puissances« soit substitué à celui de »l'assentiment«.

Le Comte Schouvalow regrette les inquiétudes manifestées par son collègue d'Angleterre. Il ajoute que Lord Salisbury paraît supposer chez le Gouvernement Impérial l'intention de réserver son assentiment dans le but de maintenir plus longtemps l'administration des Commissaires Russes. Ne lui serait-il pas permis, à son tour, de s'inquiéter des intentions de l'Angleterre et de lui prêter — ce qu'il est loin de faire d'ailleurs — le désir de ne pas donner son assentiment en vue d'empêcher l'élection du Prince? Le mot »d'assentiment« inséré dans l'article paraît à S. E. une garantie pour l'Europe contre toute pensée d'influence spéciale exercée par la Russie. D'autre part le principe de la majorité en Congrès ne lui semble pas compatible avec la dignité de la Russie et de l'Angleterre. S. E. répète que son gouvernement ne patronne aucun candidat, n'en a aucun en vue, serait même fort embarrassé de répondre aux questions qui lui seraient posées sur une candidature quelconque et désire seulement l'entière liberté de l'élection.

Le Président ayant demandé à Lord Salisbury s'il insiste sur sa proposition, M. le Plénipotentiaire d'Angleterre répond qu'il a cru de son devoir de la faire, mais que si elle n'est pas accueillie, il lui suffira qu'elle soit indiquée au Protocole.

Le Prince de Bismarck sollicite l'opinion du Congrès sur la suppression des mots »assentiment des Puissances«.

Le Comte Andrássy voudrait espérer qu'il a rencontré une solution pratique dans la proposition qu'il demande à soumettre au Congrès. S. E. est, d'un côté, frappé avec Lord Salisbury du danger de laisser éventuellement la Bulgarie sans Prince: mais, d'un autre côté, le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie croit avec le Comte Schouvalow que la suppression de l'assentiment des Puissances diminuerait la garantie de l'Europe. Il regarde également que le principe de la majorité serait difficile à mettre en pratique. L'essentiel, à ses yeux, est de bien établir que dans les cas de non-réussite de l'élection, les intérêts européens doivent être représentés dans ces contrées aussi bien que les intérêts russes. C'est dans ce but qu'il a rédigé la motion dont il donne lecture:

»Considérant qu'à la suite d'un commun accord, la commission russo-turque qui, en

vertu de l'article VI du traité préliminaire de San Stefano, aurait eu à tracer les frontières définitives de la Principauté bulgare, sera remplacée par une commission européenne, et que, dans la pensée de tous les gouvernements représentés au Congrès, cette substitution offre un mode pratique pour concilier la divergence éventuelle des intérêts respectifs;

Considérant, d'autre part, qu'il a été constaté que l'amélioration du sort des chrétiens dans la presqu'île des Balkans est un but commun à toutes les Puissances, je ne crois pas qu'il soit besoin d'appuyer par d'autres motifs encore la proposition suivante que j'ai l'honneur de soumettre à l'appréciation de la haute assemblée, à savoir:

> que le Congrès veuille bien admettre en principe que les fonctions assignées, par différents articles du traité préliminaire concernant la Bulgarie, à des commissions ou à des commissaires russes, ou russes et ottomans, soient transférées à des commissions ou à des commissaires européens.

Si ce principe est admis, je pense que nous pourrions confier à la sous-commission qui sera probablement chargée de la rédaction définitive du résultat de nos travaux, le soin d'introduire dans le texte des articles respectifs les modifications nécessaires.«

Le Comte Schouvalow croit que le Comte Andrássy préjuge dans le document qu'il vient de lire une question non encore discutée, celle des Commissions Européennes. Jusqu'à présent on n'a admis que des Commissions de délimitation et non de gouvernement. En tout cas, se référant à la procédure adoptée par le Congrès, il déclare ne pouvoir discuter en ce moment une proposition dont il n'a pu étudier les termes et demande le renvoi à la séance prochaine. S. E. fait remarquer incidemment que, d'après ses entretiens avec ses collègues anglais, il supposait que leur attention serait plutôt portée sur la Roumélie que sur la Bulgarie autonome du moment qu'il était, d'ailleurs, bien entendu que cette dernière province ne deviendrait pas une annexe de la Russie.

Le Comte Andrássy n'a pas d'objection contre le renvoi à la séance prochaine, pourvu que sa proposition soit insérée au Protocole de la présente séance.

Le Président fait observer, en vue de diminuer la tâche du Congrès que, dès l'origine des délibérations, la haute Assemblée s'est trouvée en présence de deux procédés: 1° une révision du Traité de San Stefano dans sa totalité, aboutissant à modifier les dispositions qui peuvent porter préjudice à la paix de l'Europe. 2° la rédaction d'un nouveau traité où se trouveraient recueillis les résultats des délibérations du Congrès et qui lierait les deux parties contractantes du Traité de San Stefano puisque l'une et l'autre figureraient dans les signataires de ce nouvel instrument diplomatique. S. A. S. incline vers cette dernière combinaison car il y a dans le Traité de San Stefano beaucoup de choses qui n'intéressent que la Turquie et la Russie et auxquelles il est inutile de donner le caractère européen. Un nouveau traité dans lequel entreraient seulement les dispositions qui dérogent à celles de San Stefano lui paraîtrait plus simple et plus pratique. Le travail serait ainsi abrégé, puisque beaucoup d'articles du Traité de San Stefano ne seraient point discutés par le Congrès. Ne vaudrait-il pas mieux, pour éviter des discussions académiques, passer sous silence les articles de cette convention qui n'affectent pas les intérêts de l'Europe, laisser de côté les questions qui n'ont pas une actualité urgente ou les réserver, s'il y a lieu, pour des entretiens particuliers entre les Puissances qui y prennent un intérêt spécial.

Lord Salisbury accepte la proposition de réserver les questions les moins urgentes pour des entretiens particuliers entre les Puissances intéressées et n'objecte pas à ce que le Président continue la lecture.

Le Prince de Bismarck y consent, mais en ajoutant qu'il ne faudrait pas conclure que le silence du Congrès sur des articles qui ne le concernent pas, transformerait des stipulations purement Russo-Turques en stipulations européennes. Ce seraient, au contraire, seulement

les passages discutés qui devraient prendre place dans le traité futur consenti par toute l'Europe.

S. A. S. continue la lecture de l'article VII. Le 3e alinéa demeure réservé jusqu'à la discussion de la proposition du Comte Andrássy, et le Comte Schouvalow ayant indiqué que la désignation de Philippopoli pour la réunion des assemblées de notables n'avait de sens que pour la Bulgarie constituée par le Traité de San Stefano, il est donné acte à S. E. de cette déclaration.

Le 4e alinéa ayant paru au Comte Andrássy en connexité avec les divers amendements proposés, le Comte Schouvalow fait remarquer que les dispositions de cet alinéa se rapportent à la loi électorale et non pas aux objets visés par les amendements tels que l'égalité devant la loi ou la liberté des cultes, et M. Waddington pense en effet que la liberté des cultes doit être l'objet d'un article additionnel.

Le Président, après avoir terminé sa lecture de l'article VII, dit que ces stipulations ayant été faites pour la Bulgarie telle qu'elle était définie par le Traité de San Stefano, il regarde de plus en plus comme nécessaire la rédaction d'un nouveau traité.

Le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie ayant constaté que la proposition qu'il a lue au Congrès ne vise que les alinéas 3 et 5 de l'article VII, le Comte Corti demande s'il est alors entendu que les alinéas 1 et 2 sont adoptés en principe.

Une discussion s'étant engagée sur cette question, il en résulte que les deux premiers et le 4e alinéas de l'article VII sont adoptés, que le 3e et le 5e sont reservés en vue de la proposition austro-hongroise.

Le Président commence à lire l'article VIII. Sur le 2e alinéa relatif à l'occupation russe, le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie lit l'amendement suivant:

»Le Gouvernement de S. M. l'Empereur et Roi a été de tout temps pénétré de la conviction que l'oeuvre du Congrès ne saurait être couronnée de succès qu'à la condition que la transition de la guerre à la paix définitive soit aussi courte que possible et que l'état des choses qui succédera à la guerre soit la paix définitive avec tous ses bienfaits.

Partant de cette conviction, les Plénipotentiaires de S. M. Impériale et Royale se voient obligés d'exprimer certaines appréhensions que leur inspirent les dispositions de l'article VIII.

Cet article stipule l'éloignement entier des troupes turques de la Principauté de Bulgarie; il contient en même temps la disposition, qu'après l'évacuation de la Turquie par les troupes russes, jusqu'à l'organisation complète d'une milice indigène, un corps d'armée russe, ne dépassant pas 50,000 hommes, doit occuper la Bulgarie et que la durée de cette occupation doit être d'environ deux ans.

Nous sommes loin de méconnaître la nécessité qu'il y a de pourvoir au maintien de l'ordre dans la nouvelle Principauté même pendant l'époque de transition entre la conclusion de la paix et l'organisation des pouvoirs civils et militaires indigènes.

Nous sommes persuadés que le Cabinet de St. Pétersbourg ne cherchait, par cette occupation, qu' à tenir compte de cette nécessité et que la mesure en question, ainsi que le Gouvernement Impérial de Russie l'a déclaré lui-même à différentes reprises, n'implique pas d'autres vues.

Aussi le Gouvernement Il. et Rl. ne pense-t-il pas que le Congrès élèverait en principe une objection contre la stipulation, en vertu de laquelle, après l'évacuation de la Bulgarie par l'armée turque, un corps d'armée russe serait chargé provisoirement du maintien de l'ordre.

D'un autre côté, les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur et Roi ne sauraient se cacher les inconvénients qu'il y aurait à faire dépendre l'occupation projetée d'un terme difficile à fixer d'avance tel que l'achèvement de l'organisation de la milice du pays, ou d'un laps de temps aussi éloigné que la durée de deux ans.

Ils craignent qu'une pareille stipulation ne soit difficile à accorder avec les efforts communs des Hautes Puissances signataires pour le prompt rétablissement d'une paix définitive.

Tant que les troupes de la Puissance qui a fait la guerre, séjourneront sur territoire étranger, l'opinion publique ne considérerait pas les événements de guerre comme entièrement terminés; le crédit public et la prospérité même des pays n'ayant pas pris part à la guerre, resteraient exposés aux oscillations d'un ordre de choses mal défini.

Le droit ayant été réservé à la Turquie d'occuper militairement ses frontières des Balcans, on ne saurait perdre de vue que les troupes ci-devant ennemies se trouveraient, même après la conclusion de la paix, placées en face les unes des autres.

La situation de la Roumanie forme également l'objet de nos sérieuses préoccupations. Dans l'article en question il est stipulé pour les troupes Impériales russes, dans le but d'assurer leurs communications, le droit de passage à travers la dite Principauté pendant la durée de l'occupation.

Si la durée de l'occupation restait indéfinie, ou si elle était prolongée à deux ans, cette Principauté se croirait privée de la jouissance de l'indépendance qui lui serait reconnue par l'Europe et s'en ressentirait comme d'une suspension ou limitation de ses droits.

Le Gouvernement I^{L} et R^{L}, eu égard à toutes ces considérations, croit qu'il serait dans l'intérêt de toutes les parties qu'il soit fixé un terme précis à l'occupation de la Bulgarie. Il lui semble en outre que le Congrès devrait pourvoir à l'éventualité, où à l'expiration de ce terme l'état des provinces en question exigerait encore la présence d'une force armée non indigène.

Le Gouvernement I^{L} et R^{L} a donc l'honneur de proposer que le Congrès veuille décider:

1. La durée de l'occupation de la Principauté de la Bulgarie par les troupes Impériales russes est fixée à six mois à dater de la conclusion de la paix définitive.

2. Le Gouvernement Impérial russe s'engage à terminer dans un délai ultérieur de deux ou trois mois ou plus tôt, si faire se peut, le passage de ses troupes à travers la Roumanie et l'évacuation complète de cette Principauté.

3. Si, contre toute prévision, à l'expiration du délai de six mois, la présence des troupes auxiliaires étrangères en Bulgarie était, d'un commun accord, jugée nécessaire, les Grandes Puissances fourniraient des contingents dont l'ensemble serait environ de 10 à 15,000 hommes, qui seraient placés sous les ordres de la commission européenne et dont l'entretien sera à la charge du pays occupé.«

Le Prince de Bismarck demande si le Congrès est d'avis de discuter aujourd'hui la question soulevée par le Comte Andrássy, et Lord Beaconsfield exprime l'opinion qu'en effet il y a lieu de délibérer séance tenante sur ce point. S. E accepte l'amendement Austro-Hongrois, le considérant comme sage et prudent, et il est autorisé par son Gouvernement à ajouter dès à présent que l'Angleterre est prête à fournir sa part du contingent indiqué par le Comte Andrássy.

Le Comte Schouvalow se borne à faire trois objections à l'amendement: 1^{0} au point de vue de la rédaction, le texte lu par le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie lui paraît ne pas tenir compte de la séparation de la Bulgarie par la frontière des Balcans. 2^{0} le terme de six mois réclamé pour terme de l'occupation lui semble beaucoup trop court. 3^{0} une occupation mixte offrirait à ses yeux des inconvénients pratiques. Sans s'arrêter à la première objection, toute de forme, S. E. arrive sur le champ à la seconde et distingue entre la situation de la Roumélie orientale et celle de la Bulgarie. En Roumélie, l'occupation pourrait, à la rigueur, être abrégée à six mois, car en cas de trouble, les milices devraient agir, et si elles étaient insuffisantes, le gouverneur général ferait intervenir les troupes ottomanes. En Bulgarie, au contraire, où ne peut entrer aucune force turque, l'occupation doit être prolongée. Le Comte Schouvalow désire, à ce sujet donner, au Congrès une idée générale de ce qui a été fait en Bulgarie depuis que l'armée russe y est entrée et de ce qui reste à y faire. La Russie s'est efforcée de changer le moins possible les institutions du pays: le feu Prince Tcherkasky avait été frappé

de ce que la législation turque répondait aux besoins du pays, seulement les lois et règlements n'étaient pas connus des fonctionnaires qui ne les appliquaient pas. L'administration russe a fait élire un conseil administratif, un conseil municipal, un conseil judiciaire dans chaque caza: les présidents de ces trois conseils forment le noyau des futures assemblées de notables, et pour témoigner de son impartialité, l'administration compte envoyer avec eux à Tirnovo les cadis des districts musulmans pour y préparer la loi électorale. Cette loi faite, on procédera aux élections, puis à la rédaction du statut organique, puis enfin à la nomination du Prince. Toute cette organisation demande du temps, la Russie fera ses efforts pour que les choses marchent très-rapidement, mais enfin il est impossible de laisser la province sans force armée avant qu'un gouvernement régulier y soit installé. La Russie décline la responsabilité d'une évacuation prématurée. Passant ensuite à sa troisième objection, Son Excellence insiste sur les dangers de l'occupation mixte: l'armée russe, accoutumée au pays, connaissant la langue, cantonnée sur place d'ailleurs, peut rendre immédiatement les services qu'on attend d'elle: il n'en serait pas de même d'une force mixte nécessairement inexpérimentée dans les premiers temps, qu'il faut le temps de réunir d'ailleurs, au risque de laisser dans l'intervalle l'anarchie se développer. Le Comte Schouvalow regarde en outre comme préférables pour le maintien de l'ordre, des troupes conduites par un chef militaire à une armée placée sous les ordres d'une Commission. S. E. redouterait enfin, entre les soldats de ces troupes mixtes, des collisions dont la plupart seraient peu importantes sans doute, mais dont quelques unes pourraient devenir plus graves et prendre même les proportions d'un incident européen. Enfin il reste encore à savoir si toutes les Puissances agréent à cette proposition de contingent mixte qui demeure en définitive extrêmement coûteuse et compliquée.

Le Prince de Bismarck partage le sentiment du Comte Schouvalow, et verrait avec plaisir que ses observations fussent admises par le Congrès. S. A. S. voit bien des difficultés à l'organisation d'une armée faite de cinq ou six contingents de différentes nationalités. En Bulgarie où l'intervention des troupes turques n'aura pas lieu, et où l'organisation militaire sera fort lente, il y aurait certainement lieu d'admettre une prolongation du terme indiqué par le Comte Andrássy. Le Gouvernement Allemand appuierait une prolongation sans chercher d'ailleurs à en déterminer l'étendue.

Le Comte Andrássy, répondant à M. le Plénipotentiaire de Russie, reconnait qu'en effet le premier paragraphe de sa proposition ne distingue pas entre la Bulgarie et la Roumélie orientale: c'est une erreur de rédaction, mais peu importante au fond puisque, dans la pensée de S. E., le terme de l'occupation doit être le même pour les deux provinces. Passant à la seconde objection le Comte Andrássy remercie le Comte Schouvalow des détails que S. E. a donnés au Congrès sur l'organisation de la Bulgarie, mais le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, appréciant le système simple et pratique de cette organisation, se trouve amené à en conclure que l'occupation peut être abregée sans inconvénient. En tout cas S. E. ne saurait admettre que la durée d'une occupation militaire fût subordonnée à l'achèvement d'une organisation politique: ce serait là une combinaison vague: l'opinion publique réclame une décision précise, une prolongation, si l'on veut, mais enfin un terme fixe, et qui lui permette de croire à la paix définitive. Quant à la 3e objection, S. E. dit que la proposition de troupes mixtes est faite dans le but de hâter une conclusion, qu'il se rend compte assurément des difficultés de l'envoi de ces troupes et préférerait s'abstenir de ce moyen s'il en est d'autres, mais il n'est point frappé des inconvénients signalés par le Comte Schouvalow. S. E. demeure persuadée que les troupes des différents pays vivraient en bonne entente. Le Comte Andrássy rappelle enfin les nombreuses pétitions adressées au Congrès relativement aux excès des Bulgares: il croit que le Gouvernement Russe a tout intérêt à être dégagé par l'occupation des troupes mixtes d'une responsabilité aussi grave.

Le Comte Schouvalow déclare que, pour ne pas prolonger le débat, il consent au terme de neuf mois pour l'évacuation de la Bulgarie et trois mois en sus pour l'évacuation de la Roumanie, de telle sorte qu'au bout d'un an, l'armée russe aurait complètement quitté les deux provinces.

Le Comte Andrássy ayant insisté pour l'évacuation complète en neuf mois, et le Plénipotentiaire de Russie repoussant ce terme, le Premier Plénipotentiaire d'Italie demande si l'on ne pourrait accepter six mois pour la Roumélie, et quant à la Bulgarie et Roumanie, il serait convenu que l'évacuation commencerait après neuf mois et serait terminée en douze.

Après une observation incidente de Lord Salisbury sur la difficulté d'obtenir des élections libres pendant l'occupation étrangère, et la proposition faite par le Comte Schouvalow de remettre, si ses collègues anglais le désirent, l'élection du Prince jusqu'au départ de l'armée russe, une conversation s'engage entre les Plénipotentiaires sur les divers termes que l'on pourrait assigner à l'occupation.

Le Président dit qu'il ressort de cet échange d'idées que la majorité paraîtrait envisager avec faveur une évacuation graduelle de six mois pour la Roumélie, de neuf pour la Bulgarie, et d'un an pour la Roumanie.

Le Comte de Saint Vallier fait remarquer qu'en effet le Comte Schouvalow, en ce qui concerne la Roumélie, a proposé lui-même le terme de six mois. On pourrait donc sur ce point s'en tenir à la proposition de M. le Plénipotentiaire de Russie: quant au second terme, l'accord semble fait pour l'évacuation de la Bulgarie en neuf mois, et pour celle de la Roumanie dans l'espace d'un an.

Le Comte Schouvalow dit qu'il n'a fait la concession de six mois pour la Roumélie que dans l'hypothèse où le terme d'un an serait concédé pour l'évacuation de la Bulgarie et de la Roumanie.

Le Comte de Launay, se référant à des observations présentées par S. A. S. le Prince de Bismarck dans la 4e séance, déclare que l'Italie, elle aussi, exerce un rôle de conciliation. A ce point de vue, S. E. recommande l'adoption d'un délai d'une année pour l'évacuation complète des provinces occupées par les armées Impériales russes. En suite de la délimitation acceptée par les Plénipotentiaires de Russie pour la Bulgarie et la Roumélie, il y aurait lieu, de la part du Congrès, de se prêter à une transaction, qui, au reste, ne s'écarterait pas, d'une manière bien sensible de la proposition faite par le Comte Andrássy.

M. Waddington maintient l'opinion qui a été développée par le Comte de Saint Vallier, à savoir l'évacuation graduelle. Il y a une distinction à établir entre la Roumélie et la Bulgarie, et le Comte Schouvalow a reconnu lui-même qu'une prolongation de l'occupation s'expliquerait beaucoup moins dans la première que dans la seconde. S. E. ajoute que, Varna restant à la Bulgarie, les troupes russes trouveront sur ce point des facilités spéciales pour l'évacuation: il serait même très-désirable que la Russie, en adoptant autant que possible cette voie, pût affranchir la Roumanie du passage sur son territoire d'une grande partie de l'armée d'occupation. M. Waddington croit donc devoir maintenir six mois pour la Roumélie, neuf mois pour la Bulgarie, un an pour la Roumanie.

Le Comte Schouvalow se déclare hors d'état d'accepter cette combinaison qui excède ses pleins pouvoirs.

Le Président relève que l'Italie et l'Allemagne sont d'accord avec la Russie, que l'Autriche-Hongrie est disposée à se rallier de même. S. A. S. demande s'il ne serait pas possible de réunir encore les suffrages de la France et de l'Angleterre.

Le Comte Andrássy, ayant adhéré formellement au terme de neuf mois pour la Roumélie et la Bulgarie et un an pour la Roumanie, combinaison acceptée par les Plénipotentiaires de Russie, le Comte de Saint Vallier déclare que le point capital étant de maintenir l'harmonie au sein du Congrès, les Plénipotentiaires Français, toujours désireux d'y contribuer, accèdent à l'opinion exprimée par M. le Comte Schouvalow et qui paraît réunir l'assentiment de la majorité.

Lord Beaconsfield dit qu'il n'a point d'objection si tous les Plénipotentiaires se trouvent d'accord.

Le Président constate que, sur cette question importante, l'entente s'est heureusement établie, et la séance est levée à 4 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

PROTOCOLE N° 6.

Séance du 25 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Le Président annonce que le Protocole N° 5 ne sera lu qu'à la prochaine séance, et après avoir mentionné la liste des pétitions N° 5, indique à l'ordre du jour les deux amendements ajournés hier et dont M. le Premier Plénipotentiaire de France a bien voulu, sur le désir du Congrès, préparer la rédaction.

M. Waddington dit qu'après s'être entendu avec ses collègues de Russie et d'Angleterre, il présente un travail qu'il espère voir agréer par la haute Assemblée. S. E. donne d'abord lecture du 2e amendement. Ce texte devrait suivre, dans la proposition de Lord Salisbury, le passage ainsi conçu: »Le Gouverneur général aura le droit d'appeler les troupes Ottomanes dans le cas où la sécurité intérieure ou extérieure se trouverait menacée.« M. le Premier Plénipotentiaire de France propose d'ajouter à cet alinéa le paragraphe suivant:

> »Dans cette éventualité, la Sublime Porte devra donner connaissance de cette décision, ainsi que des nécessités qui la justifient, aux Représentants des Puissances à Constantinople.«

Le Congrès accepte ce passage à l'unanimité.

M. Waddington donne ensuite lecture du 1er amendement qu'il propose de substituer au passage de la motion de Lord Salisbury ainsi conçu: »L'ordre intérieur est maintenu par la milice, dont les officiers sont nommés par le Sultan qui tiendra compte de la religion de la population«.

Les deux premiers paragraphes, dont voici le texte, sont adoptés par le Congrès:

> »L'ordre intérieur est maintenu par une gendarmerie indigène assistée d'une milice locale.
>
> Pour la composition de ces deux corps dont les officiers sont nommés par le Sultan, il sera tenu compte, suivant les localités, de la religion des habitants.«

M. Waddington lit le 3e paragraphe suivant:

> »Sa Majesté le Sultan s'engage à n'employer dans les garnisons frontières que des troupes régulières. Les troupes destinées à ce service ne pourront en aucun cas être cantonnées chez l'habitant. Lorsqu'elles traverseront la province, elles ne pourront y faire de séjour.«

M. le Premier Plénipotentiaire de France ajoute que ce passage, qui ne s'applique qu'à l'état de paix, vise trois points:

1° le Sultan n'emploiera pas de bachi-bozouks,
2° les soldats ne pourront être cantonnés chez l'habitant: ils devront être logés dans les casernes, ou les khans, ou camper sous la tente,
3° les troupes ne pourront séjourner dans l'intérieur de la province quand elles se rendront à la frontière pour le service des garnisons.

Sur ces points, les Plénipotentiaires Anglais et Russes sont d'accord, mais une divergence subsiste: tandisque le Comte Schouvalow insiste pour que ces arrangements, acceptés par lui en principe, soient soumis à la surveillance d'une Commission Européenne, les Plénipotentiaires Anglais se refusent à cette combinaison, qui paraît également d'ailleurs aux Plénipotentiaires Français constituer une ingérence trop considérable dans la souveraineté du Sultan. M. Waddington est donc d'avis que le Congrès vote le 3e alinéa sur lequel l'accord est fait en principe; le Comte Schouvalow pourrait ensuite développer son article additionnel.

Le Prince de Bismarck partage entièrement l'avis de M. Waddington sur les cantonnements de troupes chez l'habitant.

Le Comte Schouvalow accepte les alinéas qu'on vient de lire sous réserve d'y ajouter une disposition additionnelle relative à la Commission Européenne. En consentant à laisser au Sultan la faculté d'occuper les places fortes de la frontière et du littoral, le Gouvernement Impérial Russe entendait réserver l'intervention de la Commission Européenne sur les points stratégiques et sur le chiffre des troupes Ottomanes employées à la garde de la frontière. La Russie a renoncé depuis au contrôle des points stratégiques et du chiffre des forces Turques, mais elle craint que les dispositions indiquées dans les documents soumis en ce moment au Congrès ne soient pas mises à exécution sans le concours d'agents spéciaux de l'Europe. Toutefois, ne voulant pas prolonger une discussion sans but dès que les Plénipotentiaires britanniques se refusent absolument à accepter la commission Européenne, S. E. demande à prendre le 3e alinéa ad referendum et donnera réponse à une séance prochaine.

Lord Beaconsfield constate l'heureux résultat obtenu par la rédaction conciliante des plénipotentiaires français.

Le Président après avoir recueilli le vote unanime du Congrès en faveur de l'ensemble de la proposition de M. Waddington croit devoir, au nom de la haute assemblée, remercier MM. les Plénipotentiaires français des services qu'ils ont rendus à la cause de la paix en facilitant une entente par le texte qu'ils ont préparé. S. A. S. ajoute que le protocole reste ouvert pour recevoir ultérieurement, s'il y a lieu, le vote de la Russie sur le 3e alinéa.

Le Président propose de passer à la discussion de la motion du Comte Andrássy insérée au protocole de la dernière séance et relative à la substitution des Commissaires Européens aux Commissaires russes.

Lord Salisbury insiste en faveur de cette proposition dont il voudrait voir les conclusions mises à exécution le plus promptement possible: Il a reçu de l'Ambassadeur d'Angleterre à Constantinople un télégramme qui donne les détails les plus inquiétants sur la conduite du gouverneur militaire de Bulgarie, dont les mesures sembleraient prises en vue d'engager l'avenir politique et financier du pays. S. E. ajoute qu'il ne veut pas sans doute rejeter la responsabilité de cet état de choses sur le gouvernement Russe, mais il prie le Congrès de mettre fin un moment plus tôt à cette situation, et surtout de ne pas laisser engager l'avenir de la province.

Le Président est d'avis que la communication qui vient d'être faite par Lord Salisbury devrait être exprimée dans une proposition formulée par écrit, et à la suite d'un échange d'idées entre le Prince de Bismarck et le Second Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, Lord Beaconsfield ayant d'ailleurs appuyé l'opinion de son collègue sur les dangers de la situation actuelle dans la Roumélie orientale, il est entendu que Lord Salisbury remettra au secrétariat une proposition écrite pour recommander la prompte adoption de la motion du Comte Andrássy.

Le Comte Schouvalow désire répondre aux inquiétudes manifestées par le gouvernement anglais. La Russie souhaite vivement 1° signer

la paix, 2° voir achever l'oeuvre de réorganisation, 3° faire cesser l'occupation militaire. Mais pour en arriver à ces résultats, il ne faut pas compliquer la situation et dépasser les limites indiquées par l'intérêt de l'Europe. Il est utile, sans doute, de nommer des commissions, mail il serait dangereux d'en nommer un trop grand nombre. Dans la Roumélie orientale, la Russie n'a pas oeuvre isolée à faire; l'Europe s'est substituée à elle et peut y agir comme il lui semble opportun; mais en Bulgarie une Commission Européenne ne paraît pas indispensable, et pourrait être utilement remplacée par le contrôle des consuls en Bulgarie et, s'il y a lieu, des représentants européens à Constantinople. Ce contrôle semble être suffisant à la Russie, et si le Gouvernement Impérial semble se réserver en Bulgarie une part d'action plus directe que les autres puissances, le Comte Schouvalow fait remarquer que la Russie a pris aussi une part plus directe à la création de cette nouvelle Principauté autonome.

Le Président constate que dans la pensée du Comte Schouvalow la commission serait en réalité la conférence des représentants des Grandes Puissances à Constantinople, et que les consuls seraient les agents de cette conférence.

Le Comte Schouvalow ajoute que les représentants à Constantinople seraient plutôt une cour d'appel entre les consuls des Puissances et les commissaires russes.

Le Comte Andrássy concède à MM. les Plénipotentiaires de Russie que le principe des Commissions n'est pas applicable partout, mais le Comte Schouvalow va plus loin et se refuse à substituer des Commissions Européennes aux Commissaires russes dans les cas prévus par l'article VII. S. E. maintient au contraire, pour ces cas, la nécessité de l'intervention de l'Europe. Faisant allusion aux faits indiqués par le télégramme que Lord Salisbury vient de citer, le Comte Andrássy croit que cette intervention est dans l'intérêt même de la Russie. S. E. fait ressortir les difficultés techniques de la combinaison présentée par le Comte Schouvalow: le rôle des consuls serait malaisé, et quant au contrôle des ambassadeurs, il faudrait en définir le caractère et la compétence en présence de l'action des commissaires russes. Dans un entretien particulier, M. le Plénipotentiaire de Russie avait laissé entrevoir un autre procédé qui serait l'adjonction de deux Commissaires Européens aux Commissaires russes et turcs.

Lord Salisbury ne comprend pas que la Russie qui paraît désirer rendre la Bulgarie aussi indépendante que l'étaient autrefois les autres Principautés autonomes et tributaires, insiste pour le maintien d'un Commissaire Russe. S. E. insiste donc sur l'adhésion qu'il a donnée à la proposition du Comte Andrássy.

Le Comte Schouvalow n'entend pas écarter l'intervention de l'Europe, mais lui donner une autre forme. Quant à l'objection de Lord Salisbury qui s'étonne que la Russie cherche à maintenir en Bulgarie l'influence d'un Commissaire Russe, S. E. fait observer que c'est précisément pour répondre au désir du Congrès de voir se terminer rapidement l'organisation de cette Principauté et l'évacuation, que la Russie insiste en faveur de son Commissaire. Si l'on veut que les choses marchent vite, il ne faut pas lier les mains à la Russie. En Roumélie orientale, si aucun gouvernement ne se constitue, le Congrès a pourvu à cette éventualité: mais en Bulgarie il n'en est pas de même: il faut y agir rapidement. En se résumant, S. E. déclare que ce qu'il désire obtenir en Bulgarie, c'est une unité d'action sous le contrôle de l'Europe, et ce qu'il veut éviter, ce sont des institutions collégiales qui accroîtraient les difficultés. Le meilleur moyen, à ses yeux, serait donc le maintien du Commissaire Russe agissant sous le contrôle supérieur des Ambassadeurs Européens à Constantinople dont les consuls seraient les agents et les représentants.

Le Comte Andrássy ayant renouvelé ses objections sur le mode de ce contrôle et sur les difficultés de cette intervention des ambassadeurs et des consuls, le Comte Schouvalow demande à présenter par écrit dans la prochaine séance le développement de sa pensée.

Le Président dit que le Congrès attendra

un amendement de la Russie sous forme de contre-projet à la proposition Austro-Hongroise.

Lord Salisbury donne lecture de la motion qu'il a précédemment indiquée pour appuyer la proposition du Comte Andrássy et qu'il regarde comme devant être ajoutée à l'article VII. En voici le texte:

»Le Gouvernement militaire actuel de la Principauté et de la province en matière administrative et financière sera remplacé sans délai dans la Principauté par le Gouvernement provisoire de la commission susmentionnée et dans la province par le Gouvernement du Sultan.«

Le Président croit que cet amendement, dont le Congrès pourra s'occuper dans la prochaine séance, a une portée très-considérable, en ce qu'il touche aux droits de l'occupation militaire garantie pour neuf mois. Au surplus S. A. S., revenant sur une pensée qu'il a déjà eu l'occasion d'exprimer, n'est pas d'avis de discuter en Congrès les questions secondaires. Il regarde par exemple celle dont on s'occupe en ce moment comme étant de ce nombre, et il pense qu'en agitant cette question d'assemblée de notables, de commission russe et de commission Européenne, le Congrès sort des limites assignées à sa discussion: il ne voit pas, dans cette délibération de détails, un intérêt européen. S. A. S. n'a, du reste, que bien peu de confiance dans les résultats des discussions auxquelles se livreront les notables. Faisant allusion à l'état de sa santé qui ne lui permettrait pas d'assister encore à de nombreuses séances, le Prince de Bismarck ajoute qu'il serait d'avis de laisser de côté la question de Bulgarie dès qu'on sera entièrement d'accord sur les grands principes et de s'occuper aussitôt après des autres points les plus importants du Traité de San Stéfano, tels que les remaniements territoriaux et les affaires de navigation. Il compte proposer à la prochaine séance d'effleurer seulement les questions subalternes et de ne discuter longuement que les objets d'une véritable importance européenne. Le Président n'entend d'ailleurs préjuger en rien le sentiment de ses collègues, et l'opinion qu'il vient d'exprimer lui est entièrement personnelle.

Le Comte Corti ne regarde pas qu'il soit difficile d'établir l'accord entre les opinions des Plénipotentiaires de Russie et d'Autriche-Hongrie. S. E. fait remarquer qu'en réalité la Commission de Consuls demandée par le Comte Schouvalow répond au désir du Comte Andrássy et forme une véritable Commission Européenne, puisque chaque Puissance en nommant son Consul nommerait en même temps son Commissaire. Quant à l'appel porté devant la Conférence des Ambassadeurs à Constantinople, S. E. a pu juger par l'expérience de semblables réunions, que l'entente y est assez difficile à établir, et que cette combinaison ne serait point efficace. Il pense qu'on pourrait se borner à une Commission consulaire, et, rappelant l'heureux effet de l'interi vention du Plénipotentiaire de France dans la question si importante des garnisons Ottomanes, il suggère l'idée de confier de nouveau au Plénipotentiaire d'une Puissance neutre le soin de rechercher les éléments d'une entente entre le Comte Andrássy et son Collègue de Russie.

Le Président approuve ce projet qui rencontre également l'adhésion de la haute Assemblée, et le Comte Corti, à la demande du Congrès, consent à examiner, de concert avec les Représentants des trois Puissances plus spécialement intéressées, les modifications à apporter au texte du Traité de San Stefano dans le sens de la proposition du Comte Andrássy.

Le Congrès passe à la proposition présentée par l'Autriche-Hongrie, la France et l'Italie au sujet du maintien intégral en Bulgarie et en Roumélie orientale des traités de commerce, de navigation et règlements de transit, conclus avec la Porte. Le texte de ce projet a été inséré au Protocole 5.

Lord Salisbury demande à rayer le mot »Roumélie orientale« qui lui semble superflu.

Le Prince de Bismarck regarde comme de droit des gens que la Bulgarie reste sous l'autorité des traités auxquels elle était soumise sous le Gouvernement de la Porte.

Le Comte Andrássy désire également voir disparaître le mot »Roumélie orientale« afin qu'il n'y ait lieu à aucune confusion et pour qu'il soit bien entendu que cette province ne saurait

avoir d'autonomie commerciale comme l'a eue autrefois la Roumanie.

M. Waddington fait remarquer que l'on ignore encore quel régime politique sera établ en Roumélie orientale, et qu'il y aurait peut-être à craindre qu'une assemblée locale ne se crût en droit de modifier les traités conclus avec les Puissances. Pour éviter ces malentendus, S. E. préférerait que le mot de Roumélie orientale fût maintenu et insiste notamment sur le danger de l'intervention d'assemblées locales en matière de droits de transit.

Une discussion s'engage à ce sujet à laquelle prennent part Lord Salisbury, M. Waddington, le Baron de Haymerle et Carathéodory Pacha. Le Premier Plénipotentiaire de Turquie ayant finalement affirmé que nul droit de transit ne peut être établi sur le territoire de l'Empire sans l'autorisation expresse du Souverain, M. Waddington, prenant acte de cette déclaration, consent à la radiation du mot »Roumélie orientale« dans le texte de la proposition.

Les quatre premiers alinéas sont acceptés. Sur le 5e, le Comte Schouvalow, s'arrêtant aux mots »les capitulations et usages« demande la suppression du mot »usages« comme trop vague et pouvant donner lieu à des abus.

Lord Salisbury et le Comte Andrássy consentent à cette radiation.

M. Desprez dit qu'il est de notoriété que les capitulations sont insuffisantes, rudimentaires, et n'ont donné que les principes généraux de la juridiction et de la protection consulaires. Les usages sont le complément nécessaire des droits stipulés dans les traités. M. Desprez en cite des exemples, et regarde comme utile de maintenir le mot »usages«.

Le Comte Schouvalow répond qu'il ne s'agit ici que de la Bulgarie et rappelle que la Roumanie n'a pas tenu compte des »usages« depuis qu'elle a développé ses institutions judiciaires.

Lord Beaconsfield ne croit pas nécessaire de s'expliquer en ce moment sur les capitulations qui sont encore l'objet de diverses négociations: il ne faudra pas les sauvegarder si elles sont inutiles; il y aurait lieu, sans doute, de leur donner une force additionnelle dans le cas contraire, mais l'impression de S. E. est qu'elles sont destinées à disparaître. S. E. croit donc préférable de supprimer tout le dernier alinéa.

Carathéodory Pacha dit qu'au surplus, sauf les quelques points sur lesquels le Congrès pourrait apporter des modifications, l'état de choses existant dans les autres parties de l'Empire en ce qui concerne les lois, traités et conventions restera appliqué dans la Roumélie orientale.

Après ces déclarations, le Congrès conserve le dernier alinéa de la proposition des trois Puissances en y ajoutant la phrase suivante: »tant qu'ils n'auront pas été modifiés du consentement des parties intéressées.«

L'ordre du jour appelle ensuite les deux propositions françaises insérées dans le Protocole 5 et relatives à la liberté des cultes.

Sur la première, M. Desprez demande la substitution des mots »habitants de la Principauté de Bulgarie« à ceux de »sujets Bulgares«; cette modification est admise et la proposition acceptée à l'unanimité. Sur la seconde proposition particulièrement relative aux »évêques et religieux catholiques«, le Comte Schouvalow propose de substituer à ces mots: »les ecclésiastiques et religieux étrangers«.

Lord Salisbury désirerait que la même législation fût, sous ce rapport, établie pour la Roumélie et pous les autres provinces de la Turquie.

Carathéodory Pacha déclare qu'en effet une proposition concernant le libre exercice du culte dans la province de Roumélie orientale paraît tout-à-fait superflue, cette province devant être soumise à l'autorité du Sultan et, par conséquent, aux principes et aux lois communs à toutes les parties de l'Empire et qui établissent la tolérance pour tous les cultes également.

M. Waddington, prenant acte de ces paroles, annonce l'intention d'introduire quelques changements dans la rédaction de sa proposition et demande l'ajournement de la discussion à demain.

Le Baron Haymerle donne lecture de la proposition suivante:

> »Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie proposent de substituer à la dernière partie de l'alinéa 2 de l'article IX les dispositions suivantes:

La Principauté de Bulgarie assume tous les engagements et obligations que la S. Porte a contractés tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe, par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées situées sur son territoire.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et la Principauté de Bulgarie immédiatement après la conclusion de la paix.

Il s'entend que les droits et obligations de la S. Porte par rapport aux chemins de fer dans la Roumélie orientale restent intacts.«

Le Président remet la discussion de ce projet à la prochaine séance. S. A. S. ajoute qu'il y a encore à l'ordre du jour la proposition Ottomane insérée au 5ème Protocole et relative à la part proportionnelle que la Bulgarie doit assumer dans la dette Ottomane.

Lord Beaconsfield recommande cette proposition à toute la sollicitude du Congrès; diverses objections ayant été annoncées par le Comte Schouvalow, la discussion est remise à demain.

La séance est levée à cinq heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 7.

Séance du 26 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour la **France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour la **Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour la **Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Le protocole N° 5 est adopté.

Le Président lit la liste N° 6 des pétitions adressées au Congrès.

Le Prince de Bismarck propose, au nom de l'Allemagne, à la haute assemblée de constituer une commission à laquelle chaque Puissance déléguerait un Plénipotentiaire, et qui serait chargée de préparer un projet de rédaction de toutes les stipulations à insérer dans un nouveau Traité, en tenant compte des résolutions consignées aux protocoles du Congrès.

S. A. S. prie chaque Puissance de vouloir bien, si cette motion est accueillie, désigner après la séance au secrétariat le Plénipotentiaire dont elle aurait fait choix pour la représenter au sein de la Commission.

La proposition du Prince de Bismarck est acceptée à l'unanimité.

Le Président ayant fait appel aux communications que les membres du Congrès auraient à présenter à la haute Assemblée, le Prince Gortchacow exprime le vif regret qu'il a éprouvé de ne pouvoir assister aux dernières réunions dans lesquelles a été discutée l'importante question de la Bulgarie. Son absence a été indépendante de sa volonté, mais S. A. S. désirerait à propos de cette discussion prononcer aussi brièvement que possible quelques paroles inspirées par l'esprit de conciliation qui le dirige. Lord Beaconsfield, dans une précédente séance, a exprimé le désir que le Sultan fût maître chez lui: S. A. S., comme Lord Beaconsfield, désire que le Sultan soit maître chez lui, mais croit que l'existence de cette autorité dépend de certaines conditions en dehors desquelles le génie même ne saurait accomplir de miracles. Aux yeux de M. le Premier Plénipotentiaire de Russie, ces conditions sont administratives et politiques: il importe, au point de vue administratif, que les habitants des provinces qui n'auront pas été déclarées indépendantes par le Congrès soient assurés de leurs propriétés, de leurs vies etc., non point par des promesses sur le papier qui pourraient, comme les précédentes, n'être suivies d'aucun effet, et n'empêcher ni abus, ni exactions, mais par un concours Européen qui en assure l'efficacité et qui inspire confiance aux populations. Au point de vue politique, le Prince Gortchacow fait observer qu'au lieu d'une prépondérance anglaise, fran-

çaise ou russe que l'histoire nous montre avoir existée à Constantinople à différentes époques, il voudrait qu'il n'y eût, en Orient, aucune prépondérance quelconque, pas plus pour la Russie que pour un autre Etat, et désirerait voir substituer à la lutte mesquine et malsaine des amours-propres sur le terrain mouvant de Constantinople, une action collective des Grandes Puissances qui épargnerait à la Porte Ottomane bien des illusions et bien des fautes. S. A. S. usant d'une expression qui paraîtra certainement à tout homme compétent dans l'art de la guerre, justifiée par les héroïques efforts des armées russes, fait remarquer que la Russie apporte ici des lauriers, et il espère que le Congrès les convertira en branches d'oliviers.

Le Prince Gortchacow ajoute que ses deux collègues dans les dernières séances, ont fait de très-grandes concessions au désir de paix qui inspire la Russie comme toute l'Europe. Ils ont présenté à la haute Assemblée non pas des phrases, mais des faits. M. le Premier Plénipotentiaire de Russie est persuadé que les membres du Congrès rendent à cet égard pleine justice à son pays. S. A. S. et ses collègues persisteront dans la même voie.

Le Prince Gortchacow écarte donc la pensée qu'une Puissance quelconque veuille s'opposer au grand et beau résultat de la paix qui domine tous les intérêts de l'Europe, en élevant ses demandes jusqu'à des limites que le grand souverain et la grande nation qu'il représente ne sauraient dépasser. S. A. S. repète qu'il n'admet point la possibilité d'un fait qui serait sévèrement jugé par les contemporains et par l'histoire.

Lord Beaconsfield dit qu'il ressent une vive satisfaction de voir le Prince Gortchacow reprendre sa place au sein du Congrès, et regarde l'éloquent discours de S. A. S. comme un heureux témoignage de l'amélioration de sa santé. S. E., rappelant les paroles de M. le Plénipotentiaire de Russie relatives aux sacrifices considérables que le grand souverain et le grand pays représentés si dignement par S. A. S. ont consentis en vue de la paix, se regarde comme pleinement autorisé à dire que lui-même et ses collègues d'Angleterre ont également fait d'importantes concessions dans la même pensée pacifique. La paix est en effet le voeu de l'Europe et Lord Beaconsfield est heureux de constater, d'après les paroles qu'il vient d'entendre, l'expression désormais unanime de ce sentiment. Mais, pour que ce désir s'accomplisse, l'esprit de conciliation est encore nécessaire: S. E. n'a d'ailleurs rien de plus à dire sur les considérations présentées par lé Prince Gortchacow et qu'il a écoutées avec le plus grand plaisir.

La Prince de Bismarck est persuadé que l'esprit de conciliation continuera à inspirer le Congrès et que tous les membres de la haute assemblée se rencontrent dans le même sentiment de devoir suprême, celui de conserver et de consolider la paix de l'Europe. Les progrès obtenus dans les travaux du Congrès font espérer à S. A. S. que les représentants des Puissances atteindront le but que les deux illustres hommes d'état viennent d'indiquer, en exposant l'un et l'autre leurs intentions pacifiques, avec des restrictions dictées par le sentiment de l'honneur national. Ces restrictions, S. A. S. n'en doute pas, ne sauraient toucher au fond de l'oeuvre du Congrès, et l'honneur national de part et d'autre s'accordera parfaitement avec les dispositions conciliantes. Le Prince de Bismarck fait observer que les Etats moins directement intéressés dans les questions qui pourraient troubler le repos du monde, sont naturellement appelés à faire entendre une voix impartiale en toute circonstance où pour des motifs secondaires aux yeux de l'Europe, l'objet pacifique des réunions du Congrès se trouverait compromis. C'est dans ce sens que la France, l'Italie et l'Allemagne feraient appel, s'il était nécessaire, à la sagesse de celles des Puissances amies dont les intérêts se trouvent plus particulièrement engagés. Le Prince de Bismarck termine en disant qu'il serait heureux si dans ses paroles il avait bien rendu la pensée des Gouvernements neutres et impartiaux.

L'ordre du jour appelle la propc ition de M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie ainsi conçue:

»Indépendamment du tribut, la Principauté de Bulgarie supportera une part des dettes de l'Empire proportionnelle à ses revenus.«

Carathéodory Pacha, pour expliquer l'esprit de sa proposition, donne lecture du document suivant:

»En proposant qu'indépendamment du tribut la Principauté de Bulgarie supporte une part des dettes de l'Empire proportionnelle à ses revenus, j'ai tenu à remplir ce que je considère comme un devoir vis-à-vis des créanciers de la Turquie.

Je ne puis nier que les revenus des localités qui constituent la nouvelle Principauté soient affectés explicitement d'une manière générale à toute la dette publique de la Turquie. Pour certains emprunts quelques uns de ces revenus sont même engagés d'une manière spéciale.

Dans le document porté sur la liste des pétitions adressées au Congrès sous le No. 16, et qui m'a été envoyé directement aussi, les créanciers de la Turquie ont invoqué des précédents puisés dans la pratique du droit public européen.

Je m'empresse de reconnaître que l'analogie n'est pas parfaite puisque les précédents qu'on invoque concernent les territoires qui ont été annexés à des Etats indépendants ou bien des territoires qui ont été déclarés indépendants, tandis que tout au contraire la Principauté de Bulgarie est seulement autonome. Mais quoique privée des prérogatives de l'indépendance, la Principauté de Bulgarie n'en aura pas moins, en vertu du principe même de son autonomie intérieure, un régime financier et par conséquent un budget de recettes et de dépenses distinct et séparé, et c'est précisément à raison même de la non-indépendance de la Principauté que peut-être le Congrès croira utile de lever les doutes qui pourraient exister à cet égard.

La participation de la Principauté de Bulgarie à la dette publique de l'Empire ne saurait se confondre avec le tribut que la Principauté doit payer. Les deux choses sont distinctes. La participation à la dette est simplement la conséquence de la reconnaissance ou plutôt de la simple admission d'un droit du créancier.

Le tribut, par contre, concerne la Cour suzeraine. Il représente le lien qui rattache la Principauté à l'Empire; il est le prix du rachat de la sujétion directe et il est indépendant de l'existence d'autres dettes passées ou futures. A l'appui de cette manière de voir, je me permets de rappeler aussi que le Gouvernement Impérial de Russie, en stipulant simplement un tribut, avait pensé qu'il n'y avait pas lieu de préciser davantage, pour la raison, disait-il, qu'il aurait peut-être empiété sur des intérêts de tiers.

La proposition que j'ai eu l'honneur de soumettre au Congrès est formulée dans le même ordre d'idées. Elle laisse intacte la question du tribut; elle ne préjuge rien, elle n'a pour but que la constatation d'un principe.«

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie demande à soumettre au Congrès une addition au 1er alinéa de l'article IX du Traité de San Stefano, cette motion étant destinée à compléter la proposition des Plénipotentiaires Ottomans. Voici le texte de cette addition:

»Lorsqu'on réglera le tribut à payer par la Bulgarie à la Sublime Porte, on prendra en considération la partie de la dette publique qui pourrait être attribuée à la Principauté sur la base d'une équitable proportion.«

Le Président reconnait la justesse de cette proposition, car c'est, en effet, de la question du tribut que dépendra la quotité des obligations de la Bulgarie relativement à la dette publique. S. A. S. considère au surplus que ces deux points connexes devront être traités ultérieurement dans la Commission chargée de régler ces détails qui ne sont pas compris dans la tâche assignée au Congrès.

Le Comte Schouvalow dit que ces deux objets de discussion étant réservés, il n'a pas d'objections à présenter en ce moment.

M. le Premier Plénipotentiaire de France fait remarquer que la question est extrêmement délicate au point de vue des porteurs de titres de la dette ottomane. La proposition de Carathéodory Pacha lui paraît préférable à celle du Comte Corti; M. le Plénipotentiaire de Turquie indique clairement en effet son intention de faire supporter à la Bulgarie une part proportionnelle de la dette. M. Waddington prie le Comte Corti de développer sa pensée: M. le Premier Plénipotentiaire Italien entend-il diminuer la garantie proposée par Carathéodory Pacha, ou bien présenter l'équivalent pur et simple de la première proposition?

Le Comte Corti déclare que son intention est de poser en principe que la Bulgarie doit assumer une part de la dette turque, mais qu'en même temps il a voulu indiquer, — et il se rencontre d'ailleurs sur ce point avec la pensée exprimée par le Prince de Bismarck — qu'il y a une connexité entre la dette publique et le tribut. S. E. n'insiste pas quant à la rédaction, cette question étant réservée à une commission spéciale.

M. Waddington est disposé sans doute à ajourner la question tout entière, mais S. E. qui représente ici les intérêts considérables d'un grand nombre de porteurs de titres, persiste à considérer le texte ottoman comme plus clair que celui de Mr. le Plénipotentiaire Italien.

Le Président ne voit pas au fond de grandes différences entre les deux projets: la proposition ottomane pose un principe reconnu également par le Comte Corti, et le Plénipotentiaire Italien se borne à exprimer le désir que la question du tribut soit examinée en même temps que celle de la dette.

Le Comte Schouvalow préfère accepter le texte italien qui laisse à l'Europe la faculté de se prononcer en temps et lieu et en pleine connaissance de cause, tandis que le texte ottoman se borne à poser un principe que S. E. ne croit pas acceptable pour tout le monde. Le principe de »la part proportionnelle aux revenus« lui paraît vicieux. Les dépenses n'étant point mentionnées, il s'en suivrait que plus la Bulgarie aurait de dépenses, moins elle participerait à la dette. La proportionnalité aux revenus n'est donc pas une base sûre, car s'il n'y avait pas d'excédant de revenu, il n'y aurait point de participation.

Le Comte Corti constate qu'il était disposé à voter la proposition ottomane, et qu'il n'a présenté la sienne que dans le but de réunir les voix de la majorité des Puissances.

M. Waddington ayant demandé si les Plénipotentiaires Russes admettent le principe qu'une part à déterminer ultérieurement sera appliquée à la dette, le Comte Schouvalow répond que si la volonté de l'Europe le trouvait équitable, la Russie ne s'y opposerait point.

En présence de cette déclaration M. Waddington accepte la rédaction italienne.

Le Président procède au vote sur la proposition du Comte Corti.

Le Marquis de Salisbury désire qu'il soit constaté au protocole que l'Angleterre vote pour la proposition turque et ne se rallie à la proposition italienne que si le projet ottoman n'obtient pas de majorité.

Carathéodory Pacha dit qu'en présence de l'intention du Congrès de tenir compte de la situation qu'il a eu l'honneur de signaler à son attention, il n'insiste pas pour le texte de sa proposition, et accepte le projet italien qui ne contient d'ailleurs rien de contraire à sa pensée puisque s'agissant de chiffres l'équité signific une proportionnalité.

La proposition du Comte Corti est acceptée.

Le Congrès passe à la proposition Austro-Hongroise relative aux chemins de fer ottomans et dont le texte suit:

> »Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie proposent de substituer à la dernière partie de l'alinéa 2 de l'article IX les dispositions suivantes:
>
> La Principauté de Bulgarie est substituée pour sa part aux engagements que la S. Porte a contractés tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe, par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées situées sur son terrain.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et la Principauté de Bulgarie immédiatement après la conclusion de la paix.

Il s'entend que les droits et obligations de la S. Porte par rapport aux chemins de fer dans la Roumélie orientale restent intacts.«

Cette proposition est acceptée sans discussion.

Le Président soumet au Congrès l'article additionnel présenté par les Plénipotentiaires Français dans une séance précédente et relatif aux religieux catholiques étrangers en Bulgarie et en Roumélie Orientale.

M. Waddington expose qu'en présence de la déclaration faite hier par M. le Plénipotentiaire de Turquie, et d'où il résulte que la liberté du culte catholique demeure garantie dans la Roumélie Orientale par les lois générales de l'Empire, les traités et conventions, les Plénipotentiaires de France se bornent à présenter les considérations suivantes:

»En ce qui concerne l'article additionnel qu'ils ont présenté relativement aux religieux catholiques étrangers, les Plénipotentiaires de France s'en rapportent aux principes d'entière liberté consacrés hier par le Congrès en faveur de toutes les communions et de tous les cultes en Bulgarie, ainsi qu'à la déclaration faite dans la même séance par M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie, à savoir qu'aucune atteinte ne sera portée dans la Roumélie orientale aux droits acquis aux étrangers dans l'Empire Ottoman.«

Lord Salisbury regrette que les Plénipotentiaires de France ne donnent pas suite à leur proposition en étendant sa portée à toute la Turquie d'Europe. S. E. y aurait vu un important progrès réalisé.

M. Waddington répond que le progrès dont parle Lord Salisbury a été obtenu par l'acceptation dans la séance d'hier de la première proposition française qui consacre l'entière liberté des cultes.

Lord Salisbury ayant fait remarquer que cette proposition ne concernait que la Bulgarie, le Président dit que, pour sa part, il s'associe au désir que la liberté des cultes soit réclamée pour toute la Turquie, tant en Europe qu'en Asie, mais il se demande si l'on obtiendrait sur ce point l'assentiment des Plénipotentiaires Ottomans.

Carathéodory Pacha déclare qu'en répondant hier à M. Waddington, il s'en est simplement rapporté à la législation générale de l'Empire Ottoman ainsi qu'aux traités et conventions. S. E. ajoute que la tolérance dont jouissent tous les cultes en Turquie ne fait aucun doute et qu'en l'absence d'une proposition plus étendue sur laquelle il aurait alors à s'expliquer, il se croit en droit de considérer comme superflue une mention spéciale pour la Roumélie Orientale.

Le Président constate que l'unanimité du Congrès s'associe au désir de la France de prendre acte des déclarations données par la Turquie en faveur de la liberté religieuse. Tel était le but des Plénipotentiaires Français, et il a été atteint. Lord Salisbury désirerait aller au delà et faire étendre la proposition primitive non seulement à la Bulgarie et la Roumélie, mais à tout l'Empire Ottoman. En ce qui concerne l'Allemagne, le Prince de Bismarck, qui a donné son adhésion à la proposition française, aurait aussi volontiers admis celle de Lord Salisbury, mais la discussion d'une question aussi complexe détournerait le Congrès de l'objet de sa séance présente. S. A. S. demande toutefois à Lord Salisbury, s'il entend présenter à cet égard une motion spéciale.

M. le Second Plénipotentiaire de la Grande Bretagne se réserve de revenir sur ce point à propos de l'article 22 du Traité de San Stefano.

Le Comte Schouvalow ajoute que le désir de Lord Salisbury de voir étendre la liberté religieuse autant que possible en Europe et en Asie lui semble très justifié. S. E. désirerait qu'il fût fait mention au protocole de son adhésion au voeu de M. le Plénipotentiaire d'Angleterre, et fait observer que le Congrès ayant cherché à effacer les frontières ethnographiques et à les remplacer par des frontières commerciales et stratégiques, les Plénipotentiaires de Russie souhaitent

d'autant plus que ces frontières ne deviennent point des barrières religieuses.

Le Président résume la discussion en disant qu'il sera inscrit au Protocole que l'unanimité du Congrès s'est ralliée à la proposition française, et que la plupart des Plénipotentiaires, ont formé des voeux pour l'extension de la liberté des cultes. Ce point sera compris d'ailleurs dans la discussion de l'article XXII du Traité de San Stefano.

L'ordre du jour appelle un amendement présenté par Lord Salisbury sur l'article VII du traité, mais M. le Second Plénipotentiaire d'Angleterre fait savoir qu'à la suite d'arrangements convenus dans une réunion particulière entre les Représentants de l'Autriche-Hongrie, de la Russie et de la Grande Bretagne, cette proposition a été fondue dans un texte nouveau dont il sera donné lecture au Congrès. En conséquence S. E. la retire.

Le Comte Andrássy annonce qu'un échange d'idées ayant eu lieu, conformément au désir exprimé par le Congrès dans la séance précédente, entre les Cabinets d'Autriche-Hongrie, de Grande Bretagne, de Russie et d'Italie au sujet des articles VII, VIII, IX, X et XI du Traité de San Stefano, les Plénipotentiaires de ces Puissances sont tombés d'accord sur une rédaction nouvelle.

Le Baron de Haymerle expose ces modifications. En ce qui concerne l'article VII les alinéas 1 et 2 sont maintenus; l'alinéa 3 est désormais ainsi rédigé: »une assemblée de notables de la Bulgarie convoquée à Tirnowo, élaborera, avant l'élection du Prince, l'organisation de l'administration future.« L'alinéa 4 est maintenu avec omission des mots »Koutzo-Vlachs«. L'alinéa 5 est supprimé et remplacé par le suivant:

»L'administration provisoire de la Bulgarie sera dirigée jusqu'à l'introduction de la nouvelle organisation par un commissaire Impl. russe. Un commissaire Impl. ottoman et les Consuls délégués ad hoc par les autres Puissances seront appelés à l'assister pour contrôler le fonctionnement de ce régime provisoire.

En cas de dissentiment entre les Consuls délégués la majorité décidera, et en cas de divergence entre cette majorité et le Commissaire Impl. russe, les Représentants des Puissances à Constantinople, réunis en Conférence, prononceront.

Une fois le Prince élu et institué, la nouvelle organisation sera mise à exécution et la Bulgarie entrera en pleine jouissance de son autonomie.

Immédiatement après la conclusion de la paix, une Commission Européenne sera instituée pour l'organisation de la Roumélie orientale, et pour son administration financière jusqu'à l'achèvement de l'organisation.«

Le Comte Schouvalow constate que l'entente s'est faite entre les Puissances sur un objet longuement discuté dans la séance d'hier. S. E. s'est réservé uniquement le droit de présenter quelques modifications de pure forme que la rapidité de la rédaction n'a pas permis de faire immédiatement.

Carathéodory Pacha donne son adhésion à l'alinéa sous le bénéfice de la même réserve.

Tous les Plénipotentiaires votent l'alinéa, mais il demeure entendu, à la suite d'une courte discussion, qu'il sera détaché de l'article et deviendra un article spécial dans l'instrument diplomatique ultérieur.

Le Baron de Haymerle reprend la lecture de la nouvelle rédaction de l'article VIII dont le 1er alinéa devra être désormais ainsi conçu:

»L'armée Ottomane ne séjournera plus en Bulgarie et toutes les anciennes forteresses seront rasées aux frais du gouvernement local qui sera tenu de les raser dans le plus bref délai possible et de ne pas en faire construire d'autres. La Sublime Porte etc.«

Le reste de l'alinéa est maintenu.

Le 2^{e} alinéa, remplacé déjà par une proposition acceptée en Congrès, devra être ultérieurement modifié par la Commission de rédaction dans le sens de cette proposition.

Le 3^{e} alinéa est réservé.

Le Baron de Haymerle fait observer que le 1er alinéa de l'article IX est réglé par l'amende-

ment du Comte Corti. Quant au 2e, il est remplacé, à partir des mots »le règlement relatif aux voies ferrées«, par la proposition Austro-Hongroise sur les chemins de fer.

Le Comte Schouvalow et M. d'Oubril déclarent que l'article X est désormais inutile et doit être supprimé. Quant à l'article XI, les Plénipotentiaires sont d'avis qu'il est du ressort de la commission de rédaction. Carathéodory Pacha fait remarquer que dans tous les cas, l'alinéa 2 de l'article XI devra être maintenu.

Le Président constate que la totalité de la lecture faite par le Baron Haymerle ayant réuni l'adhésion unanime du Congrès, la haute assemblée a terminé la question Bulgare, et se trouve maintenant en mesure de procéder à une autre partie de sa tâche.

S. A. S. exprime l'espoir que les Plénipotentiaires voudront bien, pour les objets qui resteront à discuter, procéder d'une manière plus générale et plus rapide que dans la question Bulgare. Le Congrès, tel qu'il est actuellement composé, ne saurait, en effet, siéger assez longtemps pour entrer dans des détails nombreux: il ne peut que poser les bases et laisser élaborer les détails par une assemblée qui se réunirait après lui et terminerait l'examen des questions secondaires.

Parmi les questions importantes qui, dans son opinion, devraient désormais occuper le Congrès, le Président cite en premier lieu celles du remaniement territorial touchant la Bosnie, le Monténégro, la Serbie et la Roumanie. Il restera ensuite l'examen des questions des provinces grecques, du Danube, des détroits, de l'Asie, de l'indemnité de guerre. S. A. S. demande, si la haute assemblée est d'avis de mettre à l'ordre du jour de la prochaine séance, fixée à Vendredi 28 Juin, la discussion des questions territoriales, comprenant la rectification des frontières et l'indépendance des pays indiqués.

Une conversation s'étant engagée entre les Plénipotentiaires au sujet de différentes questions d'un ordre religieux ou commercial qui devraient être traitées en connexité avec celles de l'indépendance et des frontières, Lord Beaconsfield pense, d'accord avec le Président, que toutes ces questions qui forment groupe peuvent être discutées ensemble sans grande difficulté.

L'ordre du jour de la séance prochaine est ainsi fixé: Bosnie, Monténégro, Serbie et Roumanie.

Mehemed Ali Pacha demande ensuite à lire une proposition relative aux frontières Serbes et dont voici le texte:

»D'après les bases de la paix signées à Andrinople, une rectification de frontière doit être assurée à la Principauté de Serbie.

Les Plénipotentiaires Ottomans proposent à la haute Assemblée de vouloir bien admettre pour le tracé de cette rectification les principes généraux qui suivent:

1° que la nouvelle ligne frontière soit dans la mesure du possible une ligne naturelle et stratégique.

2° que la grande route de Bosnie qui de Mitrovitza se dirige par Novibazar à Sjenitza et s'y bifurque pour aller d'un côté par Novivaroch à Vichigrad et de l'autre côté par Prepol et Tachlidjé à Tchaïnitza, ainsi que le chemin de fer qui reliera Mitrovitza à la Bosnie ne soient pas détachés du territoire ottoman et qu'ils se trouvent assez éloignés de la frontière, pour que la sécurité de ces deux grandes lignes de communication soit garantie.

3° que les villes et bourgs ottomans de Vichegrad, Novi-varoch, Sjenitza, Novibazar, Mitrovitza et Prichtina soient placés à une distance telle de la nouvelle frontière que les conditions de leur existence ne soient pas compromises.

4° que les Cazas Albanais de Vitchitren, Kourchoumli, Urkup (Prokoplje) et Leskovdja ne soient pas détachés de l'Empire, et que dans le cas où le Congrès déciderait d'en séparer une partie, le défilé de Prepolac (Takhtali Khan Getchidi) entre Kourchoumli et Prichtina, et celui de Grdelica-Dzeva situé entre Leskovdja et

Vranja restent, en tout cas, à la Turquie, étant indispensables pour la défense des districts de Prichtina et de Vranja qui, alors, formeraient de ce côté la frontière Nord de l'Empire.«

La prôposition sera imprimée et distribuée.

La séance est levée à 4 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 8.

Séance du 28 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Les protocoles 6 et 7 sont adoptés.

Après avoir fait mention de la liste des pétitions N° 7, le Président annonce que M. Rangabé, ministre de Grèce à Berlin, lui a fait savoir que le gouvernement de S. M. Hellénique a désigné M. Théodore Delyannis, ministre des affaires étrangères, pour son Représentant auprès du Congrès. M. Rangabé a été nommé Second Plénipotentiaire de Grèce.

Le Prince de Bismarck fait ensuite au Congrès la communication suivante:

> La haute Assemblée se rapelle que le Protocole N° 6 de la séance du 25 Juin est resté ouvert pour recevoir ultérieurement le vote définitif de la proposition de S. E. M. Waddington, relatif au passage des troupes turques par la Roumélie orientale.
>
> MM. les Plénipotentiaires de Russie, ayant informé le Président qu'ils adhèrent à la rédaction de l'alinéa 3, telle qu'elle se trouve consignée dans le protocole 6, — il sera donné acte de cette déclaration au protocole.

S. A. S. informe le Congrès de la composition de la Commission de rédaction constituée en vertu d'une décision prise par la haute Assemblée dans une séance précédente. Voici les noms des membres de cette Commission:

> Pour l'Allemagne S. A. S. le Prince Hohenlohe. — Pour l'Autriche-Hongrie S. E. le Baron Haymerle. — Pour la France S. E. M. Desprez. — Pour la Grande Bretagne S. E. Lord Odo Russell. — Pour l'Italie S. E. le Comte de Launay. — Pour la Russie S. E. M. d'Oubril. — Pour la Turquie S. E. Carathéodory Pacha.

Le Président ajoute que la Commission a tenu aujourd'hui même sa première séance.

Le Congrès passe à l'ordre du jour qui appelle dans sa généralité les remaniements territoriaux et le Président soumet à la discussion du Congrès en premier lieu l'article XIV du Traité de San Stefano relatif à la Bosnie et à l'Herzégovine.

Le Comte Andrássy donne lecture de la communication suivante:

»Tous les Gouvernements s'accordent à reconnaître que l'Autriche-Hongrie, en sa qualité de Puissance limitrophe, est intéressée plus que toute autre Puissance au règlement de l'état de choses en Bosnie et dans l'Herzégovine.

Les belligérants ont tenu compte de ce point de vue en réservant à l'entente avec l'Autriche-Hongrie, par l'article XIV du traité de paix préliminaire, la solution définitive de cette question. En précisant les objections contre l'article précité qui découlent de la particularité des intérêts Austro-Hongrois, les Plénipotentiaires de Sa Majesté I^le. et R^le. se croient en devoir de relever que la question bosno-herzégovienne tout en concernant le plus directement l'Autriche-Hongrie, ne cesse pas d'être une question éminemment européenne.

On ne saurait perdre de vue que le mouvement qui a conduit à la guerre en Orient a eu son origine en Bosnie et Herzégovine.

Les maux et les dangers qui en ont résulté pour l'Europe sont connus, — l'Autriche-Hongrie en a été atteinte en première ligne.

Le nombre considérable de troupes échelonnées sur nos frontières n'a pas suffi pour arrêter le passage des insurgés et les incursions réciproques. Les forces turques concentrées en Bosnie au commencement des troubles, n'ont pas été en mesure, quelque nombreuses qu'elles fussent, de mettre un terme à une insurrection et émigration permanentes. Plus de 200 000 hommes ont ainsi abandonné leurs foyers. Depuis trois années le Gouvernement I^l. et R^l. a dû prendre à sa charge les frais de leur entretien. 10 millions de florins ont déjà été affectés à cet usage. Se méfiant du sort qui les attend à leur retour, les émigrés se refusent à rentrer dans leur patrie. Ainsi jour par jour de nouveaux et lourds sacrifices nous sont imposés, et rien n'en fait présager la fin prochaine. Nos populations limitrophes souffrent des dommages incalculables de cette immigration incessante et prolongée.

En présence de cet état de choses qu'il ne lui a pas été possible de prévenir, le Gouvernement I^l. et R^l. ne peut avoir d'autre but que d'y voir mis fin une fois pour toutes par une solution offrant des garanties de stabilité.

L'article XIV du traité préliminaire de San Stefano propose pour solution l'introduction d'une autonomie, telle qu'elle a été communiquée aux Plénipotentiaires Ottomans dans la première séance de la Conférence de Constantinople.

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur et Roi serait prêt à accepter toute solution qui laisserait entrevoir la pacification prompte et définitive des provinces dont il s'agit. Toutefois, considérant leurs conditions nationales, religieuses et géographiques rendues plus compliquées encore par les changements territoriaux résultant de la guerre, nous devons considérer la solution indiquée comme tout-à-fait irréalisable. Des obstacles insurmontables s'y opposent tant en principe que dans l'exécution.

La population de ces pays se compose de musulmans, d'orthodoxes et de catholiques, fanatiques dans l'antagonisme qui les divise, et ne vivant pas dans des circonscriptions différentes, mais pêle-mêle dans les mêmes districts, les mêmes villes, les même villages.

La S. Porte aurait pour tâche de réunir tous ces éléments opposés dans le moule d'un même régime autonome. Elle devrait procéder au rapatriement des réfugiés dispersés en Autriche-Hongrie et dans le Monténégro, subvenir à leur entretien et, afin de rendre possible la reprise du travail paisible, les munir de grains pour l'ensemencement des terres et de matériaux pour la reconstruction de leurs maisons. Elle devrait mettre en oeuvre le règlement de la question agraire, source principale des secousses périodiques qui ont agité ces contrées, problème hérissé d'obstacles au milieu d'une population déchirée par les haines religieuses et les rancunes sociales, problème qu'un pouvoir fort et impartial seul peut résoudre dans un pays où toute la propriété foncière se trouve dans les mains des musulmans pendant que les chrétiens laboureurs ou fermiers forment la majorité des habitants.

En même temps que la S. Porte serait appelée à des sacrifices dépassant ses moyens, l'article XIV dispose qu'elle ne pourra pas recouvrer les arriérés et devra renoncer pendant deux ans encore aux revenus courants de ces provinces.

Assurément ce n'est pas faire un reproche à la Turquie, ni mettre en doute sa bonne volonté, que d'affirmer qu'elle ne serait pas en mesure de suffire à cette tâche.

Il lui serait impossible de l'accomplir dans des circonstances normales. Elle est d'autant plus irréalisable à l'issue d'une guerre à peine achevée, en présence surtout de la recrudescence de l'antagonisme qui se manifeste avec plus de vivacité même qu'au commencement des désordres, depuis que des districts habités par des musulmans se trouvent, ou devront être placés sous la domination serbe et monténégrine. L'apprénension que l'autonomie dans de pareilles conditions, loin d'amener la pacification de ces contrées, n'en ferait qu'un foyer permanent de troubles, n'est que trop fondée.

Il appert de l'exposé succinct qui précède qu'un réglement durable de cette question ne saurait être atteint sur la base de l'article XIV. Toute tentative infructueuse d'installer une organisation autonome dans ces provinces y donnerait un nouvel essor aux agitations et nous serions ainsi sous peu exposés de nouveau aux dommages intolérables que nous ont causés et nous causent les ébranlements dans ces provinces.

Le Gouvernement austro-hongrois doit de plus se préoccuper de la situation géographique qui résultera pour la Bosnie et l'Herzégovine à la suite des remaniements territoriaux qu'entraîne une délimitation nouvelle de la Serbie et du Monténégro. Le rapprochement des frontières de ces Principautés placerait dans ces parages les voies de communication avec le reste de l'Orient dans des conditions préjudiciables aux intérêts commerciaux de la Monarchie.

Pour ces motifs les Plénipotentiaires de Sa Majesté I^le. et R^le. ap^que se croient en devoir d'appeler la sérieuse attention du Congrès sur les dangers qu'entraînerait toute solution dépourvue de garanties de durée. Intéressée en première ligne, comme Puissance limitrophe, l'Autriche-Hongrie a l'obligation de déclarer franchement et ouvertement que ses intérêts les plus vitaux ne lui permettent d'accepter qu'une solution de la question bosno-herzégovienne qui serait apte à amener la pacification durable desdites provinces et à empêcher le retour d'événements qui ont fait courir de si graves dangers à la paix de l'Europe et créé à l'Autriche-Hongrie tout en lui imposant de grands sacrifices et de graves pertes matérielles, une situation intolérable dont elle ne saurait accepter la prolongation.«

Lord Salisbury lit la proposition ci-après:

»La condition sociale et la position géographique de la Bosnie et de l'Herzégovine méritent dans la même proportion l'attention du Congrès.

Ce sont les seules provinces de la Turquie où les propriétaires du sol aient, presque sans exception, une croyance religieuse autre que celle des paysans.

L'insurrection qui a résulté de cet antagonisme a donné lieu à la guerre qui vient de dévaster la Turquie, et les animosités qui séparent les deux classes de la population ne sont pas moins vives qu'elles ne l'étaient il y a trois ans.

Elles ont été exaspérées par les passions de la guerre civile, et l'opposition au Gouvernement sera stimulée par les succés récents des deux Principautés voisines.

Il n'est guère probable que la Porte soit capable de lutter aujourd'hui contre les agitations qu'elle n'était pas assez forte pour empêcher ou pour supprimer avant même que les tristes événements de ces deux dernières années ne fussent survenus.

A cet effet il faudrait un Gouvernement qui eût non seulement les moyens nécessaires pour établir une bonne administration, mais qui possédât également des forces assez prépondérantes pour supprimer toute espèce de trouble.

Si les Puissances ne réussissent pas, dès à présent, à pourvoir à l'établissement d'une administration stable et forte dans ces régions, elles seront responsables du renouvellement inévitable des souffrances qui ont invoqué les vives sympathies de l'Europe, et qui ont donné lieu à de si graves événements.

La position géographique de ces provinces est aussi d'une haute importance politique. Dans le cas où il en tomberait une partie considérable entre les mains de l'une des principautés voisines, une chaîne d'Etats Slaves serait formée qui s'étendrait à travers la presqu'île des Balcans, et dont la force militaire menacerait les populations d'autre race occupant les territoires au sud. Un pareil état de choses serait sans doute

plus dangereux à l'indépendance de la Porte qu'aucune autre combinaison. Il est cependant très probable qu'un tel résultat se produise dans le cas où la Porte restera chargée de la défense de ces deux provinces éloignées. De grands dangers seraient à craindre tant pour les provinces que pour la Porte, si cette dernière continuait à les occuper et à les administrer.

D'autre part la Bosnie et l'Herzégovine ne prêtent rien à la richesse, ni à la force de la Porte. On a constaté dans la Conférence de Constantinople que leurs revenus n'égalaient pas les dépenses qui se faisaient pour leur compte. La dépense nécessaire pour les défendre serait énorme, et elles n'ont aucune valeur stratégique pour la Turquie.

Or, la Porte ferait preuve de la plus haute sagesse si elle refusait de se charger plus longtemps d'une tâche qui dépasse ses forces, et, en la confiant à une Puissance capable de la remplir, elle détournerait de l'Empire Turc des dangers formidables.

Par ces motifs le Gouvernement de la Reine propose aux Puissances réunies que le Congrès statue que les provinces de la Bosnie et de l'Herzégovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie.«

Le Prince de Bismarck déclare s'associer, au nom de l'Allemagne, à la proposition que le M^is^ de Salisbury vient de lire, et explique son vote par les considérations suivantes:

»L'Europe désire créer un état de choses stable et assurer d'une manière efficace le sort des populations en Orient.

C'est à ce point de vue, que les Représentants des Puissances réunis en Congrès ont un intérêt tout spécial à s'occuper des provinces de Bosnie et d'Herzégovine.

Il est notoire que les secousses périodiques qui ont ébranlé l'Orient et notamment le dernier mouvement qui a menacé d'embraser l'Europe, ont pris leur origine dans cette province. Ce n'est donc pas un intérêt austro-hongrois seulement, mais un devoir général que de rechercher des moyens efficaces pour prévenir le retour de pareils événements.

L'Allemagne qui n'est liée par aucun intérêt direct dans les affaires d'Orient, partage pourtant le désir de mettre fin à un état de choses qui, en se prolongeant, contiendrait le germe de nouveaux désordres ayant à leur suite des désaccords entre les Cabinets européens. Il serait dangereux de garder l'illusion que, pour remédier à cette situation, il suffirait d'introduire des réformes en Bosnie et Herzégovine sur la base des institutions actuelles. Seul un état puissant et disposant des forces nécessaires à portée du foyer des désordres pourra y rétablir l'ordre et assurer le sort et l'avenir de ces populations.

Partant de ces considérations, je m'associe, au nom de l'Allemagne, à la proposition de M. le Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, et je la recommande vivement à l'acceptation de la Haute Assemblée.«

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie rappelle que S. E. le Comte Andrássy a donné lecture d'un exposé sur les conditions de la Bosnie et de l'Herzégovine, et sur les intérêts qui se rattachent à cette situation. S. E. le Marquis de Salisbury a proposé de confier à l'Autriche-Hongrie l'occupation militaire et l'administration de ces Provinces, comme étant de nature à résoudre les difficultés existantes. S. A. S. le Prince de Bismarck a appuyé la proposition de l'Angleterre au nom de l'Allemagne. Les Plénipotentiaires Italiens voudraient demander au Premier Plénipotentiaire Austro-Hongrois si S. E. est à même de fournir, à l'égard de cette combinaison, quelques explications ultérieures, au point de vue de l'intérêt général de l'Europe.

Le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, se référant aux considérations qu'il a exposées, a l'espoir et même la conviction que le point de vue européen qui a inspiré le Gouvernement austro-hongrois ne sera pas moins apprécié par le cabinet italien que par les autres cabinets de l'Europe.

Le Premier Plénipotentiaire Ottoman expose l'opinion de son Gouvernement dans les termes suivants:

»Le désir très-ferme du Gouvernement Ottoman a été dès l'origine de fournir en ce qui le concerne, toutes les facilités possibles à l'oeuvre de paix et de conciliation qui constitue la mission des Grandes Puissances de l'Europe réunies, en ce moment, en Congrès.

L'attitude des Plénipotentiaires Ottomans au sein de cette haute Assemblée a été constamment conforme à ce principe fondamental de la politique de leur Gouvernement. Pendant les délibérations qui se sont succédé jusqu'ici et dans lesquelles on a agité et résolu des questions de la plus haute importance pour le présent aussi bien que pour l'avenir de l'Empire, il se sont toujours fait un devoir — leurs collègues leur rendront certainement cette justice — de témoigner la plus haute déférence aux désirs exprimés par les Grandes Puissances en vue de mettre un terme aux difficultés pendantes.

Ils n'en regrettent que plus vivement de se trouver aujourd'hui dans la nécessité de faire connaître au sujet de l'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine, une opinion différente de celle qui vient d'être émise.

Les Plénipotentiaires Ottomans avouent, tout d'abord, qu'ils ne voient aucune nécessité urgente à donner suite à cette proposition d'occupation. La gravité des motifs qui ont été allégués en faveur d'une mesure de ce genre n'est pas ressentie par eux au même degré que par Leurs Excellences les membres du Congrès qui semblent y attacher une importance décisive. Le but de cette occupation ne peut être évidemment que de rétablir l'ordre et la tranquillité dans ces deux provinces et de procéder au rapatriement des réfugiés. La S. Porte ne poursuivant également que ce même but et disposant, d'une autre côté, de moyens suffisants pour le réaliser, ne peut vouloir laisser à aucune autre Puissance le soin et la charge de remplir une tâche qui lui revient tout naturellement et de droit.

Les Plénipotentiaires Ottomans s'empressent, d'ailleurs, de faire connaître à cette haute Assemblée que la S. Porte s'engage à procéder immédiatement à la mise en oeuvre des moyens propres à amener le résultat désiré en envoyant immédiatement sur les lieux des hauts commissaires qui seront chargés d'organiser une gendarmerie, de pourvoir à l'installation et à l'entretien des réfugiés jusqu'au commencement des travaux des champs et de mettre à exécution le système d'administration qui sera adopté pour ces deux provinces ainsi que d'autres mesures d'amélioration.

Les Plénipotentiaires Ottomans espèrent que le Congrès voudra bien apprécier l'étendue et l'importance de cet engagement qu'ils n'hésitent pas à lui donner au nom de leur gouvernement; ils osent également croire qu'il ne leur sera pas difficile de convaincre cette haute Assemblée de l'efficacité de mesures que la S. Porte mettrait en application sans le moindre délai.

Le principal motif de doute qui s'est fait jour ici même, est tiré de ce que — dit-on — l'ordre n'a pu être rétabli en Bosnie et en Herzégovine depuis bientôt trois ans. On en conclut que ces provinces se trouvent déjà placées en quelque sorte au delà du rayon dans l'étendue duquel s'exerce l'influence normale du pouvoir de la S. Porte.

Cependant, que Leurs Excellences, les membres du Congrès veuillent bien prendre en considération que si les désordres en Bosnie se sont prolongés pendant un laps de temps relativement assez long, cette persistance s'explique bien facilement si l'on tient compte des difficultés tout à fait exceptionelles avec lesquelles le Gouvernement Ottoman s'est trouvé aux prises pendant ce temps. L'état d'hostilité ouverte dans lequel se trouvent depuis environ trois ans, les deux Principautés limitrophes de la Bosnie contre la S. Porte, la grande et douloureuse guerre qui a désolé l'Empire en Europe et en Asie ne pouvaient manquer d'absorber les forces et l'attention de l'Etat et de fournir un aliment toujours nouveau aux velléités de révolte et d'agression qui persistent en Bosnie. Aussi bien loin de fournir une preuve de la faiblesse du pouvoir du Sultan dans ce pays, les circonstances auxquelles il a été fait allusion donnent lieu à une conclusion tout à fait différente. La force et l'influence de la S. Porte doivent être bien puissantes en Bosnie pour que, pendant trois années de guerre et de calamités sur toute l'étendue

de l'Empire, l'autorité Ottomane se soit maintenue intacte dans cette province. Est ce donc aujourd'hui, au retour de la paix et juste au moment où la S. Porte va pouvoir concentrer toutes ses forces et tous ses soins au rétablissement de l'ordre dans ce pays qu'on voudrait croire qu'elle est impuissante à remplir cette tâche.

Le Gouvernement Impérial a pleine conscience de l'efficacité de son pouvoir sur ces provinces; et, malgré les accroissements territoriaux qu'on semble décidé à donner aux Principautés voisines, accroissements qui sans nul doute augmenteraient le cas échéant, leurs moyens agressifs, la Turquie est d'avis qu'elle se trouve toujours à même de réprimer ces convoitises si jamais elles venaient à se manifester, surtout si l'appui moral du Cabinet de Vienne ne lui faisait pas défaut. C'est à cet appui moral que le Gouvernement Ottoman attache le plus grand prix; c'est cet appui qu'il tient à se concilier dans cette circonstance.

On a pensé que la Bosnie n'étant pas une province de grand rapport pour le trésor Ottoman, son occupation par les armées Austro-Hongroises ne saurait, par conséquent présenter pour la S. Porte de grands inconvénients. Qu'il soit permis aux Plénipotentiaires Ottomans de prendre note de cette déclaration d'après laquelle tous les revenus de la province de Bosnie sont dépensés dans la province elle-même. Mais ils ne peuvent, d'un autre côté, s'empêcher de faire remarquer que de ce qu'une province ne fournit pas au trésor des sommes considérables, il n'en résulte pas que son occupation par des troupes d'une Puissance étrangère, doive être indifférente au souverain qui la possède.

Sans insister davantage sur les considérations de cet ordre d'idées, les Plénipotentiaires Ottomans ont l'honneur de réitérer a Leurs Excellences les membres de cette haute Assemblée que la S. Porte offre de s'engager à remplir d'elle même, immédiatement, le programme de réformes qui sembleraient, en ce moment, les mieux appropriées aux exigences des circonstances.

Pour ce qui est de la question agraire, il serait peut-être inopportun de s'engager ici dans de longs développements; il serait également inutile de rappeler les diverses solutions que cette question a reçues dans bien des pays où elle avait causé des difficultés analogues à celles qu'on signale dans la Bosnie. La S. Porte serait-elle seule dans l'impuissance d'y appliquer des remèdes de même nature? D'ailleurs, la question agraire subsiste encore dans plusieurs contrées pour lesquelles néanmoins on n'a guère songé à avoir recours à des moyens de la nature de ceux qui sont, aujourd'hui, proposés pour la Bosnie.

Aussi, sans vouloir donner un plus grand développement à leurs idées, les Plénipotentiaires Ottomans pensent que ce qui vient d'être dit est suffisant pour persuader la haute Assemblée que si elle voulait bien prendre acte de l'engagement qu'ils offrent, au nom de leur Gouvernement, elle assurerait bien mieux et bien plutôt la pacification de ces contrées que si elle donnait son assentiment à une proposition d'occupation, pouvant provoquer des inconvénients beaucoup plus graves que ceux auxquels on se propose de remédier.«

S. E. ajoute qu'en s'exprimant ainsi, Elle se conforme aux instructions de son Gouvernement.

Le Premier Plénipotentiaire de France voudrait expliquer brièvement les motifs de son adhésion à la proposition du Marquis de Salisbury. Le Gouvernement français n'a pas d'intérêt immédiat dans la question Bosniaque, mais il a intérêt à ce que l'oeuvre du Congrès soit utile et durable: c'est là l'ordre d'idées où il se place pour toute affaire qui ne le touche pas directement. S. E. regarde la combinaison indiquée par le cabinet anglais comme la seule qui puisse assurer une existence paisible aux populations de la Bosnie et de l'Herzégovine, si profondément déchirées par des haines politiques, religieuses et sociales; il estime que seule une Puissance voisine, assez forte pour être impartiale, peut établir la paix dans ces provinces désolées; en un mot, il considère l'intervention du gouvernement d'Autriche-Hongrie comme une mesure de police européenne.

Lord Beaconsfield, après avoir rappelé l'importance de la question et la mission du Congrès qui est d'établir, s'il est possible, la paix en

Europe, reconnaît que si, de l'avis de tous, l'une des bases principales de cette paix est l'indépendance du Sultan comme souverain européen, on ne saurait cependant se dissimuler que les troubles survenus dans les contrées dont il s'agit ont été l'origine de tous les lamentables événements des dernières années. S. E. est convaincue que si le Sultan n'a pas pu, avant la guerre, lorsque ses ressources étaient considérables, maintenir l'ordre et la stabilité en Bosnie et Herzégovine et préserver ainsi la paix générale, il n'y a aucune raison de croire qu'aujourd'hui, après une lutte qui lui a fait d'ailleurs le plus grand honneur, le Gouvernement Ottoman soit en mesure de donner à la paix de l'Europe les sécurités qu'elle est en droit de demander. Les Puissances doivent donc rechercher des moyens de garantie plus efficaces, et elles espèrent les rencontrer dans l'action d'un grand gouvernement limitrophe, puissant, d'opinions conservatrices et qui n'a jamais cherché à troubler les intérêts de personne sur aucun point du monde. Est-ce là un sacrifice matériel à demander à la Turquie? Le noble Lord regarde au contraire que ces provinces, ainsi que l'a constaté la Conférence de Constantinople, n'ont jamais donné à la Porte un revenu égal à la dépense qu'elles lui causent. N'est-il pas en outre de haute importance, lorsque les Grandes Puissances s'efforcent de faire justice à toutes les races, de prévenir dans ces contrées la prédominance d'une seule race? Si le Congrès laissait les provinces dont il s'agit dans l'état où elles se trouvent actuellement, on verrait reparaître la prédominance de la race Slave, race qui est peu disposée à faire justice aux autres. On doit reconnaître que la proposition de Lord Salisbury n'est pas faite dans l'intérêt de l'Angleterre, mais en vue de la paix de l'Europe entière. Aucune nation n'est mieux en état que l'Autriche-Hongrie d'accomplir en ce moment, par l'occupation de ces provinces, le grand devoir de maintenir l'ordre, de l'assurer, d'établir la prospérité et en définitive de fortifier la Porte Ottomane, en augmentant son poids dans les affaires européennes.

Le Prince Gortchacow dit que la Russie est désintéressée dans la question, mais que les considérations développées par le Comte Andrássy, la proposition de Lord Salisbury, appuyée par l'Allemagne, la France, l'Italie et par les explications si nettes de Lord Beaconsfield, lui prouvent l'efficacité de la résolution préparée pour le but pacifique que le Congrès désire atteindre. En réalité, il s'agit de préserver les populations chrétiennes contre des abus séculaires: la motion anglaise rentre dans les vues générales de la Russie et S. A. S. lui donne son entière adhésion. Quant à l'observation de Carathéodory Pacha qui attribue à des influences étrangères la dernière insurrection, S. A. S. ne saurait l'admettre: les troubles ont été amenés par l'état des provinces de Bosnie et d'Herzégovine, et ce n'est que par des modifications radicales qu'on peut en empêcher le retour.

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie, répondant à cette assertion, rappelle qu'il n'a pas entendu examiner l'origine de l'insurrection Bosniaque, mais seulement affirmer que si l'ordre n'a pas été rétabli plutôt, les évenements qui se sont produits depuis un an en ont seuls été la cause. Le Gouvernement ottoman prend aujourd'hui envers le Congrès l'engagement de pacifier la province à bref délai. Il indique les moyens qu'il compte employer pour arriver à ce but et qui semblent de nature à calmer toute appréhension. Comme le gouvernement ottoman est plus à même que tout autre de connaître l'état des choses dans ces provinces, il est évident que s'il prend cet engagement, c'est qu'il est convaincu qu'il pourra le remplir.

Le Comte Andrássy désirerait présenter quelques objections au document lu par Carathéodory Pacha. Le Premier Plénipotentiaire Ottoman a dit que la mesure proposée était inutile, puisque la Porte est prête à remédier aux maux qui sont signalés et serait notamment en état de pourvoir au rapatriement des réfugiés dont le nombre n'est pas inférieur à 200,000 âmes. Le Comte Andrássy fait remarquer sur ce point que, depuis trois ans, des mesures sont réclamées de la Sublime Porte; tantôt promises, tantôt éludées, ces dispositions, en définitive, n'ont jamais été prises. Quant à l'observation de Carathéodory Pacha que la

Turquie a conservé, jusqu'à présent, ces provinces intactes, le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie pense que S. E. voudra bien admettre que ce résultat est dû en grande partie à la position des troupes Austro-Hongroises sur la frontière pendant les trois années qui viennent de s'écouler. Le Comte Andrássy ajoute que l'Autriche-Hongrie, sans cesse préoccupée du principe de stabilité qui dirige sa politique, ne saurait faire dépendre l'avenir des illusions que la Porte peut conserver, mais que les événements des dernières années n'ont que trop démenties. S. E. déclare donc que:

»La proposition de MM. les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne et de l'Allemagne paraissant la solution la plus apte à amener la pacification prompte, complète et durable de la Bosnie et de l'Herzégovine, et répondant ainsi le mieux au but commun que toutes les Puissances ont en vue, à savoir, de créer un ordre de choses stable, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie ont l'honneur d'y donner leur adhésion et de déclarer que le Gouvernement austro-hongrois est prêt à se charger de l'occupation et de l'administration de ces provinces.

Le territoire du Sandjak de Novibazar qui s'étend entre la Serbie et le Monténégro dans la direction sud-est jusqu'au delà de Mitrovitza et qui fait partie de l'ancien vilayet de Bosnie, ne confinant pas directement avec le territoire austro-hongrois, les Plénipotentiaires de Sa Majesté I^le. et R^le. déclarent que l'Autriche-Hongrie ne désire pas se charger de l'administration de ce Sandjak, où l'administration ottomane pourrait être continuée. Néanmoins afin d'assurer le maintien du nouvel état politique, la liberté et la sécurité des voies de communication, l'Autriche-Hongrie doit se réserver le droit de garnison et de routes militaires et commerciales sur toute l'étendue de la partie indiquée de l'ancien vilayet de Bosnie.«

Le Président, tout en faisant remarquer que l'opinion des divers membres du Congrès est indiquée par les discours qui viennent d'être prononcés, croit devoir, néanmoins, demander le vote formel des représentants des Puissances.

L'Autriche-Hongrie, la France, la Grande Bretagne, l'Italie adhèrent à la proposition anglaise: la Russie l'accepte également, en faisant remarquer que son vote s'applique exclusivement aux termes de la motion de Lord Salisbury.

Les Plénipotentiaires Ottomans refusent leur adhésion en se déclarant liés par les instructions de leur Gouvernement.

Le Président, s'exprimant au nom de la majorité du Congrès et surtout des Puissances neutres, croit de son devoir de rappeler aux Plénipotentiaires de Turquie que le Congrès est réuni, non pas pour sauvegarder les positions géographiques dont la Porte désirerait le maintien, mais pour préserver la paix de l'Europe dans le présent et dans l'avenir. S. A. S. fait remarquer aux Représentants Ottomans que, sans l'intervention du Congrès, ils se trouveraient en présence de la totalité des articles du Traité de San Stefano, que cette intervention leur rend une province beaucoup plus grande et plus fertile que la Bosnie, c'est-à-dire le territoire qui s'étend de la Mer Egée aux Balcans. Les résolutions de la haute Assemblée forment un ensemble dont il est impossible d'accepter le bénéfice en répudiant les désavantages. La Porte n'a donc aucun intérêt à faire échouer les travaux du Congrès, en refusant son assentiment et en mettant les Puissances dans les cas d'aviser en dehors d'elle à leurs propres intérêts. S. A. S. constate que les six grandes Puissances sont d'accord en ce qui concerne la Bosnie et l'Herzégovine, et maintient l'espoir qu'une oeuvre, dont la Turquie est appelée à retirer de grands avantages, ne sera pas interrompue par l'opposition de la Porte. S. A. S. demeure persuadée que le Gouvernement Ottoman adressera bientôt de nouvelles instructions à ses Plénipotentiaires et termine en disant que le Protocole reste ouvert pour les recevoir.

Le Comte Schouvalow demande à présenter une observation sur un point du discours de M. le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie. Le Comte Andrássy, en disant que les intérêts austro-hongrois n'exigeaient pas l'occupation et l'administration de la partie appelée généralement »l'enclave«, a demandé cependant

les routes militaires et quelques points stratégiques. Les Plénipotentiaires de Russie, qui ont adhéré à la proposition du Marquis de Salisbury, se trouvent ici en présence d'une pensée nouvelle, qui n'est pas encore très-claire pour eux, et dont le développement pourrait affecter les frontières et agrandissements territoriaux réservés au Monténégro et à la Serbie. S. E. désire donc prendre cette dernière partie du discours du Comte Andrássy ad referendum jusqu'à ce qu'il ait eu à ce sujet une explication avec le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie.

Le Président déclare que le Protocole reste également ouvert pour les observations subséquentes que voudraient présenter les Plénipotentiaires de Russie.

Le Congrès, suivant son ordre du jour, aborde la question de Serbie, et le Président donne lecture des premiers mots de l'article III du Traité de San Stefano, ainsi conçu:

»La Serbie est reconnue indépendante.«

S. A. S. demande si ce principe est admis par la haute Assemblée.

Carathéodory Pacha lit les considérations suivantes:

»A la première occasion qui s'offre au Congrès de se prononcer sur les stipulations d'indépendance insérées dans le Traité de San Stefano, Carathéodory Pacha prie le Congrès de lui permettre d'accompagner son opinion de quelques mots. C'est en vue d'un grand intérêt européen aussi bien que dans l'intérêt de la Serbie elle-même que l'Europe avait consacré le lien de vassalité qui unissait jusqu'à présent cette Principauté à la Cour Suzeraine. Que la Turquie ait fait usage du droit qui lui était conféré par les traités avec une modération qui ne s'est démentie, pas même au milieu des plus rudes épreuves, que ce droit ait présenté une utilité réelle pour le règlement facile des difficultés qui, à différentes époques ont vivement intéressé l'Europe, que cette Suzeraineté, ainsi entendue, ait assuré une indépendance réelle à la Serbie, et que celle-ci en ait reconnu à plusieurs reprises la haute valeur, — ce sont là des faits incontestables.

Le Traité de San Stefano inaugurait un nouveau système pour ce pays aussi bien que pour d'autres, qui se trouvaient placés à peu près dans les mêmes conditions en les détachant du centre qui leur avait été assigné. Si l'idée de l'indépendance prévaut aujourd'hui dans les conseils de l'Europe, la Turquie ne s'y opposera pas, car elle est persuadée que cette indépendance, qu'il s'agit pour le Congrès de sanctionner, sera réelle, sérieuse, qu'elle sera assumée par les pays dans la pleine conscience des droits aussi bien que des devoirs qu'elle leur impose, parceque dès lors elle sera respectée et qu'elle ne diminuera pas les garanties d'ordre public européen que le lien de suzeraineté avait su créer et maintenir.«

Le Président fait remarquer que l'énonciation de l'article III est absolue et il ne croit pas admissible que la Turquie retire l'assentiment qu'elle a donné à San Stefano sur ce point.

S. A. S. procède au vote.

Lord Salisbury reconnaît l'indépendance de la Serbie, mais pense qu'il serait opportun de stipuler dans la Principauté le grand principe de la liberté religieuse.

M. Waddington admet également l'indépendance de la Serbie, mais sous le bénéfice de la proposition suivante identique à celle que le Congrès à acceptée pour la Bulgarie:

»Les habitants de la Principauté de Serbie, quelle que soit leur religion, jouiront d'une complète égalité de droits. Ils pourront concourir à tous les emplois publics, fonctions et honneurs, et exercer toutes les professions, et la différence de croyance ne pourra leur être opposée comme un motif d'exclusion.

L'exercice et la pratique extérieure de tous les cultes seront entièrement libres, et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.«

Le Prince Gortchacow craint que cette rédaction ne s'applique surtout aux Israélites et, sans se montrer contraire aux principes généraux qui y sont énoncés, S. A. S. ne voudrait pas

que la question Israélite, qui viendra plus tard, fût préjugée par une déclaration préalable. S'il ne s'agit que de la liberté religieuse, le Prince Gortchacow déclare qu'elle a toujours été appliquée en Russie: il donne pour sa part à ce principe l'adhésion la plus complète et serait prêt à l'étendre dans le sens le plus large. Mais s'il s'agit de droits civils et politiques, S. A. S. demande à ne pas confondre les Israélites de Berlin, Paris, Londres ou Vienne, auxquels on ne saurait assurément refuser aucun droit politique et civil, avec les Juifs de la Serbie, de la Roumanie et de quelques provinces russes qui sont, à son avis, un véritable fléau pour les populations indigènes.

Le Président ayant fait remarquer qu'il conviendrait peut-être d'attribuer à la restriction des droits civils et politiques ce regrettable état des Israélites, le Prince Gortchacow rappelle qu'en Russie, le gouvernement, dans certaines provinces, a dû, sous l'impulsion d'une nécessité absolue et justifiée par l'expérience, soumettre les Israélites à un régime exceptionel pour sauvegarder les intérêts des populations.

M. Waddington croit qu'il est important de saisir cette occasion solennelle pour faire affirmer les principes de la liberté religieuse par les représentants de l'Europe. S. E. ajoute que la Serbie, qui demande à entrer dans la famille européenne sur le même pied que les autres Etats, doit au préalable reconnaître les principes qui sont la base de l'organisation sociale dans tous les Etats de l'Europe, et les accepter comme une condition nécessaire de la faveur qu'elle sollicite.

Le Prince Gortchacow persiste à penser que les droits civils et politiques ne sauraient être attribués aux Juifs d'une manière absolue en Serbie.

Le Comte Schouvalow fait remarquer que ces observations ne constituent pas une opposition de principe à la proposition française: l'élément Israélite, trop considérable dans certaines provinces russes, a dû y être l'objet d'une règlementation spéciale, mais S. E. espère que, dans l'avenir, on pourra prévenir les inconvénients incontestables signalés par le Prince Gortchacow sans toucher à la liberté religieuse dont la Russie désire le développement.

Le Prince de Bismarck adhère à la proposition française, en déclarant que l'assentiment de l'Allemagne est toujours acquis à toute motion favorable à la liberté religieuse.

Le Comte de Launay dit qu'au nom de l'Italie, il s'empresse d'adhérer au principe de la liberté religieuse qui forme une des bases essentielles des institutions de son pays, et qu'il s'associe aux déclarations faites à ce sujet par l'Allemagne, la France, et la Grande Bretagne.

Le Comte Andrássy s'exprime dans le même sens et les Plénipotentiaires Ottomans n'élèvent aucune objection.

Le Prince de Bismarck, après avoir constaté les résultats du vote, déclare que le Congrès admet l'indépendance de la Serbie, mais sous la condition que la liberté religieuse sera reconnue dans la Principauté. S. A. S. ajoute que la Commission de rédaction, en formulant cette décision, devra constater la connexité établie par le Congrès entre la proclamation de l'indépendance Serbe et la reconnaissance de la liberté religieuse.

Lord Salisbury désirerait également que le Congrès insistât en faveur de la liberté commerciale et se déclarât contre l'introduction éventuelle d'un droit de transit en Serbie.

Le Comte de Launay fait savoir qu'il a prévenu le voeu de M. le Plénipotentiaire d'Angleterre, et qu'il a préparé, de concert avec ses collègues d'Autriche-Hongrie et de France, la motion suivante:

»Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie proposent d'ajouter aux stipulations relatives à la Serbie ce qui suit:

Jusqu'à la conclusion de nouveaux arrangements, rien ne sera changé dans la Principauté de Serbie aux conditions actuelles des relations commerciales de ce pays avec les pays étrangers, aucun droit de transit ne sera prélevé en Serbie sur les marchandises traversant ce pays.

Les immunités et privilèges des sujets étrangers ainsi que les droits de juridiction et de protection consulaires,

tels qu'ils existent aujourd'hui, resteront en pleine vigueur tant qu'ils n'auront pas été modifiés d'accord avec les parties contractantes.«

Le Président regarde comme de droit commun qu'une province séparée d'un Etat ne puisse s'affranchir des traités auxquels elle a été jusqu'alors soumise. C'est au yeux de S. A. S. un principe de droit des gens qui ne peut, d'ailleurs, qu'être corroboré par une déclaration du Congrès.

La motion présentée par le Comte de Launay est acceptée en principe sauf, à la demande du Comte Schouvalow, d'une révision des détails de rédaction.

Le Congrès continue l'examen de l'article III relatif à la frontière serbe et le Président pense que cette délimitation ne peut être tracée que par un Comité spécial.

Le Baron de Haymerle présente, sur ce point, le projet suivant:

»La Serbie recevra un agrandissement territorial.

Une définition exacte des frontières ne pouvant se faire dans le Plenum du Congrès, une commission dans laquelle un Plénipotentiaire entrerait pour chaque Puissance, serait chargée de formuler et de soumettre au Congrès un tracé de frontières.

L'annexe 1 contient des propositions plus détaillées des Plénipotentiaires autro-hongrois sur le tracé des frontières.«

voir annexe 1 au protocole.

Le Comte Schouvalow accepte la proposition d'un Comité spécial.

Mehemed Ali Pacha ayant fait allusion aux intérêts de la Turquie dans la délimitation de la frontière et rappelé les considérations qu'il a lues dans la dernière séance, le Président insiste pour la formation d'un comité chargé spécialement de ces questions qui ne sauraient être réglées en réunion générale.

Le Congrès accepte cette proposition: les Plénipotentiaires devront désigner au Secrétariat les délégués qui feront partie du Comité.

L'article IV du Traité de San Stefano, relatif à la Serbie, est ensuite examiné; les alinéas 1 et 2 sont renvoyés à la Commission de rédaction.

Sur le 3e alinéa, relatif à l'évacuation du territoire Ottoman par les troupes Serbes, Lord Salisbury exprime le désir de voir intervenir une décision du Congrès: le Comte Schouvalow ayant fait remarquer qu'une décision précise ne peut être prise sur ce point avant que la frontière ait été délimitée, le Congrès renvoie également à la Commission de rédaction le dernier alinéa de l'article IV.

Le Baron de Haymerle lit la proposition ci-dessous relative aux chemins de fer en Serbie:

»La Principauté de Serbie est substituée pour sa part aux engagements que la S. Porte a contractés tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe, par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées à construire sur le territoire nouvellement acquis.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et — dans les limites de sa compétence — avec la Principauté de Bulgarie immédiatement après la conclusion de la paix.«

Cette motion, identique à celle que le Congrès a votée sur les voies ferrées en Bulgarie, est accueillie à l'unanimité.

Carathéodory Pacha présente les observations suivantes sur le tribut de la Principauté Serbe:

»Le tribut de la Serbie sera capitalisé et le montant versé dans les caisses du Trésor Ottoman dans un délai de . . . .

La Serbie supportera une part de la dette publique ottomane proportionnelle au revenu des districts qui lui seront définitivement annexés.«

Le Président fait remarquer qu'il n'est pas question du tribut dans le traité, et, le Comte Schouvalow ayant dit qu'en effet l'indépendance implique naturellement la fin du tribut, Lord Salisbury répond que le tribut était une propriété qui était, comme tous les autres revenus de la Turquie, grevée du paiement de la dette ottomane.

Le Prince Gortchacow n'est pas disposé à s'intéresser aux souscripteurs des emprunts turcs. S. A. S. considère cette affaire comme un triste agiotage. Le Gouvernement Russe a refusé son concours à ses nationaux porteurs de titres ottomans.

Le Comte Schouvalow, revenant à la question du tribut, dit qu'il n'est pas en mesure de la discuter actuellement et demande qu'elle soit renvoyée à la commission de rédaction.

Le Président pense qu'on pourrait peut-être faire supporter à la Serbie une part de la dette équivalente au tribut.

M. Waddington ne saurait admettre les paroles de M. le Premier Plénipotentiaire de Russie au sujet des emprunts turcs. S. E. ne pense pas que ces emprunts puissent être qualifiés d'agiotage; qu'il y ait eu une part de spéculation dans ces affaires, on ne peut le nier, mais actuellement, les titres se trouvent en général entre les mains de détenteurs dignes d'intérêt: M. Waddington n'insiste pas aujourd'hui mais il maintient ses observations en faveur de droits sérieux et que plusieurs de ses collègues, aussi bien que lui-même, se feront un devoir de défendre.

Le Prince Gortchacow répond qu'il n'a pas voulu parler de tous les emprunts, mais de la majorité d'entre eux et, en outre, constater que son gouvernement a refusé tout appui politique aux détenteurs russes de fonds turcs.

Il demeure entendu que la proposition de Carathéodory Pacha est renvoyée à la commission pour la délimitation des frontières.

Le Congrès se préoccupe ensuite de fixer l'ordre du jour de la prochaine séance. Sur les observations du Comte Andrássy et du Comte Schouvalow, la question du Monténégro est remise à une séance ultérieure. Le Congrès décide de passer demain à la discussion des affaires grecques, puis des affaires roumaines, et examine la procédure à suivre en ce qui concerne l'admission des Représentants grecs.

Le Comte de Saint-Vallier fait remarquer que les ministres Grecs doivent, dans la première séance où il seront admis, se borner à présenter au Congrès les demandes et les observations de leur Gouvernement: le Congrès se concerterait ensuite en dehors de leur présence et discuterait avec eux dans une séance suivante. Il y a là, en effet, deux ordres d'idées, d'abord l'exposé des vues et des désirs de la Grèce, puis la discussion elle-même en Congrès.

Le Président accepte cette procédure, et, avec l'assentiment unanime de la haute Assemblée, annonce qu'il va faire savoir aux représentants de la Grèce qu'ils seront entendus demain par le Congrès.

Lord Salisbury et le Comte Corti demandent si la Roumanie ne sera pas également admise à plaider sa cause devant la haute Assemblée.

Le Président répond que, les affaires Roumaines étant à l'ordre du jour de la séance de demain, la question soulevée par les Plénipotentiaires d'Angleterre et d'Italie pourra y être discutée.

Mehemed Ali Pacha présente une motion relative aux frontières du Monténégro qui sera imprimée et annexée au protocole.

voir annexe 2 du protocole

La séance est levée à 5 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Annexe 1 au Protocole 8.

Frontière pour la Serbie.
(Carte de l'état-major autrichien.)

Le tracé suivra la frontière actuelle par le thalweg de la Drina, laissant à la Principauté le Mali-Zwornik et Sakhar.

Elle continuera ensuite à longer l'ancienne limite de la Principauté jusqu'au Kopaonik, dont elle se détachera à la sommité du Kanilug. De là elle se confondra avec la limite occidentale du Sanjak de Nisch jusqu'au village Končul sur la Morava, passant d'abord par la crête du contrefort sud du Kopaonik, puis par celle de la Marica et Mrdar Planina (formant le partage des eaux entre le bassin de l'Ibar et de la Sitnica d'un côté, et de celui de la Toplica de l'autre) — laissant le défilé de Prepolac à la Turquie — jusqu'au mont Djak, tournant ensuite vers le sud par la crête du partage des eaux entre la Brvenica — et la Medvedja — Rjeka, d'où elle descendra dans une direction Est entre les villages Petrilja et Dukat, pour y traverser la rivière Medvedja et monter sur la crête de la Goljak-Planina (formant le partage des eaux entre la Kriva-Rjeka d'un côté et la Poljanica, la Veternica et la Morava de l'autre) d'où elle descendra dans une direction sud à Končul sur la Morava — laissant ce village à la Serbie. De ce point la frontière suivra le thalweg de la Morava jusqu'à Lusan — laissant ce village à la Turquie d'où elle se dirigera par Borovce et Novoselo — laissant ces villages à la Turquie jusqu'à la sommité du mont Kujan. De ce point, la frontière se confondra de nouveau avec la limite administrative méridionale et orientale du Sandjak de Nisch, formant le partage des eaux entre les bassins du Vardar, du Strouma, de l'Isker et du Lom d'un côté et de celui de la Morava et du Timok de l'autre.

Cette limite administrative et particulièrement marquée par la crête de la S. Ilia-Planina, le sommet du mont Kljuć, la crête de la Babina glava, le sommet des monts Crni vrh, Streser, Vilo golo, Mesid, Ravna siba et Ogórelica, la crête des montagnes Kosturnica-, Ljubas-Grloska- et Visker-Planina. Elle traverse ensuite le col de la route Sophia-Nisch près du village Soline, d'où elle passe par les environs des villages Malovo, Murgas et Gedić, et puis dans une ligne droite jusqu'au col Ginci (Ginci Pass) qui resterait à la Bulgarie. A partir de ce point, elle suit la crête des montagnes: Kodza — et Ciprovac-Balkan, puis de la Stara-Planina jusqu'à l'ancienne frontière orientale de la Principauté, près de la Kula-»Smiljova ćuka«.

Annexe 2 au Protocole 8.

D'après les bases de la paix signées à Andrinople un accroissement de territoire équivalent à celui que le sort des armes avait fait tomber entre les mains des Monténégrins leur devait être accordé.

Ce territoire se compose

1° des nahiés de Zúbći, Banjani, Piva, Drobniak, Sáran, Yezéré et de la partie du district de Bihor qui se trouve entre le Lim et le district Monténégrin de Vassovik. — Tous ces nahiés sont depuis longtemps connus sous le nom de »districts insurgés«, vu que les situations topographiques et le mauvais état des routes rendant très-difficile l'action des troupes Impériales, leurs habitants se trouvaient, même en temps de paix, plus ou moins en état d'insurrection;

2° du district de Niksic tombé entre les mains des Monténégrins après la capitulation de la place de Niksic et l'évacuation par nos troupes des blockhaus en pierre qui défendraient le défilé de Duga;

3° du district de Kuči habité par des slaves orthodoxes et situé entre le territoire des Albanais Clementi et le Monténégro. Jadis les Kučiotes faisaient toujours cause commune avec les Albanais, mais, dès le début de la dernière guerre, ils se sont déclarés pour leurs frères de race, les Monténégrins;

4° de la ville d'Antivari et d'une partie du district de ce nom.

Lors de la conclusion de l'armistice cette partie eut pour limites le cours de la Bojana depuis son embouchure jusqu'au lac de Sass et ensuite une ligne tirée perpendiculairement de la pointe Ouest de ce lac vers le lac de Scutari sur le village de Skla.

Les pays mentionnés dans ces 4 paragraphes forment évidemment le territoire dont a voulu parler le 2e paragraphe des bases de la paix, comme devant être cédé au Monténégro. Si une partie en était exclue il faudrait accorder un équivalent à la principauté.

Or, d'après les préliminaires de San Stefano non seulement tous les pays dont il s'agit, à l'exception du petit district de Zùbci furent cédés au Monténégro, mais on y ajouta encore une énorme étendue de pays qui n'ont jamais été foulés par aucun Monténégrin en armes voire les cazas bosniaques de Foca, Plevlje (Tachlidjé), Prjepolje (Prepol), Bjelopolje (Akova) et Berana ainsi que les cazas albanais de Rozai et Gussinije avec les monts habités par les clans albanais de Hotei et Clementi.

Les cazas frontières de Kolachein du côté de Novi-Pazar et de Spouz et Podgoritza du côté de l'Albanie, furent aussi compris dans le territoire qui serait donné au Monténégro quoiqu'il y eut dans les chefs lieux fortifiés de ces cazas des garnisons nombreuses qui n'avaient rien à craindre en cas d'attaque.

Les Plénipotentiaires Ottomans signalent à l'appréciation de cette haute assemblée, en ce qui concerne la ligne frontière du Monténégro, la contradiction existant entre les bases de la paix et les préliminaires de San Stefano. Animés du désir que la ligne qui séparera l'Empire du Monténégro soit, dans la mesure du possible, tracée de manière à empêcher par des obstacles naturels, pour l'une et l'autre partie, les violations de frontière et les déprédations, ils soumettent à l'approbation du Congrès, la rectification suivante de la ligne frontière actuelle:

a) pour le côté Nord les districts de Banjani Niksic, Piva, Drobniak, Saran et Yezéré seraient cédés au Monténégro:

Entre la Piva et la Tara la caserne fortifiée de Crkvica qui est une garde avancée de la ville de Foča et par conséquent toujours occupée par un bataillon d'infanterie, resterait à la Turquie, et la ligne frontière passerait près du village de Nedvina, étant à peu près perpendiculaire aux deux rivières susmentionnées;

b) pour le côté Est, la ligne frontière remonterait d'abord la rive gauche de la Tara et ensuite le ruisseau qui du mont Starac descend vers Proscen et suivrait autour de Kolachein l'ancien tracé, jusqu'au point désigné sur la carte par le nom de Sisko-yézéro. Elle descendrait de ce point vers le village de Djoriza et remonterait de Lim jusqu'à Sekulare. La petite forteresse de Berana étant de ce côté la clef de l'Albanie, les hauteurs qui se trouvent vis-à-vis sur la rive gauche du Lim, nous resteraient et feraient partie du rayon de cette forteresse.

c) pour le côté Sud, vu que les districts de Gussinié et de Plava ne sont habités que par des Albanais et que ces districts ainsi que les villes musulmanes de Spouj et de Podgoritza n'ont jamais été occupés par les Monténégrins, il n'y aurait rectification de frontière qu'à partir du mont Ziva, d'où le nouveau tracé descendrait le cours du ruisseau de Ripnica, jusqu'au village de Fundina, tournerait autour de Podgoritza, de manière que les hauteurs environnantes du côté Nord-Est feraient partie du rayon de cette place, et rencontrerait l'ancien tracé au confluent de la Zeta avec la Moraca.

Le district d'Antivari étant exclusivement habité par des Albanais, resterait sous la domination ottomane, et il n'en serait cédé aux Monténégrins que le port de Spica, au moyen d'une petite rectification de frontière, laquelle, du point Milujevic se dirigerait en ligne droite vers le village de St. Pettka situé au bord de la mer.

Cette haute assemblée aurait à statuer si, pour la partie du district d'Antivari occupée actuellement par les Monténégrins, un équivalent devait leur être donné sur un autre point quelconque.

PROTOCOLE N° 9.

Séance du 29 Juin 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour la **France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour la **Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour la **Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Le Président annonce que la commission de délimitation des frontières s'est constituée et se compose de la manière suivante:

Pour l'Allemagne, le Prince de Hohenlohe — pour l'Autriche, le Baron de Haymerle — pour la France, le Comte de Saint Vallier — pour la Grande Bretagne, Lord Odo Russel — pour l'Italie, le Comte de Launay — pour la Russie, le Comte Schouvalow — pour la Turquie, Mehemed Ali Pacha.

La commission a tenu sa première séance aujourd'hui.

Avant de procéder à l'ordre du jour, le Président rappelle que les diverses propositions présentées dans la dernière séance ont été remises aux commissions respectives.

L'ordre du jour appelle en premier lieu l'article XV du Traité de San Stefano, concernant l'île de Crète et les provinces limitrophes du Royaume de Grèce. Conformément à la décision prise par le Congrès, le Président a invité MM. les représentants du Gouvernement de S. M. le Roi de Grèce à vouloir bien faire à la haute Assemblée, dans la séance de ce jour, les communications dont ils seraient chargés.

Le Président donne lecture de l'article XV du Traité de San Stefano.

Lord Salisbury demande une modification au dernier alinéa ainsi conçu: »Des commissions spéciales, dans lesquelles l'élément indigène aura une large participation, seront chargées dans chaque province d'élaborer les détails du nouveau règlement. Le résultat de ces travaux sera soumis à l'examen de la S. Porte qui consultera le Gouvernement Impérial de Russie avant de les mettre à exécution.«

S. E. désirerait que les mots »le Gouvernement Impérial de Russie« fussent remplacés par ceux-ci: »la Commission Européenne«.

Le Comte Schouvalow, faisant allusion au danger qu'il a déjà signalé d'étendre trop les attributions des Commissions Européennes, est d'avis qu'il serait préférable de substituer aux mots indiqués par Lord Salisbury »les Grandes Puissances de l'Europe«.

M. le Plénipotentiaire d'Angleterre ayant insisté pour les termes qu'il a proposés et le Prince de Bismarck ayant fait remarquer qu'au fond, la divergence entre les deux opinions est peu sensible, le Comte Schouvalow accepte

la rédaction proposée par l'Angleterre, à laquelle le Congrès donne également son adhésion.

MM. Delyannis, ministre des affaires étrangères de Grèce, et Rangabé, ministre de Grèce à Berlin, sont ensuite introduits.

Le Président dit que le Congrès a voulu entendre les voeux et les appréciations du gouvernement Hellénique avant de prendre une décision sur l'article XV qui forme, en ce moment, l'objet de ses déliberations. S. A. S. prie MM. les représentants de la Grèce de faire connaître leurs opinions et leurs désirs à la haute Assemblée.

M. Delyannis exprime au Congrès la reconnaissance du gouvernement Hellénique pour l'admission des représentants grecs au sein de la haute Assemblée. S. E. espère que le Congrès voudra examiner avec la même bienveillance la cause que son Collègue et lui ont mission de défendre. Il donne ensuite lecture de la communication suivante:

»Les seuls et véritables voeux du Gouvernement Hellénique ont été toujours identiques aux aspirations de la nation entière, dont la Grèce libre ne constitue qu'une petite partie.

Ces mêmes aspirations animaient le peuple hellène quand il entreprit en 1821 la longue guerre de son indépendance.

Quant à leur réalisation complète le Gouvernement Hellénique ne saurait se faire illusion sur les nombreuses difficultés qu'elle rencontre.

La ferme résolution de l'Europe d'établir la paix en Orient sans trop ébranler l'état des choses existant, indique au Gouvernement Hellénique les limites qu'il doit imposer à ses aspirations.

Ainsi le Gouvernement doit limiter ses voeux et voir dans l'annexion de Candie et des provinces limitrophes au Royaume, tout ce qui pour le moment pourrait être fait pour la Grèce.

Les voeux du Gouvernement du Roi ne s'opposent ni aux intérêts de l'Europe, ni à ceux de l'Etat voisin. Leur satisfaction serait l'accomplissement de la volonté ferme et tenace des populations de ces provinces, et donnerait le calme et une existence tenable au Royaume.

Nous croyons que l'accomplissement des voeux ci-dessus énoncés est dans les intérêts de l'Europe. Sa volonté étant d'amener et de consolider la paix en Orient, l'annexion de ces provinces serait le moyen le plus efficace et le seul possible pour écarter toutes les causes qui pourraient dans l'avenir faire péricliter l'oeuvre pacificatrice de l'Europe. On n'aurait qu'à se rappeler le passé de ces provinces, les causes qui les ont tant de fois agitées, et les moyens extrêmes auxquels ces contrées ont eu recours pour améliorer leur sort, pour être pleinement convaincu que les mêmes causes amèneraient, dans un avenir plus ou moins prochain, les mêmes tristes résultats.

D'ailleurs, l'Europe ayant vu dans la création du Royaume Hellénique une oeuvre extrèmement civilisatrice, son agrandissement ne serait que le complément de cette oeuvre.

L'annexion de ces provinces serait aussi dans l'intérêt de la Turquie. Elle lui éviterait dans l'avenir toute cause de troubles, qui ont tant de fois épuisé son budget, compromis ses intérêts politiques, et aigri ses relations de bon voisinage, dont le Royaume Hellénique a été de tout temps si soigneux.

Quant à l'intérêt capital, que ces provinces mêmes trouveraient dans leur annexion, il est généralement connu que, depuis un demi siècle déjà, elles réclament leur union à la Grèce. Elles ont bien des fois, et hautement, manifesté ce désir. Elles n'ont pas hésité même de prendre les armes à plusieurs reprises, et de s'attirer tous les malheurs de la guerre pour le réaliser. Il y a quelques mois à peine, une d'elles n'a pu être pacifiée que sur l'assurance formelle d'une grande puissance que »la cause hellénique ne serait point lésée,« et que cette puissance même dirait explicitement au Congrès »que cette pacification est due à son intervention.«

Une autre province, l'île de Candie, est encore en pleine insurrection, et d'après

les dernières nouvelles le sang y coule en abondance.

Ne serait-ce pas une oeuvre de justice et d'humanité que de satisfaire aux aspirations nationales de ces pays, de combler leurs voeux, tant de fois manifestés, et de leur épargner à l'avenir les destructions et les catastrophes auxquelles ils s'exposent pour parvenir à une existance nationale?

Quant au Royaume Hellénique, toutes les manifestations des voeux nationaux des Hellènes de la Turquie ne peuvent naturellement que produire une profonde émotion dans le Royaume Hellénique.

Les originaires des provinces grecques de l'Empire Ottoman y comptent par milliers; un grand nombre en occupent des places distinguées dans toutes les branches de l'administration, dans la marine, et dans l'armée, d'autres non moins nombreux s'y distinguent par leur activité industrielle et commerciale. Le contre-coup que la nouvelle d'une insurrection hellénique en Turquie produit dans leurs coeurs, est trop puissant pour ne pas les remuer. Il pousse les uns à passer les frontières pour s'unir aux combattants; les autres à vider leurs bourses pour la cause commune. Cette commotion est vite communiquée à tous les habitants du pays, quoique non originaires des provinces combattantes, et la population entière du Royaume, qui ne peut oublier ce qu'elle doit aux combats antérieurs de ces frères deshérités, ni rester impassible vis-à-vis de leur lutte de délivrance, court se mettre dans leurs rangs pour les aider à reconquérir leur liberté.

Un état de choses pareil fait naître chaque fois des crises sérieuses dans le Royaume Hellénique, qui rendent très-difficile la position de son Gouvernement. Ne pouvant refuser ses sympathies aux Hellènes des provinces en question unis à la Grèce libre par des liens d'histoire, d'origine et de malheurs communs; ne devant afficher une indifférence qui le frustrerait de la confiance de l'hellénisme et étoufferait les justes espérances que les hellènes de la Turquie ont de tout temps fondées sur la Grèce libre; tout Gouvernement Hellénique serait impuissant de résister au courant.

Crût-il même devoir le faire au sacrifice des intérêts les plus précieux du Royaume, il serait renversé par le courant qui entraînerait le pays tout entier dans la lutte des provinces insurgées. Dans le cas même où le Gouvernement aurait la force d'opposer une digue au courant national, tous ces efforts resteraient sans effet, à cause de l'étendue et de la conformation de la ligne frontière du Royaume, qu'une armée de cent mille hommes même ne serait pas en état de garder de manière à pouvoir empêcher la sortie clandestine de volontaires.

La situation créée au Gouvernement Hellénique par ces mouvements insurrectionnels n'en est pas moins difficile et intenable sous le point de vue financier. Le budget du Royaume a bien des fois subi, et subit encore l'influence de pareils événements. Aussi grande et éclatante que soit la différence entre le budget des recettes publiques dressé en 1829 par le Président de la Grèce, et celui de l'exercice de l'année dernière, il n'en est pas moins vrai que les secours pécuniaires alloués chaque fois aux réfugiés des provinces insurgées et aux combattants rapatriés, et les armements motivés par cette situation anormale et par les relations tant soit peu tendues avec l'Etat limitrophe qui en ont été toujours la conséquence, ont bien des fois englouti plusieurs millions, augmenté la dette publique et affecté à des dépenses infructueuses la plus grande part des recettes publiques, qui, déversées au développement matériel du pays, en auraient bien plus encore augmenté les ressources et le bien-être.

Si de grandes et riches nations avec lesquelles la petite Grèce ne saurait jamais se mesurer ont toujours, en des circonstances analogues, ressenti les suites onéreuses de dépenses de même nature, il est bien naturel que le pauvre Royaume Hellénique

qui plus d'une fois s'est trouvé dans le cas de devoir faire face à de pareilles obligations, qui aujourd'hui encore entretient sur son territoire trente mille refugiés, et doit s'occuper de préparatifs au dessus de ses forces, il est bien naturel, que non seulement il se ressente de tout le poids de pareilles dépenses, mais qu'il en soit écrasé.

Le Gouvernement de Sa Majesté est pénétré de la conviction inébranlable qu'un pareil état de choses ne pourrait se prolonger. Il croit remplir un devoir qu'il ne lui est point permis de négliger en s'empressant d'exposer au Congrès cette situation et de le prier de bien vouloir y remédier en écartant les causes qui l'ont préparée.«

Le Président dit que l'exposé que le Congrès vient d'entendre sera imprimé et distribué, et que la haute Assemblée l'examinera avec attention.

M. Rangabé présente ensuite quelques considérations complémentaires, et insiste notamment sur les progrès réalisés en Grèce depuis la proclamation de l'indépendance, sur les difficultés que l'exiguïté du territoire, l'absence de frontières naturelles, les agitations permanentes de provinces voisines de même race, ont sans cesse opposées à la prospérité et au développement du royaume Hellénique. S. E. affirme de nouveau que les accroissements demandés par son collègue sont nécessaires non seulement à l'existence même de la Grèce, mais à la paix de l'Orient.

Le Président répond que le Congrès, lorsqu'il aura étudié les considérations présentées par MM. les représentants Helléniques, leur communiquera le résultat de ses délibérations. Il annonce que leur concours leur sera alors de nouveau demandé et les remercie de s'être rendus à l'invitation du Congrès.

MM. Delyannis et Rangabé s'étant retirés, le Congrès reprend son ordre du jour qui indique l'examen de l'article V et de l'article XIX du Traité de San Stefano, relatifs à la Roumanie.

Lord Salisbury, rappelant la question qu'il a posée dans la séance précédente, propose de décider si les représentants de la Roumanie seront entendus par le Congrès. Aux yeux de S. E., la haute Assemblée, après avoir écouté les délégués d'une nation qui réclame des provinces étrangères, agirait équitablement en écoutant les représentants d'un pays qui demande à garder des contrées qui lui appartiennent.

Le Comte Corti déclare s'associer entièrement à l'opinion que vient d'exprimer son collègue d'Angleterre.

Le Prince de Bismarck ne regarde pas que l'admission des Roumains présente, au point de vue de la réussite des travaux du Congrès, le même intérêt que l'admission des Grecs, dont les demandes, quel qu'en soit le résultat, ne sauraient exercer une influence très considérable dans l'issue des délibérations du Congrès. S.A.S. hésite à penser qu'il soit bon d'accroître les difficultés de la tâche pacifique dévolue à la haute Assemblée en introduisant les délégués Roumains, dont les réclamations, connues d'avance, ne semblent pas de nature à faciliter la bonne entente; toutefois, la question ayant été posée, il doit la soumettre au suffrage de ses collègues.

Le Comte Schouvalow établit la différence qui existe entre la Grèce, état indépendant, et la Roumanie, dont l'indépendance n'est pas encore reconnue par l'Europe. Il y aurait plus d'analogie entre la Grèce et la Serbie que la déclaration du Congrès a affranchie des liens de vassalité, et cependant la haute Assemblée n'a pas admis les délégués Serbes.

Le Président ayant demandé au Secrétariat si la demande d'admission adressée au Congrès émane du gouvernement de la Principauté de Roumanie, le Comte Corti constate que la pétition est signée par deux ministres du Prince Charles, et que, conformément à la procédure adoptée par le Congrès, ce document est introduit et recommandé par Lord Salisbury et les Plénipotentiaires Italiens.

Le Président procède au vote.

Le Comte Andrássy accepte la proposition de Lord Salisbury et du Comte Corti, mais dans l'espoir qu'elle pourrait amener une solution qui donne des garanties à la paix.

M. Waddington est d'avis d'admettre les représentants Roumains et espère que cette

marque d'intérêt facilitera l'adhésion de la Roumanie à la décision du Congrès quelle qu'elle soit.

Les votes de l'Angleterre et de l'Italie étant acquis, le Président demande leurs sentiment à MM. les Plénipotentiaires de Russie.

Le Prince Gortchacow déclare partager l'opinion que M. le Prince de Bismarck à exprimée sur cette question. Le but de la Russie est d'arriver le plus tôt possible à une paix durable, et S. A. S. pense que la présence des Représentants Roumains est de nature à provoquer de vives discussions. Sans voter contre leur admission, le Prince Gortchacow demande expressément l'insertion de son opinion au protocole.

Le Président ayant insisté pour avoir le vote précis des Plénipotentiaires Russes, le Comte Schouvalow dit qu'aux yeux de son gouvernement, les observations des délégués Roumains ne peuvent qu'augmenter les difficultés de la discussion, car, assurément, la Russie ne se laissera pas accuser par eux sans se défendre. Cependant, si la majorité du Congrès se prononce pour l'admission, les Plénipotentiaires Russes ne sauraient être seuls à vouloir éloigner des contradicteurs, et ils ne s'opposent point à la proposition de Lord Salisbury.

Les Plénipotentiaires Ottomans n'ayant point élevé d'objection, le Prince de Bismarck dit qu'il a voulu subordonner son vote à celui des Puissances spécialement intéressées et consent également, au nom de l'Allemagne, à l'admission des représentants Roumains.

Le Comte Andrássy, avec l'assentiment de la haute Assemblée, exprime le désir que les délégués de Roumanie soient entendus dans les mêmes conditions que les ministres de Grèce.

Le Président annonce qu'en conséquence, il invitera les Représentants Roumains pour la séance de Lundi prochain.

Le Congrès commence la discussion des articles du Traité de San Stefano relatifs à la Roumanie. Le Président donne lecture du 1er alinéa de l'article V ainsi conçu:

»La Sublime Porte reconnaît l'indépendance de la Roumanie qui fera valoir ses droits à une indemnité à débattre entre les deux parties.«

Le Président demande si le Congrès est disposé à maintenir, sans condition, le principe posé dans cet alinéa, ou bien à le subordonner à l'acceptation par la Roumanie des remaniements territoriaux qu'elle paraît vouloir repousser. S. A. S. n'a pas d'avis personnel sur ce point, mais désire savoir si les Représentants d'autres Puissances considèrent que l'indépendance de la Roumanie est liée à la reconnaissance par cette Principauté de la totalité du Traité de San Stefano, et s'ils ne regardent point, par conséquent, commes connexes les deux questions de l'indépendance et des changements territoriaux.

Le Comte Corti fait remarquer que les préliminaires de San Stefano ont été conclus entre la Russie et la Turquie, et que la Roumanie n'a pu y prendre part, étant placée sous la suzeraineté de la Porte. S. E. ne jugerait pas équitable d'admettre que la Principauté soit liée au même degré que le Gouvernement Ottoman. Il ne croit pas opportun de faire dépendre l'indépendance de la Roumanie de son adhésion aux stipulations qui la concernent.

Le Comte Schouvalow ne partage point cette opinion. La Roumanie a proclamé, il est vrai, elle même son indépendance, mais cette indépendance ne peut être effective sans l'assentiment de l'Europe, et le Congrès est en droit de statuer, sans rechercher si la Roumanie est engagée ou non par les autres articles du Traité de San Stefano.

Lord Beaconsfield a vu avec le plus vif regret les stipulations de l'article XIX du Traité de San Stefano relatives à la Bessarabie. D'abord cette combinaison est une immixtion dans le traité de 1856 et il n'y avait qu'une extrême nécessité qui pût autoriser un changement dans un acte aussi solennel; au surplus, cette nécessité n'a même pas été alléguée. En second lieu, ce serait aux yeux de S. E. une grave erreur que de considérer cette stipulation comme un simple échange de territoire entre deux Etats. Les articles 4 et 20 du Traité de Paris constituent un engagement pris

entre les Puissances Européennes et la Russie, dans le but d'assurer la liberté de la navigation du Danube, et S. E. ne trouve aucune garantie pour cette liberté dans le Traité de San Stefano. Dans l'article 4 du traité de 1856, les Puissances alliées se sont engagées à restituer à l'Empereur de Russie tous les territoires occupés par leurs troupes, mais sous la condition, indiquée dans l'article 20, qu'une rectification de la frontière russe aurait lieu en Bessarabie »pour mieux assurer la liberté de la navigation du Danube«. C'était un engagement pris envers l'Europe. Aujourd'hui cependant le gouvernement Russe se propose de retenir les territoires restitués sans remplir les conditions sous lesquelles ils étaient restitués. Le Premier Plénipotentiaire d'Angleterre appelle sur une situation aussi grave toute la sollicitude de la haute Assemblée. Lord Beaconsfield déplore cette ingérence dans le Traité de Paris et proteste contre elle sans avoir même à se préoccuper de savoir si l'échange dont il s'agit est ou non sanctionné par le possesseur actuel. Les autres signataires du Traité de Paris ayant décliné toute intervention dans cette affaire, le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne ne saurait conseiller au gouvernement de la Reine d'employer la force pour maintenir les stipulations de ce traité, mais il proteste contre ce changement et attend les explications que ses collègues de Russie seront en mesure de donner sur les engagements que leur Souverain entendrait prendre pour la sauvegarde de la liberté du Danube.

Le Prince Gortchacow pense, comme Lord Beaconsfield, que la libre navigation du Danube est un intérêt européen, mais S. A. S. ne voit pas quelle influence la cession de la Bessarabie peut exercer sur la libre navigation du Danube. La Roumanie, en effet, n'est absolument pour rien dans les améliorations dont le cours du fleuve a été l'objet: Sans doute, le Traité de Paris a donné à la Moldavie une partie de la Bessarabie et le delta du Danube, mais, en 1857, les mêmes Puissances ont restitué le delta aux Turcs et elles ont rendu ainsi service à la Moldavie qui était hors d'état d'exécuter les travaux nécessaires pour le libre accès de la bouche de Soulina. C'est depuis lors que la Commission Européenne du Danube a exécuté les grands travaux d'où sont résultés de si importants avantages pour le commerce du monde.

S. A. S., envisageant la question à un autre point de vue, rappelle qu'en 1856, la Bessarabie n'a été adjointe qu'à la seule Moldavie, à une époque où les Principautés devaient rester séparées. Plus tard, la Valachie et la Moldavie se sont réunies malgré le Traité de Paris, et, nonobstant l'opposition des Cabinets Européens, les Principautés-Unies ont élu un Prince étranger pour lequel, d'ailleurs, S. A. S. professe le plus grand respect: la situation n'est donc plus la même qu'autrefois. Le Prince Gortchacow déclare, d'ailleurs, que son Gouvernement ne saurait reculer dans cette question et espère que Lord Beaconsfield ne persistera pas dans ses objections lorsque S. E. aura reconnu que la liberté du Danube n'aura rien à souffrir de la rétrocession de la Bessarabie.

Le Comte Schouvalow dit que, s'il a bien compris les observations de M. le Premier Plénipotentiaire d'Angleterre, le noble Lord a regretté que le Traité de San Stefano constitue une immixtion dans le traité de 1856 par laquelle la Russie a contracté des engagements envers l'Europe. M. le Plénipotentiaire de Russie croit devoir rappeler que le Traité de San Stefano est une convention préliminaire, n'ayant de force obligatoire qu'entre les deux parties contractantes et par laquelle la Russie a entendu faire connaître d'avance au gouvernement Turc les demandes qu'elle formulerait plus tard devant l'Europe. C'est dans cette intention que la Russie est venue au Congrès à la suite d'une guerre longue et victorieuse. Le noble Lord a ajouté qu'il ne regarde pas la rétrocession de la Bessarabie comme nécessaire. Le Comte Schouvalow pense que Lord Beaconsfield ne saurait éviter de reconnaître que, lorsqu'une nation est rentrée en possession d'une partie de territoire qu'une guerre précédente lui a fait perdre, il est difficile de faire abandonner à cette même nation le territoire qu'elle a reconquis. En ce qui concerne la libre navigation du Danube, M. le Plénipotentiaire de Russie présentera quelques explications

qui lui semblent de nature à satisfaire Lord Beaconsfield. La question de Bessarabie pouvait être envisagée par la Russie comme une question d'ambition et d'intérêt ou comme une question d'honneur. La Russie a voulu la réduire à une question d'honneur et c'est pourquoi elle ne redemande pas les parties du territoire dont la possession aurait pu constituer une menace ou du moins une ingérence dans la libre navigation du fleuve. Enfin elle offre, en retour à la Roumanie, un territoire plus vaste, conquis au prix de son sang et qui doit être considéré comme de bonne prise. Le Comte Schouvalow a la conviction que la Roumanie ne perd point au change. Quant au principe de l'intégrité et de l'indépendance de la Roumanie, S. E. pense, avec Lord Beaconsfield, que de tels principes ne doivent pas seulement être exprimés par des mots, mais doivent être une réalité. Or, la Roumanie ne saurait sauvegarder réellement son indépendance et son intégrité tant qu'elle persisterait à vivre sur les dépouilles d'un grand Empire qui se croit en droit de revendiquer un lambeau de son ancien territoire. Le Comte Schouvalow est fermement persuadé que la Roumanie elle-même, que toute l'Europe est intéressée à ce que cette question soit résolue dans le sens des aspirations légitimes de la Russie.

Le Prince Gortchacow désire ajouter une observation relative à la valeur de l'échange.

La Roumanie n'obtiendrait pas seulement à la suite de la guerre à laquelle elle a pris part la reconnaissance de son indépendance et la destruction des forteresses qui menaçaient sa sécurité. Il a été stipulé en sa faveur des annexions éventuelles qui augmenteraient son territoire dans la proportion de 3,500 kilomètres carrés en étendue, de 80 mille âmes comme population, comparativement à ce qu'elle aurait à céder, et qui lui assureraient en outre le Delta du Danube, que l'Europe lui a enlevé en 1857, certains districts fertiles comme celui de Babadagh et un bon port de commerce sur la Mer Noire.

Le Gouvernement Impérial de Russie a donc la conviction non-seulement de maintenir un droit, mais de se placer sur un terrain d'équité en réglant sur des bases mutuellement avantageuses avec le Gouvernement Roumain, une question sans la solution de laquelle il serait impossible d'établir entre la Russie et la Roumanie les bons rapports nécessaires à la consolidation de la paix en Orient.

S. A. S. considère que ces indications démontrent suffisamment que la Russie ne demande pas plus qu'elle ne donne. Le Prince Gortchacow veut en outre rappeler qu'en réalité, tous les droits et privilèges de la Roumanie lui ont été assurés au prix du sang russe. Il n'y a aucun traité conclu par la Russie avec la Turquie, depuis un siècle, qui ne contienne des stipulations favorables aux Roumains. S.A.S. désire ajouter une observation psychologique et regrette d'avoir à constater que si, dans la vie privée, il arrive souvent qu'en rendant service à un ami, on le transforme en adversaire, cette vérité est encore plus applicable à la politique. Le Prince Gortchacow se borne à citer l'exemple des Roumains, et son observation lui paraît de nature à rassurer pleinement ceux qui semblent redouter que la Russie n'acquière le dévouement absolu des populations pour lesquelles elle s'est imposé les plus grands sacrifices.

Le Prince de Bismarck déclare que, quant à la nécessité d'assurer la libre navigation sur le Danube, il partage complètement les idées de Mr. le Premier Représentant de l'Angleterre, mais il ne voit point de connexité entre la liberté du Danube et la rétrocession de la Bessarabie. Il s'associe, pour ce qui est de la Bessarabie, à l'opinion des Plénipotentiaires Russes en se plaçant moins au point de vue des intérêts de la Russie qu'à celui de la paix durable de l'Europe. S. A. S. croit, en effet, que le Traité de Paris eût été plus solide si l'on eût écarté cette question d'amour-propre, cette diminution de territoire qui, d'ailleurs, n'affectait en rien la force d'un si grand Empire. Le Prince de Bismarck pense que l'oeuvre du Congrès serait incomplète, si la haute Assemblée laissait subsister une disposition à laquelle se rattacherait pour l'avenir un souvenir pénible à la nation russe tandis que les intérêts de la Roumanie ne paraissent pas contraires à l'échange proposé. Il craint que le Congrès, en se re-

fusant à satisfaire au sentiment historique de la Russie, n'atténue les chances de durée de son oeuvre.

Le Président croit d'ailleurs qu'il serait préférable d'ajourner la discussion jusqu'au moment où les Représentants Roumains auront été entendus dans la séance de Lundi prochain. Il ajoute qu'il désire mettre à l'ordre du jour pour la prochaine séance, s'il y a lieu, la question du Monténégro après avoir terminée celle de la Roumanie.

Cette proposition est acceptée par le Congrès et la séance est levée à 4 heures ½.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
C. F. v. HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 10.

Séance du 1er Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Les protocoles 8 et 9 sont adoptés.

Le Président fait mention des pétitions résumées dans la liste N° 8.

Le Comte Schouvalow rappelle que, dans une séance précédente, il a pris ad referendum la question du passage et du droit de garnison de l'Autriche-Hongrie dans l'enclave: à la suite d'une entente avec le Comte Andrássy, M. le Plénipotentiaire de Russie retire ses objections et adhère à la proposition de M. le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie.

L'ordre du jour appelle en premier lieu l'audition des représentants de Roumanie. Le Président, en se conformant à la décision prise par le Congrès dans la dernière séance, a invité MM. Bratiano et Cogalniceano, Ministres du Prince Charles de Roumanie, à faire, dans la séance de ce jour, les communications dont ils seraient chargés.

Les délégués Roumains, MM. Bratiano et Cogalniceano, sont introduits, et le Président les prie de prendre la parole pour expliquer les opinions et appréciations de leur Gouvernement sur les points du Traité de San Stefano qui les concernent.

M. Cogalniceano remercie le Congrès d'avoir bien voulu admettre les représentants Roumains et donne lecture du memorandum suivant:

»Messieurs les Plénipotentiaires,

Nous avons, tout d'abord, à cœur de remercier le Congrès de vouloir bien entendre les Délégués roumains au moment de délibérer sur la Roumanie. C'est un nouveau titre ajouté par l'Europe à ceux qui lui ont valu dès longtemps la reconnaissance de la nation roumaine, et ce gage d'unanime bienveillance nous paraît être d'un heureux augure pour le succès de la cause que nous sommes appelés à défendre devant vous.

Nous n'insisterons pas sur les événements dans lesquels nous avons été entraînés par des nécessités de force majeure. Nous passerons également sous silence soit l'action militaire à laquelle nous avons participé, soit l'action diplomatique à laquelle il ne nous a pas été donné de prendre part. Nous avons eu occasion de constater déjà que la période des négociations nous a été moins propice que la fortune des armes.

Nous nous bornerons à exposer les droits et les voeux de notre pays, sur la base du resumé

présenté dans le Mémoire que nous avons eu l'honneur de soumettre récemment au Congrès.

1°

Nous croyons qu'en bonne justice, aucune partie du territoire actuel ne doit être détachée de la Roumanie.

La restitution par le Traité de 1856 d'une partie de la Bessarabie à la Principauté de Moldavie a été un acte d'équité de l'Europe. Le morcellement de 1812 ne pouvait pas se justifier par le fait ou le droit de la conquête.

En 1812, la Bessarabie relevait d'une Principauté dont l'autonomie avait été attestée solennellement par tous les traités antérieurement conclus entre les Empires Russe et Ottoman. Le Traité de Kutchuk-Kaïnardji particulièrement reconnaissait aux Princes de Moldavie et de Valachie la qualité de Souverains, et établissait que la Bessarabie faisait partie de la Moldavie.

C'était donc là un pays roumain, avec des institutions et des lois roumaines, explicitement maintenues par Sa Majesté l'Empereur Alexandre I. Ce respect de l'ancienne nationalité était formulé dans le rescrit impérial promulguant l'organisation administrative et judiciaire de cette province après son incorporation à la Russie, sans qu'il fût posé la moindre distinction entre la basse et la haute Bessarabie.

On a semblé vouloir conclure que la Bessarabie était une région turque ou tatare du simple fait que les Ottomans y occupaient trois forteresses.

Mais l'histoire de la Valachie présente une anomalie analogue; des forteresses turques y ont longtemps subsisté; il n'en résulte pas pourtant que la Valachie ait jamais été un pays turc.

En 1878, pas plus qu'en 1812, la Bessarabie ne peut être revendiquée de la Roumanie en vertu du droit de conquête. Elle appartient à une principauté que la Russie elle-même, pendant tout le cours de sa récente guerre avec l'Empire Ottoman, a considérée et traitée comme un Etat indépendant et allié.

D'ailleurs, dès son entrée en campagne, la Russie a signé avec la Roumanie une convention par laquelle elle a expressément garanti l'intégrité actuelle du territoire roumain.

Cette garantie avait été demandée et accordée quand il ne s'agissait encore que du passage des armées Impériales par la Roumanie. Il semblait qu'elle dût redoubler d'énergie du jour où, sur l'appel de la Russie même, le concours de la nation roumaine devenait plus positif et se transformait en coopération militaire effective, en complète alliance. Nos troupes ont en effet combattu côte à côte avec les armées russes. Si ce n'est pas là un titre pour nous agrandir, ce n'en est certes pas un pour nous diminuer. A défaut d'autres droits, la convention du 4/16 avril 1877, qui porte les signatures et les ratifications du Cabinet Impérial, suffirait seule pour nous conserver une région importante du Danube, à laquelle se rattache si étroitement la prospérité commerciale de la Roumanie.

On a invoqué, à l'appui de la rétrocession de la Bessarabie, des considérations de reconnaissance et des souvenirs de gloire et de valeur militaires. Mais, durant une longue série de guerres, les armes russes se sont illustrées sur bien des champs de bataille, et ont promené leur gloire jusque sous les murs d'Andrinople. Ce n'est pas là pourtant un titre à la propriété de la région des Balkans.

On a invoqué encore des considérations de reconnaissance. La Roumanie sait pratiquer les devoirs de la gratitude, et l'a maintes fois prouvé. Elle n'oublie pas son histoire ni le nom de ses bienfaiteurs; elle vénère en Catherine la Grande et en Nicolas Ier les généreux auteurs des Traités de Kaïnardji et d'Andrinople.

Mais elle garde aussi la mémoire des sacrifices qu'elle s'est imposés pour l'agrandissement, la fortune et la gloire de la Russie. Elle se rappelle que, depuis Pierre le Grand jusqu'à nos jours, elle a été tour-à-tour ou simultanément la base des opérations militaires de la Russie, le grenier où s'alimentaient ses armées, alors même qu'elles agissaient au delà du Danube, et le théâtre trop souvent préféré des plus terribles collisions.

Elle se souvient aussi qu'en 1812 elle a perdu, au profit de la Russie, la moitié de la Mol-

davie, c'est-à-dire la Bessarabie du Pruth au Dnièstr.

2°

Nous demandons que le sol roumain ne soit pas assujetti à un droit de passage pendant l'occupation de la Bulgarie par les armées russes. Le Danube et la mer leur offrent les voies de transport et de communication les plus faciles et les moins coûteuses. La Roumanie, après toutes ses épreuves, aspire à un repos absolu, nécessaire à la réparation des dommages causés par la guerre: ce serait une mauvaise condition, pour l'accomplissement de l'oeuvre réparatrice et pour la tranquillité de notre pays, que la circulation de troupes étrangères.

3°

Il nous paraît juste que la Roumanie, en vertu de ses titres séculaires, rentre en possession des îles et des bouches du Danube, y compris l'île des Serpents. Il y aurait dans cette restitution un retour équitable aux dispositions originaires par lesquelles les Grandes Puissances avaient confié en 1856 aux Principautés Danubiennes la garde de la liberté du Danube à son embouchure.

4°

Nous avons le ferme espoir que la Roumanie recevra du Gouvernement Impérial de Russie une indemnité de guerre en proportion des forces militaires qu'elle a mises en ligne. Nous croyons légitime, à tous égards, que les dédommagements stipulés et obtenus par la Russie au nom des divers Etats alliés soient répartis en raison de l'appoint militaire de chacun des belligérants. Le Gouvernement Impérial a reconnu le principe de cette répartition en faveur de la Serbie et du Monténégro, et insiste sur son application.

La Roumanie est fondée à en demander à son tour le bénéfice. En effet, obligée de tenir longtemps son armée mobilisée pour parer à des éventualités imminentes, elle a eu sous les drapeaux, tant comme armée active que comme armée de réserve, plus de 70 mille hommes. De plus elle a subi des pertes considérables: ses villes et toute sa rive du Danube ont été saccagées par le bombardement, ses voies de communication détériorées, son matériel de guerre endommagé.

Les compensations dues de ces différents chefs seraient prélevées sur l'indemnité totale allouée au Gouvernement Impérial de Russie, et fournies en telle forme que le Congrès jugerait plus expédient.

5°

La Roumanie a confiance que son indépendance sera définitivement et pleinement reconnue par l'Europe.

A son droit primordial, dont le principe avait été faussé par des équivoques historiques, s'ajoutent aujourd'hui les titres dont elle a régénéré, ou plutôt rajeuni la conquête sur les champs de bataille. Dix mille Roumains sont tombés autour de Plevna pour mériter à leur patrie la liberté et l'indépendance.

Mais tous ces sacrifices ne suffiraient pas à assurer à la Roumanie la pacifique disposition de ses destinées. Elle serait heureuse et reconnaissante de voir couronner ses efforts qui ont manifesté son individualité, par un bienfait Européen. Ce bienfait serait la garantie réelle de sa neutralité, qui la mettrait en mesure de montrer à l'Europe qu'elle n'a d'autre ambition que d'être la fidèle gardienne de la liberté du Danube à son embouchure, et de se consacrer à l'amélioration de ses institutions et au développement de ses ressources.

Tels sont, Messieurs les Plénipotentiaires, succinctement exposés, les voeux d'un petit Etat qui ne croit pas avoir démérité de l'Europe, et qui fait, par notre organe, appel à la justice et à la bienveillance des Grandes Puissances, dont vous êtes les éminents Représentants.«

M. Bratiano lit ensuite les considérations ci-après:

»L'exposé que mon collègue, en son nom et au mien, vient de tracer des droits et des intérêts de la Roumanie n'a pas besoin de plus longs développements.

La haute Assemblée qui a pour mission de régler la situation de l'Orient possède amplement

toutes les données nécessaires à l'accomplissement de son oeuvre.

Nous sommes persuadés que les sentiments de justice et de bienveillance qui nous ont ouvert un accès auprès de vous détermineront aussi l'adoption des résolutions relatives à la Roumanie.

Je me permettrai simplement d'ajouter que la dépossession d'une partie de notre patrimoine ne serait pas seulement une profonde douleur pour la nation Roumaine, elle détruirait en elle sa confiance dans l'efficacité des traités et dans l'observation tant de l'équité absolue que du droit écrit.

Le trouble qu'éprouverait sa foi dans l'avenir paralyserait son pacifique développement et son élan vers le progrès.

Je prends, en terminant, la respectueuse liberté de soumettre ces réflexions à la haute appréciation du grand conseil Européen et particulièrement aux illustres Représentants de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, dont nous avons eu si souvent l'occasion d'apprécier l'esprit élevé et le coeur magnanime pendant son séjour parmi nous.«

Le Président dit que le Congrès examinera consciencieusement les observations présentées par les délégués de Roumanie.

Les Représentants Roumains s'étant retirés, l'ordre du jour appelle la continuation de l'examen du 1er alinéa de l'article V du Traité de San Stefano.

Le Prince de Bismarck fait remarquer qu'il s'agit de savoir si les Puissances entendent reconnaître l'indépendance de la Roumanie. S. A. S. rappelle qu'en 1856, l'union des Principautés n'avait pas été admise, que, depuis lors, la situation s'est modifiée puisque la Valachie et la Moldavie se sont réunies en un seul Etat; plusieurs Puissances ont reconnu cet état de choses en concluant avec la Roumanie des conventions commerciales. Toutefois, l'Europe seule a le droit de sanctionner l'indépendance, elle doit donc se demander sous quelles conditions elle prendra cette importante décision, et si elle regarde que les conditions seront les mêmes que celles déjà établies par le Congrès pour la Serbie.

M. Waddington déclare que, fidèles aux principes qui les ont inspirés jusqu'ici, les Plénipotentiaires de France demandent que le Congrès pose à l'indépendance Roumaine les mêmes conditions qu'à l'indépendance Serbe. S. E. ne se dissimule pas les difficultés locales qui existent en Roumanie, mais, après avoir mûrement examiné les arguments qu'on peut faire valoir dans un sens et dans l'autre, les Plénipotentiaires de France ont jugé préférable de ne point se départir de la grande règle de l'égalité des droits et de la liberté des cultes. Il est difficile d'ailleurs que le gouvernement roumain repousse, sur son territoire, le principe admis en Turquie pour ses propres sujets. S. E. pense qu'il n'y a pas à hésiter, que la Roumanie, demandant à entrer dans la grande famille européenne, doit accepter les charges et même les ennuis de la situation dont elle réclame le bénéfice, et que l'on ne trouvera, de longtemps, une occasion aussi solennelle et décisive d'affirmer de nouveau les principes qui font l'honneur et la sécurité des nations civilisées. Quant aux difficultés locales, M. le Premier Plénipotentiaire de France estime qu'elles seront plus aisément surmontées, lorsque ces principes auront été reconnus en Roumanie et que la race Juive saura qu'elle n'a rien à attendre que de ses propres efforts et de la solidarité de ses intérêts avec ceux des populations indigènes. M. Waddington termine en insistant pour que les mêmes conditions d'ordre politique et religieux indiquées pour la Serbie soient également imposées à l'Etat Roumain.

Le Prince de Bismarck faisant allusion aux principes du droit public en vigueur d'après la constitution de l'Empire allemand et à l'intérêt que l'opinion publique attache à ce que les mêmes principes suivis dans la politique intérieure soient appliqués à la politique étrangère, déclare s'associer, au nom de l'Allemagne, à la proposition française.

Le Comte Andrássy adhère à la proposition française.

Lord Beaconsfield dit qu'il donne une complète adhésion au nom du Gouvernement Anglais

à la proposition française. S. E. ne saurait supposer un instant que le Congrès reconnaîtrait l'indépendance de la Roumanie en dehors de cette condition.

Les Plénipotentiaires Italiens font la même déclaration.

Le Prince Gortchacow, se référant aux expressions par lesquelles a été motivée la proposition française et qui donnent la plus grande extension à la liberté religieuse, se rallie entièrement à cette proposition.

Le Comte Schouvalow ajoute que l'adhésion de la Russie à l'indépendance est cependant subordonnée à l'acceptation par la Roumanie de la rétrocession réclamée par le Gouvernement Russe.

Les Plénipotentiaires Ottomans n'élèvent aucune objection contre les principes présentés par les Plénipotentiaires Français, et le Président constate que le Congrès est unanime à n'accorder l'indépendance à la Roumanie qu'aux mêmes conditions posées à la Serbie. Mais S. A. S. appelle l'attention de ses collègues sur la réserve que le Comte Schouvalow vient de formuler, et d'après laquelle la reconnaissance de l'indépendance Roumaine ne serait unanimement consentie par le Congrès que sous la condition que la Roumanie admettrait l'échange de territoire stipulé dans l'article XIX.

M. Waddington, sans faire à ce sujet de proposition formelle, s'adresse à l'esprit d'équité et de bienveillance du Gouvernement Russe et demande s'il ne serait pas possible de donner quelque satisfaction à la Roumanie. En entrant dans cette voie, les Plénipotentiaires de Russie apporteraient un grand soulagement aux préoccupations de conscience de plusieurs de leurs collègues. Les paroles prononcées hier par le Prince de Bismarck ont indiqué sans doute l'intérêt qui s'attache, pour le succès de l'oeuvre du Congrès, à la conclusion prompte et définitive de l'échange dont il est question: il est opportun, en effet, de ne point prolonger un état de choses qui engage l'amour propre d'un grand Empire; mais, si tel est le sentiment des Plénipotentiaires Français, ils considèrent en même temps que les Roumains ont été traités un peu durement, et que la compensation qui leur est offerte n'est pas suffisante. Depuis la réunion du Congrès, la France a toujours conseillé à la Roumanie d'accepter la rétrocession de la Bessarabie, mais M. Waddington croit devoir faire entendre, au nom de son gouvernement, un appel aux sentiments équitables de la Russie, et exprime le désir qu'il soit accordé à la Principauté une extension de territoire au midi de la Dobroutscha qui comprendrait Silistrie et Mangalia.

Le Comte Andrássy a souvent rappelé que le Gouvernement Austro-Hongrois a principalement en vue la recherche de solutions définitives susceptibles de prévenir des complications ultérieures. C'est dans cet ordre d'idées qu'il a été d'avis que le Congrès entendît les délégués Roumains: c'est encore dans la même pensée que S. E., en se réservant d'insister, lorsqu'il sera question de la navigation du Danube, sur le principe de la liberté la plus complète, désirerait aujourd'hui que le Congrès prononçât l'annexion de la Dobroutscha à la Roumanie et en même temps, conformément à l'opinion exprimée par M. Waddington, fût en mesure d'accorder une extension de frontière de la Dobroutscha entre Silistrie et la Mer Noire. Cette décision faciliterait une solution de la question présente.

Le Comte Corti désire joindre l'appel de l'Italie, à celui que les Plénipotentiaires Français ont fait entendre. S. E. exprimant l'espoir que les Roumains se résigneront à la rétrocession de la Bessarabie, soutient qu'il serait équitable de leur donner une plus grande extension des frontières méridionales de la Dobroutscha.

Le Prince Gortchacow fait observer que dans une séance précédente il a déjà démontré que le dédommagement offert à la Principauté était suffisant, que la Dobroutscha compensait amplement la cession de la Bessarabie et que d'ailleurs la Roumanie gardait le Delta du Danube. S. A. S. s'explique difficilement dans quel sens la générosité de la Russie pourrait s'exercer puisque la Dobroutscha serait agrandie aux dépens de la Principauté Bulgare déjà considérablement réduite. Le Prince Gortchacow désirerait du moins connaître quels territoires on aurait en vue.

Le Président demande si la haute Assemblée pense que la discussion de la ligne à tracer doit avoir lieu en séance plénière.

Le Prince Gortchacow exprime le désir que cette question soit terminée dans la présente séance. Une discussion poursuivie en détail dans le sein d'une Commission serait bien lente: il serait préférable de décider sur le champ, même au prix de quelque acte de générosité de la part de la Russie.

Le Comte Schouvalow, en réponse à la demande d'une concession plus large qui a été adressée à son gouvernement par M. le Premier Plénipotentiaire de France d'accord avec ses collègues d'Autriche - Hongrie et d'Italie et appuyée par le reste de l'Europe, croit devoir déclarer que la Russie a déjà largement agi en offrant une province qui dépasse de 3,500 kilomètres carrés l'étendue de la Bessarabie, et qui de plus présente 150 kilomètres de rive du Danube et un littoral important de la Mer Noire; si toutefois la Roumanie désire obtenir encore quelques localités où l'élément Roumain se trouverait, sinon en majorité, du moins assez compact, les Plénipotentiaires de Russie ont quelque latitude pour une semblable combinaison. De Rassova à Silistrie, il y a une bande de terrain sur laquelle la population Roumaine est assez nombreuse et S. E. estime que dans un triangle partant de l'Est de Silistrie et rejoignant la frontière actuelle, un certain agrandissement de territoire pourrait être consenti par son gouvernement.

Le Prince de Bismarck désirerait, comme le Prince Gortchacow, que cette question pût être terminée aujourd'hui; il serait heureux que l'agrandissement proposé et dont l'acceptation garantirait l'unanimité du Congrès en faveur de l'indépendance Roumaine, satisfît la Principauté. D'autre part, l'oeuvre du Congrès ne saurait, à son avis, être durable, ainsi qu'il l'a déjà fait remarquer, si un sentiment de dignité blessée subsistait dans la politique à venir d'un grand Empire; et quelle que soit sa sympathie pour l'Etat de Roumanie dont le Souverain appartient à la famille Impériale d'Allemagne, S. A. S. ne doit s'inspirer que de l'intérêt général qui conseille de donner une nouvelle garantie à la paix de l'Europe.

M. Waddington exprime de nouveau le désir que Mangalia sur la Mer Noire soit comprise dans la nouvelle frontière; une discussion s'engage entre les Plénipotentiaires sur le tracé de la ligne dans laquelle le Comte Corti désirerait que Silistrie fût incluse, ainsi que sur les termes qui pourraient en déterminer exactement l'étendue.

Le Comte Schouvalow, pour donner suite au voeu de M. le Premier Plénipotentiaire de France, donne lecture de la rédaction suivante:

»Vu la présence d'éléments roumains, les Plénipotentiaires Russes consentent à prolonger la frontière de la Roumanie le long du Danube, à partir de Rassova dans la direction de Silistrie. Le point frontière sur la Mer Noire ne devrait pas dépasser Mangalia.«

Ce texte qui implique que Mangalia est placée en deçà de la frontière Roumaine, est accepté par le Congrès.

M. le Premier Plénipotentiaire de France remercie MM. les Plénipotentiaires de Russie d'être entrés dans la voie qu'il avait indiquée.

Lord Salisbury ayant demandé que l'île des Serpents soit ajoutée à l'agrandissement concédé à la Roumanie, les Plénipotentiaires de Russie déclarent y consentir.

Le Président, résumant les résultats de la discussion, constate que l'unanimité de la haute Assemblée reconnaît l'indépendance de la Roumanie sous les conditions analogues à celles imposées à la Serbie, et, en outre, sous la condition que la Roumanie accepte en échange de la Bessarabie, la Dobroutscha augmentée de la ligne dont le tracé vient d'être déterminé.

Carathéodory Pacha lit les propositions suivantes:

»I. Le tribut actuel de la Roumanie sera capitalisé et le montant en sera versé dans les caisses du Trésor Ottoman dans un délai de . . . .

II. La Roumanie supportera une part de la dette publique Ottomane proportionnelle aux revenus du territoire qui lui sera définitivement annexé.

III. Pour tout le territoire cédé, la Roumanie est substituée aux droits et obligations de la

Sublime Porte en ce qui concerne les entreprises de travaux publics et autres du même genre.«

Le Président fait observer que l Congrès n'a pas à discuter ces questions en séance plénière, et le Congrès décide le renvoi des propositions de M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie à la Commission de rédaction.

Carathéodory Pacha, visant la question de l'indemnité indiquée dans le 1er alinéa de l'article V du Traité de San Stefano, fait remarquer que, les articles du traité n'ayant pas été acceptés comme obligatoires pour la Roumanie, qui ne peut, par conséquent, en réclamer le bénéfice, il y aurait lieu de supprimer les clauses éventuellement insérées en sa faveur. Celle de l'indemnité est de ce nombre ainsi que le 2e alinéa du même article relatif aux droits des Roumains dans l'Empire Ottoman. S. E. demande donc que l'article V soit réduit à la première phrase, c'est-à-dire à la reconnaissance de l'indépendance de la Principauté.

Lord Salisbury approuve cette proposition et le Président pense qu'en effet ces questions particulières ne faisant point partie de l'objet des discussions du Congrès, restent à débattre entre la Turquie et la Principauté Roumaine.

Le Congrès décide que la fin du 1er alinéa de l'article V est supprimée.

Un échange d'idées a lieu sur le 2e alinéa entre Lord Salisbury, M. Desprez et le Comte de Saint Vallier, d'où il résulte que le but de cette disposition serait d'assurer le bénéfice de la juridiction et de la protection consulaires aux sujets roumains dans l'Empire Ottoman. La haute Assemblée est d'avis de renvoyer cet alinéa à la commission de rédaction.

Le Congrès passe à la question du Monténégro.

Le Président donne lecture de l'article 1er du Traité de San Stefano, et demande si les Puissances spécialement intéressées se sont mises d'accord en vue d'éviter une discussion sur le tracé des frontières.

Le Comte Andrássy propose de remettre ce point à la commission de délimitation, et le Baron de Haymerle donne lecture de la motion qui suit:

»Le Monténégro recevra un agrandissement territorial dont l'étendue sera établie par une définition ultérieure des frontières.

Cette définition ne pouvant pas se faire dans le plenum du Congrès, la commission de délimitation, nommée par le Congrès, sera chargée de formuler et de soumettre au Congrès un tracé de frontières.

Les deux annexes ci-jointes contiennent les propositions des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie pour le tracé des frontières et pour les réserves relatives à Antivari et à son littoral.«

voir les annexes du protocole.

Le Comte Schouvalow fait connaître que les Plénipotentiaires Russes se sont entendus avec leurs collègues d'Autriche-Hongrie sur tous les principes de la délimitation: quant aux détails c'est à la commission qu'il appartiendra de les fixer.

Le Président dit que le Congrès apprend avec plaisir que l'entente se soit établie entre les Puissances particulièrement intéressées sur la question des limites du Monténégro et constate le désir unanime de la haute Assemblée de renvoyer les détails à la commission de délimitation.

Le Prince de Hohenlohe ayant demandé si la Commission de délimitation devra soumettre son travail au Congrès avant de le transmettre à la Commission de rédaction, le Comte de Saint-Vallier émet l'avis, partagé par la haute Assemblée, que le Congrès devra en effet sanctionner au préalable le travail de la Commission de délimitation qui sera ultérieurement renvoyé à la Commission de rédaction pour les questions de forme.

Carathéodory Pacha relève l'importance considérable que son Gouvernement attache à la question des frontières du Monténégro et développe les motifs qui engagent la Porte à désirer que la ligne ne soit pas trop étendue du côté de l'Albanie. S. E. indique, à l'appui de cette opinion, diverses raisons stratégiques et ethnographiques. Passant ensuite à la question des ports, le Premier Plénipotentiaire Ottoman insiste contre la cession d'Antivari au Monténégro. La Porte n'aurait pas l'objection contre Spizza,

mais elle maintient qu'Antivari est Albanais, que les Monténégrins ne pourront y demeurer que par la force, contre le voeu des populations. S. E., fesant allusion aux attaques réciproques qui se produisent sans cesse entre Albanais et Monténégrins, annonce que son gouvernement a reçu, à cet égard, des télégrammes inquiétants. Carathéodory Pacha rappelle la clause insérée dans les bases de la paix, et dont les stipulations du Traité de San Stefano ne devaient être que le développement; S. E. affirme que les Plénipotentiaires à San Stefano n'ont pu être exactement renseignés sur l'état des choses, qu'il y a eu erreur, et termine en appelant expressément l'attention du Congrès sur l'ordre de considérations qu'il vient de développer et qui présente un intérêt majeur pour la Turquie.

Le Président, tout en affirmant que le Congrès ne saurait manquer d'apprécier les raisons invoquées par Carathéodory Pacha, considère qu'on doit toujours compter que la S. Porte maintiendra les engagements qu'elle a pris à San Stefano sauf modification acceptée par l'Europe.

Le Comte Schouvalow fait observer que le Premier Plénipotentiaire Ottoman ne connaît pas encore la délimitation proposée par l'Autriche-Hongrie et la Russie: S. E. espère que la Porte en sera satisfaite car cette délimitation lui rend une partie du territoire qu'elle a concédé à San Stefano.

Les trois premiers alinéas de l'article 1er sont réservés à la Commission de délimitation et le 4^{e} relatif à la navigation de la Boiana renvoyé à la Commision de rédaction.

Sur le 1er alinéa de l'article 2 ainsi conçu: »La Sublime Porte reconnaît définitivement l'indépendance de la Principauté de Monténégro«

Lord Salisbury dit que son gouvernement n'a jamais reconnu cette indépendance et demande la suppression du mot »définitivement«.

Il résulte de l'échange d'idées qui s'établit à ce sujet, que l'Allemagne a en principe reconnu l'indépendance de la Principauté et que l'Autriche-Hongrie l'a déjà reconnue antérieurement d'une manière formelle. Le Comte de Saint Vallier, sur un question posée par le Président, répond que la France l'a reconnue implicitement. Les Plénipotentiaires de Russie déclarent que leur gouvernement n'a jamais cessé de la reconnaître, puisque les Princes du Monténégro n'étaient point confirmés par le Sultan et ne payaient point de tribut. LL. EE. demandent le maintien du texte de l'article. Le Comte de Launay ayant fait remarquer qu'on peut laisser l'article dans le traité et que le protocole indiquera les opinions respectives, le Président déclare l'incident clos, et, de l'avis de la haute Assemblée, prononce le renvoi de l'article à la Commission de rédaction.

Le Baron de Haymerle lit une motion relative à la liberté des cultes dans le Monténégro:

»Tous les habitants du Monténégro jouiront d'une pleine et entière liberté de l'exercice et de la pratique extérieure de leurs cultes et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.«

Carathéodory Pacha lit une proposition sur l'attribution à la Principauté d'une part de la dette publique ottomane:

»Le Monténégro prendra à sa charge une partie de la dette publique de l'Etat proportionnelle aux revenus des territoires qui lui seraient définitivement annexés.«

Sur une observation du Comte Schouvalow, le Premier Plénipotentiaire Ottoman dit que la proposition ne vise que les districts nouvellement annexés au Monténégro.

Lord Salisbury lit le projet d'article additionnel suivant:

»Tous les habitants du territoire annexé au Monténégro conserveront leurs propriétés et ceux qui fixeraient leur résidence personnelle hors de la Principauté, pourront y conserver leurs immeubles en les faisant affermer ou administrer par d'autres.

Une commission turco-monténégrine sera chargée de régler, dans le courant de trois années, toutes les affaires relatives au mode d'aliénation, d'exploitation ou d'usage pour le compte de la S. Porte, des propriétés de l'Etat et des fondations pieuses (Vakouf).«

Le Comte Schouvalow demande dans cet article la suppression de la stipulation relative aux propriétés qui ne se trouve point dans les documents analogues qui concernent les autres Principautés. Le Président ayant fait observer qu'en effet le Congrès doit traiter également des situations semblables, Lord Salisbury pense que sa proposition pourrait être soumise à la Commission de rédaction qui recevrait pour instruction de la généraliser.

Le Congrès approuve cette procédure et passe au 2e alinéa de l'article II.

Le Comte Andrássy fait remarquer que cet alinéa et ceux qui suivent n'ont plus de raison d'être, une fois l'indépendance proclamée. Ils concernent les rapports du Monténégro avec la Porte, qui ne sauraient être réglés par le Congrès. Ce sont des affaires spéciales à la Principauté, et dans lesquelles pour ce qui la regarde, l'Autriche-Hongrie n'est nullement disposée à accepter l'arbitrage éventuel que lui défère le 4e alinéa. S. E. ajoute qu'il est d'un intérêt général que les Etats reconnus indépendants deviennent maîtres de leurs destinées et apprennent à vivre de leur propre existence. Ce n'est qu'en acquérant la conviction qu'ils sont responsables de leur politique et qu'ils recueilleront les fruits de bonnes relations comme ils subiraient les conséquences de mauvais rapports, qu'il sera donné à ces pays et aux Etats limitrophes la garantie d'une coéxistence possible. S. E. demande donc la suppression de tous ces alinéas.

Les Plénipotentiaires de Russie y consentent.

Carathéodory Pacha désire le maintien en principe du 2e alinéa qui astreint aux lois et autorités locales les Monténégrins séjournant dans l'Empire Ottoman et fait ressortir les nécessités pratiques spéciales, qui rendent indispensables, pour l'avantage même des habitants du Monténégro établis en Turquie, les dispositions dont ils sont l'objet.

Le Congrès, s'étant rallié à cette opinion, décide que le 2e alinéa est renvoyé à la Commission de rédaction, et que les 3e et 4e sont supprimés.

Le 5e alinéa relatif à l'évacuation du territoire ottoman par les troupes du Monténégro est l'objet de diverses observations de la part des Plénipotentiaires Français qui en demandent le maintien, et du Comte Schouvalow qui, tout en désirant vivement la prompte évacuation du territoire Turc, est contraire, en principe, aux délais indiqués avec une précision souvent irréalisable.

Mehemed Ali Pacha objecte que les Monténégrins n'ayant point de bagages et autres »impédimenta« peuvent très-aisément quitter le territoire Ottoman dans le terme fixé.

Le Plénipotentiaire de Russie ayant insisté, le Comte de Launay propose de remplacer le délai de 10 jours indiqué dans l'article par ces mots »dans le plus bref délai possible.« Le Comte Andrássy suggère »20 jours ou plus tôt si faire se peut.«

Le Congrès décide le renvoi à la Commission de rédaction.

Le Président constate que la haute Assemblée a terminé tout son ordre du jour. Pour la prochaine séance fixée à demain, Mardi 2 Juillet, l'ordre du jour est la navigation du Danube, l'indemnité de guerre, et, s'il y a lieu, rapport de la Commission de délimitation.

La séance est levée à 5 heures.

signé:

v. BISMARCK.	SALISBURY.
B. BÜLOW.	ODO RUSSELL.
HOHENLOHE.	L. CORTI.
ANDRÁSSY.	LAUNAY.
KÁROLYI.	GORTCHACOW.
HAYMERLE.	SCHOUVALOFF.
WADDINGTON.	P. D'OUBRIL.
SAINT VALLIER.	AL. CARATHÉODORY.
H. DESPREZ.	MEHEMED ALI.
BEACONSFIELD.	SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Annexe 1 au Protocole 10.

Frontière pour le Monténégro.

(Carte de l'état-major autrichien.)

La nouvelle frontière partira de la sommité du mont Ilino-brdo au nord de Klobuk et suivra les hauteurs qui bordent la Trebišnica, dans la direction de Pilatova, laissant ce village au Monténégro. De là la frontière ira par les hauteurs dans la direction nord, à une distance d'environ 6 kilomètres de la route: Bilek, Korito, Gacko, jusqu'au col entre la Somina-Planina et le mont Curilo. Elle continuera ensuite vers l'est par Vratkoviči, laissant ce village à l'Herzégovine, jusqu'à la montagne Latično, d'où elle tournera vers le nord, passant entre les villages Ravno et Zanjevina et puis par les contreforts orientaux du Leberšnik et du Volujak, laissant le bassin de la Sutjeska à l'Herzégovine, jusqu'à la Piva à environ 10 kilomètres en amont de sa jonction avec la Tara. De ce point la frontière remontera la Piva et traversera la montagne près du village Nedvine pour rejoindre la Tara, qu'elle remontera jusqu'à Mojkovac. Puis elle suivra la crête du contrefort jusqu'à Siškojezero, d'où elle se confondra avec l'ancienne frontière jusqu'au village Zabrdje. De ce point la nouvelle frontière se dirigera par les crêtes des montagnes au Paklen, d'où elle longera la crête de la grande chaîne des montagnes albanaises, formant le partage des eaux entre le Lim d'un côté et le Drin — ainsi que la Cievna (Zem) de l'autre. Elle suivra ensuite les limites actuelles entre la tribu des Kuči-Drekalovici d'un côté et la Kučka-Kraina, ainsi que les tribus des Klementi et Grudi de l'autre, jusque dans la plaine de Podgorica, d'où elle se dirigera sur Plavnica, laissant à l'Albanie les tribus montagnardes des Klementi, Grudi et Hoti. Ensuite traversant le lac, la frontière passera près de l'îlot Gorice Topal d'où elle traversera la montagne, pour aboutir à la mer, à la pointe de Kruči, laissant à l'Albanie le district de Dulcigno.

Au nord-ouest ce littoral sera limité par une ligne qui passera de la côte entre les villages Sušana et Zubći, pour aboutir à la pointe extrême sud-est de la frontière actuelle du Monténégro sur la Vrsuta-Planina.

Annexe 2 au Protocole 10.

L'annexion d'Antivari et de son littoral au Monténégro sera consentie aux conditions suivantes:

Les contrées situées au sud de ce territoire, d'après la délimitation contenue dans l'annexe No. 1, jusqu'à la Boyana, y compris Dulcinjo, seront restituées à la Turquie.

La commune de Spica jusqu'à la limite septentrionale du territoire précisé dans la description détaillée des frontières sera incorporée à la Dalmatie.

Le Monténégro jouira de la liberté de navigation sur la Boyana.

Le Monténégro ne pourra avoir des bâtiments de guerre ni de pavillon de guerre maritime.

Le port d'Antivari et toutes les eaux monténégrines resteront fermées aux bâtiments de guerre étrangers.

Les fortifications existantes sur le territoire monténégrin seront rasées et il ne pourra y en être élevé de nouvelles.

La police maritime et sanitaire, tant à Antivari que tout le long de la côte du Monténégro, sera exercée par l'Autriche-Hongrie moyennant de légers bâtiments garde-côtes.

Le Monténégro adoptera la législation maritime en vigueur en Dalmatie. De son côté l'Autriche-Hongrie s'engage d'accorder sa protection consulaire au pavillon marchand monténégrin.

Le Monténégro devra s'entendre avec l'Autriche-Hongrie sur le droit de construire et d'entretenir à travers le nouveau territoire monténégrin une route et un chemin de fer.

Sur ces voies une entière liberté de communication sera assurée.

Protocole N° 11.

Séance du 2 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 3 heures moins $\frac{1}{4}$.

Le Comte Schouvalow demande au Congrès de décider une question relative aux travaux de la Commission de délimitation. La fixation des frontières de la Serbie et du Monténégro a été remise à cette Commission qui espère être, très prochainement, en état de présenter les résultats de ses études; mais la délimitation de la Bulgarie, indiquée, pour ses grandes lignes, dans le document lu par Lord Salisbury dans la 4ème séance et accepté par le Congrès, n'a pas été renvoyée à la Commission de délimitation. S. E. exprime le désir que la Commission soit saisie de ce document et autorisée à statuer sur les détails, puis à soumettre au Congrès le résultat de ses délibérations.

Après un échange d'idées d'où il résulte que la Commission est prête à se charger de ce travail, qui n'est, d'ailleurs, qu'une question de forme, le Président constate que le Congrès remet à la Commission le soin de préparer la délimitation de la frontière Bulgare.

L'ordre du jour appelle la discussion des articles XII et XIII du Traité de San Stefano relatifs au Danube et aux forteresses. Le Président donne lecture de l'article XII, et le Baron de Haymerle présente à la haute Assemblée le projet suivant d'une nouvelle rédaction de cet article:

»1° Afin d'assurer, par une nouvelle garantie, la liberté de navigation sur le Danube, toute la partie du fleuve à partir des Portes de fer jusqu'aux embouchures dans la Mer Noire est déclarée neutre. Les îles situées dans ce parcours et aux embouchures (les Iles des Serpents), ainsi que les bords de la rivière sont compris dans cette neutralité.

En conséquence, les fortifications qui s'y trouvent seront rasées, et il ne sera pas permis d'en ériger de nouvelles. Tous les bâtiments de guerre sont exclus de la partie susdite du fleuve, à l'exception des bâtiments légers destinés à la police fluviale et au service des douanes. Les stationnaires aux embouchures sont maintenus, mais ils ne pourront pas remonter la rivière au delà de Galatz.

2° La Commission Européenne du Bas-Danube est maintenue dans ses fonctions,

qu'elle exercera à partir de Galatz jusqu'à la mer. Sa durée s'étendra au delà de 1883, jusqu'à la conclusion d'un nouvel accord. Ses droits, obligations et prérogatives sont conservés intacts. Les immunités dont jouissent ses établissements, ses ouvrages et son personnel en vertu des traités existants, sont confirmées.

Dans l'exercice de ses fonctions, la Commission Européenne sera indépendante de l'autorité de l'Etat au territoire duquel appartient le delta du Danube; elle aura ses propres signaux et insignes sur ses bâtiments et établissements; elle nommera et paiera elle-même ses fonctionnaires. Ses obligations financières seront l'objet d'un nouveau règlement, et le statut de son organisation sera soumis à une révision pour le mettre en harmonie avec les circonstances nouvelles.

Outre les Etats qui prennent part à la Commission Européenne en vertu du Traité de Paris, la Roumanie y sera représentée par un délégué.

3° Les règlements de navigation et de police fluviale en aval des Portes de fer seront conformes à ceux qui ont été ou qui seront introduits par la Commission Européenne pour le parcours en aval de Galatz. Un commissaire délégué par la Commission Européenne veillera à l'exécution de ces règlements. Dans le parcours entre les Portes de fer et Galatz, le commerce et la navigation ne seront frappés d'aucune taxe spéciale qui aurait pour effet de favoriser le commerce et les communications par terre au préjudice de celles par le fleuve.

4° En modification de l'article VI du Traité de Londres du 13 Mars 1871, l'exécution des travaux destinés à faire disparaître les obstacles que les Portes de fer et les cataractes opposent à la navigation, est confiée à l'Autriche-Hongrie. Les Etats riverains de cette partie du fleuve accorderont toutes les facilités qui pourraient être requises dans l'intérêt des travaux.

Les dispositions de l'article VI du traité précité relatives au droit de percevoir une taxe provisoire destinée à couvrir les frais des travaux en question, sont maintenues à l'égard de l'Autriche-Hongrie.«

Lord Salisbury adhère aux principes généraux développés dans cette proposition, mais il fait observer que ce texte constitue une législation entière qu'on ne peut accepter dans ses détails à la première lecture. Son Excellence considère la question comme fort importante et désirerait qu'elle fût discutée par le Congrès, mais dans une séance ultérieure.

Le Président croit que les nombreux détails visés par la proposition qui vient d'être lue sont en dehors de la tâche du Congrès. Les Plénipotentiaires sont assemblés pour accepter, rejeter ou remplacer les articles du Traité de San Stefano, mais une réglementation aussi développée d'un point spécial, — (bien qu'autant qu'il en peut juger à première vue, il soit disposé à en accepter les dispositions) — lui semble n'être pas dans les attributions de la haute Assemblée.

Le Baron de Haymerle fait remarquer que la proposition Austro-Hongroise contient plusieurs principes essentiels: 1° neutralisation du Danube jusqu'aux Portes de fer; 2° permanence de la Commission Européenne; 3° participation de la Roumanie aux travaux de cette Commission; 4° attributions à l'Autriche-Hongrie seule des travaux à accomplir aux Portes de fer.

Le Comte Schouvalow considère comme le Président que cette législation ne saurait être discutée au Congrès dans ses détails, mais il croit devoir signaler sur le champ qu'il n'en comprend pas l'idée capitale. Que faut-il entendre par neutralisation? quelle en serait l'étendue et dans quel but cette mesure est-elle demandée?

Lord Salisbury pense que la Russie étant désormais riveraine du Danube, un élément nouveau se trouve introduit dans les questions qui touchent à la navigation du fleuve. Des dispositions spéciale sont nécessaires au commerce et S. E. désire que le Congrès retienne la question en ajournant toutefois la discussion jusqu'à ce

que les Puissances se soient mises d'accord sur la procédure à suivre.

Le Président croit pouvoir maintenir à l'ordre du jour la discussion sur les articles XII et XIII, et le Comte Andrássy est d'avis qu'en effet il n'y a point de contradiction entre la proposition Austro-Hongroise et ces articles: S. E. la considère comme un amendement nécessité par la situation nouvelle qui résulte de l'attribution de la Dobroutcha aux Roumains, de la Bessarabie aux Russes etc.

Le Président émet la pensée que plusieurs grands principes pourraient être extraits de la proposition et présentés au vote du Congrès.

Le Prince Gortchacow rappele que le Traité de Paris a confirmé les actes du Traité de Vienne sur la liberté de la navigation fluviale et que, d'après les déclarations des Plénipotentiaires de Russie dans une séance précédente, la rétrocession de la Bessarabie ne saurait exercer aucune influence sur la liberté du fleuve. S. A. S. ne s'explique donc pas la nécessité de dispositions nouvelles dans cette question.

Le Prince de Bismarck répète que le Congrès n'a pas à développer les questions de détail sur lesquelles les Puissances intéressées sont en mesure de s'entendre entre elles. S. A. S. persiste à penser que la proposition Austro-Hongroise devrait être renvoyée soit au Comité de rédaction, soit aux Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie qui en détacheraient les principes majeurs, seuls susceptibles d'être votés par le Congrès.

Cette dernière opinion, appuyée par M. d'Oubril, est acceptée par le Congrès, MM. les Plénipotentiaires de Russie ayant d'ailleurs fait remarquer que leur adhésion au remaniement du projet par les soins de leurs collègues d'Autriche-Hongrie, n'implique nullement leur assentiment aux principes de la proposition.

Le Président reprend la lecture de l'article XII, et le Congrès décide, sur l'observation de Lord Salisbury et du Baron Haymerle, que les mots: »l'Empire Russe« doivent être ajoutés dans l'énumération des Etats riverains. La haute Assemblée, après lecture du 2e alinéa du même article reconnaît que la Roumanie devra désormais être représentée dans la Commission Européenne.

Le Congrès passe à l'article XIII.

Le Président déclare ne point voir d'intérêt européen dans cette disposition, et en ce qui concerne notamment le dédommagement attribué aux particuliers qui ont souffert du fait de guerre, Lord Salisbury juge cette indication trop vague pour figurer dans un traité. S. E. propose la suppression de l'article.

Le Comte Schouvalow n'y a point d'objection, sous la condition expresse qu'il n'en résultera aucune obligation pour la Russie.

Carathéodory Pacha est également d'avis de supprimer cet article afin d'éviter des complications inutiles, et le Congrès, ayant donné son assentiment à cette proposition, passe à la discussion de l'article XIX relatif à l'indemnité de guerre.

Le Président, avant de donner lecture de cet article, dit qu'il demeure bien entendu que la discussion ne portera pas aujourd'hui sur les dispositions territoriales en Asie, mais uniquement sur l'indemnité proprement dite, c'est-à-dire sur les deux alinéas qui terminent l'article. La première phrase de l'alinéa c, étant relative à la question territoriale, est écartée, et l'ordre du jour ne s'applique qu'à la suite de l'alinéa ainsi conçue: »quant au reste de l'indemnité, sauf les dix millions de roubles dûs aux intérêts et institutions russes en Turquie, soit 300 millions de roubles, le mode de paiement de cette somme et la garantie à y affecter, seront réglés par une entente entre le Gouvernement Impérial de Russie et celui de S. M. le Sultan.«

Lord Salisbury relève l'importance des mots: »la garantie à y affecter« et S. E. ajoute que si cette garantie devait être une indemnité territoriale, les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne s'y opposeraient formellement.

Le Prince Gortchacow déclare au nom de son Gouvernement que la question de la garantie est, en effet, à régler entre la Russie et la Porte, mais que l'expression indiquée par Lord Salisbury n'implique aucune acquisition territoriale.

Le Président ayant demandé si cette déclaration qui doit être insérée au Protocole et dont

le Congrès prendrait acte, satisferait la haute Assemblée, et Lord Salisbury ayant, de son côté, exprimé le désir de savoir quelle serait alors la garantie de l'indemnité, le Prince Gortchacow repète que cette garantie dépendra des arrangements de la Russie avec le Gouvernement du Sultan, mais sera réglée en dehors de toute acquisition territoriale.

Caratheodory Pacha lit les considérations suivantes:

»Les Plénipotentiaires Ottomans ont le devoir d'appeler tout particulièrement l'attention de la haute Assemblée sur les stipulations du Traité de San Stefano concernant l'indemnité de guerre. Ils prient tout d'abord le Congrès de prendre en considération que la guerre qui vient de se terminer n'a pas eu pour cause la violation par la Turquie d'un engagement que cette Puissance aurait contracté vis-à-vis de la Russie. Le Cabinet de St. Pétersbourg ayant déclaré la guerre pour obéir au sentiment auquel il tenait à donner une satisfaction, les grands et éclatants avantages qu'il a remportés et les résultats qu'il a obtenus constituent une ample compensation des efforts et des sacrifices pécuniaires que le Gouvernement Impérial de Russie avait naturellement assumés d'avance dans sa pensée.

Sans insister sur les précédents que l'histoire la plus récente de la Russie elle-même pourrait leur fournir et qui sont présents à la mémoire de tous les membres du Congrès, les Plénipotentiaires Ottomans, en se rapportant aux dispositions du Traité de San Stefano relatives au paiement d'une indemnité de guerre pensent qu'ils n'auraient qu'à invoquer les explications que le Gouvernement Impérial de Russie a bien voulu donner sur ce point pour faire voir que dans la pensée du Cabinet de St. Pétersbourg aussi la possibilité pour la Turquie de payer l'indemnité de guerre fait l'objet de doutes très-sérieux. D'un autre côté, on a signalé d'une manière frappante, les graves inconvénients qui résulteraient de l'existence d'une créance dont la réalisation ne pourrait qu'être laissée dans le vague.

De fait, la guerre qui vient de se terminer a causé à la Turquie des dommages incalculables. Sans parler des finances de l'Etat, dont la situation est connue, la désolation dans laquelle se trouvent plongées les villes et les campagnes de la Turquie d'Europe et d'Asie est peut-être sans exemple dans l'histoire. D'où la Turquie tirerait-elle aujourd'hui les ressources qui lui seraient indispensables pour pourvoir aux dépenses des services les plus urgents, pour ne pas laisser ses créanciers sans aucune consolation, pour remplir dans la mesure du possible, un simple devoir d'humanité envers des masses privées du plus strict nécessaire et pour subvenir aussi au service d'une indemnité de guerre? Nous ne parlons pas des améliorations à introduire, améliorations dont le Gouvernement Impérial Ottoman aussi bien que l'Europe reconnaissent l'extrême urgence et qui toutes exigeraient de nouvelles dépenses. Mais, indépendamment de ces améliorations, il faut pourvoir aux dépenses inexorables de l'heure présente. Toutes les Puissances reconnaissent que la Turquie ne peut y suffire même au prix des plus grands sacrifices; comment pourrait-elle dès lors assumer le paiement d'une indemnité de guerre? Le Gouvernement Impérial de Russie qui connaissait cette situation a demandé des territoires en Europe et en Asie pour tenir lieu et place de la majeure partie de l'indemnité qu'il avait calculée comme lui étant due.

Les facilités que le Congrès à trouvées pour l'arrangement d'ordre européen concernant la Dobroudja et la Bessarabie ont eu pour base un prélèvement important opéré sur l'indemnité de guerre. Bien que la question d'Asie n'ait pas encore été traitée dans le Congrès, on peut dire dès à présent que de ce côté aussi la Russie acquerra des territoires, qui, à s'en tenir à l'estimation du Cabinet de St. Pétersbourg lui-même, représenteront des sommes énormes. Si l'on exige d'autres paiements encore, les Plénipotentiaires Ottomans ont le devoir de déclarer qu'ils ne voient réellement pas d'où la Turquie pourrait les tirer sans porter une grave atteinte aux conditions les plus essentielles du fonctionement de son Gouvernement.

Ils prient le Congrès de vouloir bien prendre en considération que, si pour satisfaire au paiement d'une indemnité de guerre, l'on créait pour

la Turquie une situation financière intolérable, une pareille décision non seulement ruinerait les populations pour lesquelles l'Europe montre de l'intérêt, mais en même temps irait à l'encontre de l'idée qui a été exprimée touchant la conservation de l'autorité du Gouvernement Ottoman et à laquelle S. A. le Premier Plénipotentiaire de Russie a donné dans une de nos précédentes séances, une adhésion si explicite.«

Le Comte Schouvalow dit qu'il s'est efforcé de s'abstenir jusqu'à présent de revenir avec MM. les Plénipotentiaires Ottomans sur le passé, mais qu'en présence des observations lues par Carathéodory Pacha, il est de son devoir de sortir du silence qu'il a gardé. M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie a affirmé que la dernière guerre n'a été provoquée par aucune violation d'arrangements antérieurs. Le Comte Schouvalow maintient au contraire que la guerre a été la conséquence de la violation constante et journalière de dispositions convenues, et notamment des obligations contractées par la Porte en 1856 au Congrès de Paris. La Russie est restée pendant longtemps la spectatrice passive de ces violations; elle a gardé le silence, mais elle a été obligée d'intervenir en présence d'événements déplorables qui l'ont émue, comme ils ont ému l'Europe entière. Quant aux sentiments auxquels Carathéodory Pacha a fait allusion, en leur attribuant les causes de la guerre, ses paroles peuvent donner lieu à une fausse interprétation. La Russie n'a pas fait une guerre d'aspirations ou de sentiments; elle n'a eu qu'un seul but celui de venir au secours de populations chrétiennes et de leur assurer un sort meilleur. Enfin, M. le Premier Plénipotentiaire Ottoman a énuméré les sacrifices que la guerre a coûtés à la Turquie: le Comte Schouvalow se borne à faire observer que la Russie s'est également imposé de lourds sacrifices. L'exposé de M. le Plénipotentiaire Ottoman est tardif; il appartenait à la Turquie de calculer ses moyens et les charges qu'elle s'imposait, avant de rejeter le Protocole de Londres.

Lord Salisbury voudrait appeler l'attention de ses Collègues de Russie sur les inconvénients d'une indemnité qui dépasse les ressources du débiteur. Il regarde qu'une condition qui ne peut être remplie ne saurait qu'amener des complications en Europe. S. E. se demande, d'ailleurs, par quels moyens la Russie espère obtenir l'exécution d'une clause à première vue irréalisable.

Le Prince Gortchacow répond qu'il n'a pas à entrer dans la discussion de ce dernier point, réservé à l'entente qui doit s'établir entre l'Empereur, son auguste Maître, et le Gouvernement du Sultan. On pourrait, d'ailleurs, se poser la même question pour tous les autres créanciers de la Turquie.

Le Comte Schouvalow reconnaît qu'il y a plusieurs intérêts Européens à sauvegarder dans la question de l'indemnité et que l'Europe est en droit de se préoccuper de la forme du règlement. S. E. est en mesure de déclarer, au nom de son Gouvernement, qu'en aucun cas cette indemnité ne sera convertie en une acquisition territoriale. Ce premier point étant fixé, le Comte Schouvalow en vient aux droits des Gouvernements français et anglais pour les emprunts qu'ils ont garantis. En déclarant que la situation, en ce qui concerne ces emprunts, restera la même qu'avant la guerre, M. le Plénipotentiaire de Russie croit venir encore une fois au devant des voeux de l'Europe. Quant à la question de Lord Salisbury relative aux moyens dont la Russie compte user pour le recouvrement de sa dette, il faudrait, pour y répondre, procèder à un examen complet de l'état financier de la Turquie: S. Exc. se bornera à faire observer, que le mode de perception des impôts en Turquie est des plus insuffisants. Il a été écrit des volumes à ce sujet et il en appert qu'un tiers seulement de la somme payée par les contribuables rentre au Trésor Ottoman. C'est ce tiers qui forme les ressources budgetaires de la Turquie, c'est avec ce tiers qu'elle fait face à ses dépenses. Si dans l'avenir une meilleure administration financière parvenait á faire rentrer dans le Trésor, ne fût ce que le second tiers des impôts payés par les populations, cela doublerait les ressources de la Turquie et offrirait pour la Russie un moyen de remboursement auquel il lui serait impossible de renoncer en vue des éventualités heureuses qui pourraient se

produire dans le maniement des finances Ottomanes.

Lord Salisbury déclare au nom de son Gouvernement ne pas admettre que la Russie se trouvant créancière en vertu du traité de San Stefano puisse prendre un rang de préférence à aucun des créanciers de la Turquie dont les titres ont une date autérieure à la guerre.

Le Prince Gortchacow répond qu'il a seulement entendu parler d'une situation analogue.

Le Président prend acte au nom du Congrès des déclarations faites par les Plénipotentiaires Russes, et qui doivent être textuellement insérées au protocole. Il pense que le règlement ultérieur de la question peut être laissé à l'entente des deux Etats intéressés.

Le Comte Corti rappelle que, d'après les paroles de M. le Comte Schouvalow, si l'indemnité de 300 millions de roubles est confirmée par le vote du Congrès, cette somme ne jouirait d'aucun droit de préférence sur les emprunts garantis par la France et l'Angleterre. S. E. fait remarquer qu'il y a d'autres emprunts non garantis ou autres dettes, qui ne sont pas moins dignes d'intérêt, et il croit pouvoir penser que la déclaration russe s'étend à tous les créanciers de la Turquie.

Le Comte Schouvalow dit qu'il n'a pas examiné cette difficulté, mais qu'il pense satisfaire le Premier Plénipotentiaire d'Italie en affirmant d'une manière générale que, dans la question financière, la Russie compte respecter la légalité, c'est-à-dire toute hypothèque antérieure.

M. le Premier Plénipotentiaire de France constate que le Comte Schouvalow a fait deux déclarations: la première affirme qu'en aucun cas l'indemnité ne sera convertie en accroissement territorial; la seconde, que la Russie ne portera aucune atteinte aux intérêts des deux catégories d'emprunts, garantis ou de droit commun. M. Waddington prend acte de ces déclarations dont il constate l'importance pour les porteurs de titres de la dette ottomane, et il désirerait recevoir une déclaration analogue de la part des Plénipotentiaires Ottomans.

Carathéodory Pacha rappellant les observations qu'il a présentées au Congrès au commencement de la séance sur la gravité de la situation où se trouve son gouvernement, ajoute que, s'il y avait lieu de croire qu'une fois les prélèvements dont il s'agit opérés, la Turquie serait en mesure de payer une indemnité à la Russie, la discussion aurait une utilité pratique. Mais S. E. doit reconnaître qu'il n'en est rien, et que tout en tenant compte des améliorations et des ressources nouvelles qui se pourront produire, ces progrès exigeront un temps considérable. La Turquie doit cependant pourvoir aux dépenses absolument urgentes, à la suite d'une guerre qui a tari toutes ses sources de revenus. En présence d'une position aussi déplorable, comment son gouvernement pourrait-il payer une indemnité, quelque mitigée qu'elle soit? Comment pourrait-il être question pour lui d'assigner l'ordre dans lequel devrait figurer, dans la série des dettes de l'Etat, l'indemnité indiquée par le Traité de San Stefano? c'est pourquoi il a demandé que le Congrès reconnût l'impossibilité pour la Porte de prendre un engagement qu'elle ne pourrait pas tenir.

Le Président dit que la Turquie n'a pas maintenant d'engagement à prendre. L'engagement a été pris à San Stefano.

M. Waddington insiste pour obtenir de M. le Premier Plénipotentiaire Ottoman une réponse précise à sa question qui avait en vue, non pas l'indemnité à débattre entre la Russie et la Turquie, mais les créanciers antérieurs. Le Premier Plénipotentiaire de France, rappellant la déclaration que le Comte Schouvalow vient de faire en ce qui concerne la Russie, demande, de nouveau, si la Porte est disposée à donner les mêmes assurances et à déclarer qu'elle entend respecter à l'avenir tous ses engagements financiers et notamment les hypothèques affectées à la garantie des divers emprunts.

Carathéodory Pacha dit que le Gouvernement ottoman a toujours tenu à remplir tous ses engagements et qu'il n'a été amené à prendre des arrangements particuliers qu'en présence de nécessités absolues. Assurément, la Porte a le plus vif désir de satisfaire aux droits acquis, et n'épargnera aucun effort pour y parvenir dans la mesure de ses pouvoirs. Mais il craint que

l'idée seule d'une indemnité pécuniaire qui pèserait sur la Turquie ne paralyse ses efforts et son crédit.

Sur les observations réitérées de M. Waddington qui désirerait recevoir une réponse sur les intentions de la Porte au sujet des hypothèques affectées aux emprunts, Carathéodory Pacha dit que la Porte fera tout son possible pour remplir des engagements, et ajoute que, pour être en mesure de donner une déclaration plus précise, il doit prendre les instructions de son gouvernement.

Le Baron de Haymerle, au nom des créanciers Austro-Hongrois de la Turquie, s'étant associé aux observations présentées par le Premier Plénipotentiaire d'Italie, le Comte Schouvalow fait remarquer que la Russie n'a réservé que les droits d'hypothèques, qu'elle agira comme pour une dette particulière et n'a pas à se préoccuper de la nationalité des créanciers de la Turquie.

Le Président résume la discussion. Les Plénipotentiaires de Russie ont donné satisfaction à l'intérêt politique par une réponse dont le Congrès a pris acte. Les droits des porteurs de titres ottomans ayant été soutenus par la Grande Bretagne et la France, les déclarations de la Russie relatives à la priorité des hypothèques ont également paru satisfaisantes. Le fond des choses est donc réglé et il ne reste plus qu'une question de rédaction dont les Plénipotentiaires intéressés pourront se préoccuper en vue du Protocole.

Le Prince Gortchacow repète que l'indemnité de guerre n'affectera point les intérêts des créanciers de la Porte.

M. Waddington ajoute que le but principal de la discussion présente était de prendre acte des déclarations russe et ottomane.

Le Président, faisant allusion aux paroles prononcées dans le cours de la séance par le Comte Corti, voudrait constater que les stipulations relatives à l'indemnité de guerre n'ont pas à être »confirmées« par le Congrès.

M. le Premier Plénipotentiaire d'Italie demande si ces stipulations ne feront point partie du nouveau traité, et le Président répond qu'elles n'y doivent pas être insérées, le Congrès ne pouvant être garant de la comptabilité de la Porte.

Le Congrès décide que le 2e alinéa (d), relati aux 10 millions de roubles réclamés comme indemnité pour les sujets et institutions russes en Turquie, regarde les deux Etats intéressés et non point l'Europe. Il est donc entendu que les deux alinéas c et d, qui terminent l'article XIX du traité, ne seront pas insérés dans le traité futur.

Le Prince Gortchacow désire ajouter, comme éclaircissement, que son gouvernement a positivement interdit d'admettre au bénéfice de cette somme de dix millions de roubles les sujets russes engagés dans les fonds turcs.

L'ordre du jour est épuisé. Divers objets ayant été proposés pour l'ordre du jour suivant, le Congrès, sur la proposition du Comte de Saint Vallier, décide de régler ainsi la séance prochaine: 1° examen du résultat des travaux de la Commission de délimitation: ce résultat soumis au vote du Congrès devra être renvoyé à la Commission de rédaction; 2° amendement Austro-Hongrois sur le Danube; 3° article XXII du Traité de San Stefano relatif aux religieux russes et aux moines de l'Athos; 4° Affaires de Grèce.

La séance est levée à 4 heures ½.

signé:

v. BISMARCK.	SALISBURY.
B. BÜLOW.	ODO RUSSELL.
HOHENLOHE.	L. CORTI.
ANDRÁSSY.	LAUNAY.
KÁROLYI.	GORTCHACOW.
HAYMERLE.	SCHOUVALOFF.
WADDINGTON.	P. D'OUBRIL.
SAINT VALLIER.	AL. CARATHÉODORY.
H. DESPREZ.	MEHEMED ALI.
BEACONSFIELD.	SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:

RADOWITZ.

MOÜY.

Protocole N° 12.

Séance du 4 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour la **France**
M. Waddington, — le Comte de Saint Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour la **Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour la **Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Le protocole N° 10 est adopté.

Le Président fait mention des pétitions de la liste N° 9 et notamment de la communication adressée au Congrès par M. Ristitch, faisant savoir au Congrès que le Prince Milan l'a autorisé à déclarer que le gouvernement Serbe saisira la première occasion, après la conclusion de la paix, pour abolir par la voie légale la dernière restriction qui existe encore en Serbie relativement à la position des Israélites. S. A. S., sans vouloir entrer dans l'examen de la question, fait remarquer que les mots »la voie légale« semblent une réserve qu'il signale à l'attention de la haute Assemblée. Le Prince de Bismarck croit devoir constater qu'en aucun cas cette réserve ne saurait infirmer l'autorité des décisions du Congrès.

Le Président ayant fait appel aux communications que MM. les Plénipotentiaires croiraient devoir présenter, le Premier Plénipotentiaire de Turquie rappelle que, dans la 8e séance, le Président a déclaré que le protocole restait ouvert pour les nouvelles instructions que le Gouvernement Ottoman adresserait à ses représentants au sujet de l'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine. Ces instructions étant depuis parvenues aux Plénipotentiaires de Turquie, S. E. se fait un devoir de les porter à la connaissance de la haute Assemblée, et donne lecture de la déclaration suivante:

> »Le Gouvernement Impérial Ottoman a pris en très-sérieuse considération l'opinion émise par le Congrès relativement aux moyens propres à amener la pacification de la Bosnie et de l'Herzégovine: il y met une confiance entière, et il se réserve de s'entendre directement et préalablement avec le Cabinet de Vienne à cet égard.«

Le Président constate que l'accord établi au sein du Congrès, dans la 8e séance, au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine, est complet et définitif.

L'ordre du jour appelle l'examen des travaux de la Commission de délimitation.

Le Baron de Haymerle fait connaître à la haute Assemblée que l'entente s'est établie, dans la Commission de délimitation, en ce qui concerne les frontières du Monténégro, et il donne lecture du document suivant, destiné à servir de base aux travaux de la Commission spéciale.

»La nouvelle frontière descend de l'Ilino-brdo au nord de Klobuk sur la Trebišnica vers

Grančarevo qui reste à l'Herzégovine, puis remonte le cours de cette rivière jusqu'à un point situé à un kilomètre en aval du confluent de la Čepelica et, de là, rejoint, par la ligne la plus courte, les hauteurs qui bordent la Trebišnica. Elle ira ensuite dans la direction de Pilatova, laissant ce village au Monténégro. De là, elle continuera par les hauteurs dans la direction nord à une distance autant que possible de 6 kilomètres de la route Bilek-Korito-Gacko, jusqu'au col entre la Somina-Planina et le mont Čurilo, d'où elle se dirigera vers l'est par Vratkovići, laissant ce village à l'Herzégovine, jusqu'au mont Orline. A partir de ce point, la frontière — laissant Ravno au Monténégro — se dirigera directement au nord-nord-est, traversant les sommets du Leberšnik et du Volujak, puis descendra par la ligne la plus courte sur la Piva, qu'elle traverse, et rejoint la Tara passant entre Crkvice et Nedine. De ce point elle remontera la Tara jusqu'à Mojkovac, d'où elle suivra la crête du contrefort jusqu'à Siškojezero, duquel point elle se confondra avec l'ancienne frontière jusqu'au village Sekulare. D'ici, la nouvelle frontière se dirigera par les crêtes de la Mokra-Planina, laissant le village Mokra au Monténégro, d'où elle rejoindra le point 2166 (de la carte autrichienne) en suivant la chaîne principale, et se conformant à la ligne du partage des eaux, entre le Lim d'un côté et le Drin, ainsi que de la Cievna (Zem) de l'autre.

Elle suivra ensuite les limites actuelles entre la tribu des Kuči-Drekalovici d'un côté et la Kučka-Krajna ainsi que les tribus des Klementi et Grudi de l'autre, jusque dans la plaine de Podgoritza, d'où elle se dirigera sur Plavnica — laissant à l'Albanie les tribus montagnardes des Klementi, Grudi et Hoti.

Ensuite, elle traversera le lac près de l'îlot Gorica-Topal, et, à partir de Gorica-Topal, la frontière gagnera directement le sommet de la crête, d'où elle suivra la ligne du partage des eaux entre Megured et Kalimed, laissant Mrkovič au Monténégro et rejoignant la mer adriatique à V. Kruči.

Au nord-ouest, ce littoral sera limité par une ligne qui passera de la côte entre les villages Šušana et Zubci pour aboutir à la pointe extrême sud-est de la frontière actuelle du Monténégro sur la Vrsuta-Planina.

»L'annexion d'Antivari et de son littoral au Monténégro sera consentie aux conditions suivantes:

Les contrées situées au sud de ce territoire, d'après la délimitation contenue dans le présent Protocole jusqu'à la Boyana, y compris Dulcinjo, seront restituées à la Turquie.

La commune de Spizza jusqu'à la limite septentrionale du territoire précisé dans la description détaillée des frontières sera incorporée à la Dalmatie.

Le Monténégro jouira de la liberté de navigation sur la Boyana. Il n'y aura pas de fortifications sur le parcours de la Boyana à l'exception de celles qui seraient nécessaires à la défense locale de la place de Scutari et qui ne dépasseraient pas la distance de 6 kilomètres de cette ville.

Le Monténégro ne pourra avoir de bâtiments de guerre ni de pavillon de guerre maritime.

Le port d'Antivari et toutes les eaux monténégrines seront fermées aux bâtiments de guerre de toutes les nations.

Les fortifications existantes entre le lac et le littoral sur le territoire monténégrin seront rasées et il ne pourra en être élevé de nouvelles.

La police maritime et sanitaire, tant à Antivari que tout le long de la côte du Monténégro, sera exercée par l'Autriche-Hongrie au moyen de légers bâtiments garde-côtes.

Le Monténégro adoptera la législation maritime en vigueur en Dalmatie. De son côté l'Autriche-Hongrie s'engage à accorder sa protection consulaire au pavillon marchand monténégrin.

Le Monténégro devra s'entendre avec l'Autriche-Hongrie sur le droit de construire et d'entretenir à travers le nouveau territoire monténégrin une route et un chemin de fer.

Sur ces voies une entière liberté de communication sera assurée.«

Son Excellence ajoute que, en disant que la frontière doit passer à une distance d'environ

six kilomètres de la route Bilek etc., la commission a entendu que cette distance peut varier, selon les exigences géographiques, de 3 à 10 kilomètres, mais qu'on devra tenir compte de ce principe que la ligne doit passer par la crête des montagnes et de manière à ce que la route sus-mentionnée (Bilek-Korito-Gacko jusqu'au col entre la Somina-Planina et le mont Čurilo) ne soit pas dominée.

M. le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie constate également que les Plénipotentiaires de Russie, ayant émis l'avis que la proximité de la frontière près Dinoš pourrait compromettre la sécurité de Podgoritza et qu'il serait nécessaire d'éloigner la frontière à une distance de 8 à 10 kilomètres de Podgoritza, offrent en échange une rectification de frontières à l'avantage de l'Albanie partant de Mokra ou au delà, en ligne directe, jusqu'au No. 2166 de la Carte autrichienne. La Commission Européenne de délimitation serait chargée d'étudier sur place si cet éloignement de la frontière peut avoir lieu et de régler les questions territoriales qui pourraient résulter de cette rectification au détriment des Clementi. Il est entendu que, si un accord ne s'établit pas à ce sujet au sein de la commission, le tracé du traité reste intact.

Le Comte de Launay rappelle que, lors de la discussion qui a eu lieu dans la Commission de délimitation sur le paragraphe relatif à Spizza, il a demandé quels étaient les motifs et la valeur de cette adjonction. L'Italie, ayant elle aussi des intérêts majeurs à sauvegarder dans l'Adriatique, avait desiré des éclaircissements ultérieurs à ce sujet, quelque restreinte que fût l'étendue du territoire incorporé à la Dalmatie.

Le Baron de Haymerle n'hésite pas à répéter les explications qu'il a données sur ce point à M. le Plénipotentiaire d'Italie. Le territoire annexé est minime: il a environ $\frac{1}{2}$ ou $\frac{3}{4}$ de lieue carrée d'étendue et une population d'à peu près 350 familles: quant aux motifs qui ont guidé le gouvernement Austro-Hongrois, ils consistent en cette considération, que la possession de Spizza, qui domine Antivari, peut seule assurer et faciliter le but de l'Autriche-Hongrie, qui est de veiller à ce que le port d'Antivari et son littoral conservent un caractère purement commercial.

Mehemed Ali Pacha annonce qu'il a remis à la Commission de délimitation le document suivant sur le même sujet:

»Mehemed Ali Pacha a l'honneur de soumettre à S. A. S. le Président et à Leurs Excellences les membres de la Commission de délimitation les considérations et les réserves que lui a suggérées le tracé de la nouvelle ligne frontière du Monténégro, tel qu'il a été adopté par la majorité de la susdite commission. Il prie S. A. le Président de vouloir bien annexer ces considérations et réserves au rapport qui sera adressé au Congrès à ce sujet. Pour que les travaux du Congrès constituent une oeuvre durable de paix et de concorde, ne faudrait-il pas éviter de placer, sans nécessité absolue, des peuples de race et de religion différentes sous la domination d'une race étrangère? Le Plénipotentiaire Ottoman propose, en conséquence, que, pour agrandir le territoire actuel du Monténégro, il ne lui soit concédé que des contrées dont les habitants sont de la même race et, pour la plupart, de la même religion que les Monténégrins; il regarde comme une injustice l'annexion au Monténégro de territoires habités par des Albanais musulmans et catholiques, tels que les districts de Plava, de Gussinje et d'Antivari. Il croit qu'il aurait été plus équitable de se borner du côté de l'Albanie à céder au Monténégro le territoire Kuči Drekalovići et le cours de la Morača jusqu'au lac de Scutari, laissant à la Turquie les cazas Albanais de Plava et de Gussinje, ainsi que la ville de Podgoritza avec un rayon suffisant de défense.

Les mêmes arguments plaident pour que la ville d'Antivari ne soit pas séparée de l'Albanie.

La Turquie n'élevant pas d'objection à ce que le littoral de Spizza soit cédé au Monténégro, cette Principauté aura, par là, un accès libre à la mer, et la possession d'Antivari, dont la perte aurait pour la Turquie de très-graves inconvénients, ne lui sera pas indispensable.

Quant au caza de Kolaschin, habité exclusivement par des musulmans bosniaques, il propose de le laisser à la Turquie à cause de son importance stratégique.

Il n'aurait aucune objection à faire si pour les cazas de Kolachin, Plava, Gussinje, Podgoritza et Antivari, un équivalent était donné aux Monténégrins du côté de l'Herzégovine.

Le Plénipotentiaire Ottoman ajoute que ses collègues et lui ont référé à leur Gouvernement pour demander des instructions sur le tracé adopté par la majorité de la Commission.«

Carathéodory Pacha prie le Congrès de prendre acte de cette déclaration. Il ajoute que, sur plusieurs points spéciaux du document Autrichien, il doit encore en référer à son gouvernement.

Le Président dit que les Plénipotentiaires Ottomans pourront faire valoir ces observations ultérieurement auprès de la Commission de rédaction à laquelle le rapport de la Commission de délimitation va être renvoyé, et S. A. S. constate en même temps l'accord de la haute Assemblée sur les frontières du Monténégro.

Le Congrès passe à la question du Danube et à l'examen du texte restreint dans lequel MM. les Plénipotentiaires Austro-Hongrois, conformément à la décision prise dans la dernière séance, ont dû condenser les principes de leur précédente proposition, insérée dans le protocole 11.

Le Comte Schouvalow annonce que, de leur côté, les Plénipotentiaires Russes ont préparé sur le même sujet une proposition dont S. E. donne lecture:

»1° Afin de revêtir d'une nouvelle garantie la liberté de la navigation sur le Danube, reconnue comme un intérêt Européen, les principes proclamés par l'acte final du Congrès de Vienne de 1815 et appliqués au Danube par les traités de 1856 et 1871, sont déclarés confirmés et maintenus dans leur pleine et entière vigueur, sous la garantie de toutes les Puissances.

2° Les fortifications qui se trouvent sur le parcours du fleuve, depuis les Portes de Fer jusqu'à ses embouchures, seront rasées et il n'en sera pas élevé de nouvelles. Tous les bâtiments de guerre en sont exclus, à l'exception des bâtiments légers destinés à la police fluviale et au service des douanes. Les stationnaires aux embouchures du fleuve sont maintenus, mais ils ne pourront pas remonter la rivière au delà de Galatz.

3° La Commission Européenne du Danube est maintenue dans ses fonctions. Toutes les conventions internationales et tous les actes garantissant ses droits, prérogatives et obligations sont confirmés.

4° L'acte public du 2 Novembre 1865 relatif à son organisation sera revisé pour être mis en harmonie avec les circonstances actuelles. Ce travail sera confié à une Commission spéciale, où seront admis des Commissaires de tous les Etats riverains et soumis à l'examen et à la sanction définitive d'une conférence des Représentants des Puissances signataires.«

Le Président fait remarquer qu'il y a peu de différence entre cette proposition et celle que les Plénipotentiaires Austro-Hongrois ont déposée.

M. d'Oubril dit que le but des Représentants de la Russie a été d'éviter les détails et de se borner à l'exposé des principes.

Le Baron de Haymerle relève les différences entre le texte austro-hongrois et celui dont le Comte Schouvalow vient de donner lecture: S. E. signale notamment dans son travail la fixation de Galatz comme le point jusqu'où devrait s'étendre l'action de la Commission Européenne du Danube, les mesures de surveillance qu'il propose pour la police du fleuve, enfin les nouvelles dispositions relatives aux Portes de fer. Ces modifications à un traité solennel, paraissent à S. E. ne pouvoir être décidées par une commission spéciale, mais devoir être consacrées par l'autorité du Congrès.

A la suite d'un échange d'idées entre les Plénipotentiaires sur le mode de discussion à adopter pour les deux textes et sur la mesure de la compétence du Congrès, la haute Assemblée décide, sur la proposition du Président, appuyée par MM. Waddington et le Comte de Saint-Vallier, qu'il sera d'abord donné lecture du document renfermant les principes de la proposition austro-hongroise; et que, dans le but de rechercher un accord entre les deux textes, un Plénipotentiaire Austro-Hongrois et un Plénipoten-

tiaire Russe se réuniront avec un de leurs collègues, pendant une suspension de séance. Le Baron de Haymerle et M. d'Oubril sont désignés pour préparer cette entente, de concert avec le Comte de Saint Vallier.

A la suite d'une observation de Lord Salisbury relative à l'intérêt que prend l'Angleterre dans les questions de la navigation du bas Danube, le Prince de Bismarck dit, que l'opinion qui représente le Danube comme la grande artère du commerce allemand avec l'Orient, repose sur une fiction et que les navires allemands venant d'en amont de Ratisbonne ne descendent pas le Danube pour exporter des marchandises allemandes en Orient.

Le Président lit ensuite les articles résumés, présentés par M. le Baron de Haymerle:

Article I: »Liberté de navigation. Exclusion des bâtiments de guerre du parcours du Danube entre les Portes de fer et les embouchures.« (Adopté).

Article II: »Prolongation de la durée de la Commission Européenne internationale, extension de ses pouvoirs jusqu'à Galatz, son indépendance du pouvoir territorial et admission d'un Commissaire Roumain.«

M. d'Oubril ayant fait remarquer que son gouvernement a des objections sur le passage relatif à la prolongation de la durée de la Commission Européenne, M. Desprez propose d'indiquer que la durée assignée à la Commission »pourra être prolongée,« et M. Waddington, en réponse à M. d'Oubril, signale l'avantage du texte Autrichien, qui permet à la Commission d'être continuée par tacite reconduction.

La première phrase de l'article est réservée aux délibérations du comité sus-mentionné: la fin de l'article est adopté.

Article III: »Conformité des règlements de navigation et de police fluviale sur tout le parcours en aval des Portes de fer.«

M. d'Oubril considère que cette disposition préjuge la situation des riverains.

Le Comte Andrássy insiste sur l'utilité pratique de poser le principe de l'unité des règlements de navigation.

L'article III est également réservé à l'accord ultérieur entre les Plénipotentiaires.

Article IV: »Substitution de l'Autriche-Hongrie aux Puissances riveraines à l'égard des dispositions de l'article VI du Traité de Londres du 13 Mars 1871 au sujet des travaux à exécuter aux Portes de fer et aux cataractes.« (Adopté.)

Le Président constate l'accord sur les articles I et IV, ainsi que sur le 2e alinéa de l'article II: le 1er alinéa de ce dernier article, et l'article III seront discutés entre les Plénipotentiaires désignés, pendant une suspension de séance qui aura lieu après épuisement de l'ordre du jour.

Le Congrès passe à l'article XXII du Traité de San Stefano relatif aux ecclésiastiques russes et aux moines du Mont Athos.

Le Marquis de Salisbury rappelle qu'avant la séance, il a fait distribuer à ses collègues une proposition tendant à substituer à l'article XXII les dispositions suivantes:

> »Tous les habitants de l'Empire Ottoman en Europe, quelle que soit leur religion, jouiront d'une complète égalité de droits. Ils pourront concourir à tous les emplois publics, fonctions et honneurs et seront également admis en témoignage devant les tribunaux.
>
> L'exercice et la pratique extérieure de tous les cultes seront entièrement libres et aucune entrave ne pourra être apportée, soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.
>
> Les ecclésiastiques, les pèlerins et les moines de toutes les nationalités, voyageant ou séjournant dans la Turquie d'Europe et d'Asie, jouiront d'une entière égalité de droits, avantages et privilèges
>
> Le droit de protection officielle est reconnu aux Représentants diplomatiques et aux Agents Consulaires des Puissances en Turquie, tant à l'égard des personnes susindiquées que de leurs possessions, établissements religieux, de bienfaisance et autres dans les Lieux Saints et ailleurs.
>
> Les moines du Mont Athos seront main-

tenus dans leurs possessions et avantages antérieurs et jouiront, sans aucune exception, d'une entière égalité de droits et prérogatives.«

Lord Salisbury explique que les deux premiers alinéas de cette proposition représentent l'application à l'Empire Ottoman des principes adoptés par le Congrès, sur la demande de la France, en ce qui concerne la Serbie et la Roumanie; les trois derniers alinéas ont pour but d'étendre aux ecclésiastiques de toutes les nationalités le bénéfice des stipulations de l'article XXII spéciales aux ecclésiastiques russes.

Le Président fait également remarquer que la portée de la proposition anglaise est la substitution de la chrétienté tout entière à une seule nationalité, et commence la lecture du document par alinéas.

Sur le premier alinéa, Carathéodory Pacha dit que, sans doute, les principes de la proposition sont acceptés par la Turquie, mais S. E. ne voudrait pas qu'ils fussent considérés comme une innovation, et donne lecture, à ce sujet, de la communication suivante qu'il vient de recevoir de son Gouvernement:

»En présence des déclarations faites au sein du Congrès dans différentes circonstances en faveur de la tolérance religieuse, vous êtes autorisé à déclarer, de votre côté, que le sentiment de la Sublime Porte à cet égard s'accorde parfaitement avec le but poursuivi par l'Europe. Ses plus constantes traditions, sa politique séculaire, l'instinct de ses populations, tout l'y pousse. Dans tout l'Empire, les religions les plus différentes sont professées par des millions de sujets du Sultan et personne n'a été gêné dans sa croyance et dans l'exercice de son culte. Le Gouvernement I[al] est décidé à maintenir dans toute sa force ce principe et à lui donner toute l'extension qu'il comporte.«

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie désirerait, en conséquence, que, si le Congrès se rallie à la proposition anglaise, il fût, du moins, constaté dans le texte que les principes dont il s'agit sont conformes à ceux qui dirigent son gouvernement. S. E. ajoute que contrairement à ce qui se passait en Serbie et en Roumanie, il n'existe dans la législation de l'Empire aucune inégalité ou incapacité fondées sur des motifs religieux et demande l'addition de quelques mots indiquant que cette règle a toujours été appliquée dans l'Empire Ottoman non-seulement en Europe, mais en Asie. Le Congrès pourrait, par exemple, ajouter »conformément aux déclarations de la Porte et aux dispositions antérieures qu'elle affirme vouloir maintenir.«

Lord Salisbury n'a pas d'objections contre la demande de Carathéodory Pacha, tout en faisant observer que ces dispositions se rencontrent, en effet, dans les déclarations de la Porte, mais n'ont pas toujours été observées dans la pratique. Au surplus, S. E. ne s'oppose point à ce que le comité de rédaction soit invité à insérer l'addition réclamée par les Plénipotentiaires Ottomans.

A la suite d'une discussion sur les mots, »en Europe«, auxquels Carathéodory Pacha propose de substituer »en Europe et en Asie«, le Congrès décide que la désignation spéciale de l'Europe sera supprimée, et que l'alinéa est renvoyé au Comité de rédaction avec la recommandation de tenir compte des déclarations de la Sublime Porte.

Les 2[e] et 3[e] alinéas sont adoptés sans modifications.

Sur le 4[e] alinéa, Carathéodory Pacha relève que le droit de protection officielle est reconnu par ce passage à l'égard des »possessions« des ecclésiastiques, etc. S. E. demande la suppression du mot de »possessions« en se fondant sur le protocole de 1868, relatif au droit de propriété des étrangers, et qui exclut toute protection spéciale en ce qui concerne les immeubles. Si les immeubles ecclésiastiques, soumis, en vertu du protocole de 1868, à la juridiction locale, se trouvaient, par les termes du 4[e] alinéa, placés en même temps sous la protection officielle des représentants diplomatiques et agents consulaires, il en résulterait de grandes difficultés administratives et judiciaires.

M. d'Oubril dit que le mot »possessions« se trouve dans le texte du Traité de San Stefano.

Carathéodory Pacha ayant insisté sur les difficultés pratiques que rencontrerait l'alinéa ainsi conçu, le Prince de Bismarck rappelle que le privilège dont il s'agit est, en effet, accordé aux ecclésiastiques russes par le Traité de San Stefano et demande si la Turquie préfère étendre cet avantage à toutes les Puissances.

Mehemed Ali Pacha dit que la juridiction ottomane, en matière d'immeubles, a été la condition de la reconnaissance du droit de propriété pour les étrangers en Turquie. Si la protection consulaire se trouvait rétablie pour certains immeubles, on pourrait contester le droit à la propriété.

Le Comte Corti, sans s'opposer à la suppresion du mot »possessions«, pense qu'on pourrait ajouter simplement à l'article »en conformité des lois et conventions en vigueur«.

A la suite d'observations réitérées des Plénipotentiaires Ottomans, le Congrès consent à la suppression du mot »possessions«.

M. Waddington, sur la dernière ligne de l'alinéa 4, croit devoir rappeler les droits acquis à la France et fait observer, d'ailleurs, que des réserves expresses ont été présentées par son Gouvernement, avant la réunion du Congrès, en ce qui concerne les Lieux Saints.

Le Président constate que ces réserves ont été posées par la France, comme condition de sa participation au Congrès, et que l'observation de M. Waddington est pleinement fondée.

Le Comte Andrássy ajoute qu'elles ont été en effet communiquées, dès le début, au Gouvernement austro-hongrois, qui y a donné son assentiment.

Le Premier Plénipotentiaire de France désirerait qu'il fût tenu compte des droits de la France dans l'alinéa même qui constaterait ainsi le maintien du statu quo.

Le Président propose d'ajouter »sauf toutefois les droits acquis à la France.«

Le Prince Gortchacow exprime le désir que le statu quo soit indiqué comme maintenu pour toutes les Puissances.

M. Waddington soumet au Congrès la rédaction suivante qui doit terminer le 4e alinéa:

»Les droits acquis à la France sont expressément réservés, et il est bien entendu qu'aucune atteinte ne saurait être portée au statu quo dans les Lieux Saints.«

Cette proposition est adoptée à l'unanimité. Elle devra être insérée dans l'alinea 4 qui est également adopté.

M. d'Oubril demande que, dans l'alinéa 5, les mots »les moines du Mont Athos« soient suivis de ceux-ci: »quelque soit leur pays d'origine.« L'alinéa 5 est adopté avec cette addition.

A la demande de plusieurs Plénipotentiaires, la question grecque qui se trouvait à l'ordre du jour n'est point discutée dans la présente séance.

Lord Salisbury propose alors de s'occuper de l'article XVI du Traité de San Stefano relatif à l'Arménie. S. E. serait prête à accepter les trois dernières lignes de cet article qui visent les améliorations et réformes à accorder aux Arméniens, si le Congrès prononçait la suppression des trois premières lignes qui semblent subordonner l'évacuation des troupes russes à la concession de ces réformes par la Sublime Porte. Autrement Lord Salisbury proposerait ultérieurement un article spécial sur les Arméniens.

Le Comte Schouvalow, sans insister sur une discussion à laquelle il n'est point préparé aujourd'hui, craindrait cependant que l'évacuation des troupes russes, si elle avait lieu avant l'établissement des améliorations promises, ne fût le signal de troubles sérieux. Il demande au surplus à ajourner toute observation jusqu'au moment où le Congrès s'occupera plus complètement de la question d'Arménie.

La séance est suspendue pendant une demie-heure pour la conférence particulière des Plénipotentiaires chargés de régler de concert certains points relatifs à la navigation du Danube.

A la reprise de la séance, M. d'Oubril donne lecture de la rédaction suivante sur laquelle les Représentants de l'Autriche-Hongrie et de la Russie se sont entendus.

1er alinéa de l'article II

»une année avant l'expiration du terme assigné à la durée de la Commission Européenne, les Puissances se mettront d'accord sur sa prolongation ou sur les modifications qu'elles jugeraient nécessaires.«

article III

»les règlements de navigation et de police fluviale depuis les Portes de fer jusqu'à Galatz, seront élaborés par la Commission Européenne, assistée de délégués des Etats riverains, et mis en conformité avec ceux qui ont été ou seront introduits pour le parcours en aval de Galatz.«

Le Congrès donne son adhésion à cette rédaction.

Sur une observation du Comte Schouvalow, relative à l'article II, le Comte de Saint-Vallier dit que le principe seul a été voté, que la forme est réservée à la Commission de rédaction et qu'on a entendu seulement constater l'utilité d'une entente avant l'échéance du terme assigné à la durée de la Commission Européenne.

La prochaine séance est fixée à demain 3 heures: l'ordre du jour appelera la discussion sur les affaires grecques, ajournée dans la séance du 29 Juin. La séance est levée à 5 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 13.

Séance du 5 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 3 heures et $\frac{1}{2}$.

Le protocole N° 11 est adopté.

Le Président fait mention des pétitions résumées dans la liste N° 8.

L'ordre du jour appelle l'article XV du Traité de San Stefano.

Le Premier Plénipotentiaire de France demande à faire, au préalable, une communication au Congrès.

M. Waddington, avant d'aborder l'objet qu'il a en vue, tient à donner à ses collègues ottomans l'assurance que, dans les circonstances actuelles, il se ferait un scrupule de conscience de prononcer un mot qui pût froisser leurs légitimes susceptibilités. Il évitera toute considération rétrospective sur les causes qui ont amené les maux qu'il s'agit de guérir. Son seul désir, qui est également celui de tous les Plénipotentiaires, est de mettre fin à la situation troublée de l'Orient, de prévenir des difficultés ultérieures par la constitution d'un état de choses stable, et de tenir compte des divers intérêts qui coexistent dans la péninsule des Balcans.

Or, parmi ces intérêts, ceux de la race hellénique présentent une importance majeure: M. le Premier Plénipotentiaire de France est persuadé que, tant que la S. Porte ne les aura pas satisfaits dans une mesure suffisante, elle restera exposée, sur sa frontière, à des agitations sans cesse renaissantes. S. E. estime que des concessions en ce sens seraient avantageuses au Gouvernement Ottoman, et il croit savoir que la Porte ne repousse pas l'idée d'entrer en négociation avec la Grèce sur la base d'une rectification de frontières. Le règlement de ces difficultés permanentes est, en effet, pour la Turquie une condition de sécurité et de prospérité intérieure, car, aussi longtemps que dureront ces troubles, le développement de ses ressources se trouvera paralysé.

En ce qui concerne la Grèce, l'objet du Congrès n'est pas, sans doute, de donner satisfaction aux aspirations excessives de certains organes de l'opinion hellénique, mais M. Waddington pense qu'on ferait une oeuvre équitable et politique en lui adjoignant des populations qui seraient une force pour elle et qui ne sont qu'une cause de faiblesse pour la Turquie. Dans cet ordre d'idées, S. E. rappelle l'opinion d'un Prince auquel la couronne de Grèce avait été offerte en 1830 et qui, depuis, appelé à régner sur un autre pays, s'est acquis, par sa sagesse, une grande autorité en Europe: ce Prince

considérait que la Grèce ne pouvait vivre dans les conditions territoriales qui lui étaient faites, notamment sans les golfes d'Arta et de Volo avec les territoires adjacents, et l'expérience a démontré la justesse de cette appréciation. La Grèce ne saurait prospérer dans ses limites actuelles: son gouvernement ne peut empêcher les difficultés et les conflits qui se reproduisent périodiquement à sa frontière, et les conditions économiques du pays ne lui permettent pas de suffire aux charges qui incombent à tous les Etats civilisés.

Le Premier Plénipotentiaire de France croit donc servir également les intérêts des deux pays en proposant au Congrès d'indiquer, d'une manière générale, et sans porter atteinte à la souveraineté de la Porte, les limites qu'il voudrait voir assignées à la Grèce. L'autorité de la haute Assemblée Européenne donnerait aux deux gouvernements ottoman et grec la force morale nécessaire, au premier pour consentir à des concessions opportunes, au second, pour résister à des revendications exagérées. Mais, pour atteindre ce but, S. E. pense qu'il faut, d'une part, ne point solliciter de la Porte des sacrifices impossibles, de l'autre, faire appel à la modération de la Grèce. Le Premier Plénipotentiaire de France a donc regardé comme utile de tracer, comme base aux négociations, une ligne générale montrant, à la fois, à la Turquie la mesure des intentions de l'Europe et à la Grèce les limites qu'elle ne doit point dépasser. Tel est l'objet de la résolution suivante qu'il a l'honneur de soumettre, d'accord avec le Premier Plénipotentiaire d'Italie, aux délibérations du Congrès:

»Le Congrès invite la Sublime Porte à s'entendre avec la Grèce pour une rectification de frontières en Thessalie et en Epire, et est d'avis que cette rectification pourrait suivre la vallée du Salamyrias (ancien Peneus) sur le versant de la Mer Egée, et celle du Kalamas du côté de la Mer Ionienne.

Le Congrès a la confiance que les parties intéressées réussiront à se mettre d'accord. Toutefois, pour faciliter le succès des négociations, les Puissances sont prêtes à offrir leur médiation directe auprès des deux parties.«

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie désire ajouter aux arguments si éloquemment développés par M. Waddington quelques mots pour soutenir une proposition qui intéresse au plus haut degré la cause de la paix européenne.

Pour que l'oeuvre du Congrès présente des chances de durée, il faudrait faire disparaître, dans les limites du possible, les causes de futurs conflits. Il est superflu de rappeler ici les malheureuses complications qui ont eu lieu, dans ces derniers temps, entre la Turquie et la Grèce. Il faudrait aviser au moyen de prévenir de pareils dangers pour l'avenir. Ce résultat doit intéresser la Turquie encore plus que les autres Puissances. Après les tristes évènements dont la Péninsule des Balcans vient d'être le théâtre, la Turquie doit éprouver un vif désir de paix et de tranquillité. Or, il est permis de douter qu'une entente sincère puisse être rétablie entre la Turquie et la Grèce, sans que quelques concessions ne soient faites aux aspirations de celle-ci. Le Gouvernement du Roi et la Nation Italienne prennent un vif intérêt à cette question, et les Plénipotentiaires d'Italie se font les interprètes de ces sentiments en adressant aux Plénipotentiaires de la Turquie un appel amical dans le sens de la proposition qui vient d'être soumise au Congrès.

Le Président dit que cette proposition sera examinée en même temps que l'article XV du Traité de San Stefano; S. A. S. pense qu'elle devra être soumise au vote de la haute Assemblée après le vote définitif sur cet article, déjà discuté dans la 9e séance.

Le Premier Plénipotentiaire Ottoman, se référant au document lu dans une séance antérieure par les délégués du gouvernement Hellénique, donne lecture des considérations suivantes:

»Après avoir entendu les délégués Hellènes, cette haute Assemblée a décidé de retenir seulement la déclaration de M. Delyannis.

En se reportant, dès lors, au contenu de cette déclaration, les Plénipotentiaires Ottomans constateront que la Grèce n'a

élevé devant le Congrès aucune plainte contre la Turquie, et qu'elle n'a pas même cherché à donner pour base à son action auprès des Grandes Puissances, un principe quelconque du droit qui régit les rapports de deux Etats indépendants entre eux.

M. le délégué hellénique a exposé que, par suite du grand nombre de personnes originaires des provinces Ottomanes limitrophes qui se trouvent établies en Grèce, les mouvements dont ces provinces Ottomanes sont parfois le théâtre réagissent fortement sur le royaume de Grèce, et qu'il en résulte, dans les relations des deux pays, une tension qui disparaîtrait, si l'on donnait satisfaction aux voeux qu'il a émis et qui lui paraissent conformes aux intérêts de l'Europe et de la Turquie.

Tout en partageant l'opinion de M. le délégué hellénique sur le caractère qui doit présider aux rapports des deux pays, les Plénipotentiaires Ottomans pensent que le résultat désiré ne saurait être assuré, aussi longtemps qu'on n'aura renoncé aux idées qui, en apparence, ont été suggérées dans ce but.

Les mouvements auxquels on a fait allusion ont eu des causes indépendantes de l'action de la Turquie. Celui de 1854 coïncide avec la guerre de Crimée, celui qui vient de se terminer était, on le sait bien, le contre-coup des événements qui ont bouleversé la Turquie d'Europe jusqu'aux portes de Constantinople, et, quant à l'insurrection de Crète en 1866, on connaît comment elle fut apaisée, aussitôt après la rupture des relations diplomatiques et commerciales entre les deux pays.

Mais, bien que ces mouvements aient eu ainsi une origine complètement indépendante de la volonté de la Turquie, celle-ci n'en a pas moins fait tout ce qui dépendait d'elle pour préserver ses relations officielles avec le royaume hellénique des conséquences qu'auraient pu amener les entraînements auxquels la Grèce n'avait pas toujours su opposer la résistance voulue. Il serait maintenant superflu d'insister d'avantage pour démontrer que la demande des délégués helléniques ne se rattache par aucun point, ni au but que le Congrès se propose, ni à la pensée qui le guide. L'opportunité ou la convenance qu'on trouve à s'annexer des provinces d'un Etat voisin n'est pas une raison suffisante. On ne saurait soutenir que la Grèce ne possède pas assez de territoire pour la population. La mer qui l'entoure de toutes parts lui offre des moyens de développement illimité. La Turquie, de son côté, tient à conserver ses provinces, dont les populations lui sont attachées, et que l'idée de l'annexion à la Grèce a alarmées, comme il est facile de s'en convaincre par les pétitions portées sous les N^{os} 15, 19 et 23 dont le Congrès a été saisi.

Au point de vue de la paix générale, S. A. S. le Président a exprimé, à l'occasion de l'audition accordée aux délégués d'un autre Etat, la portée qu'il y avait lieu d'assigner à la demande hellénique, mais, dans un ordre d'idées plus restreint, il ne faudrait peut-être pas perdre de vue l'influence que le fait seul de l'audition accordée à M. le délégué hellénique peut exercer sur les esprits. Plusieurs symptômes concourent pour donner à cette idée une importance réelle.

La Grèce procède à des armements; elle contracte des emprunts; et les plénipotentiaires ottomans ne doutent pas que les Grandes Puissances feront parvenir au Cabinet d'Athènes des conseils de nature à fortifier le Gouvernement hellénique dans sa disposition de maintenir de bonnes relations avec l'Empire Ottoman.«

Le Président procède à la lecture de l'article XV, en priant ses collègues de présenter, sur chaque alinéa, les observations qui pourraient s'y rattacher.

Les 1er et 2^{e} alinéas sont approuvés sans discussion.

Sur le 3^{e}, Lord Salisbury demande après les mots »des commissions spéciales, dans lesquelles l'élément indigène aura une large parti-

cipation, seront chargées....« l'insertion des mots suivants: »par la Sublime Porte.«

Le Congrès donne son assentiment à cette modification, et le Président fait remarquer que, dans une séance précédente, la haute Assemblée a décidé de remplacer, dans le même alinéa, les mots »le Gouvernement Impérial de Russie«, par ceux-ci: »la Commission Européenne.«

L'article XV, ainsi amendé, est adopté dans son ensemble.

Le Congrès passe à la proposition des Plénipotentiaires de France et d'Italie.

Le Comte Andrássy déclare y donner son entier assentiment.

Lord Beaconsfield désire, avant que le Congrès ne décide l'importante question qui lui est soumise, présenter quelques remarques destinées a prévenir une erreur que pourrait amener la déclaration des délégués Helléniques. S. E. constate que l'Angleterre a toujours insisté auprès de la Grèce et de la Turquie en vu du maintien d'un bon accord indispensable à ses yeux pour contrebalancer l'influence d'une troisième race, celle qui, en troublant la paix, a amené la réunion du Congrès. D'abord, ces efforts de la Grande Bretagne ont été secondés des deux parts. Mais les deux pays se trouvaient en présence d'une grande difficulté, la frontière insuffisante et imparfaite tracée en 1831: aux yeux de tout homme d'Etat compétent, cette frontière est un péril et un désastre aussi bien pour la Turquie que pour la Grèce: sa conformation est un encouragement au brigandage, et le brigandage amène nécessairement des agitations dans les provinces limitrophes. Lorsque commença la dernière guerre et que les habitants des districts voisins de la frontière s'en émurent, l'Angleterre fit entendre à la Porte des représentations que celle-ci écouta favorablement; mais S. E. a le regret de devoir ajouter que, cette fois, il n'en fut pas de même de la Grèce; les bons avis de l'Angleterre ne purent prévaloir à Athènes contre l'opinion contraire, et de graves difficultés ont surgi. Lord Beaconsfield croit cependant de son devoir d'ajouter que l'insurrection d'Epire et de Thessalie n'a pas été fomentée par le Gouvernement grec qui, aucontraire, se conformant aux avis de la Grande Bretagne, s'est appliqué à la réprimer; l'Angleterre fit, d'ailleurs, entendre à Athènes le conseil de ne point compter sur des agrandissements territoriaux.

S. E. recherchant les motifs de cette attitude, pense qu'il faut l'attribuer à la fausse idée qu'on s'était faite, après la conclusion du traité de San Stefano, des principes qui dirigeraient le Congrès. Une opinion erronée attribuait au Congrès l'intention de procéder au partage d'un Etat vieilli, et non pas de fortifier, comme l'a fait la haute Assemblée, un ancien Empire qu'elle considère comme essentiel au maintien de la paix. Il est vrai que, souvent, après une grande guerre, des remaniements territoriaux se produisent: la Turquie n'est pas le seul Etat qui ait éprouvé des pertes territoriales: l'Angleterre, elle aussi, a perdu des provinces auxquelles elle attachait beaucoup de prix et qu'elle regrette encore aujourd'hui; on ne saurait donner à de tels arrangements ou rétrocessions le nom de partage, et le Gouvernement grec se trompait complètement sur les vues de l'Europe. S. E. saisit cette occasion pour repousser les insinuations d'une partie de la presse qui a qualifié de partage la décision du Congrès au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine. C'est, au contraire, pour prévenir un partage, que cette décision a été prise. De nombreux précédents historiques la justifient: la Bosnie abandonnée à elle-même sans éléments de bon gouvernement, entourée d'Etats indépendants ou demi-indépendants, eût été, en bien peu de temps, le théâtre de luttes sanglantes. Dans cette situation, la Grande Bretagne a fait appel à une Puissance voisine, forte, et intéressée au maintien de la paix: l'Europe, partageant la même pensée, a remis à l'Autriche-Hongrie l'occupation et l'administration de la Bosnie: S. E. rappelle que, plusieurs fois, soit dans des pays voisins, soit ailleurs, la même mission a été confiée à l'Autriche; l'initiative de la Grande Bretagne ne prouve donc pas qu'elle soit favorable à un partage.

Revenant à la Grèce, Lord Beaconsfield dit que personne ne saurait douter de l'avenir de

ce pays, que les Etats, comme les individus qui ont un avenir, sont en mesure de pouvoir attendre. Mais, en même temps, S. E. est convaincue que la la Grèce et la Turquie procéderont à la rectification de leurs frontières, qu'une cause de discordes et de troubles sera ainsi écartée, et une paix durable assurée. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne ajoute qu'il ne voudrait point recommander, pour atteindre ce but, des mesures coercitives: à ses yeux, le Sultan, éprouvé par de si grands malheurs, mérite beaucoup de respect et de sympathie: S. E. croit cependant qu'il ne faudrait point laisser passer l'occasion d'exprimer d'une manière très-ferme l'opinion qu'une rectification de frontière serait un acte de haute politique favorable à la prospérité des deux pays. Lord Beaconsfield regarde le tracé proposé par M. le Premier Plénipotentiaire de France comme discutable; mais l'unanimité étant avant tout désirable, S. E. retirerait toute objection en présence d'un vote unanime des autres Puissances. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne termine en exprimant l'espoir et même la conviction qu'une solution équitable de la question des frontières sera accueillie par le Sultan.

Le Prince Gortchacow dit qu'en principe, il ne voit pas grande divergence entre la proposition française et les arguments présentés par le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne. Lord Beaconsfield reconnaît, comme M. Waddington, qu'il y a intérêt urgent à s'entendre sur l'amélioration des frontières du Royaume Hellénique: avec quelques dissemblances de détail sur les attributions de territoires, l'idée mère est la même, et S. A. S. y donne son adhésion.

Le Comte Schouvalow voudrait présenter une observation sur l'éloquent discours de M. le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne. Le Prince Gortchacow a constaté, dans une occasion précédente, les sympathies sincères que la Russie professe pour le Gouvernement et les populations Helléniques. La Russie désire, en même temps, les bonnes relations des deux nationalités Grecque et Ottomane. Mais, Lord Beaconsfield a déclaré que l'entente entre les Grecs et les Turcs était nécessaire pour empêcher une autre nationalité — celle qui a fait le principal objet des délibérations du Congrès, à savoir les populations Slaves, — de troubler la paix européenne. Le Comte Schouvalow ne saurait partager cette opinion: il affirme que les populations Slaves ne troubleront plus la paix, aussitôt que l'Europe les aura dotées d'institutions qui garantissent leurs vies et leurs propriétés et qui assurent leur prospérité. S. E. considère que cette nouvelle situation, et non pas une entente des Grecs et des Turcs au détriment des Slaves, sera le gage de la paix européenne.

La proposition des Plénipotentiaires Français et Italiens ayant été soumise au vote de la haute Assemblée, Carathéodory Pacha déclare qu'il n'a pas connaissance de l'assentiment de son gouvernement à des propositions de rectification qui lui auraient été faites précédemment. Il se croit, par conséquent, en devoir de réserver entièrement l'opinion de la S. Porte sur ce point.

Le Président dit que, dans la circonstance présente, les Plénipotentiaires Ottomans sont fondés à s'abstenir et à attendre de nouvelles instructions. S. A. S. constate, d'ailleurs, que les Puissances, à l'exception de la Porte, dont l'assentiment est réservé, sont unanimes à accepter la proposition.

Le Comte de Saint-Vallier présente, au nom des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de France, la proposition suivante:

> »Les populations mirdites continueront de jouir des privilèges et immunités dont elles sont en possession ab antiquo.«

Lord Salisbury croit qu'il pourrait être dangereux de sanctionner des privilèges mal définis et de donner à des usages la force d'un engagement international.

Le Comte de Saint-Vallier dit que la proposition autrichienne et française ne modifie en rien la situation antérieure. Les rapports du gouvernement Ottoman et des Mirdites ont été, de tout temps, établis sur la base des immunités

et privilèges dont il se borne à demander le maintien.

Mehemed Ali Pacha fait observer qu'en présence des réformes sérieuses que le Sultan se dispose à accorder, les privilèges, immunités et usages exceptionnels qui datent du moyen âge, sont destinés à disparaître. Ces changements seront graduels, sans doute, et le statu quo subsistera quelque temps, mais S. E. ne voudrait pas que son gouvernement fût obligé de le prolonger indéfiniment, même lorsque les réformes auront été établies.

Le Baron de Haymerle insiste en faveur de la proposition dont l'objet est uniquement le maintien d'unc autonomie séculaire dont S. E. indique les principaux traits. La haute Assemblée est favorable aux autonomies, et les Mirdites méritent particulièrement sa bienveillance.

Mehemed Ali Pacha persistant à relever les inconvénients des privilèges qui appartiennent aux tribus albanaises, le Comte de Saint-Vallier répète qu'au moment où une transformation considérable s'opère dans la Péninsule Balcanique, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de France ont jugé nécessaire de rassurer les populations mirdites, en demandant, pour elles, le maintien pur et simple du statu quo.

Sadoullah Bey est d'avis qu'en acceptant cette proposition, le Congrès se placerait en contradiction avec l'article XV qui stipule les réformes; ne serait-ce pas les annuler d'avance que de proclamer le maintien du statu quo?

Il s'établit, à ce sujet, entre les Plénipotentiaires Ottomans et le Comte de Saint-Vallier, un échange d'idées d'où il résulte que les Plénipotentiaires Ottomans déclarent que la Sublime Porte compte ne faire, pour le moment, aucun changement dans la situation de la montagne mirdite.

En présence de cette affirmation, constatée par le Président et dont le Congrès prend acte, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de France font connaître que l'insertion de leur proposition au Protocole, suivie de la déclaration des Plénipotentiaires Ottomans, leur paraît donner une satisfaction suffisante au but qu'ils avaient en vue.

Ordre du jour pour la prochaine séance fixée à demain 6 Juillet: questions concernant les territoires en Asie et détroits.

La séance est levée à 5 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 14.

Séance du 6 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Le protocole N° 12 est adopté.

Le Président fait mention des pétitions de la liste N° 10 et relève notamment celle de Malcom Khan, ministre de Perse, demandant à être admis au Congrès lorsqu'il sera statué sur la ville de Khotour.

S. A. S. ayant demandé à cet égard l'avis de la haute Assemblée, Lord Salisbury exprime l'opinion que Malcom Khan devrait être entendu, et le Prince Gortchacow déclare n'avoir point d'objection. Les Plénipotentiaires donnent leur assentiment et le Président annonce que le ministre de Perse sera invité à se rendre Lundi au sein du Congrès.

L'ordre du jour appelle les questions concernant les territoires en Asie. Ces questions sont traitées dans les articles XVI, XVIII et XIX (alinéa b.) du Traité de San Stefano. Le Président pense que les articles XVI et XIX doivent être seuls discutés aujourd'hui, l'article XVIII relatif à la ville de Khotour demeurant réservé puor la séance où Malcom Khan assistera.

Sur le désir de Lord Salisbury, le Congrès décide de s'occuper en premier lieu de l'article XIX b^2 concernant Ardahan et Kars.

Lord Salisbury, écartant la rédaction de délimitation indiquée dans l'article XIX et dont les nombreux détails lui paraissent devoir être plus utilement discutés dans des conférences particulières des Plénipotentiaires spécialement intéressés, aborde sur le champ le principe même de l'annexion d'Ardahan et Kars. Dans l'opinion de S. E., des acquisitions aussi considérables ébranleraient la puissance et le prestige de la S. Porte en Asie et rendraient fort douteux le maintien de la tranquillité dans ces contrées. Sans insister sur une thèse qui lui semble évidente, Lord Salisbury demande aux Plénipotentiaires Russes, si les considérations que les Représentants de l'Angleterre ont fait valoir dans leurs entretiens particuliers avec LL. EE. ont affecté leur détermination de retenir les forteresses de Kars et d'Ardahan: dans le cas où la Russie croirait devoir persévérer dans cette pensée, Lord Salisbury déclare qu'il réserverait pour l'Angleterre le droit de sauvegarder ses intérêts et son influence sur les populations par les moyens qu'elle jugerait convenables.

Le Premier Plénipotentiaire de Russie prononce les paroles suivantes:

Grâce à l'esprit de conciliation et aux concessions réciproques dont consciencieusement je réclame une large part au nom de la Russie, l'oeuvre du Congrès a progressé vers son but, celui d'une paix qui est dans les intérêts de l'Europe entière et qui serait seule digne des hommes éminents réunis à Berlin.

La séance d'aujourd'hui est consacrée à un objet dont une solution équitable, étrangère aux petites passions, couronnerait l'oeuvre que nous poursuivons.

Nous faisons la concession d'Erzeroum, de Bajazid et de la vallée d'Alachkerd. — Ces deux derniers points constituent le trajet des caravanes et la principale route commerciale vers la Perse.

Je suis, de plus, autorisé de déclarer qu'usant de son droit de souveraineté mon Auguste Maître déclarera Batoum port franc. — Cela répond aux intérêts matériels de toutes les nations commerciales et plus particulièrement peut-être à ceux de la Grande Bretagne dont le commerce occupe le plus grand nombre de bâtiments.

Je termine en réitérant l'espoir que dans la séance d'aujourd'hui nous aurons fait un immense pas vers le but élevé de notre réunion.

Le Président constate l'importance de la communication que le Premier Plénipotentiaire de Russie vient de faire au nom de son Gouvernement: l'abandon de Bajazid et de la vallée de l'Alachkerd et surtout la constitution de Batoum en port franc, forment des modifications considérables au Traité de San Stefano. S. A. S. ajoute que la dernière concession facilite l'évacuation de Batoum et l'échange de cette place contre Erzeroum. Le Prince de Bismarck serait heureux que le Gouvernement Britannique qui a de grands intérêts dans ces contrées fût satisfait par cet arrangement; on aurait réalisé un progrès décisif dans le sens de la paix, si le Congrès se mettant d'accord aujourd'hui sur ce point important n'avait plus à se préoccuper que des détails.

Le Prince Gortchacow ayant désiré connaître l'opinion de la haute Assemblée, le Président fait appel à l'appréciation des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne.

Lord Beaconsfield a entendu la communication du Prince Gortchacow avec un grand intérêt: il pense avec S. A. que cette concession spontanée de S. M. l'Empereur de Russie se recommande à la plus sérieuse considération du Congrès. Au moment où la haute Assemblée approche du terme de ses travaux et où tous les Plénipotentiaires s'efforcent de résoudre les difficultés de détail qui subsistent encore, les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne sont heureux de constater, de la part d'un puissant souverain, une démarche conciliante d'une aussi haute valeur. Une telle proposition ne vint-elle pas d'une Puissance aussi directement intéressée et d'un homme d'Etat aussi expérimenté que S. A., elle semble, en tout cas, de nature à aplanir un des plus grands obstacles à une solution désirée par toute l'Europe.

Le Premier Plénipotentiaire Britannique regarde comme une heureuse pensée de transformer, à la fin d'une grande guerre, une place contestée en un port franc et en un entrepôt commercial pour toutes les nations. S. E. approuve entièrement et accepte cette proposition, et, bien que le désir de l'Angleterre eût été que cette place forte, qui n'a pas été prise, demeurât sous la souveraineté du Sultan, Lord Beaconsfield considère comme une solution avantageuse que ce port devienne, dans l'intérêt de la prospérité de la Russie, de la Turquie et de tous les peuples, un centre commun pour leur énergie combinée et pour leur esprit d'entreprise. S. E. repète, toutefois, qu'elle eût préféré que Batoum, en devenant port libre, ne fût pas compris dans le territoire russe; plein de confiance dans les déclarations de l'Empereur de Russie, Lord Beaconsfield voit, sans doute, dans les avantages de la franchise de ce port, une compensation à une annexion qu'il ne saurait approuver, mais il ne peut éviter de dire qu'il est pénible de penser, que, tout en se félicitant de la création d'un port franc, il y a lieu de se préoccuper, en même temps, des moyens de prévenir ou, du moins, d'atténuer de nouveaux troubles. La province de Batoum, en effet, n'est pas satisfaite de devenir posses-

sion Russe, elle est encore entre les mains de populations qui se croient en état de la défendre et l'emploi de la force pourrait, en cette circonstance, amener de graves dangers. S. E. désirerait que, tout en sanctionnant la proposition gracieuse de l'Empereur de Russie, le Congrès exprimât la voeu que toutes les mesures nécessaires soient prises pour éviter des désordres dont les conséquences seraient déplorables. A cet effet, il semblerait indiqué qu'on eût de légitimes égards pour une vaillante population qui s'est montrée fortement opposée au règime nouveau que le Congrès a l'intention de lui imposer. S. E. insiste pour que les principes et considérations ethnographiques qui ont amené la haute Assemblée à concilier les intérêts divergents des nationalités de la Turquie d'Europe, ne soient point perdus de vue en ce qui concerne la Turquie d'Asie. Lord Beaconsfield croit qu'il n'y a pas de temps à perdre pour adopter des dispositions propres à les prévenir. Il se borne à indiquer à la haute Assemblée un état de choses auquel l'influence d'une seule Puissance ne saurait porter remède. S. E. accepte volontiers la création d'un port franc à Batoum, mais désirerait que le Congrès examinât les détails de cette décision en se préoccupant de la nécessité de prévenir des conflits: il appartient aux Représentants des grandes Puissances, toutes interessées dans la question, de prendre des précautions contre l'éventualité d'un semblable péril.

Le Président, après ce discours, se plaît à reconnaître un progrès considérable vers une entente. L'accord établi entre la Russie et l'Angleterre sur Batoum, érigé par la Russie en port franc, est un résultat de haute valeur. Il est vrai que le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne paraît encore préoccupé de certains dangers, qui pourraient menacer la tranquillité des populations de ces contrées et par suite la paix européenne. Mais S. A. S. espère que ces dangers seraient faciles à éviter par des dispositions de détail et peut-être pourrait-on y remédier en les examinant de plus près, si les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne voulaient bien donner sur leurs appréhensions des explications plus développées. Les autres Puissances pourraient alors également indiquer les expédients qu'elles auraient en vue. En résumé, le Prince de Bismarck croit que la haute Assemblée se félicite de trouver la distance entre les Représentants de la Russie et l'Angleterre moindre qu'elle ne l'avait redouté et de voir dans ce bon vouloir réciproque un nouveau motif de compter sur une heureuse solution qui sera accueillie avec joie par l'Europe entière.

Le Comte Andrássy a entendu avec satisfaction les déclarations du Prince Gortchacow et il croit que la constitution de Batoum en port franc est un avantage évident pour toutes les Puissances Européennes. Le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, rappelant des précédents qui ont amené de bons résultats, pense avec Lord Salisbury que des entretiens particuliers entre les Représentants des deux Puissances plus spécialement intéressées pourraient aplanir les difficultés qui s'opposent encore à une entente qu'il appelle de tous ses voeux. S. E. déclare accepter d'avance les conclusions des pourparlers qui seraient suivis entre les deux Puissances.

M. le Premier Plénipotentiaire de France n'a aucune objection à élever au sujet des déclarations qui ont été faites et se borne à constater l'accord qui semble en voie de s'établir.

Le Comte Corti ne peut que s'associer au nom de l'Italie aux paroles de ses collègues et exprime l'espoir que l'entente ne rencontrera pas de bien grandes difficultés.

Carathéodory Pacha se réserve, s'il y a lieu, de revenir sur cette question lorsqu'il aura pu apprécier plus complètement le caractère et la portée des points que les Plénipotentiaires Britanniques ont en vue.

Le Président relit le passage de l'article XIX qui fait l'objet de la discussion: »Prenant en considération etc., l'Empereur de Russie consent à remplacer le paiement de la plus grande partie des sommes énumerées dans le paragraphe précédent par les cessions territoriales suivantes . . . .«. Ici se placent les cessions en Europe sur lesquelles le Congrès s'est déjà prononcé, puis viennent les cessions en Asie consignées dans l'alinéa b: »Ardahan, Kars, Batoum, Bayazid et le territoire jusqu'au Saganlough.« S. A. S. rappelle

que dès-à-présent la Russie consent à ne pas comprendre dans les cessions Bayazid et le territoire jusqu'au Saganlough.

Le Comte Schouvalow dit qu'il serait plus exact de supprimer les mots »jusqu'au Saganlough« et de résumer ainsi les concessions russes qui sont: Bayazid et toute la vallée d'Alachkerd, sous la réserve que la Turquie rendra le territoire de Khotour à la Perse.

Le Congrès étudie sur la carte, présentée par le Comte Schouvalow, les lignes exactes des concessions russes. Le Président constate que la constitution de Batoum en port franc est acquise à l'entente, et qu'il en est de même des points que vient d'indiquer le Comte Schouvalow. Quant au tracé exact de la ligne de frontière, S. A. S. pense que ce travail ne peut-être fait par le Cougrès et doit être réservé à une commission spéciale compétente.

Lord Salisbury déclare qu'il avait eu des objections sur plusieurs des points de l'article XIX du traité. S. E. craignait d'abord que la possession de Batoum ne fût un danger pour la liberté de la Mer Noire. La concession gracieuse offerte aujourd'hui par la Russie, si il la comprend bien, lui paraît écarter cette appréhension. En second lieu, l'occupation de Bayazid lui aurait fait redouter que la route commerciale de Perse ne fût interceptée: S. E. constate également, qu'en présence de la concession de la vallée d'Alachkerd, ces craintes ne seraient plus justifiées. Il lui reste encore le devoir de rappeler les intérêts d'une vaillante nationalité musulmane qui se refuse à la domination russe. S. E. insiste sur les avantages d'entretiens particuliers pour résoudre les dernières difficultés de détail qui subsistent encore.

Le Prince Gortchacow dit qu'il préférerait une discussion en Congrès et qu'il est prêt à répondre sur place aux objections que présenteraient les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne.

Le Prince de Bismarck s'associe à la demande de Lord Salisbury qui lui paraît justifiée par les nombreux détails de la question qui ne sauraient être discutés en séance plénière. Il consultera d'ailleurs sur ce point le sentiment du Congrès.

Le Prince Gortchacow expose qu'il y a deux catégories de questions: Les premières, qui sont techniques et qui ont pour objet la détermination des limites définitives, ne peuvent, en effet, être résolues en Congrès et le Traité de San Stefano a indiqué par avance qu'elles devront être soumises à une Commission spéciale. En ce qui concerne les secondes, S. A. S. remercie Lord Beaconsfield d'avoir répondu avec tant de loyauté à ses observations: M. le Premier Plénipotentiaire d'Angleterre s'est borné au surplus à exprimer ses craintes sur la sécurité des populations. Mais le Prince Gortchacow s'explique moins les objections de Lord Salisbury et prie S. E. de vouloir bien déterminer, d'une manière plus précise, les inquiétudes qu'il a énoncées.

Lord Salisbury dit qu'il a voulu parler de la nationalité des Lazes qui n'accepterait pas le Gouvernement Russe et dont les répugnances pourraient amener dans l'avenir des embarras sérieux.

Une discussion s'engage entre le Prince Gortchacow, Lord Salisbury et Mehemed Ali Pacha sur le chiffre de la population Laze du Lazistan que le Premier Plénipotentiaire de Russie, sur des données qu'il offre de communiquer, affirme ne point s'élever au dessus de 50,000 âmes, tandis que les Plénipotentiaires d'Angleterre et de Turquie l'estiment à 200,000 individus.

Le Président ayant fait observer que cette question secondaire n'intéresse pas l'oeuvre de la paix, insiste pour que les Plénipotentiaires de Grande Bretagne et de Russie s'entendent sur ce point et sur les autres objets spéciaux qui les séparent, dans des entretiens particuliers. Cette procédure est acceptée de part et d'autre, et le Congrès décide d'attendre le résultat de ces explications mutuelles pour reprendre l'examen de l'article XIX.

La haute Assemblée passe à l'article XVI, relatif aux Arméniens, et dont il a déjà été question dans une séance précédente.

Lord Salisbury a déposé, à ce sujet, une proposition qui a été distribuée aux Plénipotentiaires. S. E. demande la suppression des premières lignes de l'article XVI jusqu'au mot »pays« et désirerait ajouter à la fin la phrase suivante:

»Elle s'entendra ultérieurement avec les six autres Puissances signataires sur la portée de cet engagement et les mesures nécessaires pour le mettre en exécution.«

S. E. ajoute que les intérêts des Arméniens doivent être sauvegardés, et que le but de la proposition est de leur donner des espérances d'améliorations immédiates en même temps que de progrès à venir.

Carathéodory Pacha admet que, dans la dernière guerre, les tribus insoumises ont suscité de graves désordres, mais la Porte, dès qu'elle en a été informée, a pris des mesures pour y mettre un terme. La proposition de Lord Salisbury semble se référer à des mesures ultérieures. Carathéodory Pacha voudrait qu'il fût tenu compte à la Porte des dispositions qu'elle a adoptées et qu'on ajoutât au paragraphe les mots suivants: »la Porte communiquera aux six Puissances le résultat des mesures qui ont été déjà prises à cet égard.« Cette addition, en même temps qu'elle satisferait le Gouvernement Ottoman, complèterait le sens du texte présenté par les Plénipotentiaires Anglais.

Le Comte Schouvalow préfère la rédaction de Lord Salisbury. Si la Porte a pris des mesures et qu'elles n'aient pas été mises à exécution, il est inutile de les mentionner.

Le Président fait observer qu'il est, peut-être, difficile de mettre à exécution des mesures répressives parmi des tribus indépendantes, et S. A. S. élève des doutes sur l'efficacité pratique de l'article proposé par Lord Salisbury.

Carathéodory Pacha insistant pour l'addition qu'il a indiquée, Lord Salisbury demande à ajourner la discussion pour apporter quelque modification dans le texte primitif.

La question est remise à une prochaine séance.

Le Congrès passe à la question des détroits.

Lord Salisbury déclare que, si l'acquisition de Batoum avait été maintenue dans des conditions qui menaceraient la liberté de la Mer Noire, l'Angleterre n'aurait pas pu s'engager envers les autres Puissances Européennes à s'interdire l'entrée de cette mer. Mais, Batoum ayant été déclaré port franc et commercial, le Gouvernement Anglais ne se refusera pas à renouveler les engagements, sous les modifications imposées par les décisions déjà prises au Congrès.

Le Prince Gortchacow, en faisant observer que ces dangers n'auraient pu se produire de toute façon puisque la Russie n'a point de bâtiments dans la mer noire, est également d'avis que la législation actuelle ne soit pas modifiée.

Il résulte de la discussion qui s'engage entre les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, de Russie et de France sur le caractère du statu quo ante, que le Congrès entend, par ce terme, l'ordre de choses établi par la déclaration de 1856 et par l'article II du Traité de Londres du 13 Mars 1871 dont il est donné lecture.

Le Comte Schouvalow croit que le Congrès n'a pas à discuter sur ce point les actes de 1856 et 1871. Que demende la Russie? Elle demande uniquement le Statu quo ante pour les Détroits. Le Marquis de Salisbury fait dépendre le statu quo des conditions de la possession de Batoum par la Russie. Il serait très-facile de prouver que Batoum ne constitue de menace pour personne et que la possession de ce port ne nous est nécessaire que pour assurer nos communications avec le grand territoire que la Russie possède déjà sur cette partie du littoral de la Mer Noir et pour assurer son commerce. S. E. constate que la déclaration de franchise du port à dû écarter les derniers doutes. Ce port deviendra un point important pour le commerce du monde entier; il ne pourrait être une menace pour les Détroits, et tout conseille, en conséquence, d'y maintenir le statu quo.

Lord Salisbury comprend que Batoum ne sera qu'un port commercial et, ainsi, accepte en principe le statu quo ante pour les Détroits.

A la suite d'une observation de Carathéodory Pacha relative à l'opportunité de déclarer que la Bulgarie n'aura point de forces navales dans la Mer Noire, comme conséquence du Statu

quo ante qui vient d'être admis, il demeure entendu que, la Bulgarie étant Principauté tributaire et n'ayant point de pavillon de guerre, aucune disposition nouvelle ne peut être insérée à ce sujet.

Le Président constate l'assentiment unanime de la haute Assemblée au maintien du statu quo ante dans la question des détroits des Dardanelles et du Bosphore.

Le Président donne lecture de l'article XXIV, et le Congrès reconnaît qu'après la déclaration précédente, il n'a pas à discuter la première phrase de cet article relative à l'ouverture des détroits. Quant à la seconde phrase, qui concerne les blocus fictifs, le Premier Plénipotentiaire d'Italie ayant fait remarquer que cette stipulation n'est que la réproduction du principe de la déclaration de Paris en date du 16 Avril 1856, Carathéodory Pacha constate que ce passage n'a aucune utilité pratique, puisque la Porte est liée par la déclaration de Paris.

Le Président ajoute que c'est pourquoi la haute Assemblée n'a pas à s'en occuper. Le Congrès n'a donc pas à réviser cet article et se borne à maintenir le statu quo ante comme suffisant.

S. A. S. lit ensuite l'article XXV qui concerne l'évacuation de la Turquie d'Europe et d'Asie par les troupes Russes. Le Prince de Bismarck pense que, les deux Puissances belligérantes ayant statué régulièrement à cet égard, le Congrès doit considérer cet arrangement comme strictement bilatéral.

Le Premier Plénipotentiaire de France soumet, sur ce point, un désir à ses collégues de Russie: S. E. demande s'il ne leur serait pas possible de faire une déclaration constatant que le Gouvernement Russe s'efforcera, pour affranchir la Roumanie des charges résultant d'une occupation prolongée, de diriger l'évacuation par la voie du Danube et de Varna.

Le Comte Schouvalow répond que la proposition faite par le premier Plénipotentiaire de France ne saurait avoir un caractère absolu. Il s'agirait ainsi de choisir, de préférence, la voie de mer à la voie de terre. S. E. est prête à obtempérer à ce désir, mais sa déclaration doit être subordonnée à une prompte évacuation de Varna par les troupes Turques. Si les Plénipotentiaires Ottomans veulent bien déclarer au Congrès qu'il n'y a plus d'obstacle à l'évacuation immédiate de cette forteresse, le Comte Schouvalow est prêt à répondre à la demande du premier Plénipotentiaire de France.

Carathéodory Pacha demande l'ajournement d'une question sur laquelle il n'est pas à même de donner une réponse précise.

M. Waddington fait remarquer qu'il n'a pas présenté de proposition, mais un simple appel au bon vouloir de la Russie, dans le cas où les circonstances permettraient d'évacuer le territoire ottoman sans passer par la Roumanie.

Le Comte Schouvalow serait heureux de satisfaire au voeu de M. Waddington et regrette que M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie n'ait pas été en mesure de fournir les informations nécessaires à la décision du Gouvernement Russe.

Carathéodory Pacha ayant demandé si l'alinéa 3 de l'article XXV, relatif à l'évacuation en Asie, sera inséré dans le nouveau traité, le Président dit que cette insertion ne paraît pas nécessaire, puisqu'il ne s'agit que d'une stipulation entre la Turquie et la Russie: l'évacuation en Europe a seule été l'objet d'un arrangement européen.

S. A. S. constate que les derniers articles du Traité de San Stefano (XXVI, XXVII, XXVIII et XXIX) ne sont que des stipulations locales et militaires, et exprime l'espoir que, dans la prochaine séance, le Congrès, informé du résultat des pourparlers qui doivent s'établir sur les questions réservées entres les Plénipotentiaires Russes et Anglais, se trouvera en mesure de terminer l'examen de la question asiatique.

Le Prince de Hohenlohe, comme président de la Commission de délimitation, demande la mise à l'ordre du jour de la prochaine séance d'un rapport de cette commission sur des questions qui ne peuvent être résolues que par le plenum du Congrès.

Le Comte Schouvalow expose incidemment que, pour divers territoires, tant d'Europe que d'Asie, qui n'ont pas été l'objet des délibérations spéciales de la haute Assemblée, aucune amélioration du sort des populations chrétiennes n'a été expressément stipulée. Le Traité de San Stefano, en créant une grande Bulgarie, ne visait dans l'article XV que les Provinces Grecques et quelques territoires qui auraint pu échapper à l'attention.

La situation a changé: la création d'une Roumélie restreinte laisse en suspens de nombreuses populations chrétiennes qui pourraient n'être assimilées ni aux réformes qu'il s'agit d'introduire dans la Roumélie Orientale, ni à celles que le Traité de San Stefano projette pour les provinces grecques.

Le sort des Chrétiens d'Orient constituant une des premières préoccupations de l'Europe et du Congrès, S. E. voudrait espérer que les stipulations de l'article XV s'étendront également à toutes les populations chrétiennes de la Péninsule des Balkans, pour lesquelles aucune organisation spéciale n'est stipulée.

Le Prince de Bismarck estime que le Congrès s'est approprié l'article XV dans sa totalité et qu'il l'étend en principe à toutes les parties de l'Empire. Ce serait, au surplus, à une réunion diplomatique à venir que ces questions de détail pourraient être, au besoin, réservées.

Le Comte Schouvalow est heureux de voir constater que les stipulations de l'article XV s'appliquent à toutes les parties de la Turquie d'Europe qui n'ont pas de règlement spécial.

Le Comte Andrássy est d'accord avec les Plénipotentiaires de Russie sur la nécessité d'améliorer le sort des Chrétiens, mais S. E. ne pense pas que des constitutions toutes faites soient le meilleur moyen d'y parvenir. La diplomatie doit s'en tenir à poser des principes et se garder d'entrer dans les détails qui sont souvent un danger pour les populations.

Carathéodory Pacha demande au Congrès de prendre en considération la pétition inscrite sous le N° 49 dans la 10e liste et dans laquelle Mgr. Gerassimos, archevêque de Philadelphie, traite la question des biens dédiés de Roumanie. S. E. se réserve de soumettre au Congrès une proposition formelle à cet égard.

La séance est levée à 5 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 15.

Séance du 8 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour la **France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour la **Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour la **Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Le protocole N° 13 est adopté.

Le Président fait mention des pétitions de la liste N° 11.

L'ordre du jour appelle l'article XVIII du Traité de San Stefano relatif à la ville de Khotour et à la rectification de la frontière Turco-Persane. Cet article est ainsi conçu:

> »La Sublime Porte prendra en sérieuse considération l'opinion émise par les commissaires des Puissances médiatrices au sujet de la possession de la ville de Khotour, et s'engage à faire exécuter les travaux de délimitation définitive de la frontière Turco-Persane.«

Le Président pense qu'il y a lieu, conformément à la décision prise par le Congrès dans sa dernière réunion, d'entendre le représentant de S. M. le Shah de Perse.

S. E. Malcom Khan est introduit, et le Président le prie de communiquer au Congrès les observations de son gouvernement au sujet de l'article XVIII du Traité de San Stefano.

Malcom Khan dit qu'il n'a point de communication à faire, mais qu'il désire seulement connaître la décision du Congrès.

Le Prince de Bismarck fait observer que la haute Assemblée n'a pas encore pris de résolution, mais a voulu s'assurer que la restitution de Khotour à la Perse serait acceptée par S. M. le Shah.

Malcom Khan se déclare autorisé par son gouvernement à accepter avec reconnaissance la restitution du district de Khotour: il se réfère, pour l'étendue du territoire, à la délimitation dressée par la Commission Anglo-Russe. S. E. ajoute quelques considérations sur la situation de la frontière Persane de Bayazid à Mouhamerra et appelle l'intérêt de la haute Assemblée sur le vif désir de son gouvernement de voir le Congrès mettre un terme à des difficultés sans cesse renaissantes. Le Gouvernement Persan se soumet d'avance à l'arbitrage qui serait fixé par la haute Assemblée.

Le Président pense que le Congrès consentira à prêter ses bons offices pour amener une entente entre la Turquie et la Perse, et le règlement de l'affaire de Khotour pourra lui en fournir l'occasion.

Malcom Khan se retire et, le Président ayant demandé aux Plénipotentiaires Russes de faire connaître leur opinion sur l'article XVIII, le Comte Schouvalow désire déterminer exacte-

ment le caractère actuel de la question. Dans les négociations qui ont eu lieu entre la Russie et la Turquie après la conclusion du Traité de San Stefano, la Russie consentit à rendre à la S. Porte Bayazid et la vallée d'Alachkerd, mais en stipulant, comme échange, la restitution du territoire de Khotour. C'est donc à titre d'échange que Khotour est rendu au Shah. Quant à la délimitation, il n'y a pas de difficulté, puisque Malcom Khan a déclaré accepter celle de la Commission Anglo-Russe. Le Comte Schouvalow ne peut qu'appuyer, d'ailleurs, le désir de la Perse d'arriver le plus tôt possible au règlement de ses frontières.

Le Président demande si une proposition est faite en dehors du maintien pur et simple de l'article XVIII.

La lecture des offices adressés par Malcom Khan au Congrès établit que le Ministre du Shah, de son côté, n'a présenté aucune proposition.

Le Comte Schouvalow n'est point d'avis de maintenir purement et simplement l'article. S. E. répète que les situations respectives ont changé depuis le Traité de San Stefano: il s'agit maintenant, de la part de la Turquie, non plus de »prendre en sérieuse considération«, mais d'exécuter un engagement, un échange, et ce caractère de la question doit être indiqué nettement dans une nouvelle rédaction.

Le Prince de Bismarck ayant exprimé le désir de savoir si les Plénipotentiaires Russes désirent s'en charger, et Lord Salisbury ayant offert pour ce travail le concours des Plénipotentiaires Anglais également intéressés dans la question au point de vue du commerce de la Perse, le Comte Schouvalow annonce qu'à la prochaine séance, il présentera un nouvel article, après s'être concerté avec ses collègues d'Angleterre.

Le Président constate que les principes de l'article XVIII sont confirmés, sauf le complément que doivent préparer les Plénipotentiaires d'Angleterre et de Russie.

Carathéodory Pacha dit que, pour ce qui le concerne, il n'aurait aucun changement à proposer pour l'article XVIII. Il n'a pas connaissance des négociations postérieures au traité de San Stefano auxquelles le Comte Schouvalow a fait allusion, qu'il sollicitera sur ce point les instructions de son Gouvernement; mais qu'en attendant, les Plénipotentiaires Ottomans sont toutefois à la disposition du Comte Schouvalow pour la rédaction du nouvel article, tant qu'il s'agira de confirmer la décision rendue par la Commission mixte au sujet de la cession de Khotour.

Le Président rappelle que, dans la séance précédente, le Congrès avait mis à l'ordre du jour d'aujourd'hui le résultat de pourparlers complémentaires sur différentes questions de détail relatives à la ville et au port de Batoum. Les Plénipotentiaires intéressés n'étant pas encore en mesure de faire connaître leurs décisions, la question est remise à la prochaine séance.

Procédant au point suivant de l'ordre du jour, le Président fait observer que Lord Salisbury s'est réservé de communiquer à la haute Assemblée le résultat d'une entente ultérieure avec les Plénipotentiaires Ottomans sur la rédaction de l'article XVI concernant les Arméniens.

Lord Salisbury donne lecture de la rédaction concertée entre les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne et de la Turquie:

> »La Sublime Porte s'engage à réaliser, sans plus de retard, les améliorations et les réformes exigées par les besoins locaux dans les provinces habitées par les Arméniens et à garantir leur sécurité contre les Kurdes et les Circassiens. Elle donnera connaissance périodiquement des mesures prises dans ce but aux Puissances qui y veilleront.«

Le Congrès donne son assentiment à cet article.

Le Président dit que, dans la dernière séance, Carathéodory Pacha a saisi le Congrès d'une motion relative à la pétition de l'Archevêque Gerassimos sur les couvents dédiés. En voici le texte:

> »Considérant que le différend entre les Saints-Lieux d'Orient et la Roumanie, relatif aux biens dédiés, qui, aux termes des protocoles des Conférences des Grandes Puissances tenues à Paris en 1858, 1859 et 1861 et de la Conférence réunie ad hoc à Constan-

tinople en 1864, devait être réglé par la voie d'arbitrage, demeure jusqu'ici en souffrance:

> les Plénipotentiaires Ottomans prient cette haute Assemblée de vouloir bien prendre en considération le mémoire des Saints-Lieux d'Orient porté sur la liste des pétitions présentées au Congrès sous le N° 49, et par lequel les pétitionnaires s'en remettent au Congrès pour qu'il veuille bien fixer un délai pour la mise en pratique de l'arbitrage et désigner un sur-arbitre pour le cas de partage.«

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie déclare qu'il n'a pas formulé de proposition proprement dite, mais qu'il est prêt à s'approprier les conclusions du mémoire adressé par les Saints-Lieux à la haute Assemblée. S. E. appelle l'intérêt du Congrès sur la déplorable situation des Saints-Lieux orthodoxes qui réclament la mise à exécution des arrangements pris par la Conférence tenue à Paris en 1858, l'arbitrage et la désignation éventuelle du sur-arbitre, prévus par le protocole du 30 Juillet 1858. Les Saints-Lieux s'en remettent au Congrès pour la nomination d'un sur-arbitre.

Le Président exprime ses doutes sur la compétence de la haute Assemblée dans cette question étrangère en elle-même aux Traités de 1856 et 1871 et de San Stefano. Il désirerait cependant la recommander à l'attention de ses collègues et demande si l'un des Plénipotentiaires aurait à présenter quelques observations à ce sujet.

Lord Salisbury serait disposé à insister, mais S. E. ne voit pas quelle pourrait être la sanction d'une décision du Congrès en pareille matière, du moment que l'indépendance de la Roumanie n'en saurait dépendre.

Le Prince de Bismarck dit que, comme représentant de l'Allemagne, il est de l'avis de Lord Salisbury, et ne connaît, en effet, aucun moyen de coercition à exercer par le Congrès en cette affaire.

Carathéodory Pacha remercie le Président d'avoir présenté la question à la haute Assemblée. S. E. regarde, comme désirable que cette difficulté reçoive une solution pour prévenir des discussions ultérieures entre la Roumanie et la Porte. Le Premier Plénipotentiaire Ottoman demande, du moins, que, dans le cas où la haute Assemblée ne croirait pas devoir se saisir de l'affaire, la question pût être traitée en dehors du Congrès par les Puissances.

Le Prince de Bismarck croit qu'en effet ce serait la seule manière réalisable de traiter cette question et pense que ses collègues consentiront à écrire en ce sens à leurs gouvernements.

Le Comte Schouvalow rappelle que la proposition des Plénipotentiaires Français relative à la liberté religieuse et aux diverses garanties accordées à tous les cultes a créé un droit nouveau applicable à toutes les Principautés et qui autorise les intéressés à faire valoir, en temps et lieu, leurs justes réclamations.

Le Président est d'accord sur ce point avec les Plénipotentiaires de Russie. S. A. S. pense, en général, qu'on pourrait introduire dans le traité un article qui léguerait aux Puissances représentées au Congrès la tâche de veiller, soit par leurs représentants à Constantinople, soit par d'autres délégués, sur l'exécution des diverses dispositions qui viennent d'être rappelées. La question des Saints-Lieux pourrait se rattacher à ce contrôle. Le Prince de Bismarck ajoute, avec l'assentiment de la haute Assemblée, qu'en ce qui regarde cette dernière question, il sera noté au Protocole que les représentants des Puissances sont prêts à référer à leurs gouvernements à ce sujet et à recommander à leur sollicitude l'examen de cette affaire soit sur les anciennes bases, soit sur celles qui seront le résultat des délibérations du Congrès.

L'ordre du jour appelle le rapport de la Commission de délimitation.

Le Prince de Hohenlohe, Président de la Commission, indique d'abord le tracé de la frontière Nord de la Principauté de Bulgarie qui suit la rive droite du Danube depuis l'ancienne frontière de Serbie jusqu'à la ligne déterminée par le Congrès dans une précédente séance et qui part d'un point à l'Est de Silistrie pour rejoindre Mangalia,

sur la Mer Noire. Le point à l'Est de Silistrie n'est pas encore fixé, mais il ne s'agit pas d'une ligne stratégique: c'est une concession faite à la Roumanie, et le tracé exact de cette concession demeure réservé.

Le Comte Schouvalow rappelle qu'en effet, il ne s'agit pas ici d'une ligne stratégique. Les Plénipotentiaires Russes ont augmenté le territoire destiné à la Roumanie: il a été décidé qu'une ligne, partant à l'Est de Silistrie, rejoindrait Mangalia qui serait inclus dans le territoire roumain. C'est une question de bonne foi: le point important étant le nombre d'éléments roumains à comprendre dans la Bulgarie, cette ligne doit être tracée avec soin et pourrait être confiée à une Commission Européenne.

Le Comte Andrássy dit que, les deux points d'attache étant fixés, les détails doivent, en effet, être remis à la Commission.

Le Prince de Hohenlohe fait remarquer que l'on ne peut préciser encore le point d'attache du côté de Silistrie, mais que la Commission a indiqué que ce point doit être l'emplacement où un pont pourrait être établi sur le Danube à l'Est de Silistrie, pont qui relierait les deux rives Roumaines du fleuve.

Le Comte Schouvalow ayant admis qu'un pont réunissant les deux rives du Danube était nécessaire, et le Baron Haymerle ayant ajouté que, de l'avis des experts, un seul point dans les environs est propice à la construction d'un pont, le Président demande si le Congrès accepte 1° la ligne de frontière du Nord de la Bulgarie; 2° la ligne de Silistrie à Mangalia; 3° l'attribution des détails à l'étude d'une Commission Européenne.

La haute Assemblée donne son assentiment à ces propositions qui règlent les limites Nord de la Principauté.

Le Prince de Hohenlohe passe au tracé de la frontière ouest. Elle doit suivre, depuis Racovitza sur le Danube, l'ancienne frontière orientale de la Serbie jusqu'à la Stara Planina.

Cette ligne est acceptée par le Congrès.

Le Prince de Hohenlohe expose, ensuite, la frontière du Sud telle qu'elle a été fixée par la Commission de délimitation dans les termes suivants:

»La frontière commence par l'embouchure et remonte le thalweg du ruisseau où se trouvent les villages Hodžakiöj, Selam-Kiöj, Aivadšik, Kulebe, Sudžuluk; traverse obliquement la vallée du Deli Kamčik en passant au sud de Belibe et de Kemhalik et au nord de Hadžimahale en traversant le Deli Kamčik à 2½ kilomètres en amont Čengel; gagne la crête, à un point situé entre Tekenlik et Aidos-bredža et la suit par Karnabad Balcan, Prisevica Balcan, Kasan Balcan au nord de Kotel jusqu'à Demir Kapu. De Demir Kapu elle suivra la crête des Balcans jusqu'au sommet de Kosica.«

Le Congrès adopte cette ligne jusqu'à Kosica.

Le Prince de Hohenlohe indique qu'à partir de ce point, la délimitation du Sandjak de Sofia a rencontré des difficultés au sein de la commission. La majorité s'est decidée pour le tracé suivant:

La frontière quitte la crête du Balcan au sommet de Kosica, descend vers le sud entre les villages de Pirtop laissé à la Bulgarie et de Dužanci laissé à la Roumélie Orientale, jusqu'au ruisseau de Tuzlu Dere, suit ce cours d'eau jusqu'à sa jonction avec la Topolnica, puis cette rivière, jusqu'à son confluent avec Smovskio Dere, en laissant à la Roumélie Orientale une zône d'un rayon de deux kilomètres en amont de ce confluent, remonte entre les ruisseaux de Smovskio Dere et la Kamenica suivant la ligne de partage des eaux pour tourner à l'ouest à la hauteur de Voinjak et gagner directement le point 875.

La ligne frontière coupe ensuite, en ligne droite, la tête du bassin du ruisseau d'Ichtiman Dere, passant entre Bogdina et Karaúla, pour retrouver la ligne de partage des eaux, séparant les bassins de l'Isker et de la Marica entre Čamurli et Hadžilar, suit cette ligne par les sommets de Velina Mogila, le col 1008, Zmailica Vrh, Sumnatica, et rejoint la limite administrative du sandjak entre Sivri Taš et Čadir Tepe.

Il ne pourra être élevé de fortifications dans un rayon de dix kilomètres autour de Samakov.

De Čadir Tepe, la ligne frontière se dirige au sud-ouest en suivant la ligne de partage des eaux entre les bassins du Mesta Karasu, d'un côté, et du Struma Karasu de l'autre, passant par les crêtes des montagnes du Rhodope appelées Demir Kapu, Iskof Tepe, Kadimesar Balcan et Aji Gedik jusqu'à Kapetnik Balcan, et se confond ainsi avec l'ancienne frontière administrative du Sandjak de Sofia.

De Kapetnik Balcan, la ligne frontière est indiquée par la ligne de partage des eaux entre les vallées de la Rilska reka et de la Bistrica reka, et suit ainsi le contrefort appelé Vodenica Planina pour descendre dans la vallée de la Struma au confluent de cette rivière avec la Rilska reka, laissant le village de Barakli à la Turquie. Elle remonte alors au sud du village de Jelešnica pour atteindre, par la ligne la plus courte, la chaîne de Golema Planina au sommet de Gitka et y rejoindre l'ancienne frontière administrative du Sandjak de Sofia, laissant, toutefois, à la Turquie la totalité du bassin de la Suha reka.

Du mont Gitka, la frontière se dirige vers le mont Crni vrh par les Montagnes de Karvena Jabuka, en suivant l'ancienne limite administrative du Sandjak de Sofia dans la partie supérieure des bassins de Egri Su et de la Lebnica, remonte avec elle sur les crêtes de Babinapolana et arrive au mont Crni vrh.

Du mont Crni vrh, la ligne frontière se confond avec la limite administrative, séparant les Sandjaks de Nisch et de Sofia, suivant la ligne de partage des eaux entre la Struma et la Morawa, par les sommets de Strešer, Vilo Golo, Mesid, Ravnašiba, Ogorelica, Kosturnica et Lubas jusqu'à Grloska Planina.

A partir de cette chaîne, elle descend vers le nord-ouest en longeant, à une distance de deux kilomètres environ, la rive gauche de la Divljanska reka et de la Lukavička reka, coupe, à 1000 mètres au nord-ouest du village de Seguša, la route de Sofia à Pirot, se dirige en ligne directe sur la Vidlič Planina et, de là, sur le mont Radočina dans la chaîne du Kodža Balcan, laissant à la Serbie le village de Doikinci et à la Bulgarie celui de Senakos.

Du sommet du mont Radočina, la frontière suit vers l'ouest la crête des Balcans par Čiprovec Balcan et Stara Planina jusqu'à l'ancienne frontière orientale de la Principauté de Serbie près de la Kula Smiljeva Čuka.

Le Prince de Hohenlohe, en terminant cet exposé, ajoute qu'une décision n'a pas pu être prise au sujet de ce tracé, les Plénipotentiaires de Russie n'ayant pas trouvé dans cette délimitation une compensation suffisante des parties qui avaient été détachées du Sandjak à l'Est et au Sud.

Le Président regrette que les membres de la Commission n'aient pu s'entendre sur cette question et exprime l'avis que le Congrès la décide par voie de majorité.

Le Comte Schouvalow rappelle que le Congrès, dans une de ses premières séances, a admis à l'unanimité que le Sandjak de Sofia serait incorporé dans la Principauté de la Bulgarie sauf rectification stratégique de ses frontières. Lorsque cette question a été transmise à l'examen des spécialistes de toutes les Puissances, ils ont compris qu'il s'agissait de choisir entre plusieurs crêtes celles qui répondaient le mieux aux conditions de la défense. Telle n'a pas été l'opinion des officiers d'état-major anglais; ils ont demandé à reculer la frontière derrière la chaîne des montagnes et ont, de cette façon, changé une rectification stratégique en une cession territoriale.

Les Plénipotentiaires de Russie, s'inspirant dans ce débat d'un esprit de conciliation, ont admis la ligne qui avait eu les suffrages de la majorité de la commission, mais ils l'ont fait sous la réserve de recevoir un équivalent dans le tracé des frontières occidentales du Sandjak.

L'équivalent qui leur a été proposé ne leur a pas paru suffisant, car il atteignait, tout au plus, la moitié de ce que la Bulgarie perdait d'un autre côté.

S. E. rappelle à la haute Assemblée qu'elle a unanimement consenti à l'incorporation du Sandjak de Sofia à la Bulgarie, et les Plénipotentiaires de Russie tiennent expressément à le maintenir, si non dans ses frontières administratives actuelles, du moins dans les dimensions territoriales dans lesquelles il a été concédé.

En conséquence, le Comte Schouvalow demande au Congrès de vouloir bien statuer, en principe, sur une augmentation de territoire dans le tracé occidental du Sandjak de Sofia.

Lord Salisbury explique que l'Angleterre avait consenti à céder le Sandjak de Sofia à la Bulgarie pendant que la Russie avait consenti à céder à la Turquie les deux vallées de la Strouma et de Mesta Karasu. Un examen plus approfondi a fait reconnaître qu'une portion de la vallée de la Strouma se trouvait comprise dans le Sandjak de Sofia. Telle a été la cause de la réclamation des délégués Britanniques qui ont demandé une rectification dans les frontières sud du Sandjak.

Le Comte Schouvalow répond que, si le Plénipotentiaire Britannique fait valoir cette considération, il lui opposerait un autre argument. Le Congrès avait décidé que le Sandjak de Sofia serait échangé contre »l'exclusion de la vallée de la Strouma de la Roumélie-Orientale.« En conséquence, cette vallée ne peut être revendiquée par le Plénipotentiaire Anglais, car elle reste exclue de la Roumélie, soit qu'elle appartienne au Sandjak de Sofia, soit qu'elle en reste séparée.

Le Baron de Haymerle tient à rappeler que les Plénipotentiaires Austro-Hongrois n'ont pas élevé de difficultés au sujet du Sandjak de Sofia. C'est seulement en ce qui concerne la compensation demandée par les Plénipotentiaires Russes, que les Représentants Austro-Hongrois ont insisté pour que la Bulgarie ne s'étendît pas davantage au nord, et ont proposé que l'équivalent soit pris dans le caza de Djouma plutôt que dans celui de Pirot.

Mehemed Ali Pacha dit qu'en réalité, la Bulgarie a obtenu tout le Sandjak de Sofia, sauf les rectifications stratégiques prévues, et que le protocole primitif a été exécuté mot pour mot. S. E. croit donc inutile de rien concéder à la Bulgarie du côté de la Serbie.

Le Comte Schouvalow insiste pour que la Bulgarie obtienne un équivalent suffisant du côté de la Serbie.

Le Président demande aux Plénipotentiaires Russes de déterminer exactement l'équivalent qu'ils réclament.

Le Prince de Hohenlohe croit devoir ajouter que la Commission a proposé, à l'unanimité, de donner à la Principauté Bulgare une route d'étape, outre l'équivalent que la Russie trouve insuffisant. Cette proposition a été formulée en ces termes:

En cas de guerre, et même dans le cas où la Serbie conserverait la neutralité, cette Principauté pourra être invitée à permettre aux troupes et aux convois Bulgares le libre passage sur la ligne d'étapes entre Vidin et Sofia par la route de Sofia à Pirot et, de ce point à Vidin, par le col de Saint Nicolas. La Serbie ne pourra s'y refuser, et ces passages ne seront pas considérés comme une violation de l'état de neutralité.

Le Comte Schouvalow dit que la réserve faite par la Commission pour assurer un libre passage à la Bulgarie prouve à quel point la frontière occidentale est peu satisfaisante, puisqu'il s'agit de donner aux Bulgares la possibilité d'une retraite, en leur garantissant une route militaire par la Serbie. Le Président ayant demandé quel était l'équivalent réclamé par la Russie en faveur de la Bulgarie, S. E. se conforme à ce désir en formulant une proposition qui pourrait, en même temps, faire disparaître une divergence qui existe entre les Plénipotentiaires Austro-Hongrois et Russes. Dans l'opinion des Plénipotentiaires Austro-Hongrois, les deux points de Pirot et de Trn devraient appartenir à la Serbie, parcequ'ils contiennent une population Serbe. Les Pléni-

potentiaires Russes ne partagent point cette opinion et considèrent les deux districts sus-mentionnés comme deux centres bulgares. M. Ristitch a vivement insisté sur l'annexion de Pirot et de Trn à la Serbie, en prétendant que, si les voeux de la population étaient consultés, elle se serait declarée en faveur de l'annexion à la Serbie. Le Comte Schouvalow n'aurait pas cédé sur ce point, et, sans se faire le partisan du suffrage universel, il aurait demandé, en dernier lieu, que la question fût réservée à une Commission Européenne, qui aurait décidé, sur place et selon les intérêts de la population, si Pirot et Trn devraient appartenir à la Serbie ou à la Bulgarie.

Les pétitions qui ont été présentées par les habitants en faveur d'une annexion serbe n'ont pas de valeur aux yeux du Comte Schouvalow; il suffit, pour démontrer leur peu de consistance, de constater que ces localités sont occupées actuellement par les troupes serbes et que le Métropolitain Bulgare, qui représentait les interêts de cette nationalité, a été exilé par le Prince de Serbie.

Toutefois, pour arriver à une conclusion pratique, et pour résoudre, par la même disposition, la question de compensation et la divergence d'opinion qui existe par rapport à Pirot et à Trn, il offre un compromis: il demande d'incorporer Trn à la Province de Bulgarie et abandonne la ville de Pirot à la Serbie.

Le Président, résumant l'état de la discussion et l'offre faite par le Comte Schouvalow, exprime le désir qu'un accord puisse intervenir sur ces bases.

Le Comte de Saint-Vallier constate que le Comte Schouvalow a indiqué une transaction qui permettra à la Commission de délimitation de formuler, à ce sujet, une proposition ultérieure sur laquelle le Congrès aura à se prononcer. S. E. estime, de plus, que la haute Assemblée étant, dès à présent, d'accord sur la plus grande partie de la frontière Sud de la Bulgarie, depuis la mer jusqu'à Samakow, pourrait immédiatement voter sur cette ligne, en réservant la partie encore en discussion à une autre séance où elle se prononcerait en pleine connaissance de cause, après communication d'un rapport complémentaire de la Commission.

Le Président s'associe à la pensée du vote sur les points acquis, mais n'est point d'avis de renvoyer les autres à la Commission. S. A. S. propose que le Congrès décide aujourd'hui même sur la question de Pirot et de Trn, sauf à laisser à la Commission le droit de statuer sur des détails.

Le Baron de Haymerle et Lord Salisbury pensent que la Commission devrait, sur ces détails, être autorisée à décider par voie de majorité.

Le principe de l'attribution de Pirot à la Serbie et de Trn à la Bulgarie est accepté par le Congrès, qui admet également que la Commission, sans en référer à la haute Assemblée, pourra statuer sur le détail par voie de majorité.

Le Prince de Hohenlohe expose que les Représentants anglais dans le sein de la Commission désiraient ajouter à la ligne des Balkans un rayon stratégique de cinq kilomètres. Ce voeu n'a pas été accueilli par la Commission, mais elle a adopté une résolution qui consiste à ajouter au dernier alinéa de la proposition anglaise insérée au Protocole IV, pag. 3, la résolution suivante:

> »La Commission Européenne prendra en considération la nécessité pour S. M. le Sultan de pouvoir défendre les frontières du Balkan de la Roumélie orientale.«

Cette addition ayant été acceptée par le Congrès, le Président soumet au suffrage de la haute Assemblée l'ensemble du tracé des frontières Bulgares, sauf les questions de détail sur Pirot et Trn, qui restent à décider par la Commission de délimitation. Ce tracé est adopté à l'unanimité.

Le Prince de Hohenlohe passe à la frontière de la Roumélie orientale et donne lecture de la proposition suivante présentée par la Commission:

1°. Frontière Sud de la Roumélie orientale.

A partir de la rivière de l'Arda près du village d'Adačali, la frontière remonte sur la crête de Beštepe Dagh qu'elle suit jusqu'à un point situé sur la Maritza à 5 kilomètres en amont

du Pont de Mustafa Pacha, elle remonte vers le Nord par la ligne du partage des eaux entre Démirhanli Dere et les petits affluents de la Maritza, jusqu'à Küdeler Baïr. De-là, elle traverse la vallée de la Tundža, se dirigeant directement sur Böjük Derbend qu'elle laisse au Nord ainsi que Soudžak. De Böjük Derbend, elle reprend la ligne du partage des eaux entre les affluents de la Tundža au Nord, et de la Marica, au Sud, jusqu'à la hauteur de Kaibilar, qui reste au Nord, passe au Sud d'Almali entre le bassin de la Marica au Sud, et différents cours d'eau qui se rendent directement vers la Mer Noire entre les villages de Belevrin et Alatli, elle suit au Nord de Karanlik, les crêtes de Vosna, Suvak, Sw. Ilia, la ligne qui sépare les eaux du Duka et celle du Karagač Su, et rejoint la Mer Noire entre les deux rivières de ce nom.

A partir de la rivière Arda, la frontière Ouest suivra le tracé de San Stefano, c'est-à-dire les montagnes Išiklar, Karakolas, Čepelü, Ešek-Kulaghi, les Balkans Noirs (Kara Balkan) jusqu'au Mont Kruševo.

2°. Frontière occidentale de la Roumélie, coté du vilayet de Salonique.

La frontière occidentale de la Roumélie se sépare de celle de la Bulgarie au Mont Čadir Tepe, dans la chaine du Rodope, en suivant la ligne de partage des eaux, entre les bassins de la Marica et de ses affluents d'un côté, et du Mesta Karasu et de ses affluents de l'autre, et se dirige vers le Sud Est et le Sud par la crête des montagnes Despoto Dagh, sur le Mont Kruševo (point de départ de la ligne du traité de San Stefano).

Le Congrès approuve, sans discussion, cette délimitation.

Le Prince de Hohenlohe donne ensuite lecture du projet de délimitation suivant pour la Serbie, accepté par la majorité de la commission:

> Le tracé suivra la frontière actuelle par le thalweg de la Drina, laissant à la Principauté le Mali-Zwornik et Sakhar.
>
> Elle continuera ensuite à longer l'ancienne limite de la Principauté jusqu'au Kopaonik, dont elle se détachera à la sommité du Kanilug. De là elle se confondra avec la limite occidentale du Sandjak de Niš jusqu'au village Končul sur la Morava, passant d'abord par la crête du contrefort sud du Kopaonik, puis par celle de la Marica et Mrdar Planina (formant le partage des eaux entre le bassin de l'Ibar et de la Sitnica d'un côté, et de celui de la Toplica de l'autre) — laissant le débouché sud du défilé de Prepolac à la Turquie — jusqu'au mont Djak, tournant ensuite vers le sud par la crête du partage des eaux entre la Brvenica et la Medvedja Rjeka, laissant tout le bassin de la Medvedja à la Serbie, d'où elle descendra dans une direction Est entre les villages Petrilja et Dukat, pour y traverser la rivière Medvedja et monter sur la crête de la Goljak-Planina (formant le partage des eaux entre la Kriva-Rjeka d'un côté, et la Poljanica, la Veternica et la Morava de l'autre) d'où elle descendra dans une direction sud à Končul sur la Morava, laissant ce village à la Serbie. De ce point la frontière suivra le thalweg de la Morava jusqu'à Lusan — laissant ce village à la Turquie d'où elle se dirigera par Borovce et Novoselo — laissant ces villages à la Turquie jusqu'à la sommité du mont Kujan. De ce point, la frontière se confondra de nouveau avec la limite administrative méridionale et orientale du Sandjak de Niš, formant le partage des eaux entre les bassins du Vardar, du Strouma, de l'Isker et du Lom d'un côté et de celui de la Morava et du Timok de l'autre.
>
> Cette limite administrative est particulièrement marquée par la crête de la S. Ilia-Planina, le sommet du mont Ključ, la crête de la Babina glava, le sommet des monts Crni vrh, où elle se confond avec la frontière occidentale de la Bulgarie indiquée plus haut (voir pag. 9).

S. A. S. fait suivre cette lecture de l'indication de deux difficultés qui se sont produites au sein de la Commission: l'une à propos du défilé de Pré-

polac, l'autre concernant le district de Vranja. En ce qui regarde Prépolac, les délégués Autrichiens l'avaient laissé à la Turquie: la Commission militaire ayant cependant proposé d'accorder aux Serbes un rayon de mille mètres au sud de Prépolac, les délégués Turcs s'y sont opposés. La question n'a pas été décidée: quant au district de Vranja, la majorité de la Commission était d'avis de le laisser aux Serbes, mais ce sentiment a rencontré l'opposition des délégués Turcs et Anglais.

Mehemed Ali Pacha indique, sur la carte, les inconvénients de l'attribution de Vranja à la Serbie: une fois les défilés de cette région franchis, aucun obstacle naturel ne se présente jusqu'a Uskub. S. E. déclare donc que Vranja est nécessaire à la ligne de défense de l'Empiret et insiste, en outre, pour que Prépolac soi, laissé à la Turquie.

Le Comte Schouvalow se borne à faire connaître l'attitude des commissaires Russes dans le sein de la Commission: ils ont abandonné la délimitation de San Stefano pour accepter la délimitation proposée par l'Autriche-Hongrie, et, quant aux deux questions soumises, en ce moment, au Congrès, ils se sont rangés du côté de la majorité des experts.

Le Comte de Saint Vallier fait observer qu'il serait essentiel qu'on laissât à la Serbie la ville de Vranja, importante pour la Principauté au point de vue de la population. S. E. ne croit pas, d'ailleurs, que la S. Porte puisse se plaindre de la combinaison adoptée, avantageuse à la Turquie qui rentre en possession de Djouma et de la partie Sud du Sandjak de Sofia.

Le Président ayant mis au vote la question de savoir si Prépolac restera aux Turcs ou aux Serbes, les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche - Hongrie, de France, de Grande Bretagne, d'Italie et de Turquie sont d'avis d'attribuer cette place à la Turquie: les Plénipotentiaires de Russie déclarent accepter le vote de la majorité.

Le Président consulte ensuite la haute Assemblée au sujet de Vranja. Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche - Hongrie, de France et de Russie sont d'avis que ce district soit annexé à la Serbie; les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, d'Italie et de Turquie se prononcent pour qu'il reste à la S. Porte.

Le Prince de Bismarck constate le résultat du vote et propose à la haute Assemblée d'adopter l'ensemble du tracé des frontières de Serbie, en attribuant Prépolac à la Turquie et Vranja à la Serbie.

Carathéodory Pacha déclare qu'il doit attendre, au sujet de Vranja, les instructions de son Gouvernement.

Lord Salisbury réclamant de nouveau contre la cession de Vranja qui lui paraît dangereuse pour la Turquie, refuse de consentir, dans ces conditions, au tracé des frontières Serbes.

En présence de cette déclaration, le Président reconnaît que, si elle était maintenue, il devrait constater, avec regret, l'ajournement du règlement de cette question jusqu'à un accord ultérieur.

Le Comte de Saint-Vallier insiste, de nouveau, pour que la ville de Vranja soit laissée à la Serbie, et, dans un but de conciliation, il propose une ligne de transaction qui serait établie au Sud et à proximité de Vranja; la ville et sa population appartiendraient ainsi à la Principauté Serbe, tandis que la Turquie trouverait, dans l'extension de territoire qui lui serait accordée les conditions de sécurité qu'elle réclame. Cette proposition donne lieu à un nouvel échange d'idées, et le Congrès décide que la Commission de délimitation aura à déterminer, au Sud de Vranja, le tracé d'une ligne qui, laissant la ville à la Serbie, donnera à la Turquie l'espace nécessaire pour assurer la défense de ses possessions.

Le Président met ensuite aux voix l'ensemble du tracé des frontières Serbes qui est adopté par le Congrès. S. A. S. constate, avec satisfaction, ce résultat et ajoute que le protocole reste ouvert pour les instructions demandées par les Plénipotentiaires Ottomans.

Il reste, en outre, bien entendu que toutes les questions traitées par la Commission de délimitation sont renvoyées à la Commission de rédaction pour les détails de forme.

Le Prince Gortchacow donne lecture de la communication suivante:

»Au moment où la haute Assemblée, réunie à Berlin sous les auspices de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, va terminer l'oeuvre de pacification qu'elle a entreprise, les Plénipotentiaires de Russie croient répondre à ses sentiments en exprimant le voeu que cette oeuvre, accomplie dans un esprit de conciliation, assure à l'Europe une paix solide et durable.

La Russie y est particulièrement intéressée. Elle a porté de grands sacrifices durant la guerre; elle en a fait de considérables, en vue du rétablissement de la paix et du maintien de l'entente Européenne. Elle est en droit de compter que, du moins, ces sacrifices ne seront pas gratuits et que l'oeuvre dont on a posé les fondements ne restera pas stérile, faute d'exécution, comme l'ont été les précédentes tentatives de pacification de l'Orient. Elle ne pourrait pas accepter la perspective du renouvellement de crises pénibles, semblables à celle à laquelle le Congrès de Berlin a été appelé à mettre un terme. Les Plénipotentiaires de Russie sont persuadés que cette pensée est également celle de la haute Assemblée, qu'elle ne voudra pas élever un édifice éphémère qui exposerait la paix de l'Orient et de l'Europe à de nouveaux périls.

Dans cette conviction, les Plénipotentiaires de Russie ont ordre de demander au Congrès, avant qu'il ne mette fin à ses travaux, quels sont les principes et le mode par lesquels Il entend assurer l'exécution de Ses hautes décisions.«

Le Président dit que cette communication sera mise à l'ordre du jour de la séance suivante, fixée à demain, qui comprendra, en outre, le règlement des points réservés dans la question de Batoum, la rectification de la frontière du territoire de Khotour, et une communication sur l'état des travaux du comité de rédaction.

La séance est lévée à 6 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 16.

Séance du 9 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 2 heures et ½.

Le protocole N° 14 est adopté.

L'ordre du jour appelle la rédaction définitive de l'article XVIII du Traité de San Stefano relatif au territoire de Khotour et à la frontière Turco-Persane.

Le Comte Schouvalow donne lecture du projet d'article suivant, sur lequel les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne et de Russie sont tombés d'accord, et qui doit être renvoyé à la Commission de rédaction, s'il est agréé par le Congrès:

»La vallée d'Alaschkerd et la ville de Bayazid, dont l'annexion à la Russie avait été consentie par Sa Majesté le Sultan par l'article XIX du Traité de San Stefano, restant à la Turquie, il a été subséquemment convenu entre les Gouvernements de Russie et de Turquie, que la Sublime Porte, en échange de ces territoires, restituera, de son côté, à la Perse la ville et le territoire de Khotour, tel qu'il a été délimité par la commission mixte anglo-russe.«

Carathéodory Pacha déclare que les Plénipotentiaires Ottomans n'ont pas encore reçu leurs instructions.

Il résulte des observations échangées, à ce sujet, entre le Comte Andrássy, Lord Salisbury, Carathéodory Pacha et le Comte Schouvalow, que le tracé proposé pour le territoire de Khotour est le même que celui dont la Commission Anglo-Russe, il y a quelques années, a indiqué la délimitation.

Le Congrès décide d'attendre à demain pour recevoir communication de la réponse définitive de la Porte Ottomane.

Le Président demande si l'accord s'est établi entre les Plénipotentiaires Anglais et Russes sur les arrangements relatifs à Batoum et réservés à leurs pourparlers, dans la séance précédente.

Lord Salisbury regrette qu'un malentendu sur le tracé de la ligne de frontière ait surgi au dernier moment et retarde l'entente des deux Puissances.

Le Prince Gortchacow dit qu'en ce qui le concerne, il est tombé d'accord avec Lord Beaconsfield sur les circonscriptions territoriales. Le Premier Plénipotentiaire de Russie a pris sous sa responsabilité personnelle d'accepter un tracé nouveau sur lequel l'accord s'était établi entre lui et le Premier Plénipotentiaire de la Grande

Bretagne. S. A. S. lit, à ce sujet, la déclaration suivante:

»Les Plénipotentiaires de Russie ont déjà fait connaître au Congrès que l'Empereur, leur auguste Maître, a l'intention d'ériger Batoum en port franc. Ils sont autorisés à ajouter que l'intention de Sa Majesté est, en outre, de faire de ce port un port essentiellement commercial.«

Lord Beaconsfield s'associe entièrement aux sentiments exprimés dans le document que vient de lire le Prince Gortchacow et rend hommage au sincère esprit de conciliation dont S. A. S. a fait preuve dans les pourparlers relatifs aux districts en question. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne s'est inspiré des mêmes sentiments. En ce qui concerne le défaut d'entente sur la ligne de frontière, S. E. propose de remettre les points en litige à l'examen de la Commission de délimitation et il espère que toute difficulté s'aplanira.

Le Président regrette que l'accord direct n'ait pu avoir lieu; il craint que le renvoi à la Commission ne soit pas le moyen le plus prompt de régler cette affaire.

Le Prince Gortchacow explique, de nouveau, que le tracé qu'il avait proposé et qu'il indique sur la carte était une concession importante ajoutée à celles que la Russie avait déjà consenties. Il était autorisé à croire que la ligne en avant d'Olti, acceptée par lui sous sa responsabilité personnelle, et sur laquelle il pensait qu'on s'était parfaitement entendu, ne soulèverait plus aucune difficulté.

Le Président propose que, du moins, les Puissances consentent à ce que la commission de délimitation, si elle doit être saisie du différend, puisse statuer sans avoir recours aux officiers spéciaux et décide à la majorité des suffrages.

Cette proposition est adoptée à l'unanimité par le Congrès.

Le Président constate cette décision et, sur une observation de Carathéodory Pacha relative à la vallée d'Alachkerd, répond qu'Alachkerd est hors de cause. La commission n'aura donc à s'occuper que du tracé de la ligne d'Olti.

La haute Assemblée passe à la déclaration présentée par le Prince Gortchacow dans la séance précédente.

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie ne s'explique pas la portée de ce document. Les principes et les modes destinés à assurer l'exécution des résolutions du Congrès ont été déjà indiqués au cours des délibérations de la haute Assemblée; une partie des décisions du Congrès est immédiatement exécutoire; pour les autres, des commissions spéciales ont été instituées avec des attributions définies: toutes les garanties nécessaires ont donc été déjà données. La signature d'un traité de paix assure, d'ailleurs, la forme la plus solennelle et la plus obligatoire aux stipulations qui s'y trouvent contenues. Les commissions complètent l'ensemble des garanties et S. E. ne voit pas quelles nouvelles conditions pourraient être exigées. Le Gouvernement Ottoman a, d'ailleurs, donné, en Congrès, l'assurance que ses résolutions seraient mises à exécution dans le plus bref délai: Carathéodory Pacha pense que d'autres dispositions amèneraient des complications et des difficultés contraires au but que la déclaration russe désire atteindre.

Le Prince Gortchacow comprend malaisément les objections du Premier Plénipotentiaire Ottoman. S. A. S. ne voit que des avantages à entourer de toutes les garanties d'efficacité un traité conclu par les hommes d'Etat les plus éminents de l'Europe et qui ne doit pas rester lettre morte. Il importe que les stipulations d'un tel acte soient respectées: Lord Salisbury reconnaissait récemment la nécessité pour l'Europe de surveiller l'exécution des réformes en Turquie: à plus forte raison, l'exécution d'un traité comme celui qui va être signé à Berlin doit-elle être l'objet d'une surveillance active. S. A. S. ne s'attache pas, d'ailleurs, à tel ou tel terme de sa déclaration: tout ce que la Russie désire est que la mise en pratique des stipulations du traité soit assurée: il y a là une question de dignité pour la haute Assemblée.

Le Prince de Bismarck dit que la discussion sera facilitée par une proposition formelle que présenteraient les Plénipotentiaires Russes.

Le Prince Gortchacow répond qu'il serait prêt à demander que les Puissances qui participent au Congrès garantissent collectivement l'exécution des résolutions de la haute Assemblée.

Le Prince de Bismarck dit qu'il n'a pas mandat d'exprimer, à cet égard, comme Président, le sentiment du Congrès: il ne peut donner son opinion que comme représentant de l'Allemagne. Or, à son avis, il est évident que, si les Puissances se mettent d'accord sur des questions qui préoccupent l'Europe depuis près d'un siècle et qui surtout, depuis 20 ans, éveillent sa sollicitude, elles n'entendent pas faire une oeuvre inefficace, et toutes doivent surveiller et contrôler l'exécution de stipulations qui forment un ensemble dont il est impossible d'accepter une partie et de rejeter le reste: mais S. A. S. n'estime pas que chaque Etat isolément soit obligé de prêter main forte à l'exécution de ces arrangements et qu'il puisse exister une garantie solidaire et collective. C'est, du moins, dans cet ordre d'idées que S. A. S. se place pour envisager la situation de l'Allemagne. Le Prince de Bismarck ne croit pas qu'on puisse trouver de formule qui garantisse d'une manière absolue l'Europe contre le retour des faits qui l'ont émue et, si les Puissances s'engageaient solidairement à user de la force au besoin, elles risqueraient de provoquer entre elles de graves dissentiments. Le Congrès ne peut faire qu'une oeuvre humaine, sujette, comme toute autre, aux fluctuations des événements. S. A. S. avait craint d'abord, à la première lecture de la déclaration russe, que la demande du Prince Gortchacow ne dépassât les ressources du Congrès. Après, les explications données par M. le Premier Plénipotentiaire de Russie, le Prince de Bismarck est persuadé que le Prince Gortchacow serait satisfait par une rédaction indiquant que la totalité des obligations consignées dans le traité futur formera un ensemble, dont les Puissances feraient surveiller l'exécution par leurs Représentants à Constantinople, en se réservant d'aviser, dans le cas où cette exécution serait défectueuse ou tardive. S. A. S. ne suppose pas que le Prince Gortchacow ait eu en vue des stipulations destinées à régler l'exécution d'engagements réciproques tels, par exemple, que l'évacuation des forteresses et territoires, puisque la non-exécution de ces clauses par l'une des deux Puissances intéressées entraînerait, de la part de l'autre, la non-exécution des clauses correspondantes: le Premier Plénipotentiaire de Russie aura eu plutôt en vue les stipulations de la haute Assemblée relatives à la protection des Chrétiens; mais le Prince de Bismarck ne pense pas qu'à l'avance, le Congrès puisse paraître supposer que des résolutions prises solennellement par toute l'Europe unie ne seraient pas exécutées. Il faudrait attendre une infraction pour s'en préoccuper, et, dans ce cas, les Puissances, prévenues par leurs Représentants à Constantinople, pourraient s'entendre pour faire appel à de nouvelles réunions diplomatiques. Si, toutefois, le Gouvernement Russe insistait pour l'insertion au traité d'un article particulier établissant que les Puissances se réservent le droit de contrôler par leurs agents l'exécution des résolutions de la haute Assemblée, le Prince de Bismarck n'y a, pour sa part, pas d'objection.

Le Premier Plénipotentiaire de Russie répond que le Prince de Bismarck a bien interprété le fond de sa pensée. Il désire, en effet, qu'un article inséré au traité exprime que l'exécution des décisions du Congrès est placée sous la surveillance de toute l'Europe. S. A. S. regarde, toutefois, que le soin de signaler les infractions qui seraient commises doit être attribué, non pas seulement aux Représentants à Constantinople, mais aux gouvernements eux-mêmes: si le traité contient des expressions conçues dans le sens des paroles du Prince de Bismarck, les Plénipotentiaires de Russie n'insisteront pas.

Le Comte Schouvalow dit que les Plénipotentiaires de Russie ont eu surtout en vue d'éviter les mécomptes qui ont suivi le Traité de 1856.

Plusieurs de ses articles stipulant des améliorations pour les populations Chrétiennes de l'Empire Ottoman n'ont pas été mis en exécution. Il s'en est suivi pour l'Europe de fréquents tiraillements, la guerre, et enfin, la réunion du Congrès. Il ne faudrait pas se trouver, pour

une seconde fois, en présence de pareilles difficultés.

S. E. prend acte, bien volontiers, des paroles qui ont été prononcées par le Premier Plénipotentiaire de Turquie, qui a déclaré que la signature du Traité de Berlin donnera la sanction la plus solennelle et la plus obligatoire à ses stipulations. C'est ce caractère solennel et obligatoire que les Plénipotentiaires de Russie cherchent à affirmer. En ajoutant que les articles du traité forment un ensemble dont les Puissances se réservent de surveiller l'éxécution, le Prince de Bismarck a exprimé le sentiment dont s'est inspiré la déclaration Russe. Restent à rechercher les moyens pratiques pour exercer ce contrôle.

Le Président constate que cette pensée devra se retrouver dans une rédaction finale à présenter par les Plénipotentiaires Russes.

Carathéodory Pacha remercie le Comte Schouvalow de l'appréciation bienveillante que S. E. a faite des paroles qu'il a prononcées. Le Premier Plénipotentiaire de Turquie développera sa pensée quand le Congrès discutera l'article dont il est question: mais il tient à dire, dès à présent, que toutes les Puissances qui prennent part à un traité doivent être sur le pied d'égalité pour toutes ses obligations, qu'un traité doit être, en effet, obligatoire pour tous les Etats qui le signent; S. E. se réfère à ses observations précédentes et répète que de nouvelles stipulations de contrôle seraient inutiles et même susceptibles d'amener des difficultés sérieuses.

Le Président pense qu'il est préférable d'ajourner cette discussion jusqu'au moment où les Plénipotentiaires de Russie auront fait une proposition dans le sens qui a été précédemment indiqué.

Le Prince de Hohenlohe, comme Président de la Commission de délimitation, rappelle que le Congrès a remis à cette Commission le soin de décider, par voie de majorité, sur les frontières du Sandjak de Sofia et du district de Vranja. S. A. S. soumet à la haute Assemblée la résolution suivante, relative au Sandjak de Sofia et adoptée par la Commission à l'unanimité:

»La ligne de frontière entre la Serbie et la Bulgarie se rattache à la ligne déjà admise à un kilomètre au Nord-Ouest de Seguša, va en ligne directe au Mont Stol et, de là, par la ligne de séparation des eaux entre la Morava et la haute Sukowa et ses affluents, rejoint, par le Dešćani Kladanec, Drainica Planina, Darkowska Planina, Crna trava et Gačina, la crête au Mešid planina.«

Quant à Vranja, la Commission, à la majorité de 5 voix contre 2, a décidé ce qui suit:

»Des sommets de la Poljanica, la frontière se dirige, par le contrefort de la Karpina Planina, jusqu'au confluent de la Koinska avec la Morava; elle traverse la Morava et remonte par la ligne de partage des eaux entre le ruisseau Koinska et le ruisseau qui tombe dans la Morava près de Neradovce, pour rejoindre la Planina Sv. Ilija audessus de Trgovište. De ce point, elle suit la crête Sv. Ilija, jusqu'à Kljuć et, passant par les points indiqués sur la carte par 1516 et 1547 et la Babina Gora, elle aboutit à Crni vrh.«

Le Congrès sanctionne ces deux résolutions, mais, sur une observation de Carathéodory Pacha, il est entendu que le Protocole reste ouvert pour les instructions que les Plénipotentiaires Ottomans attendent incessamment de la Porte.

L'ordre du jour appelle une communication de la Commission de rédaction.

M. Desprez, rapporteur de la Commission, rappelle que le Président du Congrès, dans la précédente séance, a témoigné le désir de connaître l'état des travaux de la Commission de rédaction et le plan général qu'elle se propose de suivre dans la distribution des matières. S. E. expose que les travaux sont très-avancés. La Commission attend, pour les terminer, qu'elle ait reçu les rapports de la Commission de délimitation, tant pour l'Europe que pour l'Asie, et les différents projets de stipulations pour l'Asie. Quant au plan, la Commission avait à choisir soit l'ordre adopté à San Stefano, soit l'ordre des travaux du Congrès. Elle s'est arrêtée à cette dernière distribution, et, en conséquence, les articles du traité se présenteront dans l'ordre suivant: 1° Bulgarie, 2° Roumélie Orientale, 3° Provinces chrétiennes de la Turquie d'Europe,

4° Monténégro, Serbie, Roumanie, Danube, 5° Asie. Viendront ensuite les différentes clauses générales qui s'appliquent à tout l'Empire Ottoman. S. E. ajoute que cet exposé doit être complété par la mention que les Traités de Paris du 30 Mars 1856 et de Londres du 13 Mars 1871 sont maintenus dans toutes celles de leur dispositions qui ne sont point modifiées ou abrogées par le traité futur.

Le Président ayant demandé si les considérations que M. Desprez vient de lire et qui ne concernent que le plan général suivi dans la rédaction du traité, répondent aux intentions de l'Assemblée, Lord Salisbury élève des objections contre la disposition générale qui maintient les traités antérieurs sans préciser plus exactement les points modifiés par les arrangements actuels. S. E. ne trouve pas, notamment, cette décision suffisante en ce qui concerne les détroits.

M. Desprez fait remarquer que la rédaction proposée sauvegarde le statu quo, et le Comte Corti juge cette rédaction d'autant plus opportune qu'elle consacre ce principe de droit public que toute clause non abrogée reste en vigueur.

Il résulte de la discussion qui s'engage sur ce point et à laquelle prennent part Lord Salisbury, M. Desprez, le Comte Andrássy, le Prince de Hohenlohe et le Président, que la majorité du Congrès est favorable à la rédaction proposée et reconnaît que, dans plusieurs de ses dispositions, notamment en ce qui concerne la navigation du Danube, etc., le Traité de Paris subsiste, que, d'autre part, le principe établi par l'article 2 du Traité de Londres est maintenu dans toute son intégrité.

Lord Salisbury ayant insisté sur ce dernier point, M. Desprez fait remarquer que la rédaction de la Commission cite expressément le Traité de Londres en même temps que celui de Paris, et le Président est également d'avis que le Traité de Londres, loin de recevoir aucune atteinte, est, au contraire, confirmé par la mention dont il est l'objet.

Le Comte de Launay pense qu'il serait préférable d'éviter une discussion générale et d'aborder successivement chaque article.

Le Président fait observer que, d'ailleurs, il n'a pas mis en discussion, en ce moment, les dispositions du traité, mais uniquement le plan général à suivre par la commission de rédaction. S. A. S. ajoute qu'elle regarde comme acquis l'assentiment de la haute Assemblée au plan présenté par M. Desprez et qui implique 1° que le nouveau traité prime les traités de Paris, de Londres et de San Stefano et, 2°, que la rédaction du nouveau traité suivra l'ordre de matières observé dans la discussion du Congrès.

M. d'Oubril dit qu'à propos de la rédaction du traité, les Plénipotentiaires de Russie désirent présenter la proposition suivante dont il donne lecture:

»Le Traité de San Stefano n'ayant été que préliminaire, et les remaniements territoriaux qui y ont été stipulés ayant dû subir des modifications et recevoir la sanction de l'Europe, des termes n'y avaient pas été fixés pour la remise aux intéressés des territoires détachés de l'Empire Ottoman, mais qui se trouvaient encore occupés par les troupes Turques.

Aujourd'hui que les Grandes Puissances sont tombées d'accord sur les nouvelles délimitations, il semble urgent de fixer un terme pour l'entrée en vigueur de l'ordre de choses établi par le Congrès.

La haute Assemblée s'étant entendue sur les époques auxquelles devront être évacués les territoires à restituer à Sa Majesté le Sultan, il devient nécessaire de stipuler aussi, que les localités qui doivent être détachées de l'Empire Ottoman et se trouvent encore au pouvoir de la Porte soient évacuées et remises à qui de droit dans des délais déterminés.

La fixation de ces termes, pour chaque cas spécial, pourrait être abandonnée à la Commission de rédaction.«

Mehemed Ali Pacha lit ensuite la proposition ci-après:

»Les Plénipotentiaires Ottomans attirent l'attention de cette haute Assemblée sur l'article X du Traité de San Stefano dont il est indispensable de garder les stipula-

tions pour la partie du Sandjak de Sofia qui fera partie de la Principauté de Bulgarie, vu que la configuration du terrain s'oppose à construire d'autres lignes de communication que celles qui existent entre les kazas de Rahmanli, Ichtiman et Bazardjik d'un côté, et les kazas de Pristina et Uskup de l'autre côté.«

Le Président fait observer à M. le Plénipotentiaire Ottoman que le Congrès a déjà décidé la question qui fait l'objet de ce document, mais que cependant la proposition sera imprimée et portée sur l'ordre du jour de la séance prochaine.

La séance est levée à 5 heures moins ¼.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
BEACONSFIELD.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ,
MOÜY.

Protocole N° 17.

Séance du 10 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 3 heures.

Mention est faite de la liste des pétitions N° 12.

L'ordre du jour indique, en premier lieu, la réponse à donner par les Plénipotentiaires Ottomans, d'après les instructions qu'ils ont demandées à la Porte, au sujet de la nouvelle rédaction de l'article XVIII relatif à la ville et au territoire de Khotour et que le Congrès a approuvée dans la séance d'hier.

Carathéodory Pacha, renouvelant la déclaration qu'il a déjà faite, dans la séance précédente, dit que du moment où la ligne de frontière du territoire à céder a été tracée par les Commissaires Anglo-Russes, il n'a aucune objection contre la rédaction présentée par le Comte Schouvalow.

Le Congrès prend acte de cette réponse, et passe au règlement des questions de détail, relatives au frontières du district de Batoum, qui ont été renvoyées à la Commission de délimitation.

Le Prince de Hohenlohe, Président de la Commission, donne lecture du document ci-après:

> La Commission a décidé de tracer la frontière au sud de Batoum ainsi qu'il suit: Elle partira de la frontière russe fixée par le Traité de San Stefano au nord de Khorda et au sud d'Artvin. Elle ira en ligne droite à la rivière Tcharoukh, traversera cette rivière et passera à l'est d'Aschmichen en allant en ligne droite au sud pour toucher la frontière russe fixée dans le Traité de San Stefano au sud de Nariman, en laissant la ville d'Olti à la Russie. Du point indiqué près de Nariman la frontière tournera à l'est, passera par Tebrenek, qui reste à la Russie, jusqu'au Pennek Tchai. Elle suivra cette rivière jusqu'à Bardouz, puis se dirigera vers le Sud, en laissant Bardouz et Yenikoei à la Russie et rejoindra la ligne fixée par le Traité de San Stefano à Zivin Kalé.

Le Prince de Bismarck constate que le Congrès sanctionne le résultat des délibérations de la Commission.

L'ordre du jour appelle, ensuite, la proposition lue, à la séance précédente, par M. d'Oubril, et relative à certains territoires occupés par les troupes turques et dont l'évacuation n'a pas encore été déterminée.

Le Prince de Bismarck pense que le Congrès ne peut que fixer un principe général, et que l'indication des délais d'évacuation doit être réservée à l'une des Commissions spéciales. Les Plénipotentiaires de Russie pourraient-ils formuler ce principe?

Lord Salisbury est d'avis que, pour les territoires abandonnés par la Turquie à la Russie,

l'évacuation des troupes ottomanes doit être faite en même temps qu'aura lieu l'évacuation des territoires ottomans par les troupes russes.

Le Comte Schouvalow fait remarquer que la question soulevée par la proposition russe n'est pas une question générale: elle a été motivée par les dispositions précédemment adoptées et qui se rapportent toutes à l'évacuation des troupes russes sans mentionner la réciprocité: les Serbes et les Monténégrins se trouvent ainsi obligés de quitter le territoire ottoman, tandis que les troupes turques ne sont soumises à aucune obligation. C'est en vue de remédier à cet état de choses qui peut amener des inconvénients, que les Plénipotentiaires Russes ont présenté leur demande: mais le Plénipotentiaire de Russie ne peut accepter l'interprétation de Lord Salisbury, à savoir que les troupes turques ne devraient évacuer qu'après le départ des troupes russes. Dans cet ordre d'idées, la Russie se trouverait tout rendre sans rien recevoir; le Comte Schouwalow ne saurait y consentir et pour en donner un exemple, les troupes Russes ne pourraient évacuer Erzéroum aussi longtemps que le Gouvernement Russe ne serait pas en possession de la ville de Batoum.

Le Président estime que la décision du Congrès devrait être restreinte aux territoires monténégrin et serbe, occupés par les forces turques, et qui seraient évacués dans le même espace de temps laissé aux troupes serbes et monténégrines pour quitter le sol ottoman. Cette combinaison paraîtrait à S. A. S. de nature à prévenir les inconvénients qu'on semble redouter.

Carathéodory Pacha fait allusion aux difficultés qui pourraient se produire dans des localités de frontière dont la nationalité est encore douteuse et croirait préférable de remettre l'appréciation de ces détails à la Commission Européenne qui sera chargée du tracé.

Le Président objecte que la réunion de la commission et son travail prendront plusieurs mois, tandis qu'il s'agit ici d'évacuations qui doivent avoir lieu dans l'espace de quelques semaines: une évacuation simultanée ne lui paraîtrait pas difficile dans un pays où il n'y a pas de forteresses, quitte à laisser à la commission le soin de régler ultérieurement la délimitation précise.

Carathéodory Pacha demande que les troupes turques aient une latitude plus grande que les troupes monténégrines qui n'ont pas d'impedimenta.

M. d'Oubril ayant répondu, qu'en effet, sur les points où des inventaires seraient à effectuer, on pourrait donner quelques jours de plus, le Président propose de décider qu'en principe l'évacuation devra être simultanée, sauf sur les points où se trouvent des archives, des arsenaux, etc.: la Commission de rédaction chargée de formuler la résolution du Congrès serait invitée à tenir compte de cette dernière considération.

La haute Assemblée donne son assentiment à cette proposition et passe à la motion des Plénipotentiaires Ottomans relative au maintien de l'article X du Traité de San Stefano.

Lord Salisbury appuie la motion des Plénipotentiaires Ottomans et insiste sur la nécessité de laisser à la Porte la route militaire stipulée dans cet article.

Le Comte Schouvalow se réfère aux déclarations présentées par le Président dans la dernière séance au sujet de cette proposition qui ramène le Congrès sur un point déjà décidé. L'article X a été annulé, et il n'y a plus à y revenir. S.E. n'a pas, d'ailleurs, d'objection de principe à la demande des Plénipotentiaires Ottomans soutenue par Lord Salisbury et il croit que son Gouvernement sera disposé à donner des instructions à ses officiers pour que l'intérêt signalé soit pris en considération.

Une discussion s'engage à cet égard entre Mehemed Ali, le Comte Schouvalow et Lord Salisbury, d'où il résulte que les Plénipotentiaires Russes, contraires à un renouvellement de la discussion, accorderaient volontiers à la Porte un passage sur le point désigné, c'est-à-dire par le Sud du Sandjak de Sofia.

Le Président constate que la proposition ottomane est admise en principe, c'est-à-dire que la Turquie aura la route militaire dont il s'agit: les détails du tracé seront renvoyés aux négociations de la Commission Européenne avec les autorités locales.

Carathéodory Pacha lit la motion suivante:

»La Russie assumera la part de la dette publique ottomane afférente aux territoires qui sont annexés au territoire russe en Asie.«

Le Comte Schouvalow répond qu'il se croyait fondé à considérer comme admis que, s'il y a répartition de dettes pour les territoires qui se détachent par voie d'arrangement, de donation ou d'échange de la contrée dont ils faisaient partie intégrante, il n'y en a point là où il y a une conquête. S. E. ajoute que la Russie est conquérante en Europe et en Asie. Elle n'a rien à payer pour les territoires et ne saurait être en rien solidaire de la dette turque.

Le Prince Gortchacow déclare opposer à la demande de Carathéodory Pacha le refus le plus catégorique et ne peut même dissimuler l'étonnement qu'elle lui inspire.

Le Président, en présence de l'opposition des Plénipotentiaires de Russie, ne peut que reconnaître l'impossibilité de donner suite à la proposition ottomane.

Le Premier Plénipotentiaire de Russie rappelle que, dans la dernière séance, il a consenti, sur la demande du Président, à donner une formule plus abrégée de la proposition qu'il a présentée au sujet de la sanction des décisions du Congrès. S. A. S. a préparé une nouvelle rédaction dont il donne lecture:

»L'Europe ayant donné sa sanction la plus solennelle et la plus obligatoire aux stipulations du Traité de Berlin, les Hautes Parties Contractantes envisagent la totalité des articles du présent acte comme formant un ensemble de stipulations dont elles s'engagent à contrôler et surveiller la mise en vigueur, en insistant sur une exécution complète conforme à leurs intentions.

Elles se réservent de s'entendre, au besoin, sur les moyens propres à assurer un résultat que ni les intérêts généraux de l'Europe, ni la dignité des grandes Puissances ne leur permettent de laisser invalider.«

Le Prince Gortchacow ajoute qu'il croit être entré, autant que possible, dans l'ordre d'idées indiqué par le Congrès.

Le Président pense que l'idée exprimée dans la première moitié du document qui vient d'être lu, sera approuvée par le Congrès tout entier. Les considérations qui s'y trouvent contenues ont déjà été, d'ailleurs, formulées par Carathéodory Pacha en termes analogues. Mais il n'en serait peut-être pas de même pour le reste, et S. A. S. serait d'avis que la proposition russe fût scindée et devînt ainsi l'objet de deux votes successifs.

Le Prince Gortchacow n'ayant pas d'objection contre ce mode de procéder, le Président relit la première partie du document russe jusqu'aux mots »conforme à leurs intentions.«

Lord Salisbury ayant demandé si les termes de cette proposition impliquent la nécessité d'employer une force étrangère en cas d'inexécution du traité, le Président déclare qu'à son avis, il n'en saurait être ainsi. Dans l'opinion du Président, les Puissances ne s'engagent qu'à une surveillance active qui serait suivie, en cas de besoin, d'une action diplomatique. La seconde partie du document réserve, il est vrai, aux Puissances la faculté de s'entendre sur les moyens d'agir ultérieurement, mais sans imposer, toutefois, d'obligation à aucune d'elles.

Le Comte Andrássy s'associe à la pensée du Prince de Bismarck. Il n'a point d'objection contre le sens de la première partie du document russe; mais S. E. désirerait qu'on évitât toute expression de méfiance et juge difficile de traiter au Congrès une question de rédaction. Un comité ad hoc pourrait rencontrer plus aisément une formule satisfaisante.

Le Prince Gortchacow dit qu'il a eu uniquement en vue, dans cette rédaction, le maintien de la dignité des stipulations de l'Europe. Il désire qu'il soit bien établi que le Congrès n'a pas fait une oeuvre éphémère. S. A. S. rappelle que l'expérience du passé doit encourager la haute Assemblée à donner une sanction à ses décisions.

Lord Salisbury regretterait qu'une déclaration de cette nature fût insérée dans le traité et demande que la proposition russe soit d'abord imprimée, afin d'être en mesure de l'examiner plus attentivement.

L'impression est décidée et la question remise à la prochaine séance.

Le Comte Schouvalow demande à soumettre à l'approbation du Congrès une proposition qui lui a été suggérée par un sentiment qui sera compris et apprécié par tous ses collègues et qu'il exprime sans aucune arrière-pensée stratégique ou autre. En voici le texte:

»Il y a dans la chaîne des Balcans un point qui a été le théâtre de luttes héroïques: elles ont pu être égalées, mais non surpassées dans l'histoire. Jamais il n'y a eu un déploiement plus énergique de toutes les vertus militaires et patriotiques dont le drapeau est le symbole.

Ce que j'en dis s'applique également aux deux parties. De pareilles luttes laissent, après elles, l'estime réciproque et le respect qui s'attache à la mémoire de milliers de Russes et de Turcs dont les ossements blanchissent dans les ravins de Schipka.

Nous demandons à la haute Assemblée de donner un témoignage de ce respect aux braves qui dorment à Schipka en faisant de ce point un glorieux cimetière où il ne s'élèvera plus de batteries et où jamais le canon ne grondera.«

Carathéodory Pacha remercie le Comte Schouvalow au nom du Gouvernement Ottoman des expressions contenues dans cette proposition. Venant à l'objet même que S. E. a eu en vue, le Premier Plénipotentiaire Ottoman tient à constater que, nulle part, le respect des morts n'est plus profond qu'en Orient. Jamais le Gouvernement Turc n'a élevé d'objection contre la construction de cimetières et de chapelles funéraires. Si donc il s'agit uniquement de faire un cimetière pour les soldats morts à Schipka, S. E. donne à ce projet son entier consentement; mais, en même temps, Carathéodory Pacha a remarqué dans le document lu par le Comte Schouvalow une expression qui pourrait donner lieu à quelques difficultés: le Plénipotentiaire de Russie a demandé que Schipka soit constitué en un »glorieux cimetière«. Sans doute le Gouvernement Ottoman ne fait aucune objection contre la construction d'un cimetière à proximité de Schipka, mais Carathéodory Pacha doit réserver l'opinion de la S. Porte sur la désignation précise de l'emplacement indiqué par le Plénipotentiaire de Russie.

Le Comte Schouvalow dit qu'il eût espéré que son sentiment serait plus complètement apprécié par les Plénipotentiaires Turcs. S. E. n'ignorait pas que la S. Porte accorderait un emplacement pour un cimetière, mais ce qu'il désire c'est que Schipka soit entouré, pour ainsi dire, d'une enceinte qui serait délimitée par la Commission Européenne afin que les restes des soldats qui ont péri dans ces grandes luttes reposent sur un terrain neutre. D'ailleurs, il n'est question ici que d'une éventualité, car les frontières ne sont pas tracées et il n'est nullement dit que la position de Schipka doive appartenir à la Roumèlie Orientale, plutôt qu'à la Province de Bulgarie.

Mehemed Ali Pacha demande qu'on ajoute »sauf les nécessités stratégiques de Schipka.«

Le Président dit que la pensée des Plénipotentiaires Russes aura la sympathie de tous ceux qui aiment à garder pieusement la mémoire de compatriotes tombés sur le champ de bataille; elle sera comprise par les Gouvernements qui connaissent tous le respect réciproque que les nations civilisées accordent à leurs morts et à de chers souvenirs. S. A. S. regarde comme opportun qu'une stipulation intervienne pour sauvegarder les tombes de tant de braves soldats et que le Congrès exprime le désir de voir le Gouvernement Ottoman accueillir une proposition si conforme au sentiment de l'Europe. Le Prince de Bismarck, faisant allusion à de fâcheuses spéculations qui se sont produites, en d'autres temps, faute de clauses diplomatiques sur les sépultures militaires, est d'avis que la haute Assemblée pourrait, si les Plénipotentiaires Ottomans ne sont pas autorisés à consentir, sans restriction, au projet qui vient d'être présenté, déclarer au Protocole qu'elle s'associe à la pensée exprimée par les Plénipotentiaires de Russie et qu'elle la recommande à la Commission Européenne chargée d'examiner sur place les moyens d'y donner suite.

Le Congrès accepte cette proposition.

Les Plénipotentiaires Ottomans ayant demandé une modification de rédaction à laquelle le Comte Schouvalow ne croit pas devoir consentir, le Prince de Bismarck regarde comme inutile, en effet, de changer la rédaction primitive, en présence de l'adhésion que la haute Assemblée vient de donner à la résolution qu'il a présentée. S. A. S. constate, en conséquence, que le Congrès compte sur les sentiments de la Sublime Porte, et s'en remet, avec confiance, aux arrangements qui seront pris par la Commission Européenne de concert avec le Gouvernement Ottoman. Carathéodory Pacha s'associe à ces sentiments.

Le Président invite le rapporteur de la Commission de rédaction à lire le travail préparatoire du traité.

M. Desprez fait connaître à la haute Assemblée que le texte du préambule n'est pas encore arrêté, mais lui sera soumis dans la prochaine séance. S. E. donne lecture des articles relatifs à la Bulgarie, et rappelle plusieurs observations présentées dans le sein de la commission, lors de la discussion préliminaire. Sur le 1er article qui stipule »un gouvernement Chrétien«, Carathéodory Pacha a demandé s'il était nécessaire d'insérer expressément une clause sur un point incontesté: la commission a cru devoir, néanmoins, maintenir le texte à l'unanimité. Lors du travail du 3e article, qui détermine les conditions de l'élection du Prince de Bulgarie, Lord Odo Russell a exprimé la pensée qu'il serait peut-être préférable que la dignité Princière fût héréditaire. Après discussion, cette opinion n'a pas été admise, S. E. n'a point insisté et la rédaction primitive a été maintenue. Le 5e article, qui a pour objet l'égalité des droits et la liberté des cultes, a donné lieu à des difficultés de rédaction: cet article, en effet, est commun à la Bulgarie, au Monténégro, à la Serbie, à la Roumanie, et la Commission devait trouver une même formule pour diverses situations: il était particulièrement malaisé d'y comprendre les Israélites de Roumanie dont la situation est indéterminée au point de vue de la nationalité. Le Comte de Launay, dans le but de prévenir tout malentendu, a proposé, au cours de la discussion, l'insertion de la phrase suivante: »les Israélites de Roumanie, pour autant qu'ils n'appartiennent pas à une nationalité étrangère, acquièrent, de plein droit, la nationalité Roumaine.«

Le Prince de Bismarck signale les inconvénients qu'il y aurait à modifier les résolutions adoptées par le Congrès et qui ont formé la base des travaux de la Commission de rédaction. Il est nécessaire que le Congrès s'oppose à toute tentative de revenir sur le fond.

M. Desprez ajoute que la commission a maintenu sa rédaction primitive qui lui paraît de nature à concilier tous les intérêts en cause et que M. de Launay s'est borné à demander l'insertion de sa motion au Protocole.

Le Prince Gortchacow rappelle les observations qu'il a présentées, dans une précédente séance, à propos des droits politiques et civils des Israélites en Roumanie. S. A. S. ne veut pas renouveler ses objections, mais tient à déclarer de nouveau, qu'il ne partage pas, sur ce point, l'opinion énoncée dans le traité.

M. Desprez donne lecture de l'article VI où se trouve réglées l'administration provisoire de la Bulgarie et les relations du Commissaire Impérial Ottoman avec le Commissaire Impérial Russe.

Lord Salisbury ayant demandé une explication complémentaire sur la mesure des droits du Commissaire ottoman, en cas de dissentiment avec le Commissaire russe, M. Desprez, rappelant les termes mêmes de l'article, répond que le fontionnaire ottoman, ainsi que les consuls délégués par les Puissances assistent le Commissaire russe et contrôlent le fonctionnement de l'administration. Le Président ayant ajouté que le Commissaire ottoman pourra porter plainte devant les représentants des Puissances signataires, Lord Salisbury désire que cette explication soit insérée au Protocole, et le Comte de Saint-Vallier fait remarquer que la fin de l'article 6 règle précisément le cas prévu par M. le Plénipotentiaire d'Angleterre.

Les articles VII, VIII, IX, X ne donnent lieu à aucune observation; sur l'article XI visant la destruction des anciennes forteresses, une discus-

sion s'engage relativement au délai à donner pour l'exécution de cette clause. Sur la proposition du Comte Andrássy, le Congrès substitue aux mots »dans le plus bref délai possible«, ceux-ci: »un an ou plus tôt, si faire se peut.«

M. Desprez passe à la lecture des dispositions relatives à la Roumélie Orientale.

Carathéodory Pacha présente quelques objections sur la mention expresse de la religion chrétienne du gouverneur. S. E., faisant allusion au principe de l'égalité des droits consacré par le Congrès, considère que cette clause n'est pas conforme au sentiment manifesté, en termes généraux, par la haute Assemblée. Le Premier Plénipotentiaire de Turquie ne croit pas, d'ailleurs, que la religion du gouverneur ait été décidée par le Congrès.

Le Président constate que la haute Assemblée, en conservant, sur ce point, les dispositions du Traité de San Stefano, les a sanctionnées implicitement. S. A. S. insiste sur la nécessité de ne point soulever d'objections rétrospectives à propos de décisions déjà prises par le Congrès.

Les autres articles relatifs à la Roumélie et les paragraphes sur le Monténégro ne sont l'objet d'aucune remarque spéciale.

M. Desprez lit le chapitre de la Serbie. A propos de la capitalisation du tribut de la Principauté, le Prince Gortchacow relève l'importance de cette question sur laquelle les Plénipotentiaires Russes auraient des objections à présenter. Le Prince de Hohenlohe, le Baron de Haymerle et M. d'Oubril ayant annoncé, d'ailleurs, qu'ils ont réservé, à cet égard, le vote de leurs gouvernements, le Congrès décide de placer cette question à l'ordre du jour de la prochaine séance.

Les articles sur la navigation du Danube ne provoquent aucune observation. Sur l'article relatif à la Bosnie-Herzégovine, les Plénipotentiaires ottomans déclarent s'en référer à la communication qu'ils ont eu l'honneur de faire au Congrès au nom de leur gouvernement.

Sur le paragraphe relatif à la liberté religieuse, le Comte Corti fait observer que, dans la discussion qui a eu lieu, en Congrès à ce sujet, plusieurs Plénipotentiaires ont demandé que le statu quo fût maintenu non pas seulement pour la France, mais pour toutes les Puissances dans les Lieux Saints. S. E. propose d'ajouter un alinéa conçu dans ce sens.

Le Président ayant rappelé les réserves que la France a formulées en acceptant l'invitation au congrès, réserves qui ont amené, dans la rédaction de l'article, une mention expresse des droits de la France, fait remarquer que la seconde partie du paragraphe établissant »qu'aucune atteinte ne saurait être portée au statu quo dans les Lieux Saints« donne satisfaction à la pensée de M. le Premier Plénipotentiaire d'Italie.

Le Comte Corti, en présence de cette déclaration, se borne à demander que son observation soit insérée au Protocole.

Le Président exprime à M. Desprez les remercîments du Congrès pour le travail dont S. E. vient de donner lecture, et la séance est levée à 6 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
ANDRÁSSY.
KÁROLYI.
HAYMERLE.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
H. DESPREZ.
SALISBURY.
ODO RUSSELL.
L. CORTI.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
SCHOUVALOFF.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
MEHEMED ALI.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 18.

Séance du 11 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour la **France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour la **Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour la **Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 3 heures.

Mention est faite de la liste des pétitions N° 13.

Les protocoles 15 et 16 sont approuvés.

L'ordre du jour appelle la proposition des Plénipotentiaires de Russie imprimée et distribuée conformément à la décision prise par le Congrès dans la séance précédente.

Le Comte Andrássy est d'avis que ce document devrait être abrégé. Le premier alinéa, terminé par les mots »surveiller la mise en vigueur«, paraîtrait suffisant aux Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie: le second alinéa pourrait être interprété comme un manque de confiance du Congrès dans le résultat de ses travaux. S. E. désirerait aussi que le premier mot »l'Europe« fût remplacé par »Les Hautes Parties contractantes« et regarderait comme inutile d'ajouter les expressions: »ayant donné leur sanction la plus solennelle et la plus obligatoire«. S. E. propose donc la rédaction suivante: »Les Hautes Parties contractantes envisagent la totalité des articles du présent acte comme formant un ensemble de stipulations dont elles s'engagent à contrôler et à surveiller la mise en vigueur«.

Lord Salisbury ne s'explique pas le but de la proposition Russe. S. E. ne connait pas de sanction plus »solennelle« et plus »obligatoire« que la signature de son gouvernement et préfère ne pas accepter un engagement qui lui semble soit inutile, puisqu'il est évident que la Grande Bretagne tient à l'exécution du traité, soit avoir une signification d'une portée trop peu définie.

Le Prince de Bismarck demande à Sa Seigneurie si ses répugnances s'étendent également au texte modifié par le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie qui résume la proposition en lui donnant une forme plus simple. S. A. S. pense qu'il ne serait pas inutile d'exprimer que le Congrès s'engage à surveiller et à contrôler la mise à exécution de son oeuvre et qu'une pareille déclaration n'aurait rien d'inusité.

Le Premier Plénipotentiaire de Russie fait remarquer que le Marquis de Salisbury a exprimé la pensée du document Russe en déclarant que le Gouvernement Britannique tient à l'exécution des stipulations consacrées par sa signature. S. A. S., rappelant l'observation du Prince de Bismarck dans la précédente séance, est d'avis que le Congrès pourrait scinder le vote et se prononcer, dès à présent, sur la première moitié de la proposition que les Plénipotentiaires de Russie regardent comme essentielle à la dignité de la haute Assemblée.

Le Président adhère encore aujourd'hui à la pensée de voter le premier alinéa séparément. Comme représentant de l'Allemagne, S. A. S. serait disposé à accepter également le second, mais il craint que les autres Puissances ne partagent pas toutes ce sentiment. Il regarde, d'ailleurs, la rédaction Austro-Hongroise comme plus pratique et pense, notamment, que les mots »solennelle et obligatoire« expriment une idée trop évidente par elle-même pour qu'il soit nécessaire de l'affirmer.

Le Prince Gortchacow ne consentirait point à cette dernière modification: il répète que le sentiment de dignité de l'Assemblée doit être exprimé d'une manière très-catégorique.

Le Comte Schouvalow croit qu'il n'y a point de dissentiment sur le fond même de la pensée. Le Comte Andrássy et le Prince de Bismarck ont reconnu l'un et l'autre que la sanction donnée par le Congrès au traité est »solennelle et obligatoire.« Lord Salisbury a déclaré que la signature de la Grande Bretagne constituait un engagement du même ordre: S. E. ne s'expliquerait pas que le Congrès hésitât à employer les expressions qui rendent en réalité sa pensée. Il propose, en conséquence, la rédaction suivante:

> »Les Hautes Parties contractantes, ayant donné leur sanction solennelle et obligatoire aux stipulations du Traité de Berlin, envisagent la totalité des articles du présent acte comme formant un ensemble de stipulations dont elles s'engagent à contrôler et à surveiller la mise en vigueur.«

Carathéodory Pacha rappelle les explications qu'il a déjà présentées à ce sujet: la Porte considère, assurément, la signature comme obligatoire et se regarde comme positivement et strictement tenue à mettre à exécution des engagements qu'Elle aura souscrits au même titre que toutes les autres Puissances signataires du Traité. Mais la rédaction du document Russe impose à toutes les parties contractantes le devoir mutuel de contrôler l'exécution des stipulations du traité: la Porte se trouverait ainsi obligée à admettre chez elle le contrôle et à contrôler à son tour d'autres Etats également engagés. S. E. relève les difficultés de cette tâche et ajoute que la Porte est prête à exécuter le traité en ce qui la concerne, mais quant à exercer un contrôle ou à s'y soumettre, elle s'y refuse, considérant que cette obligation est nouvelle et trop lourde pour un gouvernement qui n'en réclame ni la charge ni le bénéfice.

Le Prince Gortchacow dit que la réponse de la S. Porte n'est point en contradiction avec la pensée qui a inspiré la proposition des Plénipotentiaires de Russie, et tout le premier alinéa, conforme aux déclarations de Carathéodory Pacha, pourrait être accepté par les représentants de la Turquie.

Le Prince de Bismarck, résumant la discussion, expose que toute la question est de savoir s'il convient d'insérer un article spécial ou de considérer la signature du traité comme une obligation formelle qui n'a besoin d'aucune confirmation. Le Premier Plénipotentiaire Ottoman paraît voir dans la formule proposée une expression de méfiance contre quelqu'une des parties contractantes qui ne se conformerait pas au traité: S. A. S., en ce qui le concerne, ne partage pas ces appréhensions.

Le Comte Andrássy maintient la rédaction qu'il a proposée et élève de nouvelles objections contre les mots »en insistant sur l'exécution« qui lui paraissent trop rudes, et »leurs intentions« qui lui semblent vagues puisqu'il s'agit non point »d'intentions«, mais de stipulations.

Le Prince Gortchacow dit qu'il a reçu de l'Empereur, son Auguste Maître, l'ordre exprès de présenter une proposition destinée à assurer la sanction des actes du Congrès. S. A. S. considère la pensée de son Souverain comme entièrement conforme à la dignité de la haute Assemblée. Il consent, toutefois, à modifier quelques expressions, sans adhérer complètement au texte proposé par le Comte Andrássy, et il propose au Congrès la rédaction du Comte Schouvalow.

Le Président soumet au Congrès cette nouvelle rédaction. Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie n'ont pas d'objection. Les Plénipotentiaires de France, de la Grande Bretagne et d'Italie réservent leur vote. Les Plénipotentiaires de Turquie déclarent

n'avoir rien à ajouter aux déclarations qu'ils ont fait entendre. Les Plénipotentiaires d'Allemagne acceptent la proposition Russe.

Le Président constate que le document présenté par les Plénipotentiaires de Russie n'a pas obtenu l'assentiment du Congrès et procède au vote sur la proposition du Comte Andrássy.

Les Plénipotentiaires de France, de la Grande Bretagne et d'Italie persistent à réserver leur vote, les Plénipotentiaires de Turquie repoussent ce texte et les Plénipotentiaires de Russie s'en tiennent à leur proposition.

Le Comte Corti fait remarquer que la haute Assemblée partage le sentiment du Prince Gortchacow sur la nécessité d'assurer la complète exécution du traité, mais les Plénipotentiaires d'Italie et ceux de leurs collègues qui ont, comme eux, réservé leur vote regardent comme suffisantes les déclarations qui ont été faites, au nom de la Sublime Porte, par Carathéodory Pacha.

Le Premier Plénipotentiaire de France propose au Congrès de se borner à prendre acte de la déclaration de Carathéodory Pacha; les formules présentées par le Prince Gortchacow et par le Comte Andrássy semblent à S. E. conçues en termes trop vagues; ou bien elles n'ajoutent rien à l'autorité du traité, ou bien elles ont une portée trop étendue. Dans sa pensée, le Congrès, en demandant à la Turquie de consentir d'importants sacrifices, avait en vue de préserver de toute atteinte la souveraineté du Sultan dans l'ensemble réduit mais compacte de provinces qui formera désormais son empire. Or, la rédaction proposée à la haute Assemblée paraît consacrer une sorte de tutelle permanente imposée au Gouvernement Ottoman: le traité que les Puissances vont signer contient un très-grand nombre de clauses qui pourraient devenir, sous l'action d'un contrôle édicté par le Congrès, une série de prétextes pour une ingérence incessante dans tous les actes de la S. Porte. L'intérêt du Gouvernement Turc, son avantage évident est d'exécuter complètement et sans arrière-pensée toutes les décisions du Congrès. S. E. pense que les Puissances doivent prendre acte des déclarations que vient de faire entendre la Turquie par l'organe de son Premier Plénipotentiaire, et, avant d'aller au delà, avant de douter de ses intentions hautement manifestées, attendre qu'elles l'aient vue à l'oeuvre, car elles n'ont pas le droit de supposer que le Gouvernement Ottoman ne veuille pas ou ne puisse pas exécuter les stipulations qu'il a consenties. Le Premier Plénipotentiaire de France comprendrait même difficilement qu'on pût ajouter à un acte aussi solennel par lui-même une sanction ou inutile ou dangereuse. S'il s'agissait de créer un droit spécial de surveillance pour certaines stipulations déterminées, une semblable décision serait peut-être admissible; mais inaugurer un droit de contrôle général sur un aussi grand nombre de clauses d'importance fort inégale serait un péril pour l'avenir, et le Congrès risquerait, en entrant dans cette voie, d'introduire des éléments de désaccord parmi les Puissances qui viennent de faire une oeuvre de paix et de concorde.

Le Prince Gortchacow maintient que sa proposition est en rapport avec les déclarations du Premier Plénipotentiaire de Turquie. S. A. S. ne s'explique pas, d'ailleurs, pourquoi la sanction indiquée paraît dirigée contre la Porte Ottomane; elle s'applique également à toutes les autres Parties contractantes: la Russie, par exemple, y serait aussi bien soumise que la Porte, et admet parfaitement pour elle-même la surveillance et le contrôle des Puissances.

Le Comte Schouvalow relève, dans le discours de M. Waddington, la mention des sacrifices que le Congrès aurait demandés à la Turquie: ces sacrifices ne sont pas l'oeuvre du Congrès, mais la conséquence de la guerre. Au contraire, la haute Assemblée a favorablement traité la Porte Ottomane qui se trouve certainement avoir plutôt gagné que perdu dans les nouvelles stipulations. Quant à l'ingérence dont a parlé le Premier Plénipotentiaire de France, le Comte Schouvalow déclare que la Russie ne demande pas d'ingérence dans les affaires de la Turquie aussitôt que les stipulations du traité auront été executées, mais jusque là il y a ingérence et elle ressort naturellement de toutes les décisions du Congrès. Peut-on soutenir qu'il n'y a point d'immixtion en Turquie quand il existe un réseau de

Commissions Européennes en Roumélie, dans les provinces grecques, en Arménie, etc.? Le Comte Schouvalow est d'accord avec M. Waddington en espérant que, dans un très-proche avenir, cette immixtion aura cessé; mais, quant à présent, S. E. la regarde comme indispensable, comme ressortant des résultats du Congrès, et, tant qu'il existera des Commissions Européennes, il est évident qu'il faudra surveiller et contrôler la situation. Ce droit étant établi, les Plénipotentiaires de Russie ne voient pas pourquoi on n'appellerait pas les choses par leur nom et pourquoi l'on refuserait le contrôle et la surveillance qu'ils demandent.

M. Waddington veut se borner à faire observer que les Commissions Européennes ont un objet précis et défini, tandisque la proposition Russe n'a pas de but nettement déterminé.

Le Président constate que la proposition Russe et l'amendement autrichien, qui en reproduisait la pensée, n'ont pas été accueillis par le Congrès et que les résultats de la discussion sont, par conséquent, les faits qui seront indiqués au protocole, à savoir la proposition elle-même, la réponse de la Porte et la décision du Congrès de prendre acte des déclarations du Premier Plénipotentiaire Ottoman.

La haute Assemblée passe à la question relative au tribut de la Roumanie et de la Serbie reservée dans la séance précédente.

Le Président rappelle que la question se pose ainsi: M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie a présenté au Congrès deux propositions, l'une dans la séance du 28 Juin (protocole 8) relative à la Serbie, l'autre, dans la séance du 1er Juillet (protocole 10), pour la Roumanie: S. E. demande que les tributs payés jusqu'à présent à la Sublime Porte par ces pays soient capitalisés et que le montant soit versé dans les caisses du Trésor Ottoman. Le Congrès a renvoyé ces propositions à la Commission de rédaction, sans se prononcer définitivement sur la question de principe. La Commission soumet maintenant un projet de rédaction ainsi conçu:

> »Le tribut de la Serbie (de la Roumanie) sera capitalisé et les représentants des Puissances à Constantinople fixeront le taux de cette capitalisation d'accord avec la S. Porte.«

Mais avant que le Congrès puisse se prononcer sur cette rédaction, il aura à statuer, si, en principe, les pays devraient accepter la charge de la capitalisation du tribut qui ne leur a pas été imposée par le traité de San Stefano.

Lord Salisbury envisage la difficulté à un double point de vue: il y a ici deux questions, celle du tribut en lui-même et celle de l'intérêt des créanciers de la Porte. En ce qui concerne le tribut, S. E. estime qu'il n'a pas été racheté par de grands sacrifices et de grandes victoires de la part des Principautés: si c'était, en réalité, les Roumains et les Serbes qui eûssent été victorieux, le tribut serait annulé, mais c'est la Russie qui a fait les dépenses et vaincu la Porte Ottomane, et S. E. ne voit pas pour quelle raison la perte du tribut pourrait être imposée à la Turquie. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne ajoute que, d'autre part, le tribut était une partie du gage des créanciers de la Porte et que ce gage ne saurait leur être enlevé.

Le Prince Gortchacow se prononce positivement contre l'opinion qui vient d'être exprimée. Quand l'indépendance de la Roumanie et de la Serbie a été proclamée, il n'a pas été question de la capitalisation du tribut. S. A. S. considère donc que les Principautés sont affranchies de toute obligation, sauf pour les parties du territoire qui constituent un accroissement et qui supporteront une part de la dette. Dans un autre ordre d'idées, le Premier Plénipotentiaire de Russie regarde que, si les Principautés avaient à capitaliser le tribut, elles trouveraient difficilement les sommes nécessaires, et que les engagements qu'elles devraient prendre constitueraient pour elles une dépense supérieure au tribut qu'elles auraient racheté.

Le Comte Schouvalow avait jusqu'ici regardé que cette question avait été décidée par le fait seul de la déclaration de l'indépendance, et c'est pourquoi il n'avait présenté à cet égard aucune observation. Plus S. E. envisage la question, plus il lui semble juste que les Principautés supportent une part de la dette pour les territoires nouvellement acquis, et plus il lui semblerait injuste qu'elles fûssent contraintes à la

capitalisation du tribut entre les mains du Gouvernement Turc. Une décision prise en ce sens placerait les deux Principautés et la Porte dans la situation d'Etats qui négocient une affaire financière sur la base d'un rachat de tribut, accordé en échange de l'indépendance: mais il n'en est pas ainsi, puisque l'indépendance est le résultat, non d'un arrangement, mais de la guerre. Lord Salisbury a dit que ce ne sont pas les armées Roumaine et Serbe qui se sont avancées jusque sous les murs de Constantinople mais l'armée Russe, et que les premières n'avaient pas de succès à enregistrer. Le Comte Schouvalow constate que ces armées ont eu des succès sérieux, l'une a enlevé plusieurs redoutes à Plewna, et l'autre a occupé et occupe encore une partie du territoire Ottoman. Dans cette condition, si les Principautés devaient payer à prix d'argent leur indépendance, il resterait à savoir ce qu'elles auraient gagné à la guerre. Le Comte Schouvalow se voit obligé de rappeler, comme il a déjà dû le faire dans une séance précédente, que la Russie avait proposé dans le Protocole de Londres un acte bien modéré, que la Turquie l'a repoussé et doit supporter les conséquences de ce refus.

Le Premier Plénipotentiaire de France adhère à l'opinion du Premier Plénipotentiaire de Russie. En ce qui concerne spécialement la Roumanie, il semble impossible de lui demander la capitalisation du tribut: le Traité de San Stefano non seulement n'en parle pas, mais reconnaît même le droit des Roumains à une indemnité de guerre. A quel titre imposerait-on un sacrifice à la Roumanie qui a pris une part brillante à la guerre? La Serbie est sur le dernier point à peu près dans les mêmes conditions: les Plénipotentiaires de France voteront contre la capitalisation du tribut.

Le Comte de Saint-Vallier ajoute: sous la réserve que les nouveaux territoires supporteront une part proportionnelle de la dette.

Le Comte Andrássy, faisant allusion à l'article V du Traité de San Stefano qui vient d'être rappelé et qui porte une indemnité à débattre entre la Roumanie et la Turquie, dit que le Congrès est resté étranger à cette stipulation aussi bien qu'à une demande analogue formulée par la Serbie, mais qu'une capitalisation du tribut entraînerait des difficultés, des discussions qu'il est préférable d'éviter, et les Plénipotentiaires Austro-Hongrois votent dans le même sens que les Plénipotentiaires Français.

Le Président fait remarquer que l'unanimité du Congrès serait nécessaire pour établir l'obligation du rachat du tribut, mais que les votes précédents indiquent suffisamment qu'il y aurait même une majorité contre cette décision: S. A. S. doit donc considérer la question comme réglée et la Commission de rédaction devra supprimer l'article de son projet relatif à la capitalisation des tributs Roumain et Serbe.

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie présente au Congrès, au nom de ses collègues de France, de la Grande Bretagne et d'Italie la déclaration suivante pour être insérée au Protocole.

> »Les Puissances, représentées au Congrès sont d'avis de recommander à la Sublime Porte l'institution à Constantinople d'une Commission financière, composée d'hommes spéciaux, nommés par les Gouvernements respectifs, et qui serait chargée d'examiner les réclamations des porteurs de titres de la dette Ottomane, et de proposer les moyens les plus efficaces pour leur donner la satisfaction compatible avec la situation financière de la Sublime Porte.«

Carathéodory Pacha dit que son Gouvernement donnera tous ses soins à la question des finances: c'est le devoir et l'intérêt de la Porte de faire tout le possible pour améliorer la situation. Les diverses propositions présentées au Congrès par les Plénipotentiaires Ottomans pour le tribut, la part proportionnelle de la dette, etc. témoignent de la sollicitude du Gouvernement Turc pour les intérêts de ses créanciers. Mais il ne pourrait accepter la déclaration des Plénipotentiaires de France, de la Grande Bretagne et d'Italie dans les termes où elle est formulée.

Carathéodory Pacha, sans pouvoir encore préciser les conditions ou l'époque d'un accord, indique que les créanciers de la Porte recherchent une entente entre eux et avec le Gouvernement

qui, de son côté, s'efforcera de les satisfaire dans la mesure de ses ressources.

Le Président, ayant demandé si les autres Puissances adhèrent à la proposition lue par le Comte Corti au nom de ses collègues d'Angleterre, de France, et d'Italie, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de Russie déclarent y donner leur assentiment. Le Prince de Bismarck donne la même déclaration au nom de l'Allemagne. S. A. S. constate que le document sera inséré au protocole et que le Congrès en prend acte.

Le Congrès passe au rapport de la Commission de délimitation sur la frontière asiatique.

Le Prince de Hohenlohe donne lecture du document suivant:

»La Commission a l'honneur de soumettre au Congrès la décision suivante:

Les Plénipotentiaires britanniques n'ayant pas donné leur consentement à la délimitation que les Plénipotentiaires russes ont présentée au Congrès pour la vallée d'Alachkerd, il en résulte que le Plénipotentiaire britannique se base sur une délimitation qui a été communiquée à son Gouvernement par l'Ambassadeur de Russie à Londres. Ce dernier accepte la délimitation qu'il a été chargé de communiquer et recule les frontières du Traité de San Stefano jusqu'aux points à l'ouest de Karaougan et de Kessa dagh.

La Commission de délimitation prend acte de cette déclaration de M. le Représentant de la Russie, en vertu de la quelle la ligne de la nouvelle frontière entre la Russie et la Turquie partira d'un point à l'ouest du village de Karaougan, passera en ligne droite au village de Medjingert; de Medjingert, elle suivra une ligne directe au sommet de la Montagne Kassa dagh et, de là, elle se dirigera le long de la ligne de partage des eaux entre les affluents de l'Araxe au Nord, et ceux de la Mourad Sou au Sud, jusqu'à l'ancienne frontière de la Russie.

La Commission de délimitation, ne possédant ni la connaissance du terrain ni les cartes et les documents nécessaires pour statuer sur les difficultés qui se sont produites dans la commission spéciale militaire entre les délégués Anglais et Russes, propose de remettre la solution du différend et le tracé plus précis de la ligne de l'Alachkerd à une commission militaire composée d'un officier russe, d'un officier ottoman et d'un officier anglais.«

Le Comte Schouvalow fait savoir au Congrès que, par suite de différence dans les cartes géographiques de la vallée d'Alachkerd, une entente devait être établie ultérieurement sur place entre des commissaires russe et turc. Lord Salisbury ayant désiré leur associer un délégué anglais, le Comte Schouvalow y a consenti. Lord Salisbury ajoute qu'il n'a, d'ailleurs, aucune objection contre l'admission de délégués d'autres Puissances.

Le Comte Schouvalow répond qu'il n'y a pas lieu d'envoyer une Commission Européenne pour faire des délimitations de frontière en Asie.

Aucune observation n'étant présentée au sujet de la délimitation en Asie, le Président déclare que l'accord intervenu est accepté par le Congrès.

Avant que la haute Assemblée poursuive son ordre du jour, Carathéodory Pacha demande l'insertion à la fin de l'article sur la Bosnie et l'Herzégovine, lu dans la séance d'hier, des mots suivants »Les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie se réservent de s'entendre sur le détail.«

Le Comte Andrássy n'ayant aucune objection, cette addition est acceptée par le Congrès et aussitôt insérée dans l'article dont il s'agit.

Le Président invite M. Desprez, rapporteur de la Commission de rédaction, à terminer la lecture du projet de traité commencée dans la séance d'hier.

M. Desprez indique d'abord qu'il a été tenu compte dans des paragraphes additionnels des décisions prises hier par la haute Assemblée au sujet des délais d'évacuation dans le Monténégro et en Serbie; un autre paragraphe supplémentaire a été placé dans le chapitre du Danube, au sujet du phare de l'île des Serpents.

S. E., après avoir lu ces diverses dispositions, donne lecture de la suite du projet de traité.

L'article relatif au règlement à élaborer pour les provinces chrétiennes de la Turquie d'Europe, placées sous l'administration directe de la Porte, est l'objet d'une discussion entre Lord Salisbury, Carathéodory Pacha et M. Desprez au sujet de l'analogie à établir entre ce règlement et celui qui est déjà en vigueur pour la Crète. Il en résulte qu'elle ne sera pas étendue au régime financier et que les mots suivants, ainsi que le propose la Commission de rédaction, seront ajoutés à l'article primitif: »sauf en ce qui concerne les exemptions d'impôt accordées à la Crète.«

Le paragraphe relatif à la médiation des Puissances dans le cas où la Turquie et la Grèce ne parviendraient pas à s'entendre pour la rectification des frontières indiquée dans le 13e Protocole, donne lieu à une demande d'ajournement de Carathéodory Pacha. S. E. ajoute qu'elle attend des instructions de la Porte pour demain.

Le Président dit que le paragraphe dont il s'agit exprime un voeu du Congrès et non pas une résolution à laquelle la Porte soit sollicitée de s'associer. Les Puissances se bornent à exprimer qu'elles sont animées du désir de voir réussir les négociations, et sur ce point, il ne semble pas que la Porte ait d'opinion à donner ni de décision à prendre en Congrès.

M. Desprez lit les articles sur l'Asie dont certains détails topographiques ne pourront être rédigés d'une manière définitive avant que la Commission de rédaction ait reçu le texte de la Commission de délimitation.

La lecture des paragraphes relatifs à Khotour et aux Arméniens n'est suivie que d'observations de forme. Sur le paragraphe relatif aux traités de Paris et de Londres, Lord Salisbury rappelle qu'à première vue il avait, dans une précédente séance, manifesté sur la rédaction de cet article certaines inquiétudes. Ces appréhensions sont désormais calmées en partie par les éclaircissements donnés au Congrès; S. E. se borneaujourd'hui à demander l'insertion au Protocole de la déclaration suivante qui n'engage que son Gouvernement:

»Considérant que le Traité de Berlin changera une partie importante des arrangements sanctionnés par le Traité de Paris de 1856, et que l'interprétation de l'article 2 du Traité de Londres qui dépend du Traité de Paris peut ainsi être sujet à des contestations.

Je déclare de la part de l'Angleterre que les obligations de Sa Majesté Britannique concernant la clôture des Détroits se bornent à un engagement envers le Sultan de respecter à cet égard les déterminations indépendantes de Sa Majesté, conformes à l'esprit des Traités existants.«

Le Comte Schouvalow se réserve le droit de faire insérer au Protocole une contre-déclaration s'il y a lieu.

La lecture du projet de traité étant terminée, M. Desprez donne connaissance au Congrès du projet de préambule.

Le Congrès en adopte la rédaction et approuve l'ensemble du projet que M. Desprez vient de lire. Une seconde lecture du projet complété par les détails qui manquent encore, et dressé article par article, aura lieu dans la prochaine séance.

Le Comte Schouvalow fait savoir à la haute Assemblée que Lord Salisbury a reçu des télégrammes qui indiquent les plus déplorables désordres dans les districts du Rhodope: d'après ces informations, une population de plus de cent mille âmes serait livrée à une complète anarchie; des villages auraient été brûlés, des massacres, violences et excès horribles auraient été commis. LL. EE. pensent qu'il y a lieu de mettre un terme aussi promptement que possible à de semblables atrocités. Le Comte Schouwalow fait remarquer que les localités dont il s'agit sont en dehors de l'action du commandant en chef de l'armée russe et pense, de concert avec Lord Salisbury, qu'il serait opportun d'envoyer sur place des commissaires européens qui seraient chargés de provoquer l'adoption de mesures repressives. Le Comte Schouvalow est d'avis que les Gouvernements pourraient inviter leurs Représentants à Constantinople à désigner des délégués.

Le Président demande quelle serait la force exécutive de ces commissaires.

Le Comte Schouvalow répond qu'il ne peut la désigner en ce moment, mais qu'à défaut des troupes russes qui ne se trouvent pas sur ce point, on doit espérer le concours des autorités locales.

Le Prince Gortchacow est d'avis, qu'en accomplissant la mission qui va leur être confiée, les commissaires doivent s'appliquer également à vérifier l'exactitude des faits signalés à Lord Salisbury.

Après un échange d'idées à ce sujet entre plusieurs des Plénipotentiaires, le Comte de Saint-Vallier donne lecture d'un projet de résolution rédigé d'accord avec le Marquis de Salisbury et ainsi conçu:

»Les Plénipotentiaires des Puissances réunis au Congrès de Berlin, émus des rapports parvenus à quelques uns d'entre eux sur les souffrances actuelles des populations du Rhodope et des contrées voisines, sont d'avis qu'il y a lieu de recommander aux Ambassadeurs à Constantinople de s'entendre avec la Sublime Porte pour l'envoi immédiat d'une Commission Européenne chargée de vérifier sur les lieux la gravité des faits et de chercher à y apporter remède dans la mesure du possible.«

Ce projet de résolution reçoit l'adhésion unanime du Congrès.

Le Président fait remarquer, avec l'assentiment général, que les membres de la haute Assemblée, en adoptant cette résolution étrangère à l'objet de leurs délibérations, agissent non pas comme membres du Congrès, mais comme représentants de leurs gouvernements respectifs.

La séance est levée à 5 heures $\frac{1}{2}$.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
KÁROLYI.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
ODO RUSSELL.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Protocole N° 19.

Séance du 12 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 3 heures.

Le protocole N° 17 est adopté.

Mention est faite de la liste des pétitions N° 14.

L'ordre du jour appelle le rapport complémentaire de la Commission de rédaction.

M. Desprez dit que la Commission a relu l'ensemble du traité et a élevé des objections contre l'article II relatif à la délimitation de la Bulgarie. Le paragraphe de cet article portant le numéro 3 qui implique pour les troupes et convois Bulgares le libre passage sur la ligne d'étapes entre Vidin et Sofia par la route de Sofia à Pirot et de ce point à Vidin par le col de Saint Nicolas, paraît inadmissible. La Commission propose de le supprimer, le Congrès ne devant pas prévoir le cas où la Bulgarie ferait la guerre à la Turquie.

Cette observation ayant été favorablement accueillie par la haute Assemblée, M. Desprez ajoute que le second alinéa du même paragraphe admettant en principe la faculté pour la Turquie de se servir d'une route militaire au travers du territoire sud du Sandjak de Sofia a laissé la Commission indécise: l'accord n'a pu s'établir sur ce point.

Le Comte Schouvalow rappelle que les Plénipotentiaires de Russie ont accepté le principe du passage; des instructions en ce sens seront données conformément au protocole XVII aux officiers russes: mais S. E. est contraire à la rédaction de l'article qui donne l'indication exacte du tracé de passage.

Le Président regarde, en effet, qu'il est dangereux de délimiter dans un article de traité une route militaire sur un terrain peu connu et sur une carte dont l'exactitude ne peut pas être absolue. Cette délimitation pourrait être fâcheuse pour ceux mêmes qui peuvent s'en servir: S. A. S. relit le passage du XVII^e^ protocole où se trouve le résumé de la discussion et pense que conformément aux décisions prises alors par le Congrès, le tracé doit être renvoyé aux négociations sur place. La nomenclature du 2^e^ alinéa du paragraphe 3 devrait donc disparaître, et il serait opportun de ne laisser subsister que la reconnaissance en principe d'une route militaire accordée à la Turquie.

Le Prince de Hohenlohe propose de s'en tenir exactement aux expressions du protocole et de

supprimer les indications précises qui terminent l'alinéa.

Le Comte Schouvalow demande la suppression de tout le paragraphe 3, car l'alinéa 2 n'a été concédé par lui qu'en vue du 1er alinéa accordant une route d'étapes à la Bulgarie.

Lord Salisbury dit que si le 1er alinéa était conservé, il serait obligé de déclarer au protocole de la part de l'Angleterre que nulle disposition du traité ne reconnaît à la Bulgarie le droit de paix et de guerre.

Le Comte Schouvalow fait remarquer que c'est précisement pour éviter ces difficultés qu'il propose la suppression de tout le paragraphe 3.

A la suite d'observations présentées par le Comte de Launay, Lord Salisbury et le Comte Schouvalow, le Congrès décide que le paragraphe 3 de l'article II du projet de traité sera supprimé, les Plénipotentiaires de Russie ayant d'ailleurs déclaré que les obligations qu'ils ont acceptées au Protocole XVII au sujet de la route militaire accordée à la Turquie conservent toute leur valeur. .

Il est entendu que le même passage inséré à l'article XXXVI relatif à la délimitation Serbe sera également supprimé.

Carathéodory Pacha se référant à l'article XXIV qui concerne la rectification des frontières de la Grèce et la médiation éventuelle des Puissances ajoute que la Porte qui n'avait pas donné son consentement à des propositions de rectification de frontières se réserve d'entretenir les Cabinets signataires de la vraie situation de la question hellénique. S. E. demande que le mot de »médiation« soit remplacé par »bons offices«.

M. Desprez rappelle que le mot de »médiation« adopté par la Commission est conforme aux termes du Protocole N° 13.

Le Comte de Launay déclare que la substitution demandée par Carathéodory Pacha amoindrirait la signification et la portée de la proposition des Plénipotentiaires de France et d'Italie et de la décision prise par la haute Assemblée.

Le Président fait observer que cet article n'a pas d'intérêt pour les Plénipotentiaires Ottomans puisqu'il ne s'agit que des intentions des six Puissances qui demeureront toujours libres de s'entendre entre elles sur ce point en dehors de la Turquie.

M. Desprez reprenant l'exposé des dispositions du traité encore controversées cite les objections formées par les Plénipotentiaires de Turquie contre les dernières lignes du 2e alinéa de l'article XXXVI ainsi rédigées »laissant au sud du village de Prépolac une zône de 1000 mètres de rayon à la Serbie.«

Carathéodory Pacha et Mehemed Ali Pacha demandent que le défilé de Prépolac soit maintenu au territoire ottoman.

Le Comte de Saint-Vallier rappelle que le Congrès a décidé, conformément à l'avis de la Commission de délimitation qu'il serait donné suite à la réclamation élevée par les Plénipotentiaires ottomans touchant l'extension de 1000 mètres attribuée à la Serbie au Sud de Prépolac dans le projet de la Commission militaire. Mais, d'après les termes même du Protocole, le Congrès n'a pas entendu pousser la concession au delà du retour pur et simple à la ligne Autrichienne, c'est à dire l'abandon de la zône de 1000 mètres; il en résulte que la place de Prépolac est laissée à la Turquie, mais il n'a jamais été question d'y comprendre le défilé située en arrière de cette ville, ce qui aurait rejeté la frontière vers le Nord beaucoup plus que le Congrès n'entendait la faire.

Le Président déclare qu'il est impossible de revenir sur cette discussion: S. A. S. ajoute que la tâche de la Commission était de rédiger les décisions prises et non pas de les réviser.

Le Prince de Hohenlohe dit qu'une note placée au bas de la page 2 du projet de traité indique que »toutes les désignations de lieux ont été prises sur la carte de l'Etat major autrichien.« Cette annotation ne pourrait figurer au traité, mais cette explication étant très importante S. A. S. est d'avis qu'il en soit fait mention au protocole.

Le Président appuie cette observation qui est approuvée par le Congrès.

M. Desprez dit que le projet de traité n'a plus rencontré d'objections que sur l'article relatif à la délimitation de la frontière d'Asie au sujet duquel les Plénipotentiaires de Grande Bretagne et de Russie ne sont pas encore entièrement d'accord.

A la suite d'une discussion sur ce point entre le Comte Schouvalow et Lord Salisbury, le Congrès décide que pendant une interruption de séance des pourparlers auront lieu entre les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, de la Russie et de la Turquie pour régler les détails définitifs de cette délimitation.

La séance est interrompue.

A la reprise de la séance, le Comte Schouvalow annonce que les Représentants des trois Puissances se sont entendus sur le dernier alinéa de l'article 59 et la suppression de l'article 60.

Le Président constate que la rédaction du traité est terminée.

S. A. S. appelle ensuite l'attention de ses collègues sur la question de savoir en quelle forme et à quel moment la communication du traité sera faite aux Etats intéressés qui n'ont point participé au Congrès, c'est-à-dire la Grèce, la Perse, le Monténégro et les Principautés déclarées indépendantes.

L'échange d'idées qui a lieu à ce sujet amène la haute Assemblée à reconnaître que cette communication ne saurait être faite d'une manière officielle qu'après l'échange des ratifications du traité: le Congrès considère en effet que ce sont les ratifications et non pas seulement la signature qui donnent aux traités leur valeur définitive. Le Congrès, admettant toutefois, qu'il serait difficile d'attendre ces ratifications pour donner avis aux Etats dont il s'agit des dispositions qui ont été prises à leur égard, décide sur la proposition du Prince de Bismarck, que le Président est autorisé à faire connaître, dès la signature, aux Etats intéressés les décisions qui les concernent, dans une rédaction authentique, mais communiquée sous la forme officieuse. S. A. S. communiquera officiellement le traité complet à ces mêmes Etats quand les ratifications auront été échangées.

La haute Assemblée décide également que l'échange des ratifications indiqué dans le projet de traité comme devant avoir lieu dans un délai de quatre semaines, devra avoir lieu dans le délai de trois semaines: le dernier article portera donc «dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.« Il est entendu que les évacuations de territoire stipulées à partir du jour de la signature ne seront exécutoires qu'à partir du jour de la ratification et que cette dernière date sera substituée à celle de la signature dans tous les passages du traité où le jour de la signature avait été fixé comme point de départ du délai accordé aux intéressés.

Le Comte Schouvalow, rappelant la déclaration faite dans la précédente séance par Lord Salisbury au sujet des détroits, demande l'insertion au Protocole d'une déclaration sur le même sujet présentée par les Plénipotentiaires de Russie:

> »Les Plénipotentiaires de Russie, sans pouvoir se rendre exactement compte de la proposition de M. le Second Plénipotentiaire de la Grande Bretagne concernant la clôture des détroits, se bornent à demander de leur côté l'insertion au Protocole de l'observation: qu'à leur avis, le principe de la clôture des détroits est un principe européen, et que les stipulations conclues à cet égard en 1841, 1856 et 1871, confirmées actuellement par le Traité de Berlin, sont obligatoires de la part de toutes les Puissances, conformément à l'esprit et à la lettre des Traités existants, non seulement vis-à-vis du Sultan, mais encore vis-à-vis de toutes les Puissances signataires de ces transactions.«

Lord Salisbury fait savoir au Congrès que, conformément à la décision prise hier par les représentants des Puissances, il a invité l'Ambassadeur de la Grande Bretagne à Constantinople à s'entendre avec ses collègues au sujet des commissaires à envoyer dans le Rhodope.

Le Comte Andrássy, M. Waddington, le Comte Corti, le Prince Gortchacow et le Prince de Bismarck annoncent que les mêmes

instructions ont été adressées aux représentants de leurs gouvernements à Constantinople.

Le Congrès fixe à demain Samedi 13 Juillet la signature solennelle du Traité.

La séance est levée à 5 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
KÁROLYI.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
ODO RUSSELL.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MQÜY.

Protocole N° 20.

Séance du 13 Juillet 1878.

Etaient présents:

Pour **l'Allemagne**
le Prince de Bismarck, — M. de Bülow, — le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst.

Pour **l'Autriche-Hongrie**
le Comte Andrássy, — le Comte Károlyi, — le Baron de Haymerle.

Pour **la France**
M. Waddington, — le Comte de Saint-Vallier, — M. Desprez.

Pour **la Grande Bretagne**
le Comte de Beaconsfield, — le Marquis de Salisbury, — Lord Odo Russell.

Pour **l'Italie**
le Comte Corti, — le Comte de Launay.

Pour **la Russie**
le Prince Gortchacow, — le Comte Schouvalow, — M. d'Oubril.

Pour **la Turquie**
Alexandre Carathéodory Pacha, — Mehemed Ali Pacha, — Sadoullah Bey.

La séance est ouverte à 3 heures.

Le Président fait remarquer que le protocole 18 a éte distribué et que le protocole 19 sera entre les mains de MM. les Plénipotentiaires dans le courant de la journée. Les deux protocoles seront donc examinés par tous les membres de la haute Assemblée. Mais comme il ne sera plus possible de recueillir toutes les signatures pour les copies définitivement arrêtées, le Prince de Bismarck propose que MM. les Plénipotentiaires qui partiraient avant la signature autorisent LL. EE. MM. les Ambassadeurs, accrédités à Berlin, de signer les derniers protocoles en leur nom.

Cette proposition est adoptée.

Le Président invite les Plénipotentiaires à vouloir procéder à la signature du traité.

Le Comte Andrássy prononce les paroles suivantes:

»Messieurs,

Au moment où nos efforts viennent d'aboutir à une entente générale, il nous serait impossible de ne pas rendre hommage à l'homme d'Etat éminent qui a dirigé nos travaux.

Il a invariablement eu en vue d'assurer et de consolider la paix. Il a voué tous ses efforts à concilier les divergences et à mettre fin le plus rapidement possible à l'incertitude qui pesait si gravement sur l'Europe.

Grâce à la sagesse, à l'infatigable énergie, avec lesquelles notre Président a dirigé nos travaux, il a contribué à un haut degré à la prompte réussite de l'oeuvre de pacification que nous avons entreprise en commun.

Je suis donc sûr de rencontrer l'assentiment unanime de cette haute Assemblée, en vous proposant d'offrir à Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck notre plus chaleureuse gratitude.

Sur le point de nous séparer, je crois le mieux répondre encore à Vos sentiments en témoignant notre respectueuse reconnaissance de la haute bienveillance et de la gracieuse hospitalité dont nous avons été l'objet de la part de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et de l'auguste Famille Impériale.«

Le Prince de Bismarck répond:

»Je suis profondément sensible aux paroles que le Comte Andrássy vient de prononcer au nom de cette haute Assemblée. Je

remercie vivement le Congrès d'avoir bien voulu s'y associer et j'exprime toute ma reconnaissance à mes collègues de l'indulgence et des bons sentiments qu'ils m'ont témoignés pendant le cours de nos travaux. L'esprit de conciliation et la bienveillance mutuelle dont tous les Plénipotentiaires ont été animés, m'ont facilité une tâche que, dans l'état de ma santé, j'espérais à peine pouvoir mener jusqu'à son terme. En ce moment où le Congrès, à la satisfaction des gouvernements représentés et de l'Europe entière, aboutit au résultat espéré, je vous prie de me garder un bon souvenir: quant à moi, la mémorable époque qui vient de s'écouler restera ineffaçable dans ma mémoire.«

Le Congrès procède à la signature des sept exemplaires du traité.

Cet acte étant accompli, le Président reprend la parole dans les termes suivants:

»Je constate que les travaux du Congrès sont terminés.

Je regarde comme un dernier devoir du Président d'exprimer les remercîments du Congrès à ceux des Plénipotentiaires qui ont fait partie des Commissions, notamment à M. Desprez et à M. le Prince de Hohenlohe. Je remercie également au nom de la haute Assemblée le secrétariat du zèle dont il a fait preuve et qui a contribué à faciliter les travaux du Congrès. J'associe dans l'expression de cette reconnaissance les fonctionnaires et officiers qui ont pris part aux études spéciales de la haute Assemblée.

Messieurs, au moment de nous séparer, je ne crains pas d'affirmer que le Congrès a bien mérité de l'Europe. S'il a été impossible de réaliser toutes les aspirations de l'opinion publique, l'histoire dans tous les cas rendra justice à nos intentions, à notre oeuvre, et les Plénipotentiaires auront la conscience d'avoir, dans les limites du possible, rendu et assuré à l'Europe le grand bienfait de la paix si gravement menacée. Ce résultat ne saura être atténué par aucune critique que l'esprit de parti pourra inspirer à la publicité. J'ai le ferme espoir que l'entente de l'Europe, avec l'aide de Dieu, restera durable, et que les relations personnelles et cordiales qui pendant nos travaux se sont établies entre nous, affermiront et consolideront les bons rapports entre nos Gouvernements.

Je remercie encore une fois mes Collègues de leur bienveillance à mon égard, et c'est en conservant cette impression de haute gratitude, que je lève la dernière séance du Congrès.«

Les Plénipotentiaires se séparent à 5 heures.

signé: v. BISMARCK.
B. BÜLOW.
HOHENLOHE.
KÁROLYI.
WADDINGTON.
SAINT VALLIER.
ODO RUSSELL.
LAUNAY.
GORTCHACOW.
P. D'OUBRIL.
AL. CARATHÉODORY.
SADOULLAH.

Certifié conforme à l'original:
RADOWITZ.
MOÜY.

Die Konferenzprotokolle
Deutsche Übersetzung

Protokoll Nr. 1
Sitzung vom 13. Juni 1878

Nachdem die Signatarmächte des Vertrages vom 30. März 1856 beschlossen haben, geleitet vom Allgemeininteresse und beseelt vom Geiste der Versöhnung und des Friedens, die durch die jüngsten Ereignisse im Orient entstandene Lage gemeinsam zu prüfen, sind die Bevollmächtigten Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Rußlands und der Türkei in Berlin auf Einladung der Regierung seiner Majestät des deutschen Kaisers zusammengetreten.

Es waren erschienen:

Für *Deutschland:*

Seine Durchlaucht der Fürst von Bismarck, Kanzler des Deutschen Reichs,
Seine Exzellenz Herr von Bülow, Staatssekretär im Auswärtigen Amt,
Seine Durchlaucht Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, Deutscher Botschafter in Paris;

Für *Österreich-Ungarn:*

Seine Exzellenz Graf Andrássy, Minister des Kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
Seine Exzellenz Graf Károlyi, Österreich-Ungarischer Botschafter in Berlin,
Seine Exzellenz Baron von Haymerle, Österreich-Ungarischer Botschafter in Rom;

Für *Frankreich:*

Seine Exzellenz Herr Waddington, Außenminister,
Seine Exzellenz Graf des Saint-Vallier, Französischer Botschafter in Berlin,
Seine Exzellenz Herr Desprez, Bevollmächtigter Gesandter 1. Klasse, beauftragt mit der Leitung politischer Angelegenheiten im Außenministerium;

Für *Großbritannien:*

Seine Exzellenz the Earl of Beaconsfield, Erster Lord des Schatzes und Erster Minister Ihrer Majestät,
Seine Exzellenz the Marquess of Salisbury, Außenminister Ihrer Britannischen Majestät,
Seine Exzellenz Lord Odo Russell, Englischer Botschafter in Berlin;

Für *Italien:*

Seine Exzellenz Graf Corti, Außenminister,
Seine Exzellenz Graf des Launay, Italienischer Botschafter in Berlin;

Für *Rußland:*

Seine Durchlaucht Fürst Gortschakow, Kanzler des Russischen Reiches,
Seine Exzellenz Graf Schuwalow, Russischer Botschafter in London,
Seine Exzellenz Herr d'Oubril, Russischer Botschafter in Berlin;

Für die *Türkei:*

Seine Exzellenz Sadoullah Bey, Türkischer Botschafter in Berlin.

Die Bevollmächtigten nehmen heute, Dienstag den 13. Juni, um 2 Uhr, ihre Beratungen auf.

Graf Andrássy führt folgendes aus:

„Meine Herren, ich beehre mich, Ihnen vorzuschlagen, Seiner Durchlaucht, dem Fürsten von Bismarck den Vorsitz dieses Kongresses anzutragen. Das ist nicht nur eine schon bei früheren Arbeiten bewährte Übung, sondern gleichzeitig auch Ausdruck der Ehrerbietung für den Herrscher, dessen Gastfreundschaft die Repräsentanten Europas gegenwärtig genießen. Ich habe keinen Zweifel, daß mein Vorschlag angenommen wird. Die persönlichen Vorzüge des Fürsten sowie seine hohe Weisheit bieten uns die Gewähr, daß die Leitung dieses Kongresses bei ihm in besten Händen liegt.

Meine Herren, ich weiß mich mit Ihren Empfindungen einig, wenn ich zu Beginn unserer ersten Sitzung unser aller wärmste Wünsche Seiner Majestät Kaiser Wilhelm für deren baldige Genesung ausspreche."

Nachdem diese Worte mit lebhafter Zustimmung aller Bevollmächtigten aufgenommen worden sind, dankt *Fürst von Bismarck* seinen Kollegen für deren freundliche Anteilnahme für den Kaiser, die Graf Andrássy im Namen der Kongreßteilnehmer ausgedrückt hat, und übernimmt es, diese Bekundung seiner Majestät zur Kenntnis zu bringen.

Anschließend übernimmt er den Vorsitz mit folgenden Worten:

„Meine Herren, ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir soeben damit erwiesen haben, mir den Vorsitz in dieser erlauchten Versammlung anzutragen. Bei Ausübung des mir übertragenen Amtes zähle ich auf den gütigen Beistand meiner Herren Kollegen sowie auf ihre Nachsicht, wenn meine Kräfte nicht immer meinem guten Willen gleichkommen."

Sodann macht der Präsident folgenden Vorschlag zur Konstituierung des Bureaus:

„Ich schlage Ihnen als Sekretär des Kongresses den deutschen Gesandten in Athen, Herrn von Radowitz vor, als seine Beigeordneten den Ersten Sekretär der Französischen Botschaft in Berlin, Comte de Moüy, ferner den Wirklichen Legationsrat Herrn Busch, Legationssekretär Baron von Holstein sowie Legationsrat Graf von Bismarck. Weiterhin schlage ich vor, die Leitung des Kongreßprotokolls Herrn Bucher zu übertragen, Wirklichem Geheimen Legationsrat im Auswärtigen Amt Deutschlands."

Nach Annahme der Vorschläge werden die Mitglieder des Sekretariats hereingeführt und dem Kongreß vorgestellt. Anschließend teilt der Präsident seinen Kollegen mit, das somit konstituierte Sekretariat werde beauftragt, die Dokumente und Vollmachten einzusammeln und zu prüfen, die die Kongreßteilnehmer zu diesem Zwecke im Bureau hinterlegen möchten.

Die Bevollmächtigten hinterlegen ihre Vollmachten beim Sekretär, bis auf Sadoullah Bey, der erklärt, seine und der anderen ottomanischen Bevollmächtigten Dokumente erst zu Beginn der nächsten Sitzung abgeben zu können, bei der seine Kollegen Alexander Caratheodory Pascha und Mehemed Ali Pascha, die noch nicht in Berlin eingetroffen seien, anwesend sein werden.

Anschließend verliest *Fürst von Bismarck* folgende Erklärung:

„Meine Herren, es ist mir vornehmste Pflicht, Ihnen im Namen des Kaisers, meines Herren, für die Einigkeit zu danken, mit der alle Kabinette freundlicherweise die Einladung Deutschlands beanwortet haben. Diese Übereinstimmung darf uns erstes Unterpfand für den glücklichen Ausgang unseres gemeinsamen Werkes sein.

Die Ereignisse, die zum Zusammentritt dieses Kongresses geführt haben, sind in unser aller Gedächtnis. Schon Ende 1876 hatten sich die Kabinette gemeinsam bemüht, den Frieden auf der Balkanhalbinsel wiederherzustellen. Gleichzeitig hatten sie nach wirksamen Garantien für die Verbesserung des Loses der christlichen Bevölkerung in der Türkei gesucht[1]). Ihre Bemühungen blieben fruchtlos. Ein neuer, noch schlimmerer Konflikt ist ausgebrochen, dem die Vereinbarungen von San Stefano ein Ende gesetzt haben.

Die Stipulationen dieses Vertrages sind in mehreren Punkten geeignet, den Zustand, wie ihn frühere europäische Konventionen geschaffen haben, zu ändern, und wir sind hier zusammengekommen, um das Werk von San Stefano den Kabinetten, die die Verträge von 1856 und 1871[2]) unterzeichnet haben, zur freien Beratung vorzulegen. Es geht darum, im Rahmen eines gemeinsamen Abkommens und auf der Grundlage neuer Garantien den Frieden zu sichern, den Europa dringend braucht."

Der Präsident möchte seiner Erklärung einige Bemerkungen zum Verfahren hinzufügen: Er halte es für angebracht zu beschließen, daß alle Anträge und Vorlagen, die im Protokoll erscheinen sollen, vorher schriftlich vorgelegt und von den Mitgliedern des Kongresses, die sie einbringen, zu verlesen sind, um die Arbeiten der Versammlung [tunlich] zu erleichtern. Er glaube, im Interesse der Aufgabe zu handeln, die der Hohen Versammlung zufalle, wenn er vorschlage, gleich zu Beginn der Beratungen den Ablauf ihrer Arbeiten festzulegen. Es erscheine sinnvoll, sich nicht an die Reihenfolge der Artikel des Vertrages zu halten, der die Grundlage der Beratungen bildet, sondern die Fragen entsprechend ihrer Bedeutung zu behandeln. Daher erheische zunächst vor allem das Problem der Grenzziehung und der Konstituierung Bulgariens die Aufmerksamkeit des Kongresses. Er schlage daher vor, die Diskussion über die Bestimmungen des Vertrages von San Stefano zu eröffnen, die besonders dem künftigen Aufbau Bulgariens gelten. Sollte der Kongreß dem Verfahren zustimmen, werde er als Präsident die vorbereitenden Arbeiten des Sekretariats entsprechend leiten. Er

halte es ferner für zweckmäßig, zwischen dieser und der nächsten Sitzung eine gewisse Pause eintreten zu lassen, um den Bevollmächtigten Zeit zu geben, ihre Gedanken auszutauschen. Endlich zweifle er nicht daran, daß unter den Verhandlungsteilnehmern Einigkeit über die Notwendigkeit bestehe, die Verhandlungen geheimzuhalten. Alle Kongreßmitglieder stimmen den Vorschlägen des Fürsten von Bismarck zu.

Graf Andrássy schließt sich dem Standpunkt voll an und ist insbesondere dafür, die bulgarische Frage zuerst zu behandeln.

Graf Beaconsfield spricht sich im gleichen Sinne aus: Für die Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten sei es unerläßlich, die Frage unverzüglich und als erste zu behandeln.

Der *Präsident* stellt fest, daß der Vorschlag, die Diskussion mit der bulgarischen Frage zu beginnen, einstimmig angenommen ist.

Graf Beaconsfield ergreift das Wort und weist darauf hin, vor Behandlung des Vertrages von San Stefano sehe sich der Kongreß einer Vorfrage von äußerster Dringlichkeit gegenüber — nämlich der gegenwärtigen Stellung der russischen Truppen vor Konstantinopel. Lord Beaconsfield hält die Lage für anormal und gefährlich. Er erinnert daran, daß die russischen Truppen über die vereinbarte Waffenstillstandslinie hinaus vorgerückt sind und weist darauf hin, daß ihre Anwesenheit [vor Konstantinopel] für beide beteiligte Seiten wie für die Interessen Europas eine Gefahr darstellt. Er hat Sorge vor den Folgen, wenn sich zwei Armeen so nahe gegenüberstehen: ein Zwischenfall, ein Gerücht könnten das größte Unglück auslösen, vielleicht sogar die Einnahme Konstantinopels (the capture of Constantinople). Er frage sich, ob es dem Kongreß zuzumuten sei, angesichts solcher Gefahren zu beraten. Er bedauere, daß die Bemühungen der beteiligten Regierungen, eine beiden Seiten gerecht werdende Lösung zu finden, erfolglos blieben und appelliert an seine Kollegen, dieser Vorfrage ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Fürst von Bismarck hält die Frage nicht für so dringlich, als daß sie in der heutigen Sitzung zu behandeln sei, fragt aber die russischen Bevollmächtigten, ob sie auf die Ausführungen Lord Beaconsfields antworten möchten.

Fürst Gortschakow erklärt, Rußland sei zum Kongreß mit der Absicht gekommen, keine Vorwürfe aus der Vergangenheit zu erheben: Er könnte daher nicht in die Untersuchung der Motive und Umstände eintreten, die zum Vertrag von San Stefano geführt haben; der russischen Regierung liege vor allem daran, Unklarheiten und Mißtrauen zu beseitigen. Zar Alexander habe das Ziel, das seiner Ansicht nach mit allen Interessen Europas übereinstimmt, den christlichen Untertanen der Pforte eine autonome Existenz zu verschaffen, gesichert durch wirksame Garantien. Sollte der Kongreß zur Erreichung dieses Ziels andere Wege finden, als sie Rußland am geeignetsten erschienen, würde die kaiserliche Regierung sie prüfen. Aber er wiederhole, ihr einziges Ziel sei es, der christlichen Bevölkerung eine autonome Existenz zu schaffen und zu garantieren.

Graf Schuwalow möchte den Worten Lord Beaconsfields einige praktische Erwägungen entgegenhalten. Der edle Lord habe auf den Vormarsch der russischen Armee verwiesen, der übrigens erst nach Einlaufen der englischen

Flotte in den Bosporus erfolgt sei, und die Gefahren unterstrichen, weil sich russische und türkische Streitkräfte direkt gegenüber liegen. Graf Schuwalow könnte zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Friedensverhandlungen nennen, als die jeweiligen beiden Armeen in ihren Linien blieben. Aber ohne auf diesen Punkt beharren zu wollen, bemerkt der zweite russische Bevollmächtigte, da ein einfacher Rückzug auf die Ausgangslinie des ersten Waffenstillstands die Meinung Lord Beaconsfields vermutlich kaum ändern würde, müßte sich die russische Armee also viel weiter zurückziehen. Graf Schuwalow erläutert die Schwierigkeiten, militärische Komplikationen, sogar Gefahren eines solchen Rückzugs. Die gegenwärtige Lage habe seit drei Monaten zu keinem ernsthaften Zusammenstoß geführt: stünde, im Gegenteil, nicht zu befürchten, daß der Rückzug der Armee schwere Unruhen auslöste? Er führt Informationen aus nichtrussischen Quellen an, wonach, sollten die kaiserlichen Truppen jetzt ihre Stellungen räumen, sich die christliche Bevölkerung Konstantinopels aus Angst um ihre Sicherheit ihnen anschließen würde. Der Zweite russische Bevollmächtigte fügt hinzu, die Sorge Lord Beaconsfields um Konstantinopel sei grundlos, da eine plötzliche Einnahme der Stadt völlig ausgeschlossen sei. Er sei daher überzeugt, daß der Rückzug der russischen Armee durchaus nicht notwendig sei, um die Beratungen des Kongresses in Ruhe stattfinden zu lassen; er fürchte, ein Versuch, so die Lage zu verbessern, werde nur das Gegenteil erreichen.

Herr *d'Oubril* schließt sich völlig diesen Ausführungen an.

Fürst von Bismarck meint, die Vertreter Großbritanniens seien durch die Antwort ihrer russischen Kollegen soweit zufriedengestellt daß sie von der Frage, die sie aufgeworfen haben, nicht den ungestörten Ablauf der Kongreßverhandlungen abhängig machen müßten. Im übrigen zweifele er, ob die Frage in ihrem gegenwärtigen Stadium in die Zuständigkeit des Kongresses falle; zumindest die deutsche Regierung, die seinerzeit nach Kräften versucht habe die Lage zu retten, fühle sich nicht dazu berufen, Motive anderer Regierungen zu Fragen zu beurteilen, die jenseits der gegenwärtigen Aufgaben der Hohen Versammlung lägen. Er glaube daher, die Frage sollten vor allem die Vertreter Großbritanniens und Rußlands direkt untereinander ausmachen. Ihre Verständigungsbereitschaft gebe Anlaß zur Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang der Verhandlungen. Nur im entgegengesetzten Falle könnte der Kongreß in einer weiteren Sitzung versuchen, die beiden Partner durch eine Vermittlung, die bei der Friedensliebe der Hohen Versammlung nicht ohne Wirkung bleiben könnte, ins Einvernehmen zu setzen.

Lord Beaconsfield und alle anderen Bevollmächtigten stimmen dieser Ansicht zu, der Präsident erklärt die Frage für abgeschlossen.

Der *Präsident* fragt, ob einer der Bevollmächtigten im Namen seiner Regierung dem Kongreß eine Mitteilung zu machen habe.

Sadoullah Bey erklärt, er könne nicht der Ansicht des Grafen Schuwalow beitreten, daß ein Rückzug der russischen Armee Gefahren für die christliche Bevölkerung Konstantinopels mit sich brächte. Der türkische Bevollmächtigte versichert, die türkischen Streitkräfte in der Hauptstadt reichten für die Aufrechterhaltung der Ruhe völlig aus, und die öffentliche Ordnung sei

keineswegs in Gefahr: Im Gegenteil, die Anwesenheit der russischen Armee vor der Stadt bedrohe die Ruhe in der Stadt.

Der *Präsident* weist den türkischen Bevollmächtigten darauf hin, der Kongreß habe die Diskussion der Frage schon abgeschlossen. Die Frage sei erledigt. Somit erübrige sich jede weitere Diskussion.

S.D. schlägt sodann der Hohen Versammlung vor, am kommenden Montag, den 17., um 2 Uhr wieder zusammenzutreten. Dieser Termin wird einstimmig angenommen.

Der *Marquis von Salisbury* kündigt an, er wolle seinen Kollegen am Montag die Frage vorlegen, ob Griechenland zum Kongreß zugelassen werden soll.

Fürst Gortschakow hält die Frage schon durch den Wortlaut der Einladung zum Kongreß erledigt, da sie nur an die Signatarmächte des Pariser Vertrages ergangen sei. Weitere Staaten könnten sich berechtigt fühlen, ebenfalls ihre Teilnahme zu verlangen, wenn man von den ursprünglichen Vereinbarungen abgehe.

Fürst von Bismarck möchte seine Meinungsäußerung dazu noch zurückstellen, bis Lord Salisbury die Frage der Hohen Versammlung formell vorgelegt hat, ergreift aber die Gelegenheit zur Frage, ob es nicht ratsam sei, daß Kongreßmitglieder, die einen Antrag stellen wollten, dies ihren Kollegen auf einer vorangehenden Sitzung oder wenigstens am Vorabend der Sitzung ankündigen sollten, um plötzliche und nicht zu Ende geführte Diskussionen zu vermeiden. Anträge zu Fragen der Tagesordnung und solche, die aus der Diskussion selbst hervorgingen, wären davon ausgenommen.

Er halte es für ein unbestreitbares Prinzip, daß die Minderheit des Kongresses nicht verpflichtet werden könne, sich einem Mehrheitsvotum zu unterwerfen. Aber er überläßt es seinen Kollegen darüber zu befinden, ob es im Interesse der Arbeiten nicht nützlich wäre, daß Mehrheitsbeschlüsse zum Verfahren, die nicht ein Grundproblem berühren, immer dann als Kongreßbeschlüsse angesehen werden könnten, wenn die Minderheit nicht glaube, formellen Protest einlegen zu müssen.

Herr *Waddington* pflichtet der Meinung des Präsidenten zum Problem unangemeldeter Anträge bei, die Kongreßmitglieder einbringen könnten. Der Erste französische Bevollmächtigte hält sogar den Beschluß für geboten, daß jeder derartige Antrag auf der vorangehenden Sitzung angekündigt werden muß. Selbst eine Ankündigung am Vorabend einer Sitzung erscheine noch als zu kurz bemessen für eine allzeit ausreichende Vorbereitung der Bevollmächtigten auf eine gründliche Diskussion.

Fürst von Bismarck würdigt die Berechtigung dieser Bemerkung und schließt sich ihr voll an.

Marquis von Salisbury meint, die Ausführungen des Ersten französischen Bevollmächtigten bezögen sich zweifellos nur auf inhaltliche Anträge und nicht auf Zusatzanträge und zweitrangige Fragen.

Der Kongreß billigt einstimmig dieses Verfahren.

Die Sitzung wird um 3 1/4 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi,

Haymerle, Waddington, St. Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russel, L. Corti, Launay, Gortschakow, P. d'Oubril, Sadoullah.

Protokoll Nr. 2
Sitzung vom 17. Juni 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst von Bismarck, Herr von Bülow, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle;

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez;

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell;

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay;

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril;

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung, verlesen von Graf de Moüy, wird angenommen.

Die türkischen Bevollmächtigten Alexander Caratheodory Pascha und Mehemed Ali Pascha und Sadoullah Bey hinterlegen ihre Vollmachten.

Der *Präsident* schlägt zur Beschleunigung der Kongreßverhandlungen vor, künftig zu Beginn jeder Sitzung die Vorlage des gedruckten Protokolls [über die vorausgegangene Sitzung] an die Bevollmächtigten an Stelle des üblichen Verlesens treten zu lassen. Sollten Mitglieder der Hohen Versammlung keine Änderungen wünschen, so gelte das Protokoll als angenommen und werde zu den Akten genommen.

Graf Andrássy und Herr *Waddington* machen darauf aufmerksam, daß Bevollmächtigte Änderungen am Protokoll wünschen könnten, die auch zur Kenntnis ihrer Kollegen gelangen sollten. Daraufhin beschließt der Kongreß auf Vorschlag des *Präsidenten*, solche Änderungswünsche zu Beginn jeder Sitzung

durch das Sekretariat verlesen zu lassen. Im übrigen sei selbstverständlich das Protokoll vollständig zu verlesen, wenn auch nur ein Kongreßmitglied einen entsprechenden Antrag stellt.

Graf Schuwalow und Herr *d'Oubril* bitten darum, die Endfassung der Protokolle beschleunigt zu verteilen, um sie den Regierungen bald übermitteln zu können.

Fürst *Gortschakow* schließt sich dieser Meinung an: er begrüßt von vornherein jeden Schritt, um Verhandlungen der Hohen Versammlung zu erleichtern und zu beschleunigen. Er hoffe auf eine friedliche Lösung, und ihm liegt daran, daß der Weltfrieden so bald wie möglich gesichert wird.

Der *Präsident* sagt zu, dem Sekretariat Anweisung für eine zügige Verteilung der Protokolle zu geben.

S.D. teilt seinen Kollegen mit, zahlreiche Petitionen und sonstige Eingaben seien dem Kongreß und ihm persönlich zugegangen. Das Sekretariat sei beauftragt, die Eingaben, die von sehr unterschiedlicher Bedeutung seien, zu sichten. Eingaben mit einem gewissen politischen Interesse seien in einer Liste zusammengestellt, die allen Bevollmächtigten zugegangen sei: Die Liste werde nach Eingang solcher Eingaben ergänzt, die alle im Sekretariat deponiert würden. S.D. ist der Auffassung, die sich der Kongreß einmütig zu eigen macht, daß in die Hohe Versammlung Anträge und Vorlagen zur Prüfung grundsätzlich nur einer ihrer Bevollmächtigten einbringen darf. Mit genannten Eingaben ist entsprechend zu verfahren.

S. D. schlägt vor, zur Tagesordnung überzugehen, wie sie in der vorangegangenen Sitzung festgelegt wurde.

Marquis von Salisbury verliest folgenden Antrag:

„Seitdem der Vorschlag zum Zusammentreten eines Kongresses gemacht wurde, teilte die Regierung der Königin den sechs Mächten ihre Ansicht mit, daß Griechenland hier vertreten sein müßte. Die Gründe, die zu diesem Vorschlag geführt haben, sind leicht einzusehen. Die Regierung, die den heute beendeten Krieg begann, erklärte, ihn unter höheren Gesichtspunkten und ohne Hintergedanken unternommen zu haben. Sie verkündete, daß sie keine territorialen Eroberungen suchte; Ihr Ziel sei es, die christlichen Bevölkerungsteile von den Übeln zu befreien, deren Existenz allgemein bekannt war, welches auch immer der Grund dafür gewesen sein mag. S.D.Fürst Gortschakow hat die gleichen edlen Absichten auf der ersten Sitzung des Kongresses in diesem Raume vorgetragen.

Ein Krieg, mit solchen Absichten begonnen, muß selbstverständlich auch in einem Frieden enden, der von den gleichen Überlegungen geprägt ist: und die vornehmste Pflicht der Vertreter der Mächte wird es sein, darüber zu wachen, daß sich seine Bedingungen in den so gezogenen Grenzen halten.

Zweck der Kongreßberatungen, sollen sie nicht an ihrem wahren Ziel vorbeigehen, wird es sein, bei möglichst geringen territorialen Veränderungen das Schicksal der Provinzen der europäischen Türkei, die der Schauplatz bedauernswerter Auseinandersetzungen gewesen sind, zu verbessern und ihr Wohlergehen zu sichern.

Die Christen dieser Gebiete teilen sich in zwei Parteien, deren Interessen sich nicht decken und deren Sympathien nicht übereinstimmen.

Der Kongreß übersieht nicht, daß die freundschaftlichen Bande, die einmal die griechischen und slawischen Untertanen der Pforte vereinten, in den letzten Jahren zerrissen sind. Aus Freunden sind Rivalen geworden. Die Slawen, die früher dem griechischen Patriarchen unterstanden, haben sich eine eigene Kirchenverfassung gegeben. In weiten Teilen der von Griechenland bewohnten Gebieten kam es über das Recht an Kirchen und Schulen zu Spannungen, ja Konflikten zwischen beiden Völkern.

Den Konflikt haben die Ereignisse der letzen Monate außerordentlich verschärft, und die aus solchen Zwischenfällen entstandene Erregung hat die Kluft zwischen beiden Völkern immer weiter vertieft. Es geht um mehr als um Meinungsverschiedenheiten über die Kirchenverfassung. Die Griechen befürchten zu Recht die Knebelung ihrer Kirche, die Unterdrückung ihrer Sprache sowie die fortschreitende Aufsaugung, ja den Untergang ihres Volkes, wenn ihre Rivalen eine überlegene Position erhielten. Diese Fragen sind für sie lebenswichtig, und ihr Schicksal hängt von der Form ab, die der Kongreß Bestimmungen zum Schutz der Christen und zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit in den Provinzen der europäischen Türkei geben wird.

Beide Völker sind aber vor dem Kongreß nicht gleichwertig vertreten. Die Slawen haben in diesem Saal eine große Militärmacht als Verteidiger, Bluts- und Glaubensbrüder, gestärkt vom Prestige ihrer jüngsten Siege. Die Griechen haben hier dagegen als Vertreter keinen Staat gleicher Herkunft.

Die Regierung Ihrer Majestät ist der Ansicht, daß Entscheidungen unter solchen Bedingungen das griechische Volk nicht zufriedenstellen und daher weder zur Ruhe im Türkischen Reich noch zum Frieden in Europa führen werden.

Vielmehr sind neue Unruhen in diesem Volk zu befürchten das so an seinem Glauben und seiner Nationalität hängt, denn es wird glauben, daß Europa es verlassen und der Herrschaft eines Volkes ausgeliefert habe, für das es kaum Sympathien empfindet.

England beantragt daher, dem Königreich Griechenland zu gewähren, seine Rolle zugunsten der Griechen zu erfüllen und es zu dem Kongreß oder wenigstens zu den Sitzungen zuzulassen, in denen Interessen der Griechen beraten werden."

Fürst von Bismarck hält es nach dem Beschluß der Hohen Versammlung in der letzten Sitzung für ausgeschlossen, den Kongreß heute, nach einer ersten Lesung, schon mit dem Antrag, den Lord Salisbury soeben verlesen hat und der an so viele ernste Probleme rührt, zu befassen. Wie groß auch immer Europas Sympathien für Griechenland seien, so meint er doch im Interesse der Verhandlungen und gemäß den vorher vereinbarten Verfahrensregeln vorschlagen zu müssen, die Diskussion der Frage auf die nächste Sitzung zu vertagen. In der Zwischenzeit wird der Präsident den Antrag Lord Salisburys drucken und verteilen lassen. Er sei als solcher wichtig genug und werfe Fragen des öffentlichen Rechts und zum Verfahren auf, wie ein Vertreter Griechenlands zum Kongreß zuzulassen wäre.

Fürst Gortschakow möchte die Frage der Zulassung Griechenlands jetzt

auch noch nicht behandelt sehen und stimmt daher der vorgeschlagenen Vertagung zu. Trotzdem möchte er eine Bemerkung aus der Rede Lord Salisburys aufgreifen: Er betone vor dem Kongreß, daß die Vertreter Rußlands keinesfalls nur die Interessen der Slawen vertritt, sondern die Christen in der Türkei insgesamt. Fürst Gortschakow erklärt daher vornherein, alle Vorschläge zu Griechenlands Gunsten zu unterstützen; er werde sogar für die Griechen des Türkischen Reiches eine Autonomie verlangen, entsprechend der für die Slawen. Ziel seiner Regierung sei es, beide Völker einander näherzubringen. Zur Religionsfrage, die Lord Salisbury angesprochen hat, müsse er erklären, daß es überhaupt keine tiefgreifende Spaltung zwischen dem griechischen Patriarchat und dem bulgarischen Exarchat gebe: lediglich eine liturgische Frage habe zur Trennung der beiden Kirchen geführt.

Der *Präsident* stellt fest, daß alle Bevollmächtigten einer Vertagung der Diskussion über diese Frage auf die nächste Sitzung zustimmen.

Herr *Desprez* verliest im Namen der französischen Bevollmächtigten folgenden Antrag, den er gleichzeitig mit dem Lord Salisburys verteilen lassen möchte.

„Da es bei Prüfung der neuen Abkommen zur Sicherung des Friedens im Orient nur billig ist, dem Hof von Athen Gelegenheit zu geben, seinen Wünschen Ausdruck zu verleihen und da es für die Mächte hilfreich sein kann, sie zu erfahren, lädt der Kongreß die Regierung Seiner Griechischen Majestät ein, einen Vertreter zu bestimmen, der zugelassen wird, die Ansichten Griechenlands darzulegen, wenn es darum geht, das Schicksal der an das Königreich grenzenden Provinzen festzulegen, und der zum Kongreß hinzugezogen werden kann, wann immer es die Bevollmächtigten für geboten halten."

Der *Präsident* sagt den Druck und die Verteilung der Vorlage gemäß den Wünschen der französischen Bevollmächtigten zu und läßt den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen. Bevor er in der Tagesordnung fortfährt, fragt er, ob ein Mitglied der Hohen Versammlung sonst Mitteilungen zu mache habe.

Alexander *Caratheodory Pascha* drückt sein Bedauern darüber aus, daß schlechtes Wetter auf dem Schwarzen Meer seine und seines Kollegen Mehemed Ali Paschas Anreise verzögert habe, so daß er an der vorigen Sitzung habe fehlen müssen. Er hätte sich glücklich geschätzt, an der Wahl des Präsidenten teilnehmen zu können, und er lege Wert darauf, sich im Namen seiner Regierung den Genesungswünschen des Kongresses für S.M. Kaiser Wilhelm anzuschließen.

Fürst von Bismarck dankt dem Ersten türkischen Bevollmächtigten für diese Worte, die Seiner Majestät zu überbringen er nicht unterlassen werde.

Der *Präsident* erklärt anschließend, auf der Tagesordnung stünde die Beratung der Artikel des Vertrages von San Stefano über Bulgarien, beginnend mit Artikel VI. Er verliest Absatz 1, Artikel VI:

„Bulgarien wird zu einem autonomen, tributpflichtigen Fürstentum erhoben mit einer christlichen Regierung und einer Nationalmiliz[1])."

---

[1]) Vgl. Art. 1 des Berliner Vertrags.

Der *Präsident* fügt hinzu: Es gibt zwei Möglichkeiten in die Beratung einzutreten: entweder zuerst Diskussion von Absatz 1, Artikel VI oder von Absatz 4 zum Grenzverlauf. Ohne das eine oder andere Verfahren empfehlen zu wollen, frage er, welches dem Kongreß genehm sei.

Lord Salisbury ergreift das Wort zu folgenden Ausführungen: „Die weitreichende Auswirkung der Artikel des Vertrages von San Stefano über Bulgarien — (ich spreche nicht von der Wirkung, die man ihnen geben wollte) — besteht darin, die Türkei auf ein Niveau herabzudrücken, daß sie absolut abhängig von der Macht würde, die ihr diesen Vertrag aufgezwungen hat.

Es ist unsere Aufgabe, die Türkei wiederaufzurichten, nicht zu ihrer vorherigen Unabhängigkeit, denn die Ergebnisse des Krieges lassen sich nicht völlig rückgängig machen, aber ihr eine relative Unabhängigkeit zu geben, sodaß sie die strategischen, politischen und kommerziellen Interessen, deren Hüter sie bleiben muß, wirksam zu schützen vermag.

Andere, nicht weniger bedeutende Gefahren sind zu befürchten. Das griechische Volk, das an vielen Orten im neuen Bulgarien lebt, wird einer slawischen Mehrheit unterworfen, zu der es kaum freundschaftliche Beziehungen unterhält, und, wie ich dem Kongreß schon zu bedenken gegeben habe, wahrscheinlich wird die griechische Sprache untergehen und das Volk aufgesogen.

Auch ist der Zulassung einer neuen Seemacht zur Küste der Ägäis nur mit schweren Bedenken der benachbarten Mächte im Mittelmeer zuzustimmen.

Nach meiner Meinung ist durch Änderung der Artikel, auf die S.D. der Präsident unsere Aufmerksamkeit gelenkt hat, ein Mittel gegen diese nachteiligen Ergebnisse zu finden. Wenn Bulgarien, anstatt sich bis zur Ägäis und zum Ochrid-See zu erstrecken, im Süden durch den Balkan begrenzt würde und der andere Teil unter der Herrschaft des Sultans verbliebe, wären diese Gefahren erheblich vermindert, wenn auch nicht völlig beseitigt.

In diesem Falle würde keine neue Seemacht mehr bis zur Küste der Ägäis reichen, ein beträchtlicher Teil der Griechen dem sonst drohe, vom neuen Bulgarien aufgesogen und einer slawischen Mehrheit unterworfen zu werden, bliebe in seiner gegenwärtigen politischen Lage, und die Pforte erhielte eine strategische Grenze, die sie gegen jede zukünftige Invasion verteidigen könnte. Der strategische Vorteil ließe sich erreichen, ohne den Interessen der Bevölkerung in diesem Gebiet zu schaden, deren Los würde vielmehr sogar noch verbessert.

England hat weder auf der Konstantinopler Konferenz noch zu irgendeinem anderen Zeitpunkt jemals zugelassen, die Völker der europäischen Türkei zum Schutz vor Mißgriffen der Regierung und vor Unterdrückung der politischen Hoheit der Pforte zu entziehen. Dieser Schutz, der von äußerster Wichtigkeit ist, erfordert viel eher Reform der inneren Verwaltung als politische Trennung.

Ich beantrage daher im Namen Englands beim Kongreß die Prüfung der beiden folgenden Vorschläge:

1. Das tributäre autonome Fürstentum Bulgarien bleibt auf den Teil der europäischen Türkei nördlich des Balkans beschränkt.

2. Die Provinz Rumelien und alle übrigen Gebiete südlich des Balkans bleiben unter der direkten politischen und militärischen Hoheit des Sultans, wobei alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, um das Wohlergehen der Bevölkerung durch ausreichende Bürgschaften für eine administrative Autonomie oder auf andere Art sicherzustellen.

Graf Schuwalow bezieht sich auf eine Passage der Vorlage, die der edle Lord soeben verlesen hat. Er erklärt im Namen seiner Regierung die Worte „die Ergebnisse des Krieges lassen sich nicht völlig rückgängig machen", nicht hinnehmen zu können: Rußland sei zum Kongreß gekommen, um den Vorvertrag von San Stefano mit den allgemeinen Interessen Europas abzustimmen, nicht aber um Ergebnisse eines Krieges „rückgängig zu machen", für den es so viele Opfer gebracht habe. Der Sinn der Erklärung, die Marquis von Salisbury dem Kongreß vorgelegt hat, sei, daß England zu den Grenzen Bulgariens gemäß dem Vertrage von San Stefano nicht seine Einwilligung geben kann. Zwischen den Grenzen [von San Stefano] und dem Vorschlag Lord Salisburys gebe es aber Spielraum für Diskussionen, z.B. die von der Konstantinopler Konferenz bezeichneten Grenzen. Sie hätten den Vorzug, von den Vertretern Europas gezogen worden zu sein, und verliefen übrigens gemäß den ethnographischen Verhältnissen des bulgarischen Volkes.[2]) Wolle der Marquis von Salisbury auf seinem Vorschlag der Grenzziehung beharren, oder gestehe er der Konferenz die Diskussion auf der Grundlage der alten Grenzen nach Längengraden zu, die seinerzeit die europäischen Vertreter zogen?

Fürst von Bismarck erklärt, die Stellungnahme Rußlands bleibe selbstverständlich einer detaillierten Prüfung der Institutionen vorbehalten, die Bulgarien in dem Gebiet südlich des Balkangebirges erhalten müßte. Sollten sich die britischen Bevollmächtigten in der Lage sehen, schon jetzt weitere Erklärungen zur Regierungsform und den Einrichtungen abzugeben, die man diesem Teil Bulgariens anbieten und garantieren könnte, würden die russischen Bevollmächtigten vielleicht im Stande sein, sich über die Gesamtheit der englischen Vorschläge zu erklären.

Marquis von Salisbury befürchtet, eine derartige Stellungnahme müßte heute zu sehr ins Detail gehen. Er möchte daher seine Antwort zu diesem Punkt auf die nächste Sitzung vertagen.

Fürst von Bismarck meint übereinstimmend mit Lord Salisbury, es sei in der Tat besser, die Diskussion zu vertagen und äußert die Hoffnung, daß die an dieser Frage besonders interessierten Kabinette sich in der Zwischenzeit über den „status causae et controversiae"[3]) abstimmen können. Er glaubt, daß sie in vielen Punkten einer Meinung seien, vielleicht schon mehr, als sie selbst annähmen. Nach diesem vorläufigen Einvernehmen könnten die Vertreter dieser Kabinette dem Kongreß das Ergebnis ihres Gedankenaustausches über Südbulgarien und die Institutionen, die dort zweckmäßigerweise eingerichtet werden

---

[2]) Die verschiedenen Linien bei William L. Langer: European Alliances and Alignments, New York [3]1964, S. 154/5 eingezeichnet.

[3]) Über die Sachlage und den Stand der Kontroverse.

müßten, vorlegen: Sei keine völlige Übereinstimmung zu erzielen, so müßte der Kongreß durch Intervention befreundeter Mächte auf eine Übereinstimmung hinwirken.

Graf Andrássy erinnert an die große Bedeutung der Beratung, da sie zur Bildung lebensfähiger Staaten führen müßte. Er ist daher ebenfalls dafür, sie auf die nächste Sitzung zu vertagen und weist auf einen doppelten Aspekt in dieser Frage: Einerseits sei sie rein politisch und ließe sich so zusammenfassen: Kommt es zu einem tributpflichtigen autonomen Bulgarien mit einer christlichen Regierung? Soweit habe Österreich-Ungarn zu dieser Frage keine Einwände. Andererseits berühre die Grenzziehung Österreich-Ungarn in besonderem Maße, weil es darum gehe, die Situation Bulgariens gegenüber angrenzenden Ländern wie Serbien oder an seinen Westgrenzen festzulegen, die in die Interessenssphäre Österreich-Ungarns reichten. Auch wenn Österreich-Ungarn unter dem allgemeinen Gesichtspunkt des Friedens und der Stabilität nachdrücklich eine befriedigende Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten wünsche, so hätten die Grenzfragen doch für sein Land eine ganz besondere Bedeutung: Er hält es daher für nützlich, einen Delegierten Österreich-Ungarns zu den Sonderbesprechungen der englischen und russischen Bevollmächtigten hinzuzuziehen. Im übrigen zögere er nicht, dem englischen Antrag zum Grenzverlauf grundsätzlich zuzustimmen, behalte sich jedoch vor, speziellere Gesichtspunkte vorzutragen, von denen er hoffe, daß seine Kollegen sie aufnehmen werden. Er sei auch damit einverstanden, nach parlamentarischer Sitte mit einer Generaldiskussion zu beginnen, gefolgt von einer Spezialdiskussion.

Fürst v. Bismarck teilt die Ansicht des Grafen Andrássy zum Verfahren. Dafür empfehle sich, seiner Meinung nach, die Form einer 1. und 2. Lesung: Die erste diente als Grundsatzdebatte, in der zweiten sei es möglich, Details zu behandeln. Besondere vertrauliche Besprechungen zwischen Vertretern der unmittelbar beteiligten Mächte, — Besprechungen, die er empfehle, ohne sich für berechtigt zu halten, sie einzuberufen — hätten den großen Vorteil, so eine bessere Verständigung über Details und redaktionelle Fragen besser vorbereiten zu können. Hauptproblem für die Plenarsitzungen des Kongresses werde es sein, sich im Prinzip zu verständigen. Nach Vertiefung dieser Fragen sei in einer zweiten Lesung ein Wortlaut zu erstellen, der die Artikel des Vertrages von San Stefano ersetzen sollte.

Gemäß dem Verfahrensvorschlag des Präsidenten verständigen sich die Bevollmächtigten *Österreich-Ungarns*, *Großbritanniens* und *Rußlands* darüber, eine Bestandsaufnahme der Fragen, in denen sie schon übereinstimmen, vorzunehmen und so die Arbeit des Kongresses zu erleichtern. Sie werden ihren Kollegen die Ergebnisse ihrer Besprechungen mitteilen[4]).

Der *Präsident* setzt mit Zustimmung des Kongresses auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die auf Mittwoch, den 19. festgesetzt wird, 1. Zulassung der Vertreter Griechenlands, 2. den englischen Antrag zu Bulgarien, den et-

[4]) Zur Fortsetzung der Verfahrensdebatte vgl. Nr. 2, S. 191.

waigen Gegenantrag Rußlands und den etwaigen Vorschlag, auf den sich die Vertreter der drei geeinigt haben sollten.

Die Sitzung wird um halb fünf Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, St. Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Entwurf zum Protokoll der 2. Sitzung

Haus-, Hof-, und Staatsarchiv Wien, PA III 115, X Blatt, gez. Bucher

Le Prince de *Bismarck* demande la permission pour le Comte de Moüy de lire le protocole de la première séance.

Lecture du protocole. Le Comte Salisbury demande la parole. Prince Bismarck le prie dáttendre une minute encore. Regler les formalités du protocole; annoncer des pétitions.

Da kein Einwand gegen das Protokoll, wird dasselbe in das Archiv aufgenommen werden.

Auf den Vorschlag des Fürsten Bismarck und nach einer Erörterung, an welcher Salisbury, Andrássy, Waddington, Schuwalow sich beteiligen, wird für die fernere Verhandlung der Protokolle Folgendes beliebt. Das von dem Sekretariat ausgearbeitete Protokoll wird bei den Mitgliedern des Kongresses im Entwurf gedruckt verteilt, damit I.I.E.E. ihre etwaigen Bemerkungen dazu machen. Die letzten werden durch Verlesung in der nächsten Sitzung zur Kenntnis der übrigen Mitglieder gebracht. Solange das erste Project nicht angefochten ist, hat dasselbe fidem. Dasselbe wird nach den etwaigen Bemerkungen vervollständigt und zur Unterschrift vorgelegt, es sei denn, daß von einer Seite die Verlesung des ganzen Protokolls in der Sitzung verlangt wird. Die Herstellung und der Druck sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden, um, wie Gf. Schuwaloff bemerkt, den Mitgliedern die Berichterstattung an ihre Regierungen zu erleichtern und wie der Fürst Gortschakoff hinzusetzt, das Friedenswerk bald zu Stande zu bringen.

Fürst Bismarck theilt mit, daß viele Eingaben theils an den Congreß, theils an ihn gerichtet, vorliegen, deren Mehrzahl nicht ernst zu nehmen sei.

Dieselben seien in dem Bureau deponirt, und er habe in eine gedruckte Liste bisher nur 5 derselben aufnehmen lassen.

J'adhérais au principe que nous ne discuterons que ce qui sera proposé par un membre du Congrès.

Graf Salisbury verliest einen motivirten Antrag, das Königreich Griechenland zu dem Congreß oder wenigstens zu den Sitzungen zuzulassen, in welchen Interessen der Griechen berathen werden.

Fürst Bismarck bezweifelt nicht, daß der Antrag allgemein Sympathie finden würde, sowohl an sich wegen der Seite, von welcher er ausgeht, findet aber, daß der Inhalt des Antrags die Richtigkeit des Princips beweise, nichts zu discutiren

als was schon vor der Sitzung formulirt vorgelegen habe. Er schlägt daher vor, jetzt nicht auf die Erörterung einzugehen, sondern den Antrag zunächst drucken und verteilen zu lassen, um ihn in der nächsten Sitzung zu berathen.

Fürst Gortschakoff will auf die Frage selbst nicht eingehen, welche er im Sinne des Fürsten Bismarck behandelt zu sehen wünscht, sondern nur bemerken, daß Rußland nicht die Slawen, sondern die Christen vertritt und daß er in diesem Sinne dem Antrage Lord Salisbury beitrete; Rußland wünsche für alle Christen une compléte autonomie et un rapprochement des deux races. En Réligion aucune différence. Die Trennung der Bulgaren von dem Patriarchen in Constantinopel habe nur darin ihren Grund gehabt, daß sie die griechische Liturgie nicht verstünden.

Desprez verliest einen Antrag, betreffend eine Aufforderung an die griechische Regierung.

Fürst Bismarck macht dazu denselben Vorschlag wie in betreffs des Salisburyschen Antrages, nämlich Druck und Verteilung. Behufs Discussion in nächster Sitzung. Derselbe wird angenommen. Fragt sodann, ob sonst Mittheilungen in Betreff dieses Gegenstandes zu machen seien.

Karatheodory beginnt eine Mittheilung, wird aber von dem Fürsten unterbrochen mit der Bitte, was er zu sagen habe, zu formulieren, behufs der Einrückung in das Protokoll.

Fürst Bismarck fährt fort: Auf unserer Tagesordnung steht Bulgarien, enthalten in den Artikeln 6-11 vielleicht 12 des Vertrages von San Stefano. Er werde Artikel 6 vorlesen und bitte ihn zu unterbrechen, wenn Bemerkungen zu machen.

Liest: Alinea 1:1, La Bulgarie est constituée en principauté autonome, tributaire avec un gouvernement chrétien et une milice nationale.

Man könne entweder dieses Alinea bestehen lassen und die Frage des Umfangs des Fürstentums bei Alinea 4 erörtern oder die Grenzen gleich jetzt discutiren. Welche der beiden Methoden dem Congresse genehm sei? Der Text des englischen Antrages wird einzufügen sein.

Lord Salisbury hat bevor Al. 3 an die Reihe kommt, die Bemerkung zu machen, daß England das Fürstenthum Bulgarien auf das Gebiet nördlich des Balkan beschränken und den Theil der europäischen Türkei südlich des Balkan sous l'autorité directe et militaire du Sultan erhalten wolle, soit par une autonomie administrative ou d'une autre manière.

Fürst Bismarck fragt, ob die Russen etwas dazu zu sagen haben.

Graf Schuwaloff veut répondre d'une manière générale. D' abord: un mot du Cte. Salisbury lui, étant Russe, a fait une triste impression cést-à-dire „le resultat de la querre non entièrement effacé." Dies genügt uns nicht, die wir Ströme von Blut vergossen haben. Giebt es nicht noch eine andere Kombination als die von Lord Salisbury bezeichnete? Der Sinn seines Vorschlages ist, daß England zu den Grenzen Bulgariens gemäß dem Vertrage von San Stefano nicht seine Einwilligung geben kann. Aber zwischen den Grenzen dieses Vertrages und dem Vorschlage Lord Salisburys liegen die von der Konferenz in Constantinopel bezeichneten Grenzen. Glaubt Lord Salisbury auf die Discussion der Grenzen der Konferenz eingehen zu können?

Fürst Bismarck ersucht den Gr. Moüy, die Vorschläge des ggf. Salisbury nochmals zu verlesen, was geschieht, und fährt fort: L'appréciation de la part de la Russie sera sans doute subordonnée à la connaissance des institutions à introduire dans la partie de la Bulgarie au midi des Balcans jusqu'aux limites tracées par la conférence de Constantinople.

Können die Englischen Bevollmächtigten die Details dessen geben, was sie für Südbulgarien vorschlagen, so würden die Russischen vielleicht im Stande sein, sich über die Gesamtheit der englischen Vorschläge zu erklären. Er fragt die Englischen Bevollmächtigten: Etes-vous en état de préciser ce que Vous demandez pour le Sud du Balcan?

Lord Salisbury: das würde weitläufig sein; will lieber in der nächsten Sitzung antworten.

Fürst Bismarck: J'ai fait la question parce qu'il est naturel que l'attitude de la Russie vis-à-vis de la Bulgarie du Nord est dépendante éminemment de la question: que deviendra le reste? J'adresse la prière et à la Grande-Bretagne et à la Russie de se mettre dáccord sur ce que les jurisconsultes appeleraient un status causae et controversiae. Je les crois d'accord beaucoup de points et peut-être au delà de ce qu'ils croient eux-mêmes. Si l'accord ne'sera pas obtenu sur quelques points, il reste aux Puissances amies d'offrir leur intervention.

Graf Andrassy spricht über Artikel 6 Al.1; bittet die Grenzfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu sezten; dieselbe berühre andere Gebiete z.B. Serbien. Er ist dafür, diese Frage von den übrigen, d.h. von der militärischen und politischen Autonomie zu trennen und glaubt daher mit der Auffassung des Fürsten Bismarck zusammenzutreffen. Er würde wünschen in der heutigen Sitzung zu erfahren, ob die Bevollmächtigten die Balkanlinie annähmen.

Fürst Bismarck knüpft daran an, daß der Graf Andrassy die Berathung analog der parlamentarischen Sitte einer General- und einer Spezial-Discussion einzurichten wünsche. Seine, des Fürsten Idee entspräche mehr demselben Gedanken unter der Form einer ersten und zweiten Lesung. Nous devons nous réserver à une seconde lecture. Wir können nicht anfangen mit Anträgen, welche in ihrer Redaktion die komplicirten Details weder in dieser Frage noch in anderen erschöpfen, sondern ich empfehle die Details vorgängigen Besprechungen der unmittelbar beteiligten Mächte, Besprechungen, welche ich eben nur empfehlen aber nicht dirigiren kann. Ich denke mir, daß wir uns im plenum über die verschiedenen Materien des Vertrages im Prinzip verständigen, die Verständigung über die Details durch besondere Besprechungen der unmittelbar Betheiligten vorzubereiten und dann in einer zweiten Lesung recommencer la rédaction détaillée du Traité qui serait commun à l'Europe. Si nous voulions procéder autrement finir article par article tout d'un trait nous ne saurions quitter la question de la Bulgarie qu'après en avoir la rédaction définitive definie. D'après l'expérience des assemblées parlementaires je protège le systéme de deux lectures.

Graf Andrássy einverstanden; will die gewünschten Veränderungen des Artikel 6 nicht sofort formulieren.

Fürst Bismarck macht die Anwendung des von ihm empfohlenen Systems

zweier Lesungen auf die vorliegende Frage. Angenommen Rußland willige in die engere Begrenzung Bulgariens unter der Bedingung, daß der Rest un régime garanti par les Puissances erhalte und vorausgesetzt, wir wären der totalité ou presque totalité des Articles in ähnlicher Weise sicher, so würden wir die detaillierte finale Redaction beginnen. Aber die Bearbeitung der Details, die Vorarbeit für die Schlußredaction, könne nicht im Congreß, sondern müsse zu Hause gemacht werden. Je reviens à la proposition de mettre à l'ordre de la séance prochaine

1, l'admission de la Grèce;

2, la Proposition de la Grande-Bretagne quant à la Bulgarie; la contreproposition de la Russie et peut-être le projet sur lequel ils se seront concertés.

Je propose der fixer la prochaine séance au mercredi à deux heures.

Graf Schuwaloff.

Ich stehe ganz zur Verfügung Lord Salisburys; wenn es ihm so recht ist für morgen.

Lord Salisbury bedauert, daß sich die Vorstellung verbreitet, die Frage gehe nur England und Rußland an.

Fürst Bismarck, préférais toujours que toute opposition qui peut se faire sentir, soit applanie plutôt en particulier qu'au plenum. Certainement l'Autriche comme limitrophe appartient aux Puissances spécialement intéressées, mais il n'appartient ni à moi ni au Congrès de dire en quel nombre et dans quel but et sur quelles questions les représentants des Puissances voudraient s'aboucher en dehors de nos séances. Pour moi, pour le Congrés il s'agit de savoir si la Russie et la Grande-Brétagne se mettent d'accord quant à la Bulgarie sans faire naître l'opposition de l'Autriche. C'est aux représentants de ces Puissances de juger si les entrevues à deux ou à trois seront plus aptes pour les mettre d'accord entre elles.

Graf Andrassy wünscht auch, daß das expediteste Verfahren eingeschlagen wird.

Fürst Bismarck wiederholt, daß er keine Vorschriften machen, nur das, was er für nützlich halte, empfehlen könne.

Graf Schuwaloff. Je m'en réjouis que le Comte Salisbury ait proposé la partie; et si l'Autriche veut prendre part, ce n'est pas à moi de m'opposer.

Graf Corti macht darauf aufmerksam, daß es sich in dem Vorschlage des Vorsitzenden nicht um die Subcommissionen handle, die frühere Congresse für die Bearbeitung von Detailfragen eingesetzt hätten und den gegenwärtigen einzusetzen vielleicht auch in die Lage kommen werde.

Fürst Bismarck. Oui ce n'est pas le congrès qui invitera les 2 ou 3 mais il n'exprime que l'espoir que des pourparlers confidentiels le mettront en état d'abriger, les travaux.

Auf die Frage des Lord Salisbury, wann dem Grafen Andrássy die Besprechung recht sei, verständigen die russischen, englischen, österreichischen Bevollmächtigten sich auf morgen im Congreßlokal.

Fürst Bismarck. Prochaine séance du Congrès Mercredi à deux heures. La séance est levée. gez. Bucher.

Protokoll Nr. 3
Sitzung vom 19. Juni 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr v. Bülow, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst;

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle;

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf von Saint Vallier, Herr Desprez;

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell;

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf von Launay;

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril;

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird angenommen.

Der *Präsident* erinnert seine Kollegen daran, daß ihnen eine Liste mit neuen Eingaben zugegangen ist. Eine Eingabe politischen Charakters, aber Unterschrift sei nicht in die Liste aufgenommen. Grundsätzlich werde keine anonyme Mitteilung dieser Art in die an die Mitglieder des Kongresses ausgegebene Liste aufgenommen, bliebe aber selbstverständlich im Büro des Sekretariats zu ihrer Verfügung[1]).

Fürst v. Bismarck macht sodann folgende Ausführungen:

„Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen:

1. Die Frage der Zulassung der Vertreter Griechenlands,
2. der englische Antrag zu Bulgarien, der etwaige Gegenantrag Rußlands

[1]) Dazu Notizen Bismarcks aus dem Bismarck-Archiv, Friedrichsruh, Bestand A: Kanzler, Nr. 15. Berliner Kongreß:
„Prés(ident): en fait de pétitions 2 peut-être ne m'ont pas paru dignes, en passant à l'ordre du jour, je me permets de faire la communication qui suit. L'ordre du jour est: — lit."
(Von den Petitionen können vielleicht zwei die Aufmerksamkeit des Kongresses auf sich ziehen, die anderen erscheinen mir nicht [erwähnens]wert; zur Tagesordnung übergehend erlaube ich mir folgende Erklärung abzugeben. Die Tagesordnung lautet: — liest).

und der etwaige Vorschlag, auf den sich die Vertreter der drei Mächte verständigt haben sollten.

Da die Gespräche zwischen den an Bulgarien unmittelbar beteiligten Mächten weitergehen und Fortschritte zu einer Einigung sich abzeichnen, die die Arbeit des Kongresses in dieser Frage erleichtern könnten, schlage ich mit Rücksicht darauf, daß das Ergebnis heute noch nicht vorliegt, vor, die Diskussion zum zweiten Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen."

Nachdem der Kongreß dieser Auffassung zugestimmt hat, fährt der *Präsident* fort, daher stehe auf der Tagesordnung nur die Frage der Zulassung der Vertreter Griechenlands. Mit Zustimmung der Hohen Versammlung kündigt er an, daß der Kongreß am Freitag zur Diskussion der bulgarischen Frage zusammentreten werde.

S.D. erinnert daran, daß zur Frage der Zulassung Griechenlands seit der letzten Sitzung zwei Anträge vorliegen — einer von Lord Salisbury, der andere von Herrn Desprez. Er fügt hinzu, daß sich Deutschland dem zweiten anschließe. Er bittet seine Kollegen, den einen oder anderen, sowie jeden weiteren Antrag, der zum gleichen Thema kommen sollte, ausführlich zu diskutieren. Er würde den Kongreß später, nach dem Beschluß über die Zulassung der griechischen Vertreter, bitten, das Datum der Sitzung festzusetzen, zu der sie eingeladen werden sollten.

Caratheodory Pascha verliest folgende Erklärung[2]):

„Im Zusammenhang mit dem Vorschlag, Griechenland jeweils im Bedarfsfall zum Kongreß zuzulassen, wenn es darum geht, gewisse Sonderprobleme zu diskutieren, wurden Gründe angeführt und Gedanken ausgetauscht, die eine Erklärung der ottomanischen Bevollmächtigten erforderlich machen:

Von unterschiedlichen Standpunkten aus scheinen einige Bevollmächtigte die jeweilige Lage der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Osmanischen Reiches in einer sehr ausschließlichen Art und Weise zu betrachten.

Die Ottomanischen Bevollmächtigten halten es für ihre Pflicht zu erklären, daß sie auf dem Kongreß den Staat selbst repräsentieren, der die Gesamtheit aller Elemente umfaßt, wer sie auch immer seien, welche Ursachen und welchen Zeitpunkt man auch immer für die Konflikte, auf die angespielt wurde, nennen wolle.

Eine Begünstigung und ein ausschließliches Interesse, das sich nur auf eine Sondergruppe bezieht, von welcher Seite es auch komme und in welcher Form es sich auch darstelle, könne dort nur schaden, wo eine mächtige Solidarität der Interessen alle diese verschiedenen Teile untereinander unbestreitbar verbindet, um ein großes Ganzes zu bilden. Die von großen Gesichtspunkten getragene Betrachtungsweise, die die Bevollmächtigten der großen Signatarmächte der

---

[2]) Vor der Erklärung Caratheodory Paschas muß sich der Eklat zwischen Bismarck und Gortschakow über den Anspruch Gortschakows abgespielt haben, vor dem türkischen Bevollmächtigten zu sprechen, obwohl sich Caratheodory Pascha zuerst gemeldet hatte; vgl. Caratheodory Pascha: Le Rapport Secret, S. 118f.; vgl. auch oben S. XXX.

Verträge von 1856 und 1871, die diesen Kongreß bilden, auszeichnet und der Geist unbestreitbarer Gerechtigkeitsliebe, der sie beseelt, berechtigen daher die ottomanischen Bevollmächtigten zur Annahme, daß, sollte Griechenland angehört werden, der Kongreß zu verhindern wissen wird, daß Anträge in dieser Sache zu ernsthaften Schwierigkeiten führen könnten."

Fürst Gortschakow bemerkt einleitend, er komme einem Wunsch des Kongresses nach, wenn er seine Stellungnahmen schriftlich abgebe, und verliest folgende Erklärung:

„Marquis von Salisbury hat den begründeten Antrag gestellt, Griechenland zum Kongreß zuzulassen oder zumindest an den Sitzungen teilnehmen zu lassen, in denen Fragen verhandelt werden, die Interessen des griechischen Volkes berühren.

Die russischen Bevollmächtigten glauben ihrerseits, in einer gleichermaßen begründeten Erklärung den Standpunkt ihrer Regierung zu diesem Problem darlegen zu müssen:

1. Rußland hat in der Türkei immer die Interessen der Christenheit, ohne Rücksichtnahme auf Volkszugehörigkeit, im Auge gehabt. Seine ganze Geschichte hat das zur Genüge bewiesen. Es ist durch ein starkes Band mit dem griechischen Volk verbunden, es erhielt von der Kirche des Ostens die Religion Christi[3]). Wenn Rußland im jüngsten Krieg besonders die Verteidigung der Bulgaren in die Hand nehmen mußte, so deshalb, weil Bulgarien durch die Umstände Hauptursache und Schauplatz des Krieges wurde. Aber Rußland hatte stets die Absicht, Vorteile, die es für Bulgarien erreichen könnte, möglichst auch auf die griechischen Provinzen auszudehnen. Es stellt — wie aus den Anträgen der Bevollmächtigten von Großbritannien und Frankreich hervorgeht — mit Genugtuung fest, daß Europa seine Betrachtungsweise teilt, und weiß die Unterstützung zu schätzen, die die Mächte der Bevölkerung griechischer Abkunft bezeugen, zumal es überzeugt ist, daß sich diese Unterstützung gleichermaßen auch auf die Bevölkerung bulgarischer Abstammung erstrecken wird. Die kaiserlich russische Regierung wird sich daher gern jedem Vorschlag anschließen, der dem Kongreß zugunsten des Epirus, Thessaliens und Kretas vorgelegt werden wird, in welchem Umfang auch immer die Mächte diesen Gebieten Vorteile einräumen wollen.

2. Die kaiserlich russische Regierung sieht keine begründete Ursache für den erwähnten Antagonismus der Völker, der seinen Ursprung nicht in religiösen Meinungsverschiedenheiten hätte. Alle Nationalitäten, die der Kirche des Ostens angehören, haben nach und nach das Recht auf eine autokephale Kirche in Anspruch genommen, also auf eine unabhängige kirchliche Hierarchie, auf ihre Nationalsprache in Kult und Schulen. Das war der Fall für Rußland, Rumänien, Serbien und sogar für das Königreich Griechenland. Darüber kam es noch nicht zum Bruch in den Beziehungen dieser unabhängigen Kirchen zum Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel oder zu Spannungen zwischen den Völkern. Die Bulgaren verlangen nichts anderes und haben dazu absolut das gleiche Recht. Die Ursache für die Meinungsverschiedenheiten und vorübergehenden Auseinan-

[3]) 989 von Byzanz.

dersetzungen ist daher in besonderen Einflüssen oder Einwirkungen zu suchen, die weder den wahren Interessen der Völker, noch der Beruhigung des Ostens oder dem Frieden in Europa dienen, die daher auch nicht unterstützt werden sollten.

3. Die territoriale Begrenzung der verschiedenen Nachbarvölker des griechischen Volkes, dessen Interessen gewahrt werden sollen, läßt sich am rationalsten und praktischsten auf dem Boden der Gleichberechtigung nur durch Mehrheitsentscheidungen der Bevölkerung ermitteln.

Das ergibt sich aus dem Zusammenhang der Abmachungen der Konstantinopeler Konferenz, und das sieht auch schon der Vertrag von San Stefano vor. Territoriale Verschiebungen außerhalb des Prinzips der Bevölkerungsmehrheit lassen sich nicht durch ethnische Erwägungen, sondern nur durch besondere Gesichtspunkte politischer, geographischer oder kommerzieller Art begründen. Rußland verfolgt in diesen Gebieten keine materiellen Interessen und kann die verschiedenen Vorschläge nur vom Standpunkt der Billigkeit und gütlichen Einigung bewerten, dem es im Interesse der Festigung der europäischen Einheit und des allgemeinen Friedens immer zuneigt.

Aus diesen Erwägungen glauben die russischen Bevollmächtigten ihre Zustimmung zum Antrag des französischen Bevollmächtigten formulieren zu müssen, d.h., die Regierung Seiner Griechischen Majestät aufzufordern, einen Vertreter zu benennen, dem es gestattet wird, die Ansichten Griechenlands darzulegen, wenn es gilt, über das Schicksal der an das Königreich grenzenden Provinzen zu entscheiden und der immer zum Kongreß zugelassen werden kann, wenn es die Bevollmächtigten für angebracht halten. Sie dehnen diese Vorschläge in gleicher Weise auch auf Kreta aus."

Lord Salisbury bezieht sich auf den vom Präsidenten angesprochenen Diskussionspunkt und schlägt vor, in der Vorlage der französischen Bevollmächtigten die Worte „griechische Provinzen" durch „an das Königreich Griechenland angrenzende Provinzen" zu ersetzen. Bei Annahme dieser Änderung, die dem Text größere Deutlichkeit verleihe, schließe er sich dem so modifizierten französischen Antrag gern an, sollte er die Mehrheit der Mächte finden.

Herr *Desprez* fürchtet, der Änderungsvorschlag des britischen Bevollmächtigten mache den Antrag der französischen Bevollmächtigten nur unklarer.

Der *Präsident* stellt fest, daß der Kongreß vor einer formalen bzw. redaktionellen Frage steht, zu der eine Mehrheitsentscheidung zulässig sei, unter Aufnahme des Einspruchs einer Minderheit im Protokoll. Er schlägt vor, den parlamentarischen Brauch umzukehren und, falls der Kongreß zustimmt, zuerst über den französischen Antrag abzustimmen, erst danach über den Änderungsantrag Lord Salisburys. Das Ergebnis der ersten Abstimmung gelte als vorläufig, d.h. der französische Antrag müsse entsprechend dem englischen Zusatzantrag geändert werden, sollte dieser auch angenommen werden. Sollte er jedoch abgelehnt werden, wäre die Abstimmung zum französischen Antrag endgültig.

Graf Andrássy möchte das Problem nicht weiter vertiefen: er meint, er habe nur über die Zulassung als solche abzustimmen: er spricht sich daher für den französischen Antrag aus, behält sich jedoch vor, sich zum Änderungsantrag Lord Salisburys noch zu äußern.

Die *Bevollmächtigten Frankreichs und Englands* stimmen für den vorliegenden Antrag.

Graf Corti stimmt ihm gleichfalls zu, zumal der zweite Teil der Vorlage ihm grundsätzlich den Gedanken zu enthalten scheint, den der englische Änderungsantrag ausdrückt.

Die *russischen Bevollmächtigten* stimmen ebenfalls für den französischen Antrag.

Caratheodory Pascha bedauert, im vorliegenden Antrag den Worten „das Schicksal der Provinzen usw." zu begegnen. Unter diesen Bedingungen könne er für seine Regierung sich nur der Stimme enthalten.

Der *Präsident* besteht auf einem eindeutigen Votum der Ottomanischen Bevollmächtigten. Daraufhin erklären *Caratheodory Pascha* und *Mehemed Ali Pascha*, sie seien nicht grundsätzlich dagegen, daß ein Vertreter Griechenlands gehört werde, vorausgesetzt, daß dieser nur beratende Stimme erhielte.

Fürst v. Bismarck läßt sodann ein zweites Mal über den Änderungsantrag Lord Salisburys abstimmen, d.h. über die Frage, ob die Worte „angrenzende Provinzen" durch „griechische Provinzen" zu ersetzen seien.

Auf Anfrage des *Grafen Andrássy*, welcher Unterschied in den Augen der englischen Bevollmächtigten zwischen beiden Formulierungen bestehe, erwidert *Marquis von Salisbury*, es gebe griechische Provinzen, die nicht an das Königreich Griechenland grenzen, von denen England aber wünsche, daß sich der Kongreß ebenfalls mit ihnen befasse. Im französischen Antrag seien nur Epirus und Thessalien genannt. Sein Änderungsantrag erlaube jedoch auch, die Provinzen Mazedonien, Thrakien und Kreta in die Verhandlungen einzubeziehen, an denen Vertreter Griechenlands teilnehmen würden.

Graf Andrássy stimmt nach dieser Erläuterung, getreu seinem Grundsatz, möglichst dauerhafte Ergebnisse zu erzielen zu, für den Änderungsantrag Lord Salisburys, mit dem Ziel, die Meinungsäußerung der griechischen Vertreter nicht zu beschränken.

Die *Bevollmächtigten Frankreichs* bleiben bei dem Votum für ihren unveränderten Antrag.

Die *Bevollmächtigten Großbritanniens* stimmen für die Abänderung.

Graf Corti schließt sich dem englischen Antrag an, da er den Verhandlungen mehr Spielraum gewähre.

Graf Launay ergänzt, dem Kongreß stehe ohnehin stets frei zu prüfen, inwieweit er die Ausführungen der griechischen Vertreter annehmen könne.

Da der *Präsident* die Bevollmächtigten Rußlands um ihre Stellungnahme gebeten hat, bittet *Fürst Gortschakow* die französischen Bevollmächtigten, die Gründe darzulegen, weshalb sie an ihrem Antrag festhalten.

Herr *Waddington* sieht keinen großen Unterschied zwischen den Anträgen des Herrn Desprez und Lord Salisburys. Ein Unterschied sei jedoch zu machen:

Die französischen Bevollmächtigten gingen davon aus, daß, wenn auch die griechische Regierung eingeladen werde, einen Vertreter zu benennen, es notwendig sei, den Bereich seiner Meinungsäußerungen einzugrenzen. Herr Waddington ist zwar auch dafür, einen griechischen Vertreter aufzufordern, seine Meinung zu den Vorgängen an den Grenzen des Königreiches darzulegen. Aber er würde sich dazu weniger verstehen können, die Zuständigkeit des Athener Kabinetts auf Gegenden mit gemischter Bevölkerung auszudehnen. Er habe Sorge davor, den Spielraum für die griechische Regierung zu stark auszuweiten. Da aber der zweite Absatz der Vorlage dem Kongreß alle Bewegungsfreiheit in dieser Hinsicht vorbehalte, so bleibe die Hohe Versammlung doch in letzter Instanz Herr über die Verhandlungen, in denen sie die Zulassung der griechischen Vertreter für angebracht hält.

Fürst Gortschakow stimmt nach diesen Ausführungen für Beibehaltung des französischen Antrags.

Caratheodory Pascha glaubt zu verstehen, daß in den Vorstellungen der Hohen Versammlung die Zulassung eines griechischen Vertreters vor allem eine Frage der Zweckmäßigkeit sei: aber auch wenn er anerkenne, daß dieser Vertreter gehört werden könne, wenn sich der Kongreß mit der Verbesserung der Lage in diesen Provinzen beschäftige, so bitte er und mit ihm Mehemed Ali Pascha, trotzdem noch einmal um Aufklärung über den Sinn des französischen Antrags, in dem von ,,angrenzenden Provinzen" die Rede ist[4]).

Herr *Waddington* erwidert, daß man heute diese Schwierigkeit nicht vertieft diskutiere, sondern lediglich eine Vorfrage; er möchte hinzufügen, die Begründung Motive des französischen Antrags gebe schon die Tragweite klar zu erkennen: 1.) Hält es der Kongreß für gerecht, daß Griechenland seine Wünsche zu Fragen, die seine Grenzen betreffen können, vorbringt? 2.) Hält es der Kongreß für nützlich, zu verschiedenen Punkten Erläuterungen des Athener Kabinetts zu erhalten?

Fürst v. Bismarck meint, in Wirklichkeit werde der praktische Unterschied zwischen beiden Ansichten vor allem deutlich, wenn es um den Zeitpunkt gehe, zu dem die griechischen Vertreter gehört werden sollen. Das werde daher, seiner Meinung nach, die entscheidende Abstimmung. Gegenwärtig gehe es nur darum, allgemein zu erfahren, ob sie überhaupt zugelassen werden sollen. In diesem

---

[4]) Dazu Bismarck-Notizen: ,,Carath(éodory:) ,,La discusion n'a été pas claire pour nous, on avait parlé d'un antagonisme de race, qui existait en cert(aine) partie de la Turquie[;] il serait préférable de se remettre au congrés si c'est opportun: quand il s'agit de l'appeler de la popu(ation) les provinces, auxquelles la Grèce est intéressée - je ne trouve pas de différence.

Prés(ident): vous devez opter entre les 2 rédactions.

Mechmed veut avoir explication de la phrase."

(Die Diskussion ist für uns nicht klar geworden, es war die Rede von einem Rassengegensatz in gewissen Teilen der Türkei; es wäre vorzuziehen, gegebenenfalls im Kongreß zu vertagen; wenn es nur darum geht, die Bevölkerung als die Provinzen zu bezeichnen, an denen Griechenland interessiert ist, so sehen wir keinen Unterschied.

Prä[sident]: Sie müssen sich für einen der beiden Anträge entscheiden.

Mehem[ed] wünscht Erläuterung des Satzes).

Zusammenhang frage er nochmals, ob die Ottomanischen Bevollmächtigten für die französische oder englische Fassung stimmen.

Die *ottomanischen Bevollmächtigten* erklären, sich der Stimme zu enthalten.

Fürst v. Bismarck, als deutscher Bevollmächtigter, stimmt für den französischen Antrag.

S.D. stellt anschließend Stimmengleichheit fest. Der englische Änderungsantrag habe somit keine Mehrheit gefunden, und das Ergebnis der ersten Abstimmung, die sich die französische Fassung zu eigen mache, sei daher endgültig.

Der *Präsident* fragt, ob der Kongreß heute oder auf einer nächsten Sitzung beschließen wolle, zu welcher Sitzung der griechische Vertreter zugelassen werde.

Auf Vorschlag des Grafen Corti erklärt der *Präsident*, daß die Einladung nur auf Antrag eines der Kongreßmitglieder erfolgen dürfe, wenn sie in der vorangegangenen Sitzung ausgesprochen und durch Abstimmung der Hohen Versammlung angenommen worden sei.

Herr *Waddington* möchte lieber bis zur Erledigung der bulgarischen Frage warten, möchte jedenfalls heute noch keine Festlegung.

Graf Andrássy hält es in der Tat auch nicht für nötig, den Termin schon jetzt festzulegen.

Herr *Desprez* verweist darauf, im Antrag seien zwei Voraussetzungen enthalten: Vorgespäche über die angrenzenden Provinzen, bei denen, nach dem französischen Antrag, der Kongreß die Anwesenheit des griechischen Vertreters vom Kongreß für notwendig erachtet, und die anderen Verhandlungen, bei denen sich die Hohe Versammlung das Recht vorbehält, diesen Vertreter bei Bedarf hinzuziehen.

Fürst v. Bismarck erinnert daran, soweit er wisse, werde der griechische Bevollmächtigte nur zu Sitzungen eingeladen, in denen der Kongreß ihn anzuhören wünscht, und stellt fest, daß in diesem Augenblick kein Mitglied der Versammlung einen solchen Antrag stellt. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge, da es Grund zur Hoffnung auf Annäherung der Standpunkte Bulgarien gebe, sei es besser, kein neues Element einzuführen, das eine Verständigung erschweren könnte. Seiner Ansicht nach sollte der Kongreß zu dieser Frage heute noch kein Votum abgeben und seine Auffassung bis zur Diskussion der Verfassung für Südbulgarien zurückstellen. Die Tagesordnung sei somit erledigt.

Graf Schuwalow gibt der Hoffnung Ausdruck, daß seine Kollegen aus Österreich-Ungarn, Großbritannien und Rußland bereit sein werden, Bulgarien in der nächsten Sitzung, die zuvor auf Freitag, den 21., anberaumt worden ist, zu diskutieren und schlägt vor, wegen des Meinungsaustauschs zwischen den Regierungen die Sitzung auf Samstag zu verschieben. Der *Präsident* holt die Meinung des Kongresses ein und akzeptiert den Zeitpunkt Samstag, den 22., behält sich aber vor, die Versammlung schon, wenn nötig, für Freitag einzuberufen.

Die Sitzung wird um 4 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 4
Sitzung vom 22. Juni 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst von Bismarck, Herr von Bülow, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet, das Protokoll der vergangenen Sitzung angenommen.

Herr *d'Oubril* übermittelt für den *Fürsten Gortschakow* dessen Bedauern, mit Rücksicht auf seine Gesundheit an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen zu können.

In seiner Antwort bedauert der *Präsident* für den Kongreß die Abwesenheit des Fürsten Gortschakow und wünscht dem Ersten russischen Bevollmächtigten baldige Genesung.

Der *Präsident* verliest sodann die Liste der seit der letzen Sitzung an den Kongreß gerichteten Eingaben und gibt die Tagesordnung bekannt — Bulgarien an Hand der in Artikel VI des Vertrages von San Stefano behandelten Fragen

sowie der englische Antrag laut Kongreßprotokoll Nr. 2[1]). Er bittet die Vertreter der Mächte, die sich in getrennten Gesprächen um eine Verständigung bemüht haben, um Bekanntgabe ihrer Ergebnisse.

Lord Salisbury verliest als Fortentwicklung der [ursprünglichen] englischen Vorschläge folgende Vorlage und bittet die Hohe Versammlung um Zustimmung:

„Zustimmung zum Balkangebirge als Grenze für das Fürstentum Bulgarien; die Provinz im Süden des Balkans erhält den Namen 'Ost-Rumelien'.

Die Eingliederung des Sandjak von Sofia mit strategischen Grenzberichtigungen für das Fürstentum wird gebilligt, entweder im Tausch gegen den Verbleib von Warna bei der Türkei oder gegen Herausnahme der Becken von Mesta und Struma aus Ost-Rumelien. Ost-Rumelien wird der direkten politischen und militärischen Autorität des Sultans unterstellt, der sie unter folgenden Bedingungen ausübt:

Er soll das Recht haben, für die Verteidigung der Land- und Seegrenzen der Provinz Sorge zu tragen, sowie daselbst Truppen zu unterhalten und Befestigungen anzulegen.

Die innere Ordnung wird durch die Miliz aufrechterhalten, deren Offiziere der Sultan ernennt, der der Religion der Bevölkerung Rechnung trägt[2]).

Der Generalgouverneur soll das Recht haben, die ottomanischen Truppen herbeizurufen in denjenigen Fällen, in welchen die innere oder äußere Sicherheit bedroht sein sollte[3]).

Die Westgrenze ist noch genau festzulegen. Von der Stelle an, wo die Westgrenze die Südgrenze der Konstantinopler Konferenz schneidet, folgt die Südgrenze Ost-Rumeliens dem Verlauf jener ersten bis zum Berg Kruschowa, dann der Linie von San Stefano bis kurz vor Mustafa Pascha. Von diesem Punkt aus verläuft eine natürliche Grenze bis zum Schwarzen Meer, zu einer Stelle, die zwischen Sizéboli und Agathopoli festzulegen ist. Die Grenzlinie wird von einer europäischen Kommission gezogen, mit Ausnahme der zwei Stellen, die das Schwarze Meer berühren und noch nicht genau festgelegt sind[5])".

Auf Anfrage des *Präsidenten* an die russischen Bevollmächtigten, ob sie mit den von Lord Salisbury zusammengefaßten Grundideen einverstanden seien, teilt *Graf Schuwalow* mit, die russischen Bevollmächtigten hätten zwei Zusatzanträge gestellt, die ihrer Ansicht nach von den britischen Vorschlägen zur Änderung des Vertrages von San Stefano grundsätzlich nicht abwichen, jedoch trotz ihrer Mäßigung auf den Widerstand ihrer englischen Kollegen gestoßen seien. Auf die Gespräche der letzten Tage insgesamt zurückkommend, stellt S.E. fest, die russischen Bevollmächtigten hätten die Teilung Bulgariens durch die Balkanlinie trotz schwerer Bedenken, die diese schädliche Teilung unter vielen Gesichtspunkten hervorrufe, angenommen — den Austausch des Namens Ost-Rumelien gegen Süd-Bulgarien, obgleich sie sich zu letztem Punkt, den sie nur mit Bedauern

---

[1]) Vgl. oben S. 185f.
[2]) Vgl. Art. 15, Abs. 1 und 2 des Berliner Vertrags.
[3]) Vgl. Art. 16, 1. Satz des Berliner Vertrags.
[5]) Die genauere Grenze in Art. 14 des Berliner Vertrags.

zugestanden hätten, die Möglichkeit einer abschließenden Diskussion im Kongreß vorbehalten hätten; das Festhalten am Wort Bulgarien gelte wie ein Banner, wie ein Halt für gefährliche Bestrebungen. Nur unter Schmerzen hätten die russischen Delegierten einen Teil der Bevölkerung sozusagen des Namens beraubt, der zu ihnen gehört. Sie haben ebenfalls zugestimmt, die Grenzen der neuen Provinz vom Ägäischen Meer fernzuhalten. Man hat befürchtet, daß Bulgarien eine neue Seemacht werden könnte. Diese Befürchtungen erschienen ihnen illusorisch, aber sie haben trotzdem dieser Änderung der Grenzen zugestimmt. Sie haben weiterhin an der Westgrenze Bulgariens eine Begradigung hingenommen, die sie als Verstümmelung empfinden, da sie geschlossene bulgarische Bevölkerungsgruppen voneinander trennt. Das wurde im Blick auf gewisse strategische und kommerzielle Gesichtspunkte gefordert, die Bulgarien nicht beträfen und für es eher von Nachteil seien. Sie hätten eingewilligt, die Südgrenze zum Schwarzen Meer hin zu berichtigen, und seien von der Grenzlinie des Vertrags von San Stefano abgewichen, sogar über die der Konstantinopeler Konferenz hinaus zurückgegangen. Endlich hätten sie dem Sultan die Bewachung der Grenzen Ost-Rumeliens übertragen. In den Augen des Grafen Schuwalow hätten die englischen Forderungen in Wirklichkeit das Ziel, den Starken vor dem Schwachen zu schützen, das Osmanische Reich, dessen Armeen mit einem Mut, dem S.E. gern seine Anerkennung zolle, viele Monate lang der russischen Armee widerstanden hat, vor den möglichen Angriffen einer Provinz zu schützen, die noch nicht einmal einen Soldaten zähle. Wie dem auch sei: die russischen Bevollmächtigten hätten sie angenommen; aber nun hielten sie ihrerseits die Forderung für billig, den Schwachen gegen den Starken zu verteidigen. Das sei das Ziel ihrer beiden Zusatzanträge, mit folgendem Wortlaut:

„Die russischen Bevollmächtigten sind ermächtigt, folgende Punkte anzunehmen:

1. Der Sultan soll das Recht haben, für die Verteidigung der Land- und Seegrenzen der Provinz Sorge zu tragen, sowie daselbst Truppen zu unterhalten und Befestigungen anzulegen.

2. Die innere Ordnung Ost-Rumeliens wird durch Milizen aufrechterhalten, deren Offiziere der Sultan ernennt, der der Religion der Bevölkerung Rechnung trägt[6]).

Die russischen Bevollmächtigten meinen dennoch, das Prinzip, über das Einigkeit herrsche — Ost-Rumelien nur durch einheimische Miliz zu besetzen — müßte gewahrt bleiben. Das wäre ihrer Meinung nach nur möglich, wenn eine Europäische Kommission den Auftrag erhielte, die Punkte, die die ottomanische Regierung an ihren Grenzen besetzen dürfe, sowie die annähernde Stärke dieser Besatzung festzulegen.Die russischen Bevollmächtigten sind ferner ermächtigt, den Punkt anzunehmen, der das Recht des Generalgouverneurs regelt, ottomanische Truppen bei Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit herbeizurufen[7]).

---

[6]) Vgl. oben Anm. 2.
[7]) Vgl. oben Anm. 3.

Aber sie sind dagegen, auch nur im geringsten vom Prinzip abzuweichen, daß der Kongreß festlegt, wann und wie ottomanische Truppen in Ost-Rumelien eingreifen dürfen. Sie verlangen daher, daß der Kongreß diese Eventualität diskutiert, denn wenn sie einträte, wäre sie für Europa ein Grund zur Sorge. Sie halten es für nützlich, daß der künftige Generalgouverneur die Bedeutung einer solchen Maßnahme kennt und weiß, daß sie Gegenstand der Besorgnis Europas gewesen ist."

Graf Schuwalow fügt hinzu, die Vorbehalte berührten keineswegs die von den britischen Bevollmächtigten zugestandenen Prinzipien. Da aber die autonomen und garantierten Institutionen, von denen seine Kollegen aus England sprachen, in Wirklichkeit die Provinz Bulgarien nicht vor Ausschreitungen der Soldateska schützen könnten, und Institutionen allein, wie gut sie auch immer seien, noch nie ein Volk geschützt hätten, wenn diese Institutionen der militärischen Kontrolle einer Macht unterstanden, die kein nationales Interesse hatte, sie aufrechtzuerhalten und zu schützen, bestehe er auf — ohnehin sehr bescheidenen — Vorsichtsmaßnahmen, und hoffe, daß sie den Beifall Europas finden werden

Lord Beaconsfield meint, der Kongreß könne mit dem Ergebnis der Sonderbesprechungen, sowie mit dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zufrieden sein. Es herrsche in der Tat ungeteilte Übereinstimmung darüber, daß der Sultan als Mitglied der Staatengemeinschaft Europas eine Stellung genießen solle, die ihm die Respektierung seiner souveränen Rechte zusichert. Das erreichten die beiden dem Kongreß von Lord Salisbury vorgelegten Resolutionen.

Sie gäben dem Sultan

1. eine wirkliche Grenze

2. ausreichende militärische und politische Macht, um seine Autorität aufrechtzuerhalten, um Leben und Güter seiner Untertanen zu schützen. Die Zusatzanträge der russischen Bevollmächtigten würden nur die Wirkung der beiden Resolutionen abschwächen. Für ihn sei die Einrichtung einer europäischen Kommission ein offensichtlicher Eingriff in das Recht des Souveräns. Die Macht des Sultans könne nicht respektiert werden, wenn sich die ottomanische Regierung bei einer möglichen Verteidigung ihrer Grenzen behindert sehe. Außerdem könnten die strategischen Punkte, die eine europäische Kommission festlegen würde, nicht von Dauer sein angesichts der ständigen Änderungen in der Reichweite der Kriegswaffen. Er hoffe sehr, der Kongreß werde den Antrag der russischen Bevollmächtigten ablehnen. Der zweite Zusatzantrag sei für ihn noch schwerer annehmbar als der erste. Er verstehe überhaupt nicht, daß ein Generalgouverneur, im Grunde der einzig kompetente Beurteiler der Lage, bei Bedarf die Truppen nur nach vorher vom Kongreß festgelegten Regeln herbeirufen dürfe.

Graf Andrássy, vom Präsidenten um seine Meinung gebeten, beschränkt sich darauf daran zu erinnern, daß die österreich-ungarische Regierung ausschließlich die Schaffung eines Zustandes im Auge habe, der die größte Aussicht auf Dauerhaftigkeit und Stabilität habe. Daher halte er den englischen Vorschlag für ausreichend und billige ihn, behalte sich aber für eine evtl. spätere

Diskussion seine Stellungnahme zu den Zusatzanträgen der russischen Bevollmächtigten vor.

In seiner Antwort auf Lord Beaconsfields Einwände gegen die Beschränkungen, die der politischen und militärischen Macht des Sultans auferlegt würden, gibt *Graf Schuwalow* zu bedenken, die Lage der fraglichen Provinzen sei anormal, sodaß sie auch nicht nach absoluten Prinzipien zu regeln sei. Die von den russischen Bevollmächtigten geforderten Sicherheitsmaßnahmen tasteten die Würde der ottomanischen Regierung nicht mehr an als die schon beschlossene Einrichtung einer Europäischen Kommission. Die russische Regierung wünsche lediglich eine Lösung, um einer Wiederholung von Ausschreitungen wie in Bulgarien vorzubeugen. Europa müsse verhindern, daß diese Provinz der Schauplatz von Repressalien werde.

Da der *Präsident Caratheodory Pascha* nach seiner Meinung fragt, erklärt der Erste türkische Bevollmächtigte, der Antrag sei eben erst gestellt worden, so daß er sich seine Stellungnahme für später vorbehalten möchte.

Fürst v. Bismarck bemerkt, der Kongreß sei bereit, schon heute die Ansichten des türkischen Bevollmächtigten zu hören. Er glaube hinzufügen zu müssen, es könne nicht im Interesse der Hohen Pforte liegen, Schwierigkeiten für den Fortgang der Gespräche zu machen, die, nach Absicht der Hohen Versammlung, Gebiete wieder unter die Herrschaft des Sultans zurückfallen lassen könnten, auf die die Türkei im Vertrag von San Stefano schon verzichtet habe. Alle Regierungen beteiligten sich an diesen Verhandlungen im Interesse des allgemeinen Friedens: die öffentliche Meinung Europas wünsche den Frieden und werde den Mächten dankbar sein, die zu seiner Sicherung beigetragen haben, werde aber mit Bedauern sehen, wenn die Aufgabe dem Kongreß erschwert würde. Er glaube, für die neutralen und nicht beteiligten Mächte zu sprechen, wenn er sich gegen jeden Vorschlag wende, der die Arbeit der Hohen Versammlung verlangsamen könnte. Er hoffe, daß schon heute eine Verständigung über die englischen Anträge zustandekomme und sie grundsätzlich angenommen werden könnten, vorbehaltlich einer späteren Prüfung der russischen Zusatzanträge.[8])

---

[8]) Dazu die Bismarck-Notizen:

„Pres[ident]: dans l'intérêt de la paix, de faire aujourdhui les observations - si la [Turquie?] veut faire remettre la discussion, je prierai MM les représentants de la Porte que le congrès est rassemblé dans l'intérêt de la paix, mais surtout de la Porte: elle a renoncé à toute la Bulgarie par le traité, nous voulons lui rendre une partie; dans l'intérêt de la Pforte de hâter [..?..] [;] nous participons à cause de l'opinion publique qui est désireux d'une paix vite. Developpez vos observations, mais j'ai cru lui devoir une explication, sur la Auffass(un)g des neutres, j'opponerai toute mon influence pour ne pas remettre, je crois que le congrès sera d'accord sur toute la proposition anglaise, die Unterbrechungen [..?.. ..?..] können Subcomissionen überwiesen werden, lieber (,) uns wenigstens heute zu einem wirkl.(lichen) Fortschritt kommen zu lassen."

Präs[ident]: Im Interesse des Friedens schon heute Stellung beziehen - sollte die (Türkei) die Diskussion hinauszögern, so bitte ich die Herren türkischen Bevollmächtigten [zu bedenken], daß der Kongreß [zwar] im Interesse des Friedens zusammengekommen ist, aber vor allem [aber] auch der Pforte: sie hat im Frieden auf ganz Bulgarien verzichtet, wir wollen ihr einen Teil zurückgeben; [es liegt] im Interesse

Caratheodory Pascha versichert, es sei in der Tat auch sein Ziel, die Aufgabe des Kongresses zu erleichtern und er sei S.D. für den Wunsch, eine Lösung zu beschleunigen, dankbar. Er wolle nur einfach daran erinnern, daß die Bulgaren seit Jahrhunderten treue und ruhige Untertanen des Reiches seien. Unruhe unter ihnen sei erst vor einigen Jahren aufgekommen, als Folge gewisser religiöser Differenzen. Die Pforte habe ihr Möglichstes getan, die neuen Schwierigkeiten zu mildern. In materieller Hinsicht hätten die bulgarischen Provinzen erhebliche Fortschritte gemacht: Eisenbahnen wurden gebaut, die Landwirtschaft habe sich weiterentwickelt, und das gute Einvernehmen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sei bis in die jüngste Zeit erhalten geblieben.

Mehemed Ali Pascha fügt hinzu, seiner Meinung nach solle, im Unterschied zur Ansicht des Grafen Schuwalow, nicht die örtliche Miliz, sondern die Gendarmerie den Auftrag erhalten, die öffentliche Ruhe aufrechtzuerhalten. Er schlägt daher vor, künftig das christliche Element zur Gendarmerie zuzulassen, mit zufriedenstellenden Bedingungen für die Beförderung der Unteroffiziere und Offiziere. Andererseits wären die dem entgegenstehenden Beschränkungen im Lande in den Augen der Bevölkerung äußerst bedauerlich: die reguläre ottomanische Armee sei ihrer Pflicht immer genau nachgekommen.

Graf Schuwalow antwortet, die Aufgabe der Gendarmerie sei nicht die gleiche wie die der Miliz. Die erste diene der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, die zweite werde einberufen, um regulären Militärdienst zu

---

der Türkei, [die Verhandlungen] zu beschleunigen; wir nehmen [am Kongreß] teil, weil die öffentliche Meinung einen baldigen Frieden wünscht. Geben Sie Ihre Stellungnahme ab, aber ich habe geglaubt, ihr Aufklärung über die Auffassung der Neutralen zu schulden; ich werde all meinen Einfluß aufbieten, um eine Vertagung zu verhindern; ich glaube, der Kongreß ist sich über den englischen Antrag einig; die Unterbrechungen [stören? halten auf; Details?] können ... zu lassen."

Laut Caratheodory Pascha waren Bismarcks Ausführungen noch schärfer:

„Cependant, je ne puis pas admettre que, même dans le cas où le plénipotentiaire ottoman voudrait prendre la parole immédiatement, il s'en servît pour présenter des objections; il n'en a pas le droit puisque son gouvernement a signé le traité de San-Stefano et qu'il aurait mauvais grâce à venir aujourd'hui critiquer les concessions dont l'Europe accorde le bénéfice à la Turqie. Une pareille attitude vis-à-vis d'une combinaison européenne indiquerait de la part du plénipotentiaire ottoman l'intention d'entraver la marche des travaux du Congrés. Je ne pourrais la tolérer. et si les plénipotentiaires ottomans y persistent, je déclare que je me verrai obligé et que je suis prêt à donner une sanction pratique à mes observations."

(„Dennoch kann ich nicht zulassen, daß, selbst wenn der ottomanische Bevollmächtigte sofort das Wort ergreifen sollte, er die Gelegenheit dazu benutzt, Einwände zu erheben. Er hat dazu kein Recht, weil seine Regierung den Vertrag von San Stefano unterzeichnet hat und es ihm schlecht anstünde, die Konzessionen zu kritisieren, die Europa der Türkei zukommen lassen möchte. Eine solche Haltung gegenüber einem europäischen Vorschlag würde die Absicht der ottomanischen Bevollmächtigten verraten, die Kongreßverhandlungen zu verschleppen. Ich könnte das nicht dulden, und sollten die ottomanischen Bevollmächtigten damit fortfahren, so erkläre ich, daß ich mich dazu gezwungen sehen würde und bereit bin, meinen Ausführungen praktische Konsequenzen folgen zu lassen.)

Carathéodory: Rapport Secret, S. 96f.

leisten. Er gehe im übrigen davon aus, daß die Miliz eine ottomanische und nicht eine türkische Truppe wäre.

Mehemed Ali Pascha hält dem entgegen, eine Miliz aus Christen und Muselmanen sei nicht so homogen wie die reguläre Armee. Er befürchte, eine solche Truppe müßte Unruhe in das Militärwesen des Reiches hineintragen.

Lord Salisbury fragt, ob es in anderen europäischen Staaten eine Miliz in dem Sinne gebe, wie sie in England verstanden werde.

Fürst v. Bismarck meint, die Landwehr in Deutschland und die Territorialarmee in Frankreich könnten als Miliz gelten. Ohne sich des eigentlichen Sinnes dieses Wortes im Französischen ganz sicher zu sein, sei für ihn die Miliz eine Truppe, die normalerweise zu Hause wohnt und in außergewöhnlichen Umständen nur auf ausdrücklichen Befehl des Souveräns einberufen wird. Die Miliz, von der hier die Rede ist, wäre eine stehende, einheimische Truppe, hauptsächlich um Kontakte zwischen regulärer Armee und christlicher Bevölkerung zu verhindern. Seiner Ansicht nach sei das Zugeständnis, das den Christen in der türkischen Armee gemacht wird, nicht dergestalt, daß es ihren Einsatz ermutige: die reguläre Armee werde nach Lage der Dinge im wesentlichen stets muselmanisch bleiben. In Friedenszeiten werde die Miliz eine Truppe zur Sicherung der öffentlichen Ruhe sein, in Kriegszeiten die Armee des Sultans verstärken.

S.D. hält es für seine Pflicht, hinzuzufügen, als deutscher Bevollmächtigter könne er in dieser Frage nicht ganz neutral bleiben. Die Anweisungen, die er vor Beginn des Kongresses vom Kaiser, seinen erhabenen Herren, erhalten habe, schrieben ihm vor, dazu beizutragen, daß die Christen zumindest das Maß an Schutz erhielten, das die Konstantinopeler Konferenz vorgesehen hatte, und keinem Abkommen zuzustimmen, das die Ergebnisse, die für dieses große Ziel schon erreicht sind, verwässern würde. Er sei dafür, die Stationierung muselmanischer Truppen überall dort zu vermeiden, wo es Religionsunterschiede gebe: er gestehe Garnisonsstädte zu, sei aber gegen Einquartierung der Armee auf dem flachen Lande, wo militärische Aufgaben in Friedenszeiten nach seinem Dafürhalten der Miliz vorbehalten bleiben sollten. Er begrüße daher die russischen Zusatzanträge und würde ihre Ablehnung bedauern. Sollten sie nicht angenommen werden, befürchte er früher oder später neue Zwischenfälle die schon einmal beinahe den Weltfrieden gefährdet hätten. Der zweite Zusatzantrag sei ohnehin nur als Warnung an die Pforte zu verstehen. Zudem gebe es im Libanon und in den englischen Kolonien vergleichbare Vorkehrungen.

Der *Präsident* kehrt zur Tagesordnung zurück und macht folgende Vorschläge:

1.) Die Hohe Versammlung billigt die von England in der zweiten Sitzung (Protokoll 2, S. 8)[9]) formulierten Prinzipien, vorbehaltlich des Rechts auf redaktionelle Modifizierungen, über die sich die Vertreter der besonders betroffenen Mächte zu verständigen hätten.

---

[9]) Vgl. oben, Protokoll Nr. 2, S. 185f.

2.) Der Kongreß verabschiedet die Vorlage des Lord Salisbury von der heutigen Sitzung und bittet eines seiner Mitglieder, Herrn Waddington, eine Endfassung vorzubereiten, die den Schluß seines Antrags in Einklang mit den russischen Zusatzanträgen bringen sollte.

Nach einem Meinungsaustausch zwischen *Vertretern Großbritanniens, Österreich-Ungarns* und *Rußlands* wird diesem Verfahren zugestimmt. Der *Präsident* verliest den in Protokoll 2, S. 8 festgehaltenen englischen Antrag und bemerkt, die Einbeziehung des Sandjak Sofia in das autonome Bulgarien sei beschlossen, gemäß der Verständigung zwischen den Vertretern Österreich-Ungarns, Großbritanniens und Rußlands.

Der *Kongreß* billigt einstimmig die Prinzipien in Ziffern 1 und 2 des englischen Antrags. Der *Präsident* verliest sodann die Vorlage des Lord Salisbury aus der laufenden Sitzung, mit der Bemerkung, er werde anhalten, sobald ein Einspruch deutlich mache, daß die Hohe Versammlung nicht mehr einer Meinung sei.

Beim zweiten Absatz stellt *S.D.* fest, daß sich die russischen Vertreter angesichts der hier vorgesehenen Alternativen für den Anschluß Warnas an das autonome Bulgarien ausgesprochen haben.

Lord Salisbury erklärt, in den Verhandlungen zwischen den englischen und russischen Bevollmächtigten habe er vorgeschlagen, Warna bei Rumelien zu belassen, während sein russischer Kollege glaubt, dem nicht zustimmen zu können.

Die *russischen Bevollmächtigten* bestätigen, daß ihre Regierung den Austausch des Sandjak von Sofia gegen Warna ablehnt, stimmen aber einem Kompromiß zu — Sandjak von Sofia an Bulgarien gegen eine Begradigung der Westgrenze.

Der *Präsident* setzt die Lesung bis zu den Worten „Befestigungen anzulegen" fort

Auf die Bemerkung des *Grafen Schuwalow*, zu diesem Punkt hätten die russischen Bevollmächtigten die Einsetzung einer Europäischen Kommission vorgeschlagen, fragt der *Präsident*, ob Graf Schuwalow an seinem Zusatz festhalte, oder ob er zustimmen könne, den englischen Antrag anzunehmen bis zur Vorlage einer neuen Fassung unter Berücksichtigung der russischen Zusatzanträge.

Graf Schuwalow ist damit einverstanden, behält sich aber vor, auf seine Zusatzanträge zurückzukommen. Sollten sie abgelehnt werden, müßte er sich erst an seine Regierung wenden.

Der *Präsident* hält für vereinbart, in der nächsten Sitzung bei Diskussion der neuen Fassung, die Herr Waddington vorbereitet, auf den russischen Zusatzantrag zurückzukommen.

Da die Hohe Versammlung einhellig der Meinung ist, daß die Annahme des englischen Textes den russischen Zusatzantrag in keiner Weise präjudiziere, stimmt *Graf Schuwalow* dem soeben verlesenen Paragraphen zu, allerdings ausdrücklich mit genannten Vorbehalten; eine endgültige Zustimmung überschreite in der Tat seine Vollmachten.

Der *Präsident* erklärt die Vorlage bis zu den Worten „und Befestigungen anzulegen" für angenommen, und liest weiter bis zu den Worten „und bedroht sein sollte". Hier sei der zweite russische Zusatzantrag einzufügen, was ihm übrigens keine grundsätzliche Schwierigkeit zu bereiten scheine. Er bittet den Ersten französischen Bevollmächtigten um einen Wortlaut, um das bisherige Abstimmungsergebnis mit dem Zusatzantrag des Grafen Schuwalow in Einklang zu bringen. Nachdem er die Zustimmung der Hohen Versammlung eingeholt hat, erklärt *Fürst v. Bismarck* abschließend, die Verabschiedung dieser Vorlage und der ersten, in Protokoll Nr. 2 aufgeführten englischen Anträge, hätten den Kongreß ein beachtliches Stück vorangebracht.

Herr *Waddington* nimmt die ihm vom Kongreß übertragene Aufgabe an, legt aber Wert auf die Feststellung, daß er sie nicht als Vermittlungsauftrag übernehme: Angesichts der Einigkeit in den Hauptpunkten gehe es nur darum, die Arbeit des Kongresses zu erleichtern, und unter dieser Bedingung sage er zu, sie zu übernehmen, ohne die Meinung seiner eigenen Regierung einfließen zu lassen.

Der *Präsident* befragt den Kongreß zur Tagesordnung der nächsten Sitzung, die auf Montag, den 24. Juni, festgesetzt wird. Der Vorschlag des *Grafen Andrássy*, zunächst der Reihenfolge der Artikel über Bulgarien im Vertrag von San Stefano zu folgen, wird angenommen. *S.D.* teilt mit, die Tagesordnung sehe Diskussion der von Herrn Waddington vorgenommene redaktionellen Überarbeitung sowie Artikel 7 und 8 des Vertrages von San Stefano vor,

Die Sitzung wird um halb fünf Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Odo Russel, L. Corti, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 5
Sitzung vom 24. Juni 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb zwei Uhr eröffnet.

Der *russische Botschafter* legt der Hohen Versammlung die Entschuldigung des Fürsten Gortschakow vor, daß sein Gesundheitszustand ihn daran hindere, an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Protokoll Nr. 4 wird angenommen.

Lord Salisbury führt aus, nach Ansicht der englischen Regierung, allerdings ohne den Kongreß festzulegen, sei mit den Worten „der Sandjak von Sofia mit strategischer Grenzberichtigung" der Teil des Sandjak von Sofia gemeint, der im Tal der Iskra liegt.

Graf Schuwalow sieht sich jetzt nicht in der Lage, die Frage zu erörtern und beschränkt sich auf die Feststellung, Lord Salisbury habe selbst erklärt, seine Meinung lege den Kongreß hierzu keineswegs fest.

Der *Präsident* verliest anschließend Petitionsliste Nr. 4. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Griechenlands habe ihn um eine Unterredung gebeten: In seiner Antwort an Herrn Delyannis glaubte er, den Beschluß des Kongresses über die Vertretung Griechenlands nicht stillschweigend übergehen zu dürfen.

Herrn *Desprez* meint, in der Tat sei die griechische Regierung von nun an über den Beschluß der Hohen Versammlung zu informieren, damit sie ihren Vertreter benennen könne.

Nachdem diese Meinung die allgemeine Zustimmung gefunden hat, geht der *Kongreß* zur Tagesordnung über — Fortsetzung der Aussprache über Artikel VI des Vertrages von San Stefano und Prüfung der Endfassung, die Herr Waddington vorlegen soll.

Herr *Waddington* teilt mit, er habe sich über die Frage mit den englischen Bevollmächtigten, aber noch nicht mit seinen Kollegen aus Rußland besprechen können. Er könne daher dem Kongreß noch keine endgültige Fassung vorlegen und bitte um Vertagung der Diskussion auf die nächste Sitzung.

Der *Präsident* meint, die Aufgabe des Ersten französischen Bevollmächtigten sei so schwierig, daß eine Vertagung notwendig sei und nicht im geringsten die Anerkennung des Kongresses für die Bemühungen des Herrn Waddington mindere. Die Diskussion werde also auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Herr *Waddington* verliest zwei von Frankreich zusätzlich beantragte Artikel folgenden Wortlauts:

1. Artikel

„Alle bulgarischen Untertanen, gleich welcher Religion, genießen völlige Gleichberechtigung. Sie können sich um alle öffentlichen Dienste, Ämter und Ehren bewerben, und der Unterschied des Glaubens darf nicht als Grund der Ausschließung geltend gemacht werden.

Öffentliche Durchführung und Ausübung aller Kulte ist völlig frei, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch deren Beziehung zu ihren geistlichen Oberen ein Hindernis entgegengestellt werden[1])".

2. Artikel

„Völlige und umfassende Freiheit wird den fremden katholischen Gläubigen und Bischöfen für die Ausübung ihres Kultes in Bulgarien und Ost-Rumelien zugesichert. Sie werden in der Ausübung ihrer Rechte und Privilegien geschützt, und ihr Eigentum wird respektiert."

Der *Präsident* sagt zu, die Anträge drucken und verteilen zu lassen und sie auf die Tagesordnung einer späteren Sitzung zu setzen.

Nach einem Gedankenaustausch zwischen *Graf Schuwalow* und Herrn *Waddington* über den Geltungsbereich der beiden Anträge des Ersten französischen Bevollmächtigten besteht Einigkeit darüber, daß sich der erste nur auf Bulgarien, der zweite gemeinsam auf Bulgarien und Ost-Rumelien bezieht.

Graf Corti verliest im Namen der Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, Frankreichs und Italiens folgenden Antrag zu einem weiteren zusätzlichen Artikel:

„Die Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, Frankreichs und Italiens beantragen, folgendes den Bestimmungen über Bulgarien hinzuzufügen:

Die Handels- und Schiffahrtsverträge sowie alle internationalen Übereinkommen und Abmachungen, welche mit der Pforte angeschlossen worden sind und sich zur Zeit noch in Kraft befinden, werden in Bulgarien und Ost-Rumelien aufrechterhalten, und keine Änderungen derselben darf gegenüber irgend einer Macht vorgenommen werden, bevor diese nicht ihre Zustimmung dazu gegeben hat.

Kein Durchgangszoll darf in Bulgarien und Ost-Rumelien von den durch dieses Land gehenden Waren erhoben werden.

Die Angehörigen und der Handel aller Mächte sollen auf dem Fuße vollkommener Gleichstellung behandelt werden.

Die Immunitäten und Privilegien der fremden Untertanen sowie die konsularischen Gerichtsbarkeits- und Schutzrechte, wie solche durch die Kapitulationen und Gebräuche eingeführt sind, sollen in voller Kraft bleiben[2])".

---

[1]) Vgl. Art. 5 des Berliner Vertrags.
[2]) Vgl. Art. 8 des Berliner Vertrags.

Der Antrag der Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, Frankreichs und Italiens wird ebenfalls gedruckt und verteilt.

Lord Salisbury möchte den Antrag erst in einer späteren Sitzung diskutieren, *Graf Corti* stimmt dem zu.

Fürst v. Bismarck ist dafür, tatsächlich erst Fragen zu erledigen, die zu Uneinigkeit unter den Kabinetten führen könnten. Zu Fragen, die auf einen Fortschritt der Zivilisation abzielen und gegen die zweifellos kein Kabinett grundsätzliche Einwände haben werde, sollten Antragsteller frei sein, den günstigsten Zeitpunkt zur Vorlage in der Hohen Versammlung selbst zu bestimmen.

Die Prüfung der soeben verlesenen Anträge wird also zurückgestellt.

Caratheodory Pascha verliest sodann einen Antrag, der sich aus finanzieller Sicht mit dem Aufbau Bulgariens befaßt und sich auf Artikel IX des Vertrages von San Stefano bezieht:

„Unabhängig vom Tribut trägt das Fürstentum Bulgarien einen Teil der Schulden des Reiches im Verhältnis zu seinen Einkünften[3])".

Der *Präsident* sagt zu, den Antrag ebenfalls drucken und verteilen zu lassen.

S.D. glaubt, daß man heute Artikel VI aussetzen könne, um später, im Zusammenhang mit dem von Herrn Waddington vorbereiteten Neufassung, auf ihn zurückzukommen, und geht zur Lesung des Artikels VII über.

Aus dem ersten Absatz

„Der Fürst von Bulgarien wird von der Bevölkerung frei gewählt und von der Hohen Pforte mit Zustimmung der Mächte bestätigt werden[4])" greift *Lord Salisbury* die Worte „Zustimmung der Mächte" auf und fragt, ob es sich um einstimmige Zustimmung der Mächte handele oder nur um die Mehrheit.

Graf Schuwalow beruft sich auf den Grundsatz, nach dem der Kongreß nicht an die Mehrheit, sondern nur an die Einstimmigkeit seiner Mitglieder gebunden sei. Seien die Mächte also in der Frage der Wahl der Persönlichkeit, die zum Fürsten von Bulgarien gewählt werden soll, nicht einig, so sei eine derartige Wahl ungültig.

Auf die Bemerkung von *Lord Salisbury*, in diesem Fall werde Bulgarien dann überhaupt keine Regierung erhalten, erwidert *Graf Schuwalow*, er könne nicht alle Eventualitäten der Zukunft voraussehen und müsse sich auf die Versicherung beschränken, daß Bulgarien kein russisches Anhängsel werden würde.

Lord Salisbury betont die Sorge, das Land unter solchen Voraussetzungen der Anarchie auszuliefern.

Fürst v. Bismarck sagt, entsprechende Schwierigkeiten könnten sich ebensogut bei allen anderen möglichen Ereignissen einstellen, die Artikel VII vorsieht. Der Kongreß sei außerstande, allen diesen Gefahren zu begegnen: Wenn die bulgarische Bevölkerung aufgrund schlechten Willens oder natürlicher Ungeeignetheit ihre neuen Institutionen nicht selbst ausfüllen könne, werde Europa in der Tat raten müssen, aber erst später, wenn der Augenblick gekom-

---

[3]) Vgl. Art. 9 ,Abs. 2 des Berliner Vertrags.
[4]) Vgl. Art. 3, Abs. 1, Satz 1 des Berliner Vertrags.

men sei. Für heute sollte sich der Kongreß, seiner Ansicht nach, darauf beschränken, eine dauerhafte Verständigung zwischen den Mächten über das Prinzip herbeizuführen, aus dem Vertrag von San Stefano die Bestimmungen herauszunehmen, die den Frieden in Europa gefährden könnten. Es hieße die Aufgabe des Kongresses überschreiten, wollte er alle möglichen Fragen zum künftigen Schicksal Bulgariens behandeln, die Deutschland, sicher auch einige der hier vertretenen Mächte, nur um des allgemeinen Friedens willen interessieren[5]).

Lord Salisbury legt Wert auf die Feststellung, England übernehme für künftige eventuelle Schwierigkeiten keine Verantwortung. Er verlangt, die Worte „Mehrheit der Mächte" durch „Zustimmung" zu ersetzen[6]).

Graf Schuwalow bedauert die Beunruhigung, die bei seinem Kollegen aus England zum Ausdruck gekommen ist. Lord Salisbury unterstelle der kaiserlichen Regierung offenbar die Absicht, ihre Zustimmung mit dem Ziel zurückzuhalten, die kommissarische russische Verwaltung länger aufrechterhalten zu können. Sei es ihm seinerseits nicht auch erlaubt, sich über die Absichten Englands zu beunruhigen und ihm den Wunsch zu unterstellen — wovon er im übrigen weit entfernt sei — seine Zustimmung zu verweigern, um die Wahl des Fürsten zu verhindern? Die Einfügung des Worts „Zustimmung" in den Artikel erscheine ihm als Garantie Europas gegen jeden Gedanken an einen besonderen Einfluß Rußlands. Andererseits erscheine ihm das Mehrheitsprinzip im Kongreß nicht mit der Würde Rußlands und Englands vereinbar. Er wiederhole, daß seine Regierung keinen Kandidaten begünstige, keinen im Auge habe, sogar sehr verlegen wäre, müßte sie auf Fragen zu irgendeiner beliebigen Kandidatur antworten, und nur die völlige Freiheit in der Wahl wünsche.

Auf Anfrage des *Präsidenten*, ob er auf seinem Antrag bestehe, antwortet *Lord Salisbury*, er habe es für seine Pflicht gehalten, das zu tun. Sollte er nicht angenommen werden, genüge ihm Aufnahme im Protokoll.

Fürst v. Bismarck holt sodann die Meinung des Kongresses über die Streichung der Worte „Zustimmung der Mächte" ein.

Graf Andrássy gibt der Hoffnung Ausdruck, eine praktische Lösung mit seinem Antrag gefunden zu haben, den er dem Kongreß vorlegen möchte. Ihn beunruhige einerseits auch, wie Lord Salisbury, die Gefahr, Bulgarien möglicher-

---

[5]) Dazu der schriftliche Bericht Andrássys an Kaiser Franz Joseph über die 5. Sitzung, 25.6.1878 (Novotny Nr. 120):

„... griff Fürst Bismarck in die Discussion ein, indem er hervorhob, daß es unmöglich die Aufgabe des Congresses sein könne, für alle künftig sich etwa ergebenden Schwierigkeiten im vorhinein Vorsorge zu treffen. Am meisten würde es sich empfehlen, die betreffende Bestimmung ganz wegzulassen, da ihm persönlich wenigstens [und] Deutschland völlig gleichgiltig sei, was in Bulgarien geschehsen"

[6]) Dazu Bericht Andrássys, ebenda: „Sie sind in einer glücklichen Lage, sagte er [d.h. Salisbury], zu Fürst Bismarck gewandt, Sie stehen den Ereignissen und Fragen ferne; wir unsererseits werden noch manche Jahre mit den Herren Russen zu sprechen haben. Wir müssen uns vorsehen!".

weise ohne Fürsten zu lassen: andererseits glaube er, wie Graf Schuwalow, die Streichung von „Zustimmung der Mächte" würde die Garantie für Europa abschwächen. Auch er halte das Mehrheitsprinzip für schwer zu verwirklichen. Wesentlich in seinen Augen sei, deutlich zu machen, daß bei einem Scheitern der Wahl die europäischen Interessen in diesem Gebiet ebensogut vertreten sein müßten wie die russischen. Mit diesem Ziel habe er folgenden Antrag verfaßt:

„In Erwägung der Tatsache, daß auf Grund einer gemeinsamen Übereinkunft an die Stelle einer russisch-türkischen Kommission, die nach Artikel VI des Präliminarvertrages von San Stefano die endgültige Grenze des bulgarischen Fürstentums zu ziehen hätte, eine europäische Kommission treten wird und daß diese Änderung für alle auf dem Kongreß vertretenen Regierungen einen praktischen Weg anbietet, die möglichen Divergenzen verschiedener Interessen auszugleichen; andererseits in Erwägung der Feststellung, daß die Verbesserung des Loses der Christen auf der Balkanhalbinsel ein allen Mächten gemeinsames Ziel ist, glaube ich nicht, daß es nötig ist, weitere Gründe für den folgenden Antrag, den der Hohen Versammlung zu unterbreiten ich die Ehre habe, anzuführen, nämlich der Kongreß möge grundsätzlich zustimmen, die Funktionen, die verschiedene Artikel des Präliminarvertrags über Bulgarien russischen oder russisch-ottomanischen Kommissaren oder Kommissionen zuweisen, europäischen Kommissionen oder Kommissaren zu übertragen. Wird dieses Prinzip angenommen, so könnten wir der Subkommission, die wahrscheinlich mit der Endredaktion unserer Arbeitsergebnisse beauftragt wird, überlassen, in den Text Artikel über notwenige Änderungen einzubringen."

Graf Schuwalow wendet ein, Graf Andrássy nehme in seinem Antrag eine Frage vorweg, die noch gar nicht diskutiert worden sei, die der europäischen Kommissionen. Bisher seien nur Grenzkommissionen, nicht aber Regierungskommissionen beschlossen. Jedenfalls erklärt er, unter Bezug auf das vom Kongreß eingeschlagene Verfahren, daß er jetzt einen Antrag, dessen Einzelheiten er noch nicht habe prüfen können, nicht diskutieren könne und verlangt Vertagung auf die nächste Sitzung. Aus Gesprächen mit seinen englischen Kollegen schließe er, daß ihre Aufmerksamkeit eher auf Rumelien als auf das autonome Bulgarien gerichtet sei, zumal seitdem Einigkeit darüber bestehe, daß diese letztere Provinz kein Anhängsel Rußlands werde.

Graf Andrássy hat keine Bedenken gegen Vertagung auf die nächste Sitzung, vorausgesetzt, daß sein Antrag im Protokoll der heutigen Sitzung aufgenommen wird.

Zur Vereinfachung der weiteren Debatte erläutert der *Präsident*, daß die Hohe Versammlung seit Beginn der Verhandlungen zwischen zwei Verfahren zu wählen habe: 1. Überarbeitung des Vertrages von San Stefano in seiner Gesamtheit, um Stipulationen zu ändern, die den Frieden Europas gefährden könnten, 2. Abfassung eines neuen Vertrages, in den die Beratungsergebnisse des Kongresses eingingen und der beide Parteien des Vertrages von San Stefano bände, da beide Unterzeichner des neuen diplomatischen Instruments seien. Er neige zur letzteren Lösung, da es im Vertrag von San Stefano viele Fragen gebe, die nur die Türkei und Rußland angingen und für die es unnötig wäre, ihnen einen

europäischen Charakter zu verleihen[7]). Ein neuer Vertrag, in den nur diejenigen Bestimmungen eingingen, die von denen des Vertrages von San Stefano abwichen, erscheine ihm einfacher und praktischer. Die Arbeit werde somit kürzer, da der Kongreß viele Klauseln des Vertrages von San Stefano nicht mehr zu behandeln brauche. Wäre es, um akademische Diskussionen zu vermeiden, nicht besser, Artikel dieser Konvention stillschweigend zu übergehen, die Interessen Europas nicht berühren, Fragen, die kein brennendes Problem darstellen, beiseite zu lassen oder sie notfalls Sonderbesprechungen zwischen den unmittelbar beteiligten Mächten vorzubehalten[2]).

Lord Salisbury stimmt dem Vorschlag zu, weniger dringende Fragen Sonderbesprechungen zwischen den beteiligten Mächten vorzubehalten, und hat nichts dagegen, daß der Präsident in seiner Lesung fortfährt.

Fürst v. Bismarck stimmt zu, fügt aber hinzu, aus dem Schweigen des Kongresses zu Artikeln, die ihn nichts angingen, sei nicht zu schließen, daß aus rein russisch-türkischen europäische Bestimmungen würden. Vielmehr würden nur die behandelten Abschnitte, die im künftigen Vertrag Aufnahme fänden, von ganz Europa gebilligt.

S.D. setzt die Verlesung von Artikel VII fort. Absatz 3 wird bis zur Diskussion des Antrages von Graf Andrássy zurückgestellt. Der Kongreß nimmt den Hinweis des *Grafen Schuwalow*, daß die Wahl von Philippopoli für die Notabeln-Versammlung nur für das im Vertrag von San Stefano in Aussicht genommene Bulgarien gelten könne, zur Kenntnis[8]).

Da *Graf Andrássy* Absatz 4 mit verschiedenen Zusatzanträgen in Zusammenhang sieht, erklärt *Graf Schuwalow*, die Bestimmungen dieses Absatzes bezögen sich auf das Wahlrecht und nicht auf Inhalte der Zusatzanträge, wie Gleichheit vor dem Gesetz oder Glaubensfreiheit. Herr *Waddington* schlägt vor, in der Tat für die Glaubensfreiheit einen zusätzlichen Artikel vorzusehen.

Nach Verlesung von Artikel VII hält der *Präsident*, angesichts der Bestimmungen über Bulgarien, wie es im Vertrag von San Stefano begrenzt ist, die Abfassung eines neuen Vertrages für immer notwendiger.

Auf die Bemerkung des *Ersten Bevollmächtigten Österreich-Ungarns*, sein Antrag beziehe sich nur auf Absätze 3 und 5, Artikel VII, fragt *Graf Corti*, ob Absätze 1 und 2 schon im Prinzip als angenommen gelten.

Eine Diskussion zu dieser Frage führt zu dem Ergebnis, daß Absätze 1, 2 und 4 Artikel VII angenommen, 3 und 5 im Blick auf den österreich-ungarischen Antrag zurückgestellt werden.

---

[7]) Dazu Bericht Andrássys, ebenda:
„Fürst Bismarck kam hierauf wiederum und mit großem Nachdruck auf die Ansicht zurück, daß nur jene Partien des Vertrages von San Stefano, welche sich auf die Kriegs- oder Friedensfrage bezögen, zur Verhandlung zu bringen, die übrigen aber aus der Discussion auszuscheiden seien. Letztere interessierten doch nur einige wenige Mächte und insbesondere Deutschland sei durch das, was da unten vorgeht, wenig berührt."

[8]) Entsprechend in Art. 4, Abs. 1 des Berliner Vertrags in „Tirnovo" verändert.

Der *Präsident* beginnt mit der Verlesung von Artikel VIII. Zu Absatz 2 über die russische Okkupation verliest der *Erste Bevollmächtigte Österreich-Ungarns* folgenden Änderungsantrag:

„Die K. und K. Regierung ist immer von der Überzeugung durchdrungen gewesen, daß das Werk des Kongresses nur von Erfolg gekrönt sein kann, wenn der Übergang vom Krieg zum endgültigen Frieden so kurz wie möglich ist und der Zustand, der dem Krieg folgt, der endgültige Frieden mit allen seinen Segnungen ist.

Von dieser Überzeugung ausgehend, sehen sich die Bevollmächtigten Seiner K. und K. Majestät verpflichtet, gewisse Besorgnisse auszudrücken, die bei ihnen die Abmachungen des Artikels VIII auslösen.

Der Artikel sieht den totalen Rückzug der türkischen Truppen aus dem bulgarischen Fürstentum vor; er enthält gleichzeitig die Abmachung, daß, nach Räumung der Türkei durch die russischen Truppen, bis zum vollendeten Aufbau einer einheimischen Miliz, ein russisches Armeekorps bis zu 50.000 Mann stark, Bulgarien besetzen und daß die Okkupation beiläufig zwei Jahre dauern soll.

Wir sind weit davon entfernt, die Notwendigkeit zu verkennen, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem neuen Fürstentum auch während der Übergangszeit zwischen Friedensschluß und Aufbau einer einheimischen zivilen und militärischen Gewalt sorgen zu müssen.

Wir sind überzeugt, daß das Kabinett von St. Petersburg mit der Okkupation nur dieser Notwendigkeit Rechnung trägt und daß die fragliche Maßnahme, wie die kaiserlich russische Regierung selbst mehrmals erklärt hat, damit keinen anderen Zweck verfolgt.

Daher glaubt die K. und K. Regierung, daß der Kongreß keine grundsätzliche Einwände gegen die Abmachung hat, entsprechend welcher, nach der Räumung Bulgariens durch die türkische Armee, ein russisches Armeekorps vorübergehend mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragt wird.

Auf der anderen Seite können sich die Bevollmächtigten Seiner Majestät des Kaisers und Königs die Inconvenienzen nicht verheimlichen, sollte die in Aussicht genommene Okkupation von einer im vorhinein schwer festzulegenden Bedingung abhängig gemacht werden, wie dem erfolgreichen Aufbau der Miliz des Landes oder einem so langen Zeitraum wie der Dauer von zwei Jahren.

Sie befürchten, daß eine solche Abmachung mit den vereinten Bemühungen der hohen Unterzeichnermächte für die sofortige Wiederherstellung des Friedens nur schwer zu vereinbaren wäre.

Solange Truppen der Macht, die den Krieg geführt hat, in fremdem Territorium stehen, wird die öffentliche Meinung die Kriegshandlungen nicht als beendet betrachten; öffentlicher Kredit und Wohlfahrt selbst der nicht am Krieg beteiligten Länder wären den Schwankungen einer undurchsichtigen Situation ausgeliefert.

Nachdem die Türkei das Recht erhalten hat, ihre Grenzen auf dem Balkan militärisch zu besetzen, ist nicht aus dem Blick zu verlieren, daß sich die ehemals feindlichen Truppen selbst nach Friedensschluß Auge in Auge einander gegenüberliegen.

Die Lage Rumäniens stellt ebenfalls einen Grund für unsere ernsthafte Besorgnis dar. Der fragliche Artikel stipuliert den kaiserlich russischen Truppen zur Sicherung ihrer Verbindungslinien ein Durchmarschrecht durch das genannte Fürstentum für die Dauer der Okkupation.

Sollte die Dauer der Okkupation unbestimmt bleiben oder zwei Jahre dauern, so müßte sich dieses Fürstentum des Genusses der ihm von Europa zugesprochenen Unabhängigkeit beraubt fühlen, und als Aufhebung oder Einschränkung seiner Rechte ablehnen.

Die K. und K. Regierung glaubt mit Rücksicht auf alle diese Erwägungen, daß es im Interesse aller Parteien liegt, die Okkupation Bulgariens genau zu befristen. Ihr scheint ohnehin, daß der Kongreß für die Möglichkeit, daß nach Ablauf der Frist der Zustand der betreffenden Provinz immer noch die Anwesenheit einer nicht einheimischen bewaffneten Macht erfordert, Vorsorge treffen sollte.

Die K. und K. Regierung hat daher die Ehre zu beantragen, der Kongreß möge beschließen:

1. Die Dauer der Okkupation des Fürstentums Bulgarien durch die kaiserlich russischen Truppen wird auf sechs Monate vom Zeitpunkt des endgültigen Friedensschlusses befristet.

2. Die kaiserlich russische Regierung verpflichtet sich, den Durchmarsch ihrer Truppen durch Rumänien sowie den vollständigen Rückzug aus diesem Fürstentum nach einer weiteren Frist von zwei oder drei Monaten, wenn möglich noch früher, abzuschließen.

3. Sollte, wider jede Voraussicht, bei Ablauf der Frist von sechs Monaten die Anwesenheit ausländischer Hilfstruppen in Bulgarien übereinstimmend noch immer für notwendig gehalten werden, so stellen die Großmächte Kontingente von insgesamt beiläufig 10—15.000 Mann zur Verfügung, die dem Befehl der europäischen Kommission unterstellt würde und deren Unterhalt zu Lasten des okkupierten Landes ginge."

Fürst v. Bismarck fragt, ob der Kongreß noch heute die vom Grafen Andrássy aufgeworfene Frage diskutieren möchte. *Lord Beaconsfield*, meint, es sei tatsächlich angebracht, noch in dieser Sitzung die Frage zu beraten. Er billige den österreich-ungarischen Änderungsantrag, hält ihn für klug und weitblickend und ist durch seine Regierung bevollmächtigt, zu diesem Zeitpunkt hinzuzufügen, daß England bereit ist, seinen Teil zu den von Graf Andrássy angeregten Kontingenten beizutragen.

Graf Schuwalow beschränkt sich auf drei Einwände gegen den Änderungsantrag: 1. Der Wortlaut des österreich-ungarischen Antrags scheine ihm nicht die Teilung Bulgariens durch die Balkangrenze zu berücksichtigen, 2. die Frist von sechs Monaten für die Okkupation erscheine ihm viel zu kurz. 3. eine gemischte Okkupation führe in seinen Augen zu praktischen Schwierigkeiten.

Ohne sich beim ohnehin mehr formalen ersten Einwand aufzuhalten, geht er direkt zum zweiten über und unterscheidet zwischen der Situation in Ost-Rumelien und Bulgarien. In Rumelien ließe sich die Okkupation allenfalls auf sechs Monate verkürzen, denn bei Unruhen müßten die Milizen eingreifen; sollten sie nicht ausreichen, könnte der Generalgouverneur ottomanische Truppen an-

fordern. In Bulgarien dagegen, wo keine türkischen Truppen einmarschieren dürften, müßte die Okkupation länger dauern.

Zu dieser Frage möchte Graf Schuwalow dem Kongreß einen allgemeinen Überblick darüber geben, was seit Einmarsch der russischen Armee geschehen sei und was noch zu tun bleibe: Rußland habe sich bemüht, die Institutionen des Landes so wenig wie möglich zu verändern: Der verstorbene Fürst Tscherkaski sei beeindruckt gewesen, wie die türkische Gesetzgebung den Bedürfnissen des Landes entsprach; nur seien die Gesetze und Vorschriften den Beamten nicht geläufig gewesen, die sie daher auch nicht anwandten. Die russische Verwaltung hat einen Verwaltungsrat, einen Gemeinderat, einen Gerichtsrat in jeder caza wählen lassen: die Vorsitzenden dieser drei Räte bildeten den Kern der zukünftigen Notabelnversammlung. Als Beweis ihrer Unparteilichkeit habe die Verwaltung vor, ferner noch die Kadis der muselmanischen Distrikte nach Tirnovo zu entsenden, um dort das Wahlrecht auszuarbeiten. Wenn dieses Gesetz fertig ist, erfolgt die Wahl, danach die Ausarbeitung des organischen Statuts, schließlich die Wahl des Fürsten. Alle diese Vorbereitungen erfordern Zeit. Rußland tue sein Möglichstes, alles zügig abzuwickeln, aber schließlich sei es unmöglich, die Provinz ohne bewaffnete Macht zu lassen, vor Einsetzung einer regulären Regierung.

Rußland lehne daher die Verantwortung für eine verfrühte Räumung ab.

Auf seinen dritten Einwand kommend, betont S.E. die Gefahren einer gemischten Okkupation: die russische Armee kenne das Land, sei mit der Sprache vertraut, ferner an Ort und Stelle einquartiert und könne sofort alle Anforderungen an sie erfüllen. Anders dagegen bei einer gemischten Truppe, da sie anfangs unvermeidlich noch unerfahren sei. Ihre Zusammenstellung erfordere zudem Zeit mit dem Risiko, daß sich inzwischen Anarchie ausbreite. Graf Schuwalow hält außerdem zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine Truppe mit einem Kommandeur für geeigneter als eine Armee unter dem Befehl einer Kommission. Auch befürchte er Zusammenstöße zwischen Soldaten einer solchen gemischten Truppe; die meisten blieben gewiß geringfügig, aber einige könnten ernsthafter werden und sogar das Ausmaß eines europäischen Zwischenfalles annehmen. Endlich stehe noch dahin, ob überhaupt alle Mächte dem Vorschlag einer gemischten Truppe zustimmen, die bestimmt sehr teuer und kompliziert würde.

Fürst v. Bismarck stimmt dem Grafen Schuwalow zu und würde es begrüßen, wenn der Kongreß seinen Bedenken folge. Er sehe auch sehr wohl die Schwierigkeiten bei Aufstellung einer Armee aus fünf oder sechs Kontingenten verschiedener Nationalitäten. In Bulgarien, wo türkische Truppen nicht mehr eingreifen dürften und der militärische Aufbau sehr langsam vor sich gehen werde, könne sicher die vom Grafen Andrássy genannte Frist verlängert werden. Die Deutsche Regierung würde eine Verlängerung unterstützen, ohne sich schon auf eine zeitliche Begrenzung festzulegen.

Graf Andrássy räumt in seiner Antwort an den russischen Bevollmächtigten ein, daß der erste Absatz seines Antrags in der Tat nicht zwischen Bulgarien und Ost-Rumelien unterscheidet: das sei ein Formulierungsfehler, aber im Grunde

unerheblich, da nach seinen Vorstellungen die Zeit der Okkupation für beide Provinzen gleich lang sein müßte. Zum zweiten Einwand übergehend, dankt Graf Andrássy dem Grafen Schuwalow für die Informationen, die er dem Kongreß über den Aufbau Bulgariens gegeben hat, komme aber, da ihm das einfache und praktische System dieses Aufbaus einleuchte, zu dem Schluß, daß sich die Okkupation leicht abkürzen ließe. Auf keinen Fall könne er zugeben, die Dauer der militärischen Okkupation vom Abschluß einer politischen Organisation abhängig zu machen: das sei ein unklares Junktim: die öffentliche Meinung verlange eine klare Entscheidung, eine Verlängerung, wenn man wolle, aber schließlich ein festes Datum, so daß sie an den endgültigen Frieden glauben könne. Zum dritten Einwand meint er, der Vorschlag einer gemischten Truppe[9]) sollte einen Beschluß beschleunigen. Er sei sich auch über die Schwierigkeiten bei Entsendung dieser Truppen im Klaren und würde lieber von diesem Mittel Abstand nehmen, wenn es andere gäbe, aber die vom Grafen Schuwalow angeführten Schwierigkeiten beeindruckten ihn keineswegs: Er bliebe bei seiner Überzeugung, daß Truppen aus verschiedenen Ländern in gutem Einvernehmen miteinander auskämen. Graf Andrássy erinnert endlich an die zahlreichen dem Kongreß zugegangene Eingaben über Ausschreitungen in Bulgarien: die russische Regierung sollte daran interessiert sein, sich durch die Okkupation von gemischten Truppen von einer so schweren Verantwortung entbunden zu sehen.

Graf Schuwalow erklärt, um die Debatte nicht zu verlängern, stimme er einer Frist von neun Monaten für den Rückzug aus Bulgarien und drei weiteren Monaten für den Rückzug aus Rumänien zu, so daß die russische Armee nach einem Jahr beide Provinzen vollständig geräumt hätte.

Da *Graf Andrássy* auf einer vollständigen Räumung nach neun Monaten besteht und der *russische Bevollmächtigte* diese Frist zurückweist, fragt der *Erste italienische Bevollmächtigte*, ob man nicht sechs Monate für Rumelien akzeptieren und sich für Bulgarien und Rumänien darauf einigen könne, die Räumung nach neun Monaten zu beginnen und nach zwölf Monaten zu beenden.

Nach einer Zwischenbemerkung *Lord Salisburys* über die Schwierigkeiten, freie Wahlen unter ausländischer Okkupation durchzuführen, und dem Vorschlag von Graf Schuwalow, die Wahl des Fürsten bis zum Abzug der russischen Armee aufzuschieben, wenn seine englischen Kollegen das wünschen, entspinnt sich ein Gespräch unter den Bevollmächtigten über verschiedene Möglichkeiten zur Befristung der Okkupation.

Der *Präsident* faßt zusammen, aus dem Gedankenaustausch zeichne sich ab, daß die Mehrheit eine schrittweise Räumung Rumeliens nach sechs Monaten, Bulgariens nach neun Monaten, Rumäniens nach einem Jahr ins Auge zu fassen scheine.

Graf de St. Vallier erklärt, für Rumelien habe Graf Schuwalow selbst schon die Frist von sechs Monaten vorgeschlagen. Man könne sich also in diesem Punkt an den Vorschlag des russischen Bevollmächtigten halten: über die zweite Frist

---

[9]) Im Andrássy-Bericht ebenda, „combinierte Contingente".

zeichne sich eine Verständigung ab — Räumung Bulgariens nach neun Monaten, Rumäniens nach einem Jahr.

Graf Schuwalow meint, er habe das Zugeständnis von sechs Monaten für Rumelien nur unter der Voraussetzung gemacht, daß die Frist von einem Jahr für die Räumung Bulgariens und Rumäniens zugestanden werde.

Graf de Launay erklärt, unter Bezug auf die Ausführungen des Fürsten v. Bismarck in der 4. Sitzung[10]), daß auch Italien eine ausgleichende Rolle spiele. Daher empfiehlt er die Annahme einer Frist von einem Jahr für die völlige Räumung aller besetzten Provinzen durch die russische Armee. Nach der von den russischen Bevollmächtigten für Bulgarien und Rumelien hingenommenen Grenzberichtigung könne sich der Kongreß auf ein Kompromiß einlassen, das ohnehin nicht wesentlich vom Antrag des Grafen Andrássy abwiche.

Herr *Waddington* unterstützt die Ansicht des Grafen de St. Vallier zugunsten des schrittweisen Rückzuges. Es sei ein Unterschied zwischen Ost-Rumelien und Bulgarien. Graf Schuwalow habe selbst eingeräumt, daß sich eine Verlängerung der Okkupation im ersten wesentlich weniger begründen ließe als im zweiten. Da Varna bei Bulgarien bleibe, fänden die russischen Truppen hier besonders gute Möglichkeiten für die Räumung: es sei sogar erwünscht, wenn Rußland so weit wie möglich diesen Weg benutze und Rumänien den Durchmarsch eines großen Teiles der Okkupationsarmee durch sein Gebiet erspare. Herr Waddington glaubt also, sechs Monate für Ost-Rumelien, neun Monate für Bulgarien, ein Jahr für Rumänien unterstützen zu sollen.

Graf Schuwalow erklärt sich außerstande, diese Kombination anzunehmen, da sie seine Vollmachten überschreite.

Der *Präsident* betont, Italien und Deutschland seien mit Rußland einig, Österreich-Ungarn neige ebenfalls dazu, dem beizutreten. Er fragt, ob es nicht möglich sei, auch die Stimmen Frankreichs und Englands zu gewinnen.

Graf Andrássy stimmt formell einer Frist von neun Monaten für Rumelien und Bulgarien und von einem Jahr für Rumänien zu, eine Lösung, die der russische Bevollmächtigte akzeptiert. Daraufhin erklärt *Graf de St. Vallier*, die Hauptsache sei, Einigkeit im Kongreß zu erhalten. Da die französischen Bevollmächtigten immer bemüht seien, dazu beizutragen, stimmten sie der vom Grafen Schuwalow vorgetragenen Meinung zu, die die Billigung der Mehrheit zu finden scheine.

Lord Beaconsfield sagt, er habe keine Einwände, wenn sich alle Bevollmächtigten einig seien.

Der *Präsident* stellt fest, in dieser wichtigen Frage sei glücklicherweise eine Verständigung erzielt[11]), und die Sitzung wird um vier Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory Pascha, Mehemed Ali, Sadoullah.

---

[10]) Vgl. oben, Protokoll Nr. 4, S. 203,

[11]) Art. 22, Abs. 2 und 3 des Berliner Vertrags.

Protokoll Nr. 6
Sitzung vom 25. Juni 1878

Anwesende:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Der *Präsident* teilt mit, Protokoll Nr. 5 werde erst in der nächsten Sitzung verlesen. Nach Verweis auf Petitionsliste Nr. 5, setzt er die beiden gestern vertagten Änderungsanträge auf die Tagesordnung, deren Wortlaut der Erste französische Bevollmächtigte auf Wunsch des Kongresses freundlicherweise vorbereitet hat.

Herr *Waddington* sagt, er lege nach Absprache mit seinen Kollegen aus Rußland und England ein Ergebnis vor, das die Hohe Versammlung hoffentlich annehmen werde. Er verliest zuerst den 2. Änderungsantrag, der laut Lord Salisbury nach folgendem Absatz stehen soll:

„Der Generalgouverneur soll das Recht haben, die ottomanischen Truppen herbeizurufen, in denjenigen Fällen, in welchen die innere oder äußere Sicherheit bedroht sein sollte."

Der Erste französische Bevollmächtigte schlägt vor, dem Absatz folgenden Satz anzufügen:

„Die Hohe Pforte hat in diesem Falle den Vertretern der Mächte zu Konstantinopel von dieser Maßregel sowie von den Umständen, welche dieselben rechtfertigen, Kenntnis zu geben[1])."

[1]) Beide Sätze zusammen bilden Art. 16 des Berliner Vertrags.

Der Kongreß billigt den Absatz einstimmig.

Anschließend verliest Herr *Waddington* den 1. Änderungsantrag, der an die Stelle des folgenden Absatzes in Lord Salisburys Antrag treten soll: „Die innere Ordnung wird durch die Miliz aufrechterhalten, deren Offiziere vom Sultan ernannt werden, der der Religion der Bevölkerung Rechnung trägt."

Der Kongreß übernimmt die beiden ersten Absätze folgenden Wortlauts:

„Die innere Ordnung wird durch eine, von einer Ortsmiliz unterstützte Gendarmerie aufrechterhalten.

Bezüglich der Zusammensetzung dieser beiden Korps, deren Offiziere vom Sultan ernannt werden, soll je nach der Örtlichkeit, der Religion der Einwohner, Rechnung getragen werden[2])."

Herr *Waddington* verliest als Absatz 3:

„Se. Kaiserliche Majestät der Sultan verpflichtet sich, in den Grenzgarnisonen nur reguläre Truppen zu verwenden. Die zu diesem Dienst bestimmten Truppen dürfen in keinem Fall bei den Einwohnern einquartiert werden. Bei einem Durchmarsche durch die Provinz dürfen sie keinen Aufenthalt daselbst nehmen[3])."

Der Erste französische Bevollmächtigte führt weiter aus, der Absatz gelte nur für Friedenszeiten; er fasse drei Punkte ins Auge:

1. der Sultan verwendet keine Baschibozuks,

2. die Soldaten dürfen nicht bei der Bevölkerung einquartiert werden: sie müssen in Kasernen oder den 'Khans'[4]) untergebracht werden oder in Zelten lagern,

3. die Truppen dürfen sich nicht in der Provinz aufhalten, wenn sie sich zum Garnisonsdienst an die Grenzen begeben.

In dieser Frage sind sich die Bevollmächtigten Englands und Rußlands einig, es bleibt jedoch eine Meinungsverschiedenheit: während Graf Schuwalow darauf besteht, die Abmachungen, die er grundsätzlich annimmt, der Aufsicht einer europäischen Kommission zu unterstellen, lehnen die englischen Bevollmächtigten diese Kombination ab, die übrigens auch den französischen Bevollmächtigten ein zu weitgehender Eingriff in die Souveränität des Sultans darzustellen scheint. Der Kongreß solle daher Absatz 3, über den grundsätzlich Einigkeit bestehe, billigen: Graf Schuwalow könne dann seinen Zusatz-Artikel einbringen.

Fürst v.Bismarck teilt vollauf die Ansicht des Herrn Waddington zur Einquartierung der Truppen bei der Bevölkerung.

Graf Schuwalow stimmt dem soeben verlesenen Absatz mit dem Vorbehalt zu, eine zusätzliche Klausel über die europäische Kommission einzufügen. Wenn die kaiserlich russische Regierung dem Sultan die Befugnis zugestehe, die

---

[2]) Vgl. Art. 15, Abs. 2 und 3 des Berliner Vertrags.

[3]) Ebenda, Absatz 4.

[4]) „Khans" = Orientalische Herberge; weitläufig gebautes, einfaches Hotel; Karawanserei.

befestigten Orte an der Grenze und an der Küste zu besetzen, so wolle sie die Einschaltung der europäischen Kommission zur Frage der strategisch wichtigen Punkten und zur Stärke der ottomanischen Grenztruppen.

Rußland habe inzwischen schon auf Kontrolle der strategischen Punkte und der Stärke der türkischen Armee verzichtet, fürchte jedoch, die Bestimmungen in den jetzt zur Beratung anstehenden Vorlagen könnten ohne Mitwirkung europäischer Vertreter zur Ausführung kommen. Um die Diskussion nicht endlos auszudehnen, da die britischen Bevollmächtigten eine europäische Kommission strikt ablehnen, verlange er Absatz 3 ad referendum zu nehmen, und er werde auf einer späteren Sitzung darauf zurückkommen[5]).

Lord Beaconsfield hält das glückliche Ergebnis fest, das der französische Bevollmächtigte mit seinen ausgleichenden Formulierungen erzielt habe.

Nachdem der *Präsident* die einmütige Zustimmung des Kongresses zum gesamten Antrag des Herrn Waddington eingeholt hat, dankt er im Namen der Hohen Versammlung den französischen Bevollmächtigten für den Dienst, den sie der Sache des Friedens erwiesen, indem sie eine Verständigung mit der von ihnen vorbereiteten Vorlage erleichterten[6]). Das Protokoll bleibe für das spätere Votum Rußlands zu Absatz 3 offen.

Als nächsten Tagesordnungspunkt ruft der *Präsident* den Antrag des Grafen Andrássy zur Ersetzung russischer durch europäische Kommissare laut Protokoll der letzten Sitzung[7]) auf.

Lord Salisbury spricht sich weiterhin für den Antrag aus und möchte ihn so bald wie möglich in die Tat umgesetzt sehen: Er habe vom englischen Botschafter in Konstantinopel ein Telegramm erhalten mit höchst beunruhigenden Nachrichten über das Verhalten des Militärgouverneurs von Bulgarien, der offensichtlich dabei sei, mit seinen Maßnahmen die politische und finanzielle Zukunft des Landes festzulegen. Er möchte gewiß die russische Regierung nicht dafür verantwortlich machen, bittet aber den Kongreß, die Situation schnellstens zu beenden und vor allem der Zukunft der Provinz nicht vorgreifen zu lassen.

Der *Präsident* bittet Lord Salisbury, seinen Antrag schriftlich einzubringen. Bei einem Meinungsaustausch zwischen dem Fürsten v. Bismarck und dem Zweiten britischen Bevollmächtigten unterstreicht *Lord Beaconsfield* die Auffassung seines Kollegen über die Gefahren der gegenwärtigen Lage in Ost-Rumelien[8]). Daraufhin wird vereinbart, daß Lord Salisbury im Sekretariat einen schriftlichen Antrag einreichen wird, um die sofortige Annahme des Antrages von Graf Andrássy zu empfehlen.

Graf Schuwalow geht auf die Besorgnisse der englischen Regierung ein: Rußland möchte vor allem 1. Unterzeichnung des Friedens, 2. Abschluß des

---

[5]) Vgl. unten Protokoll Nr. 8, S. 239.

[6]) Hierzu Bismarck-Notizen: „Beacons(ield): [..?..] Dank Wadd(ington). Président]: schließt sich an Namen der Versamml[ung]."

[7]) vgl. oben, Protokoll Nr. 5, S. 212.

[8]) Dazu Bismarck-Notizen: „Beaconsf(ield): Utterly important".

politischen Aufbaus, 3. Ende der militärischen Okkupation. Dazu dürfe man aber die Lage weder komplizieren noch die Grenzen überschreiten, die durch das Interesse Europas abgesteckt seien. Kommissionen könnten gewiß nützlich sein, aber zu viele wären wiederum gefährlich. In Ost-Rumelien habe Rußland seine Aufgabe nicht mehr isoliert zu bewältigen; Europa sei an seine Stelle getreten und könne hier nach Gutdünken schalten und walten. In Bulgarien dagegen erscheine eine europäische Kommission entbehrlich und sei besser durch die Kontrolle der Konsuln in Bulgarien, und wenn nötig, auch durch die europäischen Vertreter in Konstantinopel zu ersetzen. Eine derartige Kontrolle erschiene Rußland ausreichend. Wenn sich die kaiserliche Regierung in Bulgarien vor den anderen Mächten eine größere Rolle vorzubehalten scheine, so habe Rußland auch bei Schaffung des neuen autonomen Fürstentums eine größere Rolle gespielt.

Der *Präsident* stellt fest, für den Grafen Schuwalow sei die Kommission identisch mit der Konferenz der Vertreter der Großmächte in Konstantinopel, und die Konsuln seien ausführende Organe dieser Konferenz.

Graf Schuwalow präzisiert, die Repräsentanten in Konstantinopel seien eher eine Appellationsinstanz für die Konsuln der Mächte und die russischen Kommissare.

Graf Andrássy gesteht den russischen Bevollmächtigten zu, daß das Prinzip der Kommissionen nicht überall anwendbar sei, aber Graf Schuwalow gehe weiter und weigere sich auch, in den von Artikel VII vorgesehenen Fällen die russischen Kommissare durch europäische Kommissionen zu ersetzen. Dagegen unterstreiche er für diese Fälle die Notwendigkeit der Intervention Europas. Unter Bezug auf die Tatsachen in dem von Lord Salisbury erwähnten Telegramm glaubt Graf Andrássy, eine solche Intervention sei auch im Interesse Rußlands. Er geht auf die technischen Schwierigkeiten der von Graf Schuwalow vorgelegten Kombination ein: die Rolle der Konsuln sei heikel, und die Kontrolle der Botschaft wäre angesichts der Tätigkeit der russischen Kommissare nach Charakter und Zuständigkeit zu definieren. In einer Sonderbesprechung habe der russische Bevollmächtigte ein anderes Verfahren durchblicken lassen — zwei europäische Kommissare den russischen und türkischen Kommissaren an die Seite zu setzen.

Lord Salisbury versteht nicht, daß Rußland, das Bulgarien so unabhängig machen zu wollen scheine wie einst die anderen tributpflichtigen autonomen Fürstentümer[9]), jetzt auf einem russischen Kommissar bestehe. Er bleibt daher bei seiner Zustimmung zum Antrag des Grafen Andrássy.

Graf Schuwalow möchte die europäische Überwachung nicht beseitigen, sondern ihr nur eine andere Form geben. Zum Einwand Lord Salisburys, der sich wundere, daß Rußland in Bulgarien am Einfluß eines russischen Kommissars festhalte, bemerkt er, Rußland sei gerade deshalb für einen russischen Kommissar, um dem Wunsch des Kongresses nach zügigem Abschluß von Aufbau und Räumung des Fürstentums entgegenzukommen. Wenn man wolle, daß die Dinge

[9]) D.h. Moldau, Walachei; Serbien.

schnell ablaufen, dürfe man Rußland nicht die Hände binden. Sollte in Ost-Rumelien keine Regierung zustandekommen, so habe der Kongreß auch für diesen Fall Vorsorge getroffen: für Bulgarien gelte das jedoch nicht: man müsse daher rasch handeln. Er faßt zusammen: Was er in Bulgarien erreichen möchte, sei einheitliches Handeln unter der Kontrolle Europas; was er vermeiden wolle, seien kollegiale Gremien, die Schwierigkeiten nur vergrößerten. Das beste Mittel wäre daher in seinen Augen die Beibehaltung des russischen Kommissars, der unter der übergeordneten Kontrolle der europäischen Botschafter in Konstantinopel handele, deren Mittler und Vertreter die Konsuln wären.

Da *Graf Andrássy* seine Einwände gegen die Form dieser Kontrolle und die Schwierigkeiten dieses Eingreifens der Botschafter und Konsuln erneuert, verlangt Graf Schuwalow, er solle seinen Gedankengang in der nächsten Sitzung schriftlich vorlegen.

Der *Präsident* sagt, der Kongreß erwarte einen Gegenantrag Rußlands zum österreich-ungarischen Antrag.

Lord Salisbury verliest seinen angemeldeten Antrag zur Unterstützung des Antrags des Grafen Andrássy, der in folgender Fassung Artikel VII anzufügen wäre:

„ Die derzeitige Militärregierung des Fürstentums und der Provinz wird in administrativen und finanziellen Angelegenheiten unverzüglich durch die provisorische Regierung der unten aufgeführten Kommission im Fürstentum und durch die Regierung des Sultans in der Provinz ersetzt[10])."

Der *Präsident* glaubt, dieser Zusatzantrag, mit dem sich der Kongreß erst in der nächsten Sitzung befassen könne, habe eine sehr beträchtliche Tragweite, da er das für neun Monate garantierte militärische Besatzungsrecht berührt.

Darüberhinaus sei er, auf einen Gedanken zurückkommend, den auszusprechen er schon Gelegenheit gehabt habe, nicht dafür, im Kongreß zweitrangige Fragen zu diskutieren, z. B. diejenige, mit der man sich im Augenblick befasse. Seiner Ansicht nach überschreite der Kongreß seine Kompetenz, wenn er die Frage der Notabeln-Versammlung, einer russischen und einer europäischen Kommission aufwerfe: Er sehe in der Beratung solcher Einzelfragen kein europäisches Interesse. Zudem habe er nur wenig Vertrauen, daß aus Beratungen von Notabeln etwas herauskomme. Sein Gesundheitszustand verbiete ihm die Teilnahme an noch zu vielen weiteren Sitzungen. Deshalb halte er es für richtig, die Bulgarienfrage auf sich beruhen zu lassen, sobald sich der Kongreß über die großen Linien verständigt habe, und sich danach sofort anderen wichtigen Fragen im Vertrag von San Stefano zuzuwenden, wie den territorialen Veränderungen und Fragen der Schiffahrt[11]). Er möchte für die

---

[10]) Inhaltlich ging der englische Antrag in die Art. 6 und 18 des Berliner Vertrags ein.

[11]) An dieser Stelle könnte es zu dem von Hohenlohe registrierten „Ausfall" Bismarcks „gegen die Völkerschaften der Balkanhalbinsel" gekommen sein, über den sonst nichts näher bekannt ist. Hohenlohe berichtet weiter: „Er [Bismarck] meinte, wir sollten uns nicht in die Details des Vertrages vertiefen und nur die Punkte hervorheben, die geeignet

nächste Sitzung vorschlagen, untergeordnete Fragen nur kurz zu streifen und nur noch Fragen von wirklich europäischer Bedeutung ausführlicher zu erörtern. Ohne im übrigen seinen Kollegen vorgreifen zu wollen, habe er soeben nur seine ganz und gar persönliche Meinung geäußert.

Graf Corti hält es nicht für schwierig, Übereinstimmung zwischen den Bevollmächtigten Rußlands und Österreich-Ungarns herzustellen. In Wirklichkeit komme die vom Grafen Schuwalow verlangte Kommission aus Konsuln dem Wunsch des Grafen Andrássy entgegen und sei bereits eine echte europäische Kommission, da jede Macht bei Ernennung ihres Konsuls zugleich auch ihren Kommissar nominiere. Was die Anrufung der Botschafterkonferenz in Konstantinopel betreffe, so habe er aus Erfahrung mit ähnlichen Gremien lernen müssen, wie schwer eine Verständigung und wie wenig erfolgversprechend eine solche Zusammensetzung sei.

Er regt an, sich mit einer konsularischen Kommission zu begnügen und schlägt vor, an den erfreulichen Ausgang des Eingreifens durch den französischen Bevollmächtigten in der wichtigen Frage der ottomanischen Garnisonen erinnernd, den Versuch, Elemente für eine Verständigung zwischen dem Grafen Andrássy und seinen Kollegen aus Rußland zu finden, wieder dem Bevollmächtigten einer neutralen Macht anzuvertrauen.

Der *Präsident* spricht sich für den Vorschlag aus, der ebenfalls die Zustimmung der Hohen Versammlung findet. *Graf Corti* übernimmt es, auf Bitte des Kongresses, im Einvernehmen mit Vertretern der drei unmittelbar beteiligten Mächte, die notwendigen Änderungen am Vertrag von San Stefano im Sinne des Antrags von Graf Andrássy zu prüfen.

Der Kongreß behandelt den Antrag Österreich-Ungarns, Frankreichs und Italiens zum Problem, die Handels- und Schiffahrtsverträge sowie Transitregelungen mit der Pforte in Bulgarien und Ost-Rumelien in Gänze beizubehalten, gemäß Protokoll Nr. 5[12]).

---

wären, die Einigkeit der Mächte zu stören. Im übrigen sei ihm das Schicksal jener Bevölkerung sehr gleichgültig." Vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, I, S. 240.

Die Bismarck-Notizen geben einige Präzisierungen in direkter Rede zur Frage der zu großen Ausführlichkeit des Kongresses einen Hinweis auf die relative Gleichgültigkeit gegenüber dem Balkan bietet lediglich der Satz: „la constitut(ion) de la Bulgarie nous (n') intertéresse pas, nous désirons arriver à une entente." (Die Verfassung Bulgariens interessiert uns nicht, wir wollen zu einer Verständigung kommen).

Nach A. Novotny: Berliner Kongreß, Nr. 119, S. 96, hielt Andrássy auch schon am 24.6. in einem Bericht über die 5. Sitzung eine ähnliche Äußerung Bismarcks fest, die allerdings im Konzept des Telegramms an Kaiser Franz Joseph wieder gestrichen wurde: „das Andere, worunter auch das Los der Bevölkerung subsumiert, ihm gleichgültig und nicht Aufgabe des Kongresses sei."Dazu auch Andrássy-Bericht zur 6. Sitzung, 26.6.1878, mit der Bismarck-Äußerung: „Man solle doch Rußland auf diesem Gebiete währen lassen, was in Bulgarien zu Stande komme, sei wesentlich gleichgültig usw." (Novotny Nr. 131), auch oben Prof. Nr. 5, Anm. 5, 6.

[12]) Vgl. oben, Protokoll Nr. 5.

Lord Salisbury verlangt, ,,Ost-Rumelien'' als überflüssig zu streichen.

Fürst v. Bismarck sieht es als geltendes Völkerrecht an, daß Bulgarien an Verträge gebunden bleibe, die die Regierung der Pforte für es abgeschlossen habe.

Graf Andrássy möchte ebenfalls ,,Ost-Rumelien'' streichen, um Verwirrung zu vermeiden und deutlich zu machen, daß die Provinz keine Handels-Autonomie erhalte, wie sie einst Rumänien gehabt habe.

Herr *Waddington* bemerkt, man wisse immer noch nicht, wie das politische Regime in Ost-Rumelien aussehen werde; vielleicht sei zu befürchten, daß sich eine örtliche Versammlung berechtigt glaubte, die mit den Mächten geschlossenen Verträge zu ändern. Um solchen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte er lieber ,,Ost-Rumelien'' beibehalten, und weist ausdrücklich auf die Gefahr hin, daß örtliche Versammlungen in Angelegenheiten des Transitrechts eingreifen könnten.

Es entzündet sich darüber eine Diskussion, an der sich *Lord Salisbury*, Herr *Waddington*, *Baron von Haymerle* und *Caratheodory Pascha* beteiligen. Der Erste türkische Bevollmächtigte bestätigt schließlich, daß Transitrechte für das Territorium des Reiches ohne ausdrückliche Ermächtigung des Souveräns nicht zu erwirken seien. Herr *Waddington*, nimmt die Erklärung zur Kenntnis und stimmt der Streichung von ,,Ost-Rumelien'' im Antrag zu.

Die ersten vier Absätze sind angenommen. Zum 5. fordert *Graf Schuwalow*, bei den Worten ,,Kapitulationen und Gebräuche'' einhakend, Streichung des Wortes ,,Gebräuche'' als zu vage und zu Mißbrauch Anlaß gebend.

Lord Salisbury und *Graf Andrássy* stimmen der Streichung zu.

Herr *Desprez* meint, bekanntlich seien die Kapitulationen unzureichend, rudimentär und nur allgemeine Grundsätze der Rechtsprechung und des konsularischen Schutzes. ,,Gebräuche'' seien die notwendigen Ergänzungen der in den Verträgen stipulierten Rechte. Herr Desprez führt Beispiele dafür an und spricht sich für Beibehaltung des Wortes ,,Gebräuche'' aus.

Graf Schuwalow erwidert, es gehe hier nur um Bulgarien, und erinnert daran, daß Rumänien die ,,Gebräuche'' nicht berücksichtigt habe, seitdem es sein Rechtssystem aufgebaut habe.

Lord Beaconsfield hält es für unnötig, sich jetzt über die Kapitulationen zu verbreiten, die noch Inhalt verschiedener Verhandlungen seien: sie brauchten nicht geschützt zu werden, wenn sie unnütz seien; andernfalls seien sie noch zu verstärken, aber sein Eindruck gehe dahin, daß sie dazu bestimmt seien zu verschwinden. Er ziehe es daher vor, den ganzen letzten Absatz wegzulassen[13]).

Caratheodory Pascha meint, zudem bliebe, außer in den wenigen Punkten, die der Kongreß abänderrr könne, der jetzige Zustand, wie er in den anderen

---

[13]) Danach die Zwischenfrage Bismarcks: ,,What do you understand — the 4 lines of the am(en)d(ment)?

Beac(onsfield): ,,Yes''. (Was meinen Sie — die 4 Zeilen des Zusatzantrags? Beaconsfield: Ja).

Teilen des Reiches in Bezug auf Gesetze, Verträge und Abkommen bestehe, auch in Ost-Rumelien bestehen.

Nach diesen Erklärungen behält der Kongreß den letzten Absatz des Antrages der drei Mächte bei, fügt aber folgenden Satz hinzu: ,,solange sie nicht mit Zustimmung der dazu berufenen Beteiligten abgeändert werden[14])."

Auf der Tagesordnung stehen weiter die beiden französischen Anträge zur Glaubensfreiheit laut Protokoll Nr. 5[15]).

Für den ersten verlangt Herr *Desprez* Ersetzung der Worte ,,Einwohner des Fürstentums Bulgarien" durch ,,bulgarische Untertanen"; der Änderung wird zugestimmt und der Antrag einstimmig angenommen. Zum zweiten Antrag, besonders in Bezug auf ,,Bischöfe und katholische Gläubige", schlägt *Graf Schuwalow* vor, sie durch ,,fremde Geistliche und Gläubige" zu ersetzen.

Lord Salisbury wünscht, die gleiche Gesetzgebung in dieser Beziehung für Rumelien und die anderen Provinzen der Türkei einzuführen.

Caratheodory Pascha erklärt, ein Antrag zur freien Religionsausübung in Ost-Rumelien sei ohnehin ganz überflüssig, da die Provinz der Herrschaft des Sultans unterstellt werden soll und damit den allen Teilen des Reiches gemeinsamen Grundsätzen und Gesetzen, die allen Religionen gleichermaßen Toleranz gewähren.

Herr *Waddington* nimmt diese Erklärung zur Kenntnis, teilt die Absicht mit, einige Änderungen im Wortlaut seines Antrages vornehmen zu wollen, und verlangt Vertagung der Diskussion auf morgen.

Baron Haymerle verliest folgenden Antrag:

,,Die Bevollmächtigten Österreich-Ungarns beantragen, den Schluß von Absatz 2, Artikel IX durch folgende Bestimmungen zu ersetzen:

Das Fürstentum Bulgarien übernimmt alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen welche die Hohe Pforte sowohl gegenüber Österreich-Ungarn als gegenüber der Gesellschaft für den Betrieb der Eisenbahnen der europäischen Türkei bezüglich des Ausbaues, des Anschlusses und des Betriebes der auf bulgarischen Gebieten gelegenen Bahnen eingegangen ist.

Die zur Regelung dieser Fragen notwendigen Übereinkommen werden zwischen Österreich-Ungarn, der Pforte, Serbien und dem Fürstentum Bulgarien unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens getroffen werden[16]). Es versteht sich, daß die Rechte und Pflichten der Hohen Pforte in Bezug auf die Eisenbahnen in Ost-Rumelien unberührt bleiben[17])."

Der *Präsident* vertagt die Diskussion der Frage auf die nächste Sitzung und fügt hinzu, auf der Tagesordnung stehe außerdem noch der ottomanische Antrag

---

[14]) Vgl. Art. 8, Abs. 4 des Berliner Vertrags.
[15]) Vgl. oben Protokoll Nr. 5, S. 209.
[16]) Vgl. Art. 10, Abs. 2 und 3 des Berliner Vertrags.
[17]) Vgl. oben, Protokoll Nr. 5, S. 209 des Berliner Vertrags.

zur anteiligen Übernahme der ottomanischen Schulden durch Bulgarien laut Protokoll Nr. 5[18]).

Lord Beaconsfield empfiehlt den Antrag der besonderen Aufmerksamkeit des Kongresses; nachdem Graf Schuwalow verschiedene Einwände angekündigt hat, wird die Diskussion auf morgen vertagt.

Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C. F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 7
Sitzung vom 26. Juni 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr v. Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.
Protokoll Nr. 5 wird angenommen.
Der *Präsident* verliest Liste Nr. 6 der an den Kongreß gerichteten Eingaben.

---

[18]) Vgl. oben Protokoll Nr.5, S. 210.

Fürst v. Bismarck beantragt bei der Hohen Versammlung im Namen Deutschlands die Bildung einer Kommission, in die jede Macht einen Bevollmächtigten entsendet, um den Entwurf für die Abfassung der Bestimmungen vorzubereiten, die in den neuen Vertrag aufzunehmen wären, unter Berücksichtigung der in den Kongreßprotokollen festgehaltenen Beschlüsse.

Sollte der Antrag angenommen werden, so bittet S.D. jede Macht, nach der Sitzung beim Sekretariat den Bevollmächtigten ihrer Wahl zu nennen, der sie in der Kommission vertreten soll.

Der Antrag des Fürsten v. Bismarck wird einstimmig angenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der *Präsident* den Kongreßmitgliedern Gelegenheit zu Mitteilungen für die Hohe Versammlung. *Fürst Gortschakow* drückt sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß er an den letzten Sitzungen nicht teilnehmen konnte, in denen die wichtige Bulgarienfrage verhandelt wurde. Seine Abwesenheit sei unabhängig von seinem Willen erfolgt, er möchte jedoch zur Diskussion so kurz wie möglich einige Bemerkungen machen, mit der Verständigungsbereitschaft, die ihn beseele: Lord Beaconsfield habe in einer früheren Sitzung den Wunsch ausgesprochen, daß der Sultan Herr bei sich bleibe[1]). Wie Lord Beaconsfield wünsche auch er, der Sultan möge Herr im eigenen Hause bleiben, meine aber, seine Herrschaft hinge von gewissen Bedingungen ab, ohne die selbst ein Genie keine Wunder vollbringen könnte. In seinen Augen seien diese Bedingungen politischer und administrativer Natur: Vom administrativen Standpunkt aus käme es darauf an, Besitz und Leben der Einwohner der Provinzen, denen der Kongreß nicht die Unabhängigkeit gegeben habe, zu sichern, aber nicht durch leere Versprechungen auf dem Papier, die auch wieder wirkungslos blieben und weder Mißbrauch noch Bedrückung verhindern könnten, sondern durch eine europäische Übereinkunft, die deren Wirksamkeit garantiert und bei der Bevölkerung Vertrauen erweckt. Politisch gesehen, wünsche er sich anstelle eines englischen, französischen oder russischen Übergewichts, wie es in der Vergangenheit zu verschiedenen Zeiten in Konstantinopel bestand, daß es im Orient überhaupt kein, wie auch immer geartetes Übergewicht gebe — weder für Rußland noch für eine andere Macht. Er sähe gern den kleinlichen und intrigenreichen Kampf aus Eigenliebe auf dem glatten Parkett Konstantinopels durch gemeinsames Handeln der Großmächte ersetzt, da sich so die Ottomanische Pforte viele Illusionen und Fehler ersparen könnte. Er wolle sich eines Ausdrucks bedienen, der sicher jedem mit der Kriegskunst vertrauten Manne nach den heldenhaften Leistungen der russischen Armeen gerechtfertigt erscheine: Rußland bringe Lorbeeren mit, und er hoffe, der Kongreß werde aus ihnen Ölzweige machen.

Fürst Gortschakow fährt fort, seine beiden Kollegen wären in den letzten Sitzungen dem Wunsche nach Frieden, der Rußland wie ganz Europa beseele, mit weitgehenden Zugeständnissen entgegengekommen: Sie haben der Hohen Versammlung keine Worte, sondern Taten geboten. Er sei überzeugt, daß die

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 4, S. 202.

Kongreßmitglieder seinem Land in dieser Beziehung volle Gerechtigkeit widerfahren lassen werden. Er und seine Kollegen würden auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten.

Fürst Gortschakow verwirft daher den Gedanken, irgendeine Macht wolle sich dem großen und schönen Werk des Friedens widersetzen, an dem Europa so viel liegt, indem sie ihre Forderungen bis zu Grenzen hochschraube, die der große Herrscher und die große Nation, die er vertrete, nicht überschreiten könnten. Er wiederholt, er halte eine Handlungsweise für undenkbar, die Mitwelt und Geschichte gleichermaßen scharf verurteilen würden[2]).

Lord Beaconsfield drückt seine tiefe Genugtuung darüber aus, den Fürsten Gortschakow wieder seinen Sitz im Kongreß einnehmen zu sehen, und er betrachte den beredten Beitrag S.D. als glücklichen Beweis für eine Besserung seiner Gesundheit. Er greift die Worte des russischen Bevollmächtigten über die schweren Opfer auf, die der große Herrscher und das große Land, die so würdig durch S.D. vertreten seien, für den Frieden gebracht hätten, und hält sich zur

---

[2]) Eine zeitgenössische Überlieferung der Rede Gortschakows in direkter Rede nach Schultheß Europäischen Geschichtskalender, 1878, S. 103 (in modernisierter Rechtschreibung und Interpunktion):

„Da ich einige Tage nicht an Ihren Beratungen teilnehmen konnte, möchte ich nicht in Ihre Mitte zurückkehren, ohne Ihnen nachstehende Bemerkungen mitzuteilen, die mir durch die Liebe zur Wahrheit und zu meinem Vaterland eingegeben werden. Während der letzten Beratung haben meine Kollegen (hier verbeugte sich der Fürst gegen den Grafen Schuwaloff und den Baron Oubril) Ihnen im Namen Rußlands Zugeständnisse gemacht, welche weit diejenigen überschreiten, die es zu machen gedachte. (Allgemeine Spannung). Aber ich bin zu gut von den Gefühlen unterrichtet, welche meine Kollegen beeinflussen, um etwas gegen die Zugeständnisse zu sagen, zu denen sie sich verpflichtet fühlten. Ich möchte lediglich vor Ihnen erklären, daß Rußland, wie wohl bekannt, diese Opfer wegen seiner Liebe zum Frieden gebracht hat, und daß es Wahrheit war, als Rußland sowohl vor als nach dem Krieg erklärte: daß es nur um den Christen des Orients zu helfen sich erhoben hat, daß es keine selbstsüchtigen heimlichen Zwecke verfolgte, und daß, nachdem es so große Opfer, in einem Kriege, der lediglich für das Christentum und die Zivilisation unternommen wurde, gebracht hat, es sich auch im Stande zeigt, Opfer für die Wiederherstellung des Friedens zu bringen, auf die ja Ihre Anstrengungen gerichtet sind. Ich glaube, niemand wird dem Ruhm der russischen Armee, welche die glänzendsten Siege errungen hat, in Frage stellen; aber Rußland wünscht, daß es offenkundig sei, daß es die Lorbeeren des Sieges, die mit dem kostbarsten Blute errungen sind, gegen die Palmen des Friedens vertauschen möchte."

Authentischer, aber in der Sache nicht unterschiedlich, Andrássys Bericht über die 7. Sitzung vom 27.6.1878, (Novotny, Nr. 144).

„'Wir bringen Ihnen — fuhr Fürst Gortschakow nicht ohne Pathos fort — unsere Lorbeeren mit, verwandeln Sie sie in Friedenspalmen'!

In Sitzungen, an welchen er keinen Antheil gehabt, seien von seinen russischen Collegen dem allgemeinen Friedensbedürfnissen die weitreichendsten Zugeständnisse gemacht worden. Der Congreß müßte Rußland Gerechtigkeit widerfahren lassen, davon könne er nicht zurücktreten. Steigere man die Anforderungen an Rußland ins Maßlose, dann werde es sich der glorreichen Thaten seiner Söhne erinnern müssen und nicht Rußland werde es sein, auf welches die Verantwortung des Mißerfolges zurückfallen werde'."

Feststellung berechtigt, daß auch er und seine Kollegen aus England wichtige Zugeständnisse aus dem gleichen Friedenswillen gemacht hätten. Europa wünsche in der Tat den Frieden, und er sei glücklich, nach den Worten, die er soeben vernommen habe, von nun an den ungeteilten Ausdruck dieser Überzeugung feststellen zu können. Damit dieser Wunsch auch in Erfüllung gehe, sei Verständigungsbereitschaft weiterhin nötig.
Sonst habe er der Rede des Fürsten, der er mit größter Genugtuung zugehört habe, nichts weiter hinzuzufügen[3]).

Fürst v. Bismarck ist überzeugt, daß der Geist der Versöhnlichkeit den Kongreß weiterhin beherrschen werde; alle Mitglieder der Hohen Versammlung seien sich im Gefühl der hohen Verpflichtung verbunden, den Frieden Europas zu sichern und zu festigen. Die bisherigen Fortschritte des Kongresses ließen ihn hoffen, daß die Vertreter der Mächte das Ziel erreichen werden, das die beiden berühmten Staatsmänner soeben gewiesen haben, indem sie sich gegenseitig ihres Friedenswillens, mit durch Rücksicht auf die Nationalehre diktierten Einschränkungen, versichert hätten. Solche Einschränkungen, daran zweifle er nicht, könnten die Grundlagen des Werkes, das der Kongreß vor sich habe, nicht antasten, und die nationale Ehre der einen wie der anderen Seite sei durchaus mit ihrer Verständigungsbereitschaft in Einklang zu bringen. Die Staaten, die an den Fragen, die den Weltfrieden stören könnten, nur mittelbar beteiligt seien, sollten selbstverständlich immer dann, wenn das Friedenswerk des Kongresses durch untergeordnete Fragen in den Augen Europas bedroht sei, ihre un-

---

Entsprechend auch bei Andrássy über die sich anschließende Rede. Dazu auch Bismarck-Notizen: ,,Gorts.(chakow): ... si se trouve une puissance, qui [uns (?)] zu nahe tritt, die es [sicher?, hier?] gibt, werde sie hart von der Gesch.(ichte) u(nd) von den Zeitgenossen beurtheilt werden!"

[3]) Schultheß-Geschichtskalender, S. 103:

,,Diesen Worten folgte tiefes Schweigen. Nach einigen Augenblicken erhebt sich Lord Beaconsfield und bittet um das Wort. Seine mit der ihm eigenen ausdrucksvollen Weise gehaltene Rede, über welche dem Korrespondenten der 'Times' sehr viel Rühmendes gesagt wurde, deren genauen Wortlaut derselbe aber nicht feststellen kann, beginnt etwa folgendermaßen: 'Ich bin überzeugt, der Dolmetscher Ihrer Gefühle zu sein, wenn ich der tiefen Bewunderung Ausdruck gebe, welche ich für die Worte meines edlen und erlauchten Freundes und die Weise hege, in denen er den wahren Gesinnungen seines Landes Ausdruck verliehen hat. Ich bin glücklich in dem Gedanken, daß es der Wunsch nach Frieden war, der die Entschließungen Rußlands in den letzten Beratungen geleitet hat. Ich beeile mich daher, das im Namen dieses Kongresses, der mir zuhört, anzuerkennen, und hoffe zuversichtlich, daß ich ein gleiches Gefühl in allen diesen Beratungen antreffen werde.' Lord Beaconsfield spricht noch einige Minuten länger und nimmt dann seinen Platz ein. Es ist klar, die Nachgiebigkeit Rußlands bezüglich der Ausdehnung Bulgariens ist vom Kaiser und Schuwalow gegen das Widerstreben Gortschakow's und der panslawischen Partei durchgesetzt worden."

Dazu auch Bismarck-Notizen: ,,Beaconsfield: we too made great concessions for the sake of peace." (Auch wir haben bedeutende Konzessionen um des Friedenswillens gemacht).

parteiische Stimmen erheben. In diesem Sinne würden Frankreich, Italien und Deutschland notfalls an die Weisheit jener befreundeten Mächte appellieren, deren Interessen ganz besonders betroffen seien[3a]). *Fürst v. Bismarck* schließt mit der Bemerkung, er würde sich freuen, wenn er damit auch die Haltung der neutralen und unparteiischen Regierungen richtig wiedergegeben hätte. Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Ersten türkischen Bevollmächtigten:

„Unabhängig vom Tribut trägt das Fürstentum Bulgarien einen Teil der Schulden des Reiches im Verhältnis zu seinen Einkünften[4])."

Zur näheren Erläuterung seines Antrages gibt *Caratheodory Pascha* folgende Erklärung ab:

„Mit meinem Antrag, daß, unabhängig vom Tribut, das Fürstentum Bulgarien einen Teil der Schulden des Reiches proportional zu seinen Einkünften trägt, habe ich mich bemüht zu erfüllen, wozu ich mich gegenüber den Gläubigern der Türkei verpflichtet fühle.

Ich kann nicht leugnen, daß die Einkünfte der Regionen, die das neue Fürstentum bilden, ausdrücklich in allgemeiner Form mit der gesamten Staatsschuld der Türkei verknüpft sind. Für gewisse Anleihen sind einige dieser Einkünfte als besondere Pfänder eingesetzt.

In einem Dokument, das in der Liste der Petitionen an den Kongreß als Nr. 16 erscheint, und das ich auch unmittelbar erhalten habe, haben sich Gläubiger der Türkei auf Präzedenzfälle aus der Praxis des öffentlichen Rechts gestützt. Ich beeile mich einzuräumen, daß die Analogie nicht ganz zutrifft, denn die angeführten Präzedenzfälle stammen aus Gebieten, die unabhängigen Staaten einverleibt worden sind oder Gebieten, die inzwischen ihre Unabhängigkeit erhalten haben, während das Fürstentum Bulgarien nur autonom ist. Aber auch ohne Recht auf Unabhängigkeit wird das Fürstentum Bulgarien, kraft des Prinzips der inneren Autonomie, eine Finanzverwaltung erhalten, somit ein eigenes Budget mit Einnahmen und Ausgaben. Vielleicht hält es der Kongreß, gerade weil das Fürstentum nicht unabhängig ist, für geboten, evtl. in dieser Hinsicht bestehende Zweifel auszuräumen.

Die Beteiligung des Fürstentums Bulgarien an der Staatsschuld des Reiches ist nicht mit dem Tribut zu verwechseln, den das Fürstentum zu zahlen hat. Das sind ganz verschiedene Dinge: Die Beteiligung an der Schuld fließt einfach aus der schlichten Anerkennung der Gläubigerrechte.

Der Tribut dagegen betrifft den Oberherrlichen Hof. Er verkörpert das Band, das das Fürstentum an das Reich bindet; er ist der Preis für die Auslösung aus dem direkten Untertanenverhältnis, unabhängig von anderen Schulden, vergangenen wie künftigen. Zur Stützung dieser Ansicht erlaube ich mir, auch

---

[3a]) Hierzu die aufschlußreiche Bemerkung im Andrássy-Bericht, ebenda: „Waddington schaltete hier vertraulich B(ar)on Haymerle gegenüber ein, daß Fürst Bismarck keinerlei formale Autorisation besitze, im Namen Frankreichs zu sprechen."

[4]) Vgl. Art. 9, Abs. 2 des Berliner Vertrags.

daran zu erinnern, daß die kaiserlich russische Regierung einfach einen Tribut vorsah, ohne weitere Präzisierung, aus Rücksicht, wie sie erklärte, auf evtl. Interessen Dritter.

Der Antrag, den dem Kongreß vorzulegen ich die Ehre habe, folgt demselben Gedankengang: Er läßt die Frage des Tributs unberührt; er präjudiziert nichts, er hat nur die Feststellung eines Prinzips zum Ziel."

Der *Erste italienische Bevollmächtigte* möchte dem Kongreß folgenden Zusatz zu Absatz 1 Artikel IX des Vertrages von San Stefano vorlegen, um den Antrag des ottomanischen Bevollmächtigten zu ergänzen:

„Bei Feststellung des von Bulgarien an die Hohe Pforte zu zahlenden Tributs soll der Teil der Staatsschuld, der dem Fürstentum aufzulegen sein würde, auf der Grundlage eines billigen Anteils in Betracht gezogen werden[4])."

Der *Präsident* erkennt die Berechtigung des Antrags an, denn tatsächlich hänge von der Frage des Tributs die Höhe des bulgarischen Anteils an der Staatsschuld ab. Außerdem wären beide miteinander zusammenhängenden Fragen später in der Kommission zur Regelung der Fragen zu behandeln, die außerhalb der dem Kongreß zugewiesenen Aufgabe lägen.

Graf Schuwalow hat, da beide Fragen vertagt sind, zu diesem Zeitpunkt keine Einwände.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* bemerkt, daß die Frage aus der Sicht von Papierinhabern der „Dette Ottomane"[5]) äußerst heikel sei. Es scheint ihm, daß der Antrag Caratheodory Paschas dem des Grafen Corti vorzuziehen sei; der türkische Bevollmächtigte lasse nämlich klar seine Absicht erkennen, Bulgarien einen Anteil an der Schuld tragen zu lassen. Er bitte den Grafen Corti, seine Überlegungen weiter auszuführen: Wolle der Erste italienische Bevollmächtigte die von Caratheodory Pascha vorgeschlagene Garantie abschwächen oder nur ein Äquivalenz zum ersten Antrag vorlegen?

Graf Corti erklärt, er wolle im Prinzip festlegen, daß Bulgarien einen Teil der türkischen Schulden übernehmen muß; gleichzeitig wolle er aber auch deutlich machen — und er begegne sich übrigens in diesem Punkt mit dem vom Fürsten v. Bismarck geäußerten Gedanken — daß es einen Zusammenhang zwischen der Staatsschuld und dem Tribut gebe. Er bestehe nicht auf seiner Fassung, da die Frage einer Sonderkommission überlassen bleibe.

Herr *Waddington* ist auch bereit, die ganze Frage zu vertagen, aber da er hier die beträchtlichen Interessen zahlreicher Besitzer von Anleihen vertrete, halte er nach wie vor den Ottomanischen Antrag für klarer als den des italienischen Bevollmächtigten.

Der *Präsident* sieht im Grunde keinen großen Unterschied zwischen beiden Anträgen: der ottomanische Antrag formuliere ein vom Grafen Corti anerkanntes Prinzip, und der Bevollmächtigte Italiens beschränke sich auf den Wunsch, die Frage des Tributs gleichzeitig mit der Staatsschuld zu prüfen.

---

[5]) Türkische Staatsschuld; dazu auch Bismarck-Notizen: „Waddingt(on): je parle für d(ie) Gläubiger der Pforte".

Graf Schuwalow möchte lieber den italienischen Antrag annehmen, da er Europa die Möglichkeit lasse, sich zur rechten Zeit, am rechten Ort und in voller Kenntnis der Sachlage zu äußern, während sich der ottomanische Antrag darauf beschränke, ein Prinzip zu formulieren, das wohl nicht für jedermann annehmbar sei. Der Grundsatz „im Verhältnis zu seinen Einkünften" erscheine ihm tückisch. Die Ausgaben würden überhaupt nicht erwähnt, so daß je mehr Ausgaben Bulgarien habe, es sich desto weniger an der Schuld zu beteiligen brauche. Das Verhältnis zu den Einkünften sei daher keine sichere Grundlage, denn wenn es keine überschüssigen Einkünfte gäbe, gäbe es auch keine Beteiligung an der Staatsschuld.

Graf Corti stellt fest, er sei bereit gewesen, für den ottomanischen Antrag zu stimmen; er habe seinen Antrag nur gestellt, um die Stimmen der Mehrheit der Mächte miteinander zu vereinen.

Auf Anfrage des Herrn *Waddington*, ob die russischen Bevollmächtigten dem Grundsatz zustimmten, daß ein noch festzulegender Teil für die Schuld aufgewandt werde, antwortet *Graf Schuwalow*, wenn der Wille Europas es gerecht fände, widersetze sich Rußland dem nicht.

Nach dieser Erklärung stimmt *Herr Waddington* der italienischen Fassung zu.

Der *Präsident* läßt über den Antrag des Grafen Corti abstimmen.

Marquis von Salisbury gibt zu Protokoll, England sei für den türkischen Antrag und schließe sich dem italienischen Antrag nur an, wenn die türkische Vorlage keine Mehrheit erhielte.

Caratheodory Pascha besteht angesichts der Absicht des Kongresses, der Lage, auf die die Aufmerksamkeit zu lenken er die Ehre gehabt habe, Rechnung zu tragen, nicht auf seinem Antrag und stimmt dem italienischen Antrag zu, da er nicht im Gegensatz zum Inhalt seines Antrags stehe, denn in Zahlen ausgedrückt, laufe billiger Anteil auf Proportionalität hinaus.

Der Antrag des Grafen Corti ist angenommen.

Der Kongreß geht zum österreich-ungarischen Antrag über die ottomanischen Eisenbahnen über, folgenden Wortlauts:

„Die Bevollmächtigten Österreich-Ungarns beantragen, den Schluß von Absatz 2 Artikel IX durch folgende Bestimmungen zu ersetzen:
Das Fürstentum Bulgarien übernimmt für seinen Teil die Verpflichtungen, welche die Hohe Pforte sowohl gegenüber Österreich-Ungarn als gegenüber der Gesellschaft für den Betrieb der Eisenbahnen der europäischen Türkei bezüglich des Ausbaues, des Anschlusses und des Betriebes der auf bulgarischem Gebiete gelegenen Bahnen eingegangen ist.

Die zur Regelung dieser Fragen notwendigen Übereinkommen werden zwischen Österreich-Ungarn, der Pforte, Serbien und dem Fürstentum Bulgarien unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens getroffen werden[6]).

---

[6]) Vgl. Art. 10, Abs. 2 und 3 des Berliner Vertrags.

Es versteht sich, daß die Rechte und Pflichten der Hohen Pforte in Bezug auf die Eisenbahnen in Ost-Rumelien unberührt bleiben[7]).''

Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Der *Präsident* unterbreitet dem Kongreß den in einer früheren Sitzung von den französischen Bevollmächtigten eingebrachten zusätzlichen Artikel über die ausländischen katholischen Gläubigen in Bulgarien und Ost-Rumelien[8]).

Herr *Waddington* führt aus, nach der gestrigen Erklärung des türkischen Bevollmächtigten, wonach die Freiheit der katholischen Regligionsausübung in Ost-Rumelien durch die allgemeinen Gesetze des Reiches, Verträge und Konventionen geschützt bleibe[9]), beschränkten sich die *Bevollmächtigten Frankreichs* auf folgende Erwägungen:

,,Mit dem Zusatzartikel über die fremden katholischen Gläubigen beziehen sich die französischen Bevollmächtigten auf die Grundsätze völliger Freiheit, die der Kongreß gestern zugunsten aller Religionsgemeinschaften und Kulte in Bulgarien bestätigte, sowie auf die in derselben Sitzung vom Ersten türkischen Bevollmächtigten abgegebene Erklärung, daß in Ost-Rumelien kein Eingriff in die Rechte für Ausländer im Ottomanischen Reich beabsichtigt sei.''

Lord Salisbury bedauert, daß die französischen Bevollmächtigten ihren Antrag nicht weiterführten, indem sie seine Gültigkeit auf die gesamte europäische Türkei ausdehnten. Er hätte hier einen bedeutenden Fortschritt verwirklicht gesehen.

Herr *Waddington* erwidert, der Fortschritt, von dem Lord Salisbury spreche, sei schon durch Annahme des ersten französischen Antrags, der die volle Glaubensfreiheit bestätigt, in der gestrigen Sitzung erreicht[10]).

Auf den Einwand *Lord Salisbury*, der Antrag gelte nur für Bulgarien, schließt sich der *Präsident* für seinen Teil dem Wunsche an, die Glaubensfreiheit auf die ganze Türkei sowohl in Europa als auch in Asien auszudehnen, frage sich aber, ob die ottomanischen Bevollmächtigten dem zustimmen würden[11]).

Caratheodory Pascha erklärt, in seiner gestrigen Antwort auf Herrn Waddington habe er sich nur auf die allgemeine Gesetzgebung des Ottomanischen Reiches bezogen sowie auf Verträge und Abmachungen. Heute füge er hinzu: Die Toleranz, die in der Türkei alle Bekenntnisse genießen, erlaubten keinen Zweifel, so daß er sich, da kein weitergehender Antrag vorliege, zu dem er sich zu äußern hätte, berechtigt fühle, eine besondere Erwähnung von Ost-Rumelien für überflüssig zu halten.

Der *Präsident* stellt fest, daß sich der Kongreß einmütig dem Wunsche Frankreichs anschließt, die Erklärung der Türkei zugunsten der Glaubensfreiheit

---

[7]) Vgl. Art. 21 des Berliner Vertrags.
[8]) Vgl. oben, Protokoll Nr. 6, S. 225.
[9]) Ebenda.
[10]) Ebenda.
[11]) Dazu Bismarck-Notizen: ,,Prés(ident)... pour l'Allemagne je m'associe à Salisb(ury) de voir cette liberté ausgedehnt auf das ganze Reich, die Türken werden nicht wollen?''

zur Kenntnis zu nehmen. Das war das Ziel der französischen Bevollmächtigten, und es sei erreicht. Lord Salisbury möchte weiter gehen und den ursprünglichen Antrag nicht nur auf Bulgarien und Rumelien ausdehnen, sondern auch auf das ganze Osmanische Reich. Was Deutschland betrifft, so hätte Fürst v. Bismarck der dem französischen Antrag zugestimmt habe, ebensogern auch den Lord Salisburys angenommen, aber die Diskussion einer so komplexen Frage brächte den Kongreß vom Ziel seiner jetzigen Sitzung ab[12]). Er frage dennoch Lord Salisbury, ob er dazu einen gesonderten Antrag zu stellen beabsichtige.

Der *Zweite britische Bevollmächtigte* behält sich vor, auf die Frage bei Artikel 22 des Vertrages von San Stefano zurückzukommen.

Graf Schuwalow fügt hinzu, der Wunsch Lord Salisburys, die Glaubensfreiheit soweit wie möglich auf Europa und Asien auszudehnen, erscheine nur zu gerechtfertigt. Er möchte seine Zustimmung zum Wunsch des britischen Bevollmächtigten zu Protokoll geben. Da der Kongreß versucht habe, Grenzen nach ethnographischen Gesichtspunkten zu beseitigen und durch kommerzielle und strategische Grenzen zu ersetzen, wünschten die russischen Bevollmächtigten aber umsomehr, daß diese Grenzen nicht zu religiösen Schranken würden.

Der *Präsident* faßt die Diskussion zusammen:

Im Protokoll wurde aufgenommen, daß sich der Kongreß einstimmig dem französischen Antrag angeschlossen und der größte Teil der Bevollmächtigten den Wunsch nach Ausdehnung der Glaubensfreiheit ausgesprochen habe. Die Frage werde ohnehin in der Diskussion über Artikel XXII des Vertrages von San Stefano wieder auftauchen[13]).

Auf der Tagesordnung steht der Änderungsantrag von *Lord Salisbury* zu Artikel VII des Vertrages, aber der Zweite britische Bevollmächtigte teilt mit, nach Verständigung auf einer Sonderbesprechung hätten die Vertreter Österreich-Ungarns, Rußlands und Großbritanniens den Antrag in eine neue Vorlage eingearbeitet, die dem Kongreß zugehen werde. Daher ziehe er seinen Antrag zurück.

Graf Andrássy kündigt an, nach einem Gedankenaustausch, entsprechend dem vom Kongreß in der vorigen Sitzung ausgesprochenen Wunsch, zwischen den Kabinetten Österreich-Ungarns, Großbritanniens, Rußlands und Italiens zum Problem der Artikel VII, VIII, IX, X und XI des Vertrages von San Stefano seien sich die Bevollmächtigten dieser Mächte über eine neue Fassung einig geworden.

Baron von Haymerle erläutert die Änderungen: von Artikel VII bleiben Absätze 1 und 2; Absatz 3 soll jedoch folgendermaßen lauten:

---

[12]) Ebenda: „Prés(ident) spricht zur Sache. Salisb(ury) will [Glaubensfreiheit?] auf das ganze Reich ausdehnen, ich stimme gern dafür, mais ça nous empêcherait de terminer les [discussions?] d'aujourd'hui, la Turquie n'y consentira peut-être pas. (..... aber das braucht uns nicht zu hindern, die heutige [Diskussion] abzuschließen, die Türkei stimmt dem vielleicht nicht zu).

[13]) Vgl. unten, Protokoll Nr. 8, S. 252f.

„Eine in Tirnowo zusammenzuberufende Versammlung von Notabeln Bulgariens wird vor der Wahl des Fürsten die Organisation der zukünftigen Verwaltung ausarbeiten[14])."

Absatz 4 bleibt, unter Streichung von „Kutzo-Walachen". Absatz 5 entfällt und wird durch folgenden ersetzt:

„Die provisorische Verwaltung von Bulgarien wird bis zur Einführung der neuen Organisation von einem kaiserlich russischen Kommissar geleitet werden. Ein kaiserlich Ottomanischer Kommissar sowie die dazu besonders delegierten Konsuln der übrigen Mächte werden berufen, demselben zur Seite zu treten, um die Ausübung dieser provisorischen Regierungstätigkeit zu kontrollieren.

Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen den delegierten Konsuln soll die Mehrheit entscheiden und im Falle des Zwiespaltes der Ansichten zwischen dieser Mehrheit und dem kaiserlich russischen Kommissar haben die Vertreter der Signatarmächte in Konstantinopel, zu einer Konferenz vereinigt, zu entscheiden[15]). Sobald der Fürst gewählt und eingesetzt ist, soll die neue Organisation in Kraft treten und Bulgarien in den vollen Genuß seiner Autonomie gelangen[16]).

Unmittelbar nach Friedensschluß wird eine europäische Kommission für die Organisation Ost-Rumeliens und für seine Finanzverwaltung bis zur Vollendung der Organisation eingesetzt."

Graf Schuwalow stellt Übereinstimmung unter den Mächten über ein in der gestrigen Sitzung lange diskutiertes Problem fest. Er habe sich nur das Recht auf einige rein formale Änderungen vorbehalten, die er aber so schnell nicht vorlegen könne.

Caratheodory Pascha billigt den Absatz unter demselben Vorbehalt.

Alle Bevollmächtigten stimmen für den Absatz, aber nach kurzer Diskussion wird vereinbart, ihn vom Artikel zu trennen und zu einem eigenen Artikel des späteren Vertragswerks zu machen.

Baron von Haymerle fährt mit der Verlesung der neuen Fassung von Artikel VIII fort, dessen Absatz in Zukunft so lauten soll:

„Die ottomanische Armee darf nicht länger in Bulgarien verbleiben, und alle bisherigen Festungen sind, auf Kosten der örtlichen Regierung, zu schleifen, die gehalten ist, sie in kürzest möglichen Zeitraum zu schleifen und keine neuen zu bauen. Die Hohe Pforte etc. ...[17])"

Der Rest des Absatzes bleibt unverändert.

Die Endfassung von Absatz 2, der einen schon vom Kongreß angenommenen Antrag ersetzt, soll die Redaktionskommission im Sinne dieses Antrags formulieren. Absatz 3 wird zurückgestellt.

Baron von Haymerle bemerkt, Absatz 1 Artikel IX sei schon durch den Änderungsantrag des Grafen Corti erledigt. Absatz 2 werde von den Worten „die

---

[14]) Vgl. Art. 4, Abs. 1 des Berliner Vertrags.
[15]) Vgl. Art. 6 des Berliner Vertrags.
[16]) Vgl. Art. 7, Abs. 2, Satz 2 des Berliner Vertrags.
[17]) Vgl. Art. 11 des Berliner Vertrags.

Bestimmungen bezüglich der Gleise" an durch den österreich-ungarischen Antrag über die Eisenbahnen ersetzt[18]).

Graf Schuwalow und Herr *d'Oubril* erklären, Artikel X sei jetzt überflüssig und solle entfallen. Artikel XI falle nach Ansicht der Bevollmächtigten in die Kompetenz der Redaktionskommission.

Caratheodory Pascha bemerkt, Absatz 2 Artikel XI müsse in jedem Falle bleiben.

Der *Präsident* stellt fest, da der Kongreß die gesamte von Baron Haymerle verlesene Vorlage ungeteilt billige, habe die Hohe Versammlung Bulgarien erledigt und könne sich einem anderen Teil ihrer Aufgabe zuwenden.

S.D. gibt der Hoffnung Ausdruck, die Bevollmächtigten möchten die restlichen Themen allgemeiner und zügiger erledigen als Bulgarien. In seiner gegenwärtigen Zusammensetzung könne der Kongreß gar nicht so lange tagen, um in die zahlreichen Details einzudringen. Vielmehr könne er nur Grundlagen legen und müsse Details einer späteren Versammlung zur abschließenden Prüfung zweitrangiger Fragen überlassen.

Von wichtigen Fragen, mit denen sich seiner Meinung nach der Kongreß künftig befassen sollte, nennt der Präsident an erster Stelle die territorialen Veränderungen Bosniens, Montenegros, Serbiens und Rumäniens. Als Probleme blieben noch die griechischen Provinzen, die Donau, die Meerengen, Asien, die Kriegsentschädigungsfrage. Er fragt, ob die Hohe Versammlung die Diskussion der territorialen Fragen, einschließlich Grenzberichtigungen und Unabhängigkeit der genannten Länder, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die auf Freitag, den 28. Juni, anberaumt ist, setzen möchte.

Nach einer Aussprache unter den Bevollmächtigten über verschiedene religiöse und kommerzielle Fragen, die zusammen mit der Unabhängigkeit und den Grenzen zu behandeln seien, meint *Lord Beaconsfield*, im Einvernehmen mit dem *Präsidenten*, alle diese Fragen ließen sich ohne große Schwierigkeit zusammen diskutieren[19]).

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung lautet daher wie folgt:

Bosnien, Montenegro, Serbien und Rumänien.

Mehemed Ali Pascha verlangt daraufhin, einen Antrag zur serbischen Grenze folgenden Wortlauts zu verlesen[20]):

„Nach dem Frieden von Adrianopel steht dem Fürstentum Serbien eine Grenzberichtigung zu.

---

[18]) Vgl. oben Protokoll Nr. 6, S. 225.

[19]) Dazu Bismarck-Notizen: „Salisb(ury): la question de l'indépendance [?], die Regelung der commerciellen [(?)].

Prés(ident): ça mène trop loin.

Beaconsf(ield) that is a group of questions."

(Salisbury: die Unabhängigkeitsfrage, die Regelung der commerciellen [(?)]; Präsident: das führt zu weit.

Beaconsfield: das ist ein Fragenkomplex).

[20]) Dazu Bismarck-Notizen: „Me(c)hm(ed): rappelé à l'ordre mais lit .. pour la Serbie" (Mechmed: zur Ordnung gerufen, aber trägt vor .. über Serbien).

Die ottomanischen Bevollmächtigten beantragen bei der Hohen Versammlung, für den Verlauf dieser Grenzberichtigung freundlicherweise folgende allgemeine Prinzipien zu Grunde zu legen:

1. Die neue Grenzlinie soll möglichst eine natürliche und strategische Grenze sein.

2. Die große Straße Bosniens Mitrovica-Novibazar-Sjenica, die sich hier gabelt und einerseits über Nova Varos nach Visegrad, andererseits über Prepol und Tachlidje nach Tasainica führt, und die Eisenbahnlinie, die Mitrovica mit Bosnien verbindet, sollen vom osmanischen Territorium nicht abgetrennt werden und weit genug von der Grenze entfernt liegen, um die Sicherheit dieser beiden großen Verbindungslinien zu gewährleisten.

3. Die ottomanischen Städte und Marktflecken, wie Visegrad, Nova Varos, Sjenica, Novibazar, Mitrovica und Pristina werden in einer solchen Entfernung von der neuen Grenze gehalten, daß sie lebensfähig bleiben.

4. Die albanischen Cazas Vitsitren, Kurchumli, Ürküp (Prokoplje) und Leskovac werden nicht vom Reich abgetreten; sollte der Kongreß dennoch beschließen, einen Teil davon abzutrennen, bliebe die Prepolac-Schlucht (Takhtali Khan Getsidi) zwischen Kurchumli und Pristina sowie die von Grdelica-Dzeva zwischen Leskovac und Vranje in jedem Fall bei der Türkei, da sie unerläßlich für die Verteidigung der Distrikte von Pristina und Vranje sind, die daher auf dieser Seite die Nordgrenze des Reiches bilden sollten."

Der Antrag wird gedruckt und verteilt.

Die Sitzung wird um 4 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 8
Sitzung vom 28. Juni 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*

Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*

Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*

Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Protokolle 6 und 7 werden angenommen.

Der *Präsident* erwähnt Petitionsliste Nr. 7 und gibt bekannt, daß Herr Rangabé, griechischer Gesandter in Berlin, ihm mitgeteilt hat, die Regierung Seiner Hellenischen Majestät habe Herrn Theodor Delyannis, Minister für Auswärtige Angelegenheit, zu ihrem Vertreter beim Kongreß ernannt. Herr Rangabé ist als Zweiter Bevollmächtigter Griechenlands nominiert.

Fürst v. Bismarck macht dem Kongreß sodann folgende Mitteilung: Die Hohe Versammlung wird sich erinnern, daß Protokoll Nr. 6 der Sitzung vom 25. Juni offengeblieben ist, um nachträglich das Ergebnis der endgültigen Abstimmung über den Antrag des Herrn Waddington über den Durchmarsch türkischer Truppen durch Ost-Rumelien aufzunehmen[1]).

Nachdem die *russischen Bevollmächtigten* den Präsidenten informiert haben, daß sie dem Wortlaut des Absatzes 3 laut Protokoll 6 zustimmen, wird ihre Erklärung zu Protokoll genommen.

S.D. gibt dem Kongreß die Zusammensetzung der Redaktionskommission bekannt, die auf Beschluß der Hohen Versammlung in einer früheren Sitzung[2]) gebildet wurde:

Für Deutschland Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, — für Österreich-Ungarn Baron von Haymerle, — für Frankreich Herr Desprez, — für Großbritannien Lord Odo Russell, — für Italien S.E. Graf von Launay, — für Rußland Herr d'Oubril, — für die Türkei Caratheodory Pascha.

Der *Präsident* fügt hinzu, die Kommission habe heute ihre erste Sitzung abgehalten.

Der Kongreß geht zur Tagesordnung über, auf der vor allem territoriale Veränderungen stehen. Der Präsident legt dem Kongreß zunächst Artikel XIV des Vertrages von San Stefano über Bosnien und die Herzegovina zur Diskussion vor.

Graf Andrássy verliest folgende Erklärung[3]):

---

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 6, S. 239.

[2]) Vgl. oben Protokoll Nr. 7, S. 228.

[3]) Deutsche Fassung nach dem Konzept des „Zu Artikel XIV betreffs Bosnien und Herzegowina", Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien H III 115; Novotny Nr 160), handschriftlich, mit sehr vielen Streichungen und Korrekturen, die hier nicht näher achgewiesen werden. Inhaltlich aufschlußreiche Passagen, die in der französischen Endfassung nicht erschienen, werden in folgender Form berücksichtigt: kürzere Passagen erscheinen kursiv gesetzt, längere in den Anmerkungen zu Protokoll Nr. 8.

„Es ist allgemein anerkannt, daß an der Regelung der Zustände in Bosnien und der Herzegowina keine Macht näher interessiert ist, als das unmittelbar benachbarte Österreich-Ungarn.

Die kriegführenden Mächte haben diesem Standpunkte Rechnung getragen, indem sie durch Artikel XIV des Präliminarfriedens die endgültige Lösung dieser Frage einem Einverständnisse mit Österreich-Ungarn vorbehielten.

Indem die Bevollmächtigten Ser. k.u.k. apost. Majestät ihren Bedenken gegen den Artikel XIV vom Standpunkte der öst(erreich)-ung.(arischen) Interessen Ausdruck geben, können dieselben nicht umhin, zu constatiren, daß die bosnisch-herzegowinische Angelegenheit, so nahe sie Österreich-Ungarn betrifft, nicht aufhört, eine europäische zu sein.

Es kann nicht vergessen werden, daß die ganze Bewegung, welche zu den kriegerischen Ereignissen im Orient und zuletzt zur Vereinigung dieses Congresses geführt hat, in Bosnien und der Herzegowina ihren Anfang nahm.

Die Schädigung und Gefahren, welche diese Bewegung für Europa im Gefolge hatte, sind bekannt; die unmittelbarsten Nachtheile hiervon hat Österreich-Ungarn zu erleiden gehabt.

Die Aufstellung zahlreicher Truppen an unseren Grenzen hat nicht genügt, den fortwährenden Übertritt von Insurgenten und nothleidenden Familien nach Österreich-Ungarn zu verhindern. Die türkischen Streitkräfte, so zahlreich sie zu Beginn der Bewegung in Bosnien concentrirt waren, konnten dieser permanenten Auswanderung kein Ziel setzen. Mehr als 200.000 Seelen haben auf diese Art Bosnien und die Herzegowina verlassen und die Kosten des nothdürftigsten Unterhaltes, welchen die k.u.k. Regierung während dreier Jahre den Flüchtlingen gewähren mußte, belaufen sich auf nahezu 10 Millionen Gulden[4]).

Der Standpunkt der öst(erreich)-ung.(arischen) Regierung kann diesen Zuständen gegenüber nur der sein, daß solchen Verhältnissen, nachdem deren Eintritt nicht zu verhindern war, durch eine Lösung der bosn(isch)-herz.(egowinischen) Frage, welche die Gewähr der Dauer in sich trägt, *ein für alle Mal* ein Ende gemacht werden müsse.

Der Artikel XIV des Präliminarfriedens schlägt als Lösung die unmittelbare Einführung einer weitgehenden Autonomie vor, wie dieselbe in der ersten Sitzung der Constantinopler Conferenz den Ottoman.(ischen) Delegierten mitgetheilt wurde.

Die Regierung des Kaisers und Königs könnte sich nur Glück wünschen,

---

Der Wortlaut folgt der deutschen Ur-Fassung, auch wenn gelegentlich nicht alle Wendungen in der deutschen und französischen Fassung identisch sind, z.B. gleich im ersten Satz — „allgemein anerkannt — Tous les Gouvernements s'accordent". Rechtschreibung und Interpunktion wie im deutschen Original, Einteilung in Absätze wie in der französischen Fassung. Kleinere sprachliche Unstimmigkeiten sind stillschweigend verbessert.

[4]) Es folgt der wieder gestrichene Absatz: „Die Inconvenientien, welche die Anwesenheit so zahlreicher erwerbsloser Einwanderer, der Ausbruch epidemischer Krankheiten, die Zügellosigkeit der Heimatlosen für unsere stammverwandten Grenzvölker im Gefolge hat, entziehen sich der Berechnung."

wenn auf dem Wege einer solchen autonomen Gestaltung die rasche und definitive Beruhigung dieser Länder möglich wäre.

Allein die geografische Lage jener Provinzen, die nationalen und confessionellen Verhältnisse, endlich die Lage der Hohen Pforte lassen uns eine Lösung auf diesem Wege nicht als möglich erscheinen; sowohl im Prinzipe selbst, als auch in der Durchführung seitens der Pforte stellen sich derselben unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen[5]).

Confessionell besteht die Bevölkerung beider Provinzen aus Muselmanen, Orthodoxen und Katholiken, welche, einander feindlich gesinnt, nicht in Distrikten und Dörfern gesondert, sondern in denselben Städten und Dörfern zusammen wohnen.

Die Aufgabe der Pforte sollte es nun sein, all diese Gegensätze in der Form einer Autonomie zu vereinen; sie soll außerdem vor Allem die Repatriierung der in Österreich-Ungarn und Montenegro befindlichen Flüchtlinge durchführen; ihnen das Material zum Wiederaufbau ihrer Häuser, den Unterhalt bis zur Ernte des Jahres 1879, dann Saatkorn zur Bebauung ihrer Felder gewähren, — endlich die Austragung der Agrarfrage, *welche dem ausschließlichen Grundbesitz der Mohammedaner ein Ende macht*, in Angriff nehmen; sie soll schließlich nach Bestimmung des Art. XIV auf die Steuerrückstände der letzten Jahre, sowie auf die Steuern der nächsten beiden Jahre, wie dies auch kaum anders möglich ist, Verzicht leisten.

Es heißt der hohen Pforte keinen Vorwurf machen und ihre Energie und ihren Willen nicht in Zweifel ziehen, wenn wir der Überzeugung Ausdruck geben, daß die Durchführung einer solchen Aufgabe von ihr nicht erwartet werden kann.

Sie wäre auch unter normalen Verhältnissen eine Unmöglichkeit; sie ist es umso mehr heute, wo[6]) der kaum abgeschlossene Kampf, noch mehr aber der Übergang mohammedanisch bewohnter Gebietstheile in serbische u.(nd) montenegrinische Herrschaft die Gegensätze in weit höherem Grade geschärft hat, als dies zu Beginn der Bewegung der Fall war.

Kann unter solchen Verhältnissen auf dem im Art. XIV. bezeichneten Wege eine dauernde und prompte Regelung dieser Frage nicht als möglich erkannt werden, so haben wir ernstlich zu befürchten, daß bei einem verfehlten Versuch, eine Autonomie zu begründen, die Bewegung in diesen Provinzen einen neuen An-

---

[5]) Es folgen zwei Absätze, die in der französischen Endfassung fehlen:

„Die Verschiedenheit zwischen dem Charakter und den Lebensbedingungen der Herzegowiner und Bosnier, von denen die ersten ein besitzloses, kriegerisches Volk, die Letzteren Ackerbauern und friedlich geartet sind, würde die Einführung einer gleichen Verfassung nicht gestatten und die Etablierung zweier Arten von Autonomie notwendig machen. An sich aber sind beide Länder zu arm, um zusammen die Kosten eines Selfgouvernments zu tragen; sie sind es vereinzelt um so weniger im Stande."

[6]) Im Konzept wieder gestrichene Erweiterung des Satzes:

„die Schöpfung eines neuen Bulgariens die Verbindung des Centrums mit Bosnien lockert, die Vergrößerung von Serbien und Montenegro durch türkischbewohnte Theile deren Einfluß auf die stammverwandten Völker der beiden Provinzen erhöht und"

stoß bekomme, und daß wir binnen Kurzem den Nachtheilen der Orientwirren von Neuem ausgesetzt werden.

Die öst(erreich)-ung.(arische) Regierung kann außerdem die Veränderungen nicht außer Betracht lassen, welche durch die remainiements territoriaux von Serbien u.(nd) Montenegro in der geografischen Configuration von Bosnien u.(nd) der Herzegowina eintreten würden. Die Nähe, in welche die Grenzen der beiden Fürstenthümer aneinander rücken sollen, beengt unsere Verbindung nach dem Orient und ist geeignet, unsere Verkehrsinteressen aufs Empfindlichste zu bedrohen.

Die Bevollmächtigten Ser. k.u.k. Ap. Majestät sehen sich aus all diesen Gründen genöthigt, die ernste Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Gefahren zu lenken, welche eine unbefriedigende Lösung dieser Fragen im Gefolge hätte. Die Stellung von Österreich-Ungarn als nächst interessirte Macht legt uns die Verpflichtung auf, die obwaltenden Schwierigkeiten rückhaltlos darzulegen und die absolute Nothwendigkeit einer Lösung zu betonen, welche die Gewähr der Dauer in sich trägt[7]), daß Österreich-Ungarn durch seine vitalsten Interessen gezwungen ist, nur eine solche Lösung der bosnisch-herzegowinischen Frage zu acceptiren, welche eine rasche und dauernde Beruhigung dieser Provinzen herbeizuführen und die Wiederkehr ähnlicher Wirren wie die gegenwärtigen, endgültig unmöglich zu machen geeignet ist."

Lord Salisbury verliest folgenden Antrag:

„Die sozialen Verhältnisse und die geographische Lage Bosniens und der Herzegovina verdienen zu gleichen Teilen die Aufmerksamkeit des Kongresses.

Es sind die einzigen Provinzen der Türkei, wo die Grundbesitzer fast ohne Ausnahme eine andere Religion haben als die Bauern.

Der Aufstand, der aus dieser Gegensätzlichkeit entstand, löste einen Krieg aus, der die Türkei verwüstet hat, und die Spannungen zwischen beiden Bevölkerungsteilen sind genauso stark wie vor drei Jahren. Die Leidenschaften des Bürgerkrieges haben sie verschärft, und die jüngsten Erfolge der beiden benachbarten Fürstentümer[8]) werden dem Widerstand gegen die Regierung weiter Auftrieb geben. Die Pforte wird kaum in der Lage sein, heute Unruhen zu bekämpfen, die sie vorher zu verhindern oder zu unterdrücken nicht stark genug war, noch bevor die traurigen Ereignisse der beiden letzten Jahre eintraten. Dazu brauchte sie eine Regierung, die nicht nur die Mittel zum Aufbau einer ordentlichen Verwaltung hätte, sondern auch genügend starke Truppen, um jede Art von Unruhe zu unterdrücken.

---

[7]) Im Konzept wieder gestrichener Absatz:

„Diesselbe Stellung als nächstinteressierter Nachbarstaat muß uns jedoch vorläufig abhalten, durch einen positiven Antrag den Erwägungen der Mächte vorzugreifen. Wir überlassen es vor Allem der Weisheit des Congresses, die Schwierigkeiten der Aufgabe und die möglichen Mittel der Abhilfe in Erwägung zu ziehen und würden mit einer Proposition erst dann hervortreten, wenn keine andere Macht in der Lage wäre, eine den europäischen, sowie den öst(erreich)-ung.(arischen) Interessen entsprechende Lösung in Anregung zu bringen.

Bis dahin beschränken sich die k.u.k. Bevollmächtigten auf die Erklärung."

[8]) Serbien und Montenegro.

Sollte es den Mächten in Zukunft nicht gelingen, für eine stabile und starke Verwaltung in diesen Gebieten zu sorgen, wären sie für die zu erwartende Wiederholung von Leiden verantwortlich, die Europas lebhafte Anteilnahme geweckt haben und die Anlaß für so schwerwiegende Ereignisse wurden.

Die geographische Lage dieser Provinzen ist auch von großer politischer Bedeutung. Sollte ein beträchtlicher Teil in die Hände eines der benachbarten Fürstentümer fallen, so entstünde eine Kette von slawischen Staaten, die sich über die ganze Balkanhalbinsel erstreckten[9]) und deren militärische Stärke die Angehörigen anderer Völker im Süden bedrohte. Eine solche Lage wäre ohne Zweifel für die Unabhängigkeit der Pforte gefährlicher als jede andere Konstellation. Sehr wahrscheinlich würde jedoch ein solches Ergebnis zustandekommen, bliebe die Pforte mit der Verteidigung dieser beiden abgelegenen Provinzen betraut. Große Gefahren wären zu befürchten, für die Provinzen wie für die Pforte, wenn sie sie weiterhin besetzen und verwalten würde.

Andererseits tragen Bosnien und die Herzegovina weder zum Reichtum noch zur Macht der Pforte bei. Auf der Konstantinopeler Konferenz wurde festgestellt, daß ihre Einkünfte die Ausgaben, die auf ihre Rechnung gingen, nicht ausgleichen. Die notwendigen Ausgaben für ihre Verteidigung wären riesig, und beide [Provinzen] sind für die Türkei strategisch wertlos.

Daher wäre die Pforte gut beraten, wenn sie sich weigerte, sich länger mit einer Aufgabe zu belasten, die ihre Kräfte übersteigt. Wenn sie sie einer Macht überträgt, die fähig ist, sie zu erfüllen, würde sie furchtbare Gefahren vom türkischen Reich abwenden.

Deshalb beantragt die Regierung der Königin bei den versammelten Mächten, der Kongreß möge beschließen, die Provinzen Bosnien und Herzegovina durch Österreich-Ungarn besetzen und verwalten zu lassen."

Fürst v. Bismarck schließt sich im Namen Deutschlands dem Antrag des Marquis von Salisbury an und erläutert sein Votum mit folgenden Ausführungen:

„Europa will stabile Zustände schaffen und das Los der Bevölkerung im Orient wirksam sichern. Daher haben die Vertreter der im Kongreß vereinigten Mächte ein ganz besonderes Interesse daran, sich mit den Provinzen Bosnien und Herzegovina zu befassen. Bekanntlich nahmen die wiederholten Unruhen, die den Orient erschüttert haben, besonders die letzte Bewegung, die Europa in Brand zu stecken drohte, ihren Ausgang von diesen Provinzen. Es ist daher nicht nur ein österreich-ungarisches Interesse, sondern auch eine allgemeine Pflicht, nach wirksamen Mitteln zu suchen, um der Wiederholung ähnlicher Ereignisse vorzubeugen.

Deutschland hat keine direkten Interessen im Orient, teilt jedoch gleichwohl den Wunsch, einem Zustand ein Ende zu machen, der, wenn er anhielte, den Keim zu neuen Unruhen in sich birgt, die ihrerseits zu Uneinigkeit zwischen den europäischen Kabinetten führen könnten. Es wäre gefährlich, die Illusion zu nähren, zur Behebung dieser Situation genügten Reformen in Bosnien und der

---

[9]) Die englische Analyse deckt sich mit einer deutschen aus dem Jahr 1876: vgl. I. Geiss: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, S. 103-105.

Herzegovina auf der Grundlage der gegenwärtigen Einrichtungen. Nur ein mächtiger Staat, der über die notwendigen Kräfte in Reichweite des Unruheherdes verfügt, kann hier die Ordnung wiederherstellen sowie das Los und die Zukunft dieser Bevölkerung sichern.

Von diesen Überlegungen ausgehend, schließe ich mich im Namen Deutschlands dem Antrag des britischen Bevollmächtigten an und empfehle ihn lebhaft der Annahme durch die Hohe Versammlung[9a]."

Der *Erste Bevollmächtigte Italiens* erinnert daran, Graf Andrássy habe eine Darstellung der Verhältnisse in Bosnien und der Herzegovina sowie der Interessen, die sich aus dieser Situation ergeben, verlesen. Marquis von Salisbury habe beantragt, Österreich-Ungarn die militärische und administrative Okkupation dieser Provinzen anzuvertrauen, um bestehende Schwierigkeiten zu überwinden. Fürst v. Bismarck habe den Antrag Englands im Namen Deutschlands unterstützt. Die Bevollmächtigten Italiens möchten den Ersten Österreich-Ungarischen Bevollmächtigten fragen, ob er bereit sei, im Blick auf diese Konstellation einige weitere Erklärungen unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Interesses Europas zu geben[9b].

Der *Erste Bevollmächtigte Österreich-Ungarns* verweist auf seine vorausgegangenen Ausführungen und ist der Hoffnung, gar der Überzeugung, daß den europäischen Gesichtspunkt, den die österreich-ungarische Regierung bewegt habe, das italienische Kabinett und alle anderen Kabinette Europas würdigen werden.

Der *Erste Ottomanische Bevollmächtigte* legt die Ansicht seiner Regierung dar:

„Es war von Anfang an der feste Wunsch der ottomanischen Regierung, soweit sie betroffen ist, alles in ihrer Kraft Stehende zum Werk des Friedens und der Versöhnung beizutragen, das sich die europäischen Großmächte, die gegenwärtig zum Kongreß zusammengetreten sind, zur Aufgabe gemacht haben.

[9a])Dazu auch Telegramm Andrássys an Kaiser Franz Joseph vom 28.6.1878 (Novotny Nr. 155):

„Fürst Bismarck, der vormittags Radowitz zu mir geschickt hatte, um sich Argumente an die Hand geben zu lassen, unterstütze in sehr entschiedener Rede englischen Antrag, da es keine andere Lösung gebe."

[9b])Die Anfrage war vorher mit Andrássy abgesprochen: Dazu Andrássys schriftlichen Bericht vom 29.6.1878 an den Kaiser über die 8. Sitzung (Novotny Nr. 158):

„Corti hatte mir bereits am Vortage der Sitzung gesagt, daß ihn die öffentliche Meinung Italiens sowie seine Stellung im Ministerium Cairoli dazu nöthige, die Angelegenheit nicht gänzlich mit Stillschweigen vorüber gehen zu lassen. Er werde keine Schwierigkeiten erheben,und nur durch irgend eine Phrase markieren, daß er seine Zustimmung nicht sofort gegeben habe. Er zeigte mir seine Redaction und verlangte auch in der Sitzung keine weitere Aufklärung über die in Aussicht genommene Combination, worauf ich mich unter Berufung auf mein Expose auf den Ausdruck der Erwartung beschränkte, Italien werde in gleicher Weise wie das übrige Europa unseren Standpunkt würdigen.

Hiermit war diese Episode abgeschlossen."

Die Haltung der ottomanischen Bevollmächtigten im Kreise dieser Hohen Versammlung hat stets diesem Prinzip entsprochen, das der Politik ihrer Regierung zugrundeliegt. Bei den bisherigen Verhandlungen, in denen Fragen von größter Wichtigkeit für Gegenwart und Zukunft des Reiches behandelt und beschlossen wurden, haben sie es sich stets zur Pflicht gemacht — ihre Kollegen werden ihnen diese Gerechtigkeit sicherlich widerfahren lassen — dem Wunsch der Großmächte, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu beenden, weit entgegen zu kommen.

Deshalb bedauern sie es jetzt um so lebhafter, sich heute gezwungen zu sehen, zur Frage der Okkupation Bosniens und der Herzegovina eine Haltung einnehmen zu müssen, die von der soeben vorgetragenen abweicht.

Die ottomanischen Bevollmächtigten bekennen zunächst, daß sie keine dringende Notwendigkeit sehen, den Antrag auf Okkupation weiterzuverfolgen. Sie sehen die Gründe, die für eine derartige Maßnahme angeführt wurden, nicht als so schwerwiegend an wie Ihre Exzellenzen, die Mitglieder des Kongresses, die ihnen eine entscheidende Bedeutung beizumessen scheinen. Zweck der Okkupation kann offensichtlich nur sein, Ruhe und Ordnung in beiden Provinzen wiederherzustellen und die Rückkehr der Flüchtlinge einzuleiten. Die Hohe Pforte verfolgt auch nur dieses Ziel und verfügt andererseits über genügend Mittel, es zu erreichen. Sie kann daher keiner anderen Macht die Sorge und Verpflichtung überlassen wollen, eine Aufgabe zu erfüllen, die ihr selbstverständlich als rechtmäßig zufällt.

Die ottomanischen Bevollmächtigten beeilen sich ferner, der Hohen Versammlung mitzuteilen, daß sich die Hohe Pforte verpflichtet, sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das gewünschte Ergebnis herbeizuführen, indem sie sofort Hohe Kommissare in die Orte entsendet, mit dem Auftrag, eine Gendarmerie aufzustellen, für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bis zum Beginn der Feldarbeiten zu sorgen und das neue Verwaltungssystem für beide Provinzen einzuführen und andere Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen.

Die ottomanischen Bevollmächtigten hoffen, der Kongreß wolle Ausmaß und Bedeutung dieser Verpflichtung anerkennen, die sie ihm gegenüber im Namen ihrer Regierung einzugehen nicht zögern; sie wagen auch zu glauben, daß es ihnen nicht schwer werde, die Hohe Versammlung von der Wirksamkeit der Maßnahmen zu überzeugen, die die Hohe Pforte ohne den geringsten Verzug ergreifen werde.

Die hier zutagegetretenen Zweifel werden damit begründet, daß es angeblich nicht möglich war, die Ordnung in Bosnien und der Herzegovina seit nunmehr bald drei Jahren wiederherzustellen. Es folgt der Schluß, diese Provinzen lägen gewissermaßen schon jenseits des normalen Machtbereiches der Hohen Pforte.

Indessen mögen Ihre Exzellenzen die Mitglieder des Kongresses gütigst bedenken, daß, wenn sich die Unruhen in Bosnien über einen so relativ langen Zeitraum hinzogen, sich diese Dauer leicht erklärt, wenn man die ganz und gar außergewöhnlichen Schwierigkeiten berücksichtigt, mit denen die ottomanische

Regierung während dieser Zeit zu tun hatte. Der Zustand offener Feindseligkeit, in dem sich seit etwa drei Jahren die beiden an Bosnien grenzenden Fürstentümer gegen die Hohe Pforte befinden, der große und verlustreiche Krieg, der das Reich in Europa und Asien verwüstet hat, mußten die Kräfte und die Aufmerksamkeit des Staates in Anspruch nehmen und der in Bosnien andauernden Bereitschaft zur Aufsässigkeit täglich neue Nahrung geben. Weit davon entfernt, einen Beweis für die Schwäche der Macht des Sultans in diesem Land zu liefern, erlauben die Umstände, auf die angespielt wurde, einen ganz anderen Schluß: Macht und Einfluß der Hohen Pforte müssen in Bosnien eher groß sein, wenn sich in drei Jahren voller Krieg und Schwierigkeiten im gesamten Reich die ottomanische Autorität in diesen Provinzen unversehrt erhalten hat. Und heute, da der Frieden bevorsteht, genau zu dem Zeitpunkt, wo die Hohe Pforte alle ihre Kräfte und alle Sorgfalt auf die Wiederherstellung der Ordnung in diesem Land konzentrieren kann, möchte man glauben, sie sei unfähig, diese Aufgabe zu erfüllen.

Die kaiserliche Regierung ist sich der Wirksamkeit ihrer Macht über diese Provinzen voll bewußt. Allen territorialen Gewinnen zum Trotz, die der Kongreß offenbar den benachbarten Fürstentümern zukommen lassen will, Gewinnen, die ohne den geringsten Zweifel gegebenenfalls ihr Angriffspotential vergrößern, ist die Türkei der Ansicht, daß sie immer noch in der Lage ist, dieses Aufbegehren, wenn es jemals zutagetreten sollte, unterdrücken zu können, vor allem, wenn ihr die moralische Stütze des Wiener Kabinetts nicht mangelt. Dieser moralischen Stütze mißt die ottomanische Regierung den höchsten Wert bei. Sie legt Wert darauf, sich dieser Stütze unter diesen Umständen zu versichern.

Man hat gemeint, weil Bosnien keine Provinz mit großer Bedeutung für den ottomanischen Staatshaushalt sei, könne die Hohe Pforte ihre Okkupation durch österreich-ungarische Truppen daher leicht verschmerzen. Es sei den ottomanischen Bevollmächtigten erlaubt, von der Erklärung Notiz zu nehmen, nach der alle Einkünfte aus der Provinz Bosnien auch daselbst wieder ausgegeben werden. Sie können sich andererseits jedoch nicht der Bemerkung enthalten, daß daraus, daß eine Provinz keinen nennenswerten Beitrag zum Staatshaushalt leistet, noch lange nicht zu folgern ist, daß ihre Okkupation durch Truppen einer ausländischen Macht dem Souverän, der sie besitzt, gleichgültig sein muß.

Ohne diese Gedankengänge noch weiter zu vertiefen, haben die ottomanischen Bevollmächtigten die Ehre, Ihren Exzellenzen den Mitgliedern dieser Hohen Versammlung zu wiederholen, daß die Hohe Pforte anbietet, sich selbst zu verpflichten, das Reformprogramm, das im Augenblick den Anforderungen der Lage am besten angemessen zu sein scheint, sofort durchzuführen.

Zur Agrarfrage wäre es vielleicht unangebracht, sich hier in langen Darlegungen zu ergehen; es wäre ebenso nutzlos, an die verschiedenen Lösungen zu erinnern, die diese Frage in sehr vielen Ländern gefunden hat, wo sie gleiche Schwierigkeiten verursacht hat wie in Bosnien. Sollte allein die Hohe Pforte außerstande sein, hier Heilmittel entsprechender Art anzuwenden? Im übrigen steht die Agrarfrage noch in mehreren Gegenden an, in denen man trotzdem nie

daran gedacht hat, auf Mittel der Art zurückzugreifen, wie sie heute für Bosnien vorgeschlagen werden.

Ohne ihre Gedanken noch weiter ausführen zu wollen, meinen die ottomanischen Bevollmächtigten, daß ihre Ausführungen reichen, um die Hohe Versammlung zu überzeugen, daß sie, wenn sie die Verpflichtung, die sie im Namen ihrer Regierung anbieten, zur Kenntnis nimmt, die Befriedung dieser Gebiete viel besser und rascher herbeiführen kann, als wenn sie einer Okkupation zustimmt, die zu noch sehr viel größeren Schwierigkeiten führen kann als diejenigen, die man sich jetzt zu beseitigen vornimmt."

S.E. fügt hinzu, daß er sich in seinen Äußerungen an die Anweisungen seiner Regierung halte.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* möchte kurz die Gründe für seine Zustimmung zum Antrag des Marquis von Salisbury erläutern:

Die französische Regierung habe kein unmittelbares Interesse an Bosnien, sie habe jedoch ein Interesse daran, daß das Werk des Kongresses von Nutzen und Dauer sei: das sei die Leitlinie für alle Fragen, die sie nicht direkt betreffen. Er halte die vom englischen Kabinett vorgesehene Lösung für die einzige, die der Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina, die so tief durch politische, religiöse und soziale Haßgefühle zerrissen ist, ein friedliches Dasein sichern könne. Nur eine benachbarte Macht, die stark genug sei, um unparteiisch zu sein, könne den Frieden in diesen unglücklichen Provinzen herstellen. Mit einem Wort, er halte das Einschreiten der Regierung Österreich-Ungarns für eine europäische Polizeimaßnahme.

Lord Beaconsfield erinnert an die Bedeutung der Frage und an den Auftrag des Kongresses, nach Möglichkeit den Frieden in Europa zu sichern. Wenn auch nach Meinung aller eine der wichtigsten Grundlagen dieses Friedens die Unabhängigkeit des Sultans als europäischer Herrscher sei, so dürfe man sich indessen nicht verhehlen, daß die Unruhen in den fraglichen Gebieten die Ursache für all die bedauerlichen Ereignisse der letzten Jahre gewesen seien. Wenn schon der Sultan vor dem Krieg, als seine Mittel noch beträchtlich waren, unfähig war, Ordnung und Stabilität in Bosnien und der Herzegovina zu sichern und so den allgemeinen Frieden zu wahren[10]), so gäbe es, seiner Überzeugung nach, keinen Grund zu glauben, daß die ottomanische Regierung heute, nach einem Kampf, der ihr im übrigen zur höchsten Ehre gereiche, in der Lage sei, dem Frieden Europas die Bürgschaften zu bieten, die zu fordern Europa ein Recht habe. Die Mächte müssen daher nach wirksameren Garantien suchen, und sie hoffen, sie in der Aktion einer großen benachbarten Regierung zu finden, die mächtig und konservativ sei und bisher noch nie versucht habe, irgendwo auf der Welt die Interessen anderer zu verletzen. Ist das ein materielles Opfer, das von der Türkei verlangt werde? Er meine im Gegenteil, daß diese Provinzen, wie es schon die Konstantinopeler Konferenz festgestellt hat, der Pforte niemals Einkünfte gebracht haben, die die Ausgaben für sie ausgeglichen hätten. Ist es außerdem

---

[10]) Dazu Bismarck-Notizen: „will assure the peace of Europe, it has not been in the power of the Sultan at any time to maintain l'ordre."

nicht von großer Bedeutung, da sich die Großmächte bemühen, allen Völkern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, in diesen Gebieten der Vorherrschaft eines einzigen Volkes vorzubeugen? Ließe der Kongreß die fraglichen Provinzen im gegenwärtigen Zustand, so würde er nur die Vorherrschaft der Slawen wiederherstellen, einer Bevölkerung, die wenig geneigt sei, anderen Gerechtigkeit zu gewähren. Lord Salisbury habe seinen Antrag gewiß nicht im Interesse Englands gestellt, sondern nur um des Friedens in ganz Europa willen. Keine Nation sei gegenwärtig besser imstande als Österreich-Ungarn, durch die Okkupation dieser Provinzen die große Aufgabe zu erfüllen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und zu sichern, für Wohlstand zu sorgen und schließlich auch die Ottomanische Pforte zu stärken, indem es ihr Gewicht in europäischen Fragen erhöht.

Fürst Gortschakow erklärt, Rußland sei an der Frage nicht interessiert. Die Ausführungen des Grafen Andrássy und der Antrag Lord Salisburys, den Deutschland, Frankreich und Italien sowie die klaren Ausführungen Lord Beaconsfields unterstützten, überzeugten ihn von der Durchführbarkeit des vorgesehenen Beschlusses zur Erreichung des friedlichen Zieles, das der Kongreß anstrebt[10a]). Tatsächlich handele es sich darum, die christliche Bevölkerung vor jahrhundertealten Mißständen zu schützen: Der englische Antrag füge sich in die allgemeine Linie Rußlands ein, und S.D. gibt ihm seine volle Unterstützung. Der Bemerkung Caratheodory Paschas, die jüngsten Aufstände seien ausländischen Einflüssen zuzuschreiben, könne er nicht zustimmen: die Unruhen seien aus den Zuständen in den Provinzen Bosnien und Herzegovina entstanden, und nur radikale Veränderungen könnten ihrer Wiederholung vorbeugen.

In seiner Antwort erinnert der *Erste türkische Bevollmächtigte* daran, er habe nicht die Ursachen für den bosnischen Aufstand untersuchen wollen, sondern wollte nur folgendes unterstreichen: Wenn die Ordnung nicht früher wiederhergestellt worden sei, so seien die Ereignisse des letzten Jahres dafür der alleinige Grund. Die ottomanische Regierung verpflichte sich heute gegenüber dem Kongreß, die Provinz binnen kurzem zu befrieden. Sie bezeichne die Mittel, die sie zur Erreichung dieses Ziels einzusetzen gedenke, und die geeignet erscheinen, alle Bedenken zu zerstreuen. Da die ottomanische Regierung besser als jede andere die Situation in diesen Provinzen kenne, sei sie, wenn sie die Verpflichtung übernehme,selbstverständlich überzeugt, sie auch erfüllen zu können.

Graf Andrássy möchte gern einige Einwände gegen die Ausführungen von Caratheodory Pascha erheben: Der Erste Ottomanische Bevollmächtigte habe gesagt, die beantragte Maßnahme sei überflüssig, denn die Pforte sei bereit, die genannten Mißstände zu beseitigen, und vor allem auch in der Lage, für die Rück-

---

[10a])Hierzu Telegramm Andrássys an Kaiser Franz Joseph vom 28.6.1878, ebenda, (Novotny Nr. 155):

„Nach der Sitzung sagte mit Gortschakoff, er habe sich für unsern Anspruch auf Bosnien erklärt, trotzdem seine Collegen dagegen sprechen wollten. Dasselbe sagte mir seinerzeit auch Schuwaloff von Gortschakoff."

führung der Flüchtlinge zu sorgen, deren Anzahl mindestens 200.000 Seelen betrage. Graf Andrássy bemerkt zu diesem Punkt, seit drei Jahren seien Maßnahmen von der Hohen Pforte gefordert worden. Es gab nur Versprechungen und Ausflüchte. Letzten Endes sei es nie zu solchen Maßnahmen gekommen. Zur Bemerkung Caratheodory Paschas, die Türkei habe sich diese Provinzen bisher unversehrt erhalten, meint der Erste Bevollmächtigte Österreich-Ungarns, S.E. solle besser zugeben, daß dieses Ergebnis zum großen Teil dem Aufmarsch österreich-ungarischer Truppen an der Grenze in den vergangenen drei Jahren zu verdanken sei. Österreich-Ungarn sorge sich in seiner Politik ständig um das Prinzip der Stabilität und könne die Zukunft nicht von Illusionen abhängig machen, die die Pforte vielleicht weiterhin nähren möchte, die aber die Ereignisse der letzten Jahre allzusehr zerstört hätten. Er erklärt daher:

„Der Vorschlag der Bevollmächtigten Großbritanniens und Deutschlands scheint uns die geeignetste Lösung zur prompten, vollkommenen und dauerhaften Befriedung Bosniens und der Herzegovina zu sein und entspricht so am besten dem gemeinsamen Ziel aller Mächte, nämlich stabile Zustände zu schaffen. Daher haben die Bevollmächtigten Österreich-Ungarns die Ehre, dem Vorschlag beizutreten und zu erklären, daß die österreich-ungarische Regierung bereit ist, die Okkupation und Administration der fraglichen Provinzen auf sich zu nehmen.

Da das Gebiet des Sandjak von Novibazar zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis jenseits von Mitrovica als Teil des früheren Vilajet Bosnien nicht direkt an österreich-ungarisches Gebiet angrenzt, erklären die Bevollmächtigten Ser. k.u.k. Majestät, daß Österreich-Ungarn sich nicht der Verwaltung dieses Sandjaks unterziehen will und daß die ottomanische Verwaltung daselbst weiterbestehen könnte. Nichtsdestoweniger muß sich Österreich-Ungarn zur Aufrechterhaltung des neuen politischen Zustands, der Freiheit und der Sicherheit der Verkehrsverbindungen das Recht auf Unterhaltung von Garnisonen und Militär- und Handelsstraßen im gesamten genannten Teil des früheren Vilajet Bosnien vorbehalten."

Der *Präsident* bemerkt, die Meinung der verschiedenen Kongreßteilnehmer sei zwar schon in der vorausgegangenen Aussprache deutlich geworden, dennoch glaube er, eine formelle Abstimmung durch die Vertreter der Mächte verlangen zu müssen.

Österreich-Ungarn, *Frankreich*, *Großbritannien*, *Italien* stimmen für den englischen Antrag. *Rußland* nimmt ihn ebenfalls an, erklärt aber, seine Stimme gelte ausschließlich dem Wortlaut des Antrags von Lord Salisbury.

Die *ottomanischen Bevollmächtigten* verweigern ihre Zustimmung und erklären sich an Anweisungen ihrer Regierung gebunden.

Der *Präsident* hält es — im Namen der Kongreßmehrheit, vor allem der neutralen Mächte — für seine Pflicht, die Bevollmächtigten der Türkei daran zu erinnern, daß sich der Kongreß nicht versammelt habe, um der Pforte geographische Positionen, an der der Pforte gelegen sei, zu retten, sondern um den Frieden Europas in Gegenwart und Zukunft zu erhalten.

S.D. betont gegenüber den ottomanischen Vertretern, ohne Eingreifen des Kongresses sähen sie sich der Gesamtheit der Artikel des Vertrages von San

Stefano gegenüber. Dieses Eingreifen gebe ihnen eine viel größere und fruchtbarere Provinz als Bosnien zurück, das Gebiet zwischen Ägäis und Balkan-Gebirge. Die Beschlüsse der Hohen Versammlung bildeten ein Ganzes, und es gehe nicht an, ihre Vorteile anzunehmen, aber die Nachteile abzulehnen. Die Pforte habe daher kein Interesse, das Werk des Kongresses scheitern zu lassen, indem sie ihre Zustimmung verweigere und die Mächte in die Lage versetze, ohne Rücksicht auf die Pforte ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Die sechs Großmächte seien sich über Bosnien und die Herzegovina einig. Er hoffe weiterhin, daß ein Werk, aus dem die Türkei große Vorteile ziehen solle, nicht am Widerstand der Pforte scheitere. Er sei weiterhin davon überzeugt, daß die ottomanische Regierung bald ihren Bevollmächtigten neue Anweisungen geben werde, und schließt mit der Bermerkung, das Protokoll bleibe solange offen, um sie aufnehmen zu können[11]).

Graf Schuwalow möchte sich zu einem Punkt in der Rede des Ersten Bevollmächtigten Österreich-Ungarns äußern: Graf Andrássy habe zwar gesagt, die österreich-ungarischen Interessen erforderten nicht die Okkupation und Verwaltung des Teils, der allgemein „Enklave" genannt wird[12]), habe jedoch Militärstraßen und einige strategische Punkte gefordert. Die russischen Bevollmächtigten hätten zwar den Antrag des Marquis von Salisbury gebilligt, sähen sich hier aber einem neuen Gedanken gegenüber, der ihnen noch nicht deutlich sei. Seine Erläuterungen könnte die vorgesehenen Grenzen und territorialen Erweiterungen für Montenegro und Serbien beeinflussen. Er möchte daher den Schluß der Ausführungen des Grafen Andrássy ad referendum nehmen, bis zu dieser Frage eine Aussprache mit dem Ersten Bevollmächtigten Österreich-Ungarns erfolgt sei.

---

[11]) Die erste Hälfte der Ausführungen Bismarcks fast identisch in wörtlicher Rede in den Bismarck-Notizen. Von „Die Pforte habe daher kein Interesse" an entsprechendem offiziellen Protokoll ungefähr folgende Bismarck-Notizen:

„La Porte ne doit mettre les puiss.(ances) Europ.(éennes)d'arriver à d'autres moyens.

Contre la seule [opposition?] der Pforte ist alles einig, aber ich [kann?] nicht zum Beschluß erheben.

J'ajoute l'expression de l'espoir que les Turcs veuillent rapporter à leur gouvernement l'éffet pénible, que les travaux du congrés sont arrêtés par le rôle seul de la Porte — pour le moment je laisse le protocol ouvert pour le déclar.(ation) de la Porte si la Porte ne donnent pas de nouvelles instructions, [(?)] toutes les puissances, ils [(?)] que les puissances qui se trouvent d'accord, á un autre chemin."

(Die Pforte sollte die europäischen Mächte nicht dazu bringen, sich anderer Mittel zu bedienen.

Gegen den [Widerstand] allein ... erheben.

Ich füge den Ausdruck der Hoffnung an, daß die Türken ihrer Regierung den peinlichen Eindruck übermitteln, daß die Kongreßverhandlungen nur durch die Haltung der Pforte aufgehalten werden — für den Augenblick lasse ich das Protokoll für die Erklärung der Pforte offen. Wenn die Pforte keine neue Anweisung erteilt, [zwingt sie?]alle Mächte, die sich einig sind, auf einen anderen Weg).

[12]) D.h. der Sandjak von Novibasar.

Der *Präsident* erklärt, das Protokoll bliebe ebenfalls für kommende Erklärungen offen, die die russischen Bevollmächtigten abgeben möchten[13]).

Der *Kongreß* geht, gemäß seiner Tagesordnung, zu Serbien über. Der *Präsident* verliest den Anfang von Artikel III des Vertrages von San Stefano:

„Serbien wird als unabhängig anerkannt[14])."

S.D. fragt, ob dieses Prinzip von der Hohen Versammlung anerkannt werde. Caratheodory Pascha verliest folgende Erklärung:

„Bei der ersten Gelegenheit, die sich dem Kongreß bietet, sich zu den Bestimmungen im Vertrag von San Stefano über die Unabhängigkeit auszusprechen, ersucht Caratheodory Pascha den Kongreß, ihm zu erlauben, seine Meinung mit einigen Worten zu erläutern: Sowohl aus einem übergeordneten europäischen Interesse als auch im Interesse Serbiens selbst hatte Europa bisher das Band der Vasallität beibehalten, das bis in die Gegenwart hinein dieses Fürstentum mit dem suzeränen Hof verband. Es ist unbestreitbar, daß die Türkei von ihrem vertraglichen Recht, selbst unter schweren Prüfungen, nur mit Mäßigung Gebrauch machte, daß dieses Recht von wirklichem Nutzen für die glatte Regelung von Schwierigkeiten war, die verschiedentlich Europa lebhaft interessiert haben, daß die so verstandene Suzeränität Serbien eine tatsächliche Unabhängigkeit verschaffte und daß dieses wiederholt den hohen Wert anerkannt hat.

Der Vertrag von San Stefano führte eine neue Ordnung sowohl für dieses Land als auch für andere Länder ein, die sich ungefähr in der gleichen Lage befanden, als sie von dem Zentrum gelöst wurden, dem sie zugeordnet waren. Wenn die Idee der Unabhängigkeit heute in Europa vorherrscht, wird sich die Türkei ihr nicht widersetzen, denn sie ist überzeugt, daß die Unabhängigkeit, die der Kongreß zu sanktionieren vorhat, eine ernstzunehmende Realität wird, daß die Länder sie im vollen Bewußtsein ihrer Rechte wie der damit verbundenen Pflichten annehmen werden, weil sie von nun an respektiert wird, und daß sie die Garantien für die europäische öffentliche Ordnung nicht einschränken wird, die das Band der Suzeränität bisher zu bilden und aufrechtzuerhalten vermochte."

Der *Präsident* bemerkt, die Aussage des Artikels III sei eindeutig, und er hält es für unzulässig, daß die Türkei ihre Zustimmung, die sie in San Stefano zu diesem Punkt gegeben habe, zurückziehe.

S.D. stellt den Artikel zur Abstimmung:

Lord Salisbury erkennt die Unabhängigkeit Serbiens an, meint aber, es sei angebracht, in dem Fürstentum das große Prinzip der Religionsfreiheit festzulegen.

Herr *Waddington* stimmt der Unabhängigkeit Serbiens gleichfalls zu, jedoch vorbehaltlich des folgenden Antrages, der dem gleicht, den der Kongreß für Bulgarien angenommen hat:

„Die Bewohner des Fürstentums Serbien, gleich welcher Religion, genießen völlige Gleichheit der Rechte. Sie können sich um alle öffentliche Dienste, Ämter und Ehren bewerben und alle Berufe ausüben, und der Glaubensunterschied darf

---

[13]) Vgl. unten Protokoll Nr. 10, S. 269.
[14]) Vgl. Art. 34 des Berliner Vertrags.

nicht als Grund der Ausschließung geltend gemacht werden. Die öffentliche Durchführung und Ausübung aller Kulte ist vollständig frei, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch ihren Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hindernis entgegengestellt werden[15])."

Fürst Gortschakow fürchtet, daß dieser Wortlaut vor allem auf die Juden zutreffe; ohne sich den allgemeinen Prinzipien, die hier angesprochen werden, entgegenzustellen, möchte er vermeiden, daß der jüdischen Frage, die später drankomme, durch eine vorausgegangene Erklärung vorgegriffen werde. Ginge es nur um Religionsfreiheit, so erklärt Fürst Gortschakow, daß sie in Rußland immer angewendet worden sei: er gibt für seinen Teil diesem Prinzip die vollste Zustimmung und sei bereit, sie im weitesten Sinne anzuwenden. Aber bei der Frage der bürgerlichen und politischen Rechte dürfe man die Israeliten in Berlin, Paris, London oder Wien, denen sicherlich kein bürgerliches und politisches Recht zu verweigern sei, nicht mit den Juden Serbiens, Rumäniens oder einiger russischer Provinzen verwechseln, denn sie seien, seiner Meinung nach, für die einheimische Bevölkerung eine wahre Geißel[16]).

Auf die Bemerkung des *Präsidenten*, die beklagenswerte Lage der Juden sei vielleicht auf die Einschränkung der bürgerlichen und politischen Rechte zurückzuführen, erinnert *Fürst Gortschakow* daran, daß die Regierung in bestimmten Provinzen in Rußland[17]) auf Grund einer unbedingten, durch Erfahrung gerechtfertigten Zwangslage die Juden einer Sonderregelung habe unterstellen müssen, um die Interessen der Bevölkerung zu schützen.

Herr *Waddington* glaubt, es sei wichtig, diese feierliche Gelegenheit wahrzunehmen, um die Prinzipien der Religionsfreiheit durch die Vertreter Europas bestätigen zu lassen. Serbien möchte auf der gleichen Basis wie alle anderen Staaten der europäischen Staatengemeinschaft beitreten, müsse aber auch von vornherein Prinzipien, die Grundlage der sozialen Organisation in allen Staaten Europas sind, anerkennen und annehmen, als notwendige Bedingung der Gunst, um die es nachsuche.

Fürst Gortschakow bleibt dabei, daß die bürgerlichen und politischen Rechte den Juden in Serbien nicht uneingeschränkt gewährt werden könnten.

Graf Schuwalow bemerkt dazu, diese Bemerkungen widersprächen dem französischen Antrag nicht grundsätzlich: das jüdische Element, zu zahlreich in

---

[15]) Vgl. Art. 35 des Berliner Vertrags.

[16]) Dazu das Resumée in den Bismarck-Notizen: „Gorts(chakow):
Gegen Juden". Ferner Bericht Andrássys: „Fürst Gortschakoff reservierte sich für die allgemeine Discussion sowohl bei Serbien als Rumänien einige Bemerkungen zur Emancipationsfrage der Juden. Er persönlich unterscheide zwischen Israeliten und Juden. Mit (Wort unleserlich) den gebildeten Israeliten Englands oder Deutschlands fühle er sich völlig gleich. Die Juden aber seien (unleserlich) Blutegel der Länder, die sie bewohnen. Er sei ein Freund der (....? .....) und habe sie in Rußland immer vertheidigt, aber es sei ein bedenkliches Prinzip, einem so gefährlichen Elemente überall gleiche Rechte einzuräumen." (Vgl. oben Anm. 10a).

[17]) D.h. im sog. „Rayon"; vgl. auch das „Datengerüst".

bestimmten russischen Provinzen, habe hier Gegenstand einer Sonderregelung werden müssen, aber er hoffe, man könne in Zukunft den unbestreitbaren Schwierigkeiten, auf die Fürst Gortschakow aufmerksam gemacht habe, vorbeugen, ohne die Religionsfreiheit anzutasten, deren Entwicklung auch Rußland wünsche.

Fürst v. Bismarck stimmt dem französischen Antrag zu und erklärt, Deutschland werde stets für einen Antrag zugunsten der Religionsfreiheit stimmen[18]).

Graf von Launay sagt, er beeile sich im Namen Italiens, dem Prinzip der Religionsfreiheit beizupflichten, das eine der wesentlichen Grundlagen der Ordnung in seinem Lande bilde, und er schließe sich den Stellungnahmen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zu dieser Frage an.

Graf Andràssy äußert sich im gleichen Sinne, und die *ottomanischen Bevollmächtigten* erheben keine Einwände.

Fürst v. Bismarck stellt das Abstimmungsergebnis fest und erklärt, der Kongreß gewähre Serbien die Unabhängigkeit, allerdings unter der Bedingung, daß die Religionsfreiheit im Fürstentum anerkannt werde: Wenn die Redaktionskommission diesen Beschluß formuliere, müsse sie das vom Kongreß geknüpfte Junktim zwischen Proklamtion der serbischen Unabhängigkeit und Anerkennung der Religionsfreiheit festhalten.

Lord Salisbury wünscht ferner, der Kongreß solle auch die Handelsfreiheit betonen und sich gegen die mögliche Einführung eines Durchgangszolls in Serbien aussprechen.

Graf von Launay teilt mit, er sei dem Wunsche des britischen Bevollmächtigten zuvorgekommen und habe, im Einvernehmen mit seinen Kollegen aus Österreich-Ungarn und Frankreich, folgenden Antrag vorbereitet:

„Die Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, Frankreichs und Italiens beantragen, den Bestimmungen über Serbien folgendes hinzuzufügen:

Bis zu dem Zustandekommen neuer Abmachungen darf im Fürstentum Serbien an den gegenwärtigen Bedingungen der Handelsbeziehungen dieses Landes mit fremden Ländern nichts geändert werden; kein Durchgangszoll von den Waren, welche durch das Land gehen, darf erhoben werden. Die Immunitäten und auch Privilegien der fremden Untertanen sowie die konsularischen Gerichtsbarkeits- und Schutzrechte, wie solche heute bestehen, sollen in voller Kraft bleiben, so lange sie nicht im gemeinsamen Einverständnis mit den Vertragsparteien abgeändert werden[19]).“

Der *Präsident* sieht es als allgemeingeltendes Recht an, daß eine Provinz, die von einem Staat abgetrennt wird, nicht Verträge auflösen kann, denen sie bisher unterworfen war. Das ist in den Augen des Präsidenten ein Grundsatz des Völkerrechts, den eine Deklaration des Kongresses ohnehin nur bekräftigen könnte.

---

[18]) Dazu Bismarck-Notizen: „Prés(ident) répète que la reconn (aissance) de l'indépendance n'est reconnu qu'à la condition de la liberté des cultes.“ (Der Präsident wiederholt, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit nur unter der Bedingung der Glaubensfreiheit ausgesprochen werde).

[19]) Vgl. Art. 37 des Berliner Vertrags.

Der Antrag des Grafen von Launay wird im Prinzip angenommen, vorbehaltlich, auf Antrag des *Grafen Schuwalow*, einer redaktionellen Überarbeitung.

Der Kongreß setzt die Prüfung von Artikel III über die serbische Grenze fort. Der *Präsident* meint, die [genaue] Grenzziehung könne nur eine Sonderkommission vornehmen.

Baron von Haymerle bringt zu diesem Punkt folgenden Entwurf ein:

„Serbien erhält einen Gebietszuwachs.

Da eine genaue Beschreibung der Grenzen im Plenum des Kongresses nicht möglich ist, wird eine Kommission aus je einem Bevollmächtigten jeder Macht damit beauftragt, einen Grenzverlauf auszuarbeiten und dem Kongreß vorzulegen.

Der Anhang enthält detailliertere Vorschläge der österreich-ungarischen Bevollmächtigten zum Grenzverlauf[20])."

Graf Schuwalow nimmt den Vorschlag für eine Sonderkommission an.

Mehemed Ali Pascha spricht die Interessen der Türkei am Grenzverlauf an und erinnert an seine Ausführungen auf der letzten Sitzung[21]). Alsdann kommt der *Präsident* auf die Bildung einer Kommission zurück, die besonders mit Fragen zu betassen wäre, die sich nicht im Plenum lösen lassen.

Der *Kongreß* nimmt den Vorschlag an: die Bevollmächtigten sollen dem Sekretariat die Delegierten benennen, die der Kommission angehören sollen.

Artikel IV des Vertrages von San Stefano über Serbien wird daraufhin überprüft, Absätze 1 und 2 werden der Redaktionskommission überwiesen.

Zu Absatz 3 über die Räumung des ottomanischen Territoriums durch serbische Truppen möchte *Lord Salisbury* einen Beschluß des Kongresses herbeiführen: da *Graf Schuwalow* bemerkt habe, eine genauere Regelung der Frage sei nicht möglich, bevor die Grenze festgelegt sei, möge der Kongreß den letzten Absatz des Artikels IV ebenfalls der Redaktionskommission überweisen.

Baron von Haymerle verliest folgenden Antrag über die Eisenbahnen in Serbien:

„Das Fürstentum Serbien tritt für seinen Teil an Stelle der Hohen Pforte in die Verpflichtungen ein, welche dieselbe sowohl gegenüber Österreich-Ungarn als auch gegenüber der Gesellschaft zum Betriebe der Eisenbahnen der europäischen Türkei bezüglich des Ausbaues, des Anschlusses sowie des Betriebes der auf dem neu erworbenen Gebiete anzulegenden Eisenbahnlinien eingegangen ist.

Die zur Regelung dieser Fragen notwendigen Übereinkommen werden unmittelbar nach Friedensschluß zwischen Österreich-Ungarn, der Pforte, Serbien

---

[20]) Vgl. Anhang zu Protokoll Nr. 8, S. 256.

[21]) Vgl. Protokoll Nr. 7, S. 14f; dazu auch Bismarck-Notizen:

„Mechm(ed) sträubt sich.

Prés(ident): c'est pour la commission. le plén(ipotentiaires) ottomans doivent se joindre à cet idée de rédaction." (Präsident: Das ist für die Kommission. Die ottomanischen Bevollmächtigten müssen sich der Idee einer Redaktion anschließen); gemeint war die sog. Delimitationskommission.

und — innerhalb seiner Zuständigkeit — mit dem Fürstentum Bulgarien abgeschlossen werden[22])."

Dieser Antrag ist identisch mit dem, den der Kongreß über die Eisenbahnlinien in Bulgarien schon beschlossen hat[23]), und wird einstimmig angenommen.

Caratheodory Pascha macht folgende Ausführungen zum Tribut des Fürstentums Serbien:

„Der Tribut Serbiens wird kapitalisiert und der Betrag in die Kassen des ottomanischen Staatshaushaltes geleitet mit einer Frist von....

Serbien übernimmt einen Teil der ottomanischen Staatsschulden, der den Einkünften der Distrikte, die ihm endgültig zugesprochen werden, proportional ist."

Der *Präsident* bemerkt, im Vertrag [von San Stefano] sei vom Tribut nicht die Rede. Auf den Einwand des *Grafen Schuwalow*, in der Tat bedeute Unabhängigkeit selbstverständlich auch Ende der Tributpflicht, antwortet *Lord Salisbury*, der Tribut sei ein Eigentum, das, wie alle anderen Einkünfte der Türkei, durch Zahlung der ottomanischen Schuld belastet sei.

Fürst Gortschakow will nichts mit den Zeichnern türkischer Anleihen zu tun haben. Er betrachte diese Angelegenheit als eine traurige Börsenspekulation. Die russische Regierung habe russischen Inhabern ottomanischer Wertpapiere jede Hilfe verweigert.

Auf die Frage des Tributs zurückkommend, sagt *Graf Schuwalow*, er sei nicht imstande, sie zu diesem Zeitpunkt zu diskutieren, und verlangt Überweisung an die Redaktionskommission.

Der *Präsident* meint, Serbien könne vielleicht einen dem Tribut entsprechenden Teil der Schulden übernehmen.

Herr *Waddington* läßt die Ausführungen des Ersten russischen Bevollmächtigten zu den türkischen Anleihen nicht gelten: Die Anleihen könne man nicht einfach als Börsenspekulation abtun; daß es seinerzeit auch zu Spekulationen gekommen sei, sei nicht zu leugnen. Heute aber seien die Papiere im allgemeinen in Händen seriöser Besitzer: Er bestehe heute nicht darauf, bleibe aber bei seinen Ausführungen zugunsten seriöser Rechte: mehrere seiner Kollegen ebenso wie er machten es sich zur Pflicht, sie zu verteidigen.

Fürst Gortschakow antwortet, er habe nicht alle Anleihen gemeint, sondern nur die meisten unter ihnen. Im übrigen habe er nur feststellen wollen, daß seine Regierung den russischen Inhabern türkischer Staatspapiere jede politische Unterstützung versagt habe.

Der Antrag Caratheodory Paschas wird der Delimitationskommission überwiesen.

Der *Kongreß* bespricht anschließend die Tagesordnung für die nächste Sitzung. Auf Anregungen des *Grafen Andrássy* und *Grafen Schuwalow* wird Montenegro auf eine weitere Sitzung verschoben. Der Kongreß beschließt,

---

[22]) Vgl. Art. 38 des Berliner Vertrags.

[23]) Vgl. Art. 10 des Berliner Vertrags, vgl. auch oben Protokoll Nr. 7, S. 237.

morgen Griechenland, danach Rumänien zu beraten, und prüft das Verfahren für die Zulassung der griechischen Vertreter.

Graf de Saint-Vallier bemerkt, die griechischen Minister sollten sich in der ersten Sitzung, zu der sie zugelassen werden. darauf beschränken, dem Kongreß die Forderungen und Überlegungen ihrer Regierung darzulegen: der Kongreß könnte sich dann in ihrer Abwesenheit einigen und mit ihnen in einer weiteren Sitzung diskutieren. Es gebe zwei Ebenen — zunächst Darlegung der Ansichten und Wünsche Griechenlands, dann die eigentliche Diskussion im Kongreß.

Der *Präsident* akzeptiert dieses Verfahren und gibt mit einhelliger Zustimmung der Hohen Versammlung bekannt, er werde den Vertretern Griechenlands mitteilen, der Kongreß wolle sie morgen anhören.

Lord Salisbury und *Graf Corti* fragen, ob Rumänien nicht ebenfalls zugelassen werde, seine Sache vor der Hohen Versammlung zu vertreten.

Der *Präsident* erwidert, da Rumänien auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stünde, könne die von den Bevollmächtigten Englands und Italiens aufgeworfene Frage dann besprochen werden.

Mehemed Ali Pascha legt einen Antrag über die Grenzen Montenegros vor, der gedruckt und dem Protokoll beigefügt wird.

Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Anhang 1 zu Protokoll 8

Grenze für *Serbien*
(österreichische Generalstabskarte)

Die Linie folgt der gegenwärtigen Grenzlinie entlang dem Talweg der Drina, wobei *Mali-Zwornik* und *Sakhar* bei dem Fürstentum verbleiben.

Sie geht dann bis zum Kapaonik die alte Grenze des Fürstentums entlang, von welcher sie sich auf dem Gipfel des Kanilug trennt. Von dort ist sie identisch mit der westlichen Grenze des Sandjaks von Nisch bis zum Dorf Koncul an der Morave, wobei sie vorher noch über die südlichen Vorberge des Kapaonik und über die Kämme der Marica und Mrdar Planina verläuft (die die Wasserscheidelinie zwischen dem Becken des Ibar und der Sitnica einerseits und dem der Toplica andererseits bilden) — wobei Prepolac bei der Türkei belassen wird, bis zum Berg Djak, wo sie sich nach Süden wendet über den Kamm der Wasserscheidelinie zwischen der Brvenica und der Medvedja Rjeka wo sie in östlicher Richtung abfällt zwischen den Dörfern Petrilja und Dukat, um hier die Medvedja zu überqueren und auf den Kamm der Goljak Planina (welcher die Wasserscheidelinie zwischen der Kriva Rjeka einerseits und der Poljanica, der Veternica und der Morava andererseits bildet), von wo sie in südlicher Richtung nach Koncul an der Morava abfällt — dieses Dorf bei Serbien belassend. Von diesem Punkt

folgt die Grenze dem Talweg der Morava bis nach Lusan — dieses Dorf bei der Türkei belassend — von wo sie sich nach Borovce und Novoselo wendet — diese Dörfer bei der Türkei belassend — bis zum Gipfel des Berges Kujan. Von hier aus fällt die Grenze wieder mit der Süd- und Ostgrenze des Sandjak von Nisch zusammen, die Wasserscheide zwischen den Becken des Vardar, der Struma, der Isker und des Lom einerseits und dem der Morava und des Timok andererseits bildend.

Diese Verwaltungsgrenze wird besonders durch den Kamm der Sv. Ilija-Planina, den Gipfel des Berges Kljuc, den Kamm der Babina glava, den Gipfel der Berge Crni vrh, Streser, Vilo golo, Mesid Ravna siba und Orórelica, den Kamm der Bergketten Onsturnica-, Ljubas-, Grloska- und Visker-Planina markiert. Sie führt dann über den Paß der Straße Sofia-Nisch in der Nähe des Dorfes Soline, von wo sie durch die Umgebung der Dörfer Malovo, Murgas und Gedic läuft, und dann in gerader Linie bis zum Ginci (Ginci Paß), der bei Bulgarien bleibt. Von diesem Punkt an folgt sie dem Kamm der Bergkette Kodza — Ciprovac-Balkan, dann von der Stara-Planina bis zur alten östlichen Grenze des Fürstentums, in der Nähe von Kula-„Smiljowa cuka"[24]).

Anhang 2 zu Protokoll 8

Laut dem Frieden von Adrianopel steht den Montenegrinern ein Gebietszuwachs zu, entsprechend dem, den das Waffenglück hat in die Hände fallen lassen.

Diese Gebiete bestehen aus:

1. den nahiés[25]) von Zúbći, Banjani, Piva, Drobniak, Sáran, Yezéré und dem Teil des Distrikts Bihor, der zwischen dem Lim und dem montenegrinischen Distrikt Vassovik liegt. — Alle diese nahiés sind seit langem unter dem Namen „aufständische Distrikte" bekannt, da die topographischen Bedingungen und der schlechte Zustand der Straßen Aktionen der kaiserlichen Truppen sehr erschweren und ihre Einwohner sich selbst in Friedenszeiten mehr oder weniger im Aufruhr befinden;

2. dem Distrikt von Niksic, der nach der Kapitulation des Ortes Niksic und der Räumung der Stein-Blockhäuser zur Verteidigung der Duga-Schlucht durch unsere Truppen in die Hände der Montenegriner gefallen ist;

3. dem Distrikt von Kući, der von orthdoxen Slawen bewohnt wird und zwischen dem Gebiet des albanischen Stammes der Klementi und Montenegro liegt. Früher machten die Kućioten stets gemeinsame Sache mit den Albanern, seit Beginn des letzten Krieges jedoch haben sie die Montenegriner zu ihren Blutsbrüdern erklärt;

4. der Stadt Antivari und einem Teil des gleichnamigen Distrikts.

Bei Abschluß des Waffenstillstands hatte dieser Teil den Lauf der Bojana

[24]) Vgl. Art. 36 des Berliner Vertrags.
[25]) Kleinere Verwaltungseinheiten.

von ihrer Mündung bis zum Sass-See als Grenze, und dann eine senkrecht von der Westspitze des Sees über das Dorf Skla zum Skutari-See gezogene Linie.

Die in diesen Paragraphen aufgeführten Landesteile bilden eindeutig das Territorium, die nach Absatz 2 der Friedensgrundlagen Montenegro zufallen sollen. Sollte ein Teil herausgenommen werden, so stünde dem Fürstentum eine Kompensation zu.

Die Präliminarien von San Stefano haben nicht nur alle fraglichen Landesteile, mit Ausnahme des kleinen Distrikts von Zubći, Montenegro zugesprochen, sondern auch ihm noch ein riesiges Gebiet überlassen, das nie ein bewaffneter Montenegriner betreten hat — die bosnischen Kreise Foca, Plevlje (Tachlidjé), Prjepolje (Prepol), Bjelopolje (Akova) und Berana sowie die albanischen Kreise Rozai und Gussinije mit den von den albanischen Stämmen Hotei und Klementi bewohnten Bergen.

Die Grenzkreise um Kolachein auf der Seite von Novibazar und um Spouz und Podgoritza auf der albanischen Seite wurden auch dem Gebiet zugeschlagen, das an Montenegro abzutreten ist, obwohl es in den befestigten Hauptorten dieser Kreise zahlreiche Garnisonen gibt, die im Falle eines Angriffs nichts zu fürchten hätten.

Die ottomanischen Bevollmächtigten weisen die Hohe Versammlung auf den Widerspruch hin, der, was den Grenzverlauf Montenegros betrifft, zwischen den Grundlagen des Friedens und den Präliminarien von San Stefano besteht. Beseelt vom Wunsch, die Linie, die das Reich von Montenegro trennt, so zu ziehen, daß möglichst auf beiden Seiten natürliche Hindernisse Grenzverletzungen und Raubzüge verhindern, legen sie dem Kongreß die folgende Berichtigung des derzeitigen Grenzverlaufs zur Billigung vor:

a) im Norden fallen die Disktrikte Banjani Niksic, Piva, Drobniak, Saran und Yezéré an Montenegro: Zwischen der Piva und Tara bleibt die befestigte Kaserne von Crkvica, die ein Vorwerk der Stadt Foća ist und daher stets von einem Infanterie-Bataillon besetzt war, bei der Türkei. Die Grenze verläuft nahe dem Dorf Nedvina, beinahe senkrecht zu den beiden oben genannten Flüssen;

b) im Osten steigt die Grenze zunächst wieder auf das linke Ufer der Tara und dann zu dem Bach, der vom Berg Starac nach Prosćeb hinabläuft und folgt um Kolachein herum der alten Trasse bis zum dem Punkt, der auf der Karte mit dem Namen Siskoyézero bezeichnet ist. Sie fällt von diesem Punkt ab gegen das Dorf Djoriza und steigt von Lim bis Sekulare wieder an. Das kleine Fort von Berana, das von dieser Seite der Schlüssel zu Albanien ist, die Höhen, die gegenüber auf dem linken Ufer des Lim liegen, verbleiben bei uns und sind Teil des Rayons für diese Festung.

c) Da die Gebiete von Gussinié und Plava nur von Albanern bewohnt sind und, wie die muslimischen Städte Spomj und Podgorica, nie von Montenegrinern besetzt wurden, setzt im Süden die Grenzberichtigung erst vom Berge Ziva ab ein, von wo die neue Trasse dem Lauf des Baches Ripnica hinabfolgt bis zum Dorf Fundina, um Podgorica herumläuft, so daß die die Nordseite umgebenden Höhen Teil des Einzugsbereichs dieses Ortes sind und die alte Trasse am Zusammenfluß der Zeta mit der Moraca trifft.

Da der Kreis Antivari ausschließlich von Albanern bewohnt ist, bleibt er unter ottomanischer Herrschaft, Montenegro erhält nur den Hafen Spica durch eine Grenzberichtigung, die von Milujevic in gerader Linie auf das Meeresufer gelegene Dorf St. Pettka zuläuft.

Diese Hohe Versammlung müßte entscheiden, ob die Montenegriner für den Teil des Kreises Antivari, den sie zur Zeit besetzt halten, einen Ausgleich an irgendeiner anderen Stelle erhalten sollen.

Protokoll Nr. 9
Sitzung vom 29. Juni 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Der *Präsident* gibt bekannt, daß sich die Delimitationskommission konstituiert hat und sich wie folgt zusammensetzt:

Für Deutschland, Fürst von Hohenlohe — für Österreich, Baron von Haymerle — für Frankreich, Graf de Saint-Vallier — für Großbritannien, Lord Odo Russell — für Italien, Graf de Launay — für Rußland, Graf Schuwalow — für die Türkei, Mehemed Ali Pascha.

Die Kommission hat heute ihre erste Sitzung abgehalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert der *Präsident* daran, daß verschiedene Anträge aus der letzten Sitzung den jeweiligen Kommissionen überwiesen wurden.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle Artikel XV des Vertrages von San Stefano über die Insel Kreta und die an das Königreich Griechenland grenzende Provinzen.

Gemäß Kongreßbeschluß[1]) hat der Präsident die Vertreter der Regierung S.M. des Königs von Griechenland eingeladen, der Hohen Versammlung in der heutigen Sitzung freundlicherweise die Mitteilungen zu machen, mit denen sie beauftragt sind.

Der *Präsident* verliest Artikel XV des Vertrages von San Stefano.

Lord Salisbury verlangt eine Abänderung im letzten Absatz folgenden Wortlauts: „Besondere Kommissionen, innerhalb deren das eingeborene Element zahlreich teilnehmen soll, werden in jeder Provinz damit beauftragt, die Einzelheiten des neuen Reglements auszuarbeiten. Das Ergebnis dieser Arbeiten ist der Prüfung der Hohen Pforte zu unterbreiten, die die kaiserlich russische Regierung konsultiert, bevor sie sie in Kraft setzt[2])."

S.E. beantragt Ersetzung der Worte „die kaiserlich russische Regierung" durch „die Europäische Kommission".

Graf Schuwalow erwähnt die Gefahr, auf die er schon hingewiesen habe, die Befugnisse der Europäischen Kommission zu sehr auszuweiten, und möchte lieber die von Lord Salisbury genannten Worte durch „die europäischen Großmächte" ersetzen.

Der *britische Bevollmächtigte* bleibt bei seiner Formulierung, und *Fürst v. Bismarck* erklärt, der Unterschied zwischen beiden Ansichten sei im Grunde kaum sichtbar[3]). Daraufhin nimmt *Graf Schuwalow* den von England vorgeschlagenen Wortlaut an, den der Kongreß ebenfalls billigt.

Die Herren *Delyannis*, Minister für Auswärtige Angelegenheiten Griechenlands, und *Rangabé*, griechischer Gesandter in Berlin, werden sodann hereingeführt.

Der *Präsident* sagt, der Kongreß wolle die Wünsche und Ansichten der griechischen Regierung anhören, bevor er über Artikel XV beschließe, der augenblicklich Gegenstand der Beratungen sei. Er bittet die Vertreter Griechenlands, der Hohen Versammlung ihre Ansichten und Wünsche bekanntzugeben.

Herr *Delyannis* übermittelt dem Kongreß den Dank der griechischen Regierung für die Zulassung der griechischen Vertreter in den Kreis der Hohen Versammlung. Er hoffe, der Kongreß wolle mit demselben Wohlwollen die Sache

---

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr, S. 197.

[2]) Vgl. Art. 23, Abs. 3 und 4 des Berliner Vertrags.

[3]) Dazu Bismarck-Notizen: „Prés(ident): ... à mon avis il n'y a pas de divergences entre vos opinions. Salisb(ury) veut appliquer en [..?..], que Schu(walow) n'exclue pas. Salisbury mißtrauisch.

Me(c)hm(ed) veut éliminer toute la phrase, ce sera trop difficile de consulter toutes les puissances.

Prés(ident) ne veut pas que la Porte soit sans contrôle." (Präsident: Meiner Ansicht nach bestehen keine Divergenzen in Ihren Positionen: Salisbury will [...] anwenden, was Schuwalow nicht ausschließt. Salisbury mißtrauisch. Mechmed will den ganzen Satz streichen; die Konsultation aller Mächte werde zu schwierig.

Der Präsident will die Pforte nicht ohne Kontrolle lassen).

prüfen, die zu vertreten sein Kollege und er beauftragt seien. Sodann verliest er folgende Erklärung:

„Der einzige und aufrichtige Wunsch der griechischen Regierung hat sich immer mit den Bestrebungen der ganzen Nation gedeckt, von der das freie Griechenland nur einen kleinen Teil ausmacht. Eben diese Bestrebungen bewegten das griechische Volk, als es 1821 den langen Krieg um seine Unabhängigkeit aufnahm.

Die griechische Regierung macht sich keine Illusionen über die zahlreichen Schwierigkeiten, die ihrer vollständigen Verwirklichung entgegenstehen.

Der fest Wille Europas, den Frieden im Orient herzustellen, ohne den bestehenden Zustand zu sehr zu erschüttern, zeigt der griechischen Regierung die Grenzen, die sie ihren Bestrebungen setzen muß.

So muß die Regierung ihre Wünsche einschränken und in der Annexion Kandias und der an das Königreich grenzenden Provinzen alles sehen, was im Augenblick für Griechenland zu erreichen ist.

Die Wünsche der königlichen Regierung widerlaufen weder den Interessen Europas noch denen des Nachbarstaates. Ihre Befriedigung wäre die Verwirklichung des festen und unbeugsamen Willens der Bevölkerung in diesen Provinzen und gäbe dem Königreich Ruhe und eine dauerhafte Existenz.

Wir glauben, daß die Verwirklichung der oben geäußerten Wünsche im Interesse Europas liegt. Da es sein Wille ist, den Frieden im Orient herbeizuführen und zu festigen, wäre die Annexion dieser Provinzen das wirksamste und einzig mögliche Mittel, um all die Ursachen zu beseitigen, die in Zukunft das Friedenswerk Europas gefährden könnten. Man braucht sich nur die Vergangenheit dieser Provinzen ins Gedächtnis zu rufen, die Ursachen, die sie so viele Male in Unruhe versetzt haben und die extremen Mittel, auf die diese Länder zurückgreifen mußten, um ihr Los zu verbessern, um völlig davon zu überzeugen, daß dieselben Ursachen in der näheren oder weiteren Zukunft zu denselben traurigen Ergebnissen führen würden.

Da Europa in der Errichtung des Griechischen Königreiches ein großes Werk der Zivilisation gesehen hat, würde seine Erweiterung dieses Werk nur vollenden. Der Anschluß der Provinzen wäre auch im Interesse der Türkei. Er würde für sie in Zukunft jede Ursache für Unruhen beseitigen, die so viele Male ihren Staatshaushalt erschöpft, ihre politischen Interessen aufs Spiel gesetzt und ihre gutnachbarlichen Beziehungen verschärft haben, auf die das Königreich Griechenland stets großen Wert gelegt hat.

Zum großen Interesse der Provinzen selbst am Anschluß ist zu bemerken, daß sie bekanntlich schon seit einem halben Jahrhundert ihre Vereinigung mit Griechenland fordern. Sie haben diesen Willen schon oft und deutlich ausgedrückt. Sie haben nicht gezögert, sogar wiederholt zu den Waffen zu greifen und sich allen Leiden des Krieges auszusetzen, um ihn durchzusetzen. Erst vor wenigen Monaten war eine von ihnen nur durch die formelle Versicherung einer Großmacht zu befrieden, daß „die hellenische Sache nicht verletzt würde", und dieselbe Macht hat im Kongreß ausdrücklich gesagt, „daß diese Befriedung ihrem Eingreifen zu verdanken sei[4])."

Eine andere Provinz, die Insel Kandia, befindet sich noch in hellem Aufruhr, und nach den letzten Meldungen fließt hier Blut im Übermaß.

Wäre es nicht ein Werk der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die nationalen Bestrebungen dieser Länder zu erfüllen, ihre so oft geäußerten Wünsche zu stillen und ihnen in Zukunft Zerstörungen und Leiden zu ersparen, denen sie sich aussetzen, um eine nationale Existenz zu erreichen?

Alle diese Äußerungen nationalen Wollens der Hellenen in der Türkei können natürlich nur eine tiefe Anteilnahme im Königreich Griechenland hervorrufen.

Unter uns leben tausende von Bürgern, die aus den griechischen Provinzen des ottomanischen Reiches stammen; viele unter ihnen bekleiden hervorragende Ämter in allen Zweigen der Verwaltung, in der Marine und der Armee. Andere, nicht minder zahlreich, zeichnen sich durch ihre industrielle und kommerzielle Tätigkeit aus. Der Widerhall, den die Nachricht von einem griechischen Aufstand gegen die Türken in ihren Herzen hervorruft, ist zu mächtig, um sie nicht aufzurütteln. Er treibt die einen dazu, über die Grenzen zu gehen, um sich den Aufständischen anzuschließen; die anderen, ihre Taschen für die gemeinsame Sache zu leeren. Diese Bewegung überträgt sich schnell auf alle Bewohner des Landes, auch wenn sie nicht aus den aufständischen Provinzen stammen, und die gesamte Bevölkerung des Königreiches kann weder vergessen, was sie früheren Kämpfen dieser enterbten Brüder verdankt, noch angesichts ihres Befreiungskampfes unbeteiligt bleiben und eilt in ihre Reihen, um ihnen zu helfen, ihre Freiheit wiederzugewinnen.

Ein solcher Zustand führt jedesmal zu ernsthaften Krisen im Königreich Griechenland und erschwert die Lage seiner Regierung außerordentlich: Sie kann den Griechen der fraglichen Provinzen, die durch Bande der Geschichte, der Herkunft und gemeinsamen Leidens mit dem freien Griechenland verbunden sind, ihre Sympathie nicht versagen. Sie darf keine Teilnahmslosigkeit zeigen, da sie sonst das Vertrauen der Griechen verlöre und die berechtigten Hoffnungen erstickte, die die Griechen in der Türkei stets auf das freie Griechenland gesetzt haben. Jede griechische Regierung wäre machtlos, dem Strom zu widerstehen.

Selbst wenn sie glaubte, das unter Aufopferung der wertvollsten Ziele des Königreichs tun zu müssen, würde sie durch den Strom weggerissen, der das gesamte Land in das Ringen der aufständischen Provinzen hineinzöge. Selbst wenn die Regierung die Kraft hätte, dem nationalen Strom einen Damm entgegenzusetzen, blieben bei Ausdehnung und Gestalt der Grenzlinie des Königreiches alle ihre Anstrengungen wirkungslos, so daß selbst eine Armee von hunderttausend Mann nicht in der Lage wäre, die heimliche Flucht von Freiwilligen über die Grenze zu verhindern.

Der griechischen Regierung erwachsen aus diesen Aufstandsbewegungen nicht minder unhaltbare finanzielle Schwierigkeiten: Das Budget des Königreiches hat oft gelitten und leidet noch unter dem Einfluß dieser Ereignisse.

---

[4]) Gemeint ist offensichtlich England; aber dafür liegt im Protokoll keine entsprechende Äußerung vor.

Wie groß und eklatant auch der Unterschied zwischen dem 1829 vom Präsidenten Griechenlands erstellten Haushalt der öffentlichen Einnahmen und dem des letzten Jahres sein möge, so ist deshalb nicht weniger wahr, daß die finanziellen Unterstützungen, die jedesmal den Flüchtlingen aus aufständischen Provinzen und den repatriierten Kämpfern gewährt wurden, sowie die in dieser anomalen Lage und bei den daraus resultierenden, wenn auch noch so geringfügig gespannten Beziehungen mit dem benachbarten Staat erforderlichen Rüstungen oft mehrere Millionen geschluckt, die Staatsschuld erhöht und den unproduktiven Ausgaben den größten Teil der öffentlichen Einnahmen zugewiesen haben, die, für die materielle Entwicklung des Landes verwendet, in noch stärkerem Ausmaße seine Ressourcen und seinen Wohlstand hätten vermehren können.

Wenn große und reiche Nationen, mit denen sich das kleine Griechenland nie messen könnte, unter vergleichbaren Umständen stets die drückenden Folgen solcher Ausgaben gespürt haben, so ist es nur natürlich, daß das arme Königreich Griechenland, das sich mehr als einmal in der Lage sah, solche Verpflichtungen übernehmen zu müssen, das noch heute 30.000 Flüchtlinge auf seinem Gebiet unterhält und sich mit Vorkehrungen über seine Kräfte hinaus belasten muß, erst recht nicht nur unter der ganzen Last solcher Ausgaben seufzt, sondern auch daran zugrundegeht. Die Regierung Seiner Majestät ist zur festen Überzeugung gelangt, daß ein solcher Zustand nicht länger andauern darf. Sie glaubt, eine Pflicht zu erfüllen, die zu vernachlässigen ihr verwehrt ist, wenn sie sich bemüht, dem Kongreß die Lage darzulegen und ihn bittet, ihr helfen zu wollen, indem er die Ursachen beseitigt, die dazu geführt haben."

Der *Präsident* sagt zu, die Ausführungen die der Kongreß soeben vernommen hat, drucken und verteilen zu lassen. Die Hohe Versammlung werde sie aufmerksam prüfen.

Herr *Rangabé* macht sodann einige ergänzende Ausführungen:

Er betont besonders die Fortschritte Griechenlands seit der Unabhängigkeitserklärung, die Schwierigkeiten, die sich aus dem knappen Umfang seines Staatsgebietes, dem Fehlen natürlicher Grenzen und der ständigen Unruhe in Nachbarprovinzen gleicher Rasse stets für Wohlfahrt und Entwicklung des Königreichs Griechenland ergaben. Er bekräftigt erneut, daß die von seinem Kollegen geforderten Territorialgewinne nicht nur für die eigene Existenz Griechenlands, sondern auch für den Frieden im Orient notwendig seien.

Der *Präsident* antwortet, der Kongreß werde, wenn er die Ausführungen der griechischen Bevollmächtigten geprüft habe, ihnen das Ergebnis seiner Beratungen mitteilen.

Sie würden dann erneut um ihre Mitwirkung gebeten. Er dankt ihnen dafür, daß sie der Einladung des Kongresses nachgekommen seien.

Nachdem sich die Herren *Delyannis* und *Rangabé* zurückgezogen haben, nimmt der *Kongreß* seine Tagesordnung wieder auf — Prüfung von Artikel V und VIII des Vertrages von San Stefano über Rumänien.

Lord Salisbury erinnert an seine Frage aus der vorigen Sitzung[5]) und bean-

[5]) Vgl. Protokoll Nr. 8, S. 255.

tragt zu entscheiden, ob die Vertreter Rumäniens vom Kongreß gehört werden sollen. In seinen Augen handele die Hohe Versammlung, nachdem sie die Delegierten einer Nation, die fremde Provinzen fordert, angehört habe, nur gerecht, wenn sie jetzt Vertreter eines Landes anhöre, das nur Gebiete, die ihm gehören, behalten möchte.

Graf Corti erklärt, sich voll und ganz der Meinung seines Kollegen aus England anzuschließen.

Fürst v. Bismarck sieht nicht, daß die Zulassung der Rumänen für den Erfolg des Kongresses ebenso bedeutsam sei wie die Zulassung der Griechen, deren Forderungen, was auch immer ihr Ergebnis sein möge, einen beträchtlichen Einfluß auf den Inhalt der Beratungen des Kongresses ausüben könnten. Er zweifle, daß es gut sei, die Last des der Hohen Versammlung aufgebürdeten Friedenswerks durch Zulassung der rumänischen Delegierten noch zu erhöhen, denn ihre längst bekannten Forderungen seien derart, daß sie ein gutes Einvernehmen kaum erleichtern könnten. Da jedoch die Frage gestellt sei, müsse er sie seinen Kollegen zur Abstimmung vorlegen.

Graf Schuwalow erläutert den Unterschied zwischen Griechenland, einem unabhängigen Staat, und Rumänien, dessen Unabhängigkeit Europa noch nicht anerkannt hat. Es gäbe mehr Ähnlichkeiten zwischen Griechenland und Serbien, das die Erklärung des Kongresses von den Banden der Vasallität gelöst hat, und trotzdem habe die Hohe Versammlung die serbischen Delegierten nicht zugelassen.

Der *Präsident* fragt beim Sekretariat nach, ob das Zulassungsgesuch an den Kongreß von der Regierung des Fürstentums Rumänien ausgehe. Daraufhin stellt *Graf Corti* fest, daß das Gesuch von zwei Ministern des Fürsten Karl unterzeichnet sei und daß, gemäß den Verfahrensregeln des Kongresses, den Antrag Lord Salisbury und die italienischen Bevollmächtigten einbringen und empfehlen.

Der *Präsident* läßt abstimmen.

Graf Andrássy nimmt den Antrag Lord Salisburys und des Grafen Corti an, allerdings in der Hoffnung, daß er zu einer Lösung führen könne, die den Frieden sichere.

Herr *Waddington* ist für Zulassung der rumänischen Vertreter und hofft, dieser Beweis der Anteilnahme werde Rumänien die Zustimmung zu Bechlüssen des Kongresses erleichtern, wie sie auch immer ausfallen mögen.

Da die Stimmen Englands und Italiens feststehen, bittet der *Präsident* die russischen Bevollmächtigten um ihr Votum.

Fürst Gortschakow erklärt, die Meinung des Fürsten v. Bismarck zu dieser Frage zu teilen. Rußlands Ziel sei es, so rasch wie möglich einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Die Anwesenheit der rumänischen Vertreter sei dazu angetan, lebhafte Diskussionen hervorzurufen. Ohne gegen ihre Zulassung zu stimmen, verlangt Fürst Gortschakow ausdrücklich Aufnahme seiner Meinung ins Protokoll.

Da der *Präsident* auf ein eindeutiges Votum der russischen Bevollmächtigten dringt, sagt *Graf Schuwalow*, in den Augen seiner Regierung könnten

Ausführungen der rumänischen Vertreter nur die Diskussion erschweren, denn ganz sicher lasse sich Rußland von ihnen nicht beschuldigen, ohne sich zu verteidigen. Wenn jedoch die Mehrheit des Kongresses für Zulassung sei, wollen die russischen Bevollmächtigten nicht damit allein stehen, Widerspruch auszuschalten, und sie widersetzen sich keineswegs dem Antrag Lord Salisburys.

Da die *ottomanischen Bevollmächtigten* keinen Einwand erheben[7]), sagt *Fürst v. Bismarck*, er wolle sein Votum dem der besonders betroffenen Mächte unterordnen, und stimmt im Namen Deutschlands ebenfalls für Zulassung der rumänischen Vertreter.

Graf Andrássy äußert, unter Zustimmung der Hohen Versammlung, den Wunsch, die rumänischen Delegierten unter den gleichen Bedingungen anzuhören wie die Minister Griechenlands.

Der *Präsident* kündigt daher an, er werde die rumänischen Vertreter zur Sitzung am nächsten Montag einladen.

Der *Kongreß* beginnt mit der Diskussion der Artikel des Vertrages von San Stefano über Rumänien. Der *Präsident* verliest Absatz 1, Artikel V:

„Die Hohe Pforte erkennt die Unabhängigkeit Rumäniens an, das sein Recht auf eine zwischen beiden Parteien auszuhandelnde Entschädigung geltend macht."

Der *Präsident* fragt, ob der Kongreß bereit sei, den in diesem Absatz formulierten Grundsatz bedingungslos beizubehalten oder ihn lieber von der Annahme territorialer Veränderungen durch Rumänien abhängig zu machen, die es offenbar ablehnen wolle. Ohne in dieser Frage festgelegt zu sein, möchte er erfahren, ob die Vertreter anderer Mächte meinen, daß die Unabhängigkeit Rumäniens an die Anerkennung des gesamten Vertrages von San Stefano durch dieses Fürstentum gebunden sei und ob sie daher beide Fragen — Unabhängigkeit und territoriale Veränderungen — als zusammenhörig betrachten.

Graf Corti bemerkt, der Vorvertrag von San Stefano sei zwischen Rußland und der Türkei geschlossen. Rumänien habe daran nicht teilnehmen können, da es noch der Suzeränität der Pforte unterstand. Er halte es für unbillig, das Fürstentum im gleichen Ausmaß zu binden wie die ottomanische Regierung. Er hält es für unangebracht, die Unabhängigkeit Rumäniens von seiner Zustimmung zu Stipulationen abhängig zu machen, die es betreffen.

Graf Schuwalow teilt diese Ansicht überhaupt nicht: Zwar habe Rumänien selbst seine Unabhängigkeit ausgerufen, aber die Unabhängigkeit könne ohne Zustimmung Europas nicht wirksam werden. Der Kongreß könne Beschlüsse fassen, ohne nachzuforschen, ob Rumänien von anderen Artikeln des Vertrages von San Stefano gebunden sei oder nicht.

Lord Beaconsfield hat die Bestimmungen über Beßarabien in Artikel XIX des Vertrages von San Stefano mit dem lebhaftesten Bedauern gesehen: Erstens sei

---

[6]) Dazu Bismarck-Notizen: „Gort(schakow) will nicht, Phrasen."

[7]) Die Bismarck-Notiz dazu — („Carathe(odory): Unerwünscht") — kann sich kaum auf seine Stellungnahme, wie sie im Protokoll festgehalten ist, beziehen.

er eine Verletzung des Vertrags von 1856; nur dringende Notwendigkeit hätte eine Veränderung an einem so bedeutenden Vertragswerk rechtfertigen können; zudem sei eine derartige Notwendigkeit noch nicht einmal geltend gemacht worden. Zweitens wäre es in seinen Augen ein schwerer Fehler, diese Bestimmung als einfachen Gebietstausch zwischen zwei Staaten zu betrachten. Artikel 4 und 20 des Pariser Vertrages legten eine Verpflichtung zwischen den europäischen Mächten und Rußland fest, die Freiheit der Schiffahrt auf der Donau zu sichern, und er finde keine Garantie für diese Freiheit im Vertrag von San Stefano. In Artikel 4 des Vertrages von 1856 hätten sich die verbündeten Mächte verpflichtet, dem Kaiser von Rußland alle von ihren Truppen besetzten Gebiete zurückzugeben, aber unter der in Artikel 20 genannten Bedingung, daß in Beßarabien eine Grenzberichtigung stattfinde, „um die Freiheit der Schiffahrt auf der Donau besser zu sichern". Das war eine Verpflichtung gegenüber Europa.

Heute dagegen wolle die russische Regierung die [1856] abgetretenen Gebiete behalten, ohne die Bedingungen zu erfüllen, unter denen sie einst zurückgegeben worden waren. In tiefer Sorge wende er sich in einer so ernsten Lage an die Hohe Versammlung. Er bedauere diese Verletzung des Pariser Vertrags und protestiere dagegen, gleichgültig ob der gegenwärtige Besitzer den Gebietstausch billige oder nicht.

Da die anderen Signatarmächte des Pariser Vertrages jedes Eingreifen in dieser Frage abgelehnt hätten, könne er der Regierung der Königin nicht dazu raten, Gewalt anzuwenden, um die Einhaltung dieser Vertragsbestimmungen zu erreichen, aber er protestiere gegen den Gebietstausch und erwarte von seinen Kollegen aus Rußland Aufklärung über die Verpflichtungen, die ihr Herrscher eingehen wolle, um die Freiheit der Donauschiffahrt sicherzustellen.

Fürst Gortschakow hält mit Lord Beaconsfield die Freiheit der Schiffahrt auf der Donau für ein europäisches Interesse, sieht jedoch nicht, welchen Einfluß die Abtretung Beßarabiens auf die Freiheit der Donauschiffahrt haben könne. Rumänien sei in Wahrheit überhaupt nicht am Ausbau der Donau beteiligt. Gewiß habe der Pariser Vertrag der Moldau einen Teil Beßarabiens und das Donaudelta zugesprochen, aber 1857 hätten dieselben Mächte das Delta den Türken zurückgegeben, und sie hätten so der Moldau einen Dienst erwiesen, da sie außerstande war, die notwendigen Arbeiten zur Sicherstellung des freien Zugangs zur Mündung der Sulina durchzuführen. Seitdem habe die europäische Donau-Kommission umfangreiche Arbeiten ausgeführt, die dem Welthandel so bedeutende Vorteile gebracht haben.

S.D. betrachtet die Frage von einem anderen Gesichtspunkt aus und erinnert daran, daß 1856 Beßarabien nur der Moldau angeschlossen wurde, als die beiden Fürstentümer noch getrennt bleiben sollten. Später hätten sich die Walachei und die Moldau — entgegen dem Pariser Vertrag — zusammengeschlossen und, ungeachtet des Einspruchs der europäischen Kabinette, hätten die Vereinigten Fürstentümer einen ausländischen Fürsten gewählt[8]), dem er durchaus den

[8]) Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, als Carol I., Fürst bzw. König von Rumänien, 1866-1914.

größten Respekt bezeuge: die Lage sei also nicht mehr die gleiche wie früher. Fürst Gortschakow fährt fort, seine Regierung könne in dieser Frage nicht zurückweichen und hoffe, Lord Beaconsfield werde seine Einwände fallenlassen, wenn er erkannt habe, daß die Wiederabtretung Beßarabiens die Freiheit der Donau keineswegs beeinträchtigen werde.

Graf Schuwalow sagt, wenn er den Beitrag des Ersten britischen Bevollmächtigten richtig verstanden habe, so bedauere der edle Lord, daß der Vertrag von San Stefano eine Verletzung des Vertrags von 1856 darstelle, durch den Rußland gegenüber Europa Verpflichtungen eingegangen sei. Der russische Bevollmächtigte glaubt daran erinnern zu müssen, daß der Vertrag von San Stefano nur ein vorläufiges Abkommen sei, nur für beide Vertragspartner verbindlich, durch das Rußland der türkischen Regierung nur vorher schon die Forderungen habe mitteilen wollen, die es später vor Europa erheben wollte. Mit dieser Absicht sei Rußland nach einem langen und siegreichen Krieg zum Kongreß gekommen. Der edle Lord habe hinzugefügt, er halte die Wiederabtretung Beßarabiens nicht für notwendig. Dagegen meine er, Lord Beaconsfield könne nicht umhin anzuerkennen, daß, wenn eine Nation wieder in den Besitz eines Gebietsteiles gelangt ist, den es in einem früheren Krieg verloren habe, so sei es schwierig, diese Nation zu veranlassen, das Gebiet, das sie zurückerobert habe, wieder aufzugeben. Zur Freiheit der Schiffahrt auf der Donau werde er einige Erklärungen abgeben, die Lord Beaconsfield zufriedenstellen sollten. Die Beßarabien-Frage könne Rußland als Frage des Ehrgeizes und Interesses oder als Ehrenfrage betrachten. Rußland habe sie auf eine Ehrenfrage zurückführen wollen, deshalb fordere es nicht die Gebietsteile zurück, deren Besitz eine Bedrohung oder wenigstens einen Eingriff in die Freiheit der Donauschiffahrt darstellen könnten. Schließlich biete Rußland dafür Rumänien ein größeres Gebiet an, das mit dem Preis russischen Blutes erobert worden sei und das als guter Tausch gelten könne. Er sei der Überzeugung, daß Rumänien nichts bei dem Tausch verliere. Zum Prinzip der Integrität und Unabhängigkeit meine er, wie Lord Beaconsfield, daß solche Prinzipien nicht nur Worte bleiben dürften, sondern Wirklichkeit werden müßten: Rumänien könne seine Unabhängigkeit und Integrität nicht wirklich behaupten, solange es weiter auf Kosten eines großen Reiches leben wolle, das sich für berechtigt hält, ein Stück seines früheren Staatsgebietes als Eigentum wieder in Anspruch zu nehmen. Er sei fest davon überzeugt, daß Rumänien selbst, daß ganz Europa daran interessiert sei, die Frage im Sinne der legitimen Aspirationen Rußlands zu lösen.

Fürst Gortschakow möchte eine Bemerkung zum Wert des Gebietstausches anschließen:

Rumänien erhalte nach dem Krieg, an dem es teilgenommen habe, nicht nur die Anerkennung seiner Unabhängigkeit und Schleifung der [türkischen] Festungen, die seine Sicherheit bedrohten. Es seien auch zu seinen Gunsten mögliche Annexionen in Aussicht genommen, die sein Staatsgebiet, nach Abzug der von ihm geforderten Abtretungen, immer noch um 3.500 Quadratkilometern Fläche und 80.000 Seelen vergrößern werde. Außerdem erhalte es das Donaudelta, das Europa ihm 1857 gewaltsam wieder weggenommen habe,

gewisse fruchtbare Gebiete, wie das von Babadagh, und einen guten Handelshafen an der Küste des Schwarzen Meeres.

Die kaiserlich russische Regierung sei daher der Überzeugung, nicht nur ihr Recht zu wahren, sondern sich auch auf den Boden der Gerechtigkeit zu stellen, wenn sie auf der Grundlage gegenseitiger Vorteile mit der rumänischen Regierung eine Frage regele, ohne deren Lösung es unmöglich wäre, zwischen Rußland und Rumänien die für die Festigung des Friedens im Orient notwendigen guten Beziehungen herzustellen.

Seine Ausführungen zeigten hinreichend, daß Rußland nicht mehr verlange, als es gebe. Er möchte darüberhinaus daran erinnern, daß in Wirklichkeit Rumänien alle Rechte und Privilegien um den Preis russischen Blutes erhalte. Rußland habe seit einem Jahrhundert mit der Türkei nicht einen Vertrag geschlossen, der nicht Bestimmungen zugunsten der Rumänen enthalten habe. Er möchte eine psychologische Bemerkung anschließen und bedauert feststellen zu müssen, daß, wenn es im Privatleben häufig vorkomme, daß, indem man einem Freund einen Dienst leistet, man sich ihn zum Gegner mache, diese Wahrheit für die Politik noch mehr gelte. Er wolle nur das Beispiel der Rumänen anführen. Seine Ausführungen seien hoffentlich geeignet, diejenigen völlig zu beruhigen, die offenbar fürchten, daß Rußland die absolute Ergebenheit der Bevölkerung erwerbe, für die es sich die größten Opfer auferlegt habe.

Fürst v. Bismarck sieht mit dem Ersten britischen Vertreter die Notwendigkeit, die Freiheit der Donauschiffahrt zu sichern, jedoch überhaupt keine Verbindung zwischen der Freiheit der Donauschiffahrt und der Wiederabtretung Beßarabiens. In der Beßarabienfrage schließt er sich der Meinung der russischen Bevollmächtigten an, wobei es ihm weniger um die Interessen Rußlands als um einen dauerhaften Frieden für Europa gehe. Der Pariser Vertrag wäre haltbarer gewesen, wenn er mehr die Eigenliebe — Abtretung von Staatsgebiet — respektiert hätte, die allerdings die Macht eines so großen Reiches überhaupt nicht antaste. Das Werk des Kongresses bliebe unvollkommen, wenn die Hohe Versammlung eine Bestimmung bestehen ließe, die in Zukunft für die russische Nation mit einer schmerzlichen Erinnerung verbunden sei, während die Interessen Rumäniens dem vorgeschlagenen Tausch nicht zuwiderzulaufen scheinen. Er fürchte, daß der Kongreß, wenn er sich weigere, den historischen Gefühlen Rußlands Rechnung zu tragen, die Aussichten für den Bestand seines Werkes verringerte.

Der *Präsident* glaubt ohnehin, es sei besser, die Diskussion zu vertagen, bis die rumänischen Vertreter in der Sitzung vom nächsten Montag gehört worden seien. Er möchte gern, wenn möglich, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung Montenegro setzen, nachdem Rumänien erledigt sei.

Der Kongreß billigt den Vorschlag, und die Sitzung wird um halb fünf Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, C.F. v. Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 10
Sitzung vom 1. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Protokolle 8 und 9 werden gebilligt.

Der *Präsident* erwähnt die in Liste Nr. 8 zusammengefaßten Petitionen.

Graf Schuwalow erinnert daran, daß er in einer früheren Sitzung die Frage des Transit- und des Garnisonsrechtes Österreich-Ungarns in der Enklave Novibasar *ad referendum* genommen habe[1]): Im Einvernehmen mit dem Grafen Andrássy zieht der russische Bevollmächtigte seine Einwände zurück und stimmt dem Antrag des österreich-ungarischen Bevollmächtigten zu.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anhörung der Vertreter Rumäniens. Der *Präsident* hat, gemäß Kongreßbeschluß von der letzten Sitzung, die Herren Bratiano und Cogalniceano, Minister des Fürsten Carol von Rumänien, eingeladen, in der heutigen Sitzung die Mitteilungen zu machen, mit denen sie beauftragt sind[2]).

---

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 8, S. 251.

[2]) Dazu Bismarck-Notizen: „Prés(ident): Si les Roum(ains) se servaient d'un language peu diplomatique, j'ai fait dire à Cogalni. (ceano), que je demander(ai) au congrès, s'ils doivent continuer, quand ils s'addressent à une puissance." (Präsident: Sollten die Rumänen eine wenig diplomatische Sprache führen, so habe ich Cogalniceano ausrichten

Die rumänischen Delegierten, die Herren *Bratiano* und *Cogalniceano*, werden hereingeführt und der *Präsident* bittet sie, das Wort zu ergreifen, und die Meinungen und Ansichten ihrer Regierung zu den Fragen des Vertrages von San Stefano zu erläutern, die sie betreffen.

Herr *Cogalniceano* dankt dem Kongreß dafür, die rumänischen Vertreter freundlicherweise zugelassen zu haben und verliest folgendes Memorandum:

„Sehr geehrte Herren Bevollmächtigte,

Uns liegt zunächst am Herzen, dem Kongreß dafür zu danken, daß er die Delegierten Rumäniens freundlicherweise hat anhören wollen in dem Augenblick, wo er über Rumänien berät. Damit hat Europa den Auszeichnungen, für die die rumänische Nation seit langem dankbar ist, eine neue hinzugefügt, und dieser sichere Beweis einhelligen Wohlwollens scheint uns ein glückliches Vorzeichen für den Erfolg der Sache zu sein, die vor Ihnen zu vertreten wir aufgefordert sind.

Wir verweilen nicht bei den Ereignissen, in die uns die Notwendigkeit höherer Gewalt hineingezogen hat. Wir übergehen ebenfalls stillschweigend die militärischen Aktionen, an denen wir beteiligt waren, wie die diplomatischen, an denen teilzunehmen uns nicht vergönnt war[3]).

Wir hatten schon Gelegenheit festzustellen, daß die Zeit der Verhandlungen uns weniger gnädig war als das Waffenglück.

Wir beschränken uns darauf, die Rechte und Wünsche unseres Landes auf der Grundlage der Zusammenfassung darzulegen, die in dem Memorandum enthalten ist, das dem Kongreß zu unterbreiten wir kürzlich die Ehre hatten.

1.

Wir erachten es für recht und billig, daß kein Teil des gegenwärtigen Territoriums von Rumänien abgetrennt wird. Die Abtretung eines Teils von Beßarabien an das Fürstentum Moldau durch den Vertrag von 1856 war ein Akt der Billigkeit Europas. Die Zerstückelung von 1812 war weder durch die Tatsache noch durch das Recht der Eroberung zu rechtfertigen.

1812 unterstand Beßarabien einem Fürstentum, dessen Autonomie alle frühere Verträge zwischen dem russischen und türkischen Reich feierlich bestätigt hatten. Besonders der Vertrag von Kütchük-Kainardji erkannte den Fürsten der Moldau und der Walachei Herrschaftsrechte zu und machte Beßarabien zu einem Teil der Moldau.

---

lassen, würde ich den Kongreß fragen, ob sie weiterreden dürfen, wenn sie sich an eine Macht wenden[, d.h. gegen Rußland]).

Derselbe Sachverhalt noch schärfer bei Andrássy in seinem schriftlichen Bericht vom 2.7.1878 über die 10. Sitzung (Novotny Nr. 199):

„Fürst Bismarck theilte dem Congreße mit, er habe die Vertreter Rumäniens durch Bülow ermahnen lassen, sich bei ihren Auseinandersetzungen streng an die diplomatischen Formen zu halten. Würde der Versuch gemacht werden, irgend eine Macht zu beleidigen, so würde er sich zur Frage an den Congreß genöthigt sehen, ob letzterer die rumänischen Vertreter noch weiter hören wolle. Der tactvollen Haltung Cogalniceanos sei er gewiß, nicht so der Bratianos, den Parteirücksichten leiten."

[3]) D.h. an den Friedensverhandlungen von San Stefano.

Es war also rumänisches Land mit rumänischen Einrichtungen und Gesetzen, ausdrücklich durch S.M. Zar Alexander I. anerkannt. Die Respektierung der früheren Nationalität kam im kaiserlichen Erlaß zum Ausdruck, der die administrative und gerichtliche Organisation dieser Provinz nach seiner Eingliederung in Rußland vornahm, ohne die geringste Unterscheidung zwischen Unter- und Ober-Beßarabien.

Man hat offenbar aus der einfachen Tatsache, daß die Ottomanen hier drei Festungen besetzt hielten, schließen wollen, daß Beßarabien türkisches oder tatarisches Gebiet war.

Aber die Geschichte der Walachei weist eine entsprechende Anomalie auf: türkische Festungen haben hier lange bestanden; daraus folgt dennoch nicht, daß die Walachei jemals türkisch war.

Von Rumänien läßt sich Beßarabien 1878 ebensowenig wie 1812 kraft Rechts auf Eroberung zurückfordern. Es gehört einem Fürstentum, das Rußland selbst im Verlauf seines jüngsten Krieges mit dem Osmanischen Reich als unabhängigen und verbündeten Staat behandelt hat. Zudem hat Rußland nach Eröffnung seiner Kampagne mit Rumänien einen Vertrag unterzeichnet, durch den es ausdrücklich die *Integrität des rumänischen Territoriums* in seinem gegenwärtigen Umfang garantiert hat.

Die Garantie wurde verlangt und gewährt, als es nur um den Durchmarsch der kaiserlich russischen Armee durch Rumänien ging: Sie mußte umsomehr Gültigkeit von dem Tag an besitzen, als, auf Anforderung Rußlands selbst, der Beistand der rumänischen Nation konkreter und zu wirksamer militärischer Zusammenarbeit in einem echten Bündnisverhältnis wurde. Unsere Truppen haben in der Tat Seite an Seite mit den russischen Armeen gekämpft. Wenn das noch kein Anspruch darauf ist, uns zu vergrößern, so ist es sicher keiner, uns zu verkleinern. In Ermangelung anderer Rechte würde der Vertrag vom 4./6. April 1877, mit Unterschriften und Ratifikationen des kaiserlichen Kabinetts schon genügen, um uns ein bedeutendes Donaugebiet zu bewahren, von dem das Gedeihen des rumänischen Handels direkt abhängt.

Man hat als Argument zur Wiederabtretung Beßarabiens Betrachtungen über Dankbarkeit und Erinnerungen an Ehre und militärische Tapferkeit angestellt. In einer langen Folge von Kriegen haben sich die russischen Armeen auf vielen Schlachtfeldern ausgezeichnet und ihren Ruhm bis vor die Mauern von Adrianopel getragen. Das ist jedoch kein Anrecht auf den Besitz des Balkangebietes.

Weiter war die Rede von Dankbarkeit: Rumänien achtet sehr wohl die Pflichten der Dankbarkeit und hat das oft bewiesen. Es vergißt weder seine Geschichte noch die Namen seiner Wohltäter; es verehrt in Katharina d. Gr. und Nikolaus I. die großzügigen Urheber der Verträge von Kainardji und Adrianopel.

Es bewahrt sich aber auch die Erinnerungen an die Opfer, die es für die Vergrößerung, das Kriegsglück und den Ruhm Rußlands gebracht hat. Es erinnert sich daran, daß es seit Peter d. Gr. bis in unsere Tage von Zeit zu Zeit oder gleichzeitig Ausgangspunkt militärischer Operationen Rußlands war, der Speicher, aus dem sich seine Armeen ernährten, auch wenn sie jenseits der

Donau kämpften, und nur allzuoft bevorzugter Schauplatz für die schrecklichsten Zusammenstöße.

Es erinnert sich auch daran, daß es 1812 zu Gunsten Rußlands die Hälfte der Moldau, d. h. Beßarabien vom Pruth bis zum Dnjestr, verloren hat.

2.

Wir fordern, daß der rumänische Boden während der Besetzung Bulgariens durch die russische Armee nicht einem Durchmarschrecht unterworfen wird. Die Donau und das Meer bieten sich den Russen als die einfachsten und billigsten Transport- und Verbindungswege an. Rumänien ersehnt, nach all seinen Prüfungen, zur Beseitigung der Kriegsschäden eine absolut notwendige Ruhepause: der Durchmarsch ausländischer Truppen wäre eine schlechte Voraussetzung für den Abschluß des Wiederaufbaus und für die Ruhe in unserem Lande.

3.

Es erscheint uns gerecht, daß Rumänien aufgrund seiner jahrhundertealten Ansprüche wieder in den Besitz der Donauinseln und der Donaumündung gelangt, einschließlich der Schlangeninseln.

Die Rückgabe wäre nur eine gerechte Rückkehr zu den ursprünglichen Bestimmungen, mit denen die Großmächte 1856 den Donau-Fürstentümern den Schutz der Freiheit der Donau an ihrer Mündung anvertrauten.

4.

Wir hegen die feste Hoffnung, daß Rumänien von der kaiserlich russischen Regierung eine Kriegsentschädigung erhält, im Verhältnis zu den Streitkräften, die es eingesetzt hat. Wir halten es in jeder Hinsicht für legitim, daß die Entschädigung, die Rußland in Namen der verschiedenen verbündeten Staaten festgesetzt hat und erhält, im Verhältnis zu den militärischen Ausgaben eines jeden der Kriegsführenden verteilt wird. Die kaiserliche Regierung hat das Prinzip dieser Verteilung zugunsten Serbiens und Montenegros anerkannt und besteht auf seiner Durchführung.

Auch Rumänien ist berechtigt, in den Genuß einer Entschädigung zu kommen. Unter dem Zwang, seine Armee lange Zeit mobilisiert zu halten, um allen Eventualitäten begegnen zu können, hatte es in der aktiven Armee und in der Reserve über 70.000 Mann unter den Fahnen. Ferner mußte es beträchtliche Verluste hinnehmen: seine Städte und sein gesamtes Donauufer sind durch Beschießungen zerstört, seine Verkehrswege überstrapaziert, sein Kriegsmaterial beschädigt.

Die Kompensation für diese verschiedenen Posten sollten von der Kriegsentschädigung an die kaiserlich russische Regierung abgezogen und in der Form geleistet werden, die der Kongreß für die zweckmäßigste hält.

5.

Rumänien vertraut darauf, daß Europa seine Unabhängigkeit endgültig und vollständig anerkennt.

Zu seinem ursprünglichen Recht, dessen Grundlagen historische Mißverständnisse verfälscht haben, kommen heute Rechtstitel hinzu, erneuert oder vielmehr verjüngt durch Sieg auf dem Schlachtfeld: Zehntausend Rumänen sind vor Plevna für Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlands gefallen.

Aber alle diese Opfer sollen offenbar nicht ausreichen, um Rumänien eine friedliche Zukunft zu sichern. Es wäre glücklich und dankbar, seine Anstrengungen, die seine Eigenständigkeit bezeugt haben, durch eine Wohltat Europas gekrönt zu sehen. Eine solche Wohltat wäre die reelle Garantie seiner Neutralität, die es in Stand versetzen würde, Europa zu zeigen, daß es keinen anderen Ehrgeiz hat, als treue Wächterin über die Freiheit der Donaumündung zu sein, sich dem Ausbau seiner Einrichtungen und Entwicklung seiner Ressourcen zu widmen.

Dieses sind, sehr geehrte Herren Bevollmächtigte, kurz dargestellt, die Wünsche eines kleinen Staates, der nicht glaubt, Europas Achtung verloren zu haben und der durch unseren Mund an die Gerechtigkeit und das Wohlwollen der Großmächte appelliert, deren hervorragende Vertreter Sie sind."

Herr Bratiano verliest daraufhin folgende Ausführungen:

„Die Ausführungen, mit denen mein Kollege soeben in seinem und meinem Namen die Rechte und Interessen Rumäniens umrissen hat, erfordern keine längeren Erläuterungen.

Die Hohe Versammlung, die zur Aufgabe hat, die Lage im Orient zu regeln, besitzt im reichlichen Ausmaß alle für die Vollendung ihres Werkes notwendigen Informationen. Wir sind überzeugt, daß das Gefühl für Gerechtigkeit und Wohlwollen, das uns den Zugang zu Ihnen eröffnet hat, auch die Beschlüsse über Rumänien leiten wird.

Ich möchte mir einfach hinzuzufügen erlauben, daß die Enteignung eines Teiles unseres Erbes nicht nur ein tiefer Schmerz für die rumänische Nation wäre, sie zerstörte in ihr auch das Vertrauen in den Wert von Verträgen und in die Beachtung der absoluten Gerechtigkeit wie des geschriebenen Rechtes.

Die Unruhe, die ihren Glauben in die Zukunft auf die Probe stellte, würde ihre friedliche Entwicklung und Begeisterung für den Fortschritt lähmen.

Ich nehme mir abschließend die ehrerbietige Freiheit, diese Gedanken der hohen Wertschätzung des großen europäischen Rates und besonders den erlauchten Vertretern S.M. des Zaren aller Reußen zu unterbreiten, dessen erhabenen Geist und großmütiges Herz zu schätzen wir während seines Aufenthaltes unter uns so oft Gelegenheit hatten."

Der *Präsident* sagt, der Kongreß werde die Ausführungen der rumänischen Delegierten gewissenhaft prüfen.

Nachdem sich die rumänischen Vertreter zurückgezogen haben[4]), steht auf

---

[4]) Bismarck-Notizen: „Roum(ains) exeunt, remettent les pièces". (Die Rumänen gehen hinaus und rücken die Stühle wieder zurecht).

der Tagesordnung die Fortsetzung der Prüfung von Absatz 1 Artikel V des Vertrages von San Stefano.

Fürst v. Bismarck bemerkt, es gehe darum zu erfahren, ob die Mächte beabsichtigten, die Unabhängigkeit Rumäniens anzuerkennen. Er erinnert daran, daß 1856 der Vereinigung der Fürstentümer nicht zugestimmt worden war. Seitdem habe sich die Lage geändert, da sich die Walachei und die Moldau zu einem einzigen Staat zusammengeschlossen haben; mehrere Mächte hätten diesen Zustand durch Abschluß von Handelsverträgen anerkannt. Allerdings habe nur Europa das Recht, die Unabhängigkeit zu bestätigen. Es müsse sich also fragen, unter welchen Bedingungen es diesen wichtigen Beschluß fassen wolle, und ob es meint, daß die Bedingungen die gleichen sein sollten wie die, die der Kongreß schon für Serbien festgelegt habe[5]).

Herr *Waddington* fordert für die französischen Bevollmächtigten, getreu den Grundsätzen, die sie bisher leiteten, der Kongreß solle der rumänischen Unabhängigkeit die gleichen Bedingungen auferlegen wie der serbischen. Er verhehle sich nicht die örtlichen Schwierigkeiten in Rumänien.

Nach reiflicher Abwägung der Argumente in der einen oder anderen Richtung möchten die französischen Bevollmächtigten lieber vom großen Prinzip der Rechtsgleichheit und der Glaubensfreiheit nicht abweichen. Die rumänische Regierung könne wohl kaum auf ihrem Staatsgebiet das in der Türkei für ihre eigenen Staatsbürger gültige Prinzip ablehnen. Wenn Rumänien in die große

---

[5]) Ebenda: „*Prés(ident): relit la pièce de Bratianu. je ne trouve pas de contradiction explicite.*

Andr(àssy): il n'y a pas de protestation.

Wadd(ington): il semble, qu'on peut regarder ses pièces comme des adhésions explicites.

Prés(ident): de même avis, relit l'art.(icle) V. il s'agit de savoir si les autres puiss.(ances) aussi veulent reconnaître l'indépendance de la Roum(anie) et lui [..?..] la cession du traité de S(an) S(tefano). il serait une assez grande infract.(ion) au traité de Paris, où ni l'érection en principe ni la réunion est ausgesprochen. il y rentre la question, sous quelle condition l'Europe changera les stipul.(ations) de S(an) S(tefano).

je demande, s'il y a des observ(ations) à faire, ou simplement reconnaître l'indépendance? il ságirera d'abord de reconnaître, si l'indépendance ist abh(än)g(ig) gemäß von Cultus u(nd) Eisenbahn wie Serbien."

(Präsident: Verliest noch einmal die Erklärung Bratianus. Ich finde keinen ausdrücklichen Widerspruch.

Andrássy: Es liegt kein Protest vor.

Waddington: Mir scheint, man kann die Erklärungen als ausdrückliche Zustimmungserklärungen auffassen.

Präsident: Derselben Ansicht, verliest nochmals Artikel V. Es geht darum herauszufinden, ob die anderen Mächte auch die Unabhängigkeit Rumäniens anerkennen wollen und ihm die Abtretungen des Vertrags von San Stefano [auferlegen?]. Es [d.h. die Unabhängigkeit Rumäniens. I.G.] wäre ein erheblicher Bruch des Pariser Friedens, wo weder die Errichtung [Rumäniens] im Prinzip noch seine Vereinigung ausgesprochen wurde. Hier kommt die Frage wieder auf, unter welcher Bedingung Europa die Stipulationen von San Stefano abändern wird.

Ich frage, ob jemand dazu das Wort ergreifen möchte, oder ob die Unabhängigkeit einfach ausgesprochen wird? Es geht zunächst darum zu erfahren, ob die Unabhängigkeit abhängig ist gemäß von Cultus und Eisenbahn wie [im Falle] Serbien[s]).

europäische Völkergemeinschaft eintreten wolle, müsse es zweifellos auch die Lasten, ja Nachteile einer Stellung auf sich nehmen, deren Vorteile es in Anspruch nehmen wolle. Auf lange Zeit gebe es nicht mehr eine so feierliche und entscheidende Gelegenheit, nochmals die Prinzipien, die Ehre und Sicherheit zivilisierter Nationen ausmachen, zu bestätigen. Die örtlichen Schwierigkeiten seien leichter zu überwinden, wenn Rumänien diese Prinzipien anerkannt habe und das jüdische Volk wisse, daß es nur auf seine eigene Anstrengungen und die Solidarität seiner Interessen mit denen der einheimischen Bevölkerung bauen dürfe. Abschließend betont er nochmals, daß die gleichen Bedingungen politischer und religiöser Art wie für Serbien auch Rumänien aufzuerlegen seien.

Fürst v. Bismarck verweist auf die in der Verfassung des Deutschen Reiches wirksamen Prinzipien des öffentlichen Rechts sowie auf das Interesse der öffentlichen Meinung, daß Prinzipien der Innenpolitik auch in der Außenpolitik gelten, und erklärt, daß er sich im Namen Deutschlands dem französischen Antrag anschließe.

Graf Andrássy stimmt für den französischen Antrag.

Lord Beaconsfield stimmt im Namen der englischen Regierung dem französischen Antrag voll zu. Er könne keinen Augenblick lang vermuten, daß der Kongreß die Unabhängigkeit Rumäniens ohne diese Bedingungen anerkennen werde.

Die *italienischen Bevollmächtigten* geben die gleiche Erklärung ab.

Fürst Gortschakow bezieht sich auf die Formulierungen des französischen Antrags, der der Regligionsfreiheit größtes Gewicht beimißt, und schließt sich diesem Antrag völlig an.

Graf Schuwalow fügt hinzu, die Zustimmung Rußlands zur Unabhängigkeit sei jedoch abhängig von der Annahme der von der russischen Regierung geforderten Wiederabtretung Beßarabiens durch Rumänien.

Die *ottomanischen Bevollmächtigten* erheben keine Einwände gegen die von den französischen Bevollmächtigten vorgetragenen Prinzipien, und der Präsident stellt fest, der Kongreß sei sich einig, Rumänien die Unabhängigkeit nur unter den gleichen Bedingungen wie Serbien zu gewähren. Er lenkt jedoch die Aufmerksamkeit seiner Kollegen auf den Vorbehalt, den Graf Schuwalow soeben geäußert hat. Demnach könne der Kongreß die Unabhängigkeit Rumäniens einstimmig nur unter der Bedingung anerkennen, daß Rumänien dem in Artikel XIX festgelegten Gebietstausch zustimmt.

Herr *Waddington* appelliert, ohne zu diesem Thema einen formellen Antrag zu stellen, an den Gerechtigkeitssinn und an das Wohlwollen der russischen Regierung und fragt, ob es nicht möglich sei, Rumänien Genugtuung zu geben. Wenn sie diesen Weg einschlügen, würden die russischen Bevollmächtigten mehreren ihrer Kollegen eine große Sorge abnehmen. Die gestrige Erklärung des Fürsten v. Bismarck[6]) hätte zweifellos deutlich gemacht, wie sehr das Gelingen des Kongresses vom raschen und endgültigen Abschluß des fraglichen Gebiets-

[6]) Vgl. oben Protokoll Nr. 9, S. 268.

tausches abhängt: Es wäre in der Tat gut, einen Zustand nicht weiter zu verlängern, der das Prestige eines großen Reiches berühre.

Wenn auch das die Haltung der französischen Bevollmächtigten sei, so meinen sie doch gleichzeitig, daß die Rumänen ein wenig hart behandelt worden seien, daß die ihnen angebotene Kompensation nicht ausreiche. Seit Zusammentritt des Kongresses habe Frankreich Rumänien immer geraten, die Wiederabtretung Beßarabiens hinzunehmen, aber im Namen seiner Regierung müsse er auch einen Appell an den Gerechtigkeitssinn Rußlands richten und äußert den Wunsch, dem Fürstentum im Süden der Dobrudscha eine Gebietserweiterung zuzugestehen, die Silistria und Mangalia umfasse[7]).

Graf Andrássy hat oft daran erinnert, daß die österreich-ungarische Regierung hauptsächlich die Suche nach definitiven Lösungen im Auge habe, die geeignet seien, weiteren Verwicklungen vorzubeugen. Deshalb sei er der Meinung gewesen, daß der Kongreß die rumänischen Delegierten anhören sollte: Aus derselben Gesinnung heraus wünsche er heute, daß sich der Kongreß für den Anschluß der Dobrudscha an Rumänien ausspricht, unter dem Vorbehalt, mit Nachdruck auf dem Grundsatz der umfassendsten Freiheit für die Donauschiffahrt zu bestehen und daß er gleichzeitig, in Übereinstimmung mit Herrn Waddington, eine Grenzerweiterung der Dobrudscha zwischen Silistria und dem Schwarzen Meer billigt. Ein solcher Beschluß erleichtere eine Lösung der vorliegenden Frage.

Graf Corti schließt sich im Namen Italiens dem Appell der französischen Bevollmächtigten an. Er hoffe, daß sich die Rumänen in die Wiederabtrennung Beßarabiens schicken, und hält es für recht und billig, sie dafür durch Ausdehnung im Süden der Dobrudscha zu entschädigen.

Fürst Gortschakow bemerkt, er habe in einer früheren Sitzung schon gezeigt, daß die dem Fürstentum angebotene Entschädigung ausreichend wäre, daß die Dobrudscha die Abtretung Beßarabiens reichlich ausgliche, daß im übrigen Rumänien das Donau-Delta behalte[7]). Er könne nur schwer sehen, in welcher Richtung sich die Großzügigkeit Rußlands bestätigen könne, sollte die Dobrudscha auf Kosten des schon beträchtlich reduzierten Fürstentums Bulgarien [noch weiter] vergrößert werden. Fürst Gortschakow möchte wenigstens erfahren, an welche Gebiete gedacht sei.

Der *Präsident* fragt, ob die Hohe Versammlung meint, daß die Diskussion des Grenzverlaufs im Plenum erfolgen solle.

Fürst Gortschakow möchte die Frage schon in dieser Sitzung erledigen. Eine detaillierte Diskussion in einer Kommission wäre doch recht zeitraubend: es sei besser, im Plenum zu entscheiden, selbst um den Preis eines Aktes der Großzügigkeit seitens Rußlands.

Als Antwort auf die Forderung nach einer größeren Konzession, wie sie der Erste französische Bevollmächtigte im Einvernehmen mit seinen Kollegen aus Österreich-Ungarn und Italien, unterstützt vom übrigen Europa, an seine

---

[7]) Vgl. oben Protokoll Nr. 9, S. 267f.; dazu Andrássy-Bericht, ebenda: „Ich hatte mit Waddington diese Inszenierung der Entschädigungsfrage besprochen."

Regierung gerichtet habe, glaubt *Graf Schuwalow* erklären zu müssen, Rußland sei schon sehr weit gegangen, indem es eine Provinz angeboten habe, die 3.500 qkm größer sei als Beßarabien und darüberhinaus 150 km Donauufer sowie einen erheblichen Küstenstreifen am Schwarzen Meer aufweise. Wenn Rumänien trotzdem noch einige Gebiete erhalten möchte, in denen das rumänische Element, wenn nicht als Mehrheit, so doch wenigstens ziemlich kompakt lebe, so hätten die russischen Bevollmächtigten einigen Spielraum für eine derartige Lösung. Von Rassova nach Silistria gebe es einen Gebietsstreifen, wo der rumänische Bevölkerungsanteil erheblich sei, und er meine, in einem Dreieck, das östlich von Silistria ausgeht und an die gegenwärtige Grenze stößt, könne seine Regierung eine gewisse Gebietserweiterung zugestehen.

Fürst v. Bismarck möchte, wie Fürst Gortschakow, die Frage heute erledigt sehen. Er wäre glücklich, wenn die vorgeschlagene Erweiterung, deren Annahme die Einstimmigkeit des Kongresses zugunsten der rumänischen Unabhängigkeit garantierte, das Fürstentum zufriedenstellte. Auf der anderen Seite könnte das Werk des Kongresses seiner Meinung nach nicht Bestand haben, wenn, wie er schon bemerkt habe, der Stachel verletzter Ehre künftig in der Politik eines großen Reiches zurückbleibe.

Bei aller Sympathie für Rumänien, dessen Souverän zur kaiserlichen Familie Deutschlands gehöre[8]), könne er sich nur vom allgemeinen Interesse leiten lassen, und das rate, dem Frieden Europas eine neue Garantie zu geben.

Herr *Waddington* wiederholt seinen Wunsch, Mangalia am Schwarzen Meer Rumänien zuzuschlagen. Eine Diskussion entspinnt sich unter den Bevollmächtigten über den Grenzverlauf, wobei *Graf Corti* Silistria an Rumänien geben möchte, sowie über Formulierungen zu seiner genauen Festlegung.

Um dem Wunsche des Ersten französischen Bevollmächtigten entgegenzukommen verliest *Graf Schuwalow* folgende Erklärung:

„Angesichts der Existenz eines rumänischen Bevölkerungsanteils stimmen die russischen Bevollmächtigten zu, die Grenze Rumäniens entlang der Donau von Rassova in Richtung Silistria zu verlängern. Die Grenze am Schwarzen Meer darf aber nicht über Mangalia hinausgehen."

Diesen Text, nach dem Mangalia diesseits der rumänischen Grenze liegt, nimmt der Kongreß an[9]).

Der *Erste französische Bevollmächtigte* dankt den russischen Bevollmächtigten, den Weg eingeschlagen zu haben, den er gewiesen habe.

Als *Lord Salisbury* verlangt, auch die Schlangeninsel an Rumänien zu geben, stimmen die *russischen Bevollmächtigten* auch dem zu[10]).

Der *Präsident* faßt das Ergebnis der Diskussion zusammen und stellt fest, die Hohe Versammlung habe einstimmig die Unabhängigkeit Rumäniens unter denselben Bedingungen wie für Serbien anerkannt, zusätzlich aber unter der Bedingung, daß Rumänien den Tausch von Beßarabien gegen die Dobrudscha,

---

[8]) Wenn auch der süddeutschen, katholischen Linie Hohenzollern-Sigmaringen.
[9]) Vgl. Art. 46, Abs. 1, Satz 2 des Berliner Vertrags.
[10]) Ebenda, Satz 1.

vergrößert um die Linie, deren Verlauf soeben festgelegt wurde, anerkennt.

Caratheodory Pascha verliest folgende Anträge:

„I Der gegenwärtige Tribut Rumäniens wird kapitalisiert, und dieser Betrag wird mit einer Frist von .... in die Kassen des ottomanischen Haushalts überwiesen.

II Rumänien übernimmt einen Teil der ottomanischen Staatsschuld, der den Einkünften aus dem Gebiet entspricht, das ihm endgültig zugewiesen wird.

III Für alle ihm abgetretenen Gebiete wird Rumänien an Stelle der Hohen Pforte in deren Rechte und Verpflichtungen eingesetzt, was die Unternehmungen von öffentlichen und anderen gleichartigen Arbeiten anbetrifft[11])."

Der *Präsident* bemerkt, der Kongreß brauche die Fragen nicht im Plenum zu diskutieren, und der Kongreß beschließt Überweisung der Anträge des Ersten türkischen Bevollmächtigten an die Redaktionskommission.

Caratheodory Pascha geht auf die Frage der in Absatz 1 Artikel V im Vertrag von San Stefano genannten Entschädigungen ein: Da Rumänien die Artikel des Vertrages nicht als verbindlich angenommen habe, könne Rumänien daher auch nicht seine Vorteile für sich in Anspruch nehmen. Deshalb sei es angebracht, die schließlich zu seinen Gunsten eingefügten Klauseln wieder zu streichen, wie die zur Entschädigung, ferner Absatz 2 desselben Artikels über die Rechte der Rumänen im Osmanischen Reich. Er verlangt also, Artikel V auf den ersten Satz zu verkürzen, d.h. auf die Anerkennung der Unabhängigkeit des Fürstentums.

Lord Salisbury stimmt diesem Antrag zu, und der *Präsident* meint, da diese Sonderfragen in der Tat nicht mehr zum Thema des Kongresses gehörten, seien sie zwischen der Türkei und dem Fürstentum Rumänien auszuhandeln.

Der Kongreß beschließt Streichung des Schlußes von Absatz 1 Artikel V[12]).

Ein Gedankenaustausch findet über Absatz 2 zwischen *Lord Salisbury*, Herrn *Desprez* und dem *Grafen de Saint-Vallier* statt, mit dem Ergebnis, daß es Ziel dieser Bestimmung sei, die rumänischen Untertanen im Osmanischen Reich in den Genuß der konsularischen Rechtsprechung und des konsularischen Schutzes zu bringen. Die Hohe Versammlung beschließt Überweisung des Absatzes an die Redaktionskommission.

Der *Kongreß* geht zu Montenegro über.

Der *Präsident* verliest Artikel 1 des Vertrages von San Stefano und fragt, ob sich die besonders beteiligten Mächte verständigt hätten, eine Debatte über den Grenzverlauf zu vermeiden.

Graf Andrássy beantragt, den Punkt an die Delimitationskommission zurückzuweisen, und *Baron von Haymerle* verliest folgenden Antrag:

„Montenegro erhält eine Gebietserweiterung, deren Umfang von einer späteren Festlegung der Grenzen abhängig ist. Da eine solche Festlegung nicht im Kongreßplenum erfolgen kann, wird die vom Kongreß eingesetzte Delimitationskommission beauftragt, dem Kongreß eine Grenzlinie vorzuschlagen und vorzulegen.

---

[11]) Nur Punkt III als Art. 51 des Berliner Vertrags.

[12]) Vgl. Art. 43 des Berliner Vertrags.

Die beiden angeführten Anhänge enthalten die Vorschläge der Bevollmächtigten Österreich-Ungarns für den Grenzverlauf sowie für die Vorbehalte betreffs Antivari und sein Küstenland[13]).''

Graf Schuwalow teilt mit, daß sich die russischen Bevollmächtigten mit ihren österreich-ungarischen Kollegen über alle Grundsätze der Grenzziehung verständigt haben. während die Kommission Einzelheiten festlegen solle.

Der *Präsident* sagt, der Kongreß begrüße die Verständigung der beiden besonders an der Grenzfrage Montenegros interessierten Mächte, und stellt den ungeteilten Wunsch der Hohen Versammlung fest, die Details der Delimitationskommission zu überweisen.

Auf Anfrage des *Fürsten v. Hohenlohe*, ob die Delimitationskommission dem Kongreß ihr Arbeitsergebnis vor Weitergabe an die Redaktionskommission vorlegen solle, meint *Graf de Saint-Vallier*, unter Zustimmung der Hohen Versammlung, daß der Kongreß tatsächlich vorher die Ergebnisse der Delimitationskommission bestätigen müsse, bevor sie schließlich für Formfragen der Redaktionskommission zugingen.

Caratheodory Pascha betont die große Bedeutung, die seine Regierung den Grenzen Montenegros beimesse, und legt die Gründe dar, warum die Pforte wünsche, die Grenze zu Albanien nicht zu sehr zu verändern. Zur Untermauerung seiner Ansicht führt er verschiedene Gründe an. Zur Frage der Häfen übergehend, spricht sich der Erste ottomanische Bevollmächtigte nachdrücklich gegen die Abtretung von Antivari an Montenegro aus. Die Pforte hätte keine Einwände gegen Spizza, aber sie bestehe darauf, daß Antivari albanisch sei, daß sich die Montegriner hier nur mit Gewalt halten könnten, gegen den Willen der Bevölkerung. Er erwähnt ständige Angriffe herüber und hinüber zwischen Albaniern und Montenegrinern und gibt bekannt, seine Regierung habe dazu sorgenerregende Telegramme erhalten. Caratheodory Pascha erinnert an die Klausel in den Friedensgrundlagen, nach der die Bestimmungen des Vertrages von San Stefano nur ihre Fortenwicklung darstellen sollten: Er betont, die Bevollmächtigten in San Stefano hätten nicht genau über den Stand der Dinge informiert sein können, es habe Versehen gegeben, und er schließt damit, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf seine Argumentationskette nachdrücklich zu lenken, da sie ein Hauptinteresse der Türkei ausdrücke.

Der *Präsident* betont, bei aller Würdigung der Argumente Caratheodory Paschas müsse der Kongreß davon ausgehen, daß die Hohe Pforte ihre Verpflichtungen von San Stefano einhalte, abgesehen von Modifizierungen, die Europa angenommen habe.

Graf Schuwalow bemerkt, der Erste ottomanische Bevollmächtigte kenne noch nicht den Grenzvorschlag Österreich-Ungarns und Rußlands: Er hoffe, die Pforte werde damit zufrieden sein, denn diese Grenzziehung gebe ihr einen Teil des Gebiets zurück, auf das sie in San Stefano verzichtet habe.

---

[13]) Vgl. Anhang zu Protokoll Nr. 10, die den Artikeln 28 und 29 des Berliner Vertrags entsprechen, vgl. auch unten Protokoll Nr. 12.

Die drei ersten Abschnitte des Artikels I gehen der Delimitationskommission zu, der 4., über die Schiffahrt auf der Bojana, wird der Redaktionskommission überwiesen.

Zu Absatz 1 Artikel 2,

„Die Hohe Pforte erkennt endgültig die Unabhängigkeit des Fürstentums Montenegro an[14])."

sagt *Lord Salisbury*, seine Regierung habe diese Unabhängigkeit niemals anerkannt, und verlangt Streichung des Wortes „endgültig".

Aus einem Gedankenaustausch zu diesem Punkt geht hervor, daß *Deutschland* die Unabhängigkeit des Fürstentums grundsätzlich, daß *Österreich-Ungarn* sie schon früher formell anerkannt hat. Auf Anfrage des Präsidenten antwortet *Graf de Saint-Vallier*, Frankreich habe sie implizit anerkannt. Die *russischen Bevollmächtigten* erklären, ihre Regierung habe die Unabhängigkeit stets anerkannt, da die Fürsten von Montenegro nicht vom Sultan bestätigt wurden und keinerlei Tribut zahlten. Daher fordern sie Beibehaltung der Fassung des Artikels. Auf die Bemerkung des *Grafen de Launay*, man könne den Artikel im Vertrag so lassen, während das Protokoll die jeweiligen Meinungen wiedergebe, erklärt der *Präsident* die Frage für erledigt und überweist, in Übereinstimmung mit der Hohen Versammlung, den Artikel an die Redaktionskommission.

Baron von Haymerle verliest einen Antrag zur Freiheit der Kulte in Montenegro:

„Alle Einwohner Montenegros genießen alle und völlige Freiheit der öffentlichen Ausübung ihrer Religion und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch den Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hindernis entgegengestellt werden[15])."

Caratheodory Pascha verliest einen Antrag zur Übertragung eines Teiles der ottomanischen Staatsschuld auf das Fürstentum:

„Montenegro übernimmt einen Teil der öffentlichen Staatsschuld im Verhältnis zu den Einkünften aus den Gebieten, die ihm endgültig zugeteilt worden sind[16])."

Auf eine Bemerkung des *Grafen Schuwalow* sagt der *Erste ottomanische Bevollmächtigte*, der Antrag gelte nur für die Montenegro neu zufallenden Gebiete.

Lord Salisbury verliest folgenden Entwurf eines zusätzlichen Artikels:

„Alle Einwohner in den zu Montenegro geschlagenen Gebieten behalten ihr Eigentum und diejenigen, die ihren persönlichen Aufenthalt außerhalb des Fürstentums zu nehmen wünschen, können hier ihr unbewegliches Eigentum behalten, indem sie dasselbe verpachten oder durch andere verwalten lassen.

Eine türkisch-montenegrinische Kommission hat innerhalb einer Frist von drei Jahren alle Angelegenheiten zu regeln, welche Bezug haben auf die Art der

---

[14]) Vgl. Art. 26 des Berliner Vertrags.
[15]) Vgl. Art. 27 des Berliner Vertrags.
[16]) Vgl. Art. 33 des Berliner Vertrags.

Veräußerung, der Benutzung und des Gebrauches der Staatsgüter und religiösen Stiftungen (Vakuf) für Rechnung der Hohen Pforte[17]).''

Graf Schuwalow verlangt in dem Artikel Streichung der Bestimmung über das Eigentum, da sie in den entsprechenden Artikeln über die anderen Fürstentümer auch nicht auftauche.

Auf die Bemerkung des *Präsidenten*, der Kongreß müsse in der Tat vergleichbare Situationen gleich behandeln, meint *Lord Salisbury*, sein Antrag könne der Redaktionskommission überwiesen werden mit der Anweisung, ihn zu verallgemeinern.

Der *Kongreß* spricht sich für dieses Verfahren aus und geht zu Absatz 2 Artikel II über.

Graf Andrássy bemerkt, dieser Abschnitt und die folgenden müßten als jetzt überflüssig entfallen, nachdem die Unabhängigkeit proklamiert sei. Sie galten nur für die Beziehungen Montenegros zur Pforte, die der Kongreß aber nicht regeln könne. Das seien des Fürstentums eigene Angelegenheiten, für die Österreich-Ungarn keinesfalls geneigt sei, eine evtl. Schlichterrolle, wie sie ihm Absatz 4 zuweise, zu übernehmen. Es sei im allgemeinen Interesse, daß die als unabhängig anerkannten Staaten Herren ihres eigenen Schicksals werden und lernen, ihr eigenes Leben zu leben. Nur wenn sie die Überzeugung gewinnen, daß sie für ihre Politik selbst verantwortlich sind und die Früchte guter Beziehungen ebenso ernten wie sie die Folgen schlechter Beziehungen erleiden, werde für diese Länder und die angrenzenden Staaten die Garantie für eine Koexistenz möglich. Er verlange daher Streichung aller dieser Absätze.

Die *russischen Bevollmächtigten* stimmen dem zu.

Caratheodory Pascha wünscht grundsätzlich Beibehaltung von Absatz 2, der die Montenegriner im Osmanischen Reich den örtlichen Gesetzen und Behörden unterwirft, und betont die besonderen praktischen Notwendigkeiten, weshalb die sie betreffenden Vorschriften zum Vorteil der in der Türkei niedergelassenen Bewohner Montenegros unerläßlich seien.

Der *Kongreß* schließt sich dieser Meinung an[18]) und beschließt, Überweisung von Absatz 2 an die Redaktionskommission und Streichung der Absätze 3 und 4. Zu Absatz 5 über Räumung des ottomanischen Gebietes durch die Truppen Montenegros äußern sich die *französischen Bevollmächtigten*, die seine Beibehaltung fordern, sowie *Graf Schuwalow*, der zwar auch die rasche Räumung des türkischen Gebiets wünscht, grundsätzlich aber gegen Fristen ist, die mit einer oft nicht einzuhaltenden Genauigkeit gesetzt sind.

Mehemed Ali Pascha entgegnet, da die Montenegriner kein Gepäck und anderes ,,Fuhrwerk'' hätten, könnten sie das ottomanische Staatsgebiet ohne weiteres in der gesetzten Frist räumen.

Da der *russische Bevollmächtigte* darauf beharrt, schlägt *Graf de Launay* vor, die im Artikel genannt Frist von zehn Tagen durch die Worte ,,in kürzest

---

[17]) Vgl. Art. 30, Abs. 1 und 3 des Berliner Vertrags.
[18]) Vgl. Art. 31, Abs. 2 des Berliner Vertrags.

möglicher Frist'' zu ersetzen. Graf Andrássy schlägt vor, ,,20 Tage oder früher, wenn tunlich''[19]).

Der *Kongreß* beschließt Überweisung an die Redaktionskommission.

Der *Präsident* stellt fest, daß die Hohe Versammlung die gesamte Tagesordnung erledigt hat. Für die nächste, auf morgen, Dienstag den 2. Juli, festgesetzte Sitzung, stehen auf der Tagesordnung: Schiffahrt auf der Donau, Kriegsentschädigung und, wenn möglich, Bericht der Delimitationskommission.

Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint-Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 11
Sitzung vom 2. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*,
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um $2^3/_4$ Uhr eröffnet.

Graf Schuwalow wünscht vom Kongreß eine Entscheidung über das Arbeitsergebnis der Delimitationskommission: Die Festsetzung der Grenzen Ser-

[19]) Vgl. Art. 32, Abs. 1 des Berliner Vertrags.

biens und Montenegros sei der Kommission übertragen. und sie hoffe, bald das Ergebnis ihrer Untersuchungen vorlegen zu können. Aber die Grenzziehung für Bulgarien, die in groben Zügen in der Vorlage enthalten ist, die Lord Salisbury in der 4. Sitzung verlesen und die der Kongreß angenommen hat[1]), sei noch nicht der Delimitationskommission zugegangen. Er äußert den Wunsch, daß die Kommission die Vorlage behandelt und ermächtigt werde, Einzelheiten zu beschließen und dem Kongreß das Ergebnis ihrer Beratungen vorzulegen. Nach einem Gedankenaustausch, aus dem hervorgeht, daß die Kommission bereit ist, diese Arbeit zu übernehmen, die ohnehin nur formalen Fragen gelte, stellt der *Präsident* fest, daß der Kongreß die Kommission damit beauftragt, die Festlegung der bulgarischen Grenze vorzubereiten.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Artikel XII und XIII des Vertrages von San Stefano über die Donau und militärische Befestigungen. Der *Präsident* verliest Artikel XII, und *Baron von Haymerle* legt der Hohen Versammlung folgenden Entwurf für eine neue Fassung des Artikels vor:

„1. Um die Sicherheiten für die Freiheit der Schiffahrt auf der Donau aufs Neue zu verstärken wird der ganze Strom vom Eisernen Tor ab für neutral erklärt. Die Donauinseln einschließlich an der Mündung (die Schlangeninseln) fallen ebenso wie die Donauufer unter diese Neutralität.

Alle dort befindlichen Befestigungen werden daher geschleift, und neue sollen nicht errrichtet werden. Alle Kriegsschiffe sind vom genannten Teil des Stromes ausgeschlossen, mit Ausnahme der leichten, für die Flußpolizei und den Zolldienst bestimmten Fahrzeuge. Die Stationsschiffe der Mächte werden beibehalten, dürfen jedoch nicht bis über Galatz hinaufgehen.

2. Die europäische Donau-Kommission bleibt in ihrer Funktion bestehen, die sie von Galatz bis zum Meer ausüben wird. Ihre Dauer wird sich über 1883 hinaus erstrecken, bis zum Abschluß einer neuen Vereinbarung. Ihre Rechte, Verpflichtungen und Prärogative bleiben erhalten. Die Immunitäten ihrer Einrichtungen, Baulichkeiten und ihres Personals kraft bestehender Verträge werden bestätigt.

In der Ausübung ihrer Funktion wird die Europäische Kommission unabhängig von der Staatsgewalt auf dem Territorium sein, dem das Donaudelta gehört; sie besitzt ihre eigenen Signale und Zeichen auf ihren Schiffen und Einrichtungen; sie ernennt und bezahlt ihre Beamten. Ihre finanziellen Verpflichtungen werden in einem neuen Reglement niedergelegt, und ihr Organisationsstatut wird einer Revision unterzogen, um es in Einklang mit den neuen Bedingungen zu bringen.

Neben den Staaten, die in der Europäischen Kommission kraft dem Pariser Vertrag vertreten sind, wird auch Rumänien mit einem Delegierten vertreten sein.

3. Die Reglements für die Schiffahrt und die Flußpolizei für den Lauf abwärts des Eisernen Tores werden mit denjenigen in Übereinstimmung gesetzt, die von

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 4, S. 200.

der Europäischen Kommission für den Lauf abwärts von Galatz erlassen sind oder künftig erlassen werden sollten. Ein von der Europäischen Kommission delegierter Kommissar wird über die Einhaltung dieser Reglements wachen. Auf dem gesamten Lauf zwischen dem Eisernen Tor und Galatz wird auf den Handel und die Schiffahrt keine Sondersteuer erhoben werden, die den Handel oder den Verkehr zu Lande zu Lasten des Handels und der Schiffahrt auf dem Fluß benachteiligen könnte.

4. In Abänderung des Artikels VI des Londoner Vertrags vom 13. März 1871 wird die Ausführung derjenigen Arbeiten, welche bestimmt sind, die durch das Eiserne Tor und die Stromschnellen der Schiffahrt bereiteten Hindernisse zu beseitigen, Österreich-Ungarn anvertraut. Die Uferstaaten an dieser Strecke des Flusses werden alle Erleichterungen gewähren, welche im Interesse der Arbeiten in Anspruch genommen werden sollten.

Die in Artikel VI des genannten Vertrags getroffenen Bestimmungen bezüglich des Rechtes auf Erhebung einer provisorischen Abgabe zur Deckung der Kosten dieser Arbeiten werden zugunsten Österreich-Ungarns aufrecht erhalten[2])."

Lord Salisbury ist grundsätzlich für den Antrag, merkt jedoch an, er stelle ein ganzes Gesetzgebungswerk dar, das man in seinen Einzelheiten nicht schon bei der ersten Lesung annehmen könne. Er halte aber die Frage für sehr wichtig und wünschte, daß der Kongreß sie diskutiert, aber erst in einer späteren Sitzung.

Der *Präsident* glaubt, die zahlreichen Einzelheiten, auf die der soeben verlesene Antrag abziele, überschritten die Aufgabe des Kongresses. Die Bevollmächtigten seien zusammengetreten, um die Artikel des Vertrages von San Stefano anzunehmen, zu verwerfen oder zu ersetzen, aber eine derart detaillierte Regelung eine Sonderfrage — (obwohl er, soweit er sie auf den ersten Blick beurteilen könne, geneigt sei, die Bestimmungen anzunehmen) — scheine ihm nicht in die Kompetenz der Hohen Versammlung zu fallen.

Baron von Haymerle bemerkt, der österreich-ungarische Antrag enthalte mehrere wesentliche Grundsätze: 1. Neutralisierung der Donau bis zum Eisernen Tor; 2. Permanenz der europäischen Donau-Kommission; 3. Teilnahme Rumäniens an den Arbeiten dieser Kommission; 4. alleinige Befugnisse für Österreich-Ungarn, die Arbeiten am Eisernen Tor zu beenden.

Graf Schuwalow meint wie der Präsident, der Kongreß könne die Details der Regelungen nicht diskutieren, aber er glaubt, im Plenum deutlich machen zu müssen, daß er ihren Hauptgedanken nicht begreife: Was ist unter Neutralisierung zu verstehen: Wie weit soll sie gehen, und zu welchem Ziel wird diese Maßnahme gefordert[3])?

---

[2]) Vgl. Artikel 52 - 55, 57 des Berliner Vertrags.

[3]) Der Teil der Aussprache außerordentlich gerafft und instruktiv in den Bismarck-Notizen:
„*Salisb(ury)*: se raillie.
Prés(ident): das führt zu weit.
Haymerle erklärt sich,
Schu(walow) verlangt mehr Aufklärung".

Lord Salisbury meint, da Rußland von nun an Uferstaat der Donau sei, komme ein neues Element in die Probleme der Donau-Schiffahrt: Sonderabmachungen seien für den Handel notwendig. Er wünsche, daß sich der Kongreß die Frage zur Entscheidung vorbehalte, die Diskussion jedoch verschiebe, bis sich die Mächte über ein Verfahren geeinigt hätten.

Der *Präsident* glaubt, die Diskussion über Artikel XII und XIII auf der Tagesordnung belassen zu können[4]). Graf Andrássy ist der Ansicht, es gebe in der Tat keinen Widerspruch zwischen dem österreich-ungarischen Antrag und diesen Artikeln: Er betrachte ihn als eine durch die neue Situation — Abtretung der Dobrudscha an die Rumänen, Beßarabien an die Russen usw. — notwendig gewordene Ergänzung.

Der *Präsident* regt an, die großen Linien aus dem Antrag herauszuziehen und dem Kongreß zur Abstimmung vorlegen.

Fürst Gortschakow ruft in Erinnerung, daß der Pariser Vertrag die Akte des Wiener Vertrages über die Freiheit der Flußschiffahrt bestätigt habe, so daß, nach den Erklärungen der russischen Bevollmächtigten auf einer früheren Sitzung, die Wiederabtretung Beßarabiens keinen Einfluß auf die Freiheit des Flusses haben könne[5]). Er könne sich daher die Notwendigkeit neuer Abmachungen zu dieser Frage nicht erklären.

Fürst v. Bismarck wiederholt, der Kongreß habe sich nicht mit Details zu befassen, über die sich die beteiligten Mächte selbst verständigen könnten. Er kommt auf seine Anregung zurück, den österreichisch-ungarischen Antrag der Redaktionkommission oder den Bevollmächtigten Österreich-Ungarns zurückzuverweisen. Sie sollten aus ihm die Hauptprinzipien herausziehen, die sich zur Beschlußfassung durch den Kongreß eigneten.

Diese letzte Meinung, von Herrn *d'Oubril* unterstützt, macht sich der Kongreß zu eigen, nachdem die *russischen Bevollmächtigten* bemerkt haben, ihre Zustimmung zur Abänderung der Vorlage durch ihre Kollegen aus Österreich-Ungarn bedeute noch keineswegs ihre Zustimmung zu den Prinzipien des Antrages selbst.

Der *Präsident* setzt die Lesung von Artikel XII fort, und der Kongreß beschließt, auf Einwände von *Lord Salisbury* und *Baron von Haymerle*, die Worte „das Russische Reich" der Aufzählung der Uferstaaten hinzuzufügen.

Nach der Lesung von Absatz 2 desselben Artikels erkennt die Hohe Versammlung an, daß Rumänien in Zukunft in der europäischen Kommission vertreten sein müsse[6]).

Der Kongreß geht zu Artikel XIII über.

---

[4]) Ebenda: „*Prés(ident)*: toute l'Autriche n'est qu'en développement, gardons notre ordre du jour, ça dure trop longtemps."

(Präsident: Ganz Österreich befindet sich in der Entwicklung. Laßt uns unsere Tagesordnung beibehalten; das dauert zu lange).

[5]) Vgl. oben Protokoll Nr. 9, S. 266.

[6]) Vgl. Art. 53 des Berliner Vertrags.

Der *Präsident* erklärt, er könne keine europäischen Interessen in diesen Bestimmungen erkennen. *Lord Salisbury* hält besonders die Klausel zur Entschädigung von Personen für erlittene Kriegsverluste für zu vage, um in einem Vertrag stehen zu können. Er beantragt daher Streichung des Artikes.

Graf Schuwalow hat keine Einwände unter der ausdrücklichen Bedingung, daß daraus keinerlei Verpflichtung für Rußland erwachse.

Caratheodory Pascha ist ebenfalls für Streichung des Artikels, um unnötige Schwierigkeiten zu vermeiden[7]).

Der Kongreß stimmt dem Antrag zu und geht zur Diskussion des Artikels XIX zur Frage der Kriegsentschädigung über.

Bevor der *Präsident* den Artikel verliest, sagt er, es bleibe bei der Abmachung, daß sich die Diskussion heute nicht mit den territorialen Bestimmungen für Asien befasse, sondern nur mit der eigentlichen Entschädigung, d.h. mit den beiden Schlußabsätzen des Artikels. Da der erste Satz des Absatzes c territorialen Fragen gilt, wird er zurückgestellt, sodaß auf der Tagesordnung nur noch der weitere Absatz steht:

„Was den Rest der Entschädigung, ausgenommen die 10 Millionen Rubel, die als Entschädigung für die russischen Untertanen und Einrichtungen in der Türkei gezahlt werden müssen, betrifft, 300 Millionen also, so wird die Art der Zahlung dieser Summe und die dafür zu stellende Bürgschaft durch ein Übereinkommen zwischen der kaiserlich russischen Regierung und der Sr. Maj. des Sultans geregelt werden."

Lord Salisbury weist auf die Bedeutung der Worte: „die dafür zu stellende Bürgschaft" hin: Sollte die Bürgschaft aus einer territorialen Entschädigung bestehen, so würden sich die britischen Bevollmächtigten ihr formell widersetzen.

Fürst Gortschakow erklärt im Namen seiner Regierung, die Frage der Bürgschaft sei in der Tat zwischen Rußland und der Pforte zu regeln, aber die von Lord Salisbury zitierte Formulierung beinhalte keinen territorialen Erwerb.

Der *Präsident* fragt, ob die Erklärung, die zu Protokoll zu nehmen sei und die der Kongreß zur Kenntnis nehme, die Hohe Versammlung zufriedenstelle. Auf *Lord Salisburys Wunsch zu erfahren, worin die Bürgschaft für die Entschädigung bestünde, wiederholt Fürst Gortschakow*, die Bürgschaft hänge von den Abmachungen Rußlands mit der Regierung des Sultans ab, werde aber außerhalb jeden territorialen Erwerbs geregelt[8]).

Caratheodory Pascha verliest folgende Ausführungen:

„Die Ottomanischen Bevollmächtigten haben die Pflicht, die Aufmerksamkeit der Hohen Versammlung ganz besonders auf die Bestimmungen des

---

[7]) Dazu Bismarck-Notizen: „Kein Nutzen für die Praxis", als Caratheodory Paschas Argument.

[8]) Ebenda: „*Gort(schakow)* 'schimpft'
Salisb(ury) frägt die Türken
Cara(theodory) liest".

Vertrages von San Stefano zur Kriegsentschädigung zu lenken. Sie bitten zunächst den Kongreß zu berücksichtigen, daß den soeben beendeten Krieg keine Verletzung einer Verpflichtung seitens der Türkei, die diese Macht gegenüber Rußland eingegangen sei, verursacht hat. Da das Kabinett von St. Petersburg den Krieg erklärt hat, um dem Gefühl zu gehorchen, dem es meinte, Befriedigung verschaffen zu müssen, stellen die großen und glänzenden Vorteile, die es errungen und die Ergebnisse, die es erreicht hat, eine reichliche Entschädigung für die Anstrengungen und finanziellen Opfer dar, die die kaiserlich russische Regierung natürlich vorher in ihre Überlegungen einbezogen hat.

Ohne näher auf Präzedenzfällen zu bestehen, die die jüngste Geschichte Rußlands selbst liefern könnte und die dem Gedächtnis aller Kongreßmitglieder gegenwärtig sind, meinen die ottomanischen Bevollmächtigten, wenn sie sich auf die Bestimmungen des Vertrages von San Stefano über die Zahlung einer Kriegsentschädigung beziehen, daß sie nur die Erklärungen der kaiserlich russischen Regierung zu dieser Frage heranzuziehen brauchen, um klar zu machen, daß in den Überlegungen des Kabinetts von St. Petersburg auch die Fähigkeit der Türkei, eine Kriegsentschädigung zu zahlen, Gegenstand sehr ernsthafter Zweifel ist. Andererseits wurden die schweren Nachteile aus der Existenz einer Schuldforderung, deren Verwirklichung nur vage bleiben müsste, eindrucksvoll deutlich gemacht.

In der Tat hat der soeben beendete Krieg der Türkei unermeßlichen Schaden zugefügt. Ohne von den Staatsfinanzen zu sprechen, deren Lage bekannt ist, sind die Zerstörungen der Städte und des flachen Landes in der europäischen und asiatischen Türkei vielleicht ohne Beispiel in der Geschichte. Woher sollte die Türkei heute die notwendigen Mittel nehmen, um die Kosten für die dringensten Arbeiten aufzubringen, um ihre Gläubiger zu vertrösten, um im Rahmen des Möglichen eine schlichte Aufgabe der Menschlichkeit gegenüber den des Allernotwendigsten beraubten Menschenmassen zu erfüllen und obendrein noch eine Kriegsentschädigung zu leisten? Wir sprechen nicht von einzuführenden Verbesserungen, deren äußerste Dringlichkeit die kaiserlich ottomanische Regierung ebenso anerkennt wie Europa und die alle neue Kosten erfordern. Jedoch unabhängig von diesen Verbesserungen gilt es, den drängendsten Ausgaben des gegenwärtigen Augenblicks Rechnung zu ragen. Alle Mächte erkennen an, daß die Türkei dem, selbst um den Preis der größten Opfer, nicht genügen kann; wie könnte sie folglich die Zahlung einer Kriegsentschädigung leisten? Die kaiserlich russische Regierung, die diese Lage kannte, hat Gebiete in Europa und Asien gefordert, als Ausgleich für den größten Teil der Entschädigung, die ihr nach ihrer Ansicht zusteht.

Die Lösung, die der Kongreß beim Arrangement europäischer Bedeutung für die Dobrudscha und Beßarabien gefunden hat, beruht auf einem erheblichen Vorgriff auf eine Kriegsentschädigung. Obwohl Asien noch nicht im Kongreß behandelt wurde, ist von nun an davon auszugehen, daß Rußland auch dort Gebiete erwerben wird, die, um sich an die Schätzung des Kabinetts von St. Petersburg zu halten, riesige Summen repräsentieren. Wenn man noch weitere Zahlungen verlangt, haben die ottomanischen Bevollmächtigten die Pflicht zu

erklären, daß sie wirklich nicht sehen, woher die Türkei sie nehmen könnte, ohne ihre Regierung in der Erfüllung ihrer elementarsten Aufgaben zu gefährden.

Sie bitten den Kongreß, freundlichst berücksichtigen zu wollen, daß, sollte aus der Leistung einer Kriegsentschädigung für die Türkei eine unerträgliche finanzielle Lage entstehen, eine solche Entscheidung nicht nur eine Bevölkerung zugrunderichte, für die Europa Interesse zeige, sondern gleichzeitig auch gegen den hier geäußerten Gedanken verstieße, die Autorität der ottomanischen Regierung zu erhalten, dem auch S.D. der Erste russische Bevollmächtigte in einer früheren Sitzung ausdrücklich zugestimmt hat[9]).''

Graf Schuwalow führt aus, er habe sich bisher zurückgehalten, mit den ottomanischen Bevollmächtigten auf die Vergangenheit zurückzukommen. Angesichts der Ausführungen von Caratheodory Pascha sei es aber seine Pflicht, aus seinem bisherigen Schweigen herauszutreten. Der Erste türkische Bevollmächtigte habe versichert, der letzte Krieg sei nicht durch eine Verletzung früherer Abmachungen entstanden. Graf Schuwalow meint dagegen, der Krieg sei aus ständigen und täglichen Verletzungen vertraglicher Abmachungen entstanden, besonders von Verpflichtungen, die die Pforte 1856 auf dem Pariser Kongreß eingegangen sei. Rußland habe lange diese Verletzungen hingenommen, es habe geschwiegen, aber es sei zum Eingreifen verpflichtet gewesen, angesichts bedauernswerter Ereignisse, die es bewegt haben, wie sie ganz Europa bewegt haben. Die Gefühle, die Caratheodory Pascha angesprochen habe, könnten im Licht seiner Äußerungen falsch ausgelegt werden: Rußland hat keinen Krieg zur Erfüllung von gefühlsmäßigen Aspirationen geführt. Es hatte nur ein Ziel — den christlichen Bevölkerungen zu helfen und ihnen ein besseres Los zu sichern. Schließlich habe der Erste Ottomanische Bevollmächtigte die Opfer aufgezählt, die der Krieg die Türkei gekostet habe: Graf Schuwalow beschränkt sich darauf zu bemerken, daß sich Rußland ebenfalls schwere Opfer auferlegt habe. Die Ausführungen des ottomanischen Bevollmächtigten kämen zu spät; die Türkei hätte besser vorher ihre Mittel und Belastungen, die sie sich auferlegte, sorgfältig durchkalkuliert, bevor sie das Londoner Protokoll ablehnte.

Lord Salisbury möchte die Aufmerksamkeit seiner russischen Kollegen auf die Schwierigkeiten einer Entschädigung lenken, die die Einnahmequellen des Schuldners übersteigt. Eine Bedingung, die unerfüllbar sei, könne in Europa nur zu Verwicklungen führen. Er frage sich im übrigen, wie Rußland die Ausführung einer auf den ersten Blick unerfüllbaren Bestimmung durchzusetzen hoffe.

Fürst Gortschakow antwortet, er brauche nicht in die Diskussion dieses letzten Punktes einzutreten, da er der Vereinbarung vorbehalten sei, die sich zwischen dem Zaren, seinem erhabenen Herren, und der Regierung des Sultans ergeben müsse. Man könne sich im übrigen die gleiche Frage für alle anderen Gläubiger der Türkei stellen.

Graf Schuwalow räumt ein, bei der Frage der Entschädigung gebe es mehrere europäische Interessen zu wahren, und Europa habe ein Recht, sich um

[9]) Vgl. oben Protokoll Nr. 7, S. 228.

die Form der Regelung zu sorgen. Für seine Regierung könne er erklären, daß die Entschädigung in keinem Falle in eine Gebietserwerbung umgewandelt werde. Nachdem er diesen ersten Punkt festgehalten hat, kommt Graf Schuwalow zu den Rechten der französischen und englischen Regierung auf die Anleihen, die sie garantiert haben. Mit seiner Erklärung, daß die Lage für die Anleihen die gleiche sei wie vor dem Krieg, meint der russische Bevollmächtigte noch einmal, den Wünschen Europas entgegenzukommen. Die Antwort auf die Frage Lord Salisburys, wie sich Rußland die Eintreibung seiner Schulden vorstelle, erfordere eine umfassende Prüfung der türkischen Finanzlage: Er beschränke sich auf die Bemerkung, daß das Steuersystem in der Türkei höchst unzulänglich sei. Es seien Bände darüber geschrieben, und daraus gehe hervor, daß nur ein Drittel der von den Steuerpflichtigen gezahlten Summe tatsächlich in den ottomanischen Staatshaushalt gelangt. Dieses Drittel bilde die Haushaltsmittel der Türkei, mit diesem Drittel bestreite sie ihre Ausgaben. Wenn es in Zukunft einer besseren Finanzverwaltung gelänge, auch nur das zweite Drittel der gezahlten Steuern in den Haushalt fließen zu lassen, verdoppelte das schon die Einnahmen der Türkei und böte Rußland eine Möglichkeit, eine Entschädigung zu erhalten, auf die zu verzichten ihm angesichts der erfreulichen Besserung, die in der Handhabung der ottomanischen Finanzen eintreten könnte, unmöglich sei.

Lord Salisbury erklärt, er könne im Namen seiner Regierung nicht zulassen, daß Rußland, das kraft des Vertrages von San Stefano Gläubigerin sei, einen Vorrangtitel vor anderen Gläubigern der Türkei erhielte, deren Papiere noch aus der Zeit vor dem Krieg stamme.

Fürst Gortschakow antwortet, er habe nur eine vergleichbare Situation gemeint.

Der *Präsident* nimmt im Namen des Kongresses von den Erklärungen der russischen Bevollmächtigten Kenntnis, die wörtlich ins Protokoll aufzunehmen seien. Die endgültige Regelung der Frage könne dem Einvernehmen der beiden interessierten Staaten überlassen bleiben.

Graf Corti erinnert daran, daß, sollte der Kongreß die Entschädigung von 300 Millionen Rubel bestätigen, diese Summe nach den Worten des Grafen Schuwalow kein Vorzugsrecht vor den von Frankreich und England garantierten Anleihen erhielte. Es gebe andere, nicht garantierte Anleihen oder andere Schulden, die eines Interesses nicht weniger würdig seien, und er glaubt denken zu dürfen, daß die russische Erklärung für alle Gläubiger der Türkei gelte.

Graf Schuwalow sagt, er habe das Problem nicht näher untersucht, meine aber, den Ersten Bevollmächtigten Italiens mit der allgemeinen Versicherung zufriedenstellen zu können, daß Rußland in der finanziellen Frage die Legalität, d. h. jede frühere Hypothek, zu respektieren gedenke.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* stellt fest, Graf Schuwalow habe zwei Erklärungen abgegeben: die erste versichere, daß die Entschädigung in keinem Falle in Landerwerb umgewandelt werde; die zweite, daß Rußland die Interessen der beiden Arten von Anleihen, die garantierten und die des gemeinen Rechts, nicht beeinträchtigen werde. Herr Waddington nimmt die Erklärungen zur Kenntnis, deren Bedeutung für die Wertpapierinhaber der ottomanischen

Staatsschuld er festhält, und er wünscht von den ottomanischen Bevollmächtigten eine entsprechende Erklärung.

Caratheodory Pascha verweist auf seine Ausführungen zu Beginn der Sitzung, mit denen er dem Kongreß die schwere Lage seiner Regierung erläutert habe[10]). Sollte es Anlaß geben zu glauben, daß nach den fraglichen Vorleistungen die Türkei in der Lage sei, Rußland eine Entschädigung zu zahlen, so hätte die Diskussion einen praktischen Nutzen. Er müsse jedoch anerkennen, daß dem nicht so sei. Auch Verbesserungen und Fortschritte in Erschließung von neuen Ressourcen im Steuersystem benötigten erhebliche Zeit. Die Türkei müsse jedoch für die absolut dringenden Ausgaben sorgen nach einem Krieg, der alle ihre Einnahmequellen zum Versiegen gebracht hat. Wie könnte seine Regierung angesichts einer so schlechten Lage eine Entschädigung zahlen, wie mäßig sie auch immer sei? Wie könnte sie die Rangfolge der im Vertrag von San Stefano vorgesehenen Entschädigung gegenüber den früheren Staatsschulden festlegen? Deshalb habe er gebeten, der Kongreß möge die Unmöglichkeit für die Pforte, eine Verpflichtung einzugehen, die sie nicht halten könne, anerkennen.

Der *Präsident* sagt, die Türkei habe nicht jetzt eine Verpflichtung einzugehen. Die Verpflichtung sei sie schon in San Stefano eingegangen.

Herr *Waddington* besteht darauf, vom Ersten Ottomanischen Bevollmächtigten eine klare Antwort auf seine Frage zu erhalten, die nicht die zwischen Rußland und der Türkei auszuhandelnde Kriegsentschädigung im Blick hatte, sondern die früheren Gläubiger. Der Erste französische Bevollmächtigte erinnert an die Erklärung, die Graf Schuwalow soeben für Rußland abgegeben habe und fragt aufs Neue, ob die Pforte bereit sei, die gleichen Sicherheiten zu geben und zu erklären, daß sie in Zukunft alle ihre finanziellen Verpflichtungen einhalten werde, besonders die Hypotheken, die auf die verschiedenen Anleihen ausgestellt wurden.

Caratheodory Pascha sagt, seine Regierung habe sich immer bemüht, alle ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Nur in absoluten Notfällen haben sie zu Sonderabmachungen gegriffen. Die Pforte habe ganz gewiß den lebhaften Wunsch, erworbene Rechte zufriedenzustellen, und werde keine Mühe scheuen, das auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu erreichen. Aber er fürchte, daß allein schon der Gedanke an eine Geldentschädigung, die auf der Türkei laste, ihre Anstrengungen und Kreditfähigkeit lähme.

Auf Bemerkungen des Herrn *Waddington*, der nochmals eine Erklärung zu den Absichten der Pforte zum Problem der auf die Anleihen ausgestellten Hypotheken zu erhalten wünscht, sagt *Caratheodory Pascha*, die Pforte werde alles ihr Mögliche tun, um die Verbindlichkeiten zu erfüllen. Er fügt hinzu, um eine genauere Erklärung abzugeben, müsse er Instruktionen seiner Regierung einholen.

Nachdem sich *Baron von Haymerle* im Namen der österreich-ungarischen Staatsgläubiger der Türkei den Ausführungen des Ersten italienischen Bevollmächtigten angeschlossen hat, bemerkt *Graf Schuwalow*, daß Rußland nur die hypothekisierte Schuldforderungen berücksichtige, daß es wie um eine Son-

derschuld verhandeln werde und sich nicht um die Nationalität der Staatsgläubiger der Türkei zu kümmern brauche.

Der *Präsident* faßt die Diskussion zusammen: Die russischen Bevollmächtigten haben das politische Interesse durch eine Antwort zufriedengestellt, die der Kongreß zur Kenntnis genommen hat. Nachdem Großbritannien und Frankreich für die Rechte der ottomanischen Wertpapierbesitzer eingetreten seien, erschienen auch die Erklärungen Rußlands zur Priorität der Hypotheken befriedigend. Die Frage sei somit grundsätzlich erledigt, und es bleibe nur noch eine redaktionelle Frage, mit der sich die beteiligten Bevollmächtigten im Blick auf das Protokoll befassen könnten.

Fürst Gortschakow wiederholt, die Kriegsentschädigung werde die Interessen der Gläubiger der Pforte keinesfalls beeinträchtigen.

Herr *Waddington* fügt hinzu, Zweck der gegenwärtigen Diskussion sei es vor allem gewesen, die russischen und ottomanischen Erklärungen zur Kenntnis zu nehmen.

Der *Präsident* geht auf eine Bemerkung des Grafen Corti im Laufe der Sitzung ein und würde gern feststellen, daß der Kongreß die Bestimmungen über die Kriegsentschädigung nicht „bestätigt" habe.

Auf Rückfrage des *Ersten italienischen Bevollmächtigten*, ob diese Bestimmungen Teil des neuen Vertrages würden, antwortet der *Präsident*, sie dürften dort nicht eingehen, denn der Kongreß könne nicht als Garant für die Zahlungsfähigkeit der Pforte auftreten.

Der *Kongreß* beschließt, daß Absatz 2 (d) über die für russische Untertanen und Einrichtungen in der Türkei als Kriegsentschädigung geforderten 10 Millionen Rubel nur die beiden beteiligten Staaten betrifft und keineswegs Europa. Es wird daher vereinbart, die Absätze e und d, die Artikel XIX des Vertrages beschließen, nicht in den künftigen Vertrag aufzunehmen.

Fürst Gortschakow möchte zur Aufklärung ergänzen, seine Regierung habe eindeutig verboten, an der Summe von zehn Millionen Rubel russische Untertanen zu beteiligen, die türkische Wertpapiere in Händen haben.

Die Tagesordnung ist erledigt. Nachdem verschiedene Themen für die folgende Tagesordnung vorgeschlagen worden sind, beschließt der *Kongreß* auf Antrag des *Grafen de Saint-Vallier*, die nächste Sitzung wie folgt zu gliedern: 1. Prüfung der Arbeitsergebnisse der Delimitationskommission: das dem Kongreß zur Abstimmung unterbreitete Ergebnis ist sodann der Redaktionskommission zu überweisen; 2. österreich-ungarischer Zusatzantrag über die Donau; 3. Artikel XXII des Vertrages von San Stefano über die russischen Gläubiger und die Mönche von Athos; 4. Griechenland.

Die Sitzung wird um halb fünf Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint-Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 12
Sitzung vom 4. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Protokoll Nr. 10 wird angenommen.

Der *Präsident* erwähnt die Eingaben der Liste Nr. 9, besonders die Mitteilung von Herrn Ristić an den Kongreß, Fürst Milan habe ihn zur Erklärung ermächtigt, daß die serbische Regierung die erste Gelegenheit nach Friedensschluß ergreifen werde, um auf gesetzlichem Wege auch die letzte Beschränkung in Serbien für Juden zu beseitigen. S.D. bemerkt, ohne in die Untersuchung der Frage eintreten zu wollen, daß die Worte „auf gesetzlichem Wege" ihm als Vorbehalt vorkomme, auf den er die Hohe Versammlung aufmerksam machen möchte. Fürst v. Bismarck glaubt feststellen zu müssen, der Vorbehalt könne auf keinen Fall die Kraft der Kongreßbeschlüsse abschwächen.

Nachdem der *Präsident* etwaige von den Bevollmächtigten abzugebende Erklärungen aufgerufen hat, erinnert der *Erste türkische Bevollmächtigte* daran, daß der Präsident in der 8. Sitzung das Protokoll für neue Instruktionen der ottomanischen Regierungen an ihre Vertreter zur Frage der Okkupation Bosniens und der Herzegovina offen gehalten habe[1]). Da die türkischen Bevollmächtigten

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 8, S. 249f.

nunmehr ihre Instruktionen erhalten hätten, mache er es sich zur Pflicht, sie der Hohen Versammlung zur Kenntnis zu bringen und verliest folgende Erklärung:

„Die kaiserlich ottomanische Regierung hat die Ansicht des Kongresses über die geeigneten Mittel zur Befriedung Bosniens und der Herzegovina sehr ernsthaft erwogen: sie vertraut sich dem Kongreß an und behält sich vor, sich direkt und vorweg mit dem Kabinett in Wien darüber zu verständigen."

Der *Präsident* stellt fest, die vom Kongreß in der 8. Sitzung über Bosnien und Herzegovina erzielte Übereinstimmung sei nunmehr vollständig und endgültig.

Auf der Tagesordnung steht die Prüfung der Arbeitsergebnisse der Delimitationskommission.

Baron von Haymerle teilt der Hohen Versammlung mit, die Delimitationskommission habe sich über die Grenzen Montenegros verständigt und verliest folgende Vorlage, die als Grundlage für die Arbeiten der Sonderkommission dienen soll:

„Die neue Grenze geht bei Ilinobrdo nördlich von Klobuk abwärts zur Trebinjčica nach Grančarevo zu, welches bei der Herzegovina verbleibt, folgt dann dem Laufe dieses Flusses aufwärts bis zu einem, einen Kilometer abwärts von der Einmündung der Čepelica gelegenen Punkte und erreicht von dort aus auf der kürzesten Linie die Höhen an den Ufern der Trebinjčica. Danach wendet sie sich gegen gegen Pilatova hin, dieses Dorf bei Montenegro belassend, geht sodann weiter über die Höhen in nördlicher Richtung, wobei sie sich tunlichst in einer Entfernung von sechs Kilometern von der Straße Bilek — Korito — Gacko hält, bis zu dem zwischen der Somina — Planina und dem Berge Čurilo belegenen Sattel und wendet sich von dort aus nach Osten bei Bratkoviči vorbei, dieses Dorf bei der Herzegovina belassend, bis zum Berge Orline. Von diesem Punkte geht die Grenze — Ravno bei Montenegro belassend — geradezu nach Nord-Nord-Ost, überschreitet die Gipfel des Leberšnik und des Volujak, steigt darauf auf der kürzesten Linie zur Piva hinab, überschreitet dieselbe und erreicht zwischen Crkvica und Nedvina hindurchgehend die Tara. Von diesem Punkte ab geht sie die Tara aufwärts bis nach Mojkovac, von wo aus sie dem Kamme der Vorberge bis nach Siškojezero folgt. Von dieser Örtlichkeit ab schließt sie sich der alten Grenze an bis zu dem Dorfe Sekulare. Von dort aus nimmt die neue Grenze ihre Richtung über die Kämme der Mokra Planina, das Dorf Mokra bei Montenegro belassend, und erreicht sodann den Punkt 2166 der österreichischen Generalstabskarte, indem sie der Hauptkette und der Wasserscheidelinie zwischen dem Lim einerseits und dem Drin und der Cievna (Zem) andererseits folgt.

Darauf schließt sie sich den zwischen dem Stamme der Kuči-Drekalovici einerseits und der Kučka-Krajna sowie den Stämmen der Klementi und Grudi andererseits gegenwärtig bestehenden Grenzen an bis zu der Ebene von Podgorica, und wendet sich von dort aus nach Plavnica zu, die Stämme der Klementi, Grudi und Hoti bei Albanien belassend.

Von dort aus durchschneidet die neue Grenze den See bei dem Inselchen Gorica-Topal, geht von Gorica-Topal aus geradenwegs bis zu den Höhen des Kammes, folgt von dort aus der Wasserscheidelinie zwischen Megured und Kalimed,

Mrkovic bei Montenegro belassend, und erreicht das Adriatische Meer bei V. Kruči.

Im Nordwesten wird der Grenzzug durch eine Linie gebildet werden, welche von der Küste zwischen den Dörfern Sušana und Zubci hindurchgeht und an der äußersten südöstlichen Spitze der gegenwärtigen Grenze von Montenegro auf der Vrsuta-Planina endet.

Antivari und sein Küstenland werden unter folgenden Bedingungen zu Montenegro geschlagen:

Die südlich von diesem Gebiete gelegenen Gegenden, nach der im Vorstehenden bestimmten Abgrenzung, bis zur Bojana, Dulcinjo mit einbegriffen, sollen der Türkei zurückgegeben werden.

Der Gemeindebezirk Spica bis zur nördlichen Grenze des in der ausführlichen Beschreibung der Grenzen angegebenen Gebietes wird Dalmatien einverleibt.

Es soll für Montenegro volle und gänzliche Freiheit der Schiffahrt auf der Bojana bestehen. Befestigungen dürfen am Laufe dieses Flusses nicht angelegt werden, mit Ausnahme der für die örtliche Verteidigung des Platzes Skutari etwa notwendigen, welche sich nicht weiter als in einer Entfernung von sechs Kilometer von dieser Stadt ausdehnen dürfen.

Montenegro darf weder Kriegsschiffe besitzen, noch eine Kriegsflagge führen.

Der Hafen von Antivari und alle zu Montenegro gehörigen Gewässer sollen den Kriegsschiffen aller Nationen verschlossen bleiben.

Die zwischen dem See und dem Küstenlande auf dem montenegrinischen Gebiete gelegenen Befestigungen sollen geschleift werden, und es dürfen neue in diesem Bezirke nicht errichtet werden.

Die See- und Gesundheitspolizei wird sowohl in Antivari als auch längs der Küste Montenegros von Österreich-Ungarn vermittelst leichter Küstenwachtschiffe ausgeübt werden. Montenegro hat die in Dalmatien in Kraft befindliche See-Gesetzgebung anzunehmen. Österreich-Ungarn verpflichtet sich seinerseits, der montenegrinischen Handelsflagge seinen konsularischen Schutz zu gewähren.

Montenegro muß sich mit Österreich-Ungarn über das Recht verständigen, durch das neue montenegrinische Gebiet hindurch eine Straße und eine Eisenbahn anzulegen und zu unterhalten.

Es wird vollständige Freiheit des Verkehrs auf diesen Strassen zugesichert[2]).

S.E. ergänzt, die Grenze müsse in einer Entfernung von ungefähr sechs Kilometer von der Straße Bilek usw. verlaufen. Die Kommission habe damit gemeint, die Entfernung könne, entsprechend den geographischen Bedingungen, zwischen 3 und 10 Kilometern schwanken. Es sei aber dem Prinzip Rechnung zu tragen, die Linie über Bergkämme zu führen, so daß die oben erwähnte Straße

[2]) Vgl. Art. 28 und 29 des Berliner Vertrags.

(Bilek-Korito-Gacko bis zum Paß zwischen der Somina-Planina und dem Berg Čurilo) nicht beherrscht werde.

Der Bevollmächtigte Österreich-Ungarns stellt ferner fest, die russischen Bevollmächtigten hätten die Ansicht vertreten, die Nähe dieser Grenze bei Dinoš könnte die Sicherheit Podgoricas gefährden, und es wäre erforderlich, die Grenze in einer Entfernung von 8 bis 10 Kilometer von Podgorica zu halten. Dafür böten sie eine Grenzberichtigung zugunsten Albaniens an, die von Mokra oder noch jenseits davon auf direktem Wege zum Punkt Nr. 2166 der österreichischen Karte führe. Die europäische Grenzkommission würde beauftragt, an Ort und Stelle zu prüfen, ob diese Entfernung von der Grenze zugrunde gelegt werden könnte und die Gebietsfragen zu regeln, die aus dieser Berichtigung zum Nachteil der Klementi entstehen könnten. Es besteht Einverständnis für den Fall daß sich eine Verständigung darüber in der Kommission als unmöglich erweise, so sollte die Grenzführung des Vertrages unverändert bleiben.

Graf von Launay erinnert daran, daß er, als die Delimitationskommission den Absatz über Spizza diskutiert habe, nach Motiven und Wert dieses Anschlusses gefragt habe.
Italien habe auch beträchtliche Interessen an der Adria und wünsche weitere Aufklärung zu dieser Frage, wie bescheiden auch immer der vorgesehene Landerwerb zugunsten Dalmatiens gedacht sei.

Baron von Haymerle zögert nicht, die Erläuterungen, die er dem italienischen Bevollmächtigten zu dieser Frage schon in der Kommission gegeben habe, zu wiederholen. Das für die Annexion vorgesehene Gebiet sei sehr klein: es sei ungefähr nur 1/2 oder 3/4 Quadratmeilen groß mit einer Bevölkerung von ungefähr 350 Familien: Die Motive der österreich-ungarischen Regierung ergäben sich aus der Überlegung, daß nur der Besitz von Spizza, das Antivari beherrsche, das österreich-ungarische Ziel absichern und erleichtern könne, darüber zu wachen, daß der Hafen von Antivari und seine Küste einen rein kommerziellen Charakter behalte.

Mehemed Ali Pascha gibt bekannt, er habe der Delimitationskommission folgendes Dokument zum selben Thema vorgelegt:

„Mehemed Ali Pascha hat die Ehre, S.D. dem Präsidenten und Ihren Exzellenzen, den Mitgliedern der Delimitationskommission, seine Erwägungen und Vorbehalte zum Verlauf der neuen Grenzlinie Montenegros, die die Mehrheit der erwähnten Kommission beschlossen hat, darzulegen. Er bittet S.D. den Präsidenten, seine Erwägungen und Vorbehalte freundlicherweise dem Bericht anzufügen, der zu dieser Frage dem Kongreß zugehen wird. Damit die Ergebnisse des Kongresses ein dauerhaftes Werk des Friedens und der Eintracht bilden, müßte man dann nicht vermeiden, Völker verschiedener Rasse und Religion ohne dringende Notwendigkeit der Herrschaft einer ausländischen Rasse zu unterstellen? Der ottomanische Bevollmächtigte beantragt daher, bei der Vergrößerung seines gegenwärtigen Staatsgebiets Montenegro nur Gebiete zuzuweisen, deren Einwohner gleicher Rasse und, zum größten Teil, gleicher Religion wie die Montenegriner sind; er hält die Abtretung von Gebieten an Montenegro, die von muselmanischen und katholischen Albanern bewohnt sind, wie

die Distrikte Plava, Gussinje und Antivari, für ungerecht. Es wäre nach seiner Meinung gerechter gewesen, sich auf der Seite Albaniens darauf zu beschränken, Montenegro das Gebiet Kuči Drekaloviči und den Lauf der Morača bis zum Skutari-See zuzugestehen und der Türkei die albanischen cazas von Plava und Gussinje sowie die Stadt Podgorica mit einem ausreichenden Verteidungsrayon zu lassen. Dieselben Argumente sprechen dafür, die Stadt Antivari nicht von Albanien zu trennen.

Da die Türkei keine Einwände gegen die Abtretung der Küste von Spizza an Montenegro erhebt, erhält das Fürstentum dort einen freien Zugang zum Meer, und der Besitz von Antivari, dessen Verlust für die Türkei sehr ernsthafte Schwierigkeiten mit sich brächte, wäre für es nicht unentbehrlich.

Er schlägt vor, der caza von Kolaschin, der ausschließlich von bosnischen Muselmanen bewohnt ist, soll wegen seiner strategischen Bedeutung türkisch bleiben.

Er hätte keine Bedenken, daß für die cazas von Kolaschin, Plava, Gussinje, Podgorica und Antivari von Seiten der Herzegovina die Montenegriner einen Ausgleich erhielten.

Der ottomanische Bevollmächtigte fügt hinzu, er und seine Kollegen hätten sich an ihre Regierung mit der Bitte um Weisungen zu der von der Mehrheit der Kommission angenommenen Grenzführung gewandt."

Caratheodory Pascha bittet den Kongreß, die Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. Er fügt hinzu, wegen mehrerer Fragen in der österreich-ungarischen Vorlage müsse er sich noch an seine Regierung wenden.

Der *Präsident* sagt, die ottomanischen Bevollmächtigten könnten diese Bemerkungen abschließend in der Redaktionskommission zur Geltung bringen, die den Bericht der Delimitationskommission erhalte. Zugleich stellt er Übereinstimmung der Hohen Versammlung über die Grenzen Montenegros fest.

Der *Kongreß* geht zur Donaufrage und Prüfung des gestrafften Textes über, in dem die *Bevollmächtigten Österreich-Ungarns* gemäß dem Beschluß der letzten Sitzung, die Grundsätze ihres vorigen, im Protokoll 11 aufgenommenen Antrages zusammenfassen sollten[3]).

Graf Schuwalow kündigt an, die russischen Bevollmächtigten hätten ihrerseits zum selben Thema einen Antrag vorbereitet, den er verliest:

„1. Um die als im europäischen Interesse liegend anerkannte Freiheit der Schiffahrt auf der Donau mit einer neuen Garantie auszustatten, werden die in der Schlußakte des Wiener Kongresses von 1815 verkündeten und von den Verträgen von 1856 und 1871 auf die Donau angewandten Grundsätze in ihrer ganzen und vollständigen Gültigkeit unter der Garantie aller Mächte für bestätigt und aufrechterhalten erklärt.

2. Die Befestigungen, welche sich an dem Laufe des Flusses von dem Eisernen Tor ab bis zu seinen Mündungen befinden, werden geschleift, und neue sollen nicht anglegt werden. Alle Kriegsschiffe mit Ausnahme der leichten, für die

[3]) Vgl. oben Protokoll Nr. 11, S. 285.

Flußpolizei und den Zolldienst bestimmten Fahrzeuge sind hier ausgeschlossen. Die Stationsschiffe der Mächte an den Flußmündungen bleiben beibehalten, dürfen aber den Fluß nicht über Galatz hinaufgehen[4]).

3. Die europäische Donau-Kommission bleibt in ihrer Tätigkeit bestehen. Alle internationalen Abmachungen und alle ihre Rechte und Verpflichtungen garantierende Akte, werden bestätigt[5]).

4. Die Akte vom 2. November 1865 bezüglich ihrer Organisation wird revidiert, um mit den gegenwärtigen Bedingungen in Einklang gebracht zu werden. Diese Arbeit wird einer Sonderkommission anvertraut, zu der Kommissare aller Flußuferstaaten zugelassen werden, und der Prüfung und endgültigen Bestätigung durch eine Konferenz der Vertreter der Signatarmächte unterworfen."

Der *Präsident* bemerkt, es gebe kaum einen Unterschied zwischen diesem Antrag und dem der österreich-ungarischen Bevollmächtigten[5a]).

Herr *d'Oubril* sagt, Ziel der russischen Vertreter sei gewesen, Einzelheiten zu vermeiden und sich auf die großen Linien zu beschränken.

Baron von Haymerle erläutert die Unterschiede zwischen dem österreich-ungarischen Antrag und dem des Grafen Schuwalow. Er verweist insbesondere auf Galatz als Endpunkt des Kompetenzbereichs der europäischen Donau-Kommission, auf die angeregten Überwachungsmaßnahmen für die Flußpolizei, schließlich auf die neuen Abmachungen über das Eiserne Tor. Solche Veränderungen an einem feierlichen Vertrag könnte nicht eine Sonderkommission beschließen, sondern müßte die Autorität des Kongresses sanktionieren.

Nach einem Gedankenaustausch zwischen den *Bevollmächtigten* über das Diskussionsverfahren für beide Textvorlagen und über die Kompetenzen des Kongresses beschließt die Hohe Versammlung auf Antrag des Herrn *Waddington* und *Grafen de Saint-Vallier*, unterstützt vom *Präsidenten*, zunächst die Vorlage mit den Grundsätzen des österreich-ungarischen Antrages zu verlesen. In einer Sitzungspause sollen dann je ein österreich-ungarischer und ein russischer Bevollmächtigter zusammen mit einem weiteren Kollegen beide Vorlagen

---

[4]) Vgl. Art. 52 des Berliner Vertrags.

[5]) Vgl. Art. 53 des Berliner Vertrags.

[5a]) Dazu auch Bericht Andrássys an Franz Joseph, 5.7.1878, (PA III 117 (F); Novotny Nr. 238):
„Die russischen Bevollmächtigten stellten sofort einen Gegenantrag, dahingehend, daß die ganze Angelegenheit einer europäischen Commission zu überweisen sei.
Fürst Bismarck(,) wieder unbequeme Weiterungen in der Discussion besorgend, gab sofort lebhafte Zeichen der Ungeduld. Zu den Russen gewendet, sagt er(,) daß die Hundstage im Anzuge seien, daß er persönlich allen möglichen Anträgen in Betreff der Donaufreiheit zustimme, daß aber die ganze Frage ein so großes Interesse überhaupt nicht habe. Was Deutschland insbesondere anbelange, so lägen seine Interessen allenfalls an der Donaumündung, aber auch dort würden sie von der englischen Flagge in den Hintergrund gedrängt. Es gebe fast kein deutsches Schiff, daß von Regensburg donauabwärts fahre. Auch von Österreich-Ungarn werde die Bedeutung der Frage überschätzt. Unser Handel gehe mehr gegen die Nordsee als zur Donaumündung.
Es gelang nicht ohne Mühe, die Discussion in Fluß zu bringen."

miteinander in Einklang zu bringen versuchen. *Baron von Haymerle* und Herr *d'Oubril* werden dazu bestimmt, mit dem *Grafen de Saint-Vallier* das Übereinkommen vorzubereiten.

Nach einer Bemerkung *Lord Salisburys* über das Interesse Englands an den Fragen der Schiffahrt auf der unteren Donau sagt *Fürst v. Bismarck*, die Ansicht, die Donau als große deutsche Handelsader zum Orient zu bezeichnen, beruhe auf einer Fiktion. Die deutschen Schiffe, die von oberhalb Regensburg kommen, führen nicht die Donau hinunter, um deutsche Waren in den Orient zu exportieren.

Der *Präsident* verliest sodann das Resumé der von *Haymerle* vorgelegten Artikel:

Artikel I: „ Freiheit der Schiffahrt. Ausschluß der Kriegsschiffe vom Lauf der Donau zwischen dem Eisernen Tor und den Mündungen." (Angenommen)[6]).

Artikel II: „Beibehaltung der internationalen europäischen Kommission, Ausdehnung ihrer Vollmachten bis nach Galatz, ihre Unabhängigkeit von der Landesgewalt und Zulassung eines rumänischen Kommissars[7])."

Da Herr *d'Oubril* Bedenken seiner Regierung gegen den Absatz über Beibehaltung der europäischen Kommission erhebt, schlägt Herr *Desprez* die Formulierung vor, die Kommission „kann beibehalten ".

Herr *Waddington* weist in seiner Antwort an Herrn d'Oubril auf den Vorteil der österreichischen Vorlage, die erlaube, die Kommission ohne förmlichen Vertrag stillschweigend beizubehalten.

Der erste Satz des Artikels bleibt den Beratungen der oben erwähnten Kommission vorbehalten[8]): der Schluß des Artikels wird angenommen.

Artikel III: „Einheitlichkeit der Reglements für die Schiffahrt und die Flußpolizei auf dem Flußlauf vom Eisernen Tor ab[9])."

Herr *d'Oubril* meint, diese Abmachung präjudiziere die Situation der Uferstaaten.

Graf Andrássy betont nochmals den praktischen Nutzen, das Prinzip der Einheitlichkeit der Schiffahrtsreglements festzulegen.

Artikel III bleibt ebenfalls der endgültigen Verständigung zwischen den Bevollmächtigten vorbehalten.

Artikel IV: „Ersatz der Uferstaaten durch Österreich-Ungarn bezüglich den Abmachungen des Artikels VI des Londoner Vertrages vom 13. März 1871 zu der am Eisernen Tor und den Stromschnellen auszuführenden Arbeiten[10])." (Angenommen).

Der *Präsident* stellt Übereinstimmung über Artikel I und IV sowie über Absatz 2 Artikel II fest: Absatz 1 dieses letzten Artikels und Artikel III werden von

---

[6]) Vgl. Art. 52 des Berliner Vertrags.
[7]) Vgl. Art. 53 des Berliner Vertrags.
[8]) d.h. Haymerle, d'Oubril, St.-Vallier; vgl. oben S. 298.
[9]) Vgl. Art. 55 des Berliner Vertrags.
[10]) Vgl. Art. 57 des Berliner Vertrags.

den benannten Bevollmächtigten in einer Sitzungspause nach Abschluß der Tagesordnung erörtert.

Der *Kongreß* geht zu Artikel XXII des Vertrages von San Stefano über die russischen Geistlichen und die Mönche des Berges Athos über.

Der *Marquis von Salisbury* erinnert daran, vor der Sitzung habe er seinen Kollegen einen Antrag zugehen lassen, um Artikel XXII durch folgende Bestimmungen zu ersetzen:

„Alle Bewohner des Osmanischen Reiches in Europa, gleich welcher Religion, genießen vollständige Gleicheit der Rechte. Sie können sich um alle öffentliche Dienste, Ämter und Ehren bewerben und werden vor den Gerichten gleichermaßen als Zeugen zugelassen.

Durchführung und öffentliche Ausübung aller Kulte ist völlig frei, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Gemeinschaften, noch ihren Beziehungen zu ihren geistlichen Oberen ein Hindernis entgegengestellt werden.

Die in der europäischen und asiatischen Türkei reisenden oder sich dort aufhaltenden Geistlichen, Pilger und Mönche aller Nationalitäten sollen völlige Gleichheit der Rechte, Vorteile und Privilegien genießen.

Das Recht der amtlichen Schutzgewährung steht den diplomatischen Vertretern und konsularischen Vertretern der Mächte in der Türkei sowohl bezüglich der vorerwähnten Personen als auch ihrer Besitztümer und ihrer zu religiösen, Wohltätigkeits- und anderen Zwecken an den Heiligen Orten und anderwärts gemachten Anlagen zu.

Die Mönche des Berges Athos sollen in ihren bisherigen Besitzungen und Vorrechten geschützt bleiben, und, ohne irgendwelche Ausnahme, eine vollständige Gleichheit der Rechte und Prärogative genießen[11])."

Lord Salisbury erläutert, die beiden ersten Absätze des Antrages seien nur die Anwendung der Prinzipien auf das gesamt Osmanische Reich, die der Kongreß auf Antrag Frankreichs, [bereits] für Serbien und Rumänien beschlossen habe[12]); die letzten drei Absätze sollen die Vorteile aus Artikel XXII, insbesondere für russische Geistliche, den Geistlichen aller Nationen zukommen lassen.

Der *Präsident* bemerkt ebenfalls, der englische Antrag lasse die gesamte Christenheit an die Stelle einer einzigen Nationalität treten, und beginnt mit der absatzweisen Verlesung der Vorlage.

Zum ersten Absatz sagt *Caratheodory Pascha*, die Türkei werde die Grundsätze des Antrages zweifellos annehmen, aber er möchte sie nicht als Neuerung gelten lassen. Er verliest dazu folgende Erklärung seiner Regierung:

„Angesichts der im Kongreß verschiedentlich abgegebenen Erklärungen zugunsten der religiösen Toleranz sind Sie ermächtigt, Ihrerseits zu erklären, daß sich die Einstellung der Hohen Pforte vollkommen mit dem von Europa ver-

---

[11]) Vgl. Art. 62 des Berliner Vertrags.
[12]) Vgl. oben Protokoll Nr. 8, 10, S. 253, 275.

folgten Ziel deckt. Ihre ältesten Traditionen, ihre jahrhundertelange Politik, der natürliche Trieb ihrer Bevölkerungen, alles drängt sie dazu. Im ganzen Reich bekennen sich Millionen von Untertanen des Sultans zu unterschiedlichen Religionen, und niemand ist in seinem Glauben und in der Ausübung seines Kultes behindert worden. Die kaiserliche Regierung ist entschlossen, diesen Grundsatz voll aufrechtzuerhalten und ihm jede Ausweitung zu geben, die ihm zukommt."

Der *Erste türkische Bevollmächtigte* wünscht daher, sollte sich der Kongreß dem englischen Antrag anschließen, so sollte wenigstens festgehalten werden, daß die fraglichen Grundsätze mit denen übereinstimmen, die seine Regierung leiten. Im Gegensatz zu Serbien und Rumänien gebe es in der Gesetzgebung des Reiches keine religiös motivierte Ungleichheit oder Diskriminierung.

Daher verlange er Einfügung einiger Worte, die zu erkennen geben, daß diese Grundsätze im Osmanischen Reich stets gegolten hätten, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien. Der Kongreß könnte zum Beispiel anfügen „entsprechend den Erklärungen der Pforte und früheren Abmachungen, die aufrechterhalten zu wollen sie bestätigt."

Lord Salisbury hat nichts gegen die Forderung Caratheodory Paschas einzuwenden, meint aber, solche Bestimmungen fänden sich zwar in Erklärungen der Pforte, seien jedoch in der Praxis nicht immer beachtet worden. Darüberhinaus sei er nicht dagegen, die Redaktionskommission aufzufordern, den von den ottomanischen Bevollmächtigten verlangten Zusatz aufzunehmen.

Im Anschluß an eine Diskussion über die Worte „in Europa", die *Carahteodory Pascha* gegen „in Europa und Asien" zu ersetzen vorschlägt, beschließt der *Kongreß*, die gesonderte Nennung Europas zu streichen und den Absatz der Redaktionskommission mit der Empfehlung zu überweisen, die Erklärungen der Hohen Pforte zu berücksichtigen[13]).

Absätze 2 und 3 werden ohne Änderungen angenommen. Zu Absatz 4 hebt *Caratheodory Pascha* hervor, daß die Formulierung das Recht auf offiziellen Schutz der „Besitzungen" der Geistlichen usw. anerkenne. Er verlangt Streichung des Wortes „Besitzungen", unter Berufung auf das Protokoll von 1868 über das Eigentumsrecht der Ausländer, das jeden besonderen Schutz für Grundbesitz ausschließe. Kämen die nach dem Protokoll von 1868 der örtlichen Rechtsprechung unterstellten kirchlichen Besitztümer nach der Fassung von Absatz 4 gleichzeitig auch noch unter den offiziellen Schutz der diplomatischen Vertretungen und konsularischen Agenten, so käme es zu großen administrativen und juristischen Schwierigkeiten.

Herr *d'Oubril* sagt, das Wort „Besitzungen" stünde schon im Vertrag von San Stefano.

Nachdem *Carathedory Pascha* nachdrücklich auf die praktischen Schwierigkeiten hingewiesen hat, auf die ein derartiger Absatz stoßen würde, erinnert *Fürst v. Bismarck* daran, daß in der Tat schon der Vertrag von San Stefano das betreffende Privileg den russischen Geistlichen zugestanden habe

---

[13]) Vgl. Art. 62, Abs. 1 des Berliner Vertrags.

und fragt, ob die Türkei lieber dieses Vorrecht auf alle Mächte ausweiten möchte.

Mehemed Ali Pascha führt aus, die ottomanische Rechtssprechung in Sachen Grundbesitz sei Voraussetzung für die Anerkennung des Rechtes auf Grundbesitz für Ausländer in der Türkei gewesen. Sollte der konsularische Schutz für bestimmte Arten des Grundbesitzes wiederhergestellt werden, so könnte man das Recht auf Eigentum streitig machen.

Graf Corti meint, ohne sich der Streichung des Wortes „Besitzungen" zu widersetzen, dem Artikel ließe sich einfach „entsprechend den gültigen Gesetzen und Konventionen" anfügen.

Nach wiederholten Vorstellungen der *ottomanischen Bevollmächtigten* stimmt der *Kongreß* der Streichung des Wortes „Besitzungen" zu.

Herr *Waddington* meint zur letzten Zeile des Absatzes 4, an die bestehenden Rechte Frankreichs erinnern zu müssen und bemerkt im übrigen, seine Regierung habe ausdrücklich Vorbehalte vor Zusammentritt des Kongresses in Bezug auf die Heiligen Orte vorgebracht.

Der *Präsident* bestätigt, Frankreich habe die Vorbehalte als Bedingung für seine Teilnahme am Kongreß angemeldet, so daß die Bemerkung des Herrn Waddington vollauf berechtigt sei.

Graf Andrássy ergänzt, sie seien in der Tat sofort der österreich-ungarischen Regierung mitgeteilt worden, die ihnen zugestimmt habe.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* wünscht, daß die Rechte Frankreichs im Absatz selbst berücksichtigt würden, der auch die Aufrechterhaltung des status quo festlegen müßte.

Der *Präsident* schlägt vor, hinzuzufügen „ausgenommen jedoch die bestehenden Rechte Frankreichs."

Fürst Gortschakow wünscht eine Formulierung, wonach der status quo für alle Mächte geschützt bleibe.

Herr *Waddington* unterbreitet dem Kongreß folgenden Wortlaut für den Schluß von Absatz 4:

„Die bestehenden Rechte Frankreichs werden ausdrücklich gewahrt, und man ist einverstanden darüber, daß *kein Eingriff* in den gegenwärtigen Zustand an den Heiligen Orten geschehen soll[14])."

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Er ist in Absatz 4 einzufügen, der ebenfalls angenommen wird.

Herr *d'Oubril* verlangt, in Absatz 5 nach „die Mönche des Berges Athos" einzufügen „aus welchem Lande auch immer sie stammen mögen".

Absatz 5 wird mit diesem Zusatz angenommen[15]).

Auf Verlangen mehrerer *Bevollmächtigter* wird Griechenland, das noch auf der Tagesordnung steht, in der gegenwärtigen Sitzung nicht mehr diskutiert.

Lord Salisbury schlägt sodann vor, Artikel XVI des Vertrages von San Stefano über Armenien zu behandeln. Er wäre bereit, die letzten drei Zeilen

---

[14]) Vgl. Art. 62, Abs. 7 des Berliner Vertrags.
[15]) Vgl. Art. 62, Abs. 8 des Berliner Vertrags.

dieses Artikels, die die den Armeniern zugestandenen Verbesserungen und Reformen ansprechen, anzunehmen, wenn sich der Kongreß für Streichung der ersten drei Zeilen ausspräche, die den Abzug der russischen Truppen von der Gewährung solcher Reformen durch die Hohe Pforte abhängig zu machen scheinen. Sonst würde Lord Salisbury endgültig einen Sonderartikel über die Armenier beantragen.

Graf Schuwalow fürchtet jedoch, ohne auf einer Diskussion zu bestehen, auf die er heute nicht vorbereitet sei, ein Abzug der russischen Truppen vor Durchführung der versprochenen Verbesserungen gäbe das Zeichen zu ernsthaften Unruhen. Er verlangt außerdem, jede Bemerkung bis zu dem Augenblick zu vertagen, an dem sich der Kongreß ausgiebiger mit der Frage Armeniens befassen werde.

Die Sitzung wird für eine halbe Stunde unterbrochen, um den Bevollmächtigten, die gemeinsam gewisse Punkte zur Schiffahrt auf der Donau regeln sollen, Gelegenheit zu ihrer Sonderkonferenz zu geben.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest Herr *d'Oubril* folgende Fassung, auf die sich die Vertreter Österreich-Ungarns und Rußlands geeinigt haben.

1. Absatz des Artikels II

„Ein Jahr vor dem Ablauf der für die Dauer der europäischen Kommission festgesetzten Frist werden die Mächte sich über die Verlängerung beziehungsweise über die Abänderungen, die sie für notwendig halten sollten, in Einvernehmen setzen[16])."

Artikel III

„Die Reglements für die Schiffahrt und die Flußpolizei vom Eisernen Tor ab bis nach Galatz werden von der europäischen Kommission, unter Zuziehung von Bevollmächtigten der Uferstaaten, ausgearbeitet und mit denjenigen in Übereinstimmung gesetzt werden, welche für den Lauf abwärts von Galatz eingeführt worden sind oder werden[17])."

Der *Kongreß* gibt dieser Fassung seine Zustimmung.

Auf eine Bemerkung des *Grafen Schuwalow* zu Artikel II sagt *Graf de Saint-Vallier*, daß nur über das Prinzip abgestimmt worden sei, daß die Form der Redaktionskommission vorbehalten bleibe. Man habe nur den Nutzen einer Absprache vor Ablauf der für die Dauer der europäischen Kommission festgesetzten Frist feststellen wollen.

Die *nächste Sitzung* wird auf morgen, 3 Uhr festgesetzt: auf der Tagesordnung steht die Diskussion der griechischen Fragen, die in der Sitzung vom 29. Juni vertagt wurden[18]).

Die Sitzung endet um 5 Uhr.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint-Vallier,H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

---

[16]) Vgl. Art. 54 des Berliner Vertrags.
[17]) Vgl. Art. 55 des Berliner Vertrags.
[18]) Vgl. oben Protokoll Nr. 9, S. 263.

Protokoll Nr.13
Sitzung vom 5. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb vier Uhr eröffnet.

Protokoll Nr.11 wird angenommen.

Der *Präsident* erwähnt die in Liste Nr. 8 zusammengestellten Eingaben.

Auf der Tagesordnung steht Artikel XV des Vertrages von San Stefano.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* bittet, dem Kongreß vorher eine Mitteilung machen zu dürfen.

Bevor er den Gegenstand, den er im Auge hat, aufnimmt, legt Herr Waddington Wert darauf, seinen ottomanischen Kollegen zu versichern, daß er unter den gegenwärtigen Umständen Skrupel habe, ein Wort auszusprechen, das ihre berechtigten Gefühle verletzen könnte. Er werde alle rückwärtsgerichteten Betrachtungen über die Gründe vermeiden, die zu den Übeln geführt haben, die es jetzt zu heilen gelte. Sein einziger Wunsch, wie der aller übrigen Bevollmächtigten, sei es, der Unruhe im Orient ein Ende zu setzen, weiteren Schwierigkeiten durch Schaffung stabiler Verhältnisse vorzubeugen und die verschiedenen Interessen zu berücksichtigen, die auf der Balkanhalbinsel nebeneinander bestehen.

Unter diesen Interessen sind die des griechischen Volkes von großer Bedeutung: der Erste französische Bevollmächtigte ist überzeugt, daß, solange die Hohe Pforte ihnen nicht zufriedenstellend nachkomme, sie an ihrer Grenze

unaufhörlich neuen Unruhen ausgesetzt bleibe. Zugeständnisse in dieser Richtung wären gewiß vorteilhaft für die ottomanische Regierung, und er glaube zu wissen, daß die Pforte den Gedanken, mit Griechenland auf der Grundlage einer Grenzberichtigung in Verhandlungen einzutreten, nicht von sich weise. Die Regelung dieser ständigen Schwierigkeiten sei in der Tat für die Türkei eine Voraussetzung für Sicherheit und Wohlstand nach Innen, denn solange die Unruhen anhielten, sei die Entwicklung ihrer Ressourcen gelähmt.

Es sei zweifellos nicht Ziel des Kongresses, übertriebenen Aspirationen gewisser Organe der griechischen Meinung Befriedigung zu verschaffen, aber Herr Waddington meint, daß man ein gerechtes und politisches Werk schaffe, wenn Griechenland Bevölkerungsteile erhielte, die es stärkten, ohne die Türkei zu schwächen. Deshalb erinnere er an die Meinung eines Fürsten, dem 1830 die Krone Griechenlands angeboten worden war und der sich seither, aufgerufen, über ein anderes Land zu herrschen, durch seine Klugheit große Autorität in Europa verschafft hat: dieser Fürst[1]) meinte, daß Griechenland in den ihm gesetzten territorialen Bedingungen nicht lebensfähig sei, besonders ohne die Buchten von Arta und Volo mit den angrenzenden Gebieten, und die Erfahrung habe die Richtigkeit dieses Urteils bewiesen. Griechenland könne in seinen gegenwärtigen Grenzen nicht gedeihen: seine Regierung könne die Schwierigkeiten und Konflikte, die immer wieder an seinen Grenzen entstanden, nicht verhindern, und die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes erlaubten ihm nicht, sich den Aufgaben zu widmen, die allen zivilisierten Staaten obliegen.

Der Erste französische Bevollmächtigte meint daher, den Interessen beider Länder in gleicher Weise zu dienen, wenn er dem Kongreß vorschlage, in allgemeiner Form und ohne Abbruch der Souveränität der Pforte, die Grenzen zu bezeichnen, die er Griechenland zugeschrieben sehen möchte. Die Autorität der Hohen europäischen Versammlung werde der ottomanischen und der griechischen Regierung die notwendige moralische Kraft verleihen, damit die ottomanische vernünftigen Zugeständnissen zustimmen, die griechische übertriebenen Forderungen widerstehen könne. Um jedoch dieses Ziel zu erreichen, dürfe man einerseits der Pforte keine unmöglichen Opfer zumuten, müsse man andererseits an die Mäßigkeit Griechenlands appellieren. Der Erste französische Bevollmächtigte habe es daher als nützlich angesehen, als Verhandlungsgrundlage eine generelle Linie zu ziehen, die gleichzeitig der Türkei das Ausmaß der Absichten Europas und Griechenland die Grenzen zeige, die es nicht überschreiten dürfe. Das sei das Ziel der folgenden Resolutionen, die den Beratungen des Kongresses zu unterbreiten er im Einvernehmen mit dem Ersten italienischen Bevollmächtigten die Ehre habe:

„Der Kongreß lädt die Hohe Pforte ein, sich mit Griechenland über eine Grenzberichtigung in Thessalien und Epirus zu verständigen, und ist der Ansicht, daß diese Berichtigung dem Tal des Salamyraias (dem alten Peneus) bis zum Ägäischen Meer sowie dem des Kalamas bis zum Ionischen Meer folgen könnte.

---

[1]) Gemeint ist der belgische König Leopold I., 1831-1865.

Der Kongreß vertraut darauf, daß es den beteiligten Parteien gelingen wird, sich zu einigen. Um jedoch den Erfolg der Verhandlungen zu erleichtern, sind die Mächte bereit, beiden Parteien ihre direkte Vermittlung anzubieten."

Der *Erste italienische Bevollmächtigte* möchte den beredten Argumenten des Herrn Waddington einige Worte hinzufügen, um einen Antrag zu unterstützen, der im höchsten Grade der Sache des europäischen Frieden dient:

Sollte das Werk des Kongresses Aussicht auf Bestand haben, so gelte es, soweit wie möglich, die Ursachen für künftige Konflikte zu beseitigen. Es sei überflüssig, hier an die unglücklichen Verwicklungen der letzten Zeit zwischen der Türkei und Griechenland zu erinnern. Vielmehr sei solchen Gefahren für die Zukunft vorzubeugen. An einem solchen Ergebnis müsse die Türkei noch mehr als die anderen Mächte interessiert sein. Nach den traurigen Ereignissen, deren Schauplatz die Balkanhalbinsel soeben gewesen ist, müsse die Türkei selbst den lebhaften Wunsch nach Frieden und Ruhe hegen. Man dürfe aber zweifeln, daß sich ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen der Türkei und Griechenland wiederherstellen lasse, ohne den Aspirationen Griechenlands etwas entgegenzukommen.

Die königliche Regierung und die italienische Nation hätten ein lebhaftes Interesse an dieser Frage, und die italienischen Bevollmächtigten machten sich zu Dolmetschern dieser Einstellung, indem sie an die türkischen Bevollmächtigten einen freundschaftlichen Appell richten im Sinne des Antrages, der soeben dem Kongreß vorgelegt wurde.

Der *Präsident* sagt, der Antrag werde gleichzeitig mit Artikel XV des Vertrages von San Stefano geprüft; er sei der Hohen Versammlung nach der endgültigen Abstimmung über diesen Artikel, der schon in der 9. Sitzung diskutiert worden ist[2]), zur Abstimmung vorzulegen.

Der *Erste ottomanische Bevollmächtigte* bezieht sich auf die in einer früheren Sitzung von den Delegierten der griechischen Regierung verlesene Stellungnahme[3]) und verliest folgende Erklärung:

„Nach Anhörung der griechischen Delegierten hat die Hohe Versammlung beschlossen, nur die Erklärung des Herrn Delyannis zu beachten.

Bei näherer Prüfung des Inhalts dieser Erklärung kommen die ottomanischen Bevollmächtigten zur Feststellung, daß Griechenland vor dem Kongreß keinerlei Klage gegen die Türkei erhoben hat und daß es nicht einmal versucht hat, seinen Vorstoß bei den Großmächten auf irgendeinen Grundsatz des Rechtes stützen, das die Beziehungen zwischen den beiden unabhängigen Staaten leitet.

Der griechische Delegierte hat ausgeführt, bei der großen Zahl aus den angrenzenden ottomanischen Provinzen stammender Personen, die in Griechenland ansässig sind, beeinflußten Bewegungen, die sich manchmal in diesen ottomanischen Provinzen abspielten, das Königreich Griechenland so stark, daß

[2]) Vgl. oben Protokoll Nr. 9, S. 260.
[3]) Ebenda, S. 261-263.

daraus in den Beziehungen beider Länder Spannungen entstünden, die verschwänden, wenn man die von ihm vertretenen Wünsche zufriedenstellte, die ihm zudem mit den Interessen Europas und der Türkei einherzugehen schienen.

Auch wenn sie die Meinung des griechischen Delegierten über die Art der wünschenswerten Beziehungen zwischen beiden Ländern teilen, so meinen die ottomanischen Bevollmächtigten dennoch, daß das ersehnte Ergebnis nicht zu erreichen sei, solange man nicht auf Ideen verzichte, die offensichtlich hinter dieser Absicht stehen.

Die ausgesprochenen Bewegungen seien unabhängig von türkischen Aktionen entstanden. Die von 1854 fällt mit dem Krim-Krieg zusammen, die soeben zu Ende gegangene war bekanntlich eine Rückwirkung von Ereignissen, die die europäische Türkei bis vor die Tore Konstantinopels aufgewühlt haben. Der Aufstand von Kreta im Jahre 1866 wurde bekanntlich bald nach Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern beigelegt.

Obwohl diese Bewegungen also ganz unabhängig vom Willen der Türkei entstanden, hat sie trotzdem alles in ihrer Macht getan, um ihre offiziellen Beziehungen zum Königreich Griechenland vor Folgen zu schützen, zu denen Kräfte hätten führen können, denen Griechenland nicht immer den erforderlichen Widerstand zu leisten vermocht hatte. Es wäre jetzt überflüssig, noch weiter darzulegen, daß die Forderung der griechischen Delegierten weder mit Ziel noch Geist dieses Kongresses vereinbar ist. Die bequeme Gelegenheit, sich Provinzen eines Nachbarstaates anzueignen, ist kein genügender Rechtsgrund. Die Ansicht ist unhaltbar, Griechenland habe nicht genügend Land für seine Bevölkerung. Das Meer umgibt es von allen Seiten und bietet ihm Mittel für unbegrenzte Entwicklung. Die Türkei legt ihrerseits Wert darauf, ihre Provinzen zu behalten, deren Bevölkerung ihr verbunden ist und die der Gedanke der Abtretung an Griechenland alarmiert hat, wovon sich zu überzeugen leicht ist durch die Petitionen Nr. 15, 19 und 23, die dem Kongreß vorliegen.

Vom Gesichtspunkt des allgemeinen Friedens aus hat sich S.D. der Präsident bei Anhörung von Delegierten eines anderen Staates zur Tragweite geäußert, die der griechischen Forderung beizumessen sei[4]), aber in einem engere Sinn ist vielleicht die Wirkung nicht aus dem Auge zu verlieren, die allein schon die Anhörung der griechischen Delegierten haben kann. Mehrere Anzeichen kommen zusammen, um diesen Gedanken eine wirkliche Bedeutung zu geben.

Griechenland schreitet zur Rüstung; es nimmt Anleihen auf, und die ottomanischen Bevollmächtigten bezweifeln nicht, daß die Großmächte dem Kabinett in Athen Ratschläge erteilen werden, die geeignet sind, die griechische Regierung in ihrer Einstellung, gute Beziehungen mit dem ottomanischen Reich zu wahren, zu bestärken."

Der *Präsident* geht zur Lesung von Artikel XV über, wobei er seine Kollegen bittet, jeweils zu jedem Absatz ihre Bemerkungen vorzutragen.

---

[4]) Vgl. oben Protokoll Nr.9, S. 264.

Absätze 1 und 2 werden ohne Diskussion angenommen. Zu Absatz 3 fordert *Lord Salisbury*, nach den Worten „besondere Kommissionen, innerhalb deren das eingeborene Element zahlreich vertreten sein soll, werden beauftragt...." die Einfügung folgender Worte: „durch die Hohe Pforte".

Der *Kongreß* stimmt der Änderung zu[5]), und der *Präsident* bemerkt, die Hohe Versammlung habe in einer früheren Sitzung beschlossen, im selben Absatz die Worte „die kaiserlich russische Regierung" durch „die europäische Kommission" zu ersetzen[6]).

Artikel XV wird mit diesen Abänderungen insgesamt angenommen.

Der *Kongreß* geht zum Antrag der französischen und italienischen Bevollmächtigten über[7]).

Graf Andrássy erklärt ihm seine volle Zustimmung zu geben.

Lord Beaconsfield möchte, bevor der Kongreß über die wichtige ihm vorliegende Frage beschließt, einige Ausführungen machen, um einem Mißverständnis vorzubeugen, das die Erklärung der griechischen Delegierten verursachen könnte. England habe Griechenland und die Türkei immer auf Erhaltung eines guten Einvernehmens gedrängt, das in seinen Augen unabdingbar ist, um den Einfluß eines dritten Volkes auszugleichen, das durch Störung des Friedens den Zusammentritt des Kongresses herbeigeführt habe. Zunächst hätten beide Seiten die Anstrengungen Großbritanniens unterstützt. Beide Länder sähen sich aber einer großen Schwierigkeit gegenüber, der 1831 unbefriedigend und unvollständig gezogenen Grenze. In den Augen jedes kundigen Staatsmannes sei diese Grenze für die Türkei wie für Griechenland eine Gefahr, und dieses löst notwendig Unruhen in den Nachbarprovinzen aus. Als der letzte Krieg begann und Bewohner der Grenzgebiete sich erhoben, wurde England bei der Pforte vorstellig, die entgegenkommend reagierte. Leider müsse er hinzufügen, daß dem diesesmal von Griechenland aus nicht so war; die guten Ratschläge Englands drangen in Athen nicht durch, und es kam zu ernsthaften Schwierigkeiten. Lord Beaconsfield hält es indessen für seine Pflicht hinzuzufügen, daß die griechische Regierung den Aufstand im Epirus und in Thessalien keineswegs geschürt habe, die sich, im Gegenteil, den Ratschlägen Großbritanniens folgend, dafür eingesetzt habe, ihn zu unterdrücken; England habe im übrigen Athen geraten, nicht mit territorialen Gewinnen zu rechnen.

Die Gründe für diese Haltung sieht er in den Illusionen, die man sich nach Abschluß des Vertrages von San Stefano über die Grundgedanken, die den Kongreß leiten würden, gemacht habe. Eine fälschliche Ansicht schrieb dem Kongreß die Absicht zu, einen altersschwachen Staat aufzuteilen und nicht, wie es die Hohe Versammlung getan habe, ein altehrwürdiges Reich zu stärken, das sie als wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens ansieht. Gewiß kommt es nach einem großen Krieg oft zu territorialen Veränderungen: die

---

[5]) Vgl. Art. 23, Abs. 3 des Berliner Vertrags.
[6]) Vgl. oben Protokoll Nr. 9, S. 260.
[7]) Vgl. oben S. 304.

Türkei sei nicht der einzige Staat, der territoriale Verluste erlitten habe: auch England habe einst Gebiete verloren, denen es großen Wert beimaß und deren Verlust es noch heute bedauere[8]); man könne solche Abmachungen oder Wiederabtretungen nicht als Teilung bezeichnen, und die griechische Regierung täusche sich völlig über die Ansichten Europas. Er ergreife diese Gelegenheit, um Unterstellungen in einem Teil der Presse zurückzuweisen, der den Beschluß des Kongresses über Bosnien und Herzegovina als Teilung bezeichnet habe. Im Gegenteil, dieser Beschluß sollte eine Teilung verhindern. Zahlreiche historische Präzedenzfälle rechtfertigen das: Bosnien sich selbst überlassen, ohne Element einer guten Regierung, umgeben von unabhängigen oder halbunabhängigen Staaten, wäre binnen kurzem Schauplatz blutiger Kämpfe geworden. In dieser Lage habe Großbritannien an eine benachbarte Macht appelliert, die stark und an der Erhaltung des Friedens interessiert ist: Europa habe, von derselben Überlegung ausgehend, Österreich-Ungarn die Okkupation und Verwaltung Bosniens übertragen: Er erinnere daran, daß Österreich dieselbe Mission mehrere Male, sei es in Nachbarländern oder anderswo anvertraut worden sei; die Initiative Großbritanniens beweise also nicht, daß es für eine Teilung ist.

Auf Griechenland zurückkommend, sagt Lord Beaconsfield, niemand dürfe für die Zukunft dieses Landes Zweifel haben: Staaten wie Individuen, die eine Zukunft vor sich haben, könnten warten. Gleichzeitig sei er jedoch überzeugt, daß Griechenland und die Türkei an die Berichtigung ihrer Grenzen gehen werden, daß eine Ursache für Zwietracht und Unruhe so beseitigt und ein dauerhafter Frieden gesichert werde. Der Erste britische Bevollmächtigte fügt hinzu, er wolle, um dieses Ziel zu erreichen, keineswegs Zwangsmaßnahmen empfehlen: in seinen Augen verdiene der Sultan, der so hart geprüft worden sei, viel Respekt und Sympathie: Er möchte jedoch nicht versäumen, nachdrücklich zu betonen, daß eine Grenzberichtigung eine Tat politischer Größe wäre und sich für das Wohlergehen beider Länder vorteilhaft auswirken würde. Lord Beaconsfield betrachtet das vom Ersten französischen Bevollmächtigten vorgeschlagene Verfahren für diskutabel. Da es jedoch vor allem auf Einstimmigkeit ankomme, zöge er jeden Einwand bei einem einstimmigen Votum der übrigen Mächte zurück. Der Erste britische Bevollmächtigte endet mit dem Ausdruck der Hoffnung, ja der Überzeugung, daß der Sultan eine gerechte Lösung der Grenzfrage möglich machen werde.

Fürst Gortschakow sieht grundsätzlich keinen großen Unterschied zwischen dem französischen Antrag und den Argumenten des Ersten britischen Bevollmächtigten. Lord Beaconsfield wie Herr Waddington erkennen das dringende Interesse an einer Grenzverbesserung für Griechenland an: mit einigen Nuancen über die Zuweisung von Territorium sei der Hauptgedanke der gleiche, und er stimme ihm zu.

---

[8]) Gemeint könnte eigentlich nur der Verlust der britischen Kolonien in Nordamerika 1776/83 sein, die aber normalerweise nicht als „Provinzen" (so das französische Original) galten.

Graf Schuwalow möchte eine Anmerkung zur eloquenten Rede des Ersten britischen Bevollmächtigten machen: Fürst Gortschakow habe bei einer früheren Gelgenheit die aufrichtigen Sympathien festgestellt, die Rußland für Regierung und Volk Griechenlands hege[9]). Rußland wünsche gleichzeitig gute Beziehungen zwischen Griechen und Ottomanen. Lord Beaconsfield habe jedoch erklärt, das Einvernehmen zwischen Griechen und Türken sei notwendig, um eine andere Nation daran zu hindern, — diejenige, die den Hauptgegenstand der Beratungen des Kongresses gebildet habe, nämlich die Slawen — den europäischen Frieden zu stören. Er könne diese Meinung nicht teilen: er versichere, daß die slawischen Völker den Frieden nicht stören werden, sobald Europa ihnen Einrichtungen zugewiesen haben werde, die ihr Leben und Eigentum garantieren und ihren Wohlstand sichern. Diese neue Lage und nicht eine Verständigung zwischen Griechen und Türken zu Lasten der Slawen sei eine Bürgschaft für den europäischen Frieden.

Nachdem der Antrag der französischen und italienischen Bevollmächtigten der Hohen Versammlung zur Abstimmung gestellt worden ist, erklärt *Caratheodory Pascha*, er habe von der Zustimmung seiner Regierung zu den jüngsten Vorschlägen zu Grenzberichtigungen noch keine Kenntnis.Er hält sich daher für verpflichtet, die Meinung der Hohen Pforte zu dieser Frage vollständig vorzubehalten.

Der *Präsident* sagt, die ottomanischen Bevollmächtigten seien unter den gegenwärtigen Umständen berechtigt, sich zu enthalten und neue Anweisungen abzuwarten. Im übrigen stelle er fest, daß die Mächte, mit Ausnahme der Pforte, deren Zustimmung vorbehalten bleibt, darin übereinstimmen, den Antrag anzunehmen. *Graf de Saint-Vallier* stellt namens der Bevollmächtigten Österreich-Ungarns und Frankreichs folgenden Antrag:

„Die mirditischen Bevölkerungen genießen weiterhin die Privilegien und Immunitäten, in deren Besitz sie seit *altersher* sind."

Lord Salisbury glaubt, daß es gefährlich sein könnte, schlecht definierte Privilegien zu bestätigen und Gewohnheitsrechte mit der Kraft einer völkerrechtlichen Verpflichtung auszustatten.

Graf de Saint-Vallier sagt, der österreichische und französische Antrag ändere die frühere Lage überhaupt nicht. Die Beziehungen der ottomanischen Regierung und der Mirditen haben zu allen Zeiten auf der Grundlage von Immunitäten und Privilegien bestanden, deren Aufrechterhaltung zu fordern, er sich beschränke.

Mehemed Ali Pascha gibt zu bedenken, daß angesichts der ernsthaften Reformen, die der Sultan durchführen wolle, Sonderprivilegien, Immunitäten und Gebräuche aus dem Mittelalter ohnehin zum Verschwinden bestimmt seien. Diese Veränderungen würden zweifellos nur allmählich vor sich gehen, und der status quo werde einige Zeit weiterbestehen, aber er möchte nicht, daß seine Regierung verpflichtet werde, ihn auf unbestimmte Zeit zu verlängern, selbst wenn Reformen schon eingeführt würden.

---

[9]) Vgl. oben Protokoll Nr. 2, S. 184.

Baron von Haymerle spricht sich nachdrücklich für den Antrag aus, dessen Ziel einzig und allein die Aufrechterhaltung einer jahrhundertealten Autonomie sei, deren Hauptzüge er skizziert. Die Hohe Versammlung sei für Autonomie, und die Mirditen verdienen in besonderem Maße das Wohlwollen der Versammlung.

Da *Mehemed Ali Pascha* beharrlich die Schwierigkeiten betont, die sich aus den Privilegien für albanische Stämme ergäben, wiederholt *Graf de Saint-Vallier*, die Bevollmächtigten Österreich-Ungarns und Frankreichs hielten es für nötig, in einem Augenblick tiefgreifender Veränderungen auf der Balkan-Halbinsel die mirditische Bevölkerung zu beruhigen, nämlich für sie die schlichte Aufrechterhaltung des status quo zu fordern.

Sadoullah Bey meint, wenn der Kongreß den Antrag annehme, stelle er sich in Gegensatz zu Artikel XV, der Reformen vorsehe. Bedeute die Forderung nach Aufrechterhaltung des status quo nicht, Reformen von vornherein zu annullieren?

Nach einem Gedankenaustausch zu diesem Punkt zwischen den *ottomanischen Bevollmächtigten* und dem *Grafen de Saint-Vallier* erklären die ottomanischen Bevollmächtigten, die Hohe Pforte beabsichtige im Augenblick keine Veränderung an der Situation des mirditischen Berglandes.

Der *Präsident* hält die Absichtserklärung fest, und der *Kongreß* nimmt sie zur Kenntnis. Daraufhin teilen die *österreichisch-ungarischen und französischen Bevollmächtigten* mit, die Aufnahme ihres Antrages ins Protokoll, gefolgt von der Erklärung der ottomanischen Bevollmächtigten, erfülle den Zweck, den sie im Auge hatten.

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung, die auf morgen, den 6. Juli festgesetzt wird, lautet:

Asien und die Meerengen.

Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint-Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodoroy, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 14
Sitzung vom 6. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*

Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*

Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*

Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Protokoll Nr. 12 wird angenommen.

Der *Präsident* erwähnt die Petitionen der Liste Nr. 10 und hebt besonders die des persischen Gesandten Malcom Khan hervor, der bittet, zum Kongreß zugelassen zu werden, wenn über die Stadt Khotur entschieden wird.

Nachdem S.D. in dieser Sache den Rat der Hohen Versammlung erbeten hat, meint *Lord Salisbury*, Malcolm Khan sollte angehört werden, und *Fürst Gortschakow* erklärt, keine Einwände zu haben. Die Bevollmächtigten geben ihre Zustimmung, und der *Präsident* kündigt an, der persische Gesandte werde gebeten, sich am Montag in den Kreis des Kongresses zu begeben.

Auf der Tagesordnung stehen die Territorien in Asien. Diese Fragen werden in den Artikeln XVI, XVIII und XIX (Absatz b) des Vertrages von San Stefano behandelt. Der *Präsident* meint, heute seien nur die Artikel XVI und XIX zu diskutieren, da Artikel XVIII über die Stadt Khotur der Sitzung vorbehalten bleibe, an der Malcom Khan teilnehmen werde.

Auf Wunsch *Lord Salisburys* beschließt der *Kongreß*, zunächst Artikel XIX b^2 über Ardahan und Kars zu behandeln. Ohne auf die genaue Grenzziehung in Artikel XIX, dessen zahlreiche Details besser in Sonderbesprechungen der unmittelbar beteiligten Bevollmächtigten zu erörtern seien, näher einzugehen, greift *Lord Salisbury* im Plenum sogleich das Prinzip der Annexion von Ardahan und Kars auf: So umfangreiche territoriale Verluste würden Macht und Ansehen der Hohen Pforte in Asien erschüttern und die Aufrechterhaltung der Ruhe in diesen Gegenden sehr zweifelhaft machen. Ohne auf einer These zu bestehen, die ihm offenkundig erscheine, erkundigt sich Lord Salisbury bei den russischen Bevollmächtigten, ob die Argumente, die die Vertreter Englands in ihren Sonderbesprechungen mit Ihren Exzellenzen geltend machten, ihre Entschlossenheit, die Festungen Kars und Ardahan zu behalten, beeinflußt hätten: Sollte Rußland glauben, auf diesem Gedanken beharren zu müssen, behält Lord Salisbury für England das Recht vor, seine Interessen und seinen Einfluß auf die Bevölkerung durch Mittel zu wahren, die es für angemessen halte.

Daraufhin erklärt der *Erste russische Bevollmächtigte*:

„Dank der Versöhnungs- und gegenseitigen Verständigungsbereitschaft, die ich mit Bedacht zu einem großen Teil für Rußland in Anspruch nehme, ist das Werk des Kongresses seinem Ziel nähergekommen, einem Frieden, der im In-

teresse ganz Europas liegt und der allein den bedeutenden, in Berlin versammelten Männern würdig wäre.

Die heutige Sitzung ist einem Problem gewidmet, dessen gerechte und großzügige Lösung das Werk krönen würde, das wir anstreben.

Wir machen Zugeständnisse mit Erzerum, Bayazid und dem Tal von Alaschkerd. — Die beiden letzten Punkte stellen den Karawanenweg und die wichtigsten Handelsstraßen nach Persien dar.

Ich bin des weiteren ermächtigt zu erklären, daß mein Erhabener Herr, von seinem Souveränitätsrecht Gebrauch machend, Batum zum Freihafen erklärt. — Das kommt den materiellen Interessen aller Handelsnationen entgegen und besonders vielleicht denen Großbritanniens, das mit seinem Handel die meisten Schiffe stellt.

Ich schließe, indem ich noch einmal der Hoffnung Ausdruck verleihe, daß wir in der heutigen Sitzung einen sehr großen Schritt auf das hohe Ziel unserer Versammlung hin tun werden."

Der *Präsident* betont die Bedeutung der Erklärung, die der Erste russische Bevollmächtigte soeben im Namen seiner Regierung abgegeben hat: Der Verzicht auf Bayazid und das Tal von Alaschkerd, vor allem die Erklärung Batums zum Freihafen sind beachtliche Abänderungen am Vertrag von San Stefano. Das letzte Zugeständnis erleichtere die Räumung von Batum und den Austausch dieses Ortes gegen Erzerum. Fürst v. Bismarck wäre glücklich, wenn die britische Regierung, die große Interessen in dieser Gegend habe, durch diese Abmachung zufriedengestellt wäre: Der Kongreß hätte einen entscheidenden Fortschritt in Richtung auf den Frieden erzielt, wenn er, nach Verständigung heute über diesen wichtigen Punkt, fortan sich nur noch mit Details zu befassen hätte.

Da *Fürst Gortschakow* wünscht, die Meinung der Hohen Versammlung zu erfahren, bittet der *Präsident* die britischen Bevollmächtigten um Stellungnahme.

Lord Beaconsfield hat die Rede des Fürsten Gortschakow mit großem Interesse vernommen: Er meint mit S.D., daß dieses spontane Zugeständnis S.M. des Zaren von Rußland die ernsthafte Beachtung des Kongresses verdiene: Im Augenblick, da sich die Hohe Versammlung dem Ende ihrer Arbeiten nähere und da alle Bevollmächtigten sich bemühten, untergeordnete Schwierigkeiten zu lösen, begrüßten die britischen Bevollmächtigten das wertvolle Entgegenkommen eines mächtigen Herrschers. Selbst wenn ein solcher Vorschlag nicht von einer so direkt beteiligten Macht und von einem so erfahrenen Staatsmanne wie S.D. käme, so erscheine er doch in jedem Fall dazu angetan, eines der größten Hindernisse für eine von ganz Europa ersehnte Lösung zu beseitigen.

Der Erste britische Bevollmächtigte hält es für einen glücklichen Gedanken, nach einem Krieg eine umstrittene Stadt in einen Freihafen und einen Handelsplatz für alle Nationen umzuwandeln. Er ist völlig dafür und nimmt den Vorschlag an. Obwohl England gewünscht hätte, daß dieser feste Platz, der nicht eingenommen wurde, unter der Herrschaft des Sultans bliebe, sei es eine vorteilhafte Lösung, daß der Hafen im Interesse der Wohlfahrt Rußlands, der Türkei und aller Völker ein gemeinsamer Mittelpunkt für ihre vereinigten Energien und ihren Unternehmungsgeist werde. Er wiederhole dennoch, England hätte lieber

gesehen, Batum, auch als Freihafen, nicht in russisches Hoheitsgebiet einzubeziehen. Im Vertrauen in die Erklärung des Kaisers von Rußland erblicke er allerdings in den Vorteilen der Freiheit dieses Hafens einen Ausgleich für eine Annexion, der er nicht zustimmen könne. Trotzdem könne er nicht umhin, auf neue Sorgen aufmerksam zu machen: Obgleich man sich zur Schaffung eines Freihafens beglückwünsche, gebe es Anlaß, doch sich gleichzeitig über die Mittel Gedanken zu machen, die neuen Unruhen vorbeugen oder sie wenigstens mildern könnten. Die Provinz Batum sei überhaupt nicht zufrieden damit, russisch zu werden. Sie ist noch in Händen von Bewohnern, die imstande zu sein glauben, sie zu verteidigen, und Anwendung von Gewalt könnte unter solchen Umständen zu Komplikationen führen. Der Kongreß möge, indem er den huldvollen Vorschlag des Kaisers von Rußland bestätige, den Wunsch äußern, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um Unruhen zu vermeiden, deren Folgen bedauerlich wären. Dazu erschiene es angezeigt, berechtigte Rücksicht auf eine tapfere Bevölkerung zu nehmen, die eindeutig gegen das neue Regime sei, das der Kongreß ihr auferlegen wolle. Er bestehe darauf, die ethnographischen Prinzipien und Überlegungen, die die Hohe Versammlung dazu geführt haben, auseinanderstrebende Interessen der Nationalitäten in der europäischen Türkei zu versöhnen, in der asiatischen Türkei nicht aus dem Auge zu verlieren. Es sei keine Zeit zu verlieren, um mit geeigneten Bestimmungen solchen Unruhen zuvorzukommen. Er möchte nur die Hohe Versammlung auf einen Zustand aufmerksam machen, den der Einfluß nur einer einzelnen Macht allein nicht bereinigen könne. Er begrüße die Schaffung eines Freihafens in Batum, wünsche jedoch, daß der Kongreß die Einzelheiten dieser Entscheidung prüfe, indem er sich mit der Notwendigkeit, Konflikten vorzubeugen, befaßt: Es stehe den Vertretern der Großmächte, die alle an der Frage interessiert sind, zu, Vorsichtsmaßnahmen gegen die Möglichkeit einer solchen Gefahr zu ergreifen.

Der *Präsident* stellt nach dieser Rede zu seiner Freude einen beachtlichen Fortschritt in Richtung auf ein Einvernehmen fest. Die jetzt zwischen Rußland und England erreichte Übereinkunft über Batum, das Rußland zum Freihafen macht, sei ein Ergebnis von hohem Wert. Gewiß erscheine der Erste britische Bevollmächtigte noch über bestimmte Gefahren besorgt, die die Ruhe der Bevölkerung dieser Gegenden und somit den europäischen Frieden bedrohen könnten. Aber er hoffe, die Gefahrenherde leicht durch Einzelbestimmungen auszuräumen. Vielleicht sei hier Abhilfe durch eine nähere Prüfung möglich, wenn die britischen Bevollmächtigten ihre Sorgen freundlicherweise ausführlicher erklären wollten. Die anderen Mächte könnten dann ebenfalls Lösungsmöglichkeiten angeben, die sie im Auge hätten. Zusammengefaßt, der Präsident glaubt, die Hohe Versammlung könne sich dazu beglückwünschen, daß die Kluft zwischen den Vertretern Rußlands und Englands geringer sei als zu befürchten war. Dieser gegenseitige gute Willen gebe neuen Anlaß, mit einem glücklichen Ausgang zu rechnen, den ganz Europa begrüßen werde.

Graf Andrássy gibt seiner Befriedigung über die Erklärungen des Fürsten Gortschakow Ausdruck. Batum als Freihafen sei ein augenfälliger Vorteil für alle europäischen Mächte. Der Erste Bevollmächtigte Österreich-Ungarns erinnert an

frühere Beispiele, die zu guten Ergebnissen führten, und meint mit Lord Salisbury, Sondergespräche zwischen den Vertretern der beiden am meisten interessierten Mächte könnten die Schwierigkeiten überwinden, die noch einem Übereinkommen, das er aufrichtig wünsche, entgegenstünden. Er werde von vorherein alle Ergebnisse der Gespräche akzeptieren, die beide Mächte erzielen würden.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* hat zu den jüngsten Erklärungen keine Einwände und beschränkt sich darauf, das sich abzeichnende Einvernehmen festzustellen.

Graf Corti kann sich im Namen Italiens nur den Worten seiner Kollegen anschließen und gibt der Hoffnung Ausdruck, das Einvernehmen möge nicht auf zu große Schwierigkeiten stoßen.

Caratheodory Pascha behält sich vor, bei Gelegenheit auf die Frage zurückzukommen, wenn er Charakter und Tragweite der Punkte, die die britischen Bevollmächtigten im Auge hätten, besser beurteilen könne.

Der *Präsident* verliest nochmals den zur Diskussion stehenden Abschnitt von Artikel XIX:

„In Anbetracht usw. ist der Kaiser von Rußland zufrieden, als Zahlung für den größten Teil der oben aufgezählten Summen die folgenden Gebietsabtretungen anzunehmen."

Hier kommen Abtretungen in Europa, über die der Kongreß schon entschieden hat, dann kommen die Abtretungen in Asien, wie sie in Absatz b festgelegt sind: „Ardahan, Kars, Batum, Bayazid und das Gebiet bis zum Saganlugh." S.D. erinnert daran, daß Rußland von nun an einwillige, Bayazid und das Gebiet bis zum Saganlugh nicht in die Abtretung einzubeziehen.

Graf Schuwalow sagt, es wäre genauer, die Worte „bis zum Saganlugh" wegzulassen und die russischen Konzessionen so zusammenzufassen, als da sind: Bayazid und das ganze Tal von Alaschkerd, unter dem Vorbehalt, daß die Türkei das Gebiet von Khotur an Persien zurückgibt.

Der *Kongreß* prüft auf der von Graf Schuwalow vorgelegten Karte die genauen Linien der russischen Konzessionen. Der *Präsident* stellt fest, die Umwandlung Batums zum Freihafen sei Teil der Verständigung, ebenso die von Graf Schuwalow soeben genannten Fragen. Den genauen Verlauf der Grenzlinie könne der Kongreß nicht festlegen, sondern das solle einer kompetenteren Sonderkommission vorbehalten bleiben.

Lord Salisbury erklärt, er hätte anfangs Einwände gegen mehrere Punkte des Artikels XIX des Vertrages gehabt: Erstens habe er befürchtet, der Besitz von Batum wäre eine Gefahr für die Freiheit des Schwarzen Meeres. Die erfreuliche Konzession, die Rußland heute angeboten habe, scheine, wenn er sie recht verstehe, seine Bedenken zu zerstreuen. Zweitens hätte er befürchtet, die Besetzung von Bayazid würde die persische Handelsstraße unterbrechen: Die Konzession im Alaschkerdtal habe diese Bedenken ausgeräumt. Es bleibe ihm noch die Pflicht, an die Interessen einer tapferen muselmanischen Nationalität zu erinnern, die eine russische Herrschaft ablehne. Er komme auf den Wert von Sonderbesprechungen zurück, um die letzten noch offen Detailprobleme zu lösen.

Fürst Gortschakow zieht eine Diskussion im Kongreß vor und ist bereit, an Ort und Stelle Einwände der britischen Bevollmächtigten zu beantworten.

Fürst v. Bismarck schließt sich dem Vorschlag Lord Salisburys an: Bei der Fülle von Detailfragen sei es ratsam, sie nicht im Plenum zu diskutieren. Er wolle aber hierzu die Meinung des Kongresses einholen.

Fürst Gortschakow erläutert zwei Kategorien von Fragen: Die ersten, mehr technischer Natur, dienten der Festlegung der endgültigen Grenzen; sie könne der Kongreß tatsächlich nicht lösen, und der Vertrag von San Stefano habe von vornherein vorgesehen, sie einer Sonderkommission zu überweisen. Was die zweiten betreffe, so danke er Lord Beaconsfield dafür, daß er mit so viel Loyalität auf seine Ausführungen geantwortet habe: Der Erste britische Bevollmächtigte habe sich zudem darauf beschränkt, seine Befürchtungen um die Sicherheit von Teilen der Bevölkerung zu äußern. Aber er könne sich die Einwände Lord Salisburys weniger erklären und bitte S.E., seine Bedenken näher zu erläutern.

Lord Salisbury sagt, er habe das Volk der Lazen gemeint, das die russische Regierung nicht anerkennen würde und dessen Widerstand in Zukunft zu ernsthaften Verlegenheiten führen könnte.

Eine Diskussion entspinnt sich zwischen dem *Fürsten Gortschakow, Lord Salisbury* und *Mehemed Ali Pascha* über die Zahl der lazischen Bevölkerung von Lazistan: Der *Erste russische Bevollmächtigte* versichert nach Quellen, die er mitzuteilen anbietet, daß sie nicht mehr als 50.000 Seelen zählten, während die *britischen und türkischen Bevollmächtigten* sie auf 200.000 Personen schätzen.

Der *Präsident* bemerkt, diese zweitrangige Frage berühre das Friedenswerk nicht, und besteht darauf, daß sich die Bevollmächtigten Großbritanniens und Rußlands über die Frage sowie andere noch ausstehende Spezialfragen in Einzelbesprechungen verständigen. Das Verfahren wird von beiden Seiten angenommen, und der *Kongreß* beschließt, das Ergebnis der gegenseitigen Erläuterungen abzuwarten und erst dann die Prüfung von Artikel XIX wieder aufzunehmen.

Die Hohe Versammlung geht zu Artikel XVI über Armenien über, der schon in einer vorigen Sitzung zur Debatte stand[1]).

Lord Salisbury stellt dazu einen Antrag, der den Bevollmächtigten zugegangen ist. Er verlangt Streichung der ersten Zeilen von Artikel XVI bis zu dem Wort „Länder" und möchte am Ende folgenden Satz einfügen:

„Sie verständigt sich später mit den sechs anderen Signatarmächten über das Ausmaß dieser Verpflichtung und die notwendigen Maßnahmen, um sie zur Ausführung zu bringen."

S.E. ergänzt, die Interessen der Armenier müßten gewahrt werden. Ziel des Antrages sei es, ihnen Hoffnungen auf sofortige Verbesserungen und zugleich auf künftigen Fortschritt zu geben.

Caratheodory Pascha räumt ein, daß die aufständischen Stämme im letzten Krieg schwere Unruhen verursacht hätten. Die Pforte habe jedoch, als sie davon

---

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 13, S. 315.

informiert worden sei, Maßnahmen eingeleitet, um dem ein Ende zu setzen. Der Antrag Lord Salisburys scheine sich auf spätere Maßnahmen zu beziehen. Caratheodory Pascha wünscht, Vorkehrungen der Pforte in Rechnung zu stellen und dem Absatz folgenden Satz hinzuzufügen: „Die Pforte wird den sechs Mächten von den Ergebnissen der Maßregeln Kenntnis geben, die zu diesem Zweck schon getroffen worden sind." Der Zusatz vervollständige den Sinn der britischen Vorlage und stelle gleichzeitig die ottomanische Regierung zufrieden.

Graf Schuwalow hält den Wortlaut Lord Salisburys für besser. Wenn die Pforte Maßnahmen ergriffen habe, sie aber nicht zur Ausführung kämen, sei ihre Erwähnung überflüssig.

Der *Präsident* bemerkt, es sei vielleicht schwierig, repressive Maßnahmen gegenüber unabhängigen Stämmen anzuwenden, und er habe Zweifel am praktischen Nutzen des von Lord Salisbury beantragten Artikels.

Caratheodory Pascha besteht auf seinem Zusatz, und *Lord Salisbury* verlangt Vertagung der Diskussion, um einige Abänderungen am ursprünglichen Text vorzunehmen.

Die Frage wird auf die nächste Sitzung vertagt[2]).

Der *Kongreß* geht zur Frage der Meerengen über.

Lord Salisbury erklärt, wäre es beim Erwerb von Batum unter Bedingungen, die die Freiheit des Schwarzen Meeres bedroht hätten, geblieben, so hätte sich England gegenüber den anderen europäischen Mächten nicht verpflichten können, sich den Zugang zu diesem Meer zu versagen. Nach der Erklärung Batums zum Frei- und Handelshafen weigere sich aber die englische Regierung nicht, die Verpflichtungen, mit den Modifizierungen, die der Kongreß mit seinen Beschlüssen schon vorgenommen habe, zu erneuern.

Fürst Gortschakow bemerkt, diese Gefahren hätten in keinem Falle entstehen können, da Rußland keine Kriegsschiffe im Schwarzen Meer habe, und ist ebenfalls der Ansicht, daß die gegenwärtige Rechtslage unverändert bleibe.

Aus einer Diskussion zwischen den *Bevollmächtigten Großbritanniens, Rußlands* und *Frankreichs* über den *status quo ante* geht hervor, daß der Kongreß unter diesem Begriff den Zustand versteht, wie ihn die Deklaration von 1856 und Artikel II des Londoner Vertrages vom 13. März 1871, der verlesen wird, geschaffen haben.

Graf Schuwalow glaubt, der Kongreß brauche zu diesem Punkt die Akte von 1856 und 1871 nicht zu diskutieren. Was verlange Rußland? Es verlange nur den *status quo ante* für die Meerengen. Der Marquis von Salisbury mache den status quo von den Bedingungen für den russischen Besitz Batums abhängig. Es wäre sehr einfach zu beweisen, daß Batum keine Bedrohung für irgend jemand darstelle, daß der Besitz des Hafens für uns nur notwendig ist, um unsere Verbindungswege mit dem großen Gebiet zu sichern, das Rußland schon auf dieser Seite der Küste des Schwarzen Meeres besitzt, und um seinen Handel abzusichern. Die Erklärung Batums zum Freihafen sollte die letzten Zweifel

[2]) Vgl. unten Protokoll Nr. 15, S. 321.

ausgeräumt haben. Dieser Hafen werde ein wichtiger Hafen für den Handel der ganzen Welt; er könne keine Bedrohung für die Meerengen sein, und alles spreche daher dafür, hier den status quo aufrechtzuerhalten.

Lord Salisbury versteht, daß Batum nur ein Handelshafen sein werde und nimmt so im Prinzip den status quo ante für die Meerengen an.

Auf eine Bemerkung *Caratheodory Paschas* zur Wünschbarkeit einer Erklärung, daß Bulgarien als Konsequenz des status quo ante, der angenommen ist, keine Seestreitkräfte im Schwarzen Meer haben darf, besteht Einverständnis dahingehend, daß, da Bulgarien tributpflichtiges Fürstentum sei und keine Kriegsflotte habe, eine neue Bestimmung zu dieser nicht möglich sei.

Der *Präsident* stellt einhellige Zustimmung der Hohen Versammlung zur Aufrechterhaltung des status quo ante in der Frage der Meerengen der Dardanellen und des Bosporus fest.

Der *Präsident* verliest Artikel XXIV, und der *Kongreß* befindet, nach der vorangegangenen Erklärung brauche er den ersten Satz des Artikels über die Öffnung der Meerengen nicht mehr zu diskutieren. Zum zweiten Satz über die fiktiven Blockaden stellt *Caratheodory Pascha* fest, nach der Bemerkung des *Ersten italienischen Bevollmächtigten*, diese Bestimmung wiederhole nur den Grundsatz der Pariser Erklärung vom 16. April 1856, daß dieser Abschnitt keinen praktischen Nutzen mehr habe, da die Pforte durch die Pariser Deklaration ohnehin gebunden sei.

Der *Präsident* ergänzt, die Hohe Versammlung brauche sich deshalb nicht mehr damit zu befassen. Der Kongreß hat also diesen Artikel nicht zu prüfen und beschränkt sich darauf, den *status quo ante* als ausreichend aufrechtzuerhalten[3]).

S.D. verliest sodann Artikel XXV über die Räumung der europäischen und asiatischen Türkei durch die russischen Truppen. Fürst v. Bismarck meint, der Kongreß solle diese Abmachungen als strikt bilateral betrachten, da die beiden kriegführenden Mächte in dieser Hinsicht regulär entschieden hätten.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* unterbreitet seinen Kollegen aus Rußland zu dieser Frage einen Wunsch: Wäre es ihnen möglich, eine Erklärung des Inhalts abzugeben, die russische Regierung werde sich bemühen, die Räumung über die Donau und über Varna zu leiten, um Rumänien von den aus einer längeren Besetzung entstehenden Belastungen zu befreien?

Graf Schuwalow antwortet, der Antrag des Ersten französischen Bevollmächtigten könne keinen absoluten Charakter haben. Es gehe also darum, dem Seeweg den Vorzug vor dem Landweg zu geben. Er sei bereit, diesem Wunsche Folge zu leisten, aber seine Erklärung wäre einer sofortigen Räumung Varnas durch die türkischen Truppen unterzuordnen. Sollten die ottomanischen Bevollmächtigten dem Kongreß freundlicherweise erklären, daß es für die sofortige Räumung dieser Festung keine Hindernisse mehr gebe, so sei Graf Schuwalow [gern] bereit, dem Verlangen des Ersten französischen Bevollmächtigten nachzukommen.

---

[3]) Vgl. Art. 63 des Berliner Vertrags.

Caratheodory Pascha verlangt Vertagung einer Frage, auf die er noch keine genaue Antwort geben könne.

Herr *Waddington* bemerkt, er habe keinen Antrag gestellt, sondern einfach nur an den guten Willen Rußlands appelliert für den Fall, daß die Umstände es erlaubten, ottomanisches Gebiet zu räumen, ohne durch Rumänien zu ziehen.

Graf Schuwalow wäre glücklich, den Wunsch des Herrn Waddington befriedigen zu können und bedauert, daß der Erste türkische Bevollmächtigte nicht in der Lage sei, die für die Entscheidung der russischen Regierung notwendigen Informationen zu liefern.

Auf Anfrage von *Caratheodory Pascha*, ob Absatz 3 von Artikel XXV über die Räumung Asiens im neuen Vertrag erscheinen werde, sagt der *Präsident*, die Aufnahme erscheine nicht notwendig, weil es sich nur um eine Abmachung zwischen der Türkei und Rußland handele: nur die Räumung in Europa sei Gegenstand einer europäischen Abmachung gewesen.

S.D. stellt fest, die letzten Artikel des Vertrages von San Stefano (XXVI, XXVII, XXVIII und XXIX) seien nur lokale und militärische Abmachungen, und gibt der Hoffnung Ausdruck, der Kongreß werde in der nächsten Sitzung, nach Unterrichtung über das Ergebnis der Besprechungen zwischen den englischen und russischen Bevollmächtigten über noch offene Fragen, im Stande sein, die Prüfung der asiatischen Frage abzuschließen.

Fürst v. Hohenlohe als Präsident der Delimitationskommission verlangt Aufnahme eines Berichtes dieser Kommission über Fragen, die nur das Plenum des Kongresses lösen könne, in die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Graf Schuwalow erklärt für einige Gebiete in Europa und Asien, über die die Hohe Versammlung nicht gesondert beraten habe, sei keinerlei Verbesserung für das Los der christlichen Bevölkerungen ausdrücklich festgelegt worden. Der Vertrag von San Stefano zielte in Artikel XV mit der Schaffung eines Großbulgariens nur auf die griechischen Provinzen und einige Gebiete ab, die der Aufmerksamkeit hätten entgehen können.

Die Lage sei jetzt anders: Die Schaffung eines geschrumpften Rumeliens lasse eine erhebliche christliche Bevölkerung im Ungewissen, denn für sie gelten weder die Reformen, die in Ost-Rumelien kommen sollen, noch die, die der Vertrag von San Stefano für die griechischen Provinzen vorsieht.

Da das Los der Christen des Orients eine der vornehmsten Sorgen Europas und des Kongresses sei, möchte er hoffen, daß die Bestimmungen des Artikels XV auch für alle die Christen auf der Balkanhalbinsel gelten, für die keine besondere Organisation vorgesehen ist.

Fürst v. Bismarck meint, der Kongreß habe sich Artikel XV in seiner Gesamtheit zu eigen gemacht und dehne seine Gültigkeit im Prinzip auf das gesamte Reich aus. Darüberhinaus könnten diese Detailfragen bei Bedarf einer künftigen diplomatischen Versammlung vorbehalten bleiben.

Graf Schuwalow begrüßt dankbar die Klarstellung, daß die Bestimmungen des Artikels XV auch für alle Teile der europäischen Türkei gelten, für die eine besondere Organisation nicht vorgesehen ist[4]).

[4]) Vgl. Art. 23, Abs. 2 des Berliner Vertrags.

Graf Andrássy geht, wie der russische Bevollmächtigte, von der Notwendigkeit aus, das Los der Christen zu verbessern, glaubt jedoch nicht, daß perfekte Lösungen das beste Mittel dazu seien. Die Diplomatie solle es dabei bewenden lassen, Grundsätze aufzustellen und sich davor hüten, in Details zu gehen, die oft eine Gefahr für die Bevölkerung seien.

Caratheodory Pascha verlangt vom Kongreß, die unter Nr. 49 in die 10. Liste aufgeführte Eingabe zu berücksichtigen, in der Monsignore Gerassimos, Erzbischof von Philadelphia, die Frage der geweihten Güter Rumäniens behandelt. Er behalte sich vor, dem Kongreß zu dieser Frage einen formellen Antrag zu unterbreiten[5]).

Die Sitzung wird um fünf Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 15
Sitzung vom 8. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*
Graf von Beaconsfield, von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.
Protokoll Nr. 13 wird angenommen.
Der *Präsident* erwähnt die Eingaben der Liste Nr. 11.

[5]) Vgl. unten, Protokoll Nr. 15. S. 321f.

Auf der Tagesordnung steht Artikel XVIII des Vertrages von San Stefano über die Stadt Khotur und die Berichtigung der türkisch-persischen Grenze. Der Artikel hat folgende Fassung:

„Die Hohe Pforte wird die Ansicht, welche von den Kommissaren der vermittelnden Mächte über den Besitz der Stadt Khotur geäußert worden ist, in ernste Erwägung ziehen und verpflichtet sich, die endgültige Regelung der türkisch-persischen Grenze ausführen zu lassen."

Der *Präsident* meint, gemäß der Entscheidung des Kongresses auf seiner letzten Sitzung, sei der Vertreter S.M. des Schahs von Persien anzuhören.

Malcom Khan wird hereingeführt, und der Präsident bittet ihn, dem Kongreß die Ansichten seiner Regierung zum Problem des Artikels XVIII des Vertrages von San Stefano mitzuteilen. *Malcom Khan* sagt, er habe keine Mitteilung zu machen, sondern möchte nur den Beschluß des Kongresses entgegennehmen.

Fürst v. Bismarck bemerkt, die Hohe Versammlung habe noch keinen Beschluß gefaßt und wolle sich versichern, daß S.M. der Schah die Rückgabe von Khotur an Persien annehmen werde.

Malcom Khan erklärt sich durch seine Regierung für ermächtigt, die Rückgabe des Distriktes von Khotur mit Dank anzunehmen: für den Umfang des Gebietes verweist er auf die Grenzziehung der anglo-russischen Kommission. Er fügt einige Überlegungen zur Situation der persischen Grenze von Bayazid bis Muhamerra an und lenkt das Interesse der Hohen Versammlung auf den lebhaften Wunsch seiner Regierung, der Kongreß möge den ständig wiederkehrenden Schwierigkeiten ein Ende setzen. Die persische Regierung unterwerfe sich von vornherein dem Schiedsspruch, den die Hohe Versammlung fällen werde.

Der *Präsident* denkt, der Kongreß werde zustimmen, seine guten Dienste einzusetzen, um ein Einvernehmen zwischen der Türkei und Persien herbeizuführen, und die Lösung der Khotur-Frage könne ihm dazu Gelegenheit bieten.

Malcom Khan zieht sich zurück. Der *Präsident* bittet die russischen Bevollmächtigten um Stellungnahme zu Artikel XVIII. *Graf Schuwalow* möchte den gegenwärtigen Stand der Frage genau klären: In Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei nach Abschluß des Vertrages von San Stefano habe Rußland eingewilligt, der Hohen Pforte Bayazid und das Tal von Alaschkerd zurückzugeben, habe jedoch dafür die Rückgabe des Gebietes von Khotur festgelegt. Khotur werde dem Schah also auf dem Wege des Tauschs zurückgegeben. Die Grenzziehung bereite keine Schwierigkeit, da ja Malcom Khan erklärt habe, die der anglo-russischen Kommssion anzunehmen. Graf Schuwalow könne im übrigen den Wunsch Persiens nach möglichst baldiger Klärung seiner Grenzen nur unterstützen.

Der *Präsident* fragt, ob, außer für unveränderte Beibehaltung von Artikel XVIII, ein Antrag gestellt werde.

Die Verlesung der Mitteilung von Malcom Khan an den Kongreß macht deutlich, daß der Minister des Schahs seinerseits keinen Antrag vorgelegt hat.

Graf Schuwalow ist nicht dafür, den Artikel einfach beizubehalten. Er wiederholt, die beiderseitigen Verhältnisse hätten sich seit dem Vertrag von San Stefano geändert: es gehe für die Türkei jetzt nicht mehr darum, „in ernste Er-

wägung zu ziehen" sondern eine Verpflichtung, einen Tausch durchzuführen. Dieser Punkt der Frage müsse in einer neuen Fassung deutlich zum Ausdruck kommen.

Auf Anfrage des *Fürsten v. Bismarck*, ob sich die russischen Bevollmächtigten damit befassen möchten, bietet *Lord Salisbury* dafür die Unterstützung der englischen Bevollmächtigten an, da sie wegen des Persienhandels ebenfalls an der Frage interessiert seien. Daraufhin kündigt *Graf Schuwalow* an, er werde, nach Verständigung mit seinen englischen Kollegen, auf der nächsten Sitzung einen neuen Artikel vorlegen.

Der *Präsident* stellt fest, die Prinzipien des Artikels XVIII seien bestätigt, bis auf den Zusatz, den die britischen und russischen Bevollmächtigten vorbereiten müßten.

Caratheodory Pascha hat keinerlei Änderung zu Artikel XVIII vorzuschlagen. Er habe keine Kenntnis von den nachträglichen Verhandlungen seit dem Vertrag von San Stefano, auf die Graf Schuwalow angespielt habe, und er werde zu diesem Punkt die Anweisungen seiner Regierung einholen. Unterdessen stünden die ottomanischen Bevollmächtigten dennoch dem Grafen Schuwalow zur Abfassung des neuen Artikels zur Verfügung, soweit es um die Bestätigung der übermittelten Entscheidung der gemischten Kommission zum Problem der Abtretung Khoturs gehe.

Der *Präsident* erinnert daran, der Kongreß habe auf seiner letzten Sitzung das Ergebnis ergänzender Besprechungen über verschiedene Detailfragen zu Stadt und Hafen Batum auf die Tagesordnung von heute gesetzt. Da die beteiligten Bevollmächtigten noch nicht soweit seien, ihre Entscheidung bekanntzugeben, werde die Frage auf die nächste Sitzung vertagt.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehend, bemerkt der *Präsident*, Lord Salisbury habe sich vorbehalten, der Hohen Versammlung das Ergebnis eines endgültigen Einvernehmens mit den ottomanischen Bevollmächtigten über die Fassung von Artikel XVI über die Armenier mitzuteilen.

Lord Salisbury verliest die von den britischen und türkischen Bevollmächtigten vereinbarte Fassung:

„Die Hohe Pforte verpflichtet sich, ohne weiteren Zeitverlust die Verbesserungen und Reformen ins Leben zu rufen, welche die örtlichen Bedürfnisse in den von den Armeniern bewohnten Provinzen erfordern und für die Sicherheit desselben gegen die Kurden und Tscherkessen einzustehen. Sie wird in bestimmten Zeiträumen von den zu diesem Zwecke getroffenen Maßregeln den Mächten, welche die Ausführung derselben überwachen, Kenntnis geben[1])."

Der *Kongreß* gibt diesem Artikel seine Zustimmung.

Der *Präsident* sagt, *Caratheodory Pascha* habe in der letzten Sitzung dem Kongreß einen Antrag zur Petition des Erzbischof Gerassimos über die geweihten Klöster vorgelegt, folgenden Wortlauts:

---

[1]) Vgl. Art. 61 des Berliner Vertrags.

„In Anbetracht dessen, daß der Streit zwischen den Heiligen Orten des Orients und Rumänien um die geweihten Güter die, laut Protokollen der Pariser Konferenzen der Großmächte von 1858, 1859 und 1861 und der 1864 ad hoc zu Konstantinopel einberufenen Konferenz durch Schlichtung beizulegen waren, bis heute weiterbestehen, bitten die ottomanischen Bevollmächtigten die Hohe Versammlung, freundlicherweise das auf der dem Kongreß vorliegenden Petitionsliste unter Nr. 49 aufgeführte Memorandum über die Heiligen Orte des Orients zu berücksichtigen, durch das sich die Bittsteller an den Kongreß wenden, er möge eine Frist für das Inkrafttreten des Schiedsspruchs nennen und einen Oberschiedsrichter für den Fall der Teilung bestimmen."

Der *Erste türkische Bevollmächtigte* erklärt, er habe keinen Antrag im eigentlichen Sinne gestellt, sei aber bereit, sich die Schlußfolgerungen des von den Heiligen Orten an die Hohe Versammlung gerichteten Memorandums zu eigen zu machen. Er lege dem Kongreß die bedauernswerte Lage der orthodoxen Heiligen Orte ans Herz, die eine Durchführung der Abmachungen der Pariser Konferenz von 1858 erfordere, vor allem des Schiedsspruchs und die mögliche Bestimmung eines Oberschiedsrichters, wie sie das Protokoll vom 30. Juli 1858 vorsieht. Die Heiligen Orte wendeten sich an den Kongreß um Ernennung eines Oberschiedsrichters.

Der *Präsident* bezweifelt die Zuständigkeit der Hohen Versammlung für diese an sich außerhalb der Verträge von 1856 und 1871 sowie von San Stefano liegenden Frage. Er möchte sie jedoch der Aufmerksamkeit seiner Kollegen empfehlen und fragt, ob einer der Bevollmächtigten dazu sprechen möchte.

Lord Salisbury wäre geneigt, darauf zu bestehen, sieht aber nicht, wie Sanktionen zu einem Kongreßbeschluß in einer solchen Frage aussehen könnten, da die Unabhängigkeit Rumäniens von ihr nicht abhinge.

Fürst v. Bismarck sagt, als Vertreter Deutschlands sei er der Meinung Lord Salisburys. Er wisse in der Tat nicht, wie der Kongreß in diesem Falle Zwang ausüben könne. *Caratheodory Pascha* dankt dem Präsidenten, die Frage der Hohen Versammlung vorgelegt zu haben. Er hält es für wünschenswert, daß diese Schwierigkeit eine Lösung erfahre, um späteren Diskussionen zwischen Rumänien und der Pforte zuvorzukommen. Der Erste Ottomanische Bevollmächtigte verlangt, falls die Hohe Versammlung glaube, sich nicht mit dieser Angelegenheit befassen zu können, die Frage wenigstens außerhalb des Kongresses durch die Mächte behandeln zu lassen.

Fürst v. Bismarck hält das in der Tat für den einzig gangbaren Weg, die Frage zu behandeln und denkt, seine Kollegen werden einwilligen, in diesem Sinne an ihre Regierungen zu schreiben.

Graf Schuwalow erinnert daran, daß der Antrag der französischen Bevollmächtigten zur Religionsfreiheit und verschiedenen, allen Kulten zugestandene Garantien ein neues Recht geschaffen hat, das für alle Fürstentümer gilt und die Betroffenen ermächtigt, zur rechten Zeit ihre berechtigten Forderungen geltend zu machen.

Der *Präsident* stimmt in dieser Frage dem russischen Bevollmächtigten zu: Man könne allgemein einen Artikel in den Vertrag aufnehmen, der den auf dem

Kongreß vertretenen Mächten die Aufgabe übertrüge, entweder durch ihre Vertreter in Konstantinopel oder durch andere Delegierte über die Ausführung der verschiedenen Bestimmungen zu wachen, an die soeben erinnert wurde. Die Frage der Heiligen Orte könnte ebenfalls unter diese Kontrolle fallen. Fürst v. Bismarck ergänzt mit Zustimmung der Hohen Versammlung, zur letzten Frage werde im Protokoll vermerkt, daß die Vertreter der Mächte bereit seien, sich in dieser Frage an ihre Regierungen zu wenden und die Prüfung dieser Angelegenheit ihrer Sorgfalt zu empfehlen, entweder auf den alten Grundlagen oder auf denen, die das Ergebnis der Kongreßberatungen sein werden.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Delimitationskommission.

Fürst von Hohenlohe teilt als Präsident der Kommission zunächst den Verlauf der Nordgrenze des Fürstentums Bulgarien mit, die dem rechten Donauufer von der alten Grenze Serbiens bis zu der vom Kongreß in einer früheren Sitzung festgelegten Linie folgt, die an einem Punkt östlich von Silistria beginnt, um Mangalia am Schwarzen Meer zu erreichen[2]). Der Punkt östlich von Silistria sei noch nicht festgelegt, aber es handele sich nicht um eine strategische Linie: das sei ein Zugeständnis an Rumänien, und der genaue Verlauf der Konzession sei noch offen.

Graf Schuwalow erinnert daran, daß es sich in der Tat hier nicht um eine strategische Linie handelt. Die russischen Bevollmächtigten hätten das für Rumänien in Aussicht genommene Gebiet erweitert: es sei beschlossen worden, daß eine Linie, die östlich von Silistria beginnt, bis nach Mangalia reichen sollte, das zu Rumänien gehören werde. Das sei eine Frage des guten Willens: da der springende Punkt die Zahl der Rumänen sei, die in Bulgarien einzubeziehen seien, sei die Linie sorgfältig zu ziehen und ließe sich einer europäischen Kommission anvertrauen. *Graf Andrássy* sagt, da beide Anschlußpunkte feststünden, sollten die Einzelheiten in der Tat der Kommission überwiesen werden.

Fürst von Hohenlohe bemerkt, der Verbindungspunkt bei Silistria habe sich noch nicht präzisieren lassen, die Kommission habe jedoch angegeben, dieser Punkt solle die Stelle sein, wo östlich von Silistria der Bau einer Donaubrücke möglich sei, die beide rumänische Ufer des Flusses miteinander verbinden würde.

Graf Schuwalow räumt ein, daß eine beide Donauufer verbindende Brücke notwendig sei, und *Baron Haymerle* fügt hinzu, nach Ansicht der Experten eigne sich nur eine einzige Stelle in der Gegend für den Bau einer Brücke. Daraufhin fragt der *Präsident*, ob der Kongreß folgende Punkte billige:

1. den Verlauf der nördlichen Grenze Bulgariens;
2. die Linie Silistria-Mangalia;
3. Festlegung der Details nach Prüfung durch eine europäische Kommission.

Die *Hohe Versammlung* billigt diese Vorschläge, die die Nordgrenze des Fürstentums festlegt.

---

[2]) Vgl. oben Protokoll Nr. 4 S. 206.

Fürst v. Hohenlohe geht zum Verlauf der Westgrenze über. Sie soll von Racocitza an der Donau der alten Ostgrenze Serbiens bis zur Stara Planina folgen.

Die Linie wird vom *Kongreß* angenommen.

Fürst von Hohenlohe beschreibt sodann die Südgrenze, wie sie die Delimitationskommission festgelegt hat:

„Die Grenze beginnt an der Mündung und steigt den Talweg des Baches an, in dem die Dörfer Hodžakiöj, Selam-Kiöj, Aivadšik, Kulibe, Sudžuluk liegen, durchschneidet quer das Tal des Deli Kamcik, wobei sie südlich von Belibe und Kemhalik und nördlich von Hadžimahale vorbeigeht, überschreitet den Deli Kamčik 2 1/2 Kilometer oberhalb Čengel, erreicht den Kamm an einem zwischen Tekenlik und Aidos-bredža gelegenen Punkt und folgt demselben über Karnabael Balkan, Prisevica Balkan, Kazan Balkan nördlich von Kotel bis zum Demir Kapu. Von Demir Kapu folgt sie dem Kamm des Balkangebirges bis zum Gipfel von Kosica[3])."

Der *Kongreß* nimmt diese Linie bis nach Kosica an.

Fürst von Hohenlohe teilt mit, von diesem Punkt an sei die Begrenzung des Sanjak von Sofia in der Kommission auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Mehrheit habe sich für folgenden Verlauf entschieden:

„Die Grenze verläßt den Kamm des Balkan am Gipfel von Kosica, geht in südlicher Richtung zwischen den Dörfern Pirtop, welches Bulgarien zufällt, und Dužanci, welches Ost-Rumelien zufällt, bis zum Bache Tuzlu Dere hinab, folgt diesem Wasserlauf bis zu dessen Vereinigung mit der Topolnica, sodann diesem Flusse bis zu dessen Zusammenfluß mit dem Smovskio Dere, wobei sie bei Ost-Rumelien einen Bezirk von 2 Kilometern Umfang flußaufwärts dieses Zusammenflusses beläßt, steigt zwischen den Bächen Smovskio Dere und der Kamenica auf der Wasserscheidelinie hinauf, um sich nach Westen auf die Höhe von Voinjak zu wenden und geradenwegs den Punkt 875 zu erreichen.

Die Grenzlinie schneidet in gerader Richtung das obere Becken des Baches Ichtiman Dere, geht zwischen Bogdina und Karaula hindurch, um auf die Becken des Isker und der Marica Arennende der Wasserscheidelinie zwischen Čamurli und Hadžilar zu gelangen, folgt dieser Linie zwischen den Gipfeln Velina Mogila, dem Sattel 1008, Zmailica Vrh, Sumnatika und erreicht die Verwaltungsgrenze des Sandjak zwischen Sivri Taš und Čadir Tepe.

In einem Umfange von 10 Kilometern um Samakov dürfen keine Befestigungen errichtet werden.

Von Čadir Tepe folgt die Grenze, in der Richtung nach Südwesten, der Wasserscheidelinie zwischen den Becken des Mesta Karasu einerseits und des Struma Karasu andererseits, läuft über die Kämme des Rhodopengebirges, genannt Demir Kapu, Iskof Tepe, Kadimesar Balkan und Aji Gedik bis zum Kapetnik Balkan und fällt so mit der früheren Verwaltungsgrenze des Sanjak von Sofia zusammen.

---

[3]) Vgl. Art. 2, Abs. 2 des Berliner Vertrags.

Von Kapetnik Balkan ab wird die Grenze durch die Wasserscheidelinie zwischen den Tälern der Rilska reka und der Bištrika reka gebildet und folgt den Vorbergen, genannt Vodenica Planina, um in das Tal der Struma bei der Vereinigung dieses Flusses mit der Rilska reka hinabzugehen, das Dorf Barakli der Türkei belassend. Sie steigt sodann südlich von dem Dorfe Jelesnica hinauf, um auf der kürzesten Linie die Kette Golema Planina auf dem Gipfel des Gitka zu erreichen und dort die alte Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zu gewinnen, beläßt jedoch das ganze Becken der Suha reka bei der Türkei.

Vom Berg Gitka wendet sich die Grenze nach dem Berge Karvena Jabuka über den Berg Crni vrh, indem sie der alten Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia in dem oberen Teile der Becken des Egrisu und der Lepnika folgt, läuft mit derselben auf die Kämme der Babina polana und langt bei dem Berg Crni vrh an.

Vom Berg Crni vrh folgt die Grenze der alten Verwaltungsgrenze, die die Sandjaks von Nisch und Sofia trennt, wobei sie der Wasserscheidelinie zwischen Struma und Morava über die Gipfel des Streser, Vilogolo, Mešid, Ravnasiba, Ogorelica, Kosturnica und Lubas bis nach Grloska Planina folgt.

Von dieser Kette geht sie nach Nordwesten hinab, erreicht in einer Entfernung von ungefähr zwei Kilometern das linke Ufer der Divljanska reka und der Lukavicka reka, schneidet 1000 Meter nordwestlich von dem Dorfe Segusa die Straße von Sofia nach Pirot, geht in gerader Linie auf die Vidlić Planina und von dort auf den Berg Radočina in der Kette des Kodža Balkan hinauf, indem sie bei Serbien das Dorf Doikinci und bei Bulgarien das Dorf Senakos beläßt.

Vom Gipfel des Berges Radočina folgt die Grenze nach Westen zu dem Kamme des Balkans über Ciprovec Balkan und Stara Planina bis zur alten Ostgrenze des Fürstentums Serbien bei der Kula Smiljeva Čuka[4])."

Abschließend fügt *Fürst v. Hohenlohe* hinzu, ein Beschluß zu dieser Grenzlinie sei nicht zustandegekommen, da die russischen Bevollmächtigten in der Grenzziehung keinen ausreichenden Ausgleich für die Teile sahen, die im Osten und Süden vom Sandjak abgetrennt wurden.

Der *Präsident* bedauert, daß sich die Mitglieder der Kommission nicht über die Frage einigen konnten und ist der Ansicht, der Kongreß solle sie mit Mehrheitsbeschluß entscheiden.

Graf Schuwalow erinnert daran, daß der Kongreß in einer seiner ersten Sitzungen einstimmig beschlossen habe, der Sandjak von Sofia solle dem Fürstentum Bulgarien zufallen, mit Ausnahme einer strategischen Grenzberichtigung[5]). Als diese Frage sachverständigen Experten aller Mächte zur Überprüfung übertragen wurde, seien sie davon ausgegangen, daß es nur noch darum ging, zwischen mehreren Bergkämmen die auszusuchen, die sich am besten zur Verteidigung eigneten. Das war jedoch nicht die Ansicht der englischen Generalstabsoffiziere; sie forderten, die Grenze hinter die Bergkette zu verlegen und machten so aus einer strategischen Grenzberichtigung eine

---

[4]) Ebenda, Abs. 3.

[5]) Vgl. oben Protokoll Nr. 4, S. 206.

Gebietsabtretung. Die russischen Bevollmächtigten in dieser Debatte haben mit ihrer Verständigungsbereitschaft die Linie hingenommen, da sie die Stimmen der Kommissionsmehrheit fand, aber nur unter dem Vorbehalt, einen Ausgleich im Verlauf der westlichen Grenzen des Sandjaks zu erhalten. Die vorgeschlagene Kompensation erscheine ihnen ungenügend, denn sie betrage höchstens die Hälfte dessen, was Bulgarien auf der anderen Seite verlöre.

Er erinnert die Hohe Versammlung daran, sie habe einstimmig der Eingliederung des Sandjak von Sofia in Bulgarien zugestimmt. Die russischen Bevollmächtigten bestehen nachdrücklich darauf, den Sandjak aufrechtzuerhalten, wenn schon nicht in seinen gegenwärtigen Verwaltungsgrenzen, so wenigstens in dem Gebietsumfang, in dem er zugestanden worden sei.

Graf Schuwalow verlangt daher vom Kongreß, im Prinzip eine Gebietserweiterung an der Westgrenze des Sandjak von Sofia zu beschließen.

Lord Salisbury erläutert, England habe zugestimmt, Bulgarien den Sandjak von Sofia zu überlassen, während Rußland zugestimmt habe, der Türkei die beiden Becken der Struma und des Mesta Karasu zurückzugeben. Eine genauere Prüfung habe jedoch erkennen lassen, daß ein Teil des Tales der Struma im Sandjak von Sofia liegt. Das sei der Grund für die Forderung der britischen Delegierten nach einer Grenzberichtigung im Süden des Sandjak gewesen.

Graf Schuwalow erwidert, wenn der britische Bevollmächtigte diese Überlegung geltend mache, so werde er ihm ein anderes Argument entgegenhalten: Der Kongreß hatte beschlossen, den Sandjak von Sofia gegen ,,den Ausschluß des Tales der Struma von Ost-Rumelien'' auszutauschen[6]). Dieses Tal könnten daher die englischen Bevollmächtigten nicht zurückfordern, denn es bleibe von Rumelien ausgeschlossen, ob es zum Sandjak von Sofia gehöre oder davon getrennt bleibe.

Baron von Haymerle legt Wert darauf, daran zu erinnern, daß die österreich-ungarischen Bevollmächtigten keine Schwierigkeiten zum Problem des Sandjak von Sofia verursacht hätten. Erst nach Forderung der russischen Bevollmächtigten nach einer Kompensation hätten die österreich-ungarischen Vertreter darauf bestanden, daß sich Bulgarien nicht noch weiter nach Norden ausdehne, und vorgeschlagen, die Kompensation besser im Caza von Djenna vorzunehmen als in dem von Pirot.

Mehemed Ali Pascha sagt, Bulgarien habe in Wirklichkeit den ganzen Sandjak von Sofia erhalten, mit Ausnahme der vorgesehenen strategischen Berichtigungen, und das ursprüngliche Protokoll sei Wort für Wort ausgeführt worden. Er halte es daher für falsch, Bulgarien von Serbien irgend etwas zuzuschlagen.

Graf Schuwalow besteht darauf, daß Bulgarien eine ausreichende Kompensation von Serbien erhalte.

---

[6]) Vgl. oben Protokoll Nr. 4, S. 200.

Der *Präsident* bittet die russischen Bevollmächtigten, genau die Kompensation zu bestimmen, die sie verlangen. *Fürst von Hohenlohe* glaubt hinzufügen zu sollen, die Kommission habe einstimmig vorgeschlagen, dem Fürstentum Bulgarien außer der Kompensation, die Rußland ungenügend finde, eine Etappenstraße zu geben. Der Vorschlag wurde in folgende Worte gefaßt:

„Im Kriegsfalle und selbst in dem Falle, daß Serbien Neutralität bewahrt, kann dieses Fürstentum aufgefordert werden, bulgarischen Truppen und Konvois freie Durchfahrt auf der Etappenstraße zwischen Vidin und Sofia über die Straße Sofia — Pirot und von hier nach Vidin über den Sankt-Nikolaus-Paß zu gewähren. Serbien kann sich dem nicht entziehen, und ein derartiger Durchmarsch könnte nicht als Verletzung der Neutralität gelten."

Graf Schuwalow sagt, der Vorbehalt der Kommission, Bulgarien freien Durchmarsch zuzusichern, zeige, wo die Westgrenze wenig zufriedenstellend verlaufe, da es darum gehe, den Bulgaren die Möglichkeit für einen Rückzug zu geben, indem sie eine Militärstraße durch Serbien erhalten. Da der Präsident gefragt habe, welche Kompensation Rußland für Bulgarien fordere, so komme er dem Wunsche mit einem Antrag nach, der gleichzeitig eine Meinungsverschiedenheit zwischen den österreich-ungarischen und russischen Bevollmächtigten ausräumen könnte: Nach Ansicht der österreich-ungarischen Bevollmächtigten müßten die beiden Orte Pirot und Trn zu Serbien gehören, weil sie eine serbische Bevölkerung hätten. Die russischen Bevollmächtigten teilten diese Meinung keineswegs und halten die beiden genannten Gebiete für bulgarische Zentren. Herr Ristić habe lebhaft auf Abtretung von Pirot und Trn an Serbien bestanden, mit dem Argument, bei einer Abstimmung würde sich die Bevölkerung für Anschluß an Serbien aussprechen.

Graf Schuwalow hätte in dieser Frage nicht nachgegeben. Ohne sich zum Anhänger des allgemeinen Wahlrechts zu machen, hätte er verlangt, letzten Endes diese Frage einer europäischen Kommission vorzubehalten, die an Ort und Stelle und im Interesse der Bevölkerung zu entscheiden hätte, ob Pirot und Trn zu Serbien oder zu Bulgarien gehören sollten.

Eingaben von Einwohnern für den Anschluß an Serbien seien in seinen Augen wertlos. Um ihre Wertlosigkeit zu beweisen, reiche die Feststellung, daß diese Ortschaften zur Zeit von serbischen Truppen besetzt sind und daß der bulgarische Metropolit, der die Interessen dieser Nationalität vertrat, vom Fürsten von Serbien ins Exil geschickt worden ist.

Um zu einer praktischen Lösung zu kommen und um in der gleichen Gesinnung die Kompensationsfrage und die Meinungsverschiedenheit über Pirot und Trn zu lösen, biete er einen Kompromiß an: er verlange, Trn der Provinz Bulgarien anzugliedern, die Stadt Pirot Serbien zu überlassen.

Der *Präsident* faßt den Stand der Diskussion und das Angebot des Grafen Schuwalow zusammen und äußert den Wunsch, sich auf dieser Grundlage zu verständigen.

Graf de Saint-Vallier stellt fest, Graf Schuwalow habe eine Lösung gewiesen, die es der Delimitationskommission erlaube, zu diesem Problem später einen Antrag zu formulieren, über den der Kongreß zu befinden habe. Da sich die Hohe

Versammlung über den größten Teil der Südgrenze Bulgariens, vom Meer bis nach Samakow, einig sei, könne sie unverzüglich über diese Grenzlinie abstimmen und den noch offenen Teil einer späteren Sitzung vorbehalten, auf der sie in voller Kenntnis der Sachlage nach einem weiteren Bericht aus der Kommission beschließen könne.

Der *Präsident* schließt sich dem Gedanken einer Abstimmung über die angenommenen Punkte an, ist aber gegen Rückverweisung der anderen an die Kommission. Er schlägt vor, der Kongreß solle noch heute einen Beschluß über Pirot und Trn fassen, aber die Kommission ermächtigen, Detailfragen abschließend zu erledigen.

Baron von Haymerle und *Lord Salisbury* regen an, die Kommission solle über Details mit Mehrheit beschließen dürfen.

Der *Kongreß* billigt im Prinzip die Zuweisung von Pirot an Serbien, von Trn an Bulgarien, ferner, daß die Kommission, ohne sich an die Hohe Versammlung wenden zu müssen, mit Mehrheit Details abschließend regeln kann.

Fürst von Hohenlohe teilt mit, die englischen Vertreter in der Kommission möchten der Balkanlinie ein strategisches Vorfeld von fünf Kilometern Tiefe hinzufügen. Diesen Wunsch habe die Kommission aufgegriffen, jedoch eine Resolution angenommen, die dem letzten Absatz des englischen Antrages, der in Protokoll IV, S. 3 aufgenommen ist[7]), folgende Resolution anhängen würde:

„Die europäische Kommission wird die Notwendigkeit für seine Kaiserliche Majestät den Sultan, die Balkangrenze Ost-Rumeliens verteidigen zu können, in Betracht ziehen[8])."

Der *Kongreß* billigt den Zusatz. Sodann legt der *Präsident* der Hohen Versammlung die Gesamtheit des bulgarischen Grenzverlaufs mit Ausnahme der Einzelfragen um Pirot und Trn, die der Delimitationskommission zur Entscheidung vorbehalten bleiben, zur Abstimmung vor. Der Grenzverlauf wird einstimmig angenommen.

Fürst von Hohenlohe geht zur Grenze Ost-Rumeliens über und verliest folgenden Vorschlag der Kommission:

1. Südgrenze Ost-Rumeliens:

„Vom Flusse Arda an beim Dorf Adačili steigt die Grenzscheide auf den Kamm des Beštepe Dagh hinauf, welchem sie bis zu einem Punkt folgt, der an der Maritza 5 Kilometer oberhalb der Brücke von Mustafa Pascha liegt, sie geht nach Norden über die Wasserscheidelinie zwischen Demirhanli Dere und den kleinen Zuflüssen der Maritza bis nach Küdeler Bair hinauf. Von dort überschreitet sie das Tal der Tundža, wendet sich in gerader Linie nach Böjük Derbend, welches sie nebst Sudžak nördlich läßt. Von Böjük Derbend aus schließt sich die Grenze wieder an die Wasserscheidelinie zwischen den Zuflüssen der Tundža im Norden und der Maritza im Süden bis auf die Höhe von Kaibilar an, die nördlich bleibt, geht südlich von V. Almali zwischen den Becken der Maritza im Süden und ver-

[7]) Vgl. oben Protokoll Nr. 4, S. 3.
[8]) Vgl. Art. 15, Abs. 1 des Berliner Vertrags.

schiedenen Wasserläufen, welche sich unmittelbar ins Schwarze Meer ergießen, zwischen den Dörfern Belevrin und Alatli hindurch; sie folgt nördlich von Karanlik den Vosna, Zuvak, Sv. Ilia der Wasserscheidelinie zwischen der Duka und dem Karagač Su und erreicht das Schwarze Meer zwischen den beiden eben genannten Flüssen.

Vom Fluß Arda folgt die Westgrenze der Linie von San Stefano, d. h. den Bergen Isiklar, Karakolas, Čepelü, Ešek-Kulaghi, dem Schwarzen Balkan (Kara Balkan) bis zum Berg Kruševo."

2. Westgrenze Rumeliens, Seite des Vilajet von Saloniki.

„Die Westgrenze Rumeliens trennt sich von derjenigen Bulgariens auf dem Berge Čadir Tepe in der Kette der Rhodopen, folgt der Wasserscheidelinie zwischen den Becken der Maritza und ihrer Zuflüsse einerseits und des Mesta Karasu und seiner Zuflüsse andererseits und nimmt eine südöstliche und sodann südliche Richtung über den Kamm der Berge Despoto Dagh nach dem Berge Kruschowa zu. (Ausgangspunkt des Verlaufs des Vertrages von San Stefano).[9])"

Der *Kongreß* stimmt dieser Grenzziehung ohne Diskussion zu. *Fürst von Hohenlohe* verliest sodann folgenden Grenzvorschlag für Serbien, den die Mehrheit der Kommission angenommen hat:

„Die Grenzlinie folgt der gegenwärtigen Grenze über den Talweg der Drina, wobei *Mali-Zwornik* und *Sakhar* bei dem Fürstentum verbleiben. Sie geht dann bis zum Kopaonik die alte Grenze des Fürstentums entlang, von welcher sie sich auf dem Gipfel des Kanilug trennt. Von dort folgt sie der westlichen Grenze des Sandjaks von Nisch bis zum Dorf *Končul* an der Morava, indem sie zunächst über die Kämme der südlichen Vorberge des Kapoanik und der Marica und Mrdar Planina geht, (welche die Wasserscheidelinie zwischen den Becken des Ibar und der Sitnica einerseits und dem der Toplica andererseits bilden), — wobei der südliche Ausgang des Prepolac-Passes bei der Türkei belassen wird — bis zum Berg Djak, wendet sich sodann nach Süden auf den Kämmen der Wasserscheidelinie zwischen der Brvenica und der Medvedja Rjeka, das ganze Becken der Medvedja bei Serbien belassend, von wo sie in östlicher Richtung zwischen den Dörfern Petrilja und Dukat hinabgeht, um dort den Fluß Medvedja zu überschreiten und auf dem Kamm der Goljak Planina (welcher die Wasserscheidelinie zwischen der Kriva Rjeka einerseits und der Poljanica, der Veternica und der Morawa andererseits bildet) zu steigen, von wo sie in südlicher Richtung nach Končul an der Morava herabgeht, dieses Dorf bei Serbien belassend[10]). Von diesem Punkt folgt die Grenze dem Talweg der Morawa bis nach Lusan — dieses Dorf bei der Türkei belassend, von wo sie über Borovce und Novoselo — diese Dörfer bei der Türkei belassend, bis zum Gipfel des Berges Kujan läuft. Von diesem Punkt folgt die Grenze wieder der südlichen und östlichen Verwaltungsgrenze des Sandjak von Nisch und bildet die Wasser-

[9]) In anderer Reihenfolge in Art. 14 des Berliner Vertrags.
[10]) Bis hier identisch mit Art. 36 des Berliner Vertrags.

scheide zwischen den Becken des Vardar, des Struma, des Isker und des Lom einerseits und dem der Morawa und des Timok andererseits.

Diese Verwaltungsgrenze wird besonders durch den Kamm der Sv. Ilika-Planina, den Gipfel des Berges Ključ, den Kamm der Babina glava, den Gipfel der Crni vrh-Berge gekennzeichnet, wo sie mit der weiter oben (s.S. 9) beschriebenen Westgrenze Bulgariens zusammenfällt[11])."

S.D. informiert nach dieser Lesung über die beiden Schwierigkeiten, die sich in der Kommission ergaben: eine über die Prepolac-Schlucht, die andere über den Distrikt Vranja. Prepolac hatten die österreichischen Delegierten der Türkei überlassen wollen. Nachdem die Militärkommission indessen vorgeschlagen hatte, den Serben einen Umkreis von tausend Meter südlich von Prepolac zuzugestehen, widersetzten sich die Türken. Die Frage ist nicht entschieden worden. Den Distrikt Vranja wollte die Kommissionsmehrheit den Serben überlassen, aber diese Haltung stieß auf den Widerstand der türkischen und englischen Delegierten. *Mehemed Ali Pascha* erläutert anhand der Karte die Probleme bei einer Abtretung von Vranja an Serbien: Seien die Pässe dieses Gebietes einmal überwunden, so gebe es bis Üsküb kein natürliches Hindernis mehr. Vranja sei also für die Verteidigung des Reiches unentbehrlich, und er bestehe deshalb darauf, daß Prepolac türkisch bleibe.

Graf Schuwalow beschränkt sich darauf, über die Haltung der russischen Kommissare in der Kommission zu informieren: sie hätten die Grenzziehung von San Stefano aufgegeben, um die von Österreich-Ungarn beantragte Grenzziehung anzunehmen. In beiden dem Kongreß vorliegenden Fragen hätten sie sich auf Seite der Mehrheit der Sachverständigen gestellt.

Graf de-Saint Vallier ist unbedingt für Abtretung der Stadt Vranja an Serbien, da sie für das Fürstentum vom Gesichtspunkt der Bevölkerung aus wichtig sei. Er glaube übrigens nicht, daß sich die Hohe Pforte über diese Lösung beklagen könne. Sie sei für die Türkei vorteilhaft, denn sie erhielte wieder Djuma und den südlichen Teil des Sandjak von Sofia.

Der *Präsident* stellt die Frage, ob Prepolac bei den Türken oder den Serben bleiben solle, zur Abstimmung: Die Bevollmächtigten *Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens* und der *Türkei* sind dafür, diesen Ort der Türkei zu lassen: die russischen Bevollmächtigten erklären, sich dem Votum der Mehrheit zu fügen.

Der *Präsident* befragt sodann die Hohe Versammlung zum Problem Vranja: Die Bevollmächtigten *Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs* und *Rußlands* sind dafür, den Distrikt Serbien zu geben; die Bevollmächtigten *Großbritanniens, Italiens* und der *Türkei* sind dafür, daß er bei der Hohen Pforte bleibt.

Fürst von Bismarck stellt das Abstimmungsergebnis fest und schlägt der Hohen Versammlung vor, die Gesamtheit des Grenzverlaufs Serbiens anzunehmen, indem Prepolac der Türkei, Vranja Serbien zugesprochen wird.

---

[11]) Vgl. oben S. 325.

Caratheodory Pascha kündigt an, zum Problem Vranja müsse er die Anweisungen seiner Regierung abwarten.

Lord Salisbury protestiert erneut gegen die Abtretung von Vranja, da sie ihm gefährlich für die Türkei erscheine, und weigert sich unter diesen Umständen dem serbischen Grenzverlauf zuzustimmen.

Angesichts dieser Erklärung stellt der *Präsident* fest, bliebe sie aufrechterhalten, so müßte er leider die Frage bis zu einer späteren Einigung vertagen.

Graf de Saint-Vallier besteht erneut darauf, die Stadt Vranja Serbien zu überlassen, und schlägt im Interesse der Verständigung eine Kompromißlinie südlich von Vranja vor: die Stadt und ihre Bevölkerung kämen somit zum Fürstentum Serbien, während eine derartige Ausweitung des Territoriums das Sicherheitsbedürfnis der Türkei befriedige. Dieser Vorschlag führt zu einem neuen Gedankenaustausch, und der Kongreß beschließt, die Delimitationskommission solle südlich von Vranja den Verlauf einer Linie bestimmen, wonach die Stadt bei Serbien bliebe und die Türkei den notwendigen Raum zur Verteidigung ihrer Besitzungen erhielte.

Der *Präsident* stellt sodann die Gesamtheit des serbischen Grenzverlaufs zur Abstimmung, der vom Kongreß angenommen wird. S.D. stellt mit Befriedigung dieses Ergebnis fest; das Protokoll bleibe für die von den ottomanischen Bevollmächtigten angeforderten Anweisungen offen.

Es besteht außerdem Einvernehmen darüber, alle in der Delimitationskommission behandelten Fragen für formale Details der Redaktionskommission zu überweisen.

Fürst Gortschakow verliest folgende Ausführungen:

„In dem Augenblick, da die Hohe Versammlung in Berlin unter der Schirmherrschaft Seiner Majestät des Deutschen Kaisers im Begriff ist, ihr Friedenswerk zu vollenden, glauben die russischen Bevollmächtigten ihren Gefühlen nachgeben zu müssen, wenn sie den Wunsch aussprechen, daß dieses Werk, das im Geiste der Versöhnung vollendet wurde, Europa einen festen und dauerhaften Frieden sichern möge.

Rußland ist daran ganz besonders interessiert. Es hat im Kriege große Opfer gebracht; es hat [jetzt wieder] beträchtliche Opfer erbracht, im Blick auf Wiederherstellung des Friedens und Erhaltung der europäischen Einigkeit. Es hat ein Recht, darauf zu bauen, daß diese Opfer wenigstens nicht umsonst gewesen waren, daß das Werk, dessen Fundament soeben gelegt wurden, nicht mangels Ausführung fruchtlos bleibe, wie schon frühere Versuche zur Befriedung des Orients. Es könnte die Aussicht auf neue schwere Krisen, ähnlich der, die zu beenden der Berliner Kongreß einberufen wurde, nicht hinnehmen. Die russischen Bevollmächtigten sind überzeugt, daß auch die Hohe Versammlung kein vergängliches Werk schaffen möchte, das den Frieden im Orient und in Europa erneut gefährden würde.

In dieser Überzeugung sind die russischen Bevollmächtigten beauftragt, den Kongreß zu fragen, bevor er seine Verhandlungen beendet, mit welchen

Prinzipien und Verfahren er beabsichtigt, die Ausführung seiner hohen Beschlüsse zu gewährleisten."

Der *Präsident* sagt, die Erklärung werde auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung gesetzt, die auf morgen anberaumt wird. Auf ihr stehen ferner die Regelung der noch offenen Punkte in der Batumfrage, die Grenzberichtigung bei Khotur und ein Bericht über den Stand der Arbeiten der Redaktionskommission.

Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint-Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 16
Sitzung vom 9. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst

Für *Österreich-Ungarn*
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um halb drei Uhr eröffnet.

Protokoll Nr. 14 wird angenommen.

Auf der Tagesordnung steht die endgültige Fassung von Artikel XVIII des Vertrages von San Stefano über das Gebiet von Khotur und die türkisch-persische Grenze.

Graf Schuwalow verliest folgenden Artikel-Entwurf, auf den sich die russischen und britischen Bevollmächtigten geeinigt haben und der der

Redaktionskommission zu überweisen wäre, sollte ihn der Kongreß annehmen:

„Da das Tal von Alaschkerd und die Stadt Bayazid, deren Abtretung an Rußland Seine Majestät der Sultan in Artikel XIX des Vertrages von San Stefano zugestanden hatte, bei der Türkei verbleiben, ist daraufhin zwischen den Regierungen Rußlands und der Türkei vereinbart worden, daß die Hohe Pforte im Austausch für diese Gebiete ihrerseits Stadt und Gebiet Khotur, gemäß der Grenzziehung durch die gemischt anglo-russische Kommission, an Persien zurückgibt."

Caratheodory Pascha erklärt, die ottomanischen Bevollmächtigten hätten noch keine Anweisungen zu dieser Frage erhalten.

Aus einer Diskussion zu diesem Problem zwischen dem *Grafen Andrássy, Lord Salisbury, Caratheodory Pascha* und *Graf Schuwalow* ergibt sich, daß die für das Gebiet von Khotur vorgeschlagene Grenze identisch mit der Grenzziehung der anglo-russischen Kommission vor einigen Jahren ist.

Der *Kongreß* beschließt, bis morgen zu warten, um die endgültige Antwort der Ottomanischen Pforte zu erfahren.

Der *Präsident* fragt, ob sich die englischen und russischen Bevollmächtigten über die Bestimmungen für Batum, die in der letzen Sitzung ihren Gesprächen vorbehalten geblieben waren[1]), verständigt hätten.

Lord Salisbury bedauert, im letzten Augenblick sei ein Mißverständnis über den Grenzverlauf aufgetaucht und habe die Einigung der beiden Mächte verzögert.

Fürst Gortschakow teilt mit, er habe sich schon für seine Person mit Lord Beaconsfield über den Umfang des Gebiets geeinigt. Der Erste russische Bevollmächtigte habe persönlich die Verantwortung dafür übernommen, eine neue Grenzlinie zu akzeptieren, über die er sich mit dem Ersten britischen Bevollmächtigten verständigt hätte. S.D. verliest zu diesem Thema folgende Erklärung:

„Die russischen Bevollmächtigten haben dem Kongreß schon mitgeteilt, daß der Kaiser, ihr erhabener Herr, die Absicht hat, Batum als Freihafen einzurichten. Sie sind ermächtigt hinzuzufügen, daß darüberhinaus Seine Majestät beabsichtigt, diesen Hafen zu einem im wesentlichen für den Handel bestimmten Hafen zu machen[2])."

Lord Beaconsfield schließt sich der Position in der soeben vom Fürsten Gortschakow verlesenen Vorlage völlig an und hebt die aufrichtige Verständigungsbereitschaft hervor, die S.D. in den Gesprächen über die fraglichen Distrikte bewiesen habe. Der Erste britische Bevollmächtigte lasse sich von der gleichen Gesinnung leiten. Zu den noch ausstehenden Differenzen über die Grenzlinie schlage er vor, die strittigen Punkte der Delimitationskommission zur Prüfung zu überweisen, und er hoffe, daß sich so alle Schwierigkeiten auflösen ließen.

---

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 15, S. 321.
[2]) Vgl. Art. 59 des Berliner Vertrags.

Der *Präsident* bedauert, daß eine direkte Verständigung nicht möglich war; er fürchte, Rückverweis an die Kommission sei nicht das rascheste Mittel zur Lösung der Frage.

Fürst Gortschakow wiederholt, die von ihm vorgeschlagene Grenzlinie, die er auf der Karte zeigt, sei eine weitere erhebliche Konzession nach all denen, die Rußland schon gemacht habe. Er sei der berechtigten Annahme gewesen, der Grenzverlauf vor Olti, den er auf seine persönliche Verantwortung hin angenommen habe und von dem er gedacht habe, man habe sich schon völlig auf ihn geeinigt, würde keinerlei Schwierigkeiten mehr machen.

Der *Präsident* regt an, die Mächte sollten wenigstens die Delimitationskommission ermächtigen, daß sie mit Stimmenmehrheit, ohne nochmalige Hinzuziehung der Militärsachverständigen beschließen dürfe, sollte sie mit evtl. ausstehenden Differenzen befaßt werden.

Der *Kongreß* billigt den Antrag einstimmig[2a]).

Der *Präsident* stellt den Beschluß fest und erwidert auf eine Bemerkung Caratheodory Paschas zum Tal von Alaschkerd, Alaschkerd sei damit erledigt: Die Kommission habe sich also nur noch mit dem Verlauf der Linie bei Olti zu befassen.

Die *Hohe Versammlung* geht zur Deklaration über, die Fürst Gortschakow in der letzten Sitzung vorgelegt hat[3]).

Der *Erste türkische Bevollmächtigte* ist sich über die Tragweite des Dokuments nicht im Klaren: Grundsätze und Verfahren zur Sicherung der Durchführung von Kongreßbeschlüssen seien schon in den Beratungen der Hohen Versammlung genannt; ein Teil der Kongreßbeschlüsse sei sofort zu vollstrecken; für die anderen seien Sonderkommissionen mit festgelegten Befugnissen eingesetzt; alle notwendigen Garantien seien also schon gegeben. Die Unterzeichnung eines Friedensvertrages verleihe zudem seinen Bestimmungen die denkbar feierlichste und verbindlichste Form. Die Kommissionen vervollständigten den Katalog der Garantien, und er sehe nicht, welche neuen

---

[2a]) Der etwas verwirrende Vorgang wird aus Andrássys Bericht an Franz Joseph vom 10.7.1878 (PA III 117 (F); Novotny Nr. 356) erheblich klarer:
„Die Vertreter Englands u(nd) Rußlands erstatteten dem Congresse die Anzeige, daß sie sich in Betreff Batums geeinigt haben. Es stellte sich aber alsbald heraus, daß diese Einigung auf einem Mißverständnis beruhte. Fürst Gortschakow erklärte zwar, die Zustimmung Rußlands zu der Bestimmung, daß Batum ein "port franc et essentiellement commercial" werde, allein die weitere Discussion ergab, daß Lord Beaconsfield u(nd) F(ür)st Gortschakow zwei gänzlich verschiedene Delimitationslinien vor Augen hatten. Die Angelegenheit wurde der Delimitationscommission zugewiesen(,) welche dadurch in die ziemlich unerquickliche Situation geriet(,) nicht über Tatsachen und Argumente, sondern über zwei einander gegenübergestellte Behauptungen entscheiden zu müssen. Die Commission wurde indes mit dem Rechte ausgerüstet, die Controverse definitiv mit Majorität zu entscheiden(,) und sie einigte sich nach der Sizung dahin, als Basis die Gortschakow'sche Linie mit einigen Modificationen zu Gunsten des Beaconsfield'schen Antrage zu acceptieren."
Vgl. auch W. N. Medlicott: Congress of Berlin, S. 118f.

[3]) Vgl. oben Protokoll Nr. 15, S. 331f.

Bedingungen gefordert werden könnten. Die ottomanische Regierung habe ohnehin schon dem Kongreß versichert, seine Beschlüsse in kürzester Zeit durchzuführen: Weitere Bestimmungen würden nur zu neuen Komplikationen und Schwierigkeiten führen, die dem Ziel der russischen Deklaration nur abträglich seien.

Fürst Gortschakow begreift die Einwände des Ersten ottomanischen Bevollmächtigten nur schwer: Er sieht nur Vorteile, einen von den bedeutendsten Staatsmännern Europas geschlossenen Vertrag, wenn er nicht toter Buchstabe bleiben solle, mit allen wirksamen Garantien zu versehen. Es sei wichtig, daß die Bestimmungen einer solchen Akte auch eingehalten werden: Lord Salisbury habe vor kurzem die Notwendigkeit für Europa anerkannt, die Durchführung von Reformen in der Türkei zu überwachen: umsomehr sei die Ausführung eines Vertrages wie der, der in Berlin unterzeichnet werde, intensiv zu überwachen. Er hänge gar nicht am einen oder anderen Wort seiner Erklärung: Rußland möchte nur die Umsetzung der Vertragsbestimmungen in die Praxis sicherstellen: es gehe hier für die Hohe Versammlung auch um eine Frage ihrer Würde.

Fürst v. Bismarck meint, es werde die Diskussion erleichtern, wenn die russischen Bevollmächtigten einen formellen Antrag stellten.

Fürst Gortschakow erwidert, er sei bereit zu fordern, die am Kongreß beteiligten Mächte sollten die Ausführung der Beschlüsse der Hohen Versammlung kollektiv garantieren.

Fürst v. Bismarck möchte hierzu nicht als Präsident für den Kongreß insgesamt sprechen, er könne jetzt nur seine Ansicht als Vertreter Deutschlands äußern: Wenn sich die Mächte über Fragen einigten, die Europa seit beinahe einem Jahrhundert in Anspruch nehmen und vor allem seit zwanzig Jahren Sorgen bereiten, sei es seiner Ansicht nach selbstverständlich, daß sie keine halbe Arbeit machen wollen, sondern sie alle müßten die Ausführung ihrer Bestimmungen überwachen und kontrollieren, die ein Ganzes bilden, von dem es unmöglich sei, einen Teil anzunehmen und den Rest abzulehnen. Das heiße aber nicht, daß jeder Staat einzeln dazu verpflichtet sei, die Ausführung der Bestimmungen selbst in die Hand zu nehmen oder daß es eine solidarische und gemeinsame Garantie geben könnte. Zumindest von diesem Standpunkt aus betrachte er die Situation Deutschlands. Er glaube nicht, daß sich eine Formel finden ließe, die Europa mit absoluter Sicherheit vor der Wiederholung von Vorgängen bewahren könnte, die es aufgewühlt haben. Falls sich die Mächte solidarisch verpflichten würden, notfalls Gewalt anzuwenden, würden sie das Risiko laufen, untereinander schwere Meinungsverschiedenheiten heraufzubeschwören.
Der Kongreß könne nur Menschenwerk vollbringen, das, wie jedes andere, dem Auf und Ab der Ereignisse unterworfen sei. Bei der ersten Verlesung der russischen Erklärung habe er zunächst gefürchtet, die Forderung des Fürsten Gortschakow übersteige die Möglichkeiten des Kongresses. Jetzt aber, nach den Erläuterungen des Ersten russischen Bevollmächtigten, sei er überzeugt, daß sich Fürst Gortschakow mit einer Fassung zufrieden geben könnte, wonach die Gesamtheit der im künftigen Vertrag eingegangenen Verpflichtungen ein Ganzes bilde, über dessen Ausführung die Mächte durch ihre Vertreter in Kon-

stantinopel wachen, wobei sie sich vorbehalten darauf hinzuweisen, falls die Ausführung mangelhaft oder schleppend erfolgen sollte. Er nehme nicht an, daß Fürst Gortschakow Bestimmungen im Auge gehabt habe, die die Durchführung wechselseitiger Verpflichtungen festlegen sollten, wie Räumung von Festungen und Gebieten, da ja, falls sich eine von zwei beteiligten Mächten weigern würde, eine Klausel zu erfüllen, die andere Macht die entsprechenden Klauseln ebenfalls nicht erfüllen würde: der Erste russische Bevollmächtigte werde vielmehr Bestimmungen der Hohen Versammlung zum Schutz der Christen im Auge gehabt haben; aber der Kongreß könne nicht von vornherein den Eindruck erwecken, er rechne damit, daß feierliche Beschlüsse des ganzen vereinigten Europa nicht durchgeführt würden. Erst sei ein Verstoß abzuwarten, um sich damit zu befassen, und dann könnten sich die Mächte, nach Unterrichtung durch ihre Vertreter in Konstantinopel, darüber verständigen, neue diplomatische Zusammenkünfte einzuberufen. Sollte jedoch die russische Regierung auf einem besonderen Artikel im Vertrag bestehen, wonach sich die Mächte das Recht vorbehalten, die Ausführung der Beschlüsse der Hohen Versammlung durch ihre Vertreter zu überwachen, so habe er von sich aus nichts dagegen.

Der *Erste russische Bevollmächtigte* antwortet, Fürst v. Bismarck habe den Kern seiner Überlegungen richtig getroffen. Er wünsche sich in der Tat einen Artikel im Vertrag, der feststellt, daß die Ausführung der Kongreßbeschlüsse unter die Überwachung Europas gestellt werden. Die Aufgabe, Verstöße anzuzeigen, solle jedoch nicht nur den Vertretern in Konstantinopel zufallen, sondern den Regierungen selbst: sollten im Vertrag Worte im Sinne der Worte des Fürsten v. Bismarck stehen, so würden die russischen Bevollmächtigten nicht weiter insistieren.

Graf Schuwalow sagt, die russischen Bevollmächtigten hätten vor allem im Auge gehabt, Verstößen vorzubeugen, wie sie nach dem Vertrag von 1856 vorgekommen seien. Mehrere seiner Artikel, die Verbesserungen für die Christen im Osmanischen Reich vorsahen, seien nicht ausgeführt worden. Für Europa hätten sich daraus häufig Reibereien ergeben, der [jüngste] Krieg, schließlich das Zusammentreten des Kongresses. Man dürfe schließlich nicht noch ein zweites Mal ähnlichen Schwierigkeiten gegenüberstehen.

Er nehme gern die Worte des Ersten türkischen Bevollmächtigten zur Kenntnis, wonach die Unterzeichnung des Berliner Vertrages die feierlichste und verbindlichste Sanktion seiner Bestimmungen abgebe. Diesen feierlichen und verbindlichen Charakter möchten die russischen Bevollmächtigten bekräftigen. Mit seiner Bemerkung, die Artikel des Vertrages bildeten ein Ganzes, dessen Durchführung zu überwachen sich die Mächte vorbehalten, habe Fürst v. Bismarck die Einstellung zum Ausdruck gebracht, von der sich die russische Erklärung hat leiten lassen. Es bliebe nur noch übrig, die praktischen Mittel zu finden, um diese Kontrolle auszuüben.

Der *Präsident* stellt fest, diese Überlegungen müßten sich in einer Endfassung wiederfinden lassen, die die russischen Bevollmächtigten vorlegen möchten.

Caratheodory Pascha dankt dem Fürsten Gortschakow für die wohlwollende

Interpretation, die er seinen Worten gegeben habe. Der Erste türkische Bevollmächtigte werde seine Vorstellungen näher entwickeln, wenn der Kongreß den fraglichen Artikel diskutieren werde; aber er lege jetzt schon Wert auf die Feststellung, daß alle an einem Vertrag beteiligten Mächte in allen ihren Verpflichtungen, die sie übernehmen würden, absolut gleichberechtigt sein müßten; ein Vertrag müsse wirklich für alle Signatarstaaten [gleich] verbindlich sein. Unter Bezug auf seine vorherigen Ausführungen wiederhole er, neue Kontrollbestimmungen seien nutzlos und könnten sogar ernsthafte Schwierigkeiten heraufbeschwören.

Der *Präsident* möchte lieber die Diskussion vertagen, bis die russischen Bevollmächtigten einen Antrag im vorhin genannten Sinne eingebracht haben.

Fürst von Hohenlohe erinnert als Präsident der Delimitationskommission daran, daß der Kongreß die Kommission beauftragt habe, durch Mehrheitsbeschluß über die Grenzen des Sandjak von Sofia und über den Distrikt Vranja zu befinden[4]). Nunmehr lege er der Hohen Versammlung den einstimmigen Kommissionsbeschluß zum Sandjak von Sofia vor:

„Der Grenzverlauf zwischen *Serbien* und *Bulgarien* beginnt an der schon beschlossenen Linie einen Kilometer nordwestlich von Segusa, geht geradewegs auf den Stol und erreicht von dort, über die Wasserscheidelinie der Morawa und der hohen Sukowa und ihren Zuflüssen, über den Descani Kladanec Drainica Planina, Darkowska Planina, Crna trava und Gacina zuletzt den Kamm der Mesid planina[5])."

Zu Vranja hat die Kommission mit einer Mehrheit von 5 gegen 2 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Von den Höhen der Poljanica nimmt die Grenze ihre Richtung über die Vorberge der Karpina Planina bis zum Zusammenfluß der Koinska mit der Morawa; sie überschreitet die Morawa und geht auf der Wasserscheidelinie zwischen dem Bache Koinska und dem in der Nähe von Neradovce in die Morawa mündendem Bache aufwärts, um die Planina Sv. Ilija oberhalb von Trgoviste zu erreichen. Von diesem Punkt aus folgt sie dem Kamm der Sv. Ilija bis zum Berge Ključ, geht über die auf der Karte mit 1516 und 1547 bezeichneten Punkte und die Babina Gora und endet bei Crni Vrh[6])."

Der *Kongreß* macht sich beide Beschlüsse zu eigen, verständigt sich jedoch, auf einem Einwurf Caratheodory Paschas, darauf, das Protokoll noch für Anweisungen offen zu halten, die die ottomanischen Bevollmächtigten ständig von der Pforte erwarten.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Redaktionskommission.

Als Berichterstatter der Kommission erinnert Herr *Desprez* an den Wunsch des Kongreßpräsidenten aus der letzten Sitzung, über den Stand der Arbeit in der Redaktionskommission sowie allgemein über die Gliederung der Materie in-

---

[4]) Vgl. oben Protokoll Nr. 15, S. 328.
[5]) Vgl. Art. 36, Abs. 5 des Berliner Vertrags.
[6]) Vgl. Art. 36, Abs. 3 des Berliner Vertrags.

formiert zu werden[7]). Die Arbeit sei schon weit fortgeschritten. Zu ihrem Abschluß benötige die Kommission nur noch die Berichte der Delimitationskommission über Europa und Asien, ferner die verschiedenen Entwürfe zu Vereinbarungen für Asien. Zur Gliederung der Materie konnte die Kommission die Reihenfolge von San Stefano oder den Verhandlungsablauf des Kongresses zugrunde legen. Die Kommission habe sich für letztere Möglichkeit entschieden. So ergebe sich für die Vertragsartikel folgende Reihenfolge: 1. Bulgarien[8]), 2. Ost-Rumelien[9]), 3. christliche Provinzen der europäischen Türkei[10]), 4. Montenegro, Serbien, Rumänien, Donau[11]), 5. Asien[12]). Hinzu kämen verschiedene allgemeine Klauseln für das ganze Osmanische Reich[13]). Der Bericht über den Vertragsentwurf sei durch den Hinweis zu ergänzen, daß der Pariser Vertrag vom 30. März 1856 und der Londoner Vertrag vom 13. März 1871 in all denjenigen Bestimmungen aufrechterhalten bleiben, die nicht durch den künftigen Vertrag abgeändert oder aufgehoben werden[14]).

Auf die Frage des *Präsidenten*, ob die Ausführungen des Herrn Desprez zur allgemeinen Gliederung der Materie bei Abfassung des Vertrages die Absichten der Versammlung wiedergäbe, erhebt *Lord Salisbury* Einwände gegen die allgemeine Anlage, da sie frühere Verträge aufrechterhalte, ohne die Änderungen durch die neuen Vereinbarungen näher zu präzisieren. Er halte besonders den Beschluß besonders für die Meerengen für unzureichend.

Herr *Desprez* bemerkt, die vorgeschlagene Fassung halte den status quo aufrecht. *Graf Corti* hält die Fassung für umso angebrachter, als sie das Prinzip des öffentlichen Rechts bekräftige, daß jede nicht aufgehobene Klausel in Kraft bleibe.

Nach einer Diskussion zu dieser Frage zwischen *Lord Salisbury*, Herrn *Desprez*, dem *Grafen Andrássy*, *Fürst v. Hohenlohe* und dem *Präsidenten* neigt die Mehrheit des Kongresses der vorgeschlagenen Fassung zu und stellt klar, daß in mehreren ihrer Bestimmungen, besonders über die Schiffahrt auf der Donau usw., der Pariser Vertrag weiterbestehe, daß andererseits das in Artikel 2 des Londoner Vertrages aufgestellte Prinzip voll gültig bleibt[15]).

Da *Lord Salisbury* auf dem letzten Punkt beharrt, bemerkt Herr *Desprez*, die Fassung der Kommission verweise ausdrücklich auf den Londoner wie auch auf den Pariser Vertrag. Der *Präsident* ist ebenfalls der Ansicht, daß der Londoner Vertrag, weit davon entfernt, angetastet zu werden, im Gegenteil durch den Hinweis auf ihn bestätigt werde.

---

[7]) Vgl. oben Protokoll Nr. 15, S. 332.
[8]) Artikel 1 - 12 des Berliner Vertrags.
[9]) Artikel 13 - 21 des Berliner Vertrags.
[10]) Artikel 23 - 25 des Berliner Vertrags.
[11]) Artikel 26 - 57 des Berliner Vertrags.
[12]) Artikel 58 - 60 des Berliner Vertrags.
[13]) Artikel 61, 62 des Berliner Vertrags.
[14]) Art. 63 des Berliner Vertrags.
[15]) D.h. weitere Sperrung der Meerengen.

Graf de Launay möchte lieber eine Generaldebatte vermeiden und einen Artikel nach dem anderen behandeln.

Der *Präsident* bemerkt, er habe jetzt ohnehin die Vertragsbestimmungen noch gar nicht zur Diskussion gestellt, sondern nur die allgemeine Gliederung, der die Redaktionskommission zu folgen habe. Er halte die Zustimmung der Hohen Versammlung zu der von Herrn Desprez vorgelegten Gliederung für erteilt. Demnach habe 1. der neue Vertrag Vorrang vor den Verträgen von Paris, London und San Stefano; 2. folge der neue Vertrag in der Themenfolge dem Ablauf der Kongreßverhandlungen.

Herr *d'Oubril* stellt zur Redaktion des Vertrages einen Antrag der russischen Bevollmächtigten und verliest ihn sodann:

„Da der Vertrag von San Stefano nur vorläufig galt und die dort festgelegten territorialen Änderungen nochmals Änderungen unterworfen waren und die Bestätigung Europas erhalten mußten, waren dort noch keine Fristen für die Übergabe der vom Osmanischen Reich abzutretenden Gebiete an die jeweiligen Mächte genannt, soweit sie noch von türkischen Truppen besetzt waren.

Heute, da sich die Großmächte über die neuen Grenzziehungen verständigt haben, erscheint es dringend, für das Inkrafttreten der vom Kongreß bestimmten Ordnung eine Frist festzulegen.

Da sich die Hohe Versammlung über die Fristen verständigt hat, in denen die an Seine Majestät den Sultan zurückzugebenden Gebiete geräumt werden sollen, wird es erforderlich, auch zu bestimmen, daß die Orte, die vom Osmanischen Reich abzutreten sind und sich noch in der Hand der Hohen Pforte befinden, in festgelegten Fristen geräumt und an die Berechtigten übergeben werden.

Die Festsetzung der Fristen für jeden einzelnen Fall könnte die Redaktionskommission übernehmen."

Mehemed Ali Pascha verliest sodann folgenden Antrag:

„Die ottomanischen Bevollmächtigten lenken die Aufmerksamkeit der Hohen Versammlung auf Artikel X des Vertrages von San Stefano, dessen Vereinbarungen für den Teil des Sandjaks von Sofia, der nun zum Fürstentum Bulgarien gehört, unbedingt einzuhalten sind, da die Beschaffenheit des Geländes den Bau anderer Verkehrswege als der, die zwischen den Cazas von Rahmanli, Ichtiman und Bazardjik einerseits und den Cazas von Pristina und Üsküp andererseits bestehen, unmöglich macht."

Der *Präsident* gibt den ottomanischen Bevollmächtigten zu bedenken, daß der Kongreß die Frage, auf die sich seine Vorlage bezieht, schon erledigt habe. Dennoch werde der Antrag gedruckt und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt[16]).

---

[16]) Dazu Bismarck-Notizen: „Prés(ident): il est très-difficile de revenir sur une question qui est vidée! il sera imprimé et distribué, mais je refuse de la discuter."

(Präsident: Es ist sehr schwer, auf eine schon erledigte Frage zurückzukommen! Er [d.h. der Antrag], wird gedruckt und verteilt werden, aber ich weigere mich, ihn diskutieren zu lassen).

Die Sitzung wird um 4 3/4 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 17
Sitzung vom 10. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*
Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um drei Uhr eröffnet.

Petitionsliste Nr. 12 wird erwähnt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die noch ausstehende Antwort der ottomanischen Bevollmächtigten gemäß den von der Pforte angeforderten Anweisungen zum Problem der Neufassung von Artikel XVIII über die Stadt und das Gebiet Khotur, den der Kongreß in seiner gestrigen Sitzung gebilligt hat[1]).

Caratheodory Pascha wiederholt seine Erklärung aus der letzten Sitzung, daß von dem Augenblick an, da als Grenze des abzutretenden Gebietes die von den anglo-russischen Kommissaren gezogene gelte, er keine Einwände mehr gegen die von Graf Schuwalow vorgelegte Fassung habe.

Der *Kongreß* nimmt die Antwort zur Kenntnis und geht zu Einzelfragen an

den Grenzen des Bezirkes Batum über, die der Delimitationskommission überwiesen worden waren.

Fürst v. Hohenlohe verliest als Präsident der Kommission nachstehendes Dokument:

„Die Kommission hat beschlossen, die Grenze im Süden von Batum wie folgt zu ziehen: Sie geht von der russischen Grenze, die durch den Vertrag von San Stefano im Norden von Khorda und im Süden von Artvin festgelegt ist, aus. Sie läuft in gerader Linie bis zu dem Flusse Tscharukh, überschreitet diesen Fluß und geht östlich von Aschmichen vorbei in gerader Linie nach Süden zu, um die in dem Vertrage von San Stefano angegebene russische Grenze im Süden von Nariman zu berühren, wobei sie die Stadt Olti bei Rußland beläßt. Von dem angegebenen Punkte bei Nariman wendet die Grenze sich nach Osten, geht bei Tebrenek vorbei, welches bei Rußland verbleibt, bis zum Pennek Tschai. Sie folgt diesem Flusse bis nach Barduz und nimmt daraufhin ihre Richtung nach Süden, Barduz und Jönikioy bei Rußland belassend, und trifft wieder bei Zivin Kale auf die vom Vertrag von San Stefano angegebene Linie[2]).“

Fürst v. Bismarck stellt fest, daß sich der Kongreß das Beratungsergebnis der Kommission zu eigen mache.

Auf der Tagesordnung steht sodann der Antrag des Herrn d'Oubril aus der letzten Sitzung zu gewissen von den Türken besetzten Gebieten, deren Räumung noch nicht feststeht[3]).

Fürst v. Bismarck meint, der Kongreß könne nur ein allgemeines Prinzip festlegen, während die Angabe von Räumungsfristen Sache einer Sonderkommission sei. Könnten die russischen Bevollmächtigten eine Formulierung für dieses Prinzip vorlegen?

Lord Salisbury vertritt die Auffassung, die ottomanischen Truppen sollten die an Rußland abzutretenden Gebiete zur selben Zeit räumen wie die russischen Truppen die ottomanischen Gebiete.

Graf Schuwalow bemerkt, die im russischen Antrag aufgeworfene Frage sei nicht allgemeiner Natur: sie ergebe sich aus den vorher angenommenen Bestimmungen, die sich alle auf die Räumung durch russische Truppen beziehen, ohne die Wechselseitigkeiten zu erwähnen: Die Serben und Montenegriner müßten auch ottomanisches Staatsgebiet räumen, während die türkischen Truppen keiner Verpflichtung unterworfen seien. Um diesem Zustand abzuhelfen, der zu Störungen führen könne, hätten die russischen Bevollmächtigten ihre Forderung angemeldet; aber der russische Bevollmächtigte könne nicht der Interpretation Lord Salisburys folgen, die türkischen Truppen brauchten erst nach Abzug der russischen Truppen zu räumen.

Rußland müßte dann alles geben, ohne etwas zu erhalten; Graf Schuwalow könne dem nicht zustimmen, und um ein Beispiel zu geben, so könnten die

---

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 16, S. 333.
[2]) Vgl. Art. 58 des Berliner Vertrags.
[3]) Vgl. oben Protokoll Nr. 16, S. 339.

russischen Truppen Erzerum solange nicht räumen, wie die russische Regierung nicht im Besitz der Stadt Batum wäre.

Der *Präsident* meint, der Beschluß des Kongresses solle nur für die von türkischen Truppen besetzten montenegrinischen und serbischen Gebiete gelten. Sie seien innerhalb derselben Frist zu räumen, die den serbischen und montenegrinischen Truppen zugestanden werde, um ottomanischen Boden zu verlassen. Dieses Junktim könne eventuell befürchtete Störungen vermeiden.

Caratheodory Pascha spricht mögliche Schwierigkeiten in Grenzorten an, deren Nationalität noch zweifelhaft sei, und hält es für besser, die Bewertung dieser Detailfragen der europäischen Kommission zu überlassen, die mit der Grenzziehung beauftragt werde.

Der *Präsident* wendet ein, das Zusammentreten der Kommission und ihre Arbeit werde mehrere Monate in Anspruch nehmen, während es hier um Räumungen innerhalb von wenigen Wochen gehe: eine gleichzeitige Räumung erscheine ihm nicht schwierig in einem Lande, in dem es keine Festungen gebe. So bleibe der Kommission nur die Aufgabe, die genaue Grenzziehung endgültig zu regeln.

Caratheodory Pascha verlangt für die türkischen Truppen einen größeren Spielraum als für die montenegrinischen Truppen, die keine Bagage hätten.

Auf die Erwiderung des Herrn d'Oubril, man könne in der Tat in Orten, wo Inventare aufzunehmen seien, einige Tage zugeben, beantragt der Präsident zu beschließen, daß die Räumung im Prinzip gleichzeitig vor sich gehen solle, bis auf Orte mit Archiven, Arsenalen usw.: die Redaktionskommission, die mit der Redigierung der Kongreßbeschlüsse beauftragt ist, werde gebeten, dieser letzten Überlegung Rechnung zu tragen.

Die *Hohe Versammlung* billigt den Vorschlag und geht zum Antrag der *ottomanischen Bevollmächtigten* auf Beibehaltung von Artikel X des Vertrages von San Stefano über[4]).

Lord Salisbury unterstützt den Antrag der ottomanischen Bevollmächtigten und unterstreicht die Notwendigkeit, der Pforte die in dem Artikel vereinbarte Militärstraße zu überlassen.

Graf Schuwalow verweist auf die Ausführungen des Präsidenten in der letzten Sitzung zum Problem dieses Antrages, der den Kongreß auf einen schon erledigten Punkt zurückbringe[5]). Artikel X sei annulliert, und man brauche nicht mehr auf ihn zurückzukommen. Im übrigen habe er keinen grundsätzlichen Einwand gegen die von Lord Salisbury unterstütze Forderung der ottomanischen Bevollmächtigten, und er glaubt, seine Regierung werde bereit sein, ihren Offizieren Anweisungen zu geben, das genannte Interesse zu berücksichtigen.

Eine Diskussion entspinnt sich darüber zwischen *Mehemed Ali*, *Graf Schuwalow* und *Lord Salisbury*, wonach die russischen Bevollmächtigten, obwohl sie an sich gegen Wiederaufnahme der Diskussion seien, der Pforte gern ein

---

[4]) Ebenda, S. 339.
[5]) Ebenda, S.339.

Durchmarschrecht an der angegebenen Stelle zugestehen, d.h. durch den Süden des Sandjak von Sofia.

Der *Präsident* stellt fest, daß der ottomanische Antrag grundsätzlich angenommen ist, die Türkei werde also die in Frage stehende Militärstraße erhalten: Ihr Verlauf im Einzelnen sei aber Sache von Verhandlungen der europäischen Kommission mit den örtlichen Behörden.

Caratheodory Pascha verliest folgenden Antrag:

„Rußland übernimmt den Teil der ottomanischen Staatsschuld, der auf die Gebiete, die dem russischen Staatsgebiet in Asien angeschlossen werden, entfällt."

Graf Schuwalow antwortet, er glaubte mit gutem Grund als beschlossen, daß es zwar eine Aufteilung der Schulden auf die Gebiete gebe, die durch Vereinbarung, Schenkung oder Tausch aus dem Staat ausscheiden, von dem sie einen integralen Bestandteil bildeten, es aber dort keine mehr gebe, wo eine Eroberung vorliegt: Rußland sei in Europa und Asien der Sieger. Es habe nichts für die Staatsgebiete zu bezahlen und könne keinesfalls für die türkische Schuld mit aufkommen.

Fürst Gortschakow erklärt gegenüber dem Ansinnen Caratheodory Paschas seine strikte Weigerung, und er könne sogar sein Erstaunen über es nicht verhehlen.

Der *Präsident* sieht beim Widerstand der russischen Bevollmächtigten keine Möglichkeit, dem ottomanischen Antrag stattzugeben.

Der *Erste russische Bevollmächtigte* erinnert daran, er habe in der letzten Sitzung auf Aufforderung des Präsidenten zugesagt, eine kürzere Fassung seines Antrags zum Problem der Sanktionierung der Kongreßbeschlüsse vorzulegen[6]). Er habe eine neue Fassung vorbereitet, die er verliest:

„Nachdem Europa den Bestimmungen des Berliner Vertrages seine feierlichste und verbindlichste Sanktion gegeben hat, betrachten die Hohen vertragschließenden Parteien die Gesamtheit der Artikel des vorliegenden Werkes als eine Einheit von Bestimmungen, deren Inkrafttreten zu kontrollieren und zu überwachen sie sich verpflichten, indem sie auf einer vollkommenen, ihren Absichten entsprechenden Durchführung bestehen.

Sie behalten sich vor, sich bei Bedarf über die geeigneten Mittel zu verständigen, die ein Ergebnis sichern, dessen Verletzung weder die allgemeinen Interessen Europas noch die Würde der Großmächte zulassen."

Fürst Gortschakow ergänzt, er glaube, so weit wie möglich auf die Vorstellungen des Kongresses eingegangen zu sein.

Der *Präsident* meint, der ersten Hälfte der russischen Vorlage werde der Kongreß ganz und gar zustimmen, zumal ähnliche Überlegungen auch schon Caratheodory Pascha vorgetragen habe. Anders stünde es aber vielleicht mit der zweiten Hälfte. S.D. sei der Ansicht, den russischen Antrag zu teilen und dann über ihn zweimal abstimmen zu lassen.

---

[6]) Ebenda, S. 337.

Da *Fürst Gortschakow* keinen Einwand gegen das Verfahren erhebt, verliest der *Präsident* den ersten Teil der russischen Vorlage bis zu den Worten „ihren Absichten entsprechenden Durchführung bestehen".

Auf Anfrage von *Lord Salisbury*, ob nach dem Wortlaut des Antrages bei Nichtausführung des Vertrages ausländische Streitkräfte eingesetzt werden müßten, erklärt der *Präsident*, seiner Ansicht nach könne dem nicht so sein. Nach Meinung des Präsidenten verpflichten sich die Mächte nur zu einer aktiven Überwachung, nur bei Bedarf gefolgt von einer diplomatischen Aktion. Der zweite Teil der Vorlage behalte zwar den Mächten die Möglichkeit vor, sich über Mittel eines weiteren Vorgehens zu verständigen, aber ohne irgend einer Macht eine Verpflichtung aufzuerlegen.

Graf Andrássy schließt sich den Ausführungen des Fürsten v. Bismarck an. Er habe keine Bedenken gegen den Grundgedanken des ersten Teils in der russischen Vorlage, wünsche aber jeden Ausdruck des Mißtrauens zu vermeiden und hält es für schwierig, im Kongreß eine Formulierungsfrage zu behandeln. Ein *ad hoc*-Ausschuß könnte leichter eine befriedigende Formulierung finden.

Fürst Gortschakow sagt, mit diesem Wortlaut habe er lediglich im Auge gehabt, die Würde der Vereinbarungen Europas zu wahren. Er wolle deutlich machen, daß der Kongreß kein vergängliches Werk geschaffen hat. Er erinnert daran, daß Erfahrungen aus der Vergangenheit die Hohe Versammlung ermutigen sollten, ihr Beschlüsse feierlich zu unterstreichen.

Lord Salisbury würde es bedauern, wenn eine derartige Erklärung in den Vertrag aufgenommen würde und verlangt, den russischen Antrag erst drucken zu lassen, um ihn eingehender prüfen zu können.

Der Druck wird beschlossen und die Frage auf die nächste Sitzung vertagt.

Graf Schuwalow unterbreitet dem Kongreß einen Antrag zur Zustimmung, den ihm ein Gefühl eingegeben habe, das alle seine Kollegen verstehen und würdigen werden und dem er ohne strategische oder andere Hintergedanken Ausdruck gebe:

„In der Balkan-Kette liegt ein Ort, der Schauplatz heldenhafter Kämpfe war: sie konnten in der Geschichte erreicht, aber nicht übertroffen werden. Nie erlebte die Welt eine kraftvollere Entfaltung aller militärischen und patriotischen Werte, für die die Fahne das Symbol ist.

Was ich gesagt habe, trifft für beide Seiten zu. Solche Kämpfe hinterlassen gegenseitige Hochachtung und Respekt, verbunden mit der Erinnerung an tausende von Russen und Türken, deren Gebeine in den Schluchten von Schipka bleichen.

Wir bitten die Hohe Versammlung, den Tapferen, die bei Schipka ruhen, einen Beweis für diesen Respekt zu erbringen, indem sie aus dieser Stelle einen Ehrenfriedhof macht, auf dem sich keine Geschütze mehr erheben und die Kanone niemals mehr donnern wird."

Caratheodory Pascha dankt dem Grafen Schuwalow im Namen der ottomanischen Regierung für die Äußerungen in seinem Antrag. Zur Sache selbst, die S.E. im Auge hatte, legt der Erste ottomanische Bevollmächtigte Wert auf die Feststellung, daß nirgendwo der Respekt für die Toten größer ist als im Orient.

Niemals habe die türkische Regierung etwas gegen die Errichtung von Friedhöfen und Begräbniskapellen gehabt. Gehe es nur um die Anlage eines Friedhofs für die bei Schipka gefallenen Soldaten, so gebe er dem Vorhaben seine volle Zustimmung; gleichzeitig sei ihm jedoch in der Vorlage des Grafen Schuwalow eine Formulierung aufgefallen, die zu einigen Schwierigkeiten führen könnte: der russische Bevollmächtigte habe gefordert, Schipka als „Ehrenfriedhof" einzurichten. Zweifellos habe die ottomanische Regierung nichts gegen einen Friedhof bei Schipka, er müsse jedoch die Meinung der Hohen Pforte über die genaue Lage der vom russischen Bevollmächtigten genannten Stelle vorbehalten.

Graf Schuwalow sagt, er hätte gehofft, der türkische Bevollmächtigte wüßte sein Anliegen besser zu würdigen: Er habe sehr wohl gewußt, daß die Hohe Pforte einen Platz für einen Friedhof zugestehen würde, aber was er wünsche, sei, Schipka sozusagen von einem Gürtel zu umgeben, den die europäische Kommission abstecken würde, damit die [sterblichen] Überreste der Soldaten, die in diesen schweren Kämpfen gefallen seien, in neutraler Erde ruhen. Im übrigen gehe es hier nur um eine Eventualität, denn die Grenzen seien noch nicht gezogen, und es sei keineswegs gesagt, daß der Schipka-Paß zu Ost-Rumelien gehören solle anstatt zur Provinz Bulgarien.

Mehemed Ali fordert Einfügung von „unter Berücksichtigung strategischer Notwendigkeiten bei Schipka".

Der *Präsident* sagt, der Gedanke der russischen Bevollmächtigten werde die Sympathie aller derer haben, die gern ehrfürchtig die Erinnerung an die auf dem Schlachtfeld gefallenen Landsleute bewahren wollen; sie werde von den Regierungen verstanden, die alle um den gegenseitigen Respekt wissen, den zivilisierte Nationen ihren Toten und ihren teuren Erinnerungen zollen. Er halte es für zweckmäßig, eine Vereinbarung aufzunehmen, die für die Gräber so vieler tapferer Soldaten sorgt. Der Kongreß solle den Wunsch aussprechen, die ottomanische Regierung möge einen Vorschlag billigen, der so sehr Europa aus dem Herzen spricht. Fürst v. Bismarck spielt auf ärgerliche Spekulationen an, die zu anderen Zeiten aus Mangel an diplomatischen Klauseln über Soldatengräber entstanden seien[7]), und vertritt die Auffassung, sollten die ottomanischen Bevollmächtigten nicht ermächtigt sein, dem Projekt uneingeschränkt zuzustimmen, könnte die Hohe Versammlung zu Protokoll geben, daß sie sich dem Gedanken der russischen Bevollmächtigten anschließe und ihn der europäischen Kommission empfehle, die damit beauftragt werde, vor Ort Wege zu prüfen, um ihn zu verwirklichen.

Der *Kongreß* nimmt den Antrag an.

Die *ottomanischen Bevollmächtigten* verlangen eine redaktionelle Änderung, der Fürst Schuwalow nicht zustimmen zu können glaubt. Daher hält es *Fürst v. Bismarck* in der Tat für unzweckmäßig, die ursprüngliche Fassung zu ändern, angesichts der Zustimmung, die die Hohe Versammlung soeben der von ihm

---

[7]) Die Anspielung ist unklar, vielleicht im Zusammenhang mit dem Frankfurter Frieden von 1871 gemeint.

vorgelegten Resolution gegeben hat. Er stellt somit fest, daß der Kongreß auf die Gesinnung der Hohen Pforte zählt und sich vertrauensvoll auf die Abmachungen verläßt, die die europäische Kommission im Einvernehmen mit der ottomanischen Regierung treffen werde. *Caratheodory Pascha* schließt sich dem an.

Der *Präsident* fordert den Berichterstatter der Redaktionskommission auf, den Entwurf des Vertrages zu verlesen.

Herr *Desprez* teilt der Hohen Versammlung mit, der Text der Präambel sei noch nicht fertiggestellt, werde ihr aber in der nächsten Sitzung vorgelegt. Er verliest die Artikel über Bulgarien[8]) und referiert über mehrere Einwände im Ausschuß bei der einleitenden Diskussion. Zu Artikel 1, der „eine christliche Regierung" festlegt, habe Caratheodory Pascha gefragt, ob es nötig sei, ausdrücklich eine Klausel zu einem an sich unbestrittenen Punkt aufzunehmen: die Kommission habe dennoch einstimmig geglaubt, bei der [ursprünglichen] Fassung bleiben zu sollen. Zu Artikel 3 über die Bedingungen für die Wahl des Fürsten von Bulgarien habe Lord Odo Russell den Gedanken geäußert, es sei vielleicht besser, die fürstliche Würde erblich zu machen. Nach einer Aussprache sei die Anregung unberücksichtigt geblieben. S.E. habe nicht weiter darauf bestanden, und der ursprüngliche Wortlaut sei beibehalten geblieben. Artikel 5 zur Rechtsgleichheit und Religionsfreiheit habe redaktionelle Schwierigkeiten bereitet: dieser Artikel treffe nämlich auf Bulgarien, Montenegro, Serbien und Rumänien insgesamt zu, und die Kommission habe dieselbe Formel für durchaus unterschiedliche Situationen finden müssen: es wäre besonders schwierig gewesen, die Juden Rumäniens mit zu berücksichtigen, da ihr nationaler Status unbestimmt sei: um jedem Mißverständnis vorzubeugen, habe Graf de Launay im Laufe der Diskussion die Aufnahme folgenden Satzes vorgeschlagen: „Die Juden in Rumänien erhalten die rumänische Staatsangehörigkeit mit vollen Rechten, soweit sie nicht schon eine ausländische Nationalität besitzen."

Fürst v. Bismarck verweist auf die Schwierigkeit, wenn Kongreßbeschlüsse, die der Redaktionskommission nur als Arbeitsgrundlage dienten, [nachträglich] abgeändert würden. Der Kongreß müsse sich allen Versuchen widersetzen, nochmals von vorn anfangen zu müssen.

Herr *Desprez* ergänzt, die Kommission habe ihre ursprüngliche Fassung beibehalten, da sie ihr geeignet erscheine, alle beteiligten Interessen auszugleichen; Herr de Launay habe sich auf das Verlangen beschränkt, seinen Antrag zu Protokoll zu geben.

Fürst Gortschakow erinnert an seine Ausführungen in einer früheren Sitzung zu den politischen und bürgerlichen Rechten der Juden in Rumänien[9]). Er wolle seine Einwände jetzt nicht wiederholen, lege aber Wert auf die erneute Erklärung, daß er in diesem Punkt den Tenor des Vertrages nicht teile.

Herr *Desprez* verliest Artikel 6, der die provisorische Verwaltung Bulgariens und die Beziehungen des kaiserlich ottomanischen Kommissars zu dem kaiserlich russischen Kommissar regelt.

---

[8]) Artikel 1 - 12 des Berliner Vertrags.
[9]) Vgl. oben Protokoll Nr. 8, S. 252.

Da *Lord Salisbury* eine weitere Erläuterung über Umfang der Rechte des ottomanischen Kommissars bei Meinungsverschiedenheiten mit dem russischen Kommissar verlangt, erinnert Herr *Desprez* in seiner Antwort an den Wortlaut des Artikels, wonach der ottomanische Beamte, ebenso wie die von den Mächten delegierten Konsuln, dem russischen Kommissar beistehe und die Tätigkeit der Verwaltung kontrolliere. Nach der Ergänzung des *Präsidenten*, daß der ottomanische Kommissar Beschwerden vor die Vertreter der Signatarmächte bringen könne, wünscht *Lord Salisbury* Aufnahme dieser Erläuterung ins Protokoll, und *Graf de Saint-Vallier* bemerkt, der Schluß von Artikel 6 regele genau den vom britischen Bevollmächtigten vorgesehenen Fall.

Artikel 7, 8, 9, 10 werden ohne Diskussion gebilligt. Über Artikel 11, der die Schleifung der alten Festungen vorsieht, entsteht eine Diskussion über die Frist zur Durchführung der Klausel. Auf Antrag des *Grafen Andrássy* ersetzt der *Kongreß* die Worte „im kürzest möglichen Zeitraum" durch „innerhalb eines Jahres oder womöglich früher"[10]).

Herr *Desprez* verliest sodann die Bestimmungen über Ost-Rumelien[11]).

Caratheodory Pascha erhebt Bedenken gegen die ausdrückliche Erwähnung der christlichen Religion des Gouverneurs. Unter Hinweis auf den Grundsatz der Rechtsgleichheit, den der Kongreß bestätigt habe, meint er, diese Klausel entspreche nicht — allgemein gesagt — der Haltung der Hohen Versammlung. Er glaube im übrigen nicht, daß der Kongreß über die Religion des Gouverneurs befunden habe.

Der *Präsident* stellt fest, da die Hohe Versammlung in der Frage die Bestimmungen des Vertrages von San Stefano beibehalten habe, habe sie sie auch indirekt bestätigt. Er möchte nochmals dringend bitten, nicht noch nachträglich Einwände gegen schon gefaßte Kongreßbeschlüsse zu erheben.

Die anderen Artikel über Rumelien und die Paragraphen über Montenegro gehen anstandslos durch.

Herr *Desprez* verliest das Kapitel über Serbien[12]). Im Zusammenhang mit der Kapitalisierung des Tributs des Fürstentums betont *Fürst Gortschakow* die Bedeutung der Frage, zu der die russischen Bevollmächtigten Bedenken vorzubringen hätten. Da *Fürst v. Hohenlohe, Baron von Haymerle* und Herr *d'Oubril* zudem erklären, daß sie sich in dieser Frage für ihre Regierungen der Stimme enthalten hätten, beschließt der Kongreß, die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Die Artikel über die Schiffahrt auf der Donau[13]) werden ohne Diskussion gebilligt. Zum Artikel über Bosnien und die Herzegovina[14]) verweisen die ottomanischen Bevollmächtigten auf die Mitteilung, die dem Kongreß im Namen ihrer Regierung zu machen sie die Ehre hatten[15]).

---

[10]) Artikel 13 - 21 des Berliner Vertrags.
[11]) Artikel 26 - 33 des Berliner Vertrags.
[12]) Artikel 34 - 42 des Berliner Vertrags.
[13]) Artikel 52 - 57 des Berliner Vertrags.
[14]) Artikel 25 - 28 des Berliner Vertrags.
[15]) Vgl. oben Protokoll Nr. 12, S. 292f.

Zum Paragraphen über die Religionsfreiheit bemerkt *Graf Corti*, in der Diskussion im Kongreß zu diesem Problem hätten mehrere Bevollmächtigte verlangt, den status quo an den Heiligen Orten nicht nur für Frankreich, sondern auch für alle Mächte beizubehalten. Er beantrage Aufnahme eines Absatzes in diesem Sinne.

Der *Präsident* erinnert an die Vorbehalte, die Frankreich bei Annahme der Einladung zum Kongreß aussprach, Vorbehalte, die in der Fassung des Artikels zur ausdrücklichen Erwähnung der Rechte Frankreichs geführt hätten. Der zweite Teil des Absatzes, wonach „kein Eingriff in den *gegenwärtigen Zustand* an den Heiligen Orten geschehen soll", tue den Überlegungen des Ersten Bevollmächtigten Italiens Genüge.

Graf Corti beschränkt sich, angesichts dieser Erklärung, auf das Verlangen, seine Bemerkungen zu Protokoll zu nehmen.

Der *Präsident* dankt Herrn Desprez im Namen des Kongresses für seine Ausarbeitung, die S.E. soeben verlesen hat, und die Sitzung wird um sechs Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint Vallier, H. Desprez, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 18
Sitzung vom 11. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*
Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet.
Petitionsliste Nr. 13 wird erwähnt.
Protokolle Nr. 15 und 16 werden angenommen.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag der *russischen Bevollmächtigten*[1]), der laut Kongreßbeschluß in der vorigen Sitzung gedruckt und verteilt wurde.

Graf Andrássy ist der Ansicht, die Vorlage müsse [weiter] gekürzt werden. Der erst Absatz bis zu den Worten „deren Inkrafttreten zu überwachen" erscheine den Bevollmächtigten Österreich-Ungarns ausreichend: der zweite Absatz könne als mangelndes Vertrauen des Kongresses in sein eigenes Arbeitsergebnis ausgelegt werden. Er möchte ferner das erste Wort „Europa" durch „Die Hohen vertragsschließenden Parteien" ersetzen und hält die Worte: „nachdem sie ihre feierlichste und verbindlichste Sanktion gegeben haben" für entbehrlich. Er beantragt daher folgende Fassung:

„Die Hohen vertragsschließenden Parteien betrachten die Gesamtheit der Artikel des Vertragswerkes als ein Ganzes von Bestimmungen, deren Inkrafttreten zu kontrollieren und zu überwachen sie sich verpflichten."

Lord Salisbury kann sich den Zweck des russischen Antrages [immer noch] nicht erklären: Er kenne keine „feierlichere" und „verbindlichere" Sanktion als die Unterschrift seiner Regierung und möchte Verpflichtungen vermeiden, die ihm entweder überflüssig vorkommen, da Großbritannien selbstverständlich Wert auf Durchführung des Vertrages lege, oder die eine Bedeutung hätten, deren Tragweite ihm zu vage erscheint.

Fürst v. Bismarck fragt Seine Lordschaft, ob seine Ablehnung auch der vom Ersten Bevollmächtigten Österreich-Ungarns geänderten Fassung gelte, die den Antrag zusammenfasse und vereinfache. Er halte die Feststellung durchaus nicht für überflüssig, daß sich der Kongreß verpflichte, die Durchführung seines Werkes zu überwachen und zu kontrollieren; eine derartige Erklärung hätte nichts Ungewöhnliches an sich.

Der *Erste russische Bevollmächtigte* bemerkt, Marquis von Salisbury habe den Sinn der russischen Vorlage richtig ausgedrückt, als er erklärte, daß die britische Regierung Wert auf Durchführung der mit ihrer Unterschrift bestätigten Bestimmungen lege. Er erinnert an die Ausführungen des Fürsten v. Bismarck in der letzten Sitzung[2]) und ist der Ansicht, der Kongreß könne die Abstimmung trennen und zunächst über die erste Hälfte des Antrags befinden, den die russischen Bevollmächtigten als für die Würde der Hohen Versammlung wesentlich erachten.

Der *Präsident* hält es nach wie vor für richtig, über den ersten Absatz getrennt abzustimmen. Als Vertreter Deutschlands wäre er geneigt, auch den

[1]) Vgl. oben Protokoll Nr. 17, S. 344.
[2]) Vgl. oben Protokoll Nr. 17, S. 343.

zweiten anzunehmen, fürchte aber, daß die anderen Mächte nicht alle seine Haltung teilten. Er finde die österreich-ungarische Fassung praktischer; die Worte „feierlich und verbindlich" drückten an sich schon eine solche Selbstverständlichkeit aus, daß es unnötig sei, sie [noch einmal] zu bekräftigen.

Fürst Gortschakow kann der letzten Änderung nicht zustimmen: er wiederholt, das Bewußtsein von der Würde der Versammlung müsse sehr bestimmt zum Ausdruck gebracht werden.

Graf Schuwalow glaubt, es gebe keine Meinungsverschiedenheit mehr über den eigentlichen Grundgedanken: Graf Andrássy und Fürst v. Bismarck hätten beide anerkannt, daß die Sanktion, die der Kongreß dem Vertrag gebe, „feierlich und verbindlich" sei. Lord Salisbury habe erklärt, die Unterschrift Großbritanniens stelle bereits eine Verpflichtung derselben Art dar. Er könne sich nicht erklären, daß der Kongreß zögerte, Wendungen zu übernehmen, die in Wirklichkeit seine Überlegungen wiedergeben. Er schlägt daher folgenden Wortlaut vor: „Die Hohen vertragsschließenden Parteien betrachten, nachdem sie den Abmachungen des Berliner Vertrages ihr feierliche und verbindliche Sanktion gegeben haben, die Gesamtheit der Artikel des vorliegenden Werkes als ein Ganzes von Abmachungen, deren Inkrafttreten zu kontrollieren und überwachen sie sich verpflichten."

Caratheodory Pascha erinnert an seine früheren Ausführungen zu diesem Thema: natürlich halte die Pforte ihre Unterschrift für bindend und betrachte sich als ausdrücklich und strikt halten, Verpflichtungen auszuführen, die sie mit dem gleichen Anspruch wie alle anderen Signatarmächte des Vertrages unterschrieben haben werde. Der Wortlaut der russischen Vorlage zwinge jedoch allen vertragsschließenden Parteien die gegenseitige Pflicht auf, die Durchführung der Vertragsbestimmungen zu kontrollieren: die Pforte sähe sich also gezwungen, bei sich Kontrollen zuzulassen und ihrerseits andere, gleichermaßen verpflichtete Staaten zu kontrollieren. Er hebe nur die Schwierigkeiten dieser Aufgabe hervor und fügt hinzu, die Pforte sei bereit, den Vertrag durchzuführen, soweit sie betroffen sei, weigere sich jedoch, eine Kontrolle auszuüben oder sich ihr zu unterwerfen, da eine solche Verpflichtung neu sei und zu schwer für eine Regierung, die weder die damit verbundene Last noch einen Vorteil suche.

Fürst Gortschakow sagt, die Antwort der Hohen Pforte stehe überhaupt nicht im Gegensatz zur Grundidee im Antrag der russischen Bevollmächtigten. Da der ganze erste Absatz den Erklärungen Caratheodory Paschas entspreche, könnten die Vertreter der Türkei ihn auch annehmen.

Fürst v. Bismarck faßt die Diskussion zusammen und betont, das ganze Problem sei nur noch, ob es angebracht sei, dafür einen eigenen Artikel aufzunehmen, oder ob die Unterzeichnung des Vertrages schon als formelle Verpflichtung gelte, die keiner weiteren Sanktion mehr bedürfe. Der Erste ottomanische Bevollmächtigte scheine in der beantragten Formulierung einen Ausdruck des Mißtrauens gegen irgendeine der vertragsschließenden Parteien zu sehen, das nicht zum Vertrag paßte: Er selbst teile diese Befürchtung nicht.

Graf Andrássy hält an seiner Fassung fest und erhebt neue Einwände gegen

die Worte „indem sie auf der Durchführung bestehen", da sie ihm zu hart, und gegen „ihre Absichten", da sie ihm zu weich seien, denn es gehe hier gar nicht mehr um „Absichten", sondern um Bestimmungen.

Fürst Gortschakow sagt, er habe vom Kaiser, seinem Erhabenen Herren, den ausdrücklichen Befehl erhalten, einen Antrag vorzulegen, der die Sanktion der Kongreßakte sichern solle. Er halte den Gedanken seines Herrschers für vollkommen der Würde der Hohen Versammlung angemessen. Er sei jedoch bereit, einige Formulierungen abzuändern, ohne völlig der Fassung des Grafen Andrássy zuzustimmen. und er schlägt dem Kongreß die Fassung des Grafen Schuwalow vor.

Der *Präsident* legt dem Kongreß die neue Fassung vor. Die *Bevollmächtigten Österreich-Ungarns* haben keine Einwände. Die *Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens* und *Italiens* enthalten sich der Stimme. Die *Bevollmächtigten der Türkei* erklären, sie hätten ihren Ausführungen zur Sache nichts mehr hinzuzufügen. Die *deutschen Bevollmächtigten* stimmen für den russischen Antrag.

Der *Präsident* stellt fest, die Vorlage der russischen Bevollmächtigten habe nicht die Zustimmung des Kongresses gefunden, und geht zur Abstimmung über den Antrag des Grafen Andrássy über.

Die *Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens* und *Italiens* enthalten sich weiterhin, die *Bevollmächtigten der Türkei* lehnen den Text ab, und die *Bevollmächtigten Rußlands* halten sich an ihren Antrag.

Graf Corti bemerkt, die Hohe Versammlung teile die Ansicht des Fürsten Gortschakow über die Notwendigkeit, die vollständige Durchführung des Vertrages sicherzustellen, aber die italienischen Bevollmächtigten und die Kollegen, die sich wie sie der Stimme enthalten haben, halten die Erklärungen, die Caratheodory Pascha im Namen der Hohen Pforte abgab, für ausreichend.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* schlägt dem Kongreß vor, sich darauf zu beschränken, die Erklärung Caratheodory Paschas zur Kenntnis zu nehmen; die Formulierungen des Fürsten Gortschakow und Grafen Andrássy scheinen ihm zu vage gefaßt zu sein: Entweder tragen sie nichts zur Autorität des Vertrages bei, oder sie haben eine zu große Tragweite. Nach seinen Vorstellungen wollte der Kongreß, als er von der Türkei erhebliche Opfer verlangte, die Souveränität des Sultans in der reduzierten, aber kompakten Gesamtheit von Provinzen, die von nun an sein Reich bilden, vor jedem Eingriff bewahren. Die der Hohen Versammlung vorgeschlagene Fassung scheine der ottomanischen Regierung eine Art von ständiger Bevormundung aufzuerlegen: der Vertrag, den die Mächte unterzeichnen werden, enthält eine Fülle von Klauseln, die, formal nur vom Kongreß verfügte Kontrolle, als Vorwand für eine ständige Einmischung in alle Handlungen der Hohen Pforte dienen könnten. Das Interesse der türkischen Regierung, ja ihr offensichtlicher Vorteil sei es, alle Beschlüsse des Kongresses vollständig und ohne Hintergedanken durchzuführen. Die Mächte sollten die Erklärungen der Türkei durch ihren Ersten Bevollmächtigten zur Kenntnis nehmen. Bevor sie aber darüberhinausgehen, bevor sie ihre laut verkündeten Absichten anzweifeln, sollten sie abwarten, was sie aus dem Ver-

trag mache, denn sie hätten nicht das Recht anzunehmen, daß die ottomanische Regierung die Bestimmungen, denen sie zugestimmt hat, nicht durchführen wolle oder könne. Der Erste französische Bevollmächtigte begreife selbst nur schwer, wie man ein von sich aus schon so feierliches Werk noch mit einer Sanktion versehen solle, die entweder überflüssig oder gefährlich sei. Wolle man ein besonderes Kontrollrecht zu näher bezeichneten Bestimmungen schaffen, so könnte eine derartige Entscheidung vielleicht angehen. Aber ein allgemeines Kontrollrecht für so viele Klauseln sehr ungleicher Bedeutung einzuführen, wäre eine Gefahr für die Zukunft, und der Kongreß riskierte, wenn er diesen Weg einschlüge, Elemente der Zwietracht zwischen den Mächten einzuführen, da sie soeben doch ein Werk des Friedens und der Eintracht geschaffen hätten.

Fürst Gortschakow bleibt dabei, sein Antrag sei in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Ersten türkischen Bevollmächtigten. Er könne sich im übrigen nicht erklären, warum die angeregte Sanktion gegen die ottomanische Pforte gerichtet sein soll. Sie gelte in gleichem Maße allen anderen vertragsschließenden Parteien: Rußland wäre ihr zum Beispiel genauso unterworfen wie die Pforte und erkenne für sich selbst vollkommen eine Überwachung und Kontrolle der Mächte an.

Graf Schuwalow greift aus der Rede des Herrn Waddington die Erwähnung der Opfer auf, die der Kongreß von der Türkei gefordert hatte: diese Opfer seien nicht das Werk des Kongresses, sondern die Folgen des Krieges. Im Gegenteil, die Hohe Versammlung habe die ottomanische Pforte sehr nachsichtig behandelt, und sie habe sicherlich durch die neuen Bestimmungen mehr gewonnen als verloren. Zur Einmischung, die der französische Erste Bevollmächtigte erwähnte, erklärt Graf Schuwalow, Rußland verlange keine Einmischung in die [inneren] Angelegenheiten der Türkei, sobald die Vertragsbestimmungen durchgeführt seien, aber bis dahin gebe es Einmischung, und sie ergebe sich natürlich aus allen Kongreßbeschlüssen. Könne man behaupten, es gebe keine Einmischung in die Türkei, bei einem ganzen Netz Europäischer Kommissionen in Rumelien, in den griechischen Provinzen, in Armenien usw.?

Graf Schuwalow teilt mit Herrn Waddington die Hoffnung, daß diese Einmischung in schon sehr naher Zukunft aufhöre, aber für die Gegenwart halte er sie für unumgänglich, denn sie sei eine Konsequenz aus den Ergebnissen des Kongresses: Schon die Existenz Europäischer Kommissionen beweise, daß die Lage selbstverständlich zu überwachen und zu kontrollieren sei. Da dieses Recht besteht, sehen die russischen Bevollmächtigten nicht ein, warum man die Dinge nicht beim Namen nenne und warum man die von ihnen verlangte Kontrolle und Überwachung verweigere.

Herr *Waddington* möchte sich auf die Bemerkung beschränken, die Europäischen Kommissionen hätten ein genaues und eindeutig umschriebenes Ziel, während der russische Antrag kein deutlich festgelegtes Ziel habe.

Der *Präsident* stellt fest, daß der Kongreß den russischen Antrag und den österreichischen Abänderungsantrag, der dessen Gedankengang wiedergab, nicht gebilligt habe. Ergebnisse der Diskussion seien daher nur Tatsachen, die ins Protokoll kämen, nämlich der Antrag selbst, die Antwort der Pforte und der

Kongreßbeschluß, die Erklärungen der Ersten Ottomanischen Bevollmächtigten zur Kenntnis zu nehmen.

Die Hohe Versammlung geht über zur Frage des Tributs Rumäniens und Serbiens, die in der letzten Sitzung unerledigt blieb.

Der *Präsident* erinnert daran, daß sich die Frage folgendermaßen darstelle: der Erste türkische Bevollmächtigte hat im Kongreß zwei Anträge eingebracht, einen in der Sitzung vom 28. Juni für Serbien[3]), den anderen in der Sitzung vom 1. Juli für Rumänien[4]): S.E. fordere, die von diesen Ländern bis jetzt an die Hohe Pforte gezahlten Tribute zu kapitalisieren und den Betrag in die Kassen des ottomanischen Staatshaushalts zu leiten. Der Kongreß habe die Anträge der Redaktionskommission überwiesen, ohne endgültig über das Prinzip [selbst schon] befunden zu haben. Die Kommission unterbreite nunmehr einen Vorschlag folgender Fassung:

„Der Tribut Serbiens (Rumäniens) wird kapitalisiert, und die Vertreter der Mächte in Konstantinopel legen, im Einvernehmen mit der Hohen Pforte, den Zinsfuß für die Kapitalisierung fest."

Bevor der Kongreß jedoch über die Fassung befinden könne, sei zu entscheiden, ob die Länder überhaupt grundsätzlich die Last der Kapitalisierung des Tributs zu übernehmen hätten, da der Vertrag von San Stefano sie ihnen auch nicht auferlegt habe.

Lord Salisbury beleuchtet die Schwierigkeit unter einem doppelten Gesichtspunkt: es gebe hier zwei Fragen, den Tribut an sich und das Interesse der Gläubiger der Pforte.

Den Tribut hätten nicht große Opfer und Siege der Fürstentümer getilgt; hätten nämlich die Rumänen und Serben gesiegt, so wäre der Tribut aufgehoben. So jedoch habe Rußland die Kosten getragen und die ottomanische Pforte besiegt. Er sehe nicht, mit welchem Grund der Türkei der Verlust des Tributs auferlegt werden könnte. Andererseits sei der Tribut Teil der Bürgschaft für die Gläubiger der Pforte, und diese Bürgschaft dürfe ihnen nicht genommen werden.

Fürst Gortschakow wendet sich energisch gegen die soeben geäußerte Meinung: Bei Proklamation der Unabhängigkeit Rumäniens und Serbiens sei von Kapitalisierung des Tributs keine Rede gewesen. Daher seien die Fürstentümer aller Verpflichtungen ledig, ausgenommen für die [neuerworbenen] Landesteile, die einen Teil der [türkischen Staats]Schuld [zu] übernehmen [haben]. Müßten die Fürstentümer den Tribut kapitalisieren, so könnten sie die dafür erforderlichen Summen nur schwer auftreiben. Die Verpflichtungen, die sie dann eingehen müßten, wären für sie eine höhere Ausgabe als der Tribut, den sie abgelöst hätten.

Graf Schuwalow hatte bis jetzt geglaubt, die Frage sei schon allein mit der Unabhängigkeitserklärung entschieden, weshalb er zu diesem Thema bisher nichts gesagt habe. Je mehr er über die Frage nachdenke, umso gerechter er-

---

[3]) Vgl. oben Protokoll Nr. 8.
[4]) Vgl. oben Protokoll Nr. 10.

scheine es ihm, daß die Fürstentümer einen Teil der Schuld für ihre neuen Gebiete übernehmen, desto ungerechter erschiene es ihm aber auch, wenn die türkische Regierung sie zur Kapitalisierung des Tributs zwingen würde. Eine derartige Entscheidung versetzte die beiden Fürstentümer und die Pforte in die Lage von Staaten, die ein Geschäft abschließen, auf der Grundlage einer Befreiung vom Tribut, im Austausch gegen die Unabhängigkeit: Dem sei aber nicht so, denn die Unabhängigkeit sei ein Ergebnis des Krieges. Lord Salisbury habe gesagt, die rumänischen und serbischen Heere seien nicht bis vor die Mauern Konstantinopels vorgedrungen, sondern die russische Armee, die ersteren hätten keinen Erfolg zu verzeichnen. Graf Schuwalow stellt dagegen fest, daß diese Heere erheblichen Erfolg hatten — das eine habe mehrere Bollwerke bei Plewna genommen, das andere habe einen Teil ottomanischen Staatsgebiets besetzt und halte es noch besetzt. Müßten die Fürstentümer ihre Unabhängigkeit unter diesen Umständen mit Geld ablösen, so frage sich, was sie durch den Krieg gewonnen hätten. Er müsse daran erinnern, wie schon in einer früheren Sitzung, daß Rußland im Londoner Protokoll eine sehr gemäßigte Akte vorgeschlagen habe; die Türkei habe es abgelehnt und müsse nun die Folgen ihrer Ablehnung selbst tragen.

Der *Erste französische Bevollmächtigte* schließt sich der Meinung des Ersten russischen Bevollmächtigten an. Besonders erscheine ihm unmöglich, von Rumänien die Kapitalisierung des Tributs zu verlangen: Nicht nur stehe im Vertrag von San Stefano nichts davon, sondern er erkenne sogar das Recht der Rumänen auf Kriegsentschädigung an. Mit welchem Recht verlange man jetzt von Rumänien ein Opfer, nachdem es eine so hervorragende Rolle im Krieg gespielt hat? Serbien befinde sich im letzten Punkt fast in der selben Situation: die französischen Bevollmächtigten werden gegen die Kapitalisierung des Tributs stimmen.

Graf de Saint-Vallier fügt hinzu: unter der Voraussetzung, daß die neuen Gebiete einen proportionellen Anteil an der [türkischen Staats]Schuld übernehmen.

Graf Andrássy verweist auf Artikel V des Vertrages von San Stefano, an den soeben erinnert worden sei, wonach zwischen Rumänien und der Türkei eine Kriegsentschädigung auszuhandeln sei. Der Kongreß habe sich diese Bestimmung ebensowenig zu eigen gemacht wie eine entsprechend von Serbien geforderte. Aber eine Kapitalisierung des Tributs führe zu Schwierigkeiten und Diskussionen, die besser vermieden würden. Die österreich-ungarischen Bevollmächtigten würden ebenso stimmen wie die französischen Bevollmächtigten.

Der *Präsident* bemerkt, Einstimmigkeit des Kongresses wäre erforderlich, um die Verpflichtung zur Ablösung des Tributs festzulegen. Die vorausgegangenen Voten zeigten aber schon hinreichend, daß eine Majorität dagegen sei: Er dürfe daher die Frage als erledigt ansehen, und die Redaktionskommission müsse den Artikel zur Kapitalisierung der rumänischen und serbischen Tributzahlungen aus ihrer Vorlage streichen.

Der *Erste italienische Bevollmächtigte* legt dem Kongreß im Namen seiner

Kollegen aus Frankreich, Großbritannien und Italien folgende Erklärung zur Aufnahme im Protokoll vor:

„Die auf dem Kongreß vertretenen Mächte sind dafür, der Hohen Pforte die Bildung einer Finanzkommission aus Fachleuten in Konstantinopel zu empfehlen, mit dem Auftrag, die Forderungen der Inhaber von türkischen Staatsschuldscheinen zu prüfen und die wirksamsten Mittel vorzuschlagen, um ihnen im Rahmen der Finanzlage der Hohen Pforte Genugtuung zu verschaffen".

Caratheodory Pascha sagt, seine Regierung werde alle ihre Sorgfalt auf die Finanzfrage verwenden: es sei Pflicht und Interesse der Pforte, alles ihr Mögliche zu tun, um die Lage zu verbessern. Die verschiedenen Anträge, die die ottomanischen Bevollmächtigten dem Kongreß zum Tribut, dem proportionellen Anteil an der Schuld usw. vorgelegt haben, bezeugten die Sorge der türkischen Regierung für die Interessen ihrer Gläubiger. Aber er könne die Erklärung der Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens in ihrer gegenwärtigen Fassung nicht hinnehmen.

Ohne bisher Bedingungen oder Zeitraum für eine Einigung genauer angeben zu können, weist Caratheodory Pasch darauf hin, daß die Gläubiger der Pforte nach einer Verständigung untereinander und mit der Regierung suchten, die sich ihrerseits bemühen werde, sie im Rahmen ihrer Mittel zufriedenzustellen.

Auf Anfrage des *Präsidenten*, ob sich die anderen Mächte dem vom Grafen Corti im Namen seiner Kollegen aus England, Frankreich und Italien verlesenen Antrag anschließen, erklären die *Bevollmächtigten Österreich-Ungarns* und *Rußlands*, ihm ihre Zustimmung zu geben. *Fürst v. Bismarck* gibt im Namen Deutschlands die gleiche Erklärung ab. S.D. stellt fest, daß die Vorlage zu Protokoll genommen wird und der Kongreß sie zur Kenntnis nimmt.

Der *Kongreß* geht zum Bericht der Delimitationskommission über die asiatische Grenze über.

Fürst v. Hohenlohe verliest folgende Vorlage:

„Die Kommission hat die Ehre, dem Kongreß folgenden Beschluß zu unterbreiten:

Da die britischen Bevollmächtigten der Grenzziehung, die die russischen Bevollmächtigten dem Kongreß für das Tal von Alaschkerd vorgelegt haben, ihre Zustimmung nicht gegeben haben, ergibt sich, daß sich der britische Bevollmächtigte auf eine Grenzlinie stützt, die seiner Regierung durch den russischen Botschafter in London[5]) mitgeteilt wurde. Letzterer nimmt die Grenzziehung, die mitzuteilen er beauftragt worden ist, an und nimmt die Grenzen des Vertrages von San Stefano bis zu den Punkten westlich von Karaugan und Kassadagh zurück.

Die Delimitationskommission nimmt die Erklärung des russischen Vertreters zur Kenntnis, wonach der Verlauf der neuen Grenze zwischen Rußland und der Türkei an einem Punkt westlich von dem Dorfe Karaugan beginnt, in gerader Linie zum Dorf Medjingert läuft; von Medjingert folgt sie gerader Linie auf den

[5]) D.h. Graf Schuwalow.

Gipfel des Gebirges Kassadagh zu und folgt von dort der Wasserscheidelinie zwischen den Zuflüssen des Arax im Norden und denen des Murad Su im Süden bis zu der alten Grenze Rußlands[6]).

Da die Delimitationskommission weder Kenntnis des Geländes noch die erforderlichen Karten und Unterlagen besitzt, um die Schwierigkeiten überwinden zu können, die in der militärischen Sonderkommission zwischen den englichen und russischen Delegierten entstanden, schlägt sie vor, die Überwindung der Meinungsverschiedenheit und die genaue Grenzziehung bei Alaschkerd einer Militärkommission aus einem russischen, ottomanischen und englischen Offizier zu übertragen."

Graf Schuwalow teilt dem Kongreß mit, wegen Abweichungen in den geographischen Karten des Tales von Alaschkerd wäre eine Verständigung endgültig erst an Ort und Stelle zwischen den russischen und türkischen Kommissaren möglich. Da Lord Salisbury gewünscht habe, ihnen einen englischen Delegierten beizugeben, habe Graf Schuwalow eingewilligt. *Lord Salisbury* fügt hinzu, er habe auch nichts gegen Hinzuziehung von Delegierten anderer Mächte.

Graf Schuwalow erwidert, es gebe keinen Grund zur Entsendung einer europäischen Kommission, um eine Grenze in Asien zu ziehen.

Da zur Grenzziehung in Asien keine Wortmeldung mehr vorliegt, erklärt der Präsident, daß der Kongreß die erzielte Einigung billigt.

Bevor die Hohe Versammlung in ihrer Tagesordnung fortfährt, verlangt *Caratheodory Pascha* die Einfügung folgender Ergänzung ans Ende des Artikels über Bosnien und die Herzegovina, der in der gestrigen Sitzung verlesen wurde: „Die Regierungen Österreich-Ungarns und der Türkei behalten sich die Verständigung im Einzelnen vor."

Da *Graf Andrássy* keinen Einwand erhebt, billigt der Kongreß den Zusatz und fügt ihn sofort in den betreffenden Artikel ein[7]).

Der *Präsident* bittet Herrn Desprez als Berichterstatter der Redaktionskommission, die Lesung des Vertragsentwurfs, die er in der gestrigen Sitzung begonnen hat, zu Ende zu führen.

Herr *Desprez* weist zunächst darauf hin, daß die gestern von der Hohen Versammlung zum Problem der Räumungsfristen in Montenegro und Serbien gefaßten Beschlüsse mit zusätzlichen Paragraphen berücksichtigt worden seien[8]); ein weiterer zusätzlicher Paragraph zum Problem des Leuchtturmes auf der Schlangeninsel sei in das Kapitel über die Donau aufgenommen[9]).

Nachdem *S.E.* diese verschiedenen Bestimmungen verlesen hat, setzt er die Verlesung des Vertragsentwurfes fort.

Der Artikel über das Reglement, das für die christlichen Provinzen der europäischen Türkei unter direkter Verwaltung der Pforte auszuarbeiten ist,

---

[6]) Vgl. Art. 58 Abs. 3 des Berliner Vertrags.
[7]) Vgl. Art. 25, Abs. 2 des Berliner Vertrags.
[8]) Vgl. Protokoll Nr. 17, S. 342.
[9]) Vgl. Art. 56 des Berliner Vertrags.

führt zu einer Diskussion zwischen *Lord Salisbury*, *Caratheodory Pascha* und Herrn *Desprez*, vor allem zur Frage der notwendigen Vergleichbarkeit zwischen diesem und dem schon für Kreta gültigen Reglement. Demnach gilt es nicht für das Finanzwesen, so daß, gemäß Vorschlag der Redaktionskommission, dem ursprünglichen Artikel folgende Worte anzufügen sind: „ausgenommen bezüglich der Kreta gewährten Abgabefreiheit"[10]).

Zum Paragraphen über die Vermittlung der Mächte für den Fall, daß es der Türkei und Griechenland nicht gelingen sollte, sich über die im 13. Protokoll angegebene Grenzberichtigung zu verständigen[11]), verlangt *Caratheodory Pascha* Vertagung; er erwarte für morgen Anweisungen von der Pforte.

Der *Präsident* sagt, der fragliche Paragraph bringe einen Wunsch des Kongresses zum Ausdruck und sei kein Beschluß, dem sich die Pforte anzuschließen hätte. Die Mächte wollten lediglich zum Ausdruck bringen, daß sie vom Wunsche beseelt sind, einen Erfolg der Verhandlungen zu sehen. Zu diesem Punkt habe die Pforte offensichtlich keine Stellungnahme abzugeben, und der Kongreß keinen Beschluß zu fassen.

Herr *Desprez* verliest die Artikel über Asien, von denen sich bestimmte topographische Einzelheiten noch nicht endgültig formulieren ließen, bevor die Redaktionskommission nicht den Text von der Delimitationskommission erhalten habe.

Der Lesung der Paragraphen über Khotur und die Armenier[12]) folgen nur Bemerkungen formaler Natur: Zum Paragraphen mit Erwähnung der Verträge von Paris und London[13]) erinnert *Lord Salisbury* daran, daß er zunächst in einer früheren Sitzung über die Fassung dieses Artikels eine gewisse Beunruhigung zum Ausdruck gebracht habe[14]). Seine Bedenken seien aber nun teilweise durch die vor dem Kongreß abgegebenen Erläuterungen ausgeräumt. Deshalb beschränke er sich heute darauf, folgende Erklärung zu Protokoll zu geben, die nur seine Regierung binde:

„In Anbetracht dessen, daß der Vertrag von Berlin einen erheblichen Teil der durch den Pariser Vertrag von 1856 bestätigten Abmachungen ändern wird und daß die Auslegung von Artikel 2 des Londoner Vertrages, der vom Pariser Vertrag abhängt, daher angefochten werden kann, erkläre ich für England, daß sich die Verpflichtungen Ihrer Britannischen Majestät zur Schließung der Meerengen auf eine Verbindlichkeit gegenüber dem Sultan beschränken, in dieser Beziehung unabhängige Beschlüsse Seiner Majestät in Übereinstimmung mit dem Geist bestehender Verträge zu respektieren."

Graf Schuwalow behält sich vor, bei Gelegenheit eine Gegenerklärung zu Protokoll zu geben[15]).

---

[10]) Vgl. Art. 23, Abs. 2 des Berliner Vertrags.
[11]) Vgl. oben Protokoll Nr. 13, S. 309.
[12]) Vgl. Art. 60, Abs. 2 bzw. Art. 61 des Berliner Vertrags.
[13]) Art. 63 des Berliner Vertrags.
[14]) Vgl. oben Protokoll Nr. 16, S. 338.
[15]) Vgl. unten Protokoll Nr. 19, S. 363.

Nachdem die Lesung des Vertragsentwurfes beendet ist, gibt Herr *Desprez* dem Kongreß den Entwurf der Präambel bekannt.

Der *Kongreß* nimmt den Wortlaut an und stimmt der Gesamtheit des Entwurfes zu, den Herr Desprez soeben verlesen hat. Eine zweite Lesung des durch noch ausstehende Details zu vervollständigenden Entwurfes, Artikel für Artikel, soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Graf Schuwalow teilt der Hohen Versammlung mit, Lord Salisbury habe Telegramme erhalten, die die bedauerlichsten Unruhen in den Distrikten der Rhodopen anzeigen: nach diesen Informationen wäre eine Bevölkerung von mehr als hunderttausend Seelen einer vollständigen Anarchie ausgeliefert: Dörfer seien niedergebrannt, Massaker, Gewalttätigkeiten und schreckliche Exzesse begangen. Ihre Exzellenzen sind dafür, solchen Grausamkeiten so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten. Graf Schuwalow bemerkt, daß die betreffenden Gebiete außerhalb des Befehlsbereichs des Oberkommandierenden der russischen Armee liegen, und regt im Einvernehmen mit Lord Salisbury, an, europäische Kommissare an Ort und Stelle zu entsenden mit dem Auftrag, die Anwendung repressiver Maßnahmen zu bewirken. Die Regierungen könnten ihre Vertreter in Konstantinopel auffordern, Delegierte zu benennen.

Der *Präsident* fragt, welche Exekutivgewalt die Kommissare hätten.

Graf Schuwalow antwortet, er könne sie in diesem Augenblick nicht nennen; da russische Truppen dort nicht stationiert sind, dürfe man aber auf die Hilfe der örtlichen Behörden hoffen.

Fürst Gortschakow ist der Ansicht, die Kommissare müßten bei der ihnen anvertrauten Mission auch versuchen, die Richtigkeit der Lord Salisbury mitgeteilten Tatsachen zu überprüfen.

Nach einem Gedankenaustausch zu diesem Problem zwischen mehreren Bevollmächtigten verliest *Graf de Saint-Vallier* folgenden Resolutionsentwurf, der im Einvernehmen mit dem Marquis von Salisbury abgefaßt ist:

„Die Bevollmächtigten der zum Berliner Kongreß versammelten Mächte sind von den Berichten, die einige unter ihnen über die gegenwärtigen Leiden der Bevölkerung der Rhodopen und benachbarter Gebiete erhalten haben, tief betroffen. Sie empfehlen daher den Botschaftern in Konstantinopel, sich mit der Hohen Pforte über die sofortige Entsendung einer europäischen Kommission zu verständigen, die beauftragt wird, vor Ort das Ausmaß der Tatsachen festzustellen und zu versuchen, im Rahmen des Möglichen hier Abhilfe zu schaffen."

Der Resolutionsentwurf erhält die einhellige Zustimmung des Kongresses.

Der *Präsident* bemerkt unter allgemeiner Zustimmung, die Mitglieder der Hohen Versammlung hätten bei Annahme dieser, dem Ziel ihrer Beratungen an sich fremden Resolution nicht in ihrer Eigenschaft als Kongreßmitglieder gehandelt, sondern als Vertreter ihrer jeweiligen Regierungen.

Die Sitzung wird um halb sechs Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Waddington, Saint Vallier, Odo Russell, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 19
Sitzung vom 12. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet.
Protokoll Nr. 17 wird angenommen.
Petitionsliste Nr. 14 wird erwähnt.

Auf der Tagesordnung steht der ergänzende Bericht der Redaktionskommission.

Herr *Desprez* berichtet, die Kommission sei den gesamten Vertrag noch einmal durchgegangen und habe Bedenken gegen Artikel 2 zur Grenzziehung Bulgariens erhoben: Absatz 3 dieses Artikels, der für bulgarische Truppen freien Durchmarsch auf der Etappenstrecke zwischen Vidin und Sofia auf der Straße Sofia-Pirot-Vidin über den St. Nikolaus-Paß vorsehe, erscheine unzulässig. Die Kommission schlage vor, ihn ersatzlos zu streichen, denn der Kongreß dürfe nicht den Fall vorhersehen, daß Bulgarien gegen die Türkei Krieg führe.

Die *Hohe Versammlung* stimmt diesen Ausführungen zu. Herr *Desprez* fährt fort, die Kommission habe zu Absatz 2 desselben Paragraphen, der der Türkei grundsätzlich das Recht auf eine Militärstraße im Süden des Sandjak von Sofia einräumt, keinen Beschluß gefaßt: Übereinstimmung in der Frage sei nicht zu erzielen gewesen.

Graf Schuwalow erinnert daran, die russischen Bevollmächtigten hätten grundsätzlich für das Durchmarschrecht gestimmt; Anweisungen in diesem Sin-

ne, entsprechend Protokoll Nr. 17, gingen den russischen Offizieren zu: Er sei jedoch gegen die vorliegende Fassung des Artikels mit der genauen Beschreibung des Verlaufs der Transitstraße.

Der *Präsident* meint, es sei in der Tat gefährlich, in einem Vertragsartikel eine Militärstraße in einem kaum bekannten Gelände, dazu auf einer Karte zu bezeichnen, die nicht absolut genau sein könnte. Eine Festlegung könnte selbst dem unbequem werden, für den sie ursprünglich gedacht gewesen sei. S.D. verliest nochmals den einschlägigen Passus des Protokolls Nr. 17 mit der Zusammenfassung der Diskussion[1]) und regt an, den genauen Verlauf der Straße, gemäß dem seinerzeitigen Kongreßbeschluß, weiteren Verhandlungen an Ort und Stelle vorzubehalten. Die näheren Angaben in Absatz 2 Paragraph 3 würden demnach entfallen, und es bliebe nur noch die grundsätzliche Anerkennung des Rechts der Türkei auf eine Militärstraße.

Fürst v. Hohenlohe schlägt vor, sich genau an den Wortlaut des Protokolls zu halten und die genaueren Angaben am Ende des Absatzes wegzulassen.

Graf Schuwalow fordert Streichung des gesamten Paragraphen 3, denn er habe den Absatz [seinerzeit] nur im Zusammenhang mit Absatz 1 gebilligt, der auch Bulgarien eine Etappenstraße einräume.

Lord Salisbury wendet ein, wenn Absatz 1 erhalten bliebe, sähe er sich gezwungen, für England zu Protokoll zu geben, daß keine Bestimmung des Vertrages Bulgarien das Recht auf [Entscheidung über] Krieg und Frieden gebe.

Graf Schuwalow bemerkt, um genau diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, habe er ersatzlose Streichung des gesamten Paragraphen 3 vorgeschlagen.

Nach Ausführungen des *Grafen de Launay*, *Lord Salisburys* und des *Grafen Schuwalow* beschließt der *Kongreß*, Paragraph 3 Artikel 2 des Vertragsentwurfs zu streichen, nachdem die russischen Bevollmächtigten erklärt haben, daß die Verpflichtungen, denen sie in Protokoll Nr.17 zur Frage der Militärstraße für die Türkei zugestimmt haben, auch dann weiterhin gelten sollen.

Entsprechend wird der gleiche Abschnitt in Artikel 36 zur serbischen Grenzziehung ebenfalls gestrichen.

Caratheodory Pascha bezieht sich auf Artikel 24 über die Grenzberichtigung für Griechenland und die mögliche Vermittlung der Mächte: Nachdem die Pforte den Anträgen auf Grenzberichtigung nicht zugestimmt habe, behalte sie sich vor, die Kabinette der Signatarmächte über die wahre Lage in der griechischen Frage zu informieren. Er verlangt, ,,Vermittlung'' durch ,,gute Dienste'' zu ersetzen.

Herr *Desprez* erinnert daran, daß das von der Kommission angenommene Wort ,,Vermittlung'' mit Protokoll Nr. 13 übereinstimmt[2]).

Graf de Launay erklärt, die von Caratheodory Pascha verlangte Abänderung würde Bedeutung und Tragweite des Antrages der französischen und italienischen Bevollmächtigten sowie den Beschluß der Hohen Versammlung einschränken.

---

[1]) vgl. oben Protokoll Nr. 17, S. 342.
[2]) Vgl. oben Protokoll Nr. 13, S. 305.

Der *Präsident* führt aus, der Artikel gehe die ottomanischen Bevollmächtigten überhaupt nichts an, da er nur Absichten der sechs Mächte wiedergebe, die stets frei seien, sich untereinander, auch ohne Zutun der Türkei, über diese Frage zu verständigen.

Herr *Desprez* fährt in der Verlesung noch strittiger Punkte im Vertrag fort und zitiert Einwände der türkischen Bevollmächtigten gegen die letzten Zeilen von Absatz 2 Artikel 36: „Serbien im Süden des Dorfes Prepolac ein Vorfeld von 1000 Meter Tiefe belassend."

Caratheodory Pascha und *Mehemed Ali Pascha* verlangen, die Schlucht von Prepolac beim ottomanischen Staatsgebiet zu belassen.

Graf de Saint-Vallier erinnert daran, daß der Kongreß, entsprechend der Ansicht der Delimitationskommission, beschlossen habe, dem Protest der ottomanischen Bevollmächtigten gegen ein Vorfeld von 1000 Metern im Süden von Prepolac für Serbien, wie es ursprünglich vorgesehen war, stattzugeben. Aber nach Ausweis des Protokolls habe der Kongreß nie beabsichtigt, die Konzession über das Zurückgehen auf die ursprüngliche österreichische Linie zu treiben, also bis zur Preisgabe der 1000-Meter-Zone[3]). Daher bleibe der Ort Prepolac zwar türkisch, aber es sei nie die Rede gewesen, die Schlucht hinter dieser Stadt noch einzubeziehen, weil das die Grenze viel weiter nach Norden zurückverlegen würde, als der Kongreß vorhatte.

Der *Präsident* erklärt, es sei unmöglich, die Diskussion darüber wieder inhaltlich aufzunehmen: Aufgabe der Kommission war es, Beschlüsse des Kongresses zu redigieren, nicht zu revidieren.

Fürst v. Hohenlohe sagt, eine Fußnote zu Seite 2 des Vertragsentwurfs vermerkt: „Alle Ortsbezeichnungen nach der österreichischen Generalstabskarte." Die Anmerkung könne so im Vertrag stehenbleiben, aber da sie als Erläuterung sehr wichtig sei, sei sie im Protokoll festzuhalten.

Der *Präsident* unterstützt diese Bemerkung, und der Kongreß macht sie sich zu eigen.

Herr *Desprez* fährt fort, zum Vertragsentwurf gebe es sonst keine weiteren Einwände mehr, bis auf den Artikel über die Grenzziehung in Asien, worüber sich die britischen und russischen Bevollmächtigten noch nicht ganz einig seien.

Nach einer Diskussion zu diesem Punkt zwischen *Graf Schuwalow* und *Lord Salisbury* beschließt der Kongreß eine Sitzungspause, um den Bevollmächtigten Großbritanniens, Rußlands und der Türkei Gelegenheit zu geben, die Grenzziehung im Einzelnen endgültig festzulegen.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt *Graf Schuwalow* bekannt, die Vertreter der drei Mächte hätten sich über den letzten Absatz von Artikel 59 und die Streichung von Artikel 60 verständigt.

Der *Präsident* stellt fest, daß die Abfassung des Vertrages abgeschlossen ist.

S. D. lenkt sodann die Aufmerksamkeit seiner Kollegen auf die Frage, in

---

[3]) Vgl. oben Protokoll Nr. 15, S. 330.

welcher Form und zu welchem Zeitpunkt die Übermittlung des Vertrages an betroffene Staaten, die nicht am Kongreß teilgenommen haben, vorzunehmen sei, d.h. an Griechenland, Persien, Montenegro und die für unabhängig erklärten Fürstentümer[4]).

Nach einem Gedankenaustausch zu dieser Frage befindet die Hohe Versammlung, die Mitteilung sei in offizieller Form erst nach Austausch der Ratifikationsurkunden möglich, denn auch die Ratifikationsurkunden, und nicht nur die Unterschriften, verliehen den Verträgen ihren endgültigen Wert. Der *Kongreß* räumt allerdings ein, daß es schwierig sei, die Ratifizierung abzuwarten und dann erst den fraglichen Staaten Kenntnis von den sie betreffenden Vereinbarungen zu geben, und ermächtigt, auf Antrag des *Fürsten v. Bismarck*, den Präsidenten, nach Unterzeichnung den interessierten Staaten die sie betreffenden Beschlüsse mitzuteilen - zwar in authentischer Fassung, aber noch in halbamtlicher Form. S.D. wird diesen Staaten den vollständigen Vertrag nach Austausch der Ratifikationsurkunden offiziell übermitteln.

Die *Hohe Versammlung* beschließt ferner, den Austausch der Ratifikationsurkunden, der laut Vertragsentwurf in einer Frist von vier Wochen vorgesehen war, schon in einer Frist von drei Wochen vorzunehmen: Der letzte Artikel lautet daher entsprechend „in einer Frist von drei Wochen oder, wenn tunlich, früher[5])."

Die Fristen für Gebietsräumungen sollen nicht, wie bisher vereinbart, vom Tage der Unterzeichnung an gelten, sondern erst vom Tage der Ratifizierung an; der letztere Stichtag ist anstelle des der Unterzeichnung in allen Teilen des Vertrages einzusetzen, in denen der Tag der Unterzeichnung als Beginn der den Betroffenen zugestandenen Fristen festgelegt war.

Graf Schuwalow erinnert an die Erklärung Lord Salisburys zur Meerengenfrage aus der vorigen Sitzung[6]) und verlangt Aufnahme einer Erklärung der russischen Bevollmächtigten zur selben Frage im Protokoll:

„Die russischen Bevollmächtigten beschränken sich, ohne den Antrag des Zweiten britischen Bevollmächtigten zur Schließung der Meerengen ganz zu verstehen[7]), darauf, ihrerseits folgende Bemerkung zu Protokoll zu geben: Ihrer Ansicht nach ist der Grundsatz der Schließung der Meerengen ein europäischer Grundsatz, und die einschlägigen Bestimmungen von 1841, 1856 und 1871, die der Berliner Vertrag soeben bekräftigt, sind für alle Mächte verbindlich, gemäß dem Geist und dem Buchstaben der bestehenden Verträge nicht nur gegenüber dem Sultan, sondern auch gegenüber allen Signatarmächten dieser Abmachungen."

---

[4]) D.h. Serbien und Rumänien.
[5]) Vgl.Art. 64 des Berliner Vertrags.
[6]) Vgl. oben Protokoll Nr. 18, S. 357.
[7]) Der Sinn ist nicht ganz klar; vgl. Medlicott, The Congress of Berlin, S. 121f. Gemeint ist offenbar der englische Vorbehalt, die Sperrung der Meerengen gegen ausländische Kriegsschiffe nicht mehr zu respektieren, wenn der Sultan unter ausländischen, d.h. russischen Einfluß käme und selbst nicht mehr Herr seiner eigenen souveränen Beschlüsse wäre.

Lord Salisbury teilt dem Kongreß mit, er habe, gemäß dem Beschluß der Vertreter der Mächte von gestern[8]), den britischen Botschafter in Konstantinopel beauftragt, sich mit seinen Kollegen zur Frage der in die Rhodopen zu entsendenden Kommissare ins Einvernehmen zu setzen.

Graf Andrássy, Herr *Waddington*, *Graf Corti*, *Fürst Gortschakow* und *Fürst v. Bismarck* teilen ebenfalls mit, gleiche Anweisungen seien an die Vertreter ihrer Regierung in Konstantinopel ergangen.

Der Kongreß setzt für morgen, Samstag den 13. Juli, die feierliche Unterzeichnung des Vertrages an.

Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Andrássy, Károlyi, Haymerle, Waddington, Saint-Vallier, H. Desprez, Salisbury, Odo Russell, L. Corti, Launay, Gortschakow, Schuwalow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Protokoll Nr. 20
Sitzung vom 13. Juli 1878

Anwesend:

Für *Deutschland*:
Fürst v. Bismarck, Herr von Bülow, Fürst v. Hohenlohe-Schllingsfürst.

Für *Österreich-Ungarn*:
Graf Andrássy, Graf Károlyi, Baron von Haymerle.

Für *Frankreich*:
Herr Waddington, Graf de Saint-Vallier, Herr Desprez.

Für *Großbritannien*:
Graf von Beaconsfield, Marquis von Salisbury, Lord Odo Russell.

Für *Italien*:
Graf Corti, Graf de Launay.

Für *Rußland*:
Fürst Gortschakow, Graf Schuwalow, Herr d'Oubril.

Für die *Türkei*:
Alexander Caratheodory Pascha, Mehemed Ali Pascha, Sadoullah Bey.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet.

---

[8]) Vgl. oben Protokoll Nr. 18, S. 358.

Der *Präsident* bemerkt, Protokoll Nr. 18 sei verteilt, Protokoll Nr. 19 werde im Laufe des Tages in Händen der Bevollmächtigten sein. Die zwei Protokolle seien dann von den Mitgliedern der Hohen Versammlung zu prüfen. Da es aber nicht mehr möglich sei, alle Unterschriften für die Endfassungen einzuholen, schlägt *Fürst v. Bismarck* vor, die Bevollmächtigten, die schon vor Abzeichnung abreisten, möchten ihre in Berlin akkreditierten Botschafter ermächtigen, die letzten Protokolle in ihrem Namen abzuzeichnen.

Der Antrag wird angenommen.

Der *Präsident* bittet die Bevollmächtigten, die Unterzeichnung des Vertrages vornehmen zu wollen.

Graf Andrássy ergreift das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Meine Herren,

In dem Augenblick, da unsere Bemühungen in eine allgemeine Übereinkunft einmünden, wäre es uns unmöglich, nicht dem hervorragenden Staatsmanne Ehre zu erweisen, der unsere Arbeiten geleitet hat.

Er hat unverrückbar im Auge das Ziel gehabt, den Frieden zu sichern und zu festigen. Er hat seine ganze Mühe darauf verwandt, Gegensätze auszugleichen und die Unsicherheit so rasch wie möglich zu beenden, die so drückend auf Europa lastete.

Dank der Klugheit und unermüdlichen Tatkraft, mit der unser Präsident unsere Arbeiten geleitet hat, hat er in hohem Maße zum raschen Erfolg des Friedenswerkes beigetragen, das wir gemeinsam begonnen haben. Ich bin daher sicher, die einmütige Zustimmung der Hohen Versammlung zu finden, wenn ich Ihnen vorschlage, S. D. dem Fürsten v. Bismarck, unseren wärmsten Dank auszusprechen. Im Augenblick, in dem wir uns anschicken auseinanderzugehen, glaube ich, Ihre Gefühle am besten dadurch auszudrücken, daß ich unsere tiefe Dankbarkeit für das große Wohlwollen und die reizende Gastfreundschaft bezeuge, die uns S.M. der Deutsche Kaiser und die erhabene kaiserliche Familie gewährt haben."

Fürst v. Bismarck erwidert:

„Ich bin zutiefst gerührt von dem, was Graf Andrássy soeben im Namen der Hohen Versammlung gesagt hat. Ich danke dem Kongreß vielmals, daß er sich dem hat anschließen wollen, und ich danke allen meinen Kollegen für ihr Verständnis und ihre gütige Nachsicht, die sie mir im Verlaufe unserer gemeinsamen Arbeit erwiesen haben. Der Geist der Versöhnung und des gegenseitigen Wohlwollens, das alle Bevollmächtigten beseelt hat, hat mir eine Aufgabe erleichtert, die ich, bei meinem Gesundheitszustand, kaum zu Ende zu führen hoffen konnte. In diesem Augenblick, da der Kongreß zur Zufriedenheit der vertretenen Regierungen und ganz Europas das erhoffte Ziel erreicht, bitte ich Sie, mich in guter Erinnerung zu behalten. Ich selbst werde die denkwürdigen Tage, die jetzt zu Ende gehen, unauslöschlich in meinem Gedächtnis bewahren."

Sodann schreitet der *Kongreß* zur Unterzeichnung der sieben Vertragsexemplare.

Danach ergreift der *Präsident* erneut das Wort:

„Ich erkläre hiermit die Verhandlungen des Kongresses für beendet. In Er-

füllung meiner letzten Pflicht als Präsident möchte ich den Bevollmächtigten, die in den Ausschüssen mitgearbeitet haben, besonders Herrn Desprez und dem Fürsten v. Hohenlohe, den Dank des Kongresses aussprechen. Ich danke ferner im Namen der Hohen Versammlung dem Sekretariat für die Hingabe, mit der es das Seine getan hat, die Arbeiten des Kongresses zu erleichtern. Ich schließe in meinen Dank auch die Beamten und Offiziere ein, die als Sachverständige der Hohen Versammlung zur Verfügung standen.

Meine Herren, im Augenblick, da wir auseinandergehen, darf ich behaupten, daß sich der Kongreß sehr um Europa verdient gemacht hat. Wenn es auch unmöglich war, alle Hoffnungen der öffentlichen Meinung zu erfüllen, so wird die Geschichte jedenfalls dem, was wir wollten und dem, was wir erreichten, die gerechte Beurteilung nicht versagen. Die Bevollmächtigten dürfen das Gefühl haben, im Rahmen des Möglichen Europa den Segen des Friedens, der so ernsthaft bedroht war, wiedergegeben und gesichert zu haben. Dieses Ergebnis kann keine Kritik schmälern, die Parteiengeist in die Öffentlichkeit tragen könnte: Ich habe die feste Hoffnung, daß die Verständigung in Europa, mit Gottes Hilfe, dauerhaft sein wird und daß die herzlichen persönlichen Bande, die unsere Arbeit zwischen uns hat entstehen lassen, die guten Beziehungen zwischen unseren Regierungen festigen und vertiefen werden.

Ich danke meinen Kollegen nochmals für Ihr Wohlwollen mir gegenüber. Unter dem bleibenden Eindruck tiefer Dankbarkeit schließe ich hiermit die letzte Sitzung des Kongresses."

Die Bevollmächtigten trennen sich um 5 Uhr.

Gezeichnet: v. Bismarck, B. Bülow, Hohenlohe, Károlyi, Waddington, Saint Vallier, Odo Russell, Launay, Gortschakow, P. d'Oubril, Al. Caratheodory, Sadoullah.

Der Berliner Vertrag von 1878

Faksimile
aus dem Reichsgesetzblatt

Reichs-Gesetzblatt.

№ 31.

Inhalt: Vertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei. S. 307.

(No. 1267.) Traité conclu entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la France, la Grande Bretagne, l'Italie, la Russie et la Turquie. Le 13 juillet 1878.

Au nom de Dieu tout-puissant.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc. et Roi Apostolique de Hongrie, le Président de la République Française, Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, désirant régler dans une pensée d'ordre Européen conformément aux stipulations du Traité de Paris du 30 mars 1856, les questions soulevées en Orient par les événements des dernières années et par la guerre dont le traité préliminaire de San Stefano a marqué le terme, ont été unanimement d'avis que la réunion d'un Congrès offrirait le meilleur moyen de faciliter leur entente.

(Uebersetzung.)

(Nr. 1267.) Vertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei. Vom 13. Juli 1878.

Im Namen des Allmächtigen Gottes.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen ꝛc. und Apostolischer König von Ungarn, der Präsident der Französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der Kaiser aller Reußen und Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen, von dem Wunsche geleitet, in einem der europäischen Ordnung entsprechenden Sinne gemäß den Bestimmungen des Pariser Vertrages vom 30. März 1856 die Fragen zu regeln, welche im Orient durch die Ereignisse der letzten Jahre und durch den Krieg entstanden sind, dem der Präliminarvertrag von San Stefano ein Ziel gesetzt hat, sind einmüthig der Ansicht gewesen, daß die Vereinigung zu einem Kongresse das beste Mittel darbieten würde, ihr Einvernehmen zu erleichtern.

Leur dites Majestés et le Président de la République Française ont, en conséquence, nommé pour leurs Plénipotentiaires savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse:

le Sieur Othon, Prince de Bismarck, Son Président du Conseil des Ministres de Prusse, Chancelier de l'Empire,

le Sieur Bernard Ernest de Bülow, Son Ministre d'Etat et Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Etrangères,

et

le Sieur Chlodwig Charles Victor, Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst, Prince de Ratibor et Corvey, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près la République Française, Grand-Chambellan de la Couronne de Bavière,

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc. et Roi Apostolique de Hongrie:

le Sieur Jules, Comte Andrássy de Csik Szent-Király et Kraszna-Horka, Grand d'Espagne de 1ère classe, Conseiller Intime Actuel, Son Ministre de la Maison Impériale et des Affaires Etrangères, Feld-Maréchal-Lieutenant dans Ses armées,

le Sieur Louis, Comte Károlyi de Nagy-Károly, Chambellan et Conseiller Intime Actuel, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire

Ihre gedachten Majestäten und der Präsident der Französischen Republik haben in Folge dessen zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen:

den Herrn Otto Fürsten von Bismarck, Ihren Präsidenten des preußischen Staatsministeriums, Kanzler des Reichs,

den Herrn Bernhard Ernst von Bülow, Ihren Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amts,

und

den Herrn Chlodwig Karl Viktor Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürsten von Ratibor und Corvey, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Französischen Republik, Königlich bayerischen Kron-Oberst-Kämmerer,

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen ꝛc. und Apostolischer König von Ungarn:

den Herrn Julius Grafen Andrássy von Csik Szent-Király und Kraszna-Horka, spanischen Granden erster Klasse, Wirklichen Geheimen Rath, Ihren Minister des Kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Feldmarschall-Lieutenant in der Armee,

den Herrn Ludwig Grafen Károly von Nagy-Károly, Kammerherrn und Wirklichen Geheimen Rath, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten

près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

et

le Sieur Henri, Baron de Haymerle, Conseiller Intime Actuel, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi d'Italie,

Le Président de la République Française:

le Sieur William Henri Waddington, Sénateur, Membre de l'Institut, Ministre Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Etrangères,

le Sieur Charles Raymond de La Croix de Chevrière, Comte de Saint-Vallier, Sénateur, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de France près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

et

le Sieur Félix Hippolyte Desprez, Conseiller d'Etat, Ministre Plénipotentiaire de première classe, chargé de la Direction des affaires politiques au Ministère des Affaires Etrangères,

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes:

le très-honorable Benjamin Disraeli, Comte de Beaconsfield, Vicomte Hughenden, Pair du Parlement, Membre du très-honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Premier

Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen,

und

den Herrn Heinrich Freiherrn von Haymerle, Wirklichen Geheimen Rath, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem König von Italien,

Der Präsident der Französischen Republik:

den Herrn William Henri Waddington, Senator, Mitglied des Instituts, Minister-Staatssekretär im Auswärtigen Amt,

den Herrn Charles Raymond de La Croix de Chevrière, Grafen von Saint-Vallier, Senator, außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Frankreichs bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen,

und

den Herrn Felix Hippolyte Desprez, Staatsrath, bevollmächtigten Minister erster Klasse, beauftragt mit der Leitung der politischen Angelegenheiten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten,

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien:

den sehr ehrenwerthen Benjamin Disraeli, Grafen von Beaconsfield, Vicomte Hughenden, Pair des Parlaments, Mitglied des sehr ehrenwerthen Geheimen Rathes Ihrer Majestät,

Lord de la Trésorerie de Sa Majesté et Premier Ministre d'Angleterre,

le très-honorable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Parlement, Membre du très-honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté au Département des Affaires Etrangères,

et

le très-honorable Lord Odo William Léopold Russell, Membre du Conseil Privé de Sa Majesté, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Sa Majesté le Roi d'Italie:

le Sieur Louis, Comte Corti, Sénateur, Son Ministre des Affaires Etrangères,

et

le Sieur Edouard, Comte de Launay, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies:

le Sieur Alexandre, Prince Gortchacow, Son Chancelier de l'Empire,

le Sieur Pierre, Comte de Schouvaloff, Général de Cavalerie, Son Aide-de-camp Gé-

Erſten Lord des Schatzes Ihrer Majeſtät und Erſten Miniſter von England,

den ſehr ehrenwerthen Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil Marquis von Salisbury, Grafen von Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair des Parlaments, Mitglied des ſehr ehrenwerthen Geheimen Rathes Ihrer Majeſtät, Erſten Staatsſekretär Ihrer Majeſtät im Auswärtigen Amte,

und

den ſehr ehrenwerthen Lord Odo William Leopold Ruſſell, Mitglied des Geheimen Rathes Ihrer Majeſtät, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botſchafter bei Seiner Majeſtät dem Deutſchen Kaiſer, König von Preußen,

Seine Majeſtät der König von Italien:

den Herrn Ludwig Grafen Corti, Senator, Ihren Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten,

und

den Herrn Eduard Grafen von Launay, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botſchafter bei Seiner Majeſtät dem Deutſchen Kaiſer, König von Preußen,

Seine Majeſtät der Kaiſer Aller Reußen:

den Herrn Alexander Fürſten Gortſchacow, Ihren Reichskanzler,

den Herrn Peter Grafen von Schouvaloff, General der Kavallerie, Ihren General-Adju-

néral, Membre du Conseil de l'Empire et Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique,

et

le Sieur Paul d'Oubril, Conseiller Privé Actuel, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

et

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans:

Alexandre Carathéodory Pacha, Son Ministre des travaux publics,

Mehemed Ali Pacha, Muchir de Ses armées,

et

Sadoullah Bey, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

tanten, Mitglied des Reichsrathes und Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Ihrer Britischen Majestät,

und

den Herrn Paul von Oubril, Wirklichen Geheimen Rath, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen,

und

Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen:

Alexander Caratheodory Pascha, Ihren Minister der öffentlichen Arbeiten,

Mehemed Ali Pascha, Muschir Ihrer Armeen,

und

Sadoullah Bey, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen,

Lesquels, suivant la proposition de la Cour d'Autriche-Hongrie et sur l'invitation de la Cour d'Allemagne, se sont réunis à Berlin munis de pleins pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme.

L'accord s'étant heureusement établi entre eux, ils sont convenus des stipulations suivantes:

welche zufolge des Vorschlages des Oesterreichisch-Ungarischen Hofes und auf die Einladung des Deutschen Hofes sich in Berlin vereinigt haben, versehen mit Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden worden sind.

Nach glücklich unter ihnen hergestelltem Einverständniß sind dieselben über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Article I.

La Bulgarie est constituée en Principauté autonome et tributaire sous la suzeraineté de S. M. I. le Sultan; elle aura un Gouvernement chrétien et une milice nationale.

Artikel 1.

Bulgarien wird zu einem autonomen und tributpflichtigen Fürstenthum unter der Oberherrlichkeit Sr. Kaiserlichen Majestät des Sultans erhoben; es soll eine christliche Regierung und eine Nationalmiliz erhalten.

Article II.

La Principauté de Bulgarie comprendra les territoires ci-après:

La frontière suit, au Nord, la rive droite du Danube depuis l'ancienne frontière de Serbie jusqu'à un point à déterminer par une Commission Européenne à l'Est de Silistrie et, de là, se dirige vers la Mer Noire au Sud de Mangalia qui est rattaché au territoire roumain. La Mer Noire forme la limite Est de la Bulgarie. Au Sud, la frontière remonte, depuis son embouchure, le thalweg du ruisseau près duquel se trouvent les villages Hodžakiöj, Selam-Kiöj, Aivadšik, Kulibe, Sudžuluk; traverse obliquement la vallée du Deli Kamčik, passe au Sud de Belibe et de Kemhalik et au Nord de Hadžimahale, après avoir franchi le Deli Kamčik à 2½ kilomètres en amont de Čengei; gagne la crête à un point situé entre Tekenlik et Aidos-bredža et la suit par Karnabad Balkan, Prisevica Balkan, Kazan Balkan, au Nord de Kotel, jusqu'à Demir Kapu. Elle continue par la chaîne principale du Grand Balkan dont elle suit toute l'étendue jusqu'au sommet de Kosica.

Là, elle quitte la crête du Balkan, descend vers le Sud entre les villages de Pirtop et de Dužanci, laissés l'un à la Bulgarie et l'autre à la Roumélie Orientale jusqu'au ruisseau de Tuzlu Dere, suit ce cours d'eau jusqu'à sa jonction avec la Topolnica, puis cette rivière jusqu'à son confluent avec Smovskio Dere près du village de Petricevo, laissant à la Roumélie Orientale une zône de deux kilomètres de rayon en amont de ce confluent, remonte entre les ruisseaux de Smovskio

Artikel 2.

Das Fürstenthum Bulgarien wird folgende Gebietstheile umfassen:

Die Grenze folgt im Norden dem rechten Donauufer von der früheren serbischen Grenze bis zu einem durch eine europäische Kommission noch zu bestimmenden Punkte östlich von Silistria und wendet sich von dort nach dem Schwarzen Meere südlich von Mangalia, welches mit dem rumänischen Gebiete vereinigt wird. Das Schwarze Meer bildet die Ostgrenze von Bulgarien. Im Süden steigt die Grenze von der Mündung des Baches, in dessen Nähe die Dörfer Hodžakiöj, Selam-Kiöj, Aivadšik, Kulibe, Sudžuluk liegen, den Thalweg desselben hinauf, durchschneidet quer das Thal des Deli Kamčik, geht südlich an Belibe und Kemhalik und nördlich an Hadžimahale vorbei, nachdem sie den Deli Kamčik 2½ Kilometer oberhalb Čengei überschritten hat, erreicht den Kamm an einem zwischen Tekenlik und Aidos-bredža gelegenen Punkte und folgt demselben über den Karnabad Balkan, Prisevica Balkan, Kazan Balkan nördlich von Kotel bis zum Demir Kapu. Sie geht durch die Hauptkette des großen Balkans weiter, welchem sie in seiner ganzen Ausdehnung bis zum Gipfel von Kosica folgt.

Dort verläßt sie den Kamm des Balkans, geht in südlicher Richtung zwischen den Dörfern Pirtop und Dužanci, von welchen das erstere Bulgarien, das andere Ost-Rumelien zufällt, bis zum Bache Tuzlu Dere hinab, folgt diesem Wasserlauf bis zu dessen Vereinigung mit der Topolnica, sodann diesem Flusse bis zu dessen Zusammenfluß mit dem Smovskio Dere beim Dorfe Petricevo, wobei sie bei Ost-Rumelien einen Bezirk von zwei Kilometer Umfang flußaufwärts dieses Zusammenflusses beläßt,

Dere et la Kamenica suivant la ligne de partage des eaux, pour tourner au Sud-Ouest à la hauteur de Voinjak et gagner directement le point 875 de la carte de l'état-major Autrichien.

La ligne frontière coupe en ligne droite le bassin supérieur du ruisseau d'Ichtiman Dere, passe entre Bogdina et Karaúla, pour retrouver la ligne de partage des eaux séparant les bassins de l'Isker et de la Marica, entre Čamurli et Hadžilar, suit cette ligne par les sommets de Velina Mogila, le col 531, Zmailica Vrh, Sumnatica et rejoint la limite administrative du Sandjak de Sofia entre Sivri Taš et Čadir Tepe.

De Čadir Tepe, la frontière, se dirigeant au Sud-Ouest, suit la ligne de partage des eaux entre les bassins du Mesta Karasu d'un côté, et du Strúma Karasu de l'autre, longe les crêtes des montagnes du Rhodope appelées Demir Kapu, Iskoftepe, Kadimesar Balkan et Aiji Gedük jusqu'à Kapetnik Balkan et se confond ainsi avec l'ancienne frontière administrative du Sandjak de Sofia.

De Kapetnik Balkan, la frontière est indiquée par la ligne de partage des eaux entre les vallées de la Rilska reka et de la Bistrica reka et suit le contrefort appelé Vodenica Planina pour descendre dans la vallée de la Strúma au confluent de cette rivière avec la Rilska reka, laissant le village de Barakli à la Turquie. Elle remonte alors au Sud du village de Jelešnica, pour atteindre, par la ligne la plus courte, la chaîne de Golema Planina au sommet de Gitka et y rejoindre l'ancienne frontière administrative du Sandjak de Sofia, laissant toutefois

steigt zwiſchen den Bächen Smovskio Dere und der Kamenica auf der Waſſerſcheidelinie hinauf, um ſich nach Südweſten auf die Höhe von Voinjak zu wenden und geradenwegs den Punkt 875 der öſterreichiſchen Generalſtabskarte zu erreichen.

Die Grenzlinie ſchneidet in gerader Richtung das obere Becken des Baches Ichtiman Dere, geht zwiſchen Bogdina und und Karaúla hindurch, um auf die die Becken des Iſker und der Marica trennende Waſſerſcheidelinie zwiſchen Čamurli und Hadžilar zu gelangen, folgt dieſer Linie zwiſchen den Gipfeln Velina Mogila, dem Sattel 531, Zmailica Vrh, Sumnatica und erreicht die Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zwiſchen Sivri Taš und Čadir Tepe.

Von Čadir Tepe folgt die Grenze, in der Richtung nach Südweſten, der Waſſerſcheidelinie zwiſchen den Becken des Meſta Karaſu einerſeits und des Strúma Karaſu andererſeits, läuft über die Kämme des Rhodopegebirges, genannt Demir Kapu, Iſkoftepe, Kadimeſar Balkan und Aiji Gedük bis zum Kapetnik Balkan und fällt ſo mit der früheren Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zuſammen.

Von Kapetnik Balkan ab wird die Grenze durch die Waſſerſcheidelinie zwiſchen den Thälern der Rilska reka und der Biſtrika reka gebildet und folgt den Vorbergen, genannt Vodenika Planina, um in das Thal der Strúma bei der Vereinigung dieſes Fluſſes mit der Rilska reka hinabzugehen, das Dorf Barakli bei der Türkei belaſſend. Sie ſteigt ſodann ſüdlich von dem Dorfe Jelešnica hinauf, um auf der kürzeſten Linie die Kette Golema Planina auf dem Gipfel des Gitka zu erreichen und dort die alte Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zu gewinnen, beläßt jedoch das

à la Turquie la totalité du bassin de la Suha reka.

Du Mont Gitka, la frontière Ouest se dirige vers le mont Crni Vrh par les montagnes de Karvena Jabuka, en suivant l'ancienne limite administrative du Sandjak de Sofia, dans la partie supérieure des bassins de Egrisu et de la Lepnica, gravit avec elle les crêtes de Babina polana et arrive au mont Crni Vrh.

Du mont Crni Vrh, la frontière suit la ligne de partage des eaux entre la Strúma et la Morawa par les sommets du Strešer, Vilogolo et Mešid Planina, rejoint par la Gačina, Crna Trava, Darkovska et Drainica plan, puis, le Deščani Kladanec, la ligne de partage des eaux de la Haute Sukowa et de la Morawa, va directement sur le Stol et en descend pour couper à 1000 mètres au Nord-Ouest du village de Seguša la route de Sofia à Pirot. Elle remonte en ligne droite sur la Vidlić Planina et, de là, sur le mont Radočina dans la chaîne du Kodža Balkan, laissant à la Serbie le village de Doikinci et à la Bulgarie celui de Senakos.

Du sommet du mont Radočina la frontière suit vers l'Ouest la crête des Balkans par Ciprovec Balkan et Stara Planina jusqu'à l'ancienne frontière orientale de la Principauté de Serbie près de la Kula Smiljova Čuka, et, de là, cette ancienne frontière jusqu'au Danube qu'elle rejoint à Rakovitza.

Cette délimitation sera fixée sur les lieux par la Commission Européenne où les Puissances signataires seront représentées. Il est entendu:

1. Que cette Commission prendra en considération la nécessité pour

ganze Becken der Suha reka bei der Türkei.

Vom Berge Gitka wendet sich die Westgrenze nach dem Berge Crni Vrh über die Gebirge von Karvena Jabuka, indem sie der alten Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia in dem oberen Theile der Becken des Egrisu und der Lepnika folgt, läuft mit derselben auf die Kämme der Babina polana und langt bei dem Berge Crni Vrh an.

Vom Berge Crni Vrh folgt die Grenze der Wasserscheidelinie zwischen Strúma und Morawa über die Gipfel des Strešer, Vilogolo und Mešid Planina, erreicht über die Gačina, Crna Trava, Darkovska und Drainica plan, sodann den Deščani Kladanec, die Wasserscheidelinie der Hohen Sukowa und der Morawa, geht geradenwegs auf den Stol und steigt von demselben hinab, um 1000 Meter nordwestlich von dem Dorfe Saguša die Straße von Sofia nach Pirot zu schneiden. Sie geht wieder in gerader Linie auf die Vidlić Planina und von dort auf den Berg Radočina in der Kette des Kodža Balkan hinauf, indem sie bei Serbien das Dorf Doikinci und bei Bulgarien das Dorf Senakos beläßt.

Vom Gipfel des Berges Radočina folgt die Grenze, nach Westen zu, dem Kamme des Balkans über Ciprovec Balkan und Stara Planina bis zur alten Ostgrenze des Fürstenthums Serbien bei der Kula Smiljova Čuka und von dort dieser alten Grenze bis zur Donau, welche sie in Rakovitza erreicht.

Diese Grenze soll an Ort und Stelle durch eine europäische Kommission festgestellt werden, in welcher die Signatarmächte vertreten sein werden. Man ist hierbei darüber einig:

1. daß die besagte Kommission die Nothwendigkeit für Se. Kaiserliche

S. M. I. le Sultan de pouvoir défendre les frontières du Balkan de la Roumélie Orientale.

2. Qu'il ne pourra être élevé de fortifications dans un rayon de 10 kilomètres autour de Samakow.

Article III.

Le Prince de Bulgarie sera librement élu par la population et confirmé par la S. Porte avec l'assentiment des Puissances. Aucun membre des dynasties régnantes des Grandes Puissances Européennes ne pourra être élu Prince de Bulgarie.

En cas de vacance de la dignité princière, l'élection du nouveau Prince se fera aux mêmes conditions et dans les mêmes formes.

Article IV.

Une assemblée de notables de la Bulgarie, convoquée à Tirnovo, élaborera, avant l'élection du Prince, le règlement organique de la Principauté.

Dans les localités où les Bulgares sont mêlés à des populations Turques, Roumaines, Grecques ou autres, il sera tenu compte des droits et des intérêts de ces populations en ce qui concerne les élections et l'élaboration du règlement organique.

Article V.

Les dispositions suivantes formeront la base du droit public de la Bulgarie:

La distinction des croyances religieuses et des confessions ne pourra être opposée à personne comme un motif d'exclusion ou d'incapacité en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, l'admission

Majestät den Sultan, die Balkangrenzen von Ost-Rumelien vertheidigen zu können, in Betracht zu ziehen haben wird,

2. daß in einem Umfange von 10 Kilometer um Samakow keine Befestigungen errichtet werden dürfen.

Artikel 3.

Der Fürst von Bulgarien wird von der Bevölkerung frei gewählt und von der Hohen Pforte mit Zustimmung der Mächte bestätigt werden. Kein Mitglied der regierenden Häuser der europäischen Großmächte darf zum Fürsten von Bulgarien gewählt werden.

Wird die fürstliche Würde wieder frei, so erfolgt die Wahl des neuen Fürsten unter den gleichen Bedingungen und Förmlichkeiten.

Artikel 4.

Eine in Tirnovo zusammenzuberufende Versammlung von Notabeln Bulgariens wird vor der Wahl des Fürsten das organische Reglement des Fürstenthums ausarbeiten.

An denjenigen Orten, wo Bulgaren mit türkischen, rumänischen, griechischen oder anderen Bevölkerungen gemischt sind, soll den Rechten und Interessen dieser Bevölkerungen bezüglich der Wahlen und der Ausarbeitung des organischen Reglements Rechnung getragen werden.

Artikel 5.

Folgende Bestimmungen sollen die Grundlage des öffentlichen Rechtes in Bulgarien bilden:

Der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse darf Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen und politischen

aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries, dans quelque localité que ce soit.

La liberté et la pratique extérieure de tous les cultes sont assurées à tous les ressortissants de la Bulgarie aussi bien qu'aux étrangers et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.

Article VI.

L'administration provisoire de la Bulgarie sera dirigée jusqu'à l'achèvement du règlement organique par un commissaire Impérial Russe. Un commissaire Impérial Ottoman ainsi que les consuls délégués ad hoc par les autres Puissances signataires du présent traité seront appelés à l'assister à l'effet de contrôler le fonctionnement de ce régime provisoire. En cas de dissentiment entre les consuls délégués, la majorité décidera et, en cas de divergence entre cette majorité et le commissaire Impérial Russe ou le commissaire Impérial Ottoman, les Représentants des Puissances signataires à Constantinople, réunis en Conférence, devront prononcer.

Article VII.

Le régime provisoire ne pourra être prolongé au delà d'un délai de neuf mois à partir de l'échange des ratifications du présent Traité.

Lorsque le règlement organique sera terminé, il sera procédé immédiatement à l'élection du Prince de Bulgarie.

Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch sei.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen Bulgariens sowie den Ausländern zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch deren Beziehungen zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Artikel 6.

Die provisorische Verwaltung von Bulgarien wird bis zur Vollendung des organischen Reglements durch einen Kaiserlich russischen Kommissar geleitet werden. Ein Kaiserlich ottomanischer Kommissar, sowie die dazu besonders delegirten Konsuln der übrigen Signatarmächte dieses Vertrages werden berufen werden, demselben zur Seite zu treten, um die Ausübung dieser provisorischen Regierungsthätigkeit zu kontroliren. Im Falle der Meinungsverschiedenheit zwischen den delegirten Konsuln soll die Mehrheit entscheiden und im Falle des Zwiespaltes der Ansichten zwischen dieser Mehrheit und dem Kaiserlich russischen Kommissar oder dem Kaiserlich ottomanischen Kommissar haben die Vertreter der Signatarmächte in Konstantinopel, zu einer Konferenz vereinigt, zu entscheiden.

Artikel 7.

Die provisorische Verwaltung darf nicht über die Dauer von neun Monaten, vom Austausche der Ratifikations-Urkunden des gegenwärtigen Vertrages ab gerechnet, ausgedehnt werden.

Nach Fertigstellung des organischen Reglements soll sofort zur Wahl des Fürsten von Bulgarien geschritten werden.

Aussitôt que le Prince aura été institué, la nouvelle organisation sera mise en vigueur et la Principauté entrera en pleine jouissance de son autonomie.

Article VIII.

Les traités de commerce et de navigation ainsi que toutes les conventions et arrangements conclus entre les Puissances étrangères et la Porte et aujourd'hui en vigueur sont maintenus dans la Principauté de Bulgarie et aucun changement n'y sera apporté à l'égard d'aucune Puissance avant qu'elle n'y ait donné son consentement.

Aucun droit de transit ne sera prélevé en Bulgarie sur les marchandises traversant cette Principauté.

Les nationaux et le commerce de toutes les Puissances y seront traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Les immunités et priviléges des sujets étrangers ainsi que les droits de juridiction et de protection consulaires tels qu'ils ont été établis par les capitulations et les usages resteront en pleine vigueur tant qu'ils n'auront pas été modifiés du consentement des parties intéressées.

Article IX.

Le montant du tribut annuel que la Principauté de Bulgarie paiera à la Cour Suzeraine en le versant à la banque que la S. Porte désignera ultérieurement sera déterminé par un accord entre les Puissances signataires du présent traité, à la fin de la première année du fonctionnement de la nouvelle organisation. Ce tribut sera établi sur le revenu moyen du territoire de la Principauté.

Sobald der Fürst eingesetzt sein wird, soll die neue Organisation in Kraft treten und das Fürstenthum in den vollen Genuß seiner Autonomie gelangen.

Artikel 8.

Die Handels- und Schiffahrtsverträge sowie alle sonstigen Uebereinkommen und Abmachungen, welche zwischen den auswärtigen Mächten und der Pforte abgeschlossen worden sind und sich zur Zeit noch in Kraft befinden, werden im Fürstenthum Bulgarien aufrechterhalten und keine Veränderung derselben darf gegenüber irgend einer Macht vorgenommen werden, bevor diese nicht ihre Zustimmung dazu gegeben hat.

Kein Durchgangszoll darf in Bulgarien von den durch dieses Fürstenthum gehenden Waaren erhoben werden.

Die Angehörigen und der Handel aller Mächte sollen auf dem Fuße vollkommener Gleichstellung behandelt werden.

Die Immunitäten und Privilegien der fremden Unterthanen, sowie die konsularischen Gerichtsbarkeits- und Schutzrechte, wie solche durch die Kapitulationen und Gebräuche eingeführt sind, sollen in voller Kraft bleiben, so lange sie nicht mit Zustimmung der dazu berufenen Betheiligten abgeändert werden.

Artikel 9.

Die Höhe des jährlichen Tributes, welchen das Fürstenthum Bulgarien dem Oberherrlichen Hofe durch Zahlung an die von der Hohen Pforte später zu bezeichnende Bank zu entrichten hat, wird durch Vereinbarung der Signatarmächte des gegenwärtigen Vertrages am Schlusse des ersten Jahres der Wirksamkeit der neuen Organisation bestimmt werden. Dieser Tribut wird nach dem mittleren Ertrage des Gebietes des Fürstenthums festgesetzt werden.

La Bulgarie devant supporter une part de la dette publique de l'Empire, lorsque les Puissances détermineront le tribut, elles prendront en considération la partie de cette dette qui pourrait être attribuée à la Principauté sur la base d'une équitable proportion.

Article X.

La Bulgarie est substituée au Gouvernement Impérial Ottoman dans ses charges et obligations envers la compagnie du chemin de fer de Roustchouk-Varna, à partir de l'échange des ratifications du présent Traité. Le règlement des comptes antérieurs est réservé à une entente entre la S. Porte, le gouvernement de la Principauté et l'administration de cette compagnie.

La Principauté de Bulgarie est de même substituée, pour sa part, aux engagements que la S. Porte a contractés tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées situées sur son territoire.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et la Principauté de Bulgarie immédiatement après la conclusion de la paix.

Article XI.

L'armée Ottomane ne séjournera plus en Bulgarie; toutes les anciennes forteresses seront rasées aux frais de la Principauté dans le délai d'un an ou plus tôt si faire se peut; le Gouvernement local prendra immédiatement des mesures pour les détruire

Da Bulgarien einen Theil der öffentlichen Schuld des Reichs zu tragen hat, so werden die Mächte bei Feſtſtellung dieſes Tributs denjenigen Theil dieſer Schuld in Betracht ziehen, welcher dem Fürſtenthum auf der Grundlage eines billigen Verhältniſſes aufzulegen ſein würde.

Artikel 10.

Bulgarien übernimmt vom Tage der Auswechſelung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab an Stelle der Kaiſerlich ottomaniſchen Regierung deren Laſten und Verpflichtungen gegenüber der Ruſtſchuk-Varnaer Eiſenbahngeſellſchaft; die Begleichung der früheren Rechnungen wird einer Vereinbarung zwiſchen der Hohen Pforte, der Regierung des Fürſtenthums und der Verwaltung dieſer Geſellſchaft vorbehalten.

Das Fürſtenthum Bulgarien übernimmt gleichfalls, für ſeinen Theil, an Stelle der Hohen Pforte, die Verpflichtungen, welche dieſelbe ſowohl gegenüber Oeſterreich-Ungarn als gegenüber der Geſellſchaft für den Betrieb der Eiſenbahnen der europäiſchen Türkei bezüglich des Ausbaues, des Anſchluſſes und des Betriebes der auf bulgariſchem Gebiete gelegenen Bahnen eingegangen iſt.

Die zur Regelung dieſer Fragen nothwendigen Uebereinkommen werden zwiſchen Oeſterreich-Ungarn, der Pforte, Serbien und dem Fürſtenthum Bulgarien unmittelbar nach dem Abſchluß des Friedens getroffen werden.

Artikel 11.

Die ottomaniſche Armee darf nicht länger in Bulgarien verbleiben; alle bisherigen Feſtungen ſind, auf Koſten des Fürſtenthums, innerhalb eines Jahres oder womöglich früher zu ſchleifen; die Landesregierung hat ſofort die zu deren Entfeſtigung nöthigen Maßregeln zu er-

et ne poura en faire construire de nouvelles. La S. Porte aura le droit de disposer à sa guise du matériel de guerre et autres objets appartenant au Gouvernement Ottoman et qui seraient restés dans les forteresses du Danube déjà évacuées en vertu de l'armistice du 31 Janvier ainsi que de ceux qui se trouveraient dans les places fortes de Schoumla et de Varna.

greifen und darf neue Festungen nicht anlegen. Die Hohe Pforte hat das Recht, nach Gutdünken über das Kriegsmaterial und über andere, der ottomanischen Regierung gehörige Gegenstände zu verfügen, welche in den gemäß dem Waffenstillstande vom 31. Januar bereits geräumten Donaufestungen etwa zurückgeblieben sind, desgleichen über solche, welche sich in den festen Plätzen Schumla und Varna befinden sollten.

Article XII.

Les propriétaires musulmans ou autres qui fixeraient leur résidence personnelle hors de la Principauté pourront y conserver leurs immeubles en les affermant ou en les faisant administrer par des tiers.

Une commission turco-bulgare sera chargée de régler, dans le courant de deux années, toutes les affaires relatives au mode d'aliénation, d'exploitation ou d'usage pour le compte de la S. Porte, des propriétés de l'Etat et des fondations pieuses (vacoufs) ainsi que les questions relatives aux intérêts des particuliers qui pourraient s'y trouver engagés.

Les ressortissants de la Principauté de Bulgarie qui voyageront ou séjourneront dans les autres parties de l'Empire Ottoman seront soumis aux autorités et aux lois ottomanes.

Artikel 12.

Grundeigenthümer, muselmännische oder andere, welche ihren persönlichen Aufenthalt außerhalb des Fürstenthums nehmen sollten, können ihren Grundbesitz im Fürstenthum behalten, indem sie ihn verpachten oder durch Dritte verwalten lassen.

Eine türkisch-bulgarische Kommission hat innerhalb zweier Jahre alle Angelegenheiten zu regeln, welche Bezug haben auf die Art der Veräußerung, der Benutzung oder des Gebrauches der Staatsgüter und frommen Stiftungen (Vakufs) für Rechnung der Hohen Pforte, desgleichen die Fragen, welche die etwa hierbei berührten Interessen von Privaten betreffen sollten.

Die Angehörigen des Fürstenthums Bulgarien, welche in anderen Theilen des Ottomanischen Reichs reisen oder sich aufhalten sollten, sind den ottomanischen Behörden und Gesetzen unterworfen.

Article XIII.

Il est formé au Sud des Balkans une province qui prendra le nom de »Roumélie Orientale« et qui restera placée sous l'autorité politique et militaire directe de S. M. I. le Sultan, dans des conditions d'autonomie administrative. Elle aura un gouverneur général chrétien.

Artikel 13.

Südlich vom Balkan wird eine Provinz gebildet, welche den Namen Ost-Rumelien führen und unter der unmittelbaren politischen und militärischen Autorität Sr. Kaiserlichen Majestät des Sultans, jedoch mit administrativer Autonomie, verbleiben wird. Sie wird einen christlichen General-Gouverneur erhalten.

Article XIV.

La Roumélie Orientale est limitée au Nord et au Nord-Ouest par la Bulgarie et comprend les territoires inclus dans le tracé suivant:

Partant de la Mer Noire, la ligne frontière remonte depuis son embouchure, le thalweg du ruisseau près duquel se trouvent les villages Hodžakiöj, Selam Kiöj, Aivadšik, Kulibe, Sudžuluk, traverse obliquement la vallée du Deli Kamčik, passe au Sud de Belibe et de Kemhalik et au Nord de Hadžimahale, après avoir franchi le Deli Kamčik à 2½ kilomètres en amont de Čengei; gagne la crête à un point situé entre Tekenlik et Aidos-Bredža, et la suit par Karnabad Balkan, Prisevica Balkan, Kazan Balkan, au Nord de Kotel jusqu'à Demir Kapu. Elle continue par la chaîne principale du Grand Balkan, dont elle suit toute l'étendue jusqu'au sommet de Kosica.

A ce point, la frontière occidentale de la Roumélie quitte la crête du Balkan, descend vers le Sud entre les villages de Pirtop et de Dužanci, laissés l'un à la Bulgarie et l'autre à la Roumélie Orientale, jusqu'au ruisseau de Tuzlu Dere, suit ce cours d'eau jusqu'à sa jonction avec la Topolnica, puis cette rivière jusqu'à son confluent avec Smovskio Dere près du village de Petričevo laissant à la Roumélie Orientale une zône de deux kilomètres de rayon en amont de ce confluent, remonte entre les ruisseaux de Smovskio Dere et la Kamenica, suivant la ligne de partage des eaux, pour tourner au Sud-Ouest, à la hauteur de Voinjak et gagner directement le point 875 de la carte de l'état-major autrichien.

Artikel 14.

Oſt-Rumelien wird im Norden und Nordweſten durch Bulgarien begrenzt und umfaßt die in folgender Linie eingeſchloſſenen Gebiete:

Von dem Schwarzen Meere ausgehend, ſteigt die Grenzlinie von der Mündung des Baches, in deſſen Nähe die Dörfer Hodžakiöj, Selam Kiöj, Aivadšik, Kulibe, Sudžuluk liegen, den Thalweg desſelben hinauf, durchſchneidet quer das Thal des Deli Kamčik, geht ſüdlich an Belibe und Kemhalik und nördlich an Hadžimahale vorbei, nachdem ſie den Deli Kamžik 2½ Kilometer oberhalb Čengei überſchritten hat, erreicht den Kamm an einem zwiſchen Tekenlik und Aidos-Bredža gelegenen Punkte und folgt demſelben über den Karnabad Balkan, Priſevica Balkan, Kazan Balkan nördlich von Kotel bis zum Demir Kapu. Sie geht durch die Hauptkette des großen Balkans weiter, welchem ſie in ſeiner ganzen Ausdehnung bis zum Gipfel von Koſica folgt.

An dieſem Punkte verläßt die Weſtgrenze von Rumelien den Kamm des Balkans, geht in ſüdlicher Richtung zwiſchen den Dörfern Pirtop und Dužanci, von welchen das erſtere Bulgarien, das andere Oſt-Rumelien zufällt, bis zum Bache Tuzlu Dere hinab, folgt dieſem Waſſerlauf bis zu deſſen Vereinigung mit der Topolnica, ſodann dieſem Fluſſe bis zu deſſen Zuſammenfluß mit dem Smovskio Dere beim Dorfe Petricevo, wobei ſie bei Oſt-Rumelien einen Bezirk von zwei Kilometer Umfang flußaufwärts dieſes Zuſammenfluſſes beläßt, ſteigt zwiſchen den Bächen Smovskio Dere und der Kamenica auf der Waſſerſcheidelinie hinauf, um ſich nach Südweſten auf die Höhe von Voinjak zu wenden und geradenwegs den Punkt 875 der öſterreichiſchen Generalſtabskarte zu erreichen.

La ligne frontière coupe, en ligne droite, le bassin supérieur du ruisseau d'Ichtiman Dere, passe entre Bogdina et Karaúla, pour retrouver la ligne de partage des eaux séparant les bassins de l'Isker et de la Marica, entre Čamurli et Hadžilar, suit cette ligne par les sommets de Velina Mogila, le col 531, Zmailica Vrh, Sumnatica et rejoint la limite administrative du Sandjak de Sofia entre Sivri Taš et Čadir Tepe.

La frontière de la Roumélie se sépare de celle de la Bulgarie au mont Čadir Tepe, en suivant la ligne de partage des eaux entre le bassin de la Marica et de ses affluents d'un côté, et du Mesta Karasu et de ses affluents de l'autre, et prend les directions Sud-Est et Sud, par la crête des Montagnes Despoto Dagh, vers le Mont Kruschowa (point de départ de la ligne du Traité de San Stefano).

Du Mont Kruschowa, la frontière se conforme au tracé déterminé par le Traité de San Stefano, c'est-à-dire la chaîne des Balkans noirs (Kara Balkan), les montagnes Kulaghy-Dagh, Eschek-Tschepellü, Karakolas et Ischiklar d'où elle descend directement vers le Sud-Est pour rejoindre la rivière Arda, dont elle suit le thalweg jusqu'à un point située près du village d'Adaćali qui reste à la Turquie.

De ce point, la ligne frontière gravit la crête de Beštepe Dagh qu'elle suit pour descendre et traverser la Maritza à un point situé à 5 kilomètres en amont du pont du Mustafa Pacha; elle se dirige ensuite vers le Nord par la ligne de partage des eaux entre Demirhanli Dere et les petits affluents de la Maritza jusqu'à Küdeler Baïr, d'où elle se dirige à

Die Grenzlinie scheidet in gerader Richtung das obere Becken des Baches Ichtiman Dere, geht zwischen Bogdina und Karaúla hindurch, um auf die die Becken des Isker und der Marica trennende Wasserscheidelinie zwischen Čamurli und Hadžilar zu gelangen, folgt dieser Linie zwischen den Gipfeln Velina Mogila, dem Sattel 531, Zmailica Vrh, Sumnatica und erreicht die Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zwischen Sivri Taš und Čadir Tepe.

Die Grenze Rumeliens trennt sich von derjenigen Bulgariens auf dem Berge Čadir Tepe, folgt der Wasserscheidelinie zwischen den Becken der Marica und ihrer Zuflüsse einerseits, und des Mesta Karasu und seiner Zuflüsse andererseits und nimmt eine südöstliche und sodann eine südliche Richtung über den Kamm der Berge Despoto Dagh nach dem Berge Kruschowa zu. (Ausgangspunkt der Linie des Vertrages von San Stefano.)

Vom Berg Kruschowa richtet sich die Grenze nach der im Vertrage von San Stefano bestimmten Linie, das heißt der Kette des schwarzen Balkans (Kara Balkan), der Gebirge Kulaghy-Dagh, Eschek-Tschepellü, Karakolas und Ischiklar, von wo sie geradenwegs nach Südost hinabgeht, um den Fluß Arda zu erreichen, dessen Thalwege sie bis zu einem bei dem Dorfe Adaćali gelegenen Punkte folgt. Letzteres Dorf verbleibt bei der Türkei.

Von diesem Punkte steigt die Grenzscheide auf den Kamm des Beštepe Dagh hinauf, welchem sie folgt, um sodann herabzugehen und die Maritza an einem 5 Kilometer oberhalb der Brücke von Mustafa Pascha gelegenen Punkte zu überschreiten; sie wendet sich sodann gegen Norden über die Wasserscheidelinie zwischen Demirhanli Dere und den kleinen Zuflüssen der Maritza bis Küdeler

l'Est sur Sakar Baïr, de là, traverse la vallée de la Tundża allant vers Büjük Derbend, qu'elle laisse au Nord, ainsi que Soudzak. De Büjük Derbend, elle reprend la ligne de partage des eaux entre les affluents de la Tundża au Nord et ceux de la Maritza au Sud, jusqu'à hauteur de Kaibilar qui reste à la Roumélie Orientale, passe au Sud de V. Almali entre le bassin de la Maritza au Sud et différents cours d'eau qui se rendent directement vers la Mer Noire, entre les villages de Belevrin et Alatli; elle suit au Nord de Karanlik les crêtes de Vosna et Zuvak, la ligne qui sépare les eaux de la Duka de celles du Karagač-Su et rejoint la Mer Noire entre les deux rivières de ce nom.

Article XV.

S. M. le Sultan aura le droit de pourvoir à la défense des frontières de terre et de mer de la province en élevant des fortifications sur ces frontières et en y entretenant des troupes.

L'ordre intérieur est maintenu dans la Roumélie Orientale par une gendarmerie indigène assistée d'une milice locale.

Pour la composition de ces deux corps dont les officiers sont nommés par le Sultan, il sera tenu compte, suivant les localités, de la religion des habitants.

S. M. I. le Sultan s'engage à ne point employer de troupes irrégulières telles que Bachibozouks et Circassiens dans les garnisons des frontières. Les troupes régulières destinées à ce service ne pourront, en aucun cas, être cantonnées chez l'habitant. Lors-

Baïr, von wo sie eine östliche Richtung auf Sakar Baïr nimmt; von dort überschreitet sie das Thal der Tundża, nach Büjük Derbend zu, welches sie nebst Soudzak nördlich läßt. Von Büjük Derbend aus schließt sich die Grenze wieder an die Wasserscheidelinie zwischen den Zuflüssen der Tundża im Norden und denen der Maritza im Süden bis auf die Höhe von Kaibilar an, welche letztere bei Ost-Rumelien verbleibt, geht südlich von V. Almali zwischen den Becken der Maritza im Süden und verschiedenen Wasserläufen, welche sich unmittelbar in das Schwarze Meer ergießen, zwischen den Dörfern Belevrin und Alatli hindurch; sie folgt nördlich von Karanlik den Kämmen Vosna und Zuvak, der Wasserscheidelinie zwischen der Duka und dem Karagač-Su und erreicht das Schwarze Meer zwischen den beiden eben genannten Flüssen.

Artikel 15.

Se. Majestät der Sultan soll das Recht haben, für die Vertheidigung der Land- und Seegrenzen dieser Provinz durch Errichtung von Befestigungen auf diesen Grenzen und Unterhaltung von Truppen daselbst Sorge zu tragen.

Die innere Ordnung in Ost-Rumelien wird durch eine, von einer Ortsmiliz unterstützte Gendarmerie aufrechterhalten.

Bezüglich der Zusammensetzung dieser beiden Korps, deren Offiziere vom Sultan ernannt werden, soll, je nach der Oertlichkeit, der Religion der Einwohner Rechnung getragen werden.

Se. Kaiserliche Majestät der Sultan verpflichtet sich, irreguläre Truppen, wie Baschibozuks und Tscherkessen in den Grenzgarnisonen nicht zu verwenden. Die zu diesem Dienste bestimmten regulären Truppen dürfen in keinem Falle bei den Einwohnern einquartiert werden.

qu'elles traverseront la province, elles ne pourront y faire de séjour.

Article XVI.

Le gouverneur général aura le droit d'appeler les troupes ottomanes dans les cas où la sécurité intérieure ou extérieure de la province se trouverait menacée. Dans l'éventualité prévue, la S. Porte devra donner connaissance de cette décision ainsi que des nécessités qui la justifient aux Représentants des Puissances à Constantinople.

Article XVII.

Le gouverneur général de la Roumélie Orientale sera nommé par la S. Porte, avec l'assentiment des Puissances, pour un terme de cinq ans.

Article XVIII.

Immédiatement après l'échange des ratifications du présent Traité, une Commission Européenne sera formée pour élaborer, d'accord avec la Porte Ottomane, l'organisation de la Roumélie Orientale. Cette commission aura à déterminer, dans un délai de trois mois, les pouvoirs et les attributions du gouverneur général ainsi que le régime administratif, judiciaire et financier de la province, en prenant pour point de départ les différentes lois sur les Vilayets et les propositions faites dans la huitième séance de la Conférence de Constantinople.

L'ensemble des dispositions arrêtées pour la Roumélie Orientale fera l'objet d'un Firman Impérial qui sera

Bei einem Durchmarſche durch die Provinz dürfen ſie keinen Aufenthalt daſelbſt nehmen.

Artikel 16.

Der General-Gouverneur ſoll das Recht haben, die ottomaniſchen Truppen herbeizurufen in denjenigen Fällen, in welchen die innere oder äußere Sicherheit der Provinz bedroht ſein ſollte. Die Hohe Pforte hat in dem vorgeſehenen Falle den Vertretern der Mächte zu Konſtantinopel von dieſer Maßregel ſowie von den Umſtänden, welche dieſelben rechtfertigen, Kenntniß zu geben.

Artikel 17.

Der General-Gouverneur von Oſt-Rumelien wird auf die Dauer von fünf Jahren von der Hohen Pforte mit Zuſtimmung der Mächte ernannt werden.

Artikel 18.

Unmittelbar nach dem Austauſche der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ſoll eine europäiſche Kommiſſion gebildet werden, um in Uebereinſtimmung mit der Ottomaniſchen Pforte die Organiſation von Oſt-Rumelien auszuarbeiten. Dieſe Kommiſſion hat in einer Friſt von drei Monaten die Befugniſſe und Machtvollkommenheiten des General-Gouverneurs, ſowie das Verwaltungs-, Gerichts- und Finanzweſen der Provinz feſtzuſtellen. Sie hat hierbei zum Ausgangspunkt die verſchiedenen Geſetze über die Vilayets und die in der achten Sitzung der Konferenz von Konſtantinopel gemachten Vorſchläge zu nehmen.

Die Geſammtheit der für Oſt-Rumelien beſchloſſenen Beſtimmungen wird den Gegenſtand eines Kaiſerlichen Fir-

promulgué par la Sublime Porte et dont elle donnera communication aux Puissances.

Article XIX.

La Commission Européenne sera chargée d'administrer, d'accord avec la Sublime Porte, les finances de la province jusqu'à l'achèvement de la nouvelle organisation.

Article XX.

Les traités, conventions et arrangements internationaux de quelque nature qu'ils soient, conclus ou à conclure entre la Porte et les Puissances étrangères, seront applicables dans la Roumélie Orientale comme dans tout l'Empire Ottoman. Les immunités et priviléges acquis aux étrangers, quelle que soit leur condition, seront respectés dans cette province. La S. Porte s'engage à y faire observer les lois générales de l'Empire sur la liberté religieuse en faveur de tous les cultes.

Article XXI.

Les droits et obligations de la S. Porte en ce qui concerne les chemins de fer dans la Roumélie Orientale sont maintenus intégralement.

Article XXII.

L'effectif du corps d'occupation Russe en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale sera composé de six divisions d'infanterie et de deux divisions de cavalerie et n'excèdera pas 50 000 hommes. Il sera entretenu aux frais du pays occupé. Les troupes d'occupation conserveront leurs com-

mans bilden, welchen die Hohe Pforte veröffentlichen und den Mächten mittheilen wird.

Artikel 19.

Die europäiſche Kommiſſion hat im Einverſtändniß mit der Hohen Pforte die Finanzen der Provinz bis zur Vollendung der neuen Organiſation zu verwalten.

Artikel 20.

Die zwiſchen der Pforte und den fremden Mächten geſchloſſenen oder noch zu ſchließenden internationalen Verträge, Uebereinkommen und Abmachungen, von welcher Art ſie auch ſein mögen, ſollen in Oſt-Rumelien wie im ganzen Ottomaniſchen Reich anwendbar ſein. Die den Ausländern zuſtehenden Immunitäten und Privilegien, welches auch ihre Bedeutung ſei, ſollen in dieſer Provinz aufrecht erhalten bleiben. Die Hohe Pforte verpflichtet ſich, daſelbſt die allgemeinen Reichsgeſetze über die religiöſe Freiheit zu gunſten aller Kulte beobachten zu laſſen.

Artikel 21.

Die Rechte und Pflichten der Hohen Pforte bezüglich der Eiſenbahnen in Oſt-Rumelien werden in ihrer Geſammtheit aufrecht erhalten.

Artikel 22.

Die Effektivſtärke der ruſſiſchen Beſatzungstruppen in Bulgarien und Oſt-Rumelien wird aus ſechs Infanterie- und zwei Kavallerie-Diviſionen beſtehen und ſoll die Zahl von 50 000 Mann nicht überſteigen. Die Unterhaltung derſelben erfolgt auf Koſten des beſetzten Landes. Die Beſatzungstruppen behalten ihre

munications avec la Russie, non seulement par la Roumanie d'après les arrangements à conclure entre les deux Etats, mais aussi par les ports de la Mer Noire, Varna et Bourgas, où elles pourront organiser, pour la durée de l'occupation, les dépôts nécessaires.

La durée de l'occupation de la Roumélie Orientale et de la Bulgarie par les troupes Impériales Russes est fixée à neuf mois, à dater de l'échange des ratifications du présent Traité.

Le Gouvernement Impérial Russe s'engage à terminer, dans un délai ultérieur de trois mois, le passage de ses troupes à travers la Roumanie et l'évacuation complète de cette Principauté.

Verbindungen mit Rußland nicht blos durch Rumänien gemäß den zwischen beiden Staaten zu treffenden Abmachungen, sondern auch über die Häfen des Schwarzen Meeres, Varna und Burgas, woselbst sie während der Dauer der Besetzung die nöthigen Depots errichten dürfen.

Die Dauer der Besetzung von Ost-Rumelien und Bulgarien wird auf neun Monate, vom Tage der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab gerechnet, festgesetzt.

Die Kaiserlich russische Regierung verpflichtet sich, in einer weiteren Frist von drei Monaten den Durchmarsch ihrer Truppen durch Rumänien und die vollständige Räumung dieses Fürstenthums zu beendigen.

Article XXIII.

La Sublime Porte s'engage à appliquer scrupuleusement dans l'île de Crète le règlement organique de 1868 en y apportant les modifications qui seraient jugées équitables.

Des règlements analogues adaptés aux besoins locaux, sauf en ce qui concerne les exemtions d'impôt accordées à la Crète, seront également introduits dans les autres parties de la Turquie d'Europe pour lesquelles une organisation particulière n'a pas été prévue par le présent Traité.

La Sublime Porte chargera des commissions spéciales, au sein desquelles l'élément indigène sera largement représenté, d'élaborer les détails de ces nouveaux règlements dans chaque province.

Les projets d'organisation résultant de ces travaux seront soumis à l'examen de la Sublime Porte qui,

Artikel 23.

Die Hohe Pforte verpflichtet sich, auf der Insel Kreta das organische Reglement von 1868 gewissenhaft zur Anwendung zu bringen und dabei die etwa billig erscheinenden Abänderungen zu treffen.

Analoge, den örtlichen Bedürfnissen anzupassende Bestimmungen sollen, ausgenommen bezüglich der Kreta gewährten Abgabenfreiheit, gleicherweise in denjenigen übrigen Theilen der europäischen Türkei eingeführt werden, für welche eine besondere Organisation durch den gegenwärtigen Vertrag nicht vorgesehen ist.

Die Hohe Pforte wird besondere Kommissionen, innerhalb deren das eingeborene Element zahlreich vertreten sein soll, zu dem Zwecke ernennen, um diese neuen Reglements im Einzelnen in jeder Provinz auszuarbeiten.

Die aus diesen Arbeiten hervorgehenden Organisationsentwürfe sind der Prüfung der Hohen Pforte zu unterbreiten;

avant de promulguer les actes destinés à les mettre en vigueur, prendra l'avis de la Commission Européenne instituée pour la Roumélie Orientale.

Article XXIV.

Dans le cas où la Sublime Porte et la Grèce ne parviendraient pas à s'entendre sur la rectification de frontière indiquée dans le treizième protocole du Congrès de Berlin, l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la France, la Grande Bretagne, l'Italie et la Russie se réservent d'offrir leur médiation aux deux parties pour faciliter les négociations.

Article XXV.

Les provinces de Bosnie et d'Herzégovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie. Le Gouvernement d'Autriche-Hongrie ne désirant pas se charger de l'administration du Sandjak de Novibazar qui s'étend entre la Serbie et le Monténégro dans la direction sud-est jusqu'au delà de Mitrovitza, l'administration ottomane continuera d'y fonctionner. Néanmoins, afin d'assurer le maintien du nouvel état politique ainsi que la liberté et la sécurité des voies de communication, l'Autriche-Hongrie se réserve le droit de tenir garnison et d'avoir des routes militaires et commerciales sur toute l'étendue de cette partie de l'ancien Vilayet de Bosnie.

A cet effet, les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie se réservent de s'entendre sur les détails.

dieſe wird vor Erlaß der Verordnungen, welche dieſelben in Kraft zu ſetzen beſtimmt ſind, das Gutachten der für Oſt-Rumelien eingeſetzten europäiſchen Kommiſſion einholen.

Artikel 24.

Für den Fall, daß es der Hohen Pforte und Griechenland nicht gelingen ſollte, ſich über die im dreizehnten Protokolle des Berliner Kongreſſes angegebene Grenzberichtigung zu verſtändigen, behalten ſich Deutſchland, Oeſterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland vor, beiden Theilen ihre Vermittelung zur Förderung der Verhandlungen anzubieten.

Artikel 25.

Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Oeſterreich-Ungarn beſetzt und verwaltet werden. Da die öſterreichiſch-ungariſche Regierung nicht den Wunſch hegt, die Verwaltung des Sandjaks von Novibazar zu übernehmen, welches ſich zwiſchen Serbien und Montenegro in ſüdöſtlicher Richtung bis jenſeits Mitrovitza erſtreckt, ſo wird die ottomaniſche Verwaltung daſelbſt fortgeführt werden. Um jedoch ſowohl den Beſtand der neuen politiſchen Ordnung, als auch die Freiheit und die Sicherheit der Verkehrswege zu wahren, behält ſich Oeſterreich-Ungarn das Recht vor, im ganzen Umfange dieſes Theils des alten Vilajets von Bosnien Garniſonen zu halten und Militär- und Handelsſtraßen zu beſitzen.

In dieſer Beziehung behalten ſich die öſterreichiſch-ungariſche und die türkiſche Regierung die Verſtändigung im Einzelnen vor.

Article XXVI.

L'indépendance du Monténégro est reconnue par la S. Porte et par toutes celles des Hautes Parties contractantes qui ne l'avaient pas encore admise.

Artikel 26.

Die Unabhängigkeit Montenegros wird von der Hohen Pforte und von allen denjenigen der Hohen vertragschließenden Theile anerkannt, welche dieselbe noch nicht zugestanden hatten.

Article XXVII.

Les Hautes Parties contractantes sont d'accord sur ses conditions suivantes:

Dans le Monténégro, la distinction des croyances religieuses et des confessions ne pourra être opposée a personne comme un motif d'exclusion ou d'incapacité en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries, dans quelque localité que ce soit. La liberté et la pratique extérieure de tous les cultes seront assurées à tous les ressortissants du Monténégro aussi bien qu'aux étrangers, et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.

Artikel 27.

Die Hohen vertragschließenden Theile sind über die folgenden Bedingungen einverstanden:

In Montenegro darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen und politischen Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren, oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch sei. Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen Montenegros sowie den Ausländern zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch den Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Article XXVIII.

Les nouvelles frontières du Monténégro sont fixées ainsi qu'il suit:

Le tracé partant de l'Ilinobrdo, au nord de Klobuk, descend sur la Trebinjčica vers Grančarevo qui reste à l'Herzégovine, puis remonte le cours de cette rivière jusqu'à un point situé à un kilomètre en aval du confluent de la Čepelica et, de-là, rejoint, par la ligne la plus courte,

Artikel 28.

Die neuen Grenzen Montenegros werden festgestellt wie folgt:

Der Grenzzug, bei Ilinobrdo nördlich von Klobuk beginnend, geht abwärts zur Trebinjčica nach Grančarevo zu, welches bei der Herzegowina verbleibt, folgt dann dem Laufe dieses Flusses aufwärts bis zu einem, einen Kilometer abwärts von der Einmündung der Čepelica belegenen Punkte und erreicht von dort aus auf

les hauteurs qui bordent la Trebinjčica. Il se dirige ensuite vers Pilatova, laissant ce village au Monténégro, puis continue par les hauteurs dans la direction nord, en se maintenant, autant que possible, à une distance de 6 kilomètres de la route Bilek — Korito — Gacko, jusqu'au col situé entre la Somina-Planina et le mont Čurilo, d'où il se dirige à l'est par Vratkoviči, laissant ce village à l'Herzégovine, jusqu'au mont Orline. A partir de ce point, la frontière — laissant Ravno au Monténégro — s'avance directement par le nord-nord-est en traversant les sommets du Leberšnik et du Volujak, puis descend par la ligne la plus courte sur la Piva, qu'elle traverse, et rejoint la Tara en passant entre Crkvica et Nedvina. De ce point, elle remonte la Tara jusqu'à Mojkovac d'où elle suit la crête du contrefort jusqu'à Šiškojezero. A partir de cette localité, elle se confond avec l'ancienne frontière jusqu'au village de Sekulare. De là, la nouvelle frontière se dirige par les crêtes de la Mokra Planina, le village de Mokra restant au Monténégro, puis elle gagne le point 2166 de la carte de l'état major autrichien en suivant la chaîne principale et la ligne du partage des eaux, entre le Lim d'un côté, et le Drin, ainsi que la Cievna (Zem) de l'autre.

Elle se confond ensuite avec les limites actuelles entre la tribu des Kuči - Drekaloviči d'un côté, et la Kučka-Krajna ainsi que les tribus des Klementi et Grudi de l'autre, jusqu'à la plaine de Podgorica, d'où elle se dirige sur Plavnica, laissant à l'Albanie les tribus des Klementi, Grudi et Hoti.

der kürzesten Linie die Höhen an den Ufern der Trebinjčica. Danach wendet sie sich gegen Pilatova hin, dieses Dorf bei Montenegro belassend, geht sodann weiter über die Höhen in nördlicher Richtung, wobei sie sich thunlichst in einer Entfernung von sechs Kilometern von der Straße Bilek — Korito — Gacko hält, bis zu dem zwischen der Somina — Planina und dem Berge Čurilo belegenen Sattel und wendet sich von dort aus nach Osten bei Vratkoviči vorbei, dieses Dorf bei der Herzegowina belassend, bis zum Berge Orline. Von diesem Punkte geht die Grenze — Ravno bei Montenegro belassend — geradezu nach Nord-Nord-Ost, überschreitet die Gipfel des Leberšnik und des Volujak, steigt darauf auf der kürzesten Linie zur Piva hinab, überschreitet dieselbe und erreicht zwischen Crkvica und Nedvina hindurchgehend die Tara. Von diesem Punkte ab geht sie die Tara aufwärts bis nach Mojkovac, von wo aus sie dem Kamme der Vorberge bis nach Šiškojezero folgt. Von dieser Oertlichkeit ab schließt sie sich der alten Grenze an bis zu dem Dorfe Sekulare. Von dort aus nimmt die neue Grenze ihre Richtung über die Kämme der Mokra Planina, das Dorf Mokra bei Montenegro belassend, und erreicht sodann den Punkt 2166 der österreichischen Generalstabskarte, indem sie der Hauptkette und der Wasserscheidelinie zwischen dem Lim einerseits und dem Drin und der Cievna (Zem) andererseits folgt.

Darauf schließt sie sich den zwischen dem Stamme der Kuči-Drekaloviči einerseits und der Kučka-Krajna sowie den Stämmen der Klementi und Grudi andererseits gegenwärtig bestehenden Grenzen an bis zu der Ebene von Podgorica, und wendet sich von dort aus nach Plavnica zu, die Stämme der Klementi, Grudi und Hoti bei Albanien belassend.

De là, la nouvelle frontière traverse le lac près de l'îlot de Gorica-Topal et, à partir de Gorica-Topal, elle atteint directement les sommets de la crête, d'où elle suit la ligne du partage des eaux entre Megured et Kalimed, laissant Mrkovič au Monténégro et rejoignant la Mer Adriatique à V. Kruči.

Au Nord-Ouest, le tracé sera formé par une ligne passant de la côte entre les villages Šušana et Zubci et aboutissant à la pointe extrême Sud-Est de la frontière actuelle du Monténégro sur la Vrsuta-Planina.

Von dort aus durchſchneidet die neue Grenze den See bei dem Inſelchen Gorica-Topal, geht von Gorica-Topal aus geradenwegs bis zu den Höhen des Kammes, folgt von dort aus der Waſſerſcheidelinie zwiſchen Megured und Kalimed, Mrkovic bei Montenegro belaſſend, und erreicht das Adriatiſche Meer bei V. Kruči.

Im Nordweſten wird der Grenzzug durch eine Linie gebildet werden, welche von der Küſte zwiſchen den Dörfern Šušana und Zubci hindurchgeht und an der äußerſten ſüdöſtlichen Spitze der gegenwärtigen Grenze von Montenegro auf der Vrſuta-Planina endet.

Article XXIX.

Antivari et son littoral sont annexés au Monténégro sous les conditions suivantes:

Les contrées situées au Sud de ce territoire, d'après la délimitation ci-dessus déterminée, jusqu'à la Bojana, y compris Dulcinjo, seront restituées à la Turquie.

La commune de Spica, jusqu'à la limite septentrionale du territoire indiqué dans la description détaillée des frontières, sera incorporée à la Dalmatie.

Il y aura pleine et entière liberté de navigation sur la Bojana pour le Monténégro. Il ne sera pas construit de fortifications sur le parcours de ce fleuve, à l'exception de celles qui seraient nécesssaires à la défense locale de la place de Scutari lesquelles ne s'étendront pas au delà d'une distance de six kilomètres de cette ville.

Le Monténégro ne pourra avoir ni bâtiments ni pavillon de guerre.

Le port d'Antivari et toutes les eaux du Monténégro resteront fermées

Artikel 29.

Antivari und ſein Küſtenland werden unter folgenden Bedingungen zu Montenegro geſchlagen:

Die ſüdlich von dieſem Gebiete belegenen Gegenden, nach der im Vorſtehenden beſtimmten Abgrenzung, bis zur Bojana, Dulcinjo mit einbegriffen, ſollen der Türkei zurückgegeben werden.

Der Gemeindebezirk Spica bis zur nördlichen Grenze des in der ausführlichen Beſchreibung der Grenzen angegebenen Gebietes wird Dalmatien einverleibt.

Es ſoll für Montenegro volle und gänzliche Freiheit der Schiffahrt auf der Bojana beſtehen. Befeſtigungen dürfen am Laufe dieſes Fluſſes nicht angelegt werden, mit Ausnahme der für die örtliche Vertheidigung des Platzes Scutari etwa nothwendigen, welche ſich nicht weiter als in einer Entfernung von ſechs Kilometer von dieſer Stadt ausdehnen dürfen.

Montenegro darf weder Kriegsſchiffe beſitzen, noch eine Kriegsflagge führen.

Der Hafen von Antivari und alle zu Montenegro gehörigen Gewäſſer ſollen

aux bâtiments de guerre de toutes les nations.

Les fortifications situées entre le lac et le littoral sur le territoire monténégrin seront rasées et il ne pourra en être élevé de nouvelles dans cette zône.

La police maritime et sanitaire, tant à Antivari que le long de la côte du Monténégro, sera exercée par l'Autriche-Hongrie au moyen de bâtiments légers garde-côtes.

Le Monténégro adoptera la législation maritime en vigueur en Dalmatie. De son côté l'Autriche-Hongrie s'engage à accorder sa protection consulaire au pavillon marchand monténégrin.

Le Monténégro devra s'entendre avec l'Autriche-Hongrie sur le droit de construire et d'entretenir à travers le nouveau territoire monténégrin une route et un chemin de fer.

Une entière liberté de communications sera assurée sur ces voies.

den Kriegsschiffen aller Nationen verschlossen bleiben.

Die zwischen dem See und dem Küstenlande auf dem montenegrinischen Gebiete belegenen Befestigungen sollen geschleift werden, und es dürfen neue in diesem Bezirke nicht errichtet werden.

Die See- und Gesundheitspolizei wird sowohl in Antivari als auch längs der Küste Montenegros von Oesterreich-Ungarn vermittelst leichter Küstenwachtschiffe ausgeübt werden.

Montenegro hat die in Dalmatien in Kraft befindliche See-Gesetzgebung anzunehmen. Oesterreich-Ungarn verpflichtet sich seinerseits, der montenegrinischen Handelsflagge seinen konsularischen Schutz zu gewähren.

Montenegro muß sich mit Oesterreich-Ungarn über das Recht verständigen, durch das neue montenegrinische Gebiet hindurch eine Straße und eine Eisenbahn anzulegen und zu unterhalten.

Es wird vollständige Freiheit des Verkehrs auf diesen Straßen zugesichert.

Article XXX.

Les Musulmans ou autres qui possèdent des propriétés dans les territoires annexés au Monténégro et qui voudraient fixer leur résidence hors de la Principauté pourront conserver leurs immeubles en les affermant ou en les faisant administrer par des tiers.

Personne ne pourra être exproprié que légalement pour cause d'intérêt public, et moyennant une indemnité préalable.

Une Commission Turco-Monténégrine sera chargée de régler dans le terme de trois ans toutes les affaires relatives au mode d'aliénation, d'exploitation et d'usage pour le compte de la S. Porte des propriétés de l'Etat

Artikel 30.

Muselmänner oder Andere, welche Grundeigenthum in den zu Montenegro geschlagenen Gebieten besitzen und ihren Aufenthalt außerhalb des Fürstenthums zu nehmen wünschen, können ihr unbewegliches Eigenthum behalten, indem sie dasselbe verpachten oder durch Dritte verwalten lassen.

Gegen Niemand darf eine Enteignung stattfinden, außer im gesetzlichen Wege aus Gründen des öffentlichen Wohls und gegen eine vorgängige Entschädigung.

Eine türkisch-montenegrinische Kommission hat innerhalb einer Frist von drei Jahren alle Angelegenheiten zu regeln, welche Bezug haben auf die Art der Veräußerung, der Benutzung und des Gebrauches der Staatsgüter und frommen

et des fondations pieuses (Vakoufs) ainsi que les questions relatives aux intérêts des particuliers qui s'y trouveraient engagés.

Stiftungen (Vakufs) für Rechnung der Hohen Pforte, desgleichen die Fragen, welche die etwa hierbei berührten Interessen von Privaten betreffen sollten.

Article XXXI.

La Principauté du Monténégro s'entendra directement avec la Porte Ottomane sur l'institution d'agents monténégrins à Constantinople et dans certaines localités de l'Empire Ottoman où la nécessité en sera reconnue.

Les Monténégrins voyageant ou séjournant dans l'Empire Ottoman seront soumis aux lois et aux autorités Ottomanes suivant les principes généraux du droit international et les usages établis concernant les Monténégrins.

Artikel 31.

Das Fürstenthum Montenegro wird sich mit der Ottomanischen Pforte unmittelbar über die Bestellung montenegrinischer Vertreter in Konstantinopel und an bestimmten Orten des Ottomanischen Reichs, wo ein entsprechendes Bedürfniß anerkannt werden wird, verständigen.

Die in dem Ottomanischen Reiche reisenden oder sich aufhaltenden Montenegriner sollen den ottomanischen Gesetzen und Behörden unterworfen sein nach Maßgabe der allgemeinen Grundsätze des internationalen Rechts und der bezüglich der Montenegriner bestehenden Gebräuche.

Article XXXII.

Les troupes du Monténégro seront tenues d'évacuer dans un délai de vingt jours à partir de l'échange des ratifications du présent Traité ou plus tôt, si faire se peut, le territoire qu'elles occupent en ce moment en dehors des nouvelles limites de la Principauté.

Les troupes Ottomanes évacueront les territoires cédés au Monténégro dans le même délai de vingt jours. Il leur sera toutefois accordé un terme supplémentaire de quinze jours, tant pour quitter les places fortes et pour en retirer les approvisionnements et le matériel, que pour dresser l'inventaire des engins et objets qui ne pourraient être enlevés immédiatement.

Artikel 32.

Die Truppen Montenegros haben innerhalb einer Frist von zwanzig Tagen, von der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab gerechnet oder, wenn thunlich, früher, das Gebiet, welches sie in diesem Augenblick außerhalb der neuen Grenzen des Fürstenthums besetzt halten, zu räumen.

Die ottomanischen Truppen sollen die an Montenegro abgetretenen Gebiete innerhalb desselben Zeitraums von zwanzig Tagen räumen. Doch wird denselben eine weitere Frist von zwei Wochen gewährt, sowohl um die festen Plätze zu räumen und um die Vorräthe und das Kriegsmaterial aus denselben wegzuschaffen, als auch um das Inventar derjenigen Geräthschaften und sonstigen Gegenstände, welche nicht sogleich entfernt werden können, aufzunehmen.

Article XXXIII.

Le Monténégro devant supporter une partie de la dette publique ottomane pour les nouveaux territoires qui lui sont attribués par le traité de paix, les Représentants des Puissances à Constantinople en détermineront le montant de concert avec la S. Porte sur une base équitable.

Artikel 33.

Da Montenegro einen Theil der öffentlichen ottomaniſchen Schuld für die neuen Gebiete, welche ihm durch den Friedensvertrag zugetheilt worden ſind, zu tragen hat, ſo werden die Vertreter der Mächte zu Konſtantinopel den betreffenden Betrag im Einverſtändniß mit der Hohen Pforte auf einer billigen Grundlage feſtſetzen.

Article XXXIV.

Les Hautes Parties contractantes reconnaissent l'indépendance de la Principauté de Serbie en la rattachant aux conditions exposées dans l'article suivant.

Artikel 34.

Die Hohen vertragſchließenden Theile erkennen die Unabhängigkeit des Fürſtenthums Serbien an, indem ſie dieſelbe an die in dem folgenden Artikel aufgeführten Bedingungen knüpfen.

Article XXXV.

En Serbie, la distinction des croyances religieuses et des confessions ne pourra être opposée à personne comme un motif d'exclusion ou d'incapacité en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries, dans quelque localité que ce soit.

La liberté et la pratique extérieure de tous les cultes seront assurées à tous les ressortissants de la Serbie aussi bien qu'aux étrangers, et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.

Artikel 35.

In Serbien darf der Unterſchied des religiöſen Glaubens und der Bekenntniſſe Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausſchließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genuſſes der bürgerlichen und politiſchen Rechte, der Zulaſſung zu den öffentlichen Dienſten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verſchiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch ſei.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen Serbiens ſowie den Ausländern zugeſichert, und es darf weder der hierarchiſchen Organiſation der verſchiedenen Religionsgemeinſchaften noch den Beziehungen derſelben zu ihren geiſtlichen Oberen ein Hinderniß entgegengeſtellt werden.

Article XXXVI.

La Serbie reçoit les territoires inclus dans la délimitation ci-après:

La nouvelle frontière suit le tracé actuel en remontant le thalweg de la Drina depuis son confluent avec la Save, laissant à la Principauté le Mali Zwornik et Sakhar, et continue à longer l'ancienne limite de la Serbie jusqu'au Kopaonik, dont elle se détache au sommet du Kanilug. De là, elle suit d'abord la limite occidentale du Sandjak de Nisch par le contrefort Sud du Kopaonik, par les crêtes de la Marica et Mrdar Planina, qui forment la ligne de partage des eaux entre les bassins de l'Ibar et de la Sitnica d'un côté, et celui de la Toplica de l'autre, laissant Prepolac à la Turquie.

Elle tourne ensuite vers le Sud par la ligne du partage des eaux entre la Brvenica et la Medvedja, laissant tout le bassin de la Medvedja à la Serbie, suit la crête de la Goljak Planina (formant le partage des eaux entre la Kriva Rjeka d'un côté, et la Poljanica, la Veternica et la Morawa de l'autre) jusqu'au sommet de la Poljanica. Puis elle se dirige par le contrefort de la Karpina Planina jusqu'au confluent de la Koinska avec la Morawa, traverse cette rivière, remonte par la ligne de partage des eaux entre le ruisseau Koinska et le ruisseau qui tombe dans la Morawa près de Neradovce, pour rejoindre la Planina Sv. Ilija au dessus de Trgovište. De ce point, elle suit la crête de Sv. Ilija jusqu'au Mont Kljuc, et, passant par les points indiqués sur la carte par 1516 et 1547 et par la

Artikel 36.

Serbien erhält die in der hier folgenden Abgrenzung eingeschlossenen Gebiete:

Die neue Grenze folgt der gegenwärtigen Grenzlinie, indem sie den Thalweg der Drina von deren Zusammenfluß mit der Save ab aufwärts steigt, wobei Mali Zwornik und Sakhar bei dem Fürstenthum verbleiben, und geht dann bis zum Kopaonik die alte Grenze Serbiens entlang, von welcher sie sich auf dem Gipfel des Kanilug trennt. Von dort folgt sie zunächst der westlichen Grenze des Sandjaks von Nisch über die südlichen Vorberge des Kopaonik und über die Kämme der Marica und Mrdar Planina, welche die Wasserscheidelinie zwischen den Becken des Ibar und der Sitnica einerseits und dem der Toplica andererseits bilden, wobei Prepolac bei der Türkei belassen wird.

Sie wendet sich sodann nach Süden hin auf der Wasserscheidelinie zwischen der Brvenica und der Medvedja, das ganze Becken der Medvedja bei Serbien belassend, und folgt dem Kamme der Goljak Planina (welcher die Wasserscheide zwischen der Kriva Rjeka einerseits und der Poljanica, der Veternica und der Morawa andererseits bildet) bis zum Gipfel der Poljanica. Darauf nimmt sie ihre Richtung über die Vorberge der Karpina Planina bis zum Zusammenfluß der Koinska mit der Morawa, überschreitet diesen Fluß und geht auf der Wasserscheidelinie zwischen dem Bache Koinska und dem in der Nähe von Neradovce in die Morawa mündenden Bache aufwärts, um die Planina Sv. Ilija oberhalb Trgovište zu erreichen. Von diesem Punkte aus folgt sie dem Kamme der Sv. Ilija bis zum Berge Kljuc, geht über die auf der

Babina Gora, elle aboutit au Mont Crni Vrh.

A partir du Mont Crni Vrh, la nouvelle délimitation se confond avec celle de la Bulgarie, c'est-à-dire:

La ligne frontière suit la ligne de partage des eaux entre la Struma et la Morawa par les sommets du Strešer, Vilogolo et Mešid Planina, rejoint par la Gačina, Crna Trava, Darkosvka et Drainica plan, puis le Dešćani Kladanec, la ligne de partage des eaux de la Haute Sukowa et de la Morawa, va directement sur le Stol et en descend pour couper, à 1000 mètres au Nord-Ouest du village de Seguša, la route de Sofia à Pirot. Elle remonte, en ligne droite, sur la Vidlić Planina, et delà, sur le Mont Radočina, dans la chaîne du Kodža Balkan, laissant à la Serbie le village de Doikinci et à la Bulgarie celui de Senakos.

Du sommet du Mont Radočina, la frontière suit vers le Nord-Ouest la crête des Balkans par Ciprovec Balkan et Stara Planina jusqu'à l'ancienne frontière orientale de la Principauté de Serbie près la Kula Smiljova čuka et, de là, cette ancienne frontière jusqu'au Danube qu'elle rejoint à Rakowitza.

Article XXXVII.

Jusqu'à la conclusion de nouveaux arrangements, rien ne sera changé en Serbie aux conditions actuelles des relations commerciales de la Principauté avec les pays étrangers.

Aucun droit de transit ne sera prélevé sur les marchandises traversant la Serbie.

Les immunités et priviléges des sujets étrangers ainsi que les droits

Karte mit 1516 und 1547 bezeichneten Punkte und die Babina Gora und endet bei dem Berge Crni Vrh.

Von dem Berge Crni Vrh ab fällt die neue Abgrenzung zusammen mit der von Bulgarien, das heißt:

Die Grenzlinie folgt der Wasserscheidelinie zwischen der Struma und der Morawa über die Gipfel des Strešer, Vilogolo und Mešid Planina, erreicht über die Gačina, Crna Trava, Darkosvka und Drainica plan, sodann über den Dešćani Kladanec, die Wasserscheidelinie der hohen Sukowa und der Morawa, geht geradewegs auf den Stol und steigt von demselben hinab, um 1000 Meter nordwestlich von dem Dorfe Seguša die Straße von Sofia nach Pirot zu schneiden. Sie geht in gerader Linie wieder auf die Vidlić Planina hinauf und von dort auf den Berg Radočina in der Kette des Kodža Balkan, indem sie bei Serbien das Dorf Doikinci und bei Bulgarien das Dorf Senakos beläßt.

Vom Gipfel des Berges Radočina folgt die Grenze nach Nordwesten zu dem Kamme des Balkans über Ciprovec Balkan und Stara Planina bis zur alten Ostgrenze des Fürstenthums Serbien bei der Kula Smiljova čuka und von dort dieser alten Grenze bis zur Donau, welche sie in Rakowitza erreicht.

Artikel 37.

Bis zu dem Zustandekommen neuer Abmachungen darf in Serbien an den gegenwärtigen Bedingungen der Handelsbeziehungen des Fürstenthums zu den fremden Ländern nichts geändert werden.

Kein Durchgangszoll darf von den Waaren, welche durch Serbien hindurch gehen, erhoben werden.

Die Immunitäten und Privilegien der fremden Unterthanen, sowie auch die

de juridiction et de protection consulaires tels qu'ils existent aujourd'hui, resteront en pleine vigueur tant qu'ils n'auront pas été modifiés d'un commun accord entre la Principauté et les Puissances intéressées.

konsularischen Gerichtsbarkeits- und Schutzrechte, wie solche heute bestehen, sollen in voller Kraft bleiben, so lange sie nicht im gemeinsamen Einverständniß zwischen dem Fürstenthum und den betheiligten Mächten abgeändert werden.

Article XXXVIII.

La Principauté de Serbie est substituée, pour sa part, aux engagements que la Sublime Porte a contractés, tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées à construire sur le territoire nouvellement acquis par la Principauté.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues, immédiatement après la signature du présent Traité, entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et, dans les limites de sa compétence, la Principauté de Bulgarie.

Artikel 38.

Das Fürstenthum Serbien tritt für seinen Theil an Stelle der Hohen Pforte in die Verpflichtungen ein, welche dieselbe sowohl gegenüber Oesterreich-Ungarn, als auch gegenüber der Gesellschaft zum Betriebe der Eisenbahnen der europäischen Türkei bezüglich des Ausbaues, des Anschlusses sowie des Betriebes der auf dem neu erworbenen Gebiete des Fürstenthums anzulegenden Eisenbahnen eingegangen ist.

Die zur Regelung dieser Fragen nothwendigen Uebereinkommen werden unmittelbar nach der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages zwischen Oesterreich-Ungarn, der Pforte, Serbien und, innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit, dem Fürstenthum Bulgarien abgeschlossen werden.

Article XXXIX.

Les musulmans qui possèdent des propriétés dans les territoires annexés à la Serbie et qui voudraient fixer leur résidence hors de la Principauté, pourront y conserver leurs immeubles en les affermant ou en les faisant administrer par des tiers.

Une commission Turco-Serbe sera chargée de régler, dans le délai de trois années, toutes les affaires relatives au mode d'aliénation, d'exploitation ou d'usage pour le compte de la S. Porte, des propriétés de l'Etat

Artikel 39.

Muselmänner, welche Grundeigenthum in den zu Serbien geschlagenen Gebieten besitzen und ihren Aufenthalt außerhalb des Fürstenthums zu nehmen wünschen, können ihr unbewegliches Eigenthum in demselben behalten, indem sie es verpachten oder durch Dritte verwalten lassen.

Eine türkisch-serbische Kommission hat innerhalb einer Frist von drei Jahren alle Angelegenheiten zu regeln, welche Bezug haben auf die Art der Veräußerung, der Benutzung und des Gebrauchs der Staatsgüter und frommen Stiftun-

et des fondations pieuses (Vakoufs) ainsi que les questions relatives aux intérêts des particuliers qui pourraient s'y trouver engagés.

Article XL.

Jusqu'à la conclusion d'un traité entre la Turquie et la Serbie, les sujets Serbes voyageant ou séjournant dans l'Empire Ottoman seront traités suivant les principes généraux du droit international.

Article XLI.

Les troupes Serbes seront tenues d'évacuer, dans le délai de quinze jours à partir de l'échange des ratifications du présent Traité, le territoire non compris dans les nouvelles limites de la Principauté.

Les troupes Ottomanes évacueront les territoires cédés à la Serbie dans le même délai de quinze jours. Il leur sera toutefois accordé un terme supplémentaire du même nombre de jours, tant pour quitter les places fortes et pour en retirer les approvisionnements et le matériel, que pour dresser l'inventaire des engins et objets qui ne pourraient être enlevés immédiatement.

Article XLII.

La Serbie devant supporter une partie de la dette publique ottomane pour les nouveaux territoires qui lui sont attribués par le présent Traité, les Représentants à Constantinople en détermineront le montant, de concert

gen (Vakufs) für Rechnung der Hohen Pforte, desgleichen die Fragen, welche die etwa hierbei berührten Intereſſen von Privaten betreffen ſollten.

Artikel 40.

Bis zum Abſchluß eines Vertrages zwiſchen der Türkei und Serbien ſollen die ſerbiſchen Unterthanen, welche in dem Ottomaniſchen Reich reiſen oder ſich aufhalten, nach den allgemeinen Grundſätzen des internationalen Rechts behandelt werden.

Artikel 41.

Die ſerbiſchen Truppen haben innerhalb einer Friſt von zwei Wochen, von der Auswechſelung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab gerechnet, das Gebiet zu räumen, welches in die neuen Grenzen des Fürſtenthums nicht einbezogen iſt.

Die ottomaniſchen Truppen ſollen die von Serbien abgetretenen Gebiete innerhalb desſelben Zeitraums von zwei Wochen räumen. Doch wird denſelben eine weitere Friſt von einer gleichen Anzahl Tage gewährt, ſowohl um die feſten Plätze zu räumen und um die Vorräthe und das Kriegsmaterial aus denſelben wegzuſchaffen, als auch um das Inventar derjenigen Geräthſchaften und ſonſtigen Gegenſtände, welche nicht ſogleich entfernt werden können, aufzunehmen.

Artikel 42.

Da Serbien einen Theil der öffentlichen ottomaniſchen Schuld für die neuen Gebiete, welche ihm durch den gegenwärtigen Vertrag zugetheilt worden ſind, zu tragen hat, ſo werden die Vertreter zu Konſtantinopel den entſprechenden

avec la S. Porte, sur une base équitable.

Article XLIII.

Les Hautes Parties contractantes reconnaissent l'indépendance de la Roumanie en la rattachant aux conditions exposées dans les deux articles suivants.

Article XLIV.

En Roumanie, la distinction des croyances religieuses et des confessions ne pourra être opposée à personne comme un motif d'exclusion ou d'incapacité en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries, dans quelque localité que ce soit.

La liberté et la pratique extérieure de tous les cultes seront assurées à tous les ressortissants de l'Etat roumain aussi bien qu'aux étrangers, et aucune entrave ne sera apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.

Les nationaux de toutes les Puissances, commerçants ou autres, seront traités en Roumanie, sans distinction de religion, sur le pied d'une parfaite égalité.

Article XLV.

La Principauté de Roumanie rétrocède à S. M. l'Empereur de Russie la portion du territoire de la Bessarabie détaché de la Russie en suite du Traité

Betrag im Einverſtändniß mit der Hohen Pforte auf einer billigen Grundlage feſtſetzen.

Artikel 43.

Die Hohen vertragſchließenden Theile erkennen die Unabhängigkeit Rumäniens an, indem ſie dieſelbe an die in den beiden folgenden Artikeln aufgeführten Bedingungen knüpfen.

Artikel 44.

In Rumänien darf der Unterſchied des religiöſen Glaubens und der Bekenntniſſe Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausſchließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genuſſes der bürgerlichen und politiſchen Rechte, der Zulaſſung zu öffentlichen Dienſten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verſchiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch ſei.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen des Rumäniſchen Staats ſowie den Ausländern zugeſichert, und es darf weder der hierarchiſchen Organiſation der verſchiedenen Religionsgemeinſchaften noch den Beziehungen derſelben zu ihren geiſtlichen Oberen ein Hinderniß entgegen geſtellt werden.

Die Angehörigen aller Mächte, die Handeltreibenden ſowohl als die übrigen, ſollen in Rumänien ohne Unterſchied der Religion auf dem Fuße vollkommener Gleichſtellung behandelt werden.

Artikel 45.

Das Fürſtenthum Rumänien tritt an Se. Majeſtät den Kaiſer von Rußland denjenigen Theil des in Folge des Pariſer Vertrages von 1856 von Rußland los-

de Paris de 1856 limitée à l'Ouest par le thalweg du Pruth, au midi par le thalweg du bras de Kilia et l'embouchure de Stary-Stamboul.

Article XLVI.

Les îles formant le Delta du Danube ainsi que l'île des Serpents, le Sandjak de Toultcha comprenant les districts (Cazas) de Kilia, Soulina Mahmoudié, Isaktcha, Toultcha, Matchin, Babadagh, Hirsovo, Kustendje, Medjidié, sont réunis à la Roumanie. La Principauté reçoit en outre le territoire situé au Sud de la Dobroutcha jusqu'à une ligne ayant son point de départ à l'Est de Silistre et aboutissant à la Mer Noire au Sud de Mangalia.

Le tracé de la frontière sera fixé sur les lieux par la Commission Européenne instituée pour la délimitation de la Bulgarie.

Article XLVII.

La question du partage des eaux et des pêcheries sera soumise à l'arbitrage de la Commission Européenne du Danube.

Article XLVIII.

Aucun droit de transit ne sera prélevé en Roumanie sur les marchandises traversant la Principauté.

Article XLIX.

Des conventions pourront être conclues par la Roumanie pour régler les priviléges et attributions des Con-

gelösten Gebietes von Beſſarabien wieder ab, welcher im Weſten durch den Thalweg des Pruths, im Süden durch den Thalweg des Kilia-Armes und die Mündung von Stary-Stambul begrenzt wird.

Artikel 46.

Die das Donau-Delta bildenden Inſeln ſowie die Schlangeninſel, das Sandjak von Tultſcha, welches die Bezirke (Cazas) von Kilia, Sulina Mahmudié, Iſaktſcha, Tultſcha, Matſchin, Babadagh, Hirſovo, Kuſtendje, Medjidié umfaßt, werden mit Rumänien vereinigt. Das Fürſtenthum erhält außerdem das im Süden der Dobrutſcha belegene Gebiet bis zu einer Linie, welche ihren Ausgangspunkt im Oſten von Siliſtria nimmt und am Schwarzen Meere im Süden von Mangalia endet.

Der Grenzzug wird an Ort und Stelle durch die für die Abgrenzung Bulgariens eingeſetzte europäiſche Kommiſſion feſtgeſtellt werden.

Artikel 47.

Die Frage der Theilung des Stromgebiets und der Fiſcherei wird der Entſcheidung der europäiſchen Donau-Kommiſſion unterworfen werden.

Artikel 48.

Kein Durchgangszoll darf in Rumänien von den Waaren, welche durch das Fürſtenthum hindurchgehen, erhoben werden.

Artikel 49.

Von Seiten Rumäniens können Abkommen getroffen werden, um die Privilegien und Befugniſſe der Konſuln be-

suls en matière de protection dans la Principauté. Les droits acquis resteront en vigueur tant qu'ils n'auront pas été modifiés d'un commun accord entre la Principauté et les parties intéressées.

züglich der Schutzgewährung in dem Fürstenthume zu regeln. Die bestehenden Rechte sollen in Kraft bleiben, so lange sie nicht im gemeinsamen Einverständniß zwischen dem Fürstenthum und den dazu berufenen Betheiligten abgeändert werden.

Article L.

Jusqu'à la conclusion d'un traité réglant les priviléges et attributions des Consuls entre la Turquie et la Roumanie, les sujets roumains voyageant ou séjournant dans l'Empire Ottoman et les sujets ottomans voyageant ou séjournant en Roumanie jouiront des droits garantis aux sujets des autres Puissances Européennes.

Artikel 50.

Bis zu dem Abschlusse eines die Privilegien und Befugnisse der Konsuln regelnden Vertrages zwischen der Türkei und Rumänien sollen die in dem Ottomanischen Reich reisenden oder sich aufhaltenden rumänischen Unterthanen und die in Rumänien reisenden oder sich aufhaltenden ottomanischen Unterthanen die Rechte genießen, welche den Unterthanen der anderen europäischen Mächte verbürgt sind.

Article LI.

En ce qui concerne les entreprises de travaux publics et autres de même nature, la Roumanie sera substituée, pour tout le territoire cédé, aux droits et obligations de la Sublime Porte.

Artikel 51.

Was die Unternehmungen von öffentlichen und anderen gleichartigen Arbeiten anbetrifft, so tritt Rumänien für das ganze ihm abgetretene Gebiet an Stelle der Hohen Pforte in deren Rechte und Pflichten ein.

Article LII.

Afin d'accroître les garanties assurées à la liberté de la navigation sur le Danube reconnue comme étant d'intérêt européen, les Hautes Parties contractantes décident que toutes les forteresses et fortifications qui se trouvent sur le parcours du fleuve depuis les Portes de fer jusqu'à ses embouchures seront rasées et qu'il n'en sera pas élevé de nouvelles. Aucun bâtiment de guerre ne pourra naviguer sur le Danube en aval des Portes de

Artikel 52.

Um die Sicherheiten zu verstärken, welche für die als im europäischen Interesse liegend anerkannte Freiheit der Schiffahrt auf der Donau bestellt sind, bestimmen die Hohen vertragschließenden Theile, daß alle Festungen und Befestigungen, welche sich an dem Laufe des Flusses von dem Eisernen Thore ab bis zu seinen Mündungen befinden, geschleift und neue nicht angelegt werden sollen. Kein Kriegsschiff darf die Donau abwärts des Eisernen Thores befahren mit

fer, à l'exception des bâtiments légers destinés à la police fluviale et au service des douanes. Les stationnaires des Puissances aux embouchures du Danube pourront toutefois remonter jusqu'à Galatz.

Ausnahme der leichten, für die Flußpolizei und den Zolldienst bestimmten Fahrzeuge. Die Stationsschiffe der Mächte an den Donaumündungen dürfen jedoch bis nach Galatz hinaufgehen.

Article LIII.

La Commission Européenne du Danube, au sein de laquelle la Roumanie sera représentée, est maintenue dans ses fonctions et les exercera dorénavant jusqu'à Galatz dans une complète indépendance de l'autorité territoriale. Tous les traités, arrangements, actes et décisions relatifs à ses droits, priviléges, prérogatives et obligations sont confirmés.

Artikel 53.

Die europäische Donau-Kommission, in welcher Rumänien vertreten sein soll, bleibt in ihrer Thätigkeit bestehen und wird solche von jetzt ab bis nach Galatz hinauf in vollständiger Unabhängigkeit von der Landesgewalt ausüben. Alle Verträge, Abkommen, Verfügungen und Entscheidungen bezüglich ihrer Rechte, Privilegien, Prärogative und Verpflichtungen werden bestätigt.

Article LIV.

Une année avant l'expiration du terme assigné à la durée de la Commission Européenne, les Puissances se mettront d'accord sur la prolongation de ses pouvoirs ou sur les modifications qu'elles jugeraient nécessaires d'y introduire.

Artikel 54.

Ein Jahr vor dem Ablauf der für die Dauer der europäischen Kommission festgesetzten Frist werden die Mächte sich über die Verlängerung der Befugnisse derselben beziehungsweise über die Abänderungen, deren Einführung sie für nothwendig halten sollten, in Einvernehmen setzen.

Article LV.

Les règlements de navigation, de police fluviale et de surveillance depuis les Portes de fer jusqu'à Galatz seront élaborés par la Commission Européenne assistée de délégués des Etats Riverains et mis en harmonie avec ceux qui ont été ou seraient édictés pour le parcours en aval de Galatz.

Artikel 55.

Die Reglements für die Schiffahrt, die Flußpolizei und die Aufsichtsführung vom Eisernen Thore ab bis nach Galatz werden von der europäischen Kommission, unter Zuziehung von Bevollmächtigten der Uferstaaten, ausgearbeitet und mit denjenigen in Uebereinstimmung gesetzt werden, welche für den Lauf abwärts von Galatz erlassen sind oder künftig erlassen werden sollten.

Article LVI.

La Commission Européenne du Danube s'entendra avec qui de droit pour assurer l'entretien du phare sur l'île des Serpents.

Artikel 56.

Die europäiſche Donau-Kommiſſion wird, um die Unterhaltung des Leuchtthurms auf der Schlangeninſel zu ſichern, ſich mit wem Rechtens verſtändigen.

Article LVII.

L'exécution des travaux destinés à faire disparaître les obstacles que les Portes de fer et les Cataractes opposent à la navigation est confiée à l'Autriche-Hongrie. Les Etats Riverains de cette partie du fleuve accorderont toutes les facilités qui pourraient être requises dans l'intérêt des travaux.

Les dispositions de l'article VI du Traité de Londres du 13 Mars 1871 relatives au droit de percevoir une taxe provisoire pour couvrir les frais de ces travaux sont maintenues en faveur de l'Autriche-Hongrie.

Artikel 57.

Die Ausführung derjenigen Arbeiten, welche beſtimmt ſind, die durch das Eiſerne Thor und die Stromſchnellen der Schiffahrt bereiteten Hinderniſſe zu beſeitigen, wird Oeſterreich-Ungarn anvertraut. Die Uferſtaaten an dieſer Strecke des Fluſſes werden alle Erleichterungen gewähren, welche im Intereſſe der Arbeiten in Anſpruch genommen werden ſollten.

Die in dem Artikel VI des Londoner Vertrages vom 13. März 1871 getroffenen Beſtimmungen bezüglich des Rechtes auf Erhebung einer proviſoriſchen Abgabe zur Deckung der Koſten dieſer Arbeiten werden zu gunſten Oeſterreich-Ungarns aufrecht erhalten.

Article LVIII.

La S. Porte cède à l'Empire Russe en Asie les territoires d'Ardahan, Kars et Batoum avec ce dernier port, ainsi que tous les territoires compris entre l'ancienne frontière russo-turque et le tracé suivant:

La nouvelle frontière partant de la Mer Noire conformément à la ligne déterminée par le Traité de San Stefano jusqu'à un point au Nord-Ouest de Khorda et au Sud d'Artwin, se prolonge en ligne droite jusqu'à la rivière Tchoroukh, traverse cette rivière et passe à l'Est d'Aschmichen, en allant en ligne droite au Sud pour

Artikel 58.

Die Hohe Pforte tritt an das Ruſſiſche Reich in Aſien die Gebiete von Ardahan, Kars und Batum einſchließlich des letztgenannten Hafens, ſowie alle zwiſchen der alten ruſſiſch-türkiſchen Grenze und dem folgenden Grenzzuge einbegriffenen Gebiete ab.

Die neue Grenze geht von dem Schwarzen Meere aus in Uebereinſtimmung mit der durch den Vertrag von San Stefano beſtimmten Linie bis zu einem Punkte im Nordweſten von Khorda und im Süden von Artwin, verlängert ſich dann in gerader Linie bis zu dem Fluſſe Tchoruk, überſchreitet dieſen Fluß und geht öſtlich von Aſchmichen vorbei

rejoindre la frontière Russe indiquée dans le Traité de San Stefano à un point au Sud de Nariman, en laissant la ville d'Olti à la Russie. Du point indiqué près de Nariman, la frontière tourne à l'Est, passe par Tebrenec qui reste à la Russie et s'avance jusqu au Pennek Tschaï.

Elle suit cette rivière jusqu'à Bardouz, puis se dirige vers le Sud, en laissant Bardouz et Jönikioy à la Russie. D'un point à l'Ouest du village de Karaougan, la frontière se dirige sur Medjingert, continue en ligne directe vers le sommet de la montagne Kassadagh et longe la ligne du partage des eaux entre les affluents de l'Araxe au Nord et ceux du Mourad Sou au Sud, jusqu à l'ancienne frontière de la Russie.

in gerader Linie nach Süden zu, um die in dem Vertrage von San Stefano angegebene russische Grenze bei einem Punkte südlich von Nariman wieder zu erreichen, wobei sie die Stadt Olti bei Rußland beläßt. Von dem angegebenen Punkte bei Nariman wendet sich die Grenze nach Osten, geht bei Tebrenec vorbei, welches bei Rußland verbleibt und setzt sich bis zum Pennek Tschaï fort.

Sie folgt diesem Flusse bis nach Barduz und nimmt darauf ihre Richtung nach Süden, Barduz und Jönikioy bei Rußland belassend. Von einem Punkte westlich von dem Dorfe Karaugan wendet sich die Grenze nach Medjingert hin, geht weiter in gerader Linie auf den Gipfel des Gebirges Kassadagh zu und folgt der Wasserscheidelinie zwischen den Zuflüssen des Araxes im Norden und denen des Murad Su im Süden bis zu der alten Grenze Rußlands.

Article LIX.

S. M. l'Empereur de Russie déclare que Son intention est d'ériger Batoum en port franc, essentiellement commercial.

Artikel 59.

Se. Majestät der Kaiser von Rußland erklärt, daß es Seine Absicht ist, Batum zu einem wesentlich für den Handel bestimmten Freihafen zu machen.

Article LX.

La vallée d'Alaschkerd et la ville de Bayazid cédées à la Russie par l'article XIX du Traité de San Stefano font retour à la Turquie.

La Sublime Porte cède à la Perse la ville et le territoire de Khotour tel qu'il a été déterminé par la commission mixte Anglo-Russe pour la délimitation des frontières de la Turquie et de la Perse.

Artikel 60.

Das Thal von Alaschkerd und die Stadt Bayazid, welche durch den Artikel XIX des Vertrages von San Stefano an Rußland abgetreten worden sind, fallen an die Türkei zurück.

Die Hohe Pforte tritt an Persien die Stadt und das Gebiet von Khotur ab, sowie dasselbe durch die gemischte englisch-russische Kommission für die Festsetzung der Grenzen zwischen der Türkei und Persien bestimmt worden ist.

Article LXI.

La Sublime Porte s'engage à réaliser, sans plus de retard, les améliorations et les réformes qu'exigent les besoins locaux dans les provinces habitées par les Arméniens et à garantir leur sécurité contre les Circassiens et les Kurdes. Elle donnera connaissance périodiquement des mesures prises à cet effet aux Puissances qui en surveilleront l'application.

Artikel 61.

Die Hohe Pforte verpflichtet sich, ohne weiteren Zeitverlust die Verbesserungen und Reformen ins Leben zu rufen, welche die örtlichen Bedürfnisse in den von den Armeniern bewohnten Provinzen erfordern, und für die Sicherheit derselben gegen die Tscherkessen und Kurden einzustehen. Sie wird in bestimmten Zeiträumen von den zu diesem Zwecke getroffenen Maßregeln den Mächten, welche die Ausführung derselben überwachen werden, Kenntniß geben.

Article LXII.

La Sublime Porte ayant exprimé la volonté de maintenir le principe de la liberté religieuse en y donnant l'extension la plus large, les parties contractantes prennent acte de cette déclaration spontanée.

Dans aucune partie de l'Empire Ottoman, la différence de religion ne pourra être opposée à personne comme un motif d'exclusion ou d'incapacité en ce qui concerne l'usage des droits civils et politiques, l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries.

Tous seront admis, sans distinction de religion, à témoigner devant les tribunaux.

La liberté et la pratique extérieure de tous les cultes sont assurées à tous et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.

Artikel 62.

Nachdem die Hohe Pforte den Entschluß kundgegeben hat, den Grundsatz der religiösen Freiheit aufrecht zu erhalten und demselben die weiteste Ausdehnung zu geben, nehmen die vertragschließenden Theile von dieser freiwilligen Erklärung Akt.

In keinem Theile des Ottomanischen Reichs darf der Unterschied der Religion Jemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich der Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte, der Zulassung zu den öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige.

Jedermann soll, ohne Unterschied der Religion, als Zeuge vor den Gerichten zugelassen werden.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden Allen zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften, noch den Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Les ecclésiastiques, les pélerins et les moines de toutes les nationalités voyageant dans la Turquie d'Europe ou la Turquie d'Asie jouiront des mêmes droits, avantages et priviléges.

Le droit de protection officielle est reconnu aux agents diplomatiques et consulaires des Puissances en Turquie, tant à l'égard des personnes susmentionnées que de leurs établissements religieux, de bienfaisance et autres dans les Lieux Saints et ailleurs.

Les droits acquis à la France sont expressément réservés et il est bien entendu qu'aucune atteinte ne saurait être portée au statu quo dans les Lieux Saints.

Les moines du Mont Athos, quel que soit leur pays d'origine, seront maintenus dans leurs possessions et avantages antérieurs et jouiront, sans aucune exception, d'une entière égalité de droits et prérogatives.

Die in der europäiſchen oder aſiatiſchen Türkei reiſenden Geiſtlichen, Pilger und Mönche aller Nationalitäten ſollen die gleichen Rechte, Vortheile und Privilegien genießen.

Das Recht der amtlichen Schutzgewährung ſteht den diplomatiſchen und konſulariſchen Vertretern der Mächte in der Türkei ſowohl bezüglich der vorerwähnten Perſonen als auch der von denſelben zu religiöſen, Wohlthätigkeits- und anderen Zwecken an den Heiligen Orten und anderwärts gemachten Anlagen zu.

Die beſtehenden Rechte Frankreichs werden ausdrücklich gewahrt, und man iſt einverſtanden darüber, daß kein Eingriff in den gegenwärtigen Zuſtand an den Heiligen Orten geſchehen ſoll.

Die Mönche des Berges Athos, aus welchem Lande ſie auch immer ſtammen mögen, ſollen in ihren bisherigen Beſitzungen und Vorrechten geſchützt bleiben und, ohne irgend welche Ausnahme, eine vollſtändige Gleichheit der Rechte und Prärogative genießen.

Article LXIII.

Le Traité de Paris du 30 Mars 1856 ainsi que le Traité de Londres du 13 Mars 1871 sont maintenus dans toutes celles de leurs dispositions qui ne sont pas abrogées ou modifiées par les stipulations qui précèdent.

Artikel 63.

Der Pariſer Vertrag vom 30. März 1856 ſowie der Londoner Vertrag vom 13. März 1871 werden in allen denjenigen ihrer Beſtimmungen aufrecht erhalten, welche durch die vorſtehenden Vereinbarungen nicht aufgehoben oder abgeändert worden ſind.

Article LXIV.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Berlin dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

Artikel 64.

Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt werden, und ſollen die Ratifikations-Urkunden zu demſelben in Berlin in einer Friſt von drei Wochen oder, wenn thunlich, früher ausgewechſelt werden.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le treizième jour du mois de Juillet mil huit cent soixante dix-huit.

Zur Beglaubigung deſſen haben die betreffenden Bevollmächtigten denſelben unterzeichnet und den Abdruck ihrer Wappen beigeſetzt.

Geſchehen zu Berlin am dreizehnten Juli achtzehnhundert acht und ſiebenzig.

(L. S.) v. Bismarck.
(L. S.) B. Bülow.
(L. S.) Hohenlohe.
(L. S.) Andrássy.
(L. S.) Károlyi.
(L. S.) Haymerle.
(L. S.) Waddington.
(L. S.) Saint Vallier.
(L. S.) H. Desprez.
(L. S.) Beaconsfield.
(L. S.) Salisbury.
(L. S.) Odo Russell.
(L. S.) L. Corti.
(L. S.) Launay.
(L. S.) Gortchacow.
(L. S.) Schouvaloff.
(L. S.) P. D'Oubril.
(L. S.) Al. Carathéodory.
(L. S.) Mehemed Ali.
(L. S.) Sadoullah.

Der vorſtehende Vertrag iſt ratifizirt worden und es hat die Auswechſelung der Ratifikations-Urkunden in Berlin am 3. Auguſt 1878 ſtattgefunden.

Bibliographie

Quellen

„Journal de St. Petersbourg", August/September 1878, Österreich-ungarisches Rotbuch 1878, III. Teil

Actenstücke in Orientalischen Angelegenheiten. Präliminarfriede von San Stefan. Congress-Protokolle und Vertrag von Berlin. Wien 1878.

Das Staatsarchiv, Bd. 34, 1878, S. 107ff.

De Martens: Nouveau Receuil Général de Traités, II. Série, T. III, 1878, S. 276ff.

Alexander Novotny: Quellen und Studien zur Geschichte des Berliner Kongresses 1878, Graz-Köln 1957.

State Papers, Bd. 69. London 1878.

Sir E. Hertselet: The Map of Europe by Treaty, Bd. IV, 1875-1881. London 1891.

Vertrags-Ploetz, ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen. 3. Band: Neuere Zeit 1492-1914. Würzburg ²1958.

Darstellungen, Memoiren usw.

Albertini, Luigi: The Origins of the War of 1914. 3 Bde., London ²1966, I.

Anderson, M. S.: The Eastern Question 1774-1923. A Study in International Relations. London⁴ 1972 .

Aretin, Karl Otmar Frhr. von: Hg.: Bismarcks Außenpolitik und der Berliner Kongreß von 1878. Wiesbaden 1978.

Baumgart, Winfried: Vom Europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles. Darmstadt 1974.

Bridge, F. R.: From Sadowa to Sarajevo. The Foreign Policy of Austria-Hungary, 1866-1914. London, Boston 1972.

Caratheodory Pacha: Le Rapport Secret sur le Congrès de Berlin adressé à la S. Porte, hg. von B. Bareilles. Paris 1919.

Dedijer, Vladimir: The Road to Sarajevo. New York 1966.

Djordjević, Dimitrije: Révolutions nationales des peuples balkaniques, 1804-1914. Beograd 1965.

Ekmečić, Milorad: Der Aufstand in Bosnien 1875-1878. 2. Bde., Graz 1974. (deutscher Auszug aus ders.: Ustanak u Bosni 1875-1878. Sarajevo ²1973).

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf ³1964, Sonderausgabe ²1977.

Harris, David: A Diplomatic History of the Balkan Crisis of 1875-1878. The First Year. Stanford ²1969.

Der Berliner Kongreß. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz zur 100. Wiederkehr der Eröffnung des Berliner Kongresses am 13. Juni 1878. (Katalog der Ausstellung). o.O. o.J. (1978).

Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig: Denkwürdigkeiten. 2 Bde., hg. von Alexander Hohenlohe und Friedrich Curtius. Berlin 1907.

Halborn, Hajo Hg.: Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz. 2 Bde., Berlin 1925.

Langer, William L.: European Alliances and Alignments 1871-1890. New York ³1964.

*Lowe, C. J.:*The Reluctant Imperialists. British Foreign Policy 1878-1902. London 1967.

Maier, Franz Georg: Cypern. Insel am Kreuzweg der Geschichte. Urban Bücher 81. Stuttgart 1964.

Medlicott, W. N.: The Congress of Berlin and After. A Diplomatic History of the Near Eastern Settlement 1878-1880. London ²1963.

Moüy, Comte Charles de: Souvenirs et Causeries d'un diplomate. Paris 1909.

Müller, Manfred: Die Bedeutung des Berliner Kongresses für die deutsch-russischen Beziehungen. Leipzig 1927.

Stern, Fritz: Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder. Frankfurt/Main-Berlin 1978.

Wertheimer, Eduard von: Graf Julius Andrássy. Sein Leben und seine Zeit. 3 Bde. Stuttgart 1913.

Woodward, E. L.: The Congress of Berlin. London 1920.

Aufsätze

Geiss, Imanuel: Der Berliner Kongreß, 13. Juni bis 13. Juli 1878, in: Karl Otmar Frhr. von Aretin, Hg.: Bismarcks Außenpolitik und der Berliner Kongreß von 1878. Wiesbaden 1978, S. 90ff.

ders.: Die deutsche Politik gegenüber Serbien in der Julikrise 1914, in: Receuil des travaux aux Assises scientifiques internationales les grandes puissances et la Serbie à la veille de la Première guerre mondiale (Beograd 1974), Beograd 1976, S. 57-80.

Jetzt auch in ders.: Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs. München 1878, S. 159-189.

ders.: Die deutsche Reichspolitik gegenüber der Aufstandsbewegung in der Herzegovina und in Bosnien, 1875-1878, in: Akademija Nauka i Umjetnosti Bosne i Hercegovina: Medunarodni Naučni Skup povodom 100-Godišnjice Ustanaka u Bosni i Hercegovini, Drugim Balkanskim Zemljana i Istočnoj Krizi1875-1878 Godine. 3 Bde. Sarajevo 1977, I, S. 213-248.

jetzt neu abgedruckt in ders.: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs. München 1978, S. 76-107.

Gelber, N. M.: The Intervention of German Jews at the Berlin Congress 1878, in: Year Book Leo Baeck Institute, V (1960).

Schuwalow, Graf Peter: Der Berliner Kongreß, in: Berliner Monatshefte, Nr. 16/1938.

Suppan, Arnold: Außen- und militärpolitische Strategie Österreich-Ungarns vor Beginn des bosnischen Aufstandes 1875, in: Akademija Nauka i Umjetnosti Bosne i Hercegovina: Medunarodni Naučni Skup povodom 100-Godisnjice Ustanaka u Bosni i Hercegovini, Drugum Balkanskim Zemljama i Istočnoj Krizi 1875-1878. Godine. 3 Bde., Sarajewo 1977, I, S. 159-175.

Register

Vorbemerkung

Um das Register nicht unnötig anschwellen zu lassen, wurden folgende ständig vorkommende Stichwörter nicht aufgenommen: Otto von Bismarck, Berliner Kongreß; Hohe Versammlung; Protokoll; Friede von San Stefano; die am Kongreß beteiligten Großmächte; Hohe Pforte als Synonym für die Regierung des Osmanischen Reichs; Mächte/Großmächte; Orient/Orientkrise.
Nicht berücksichtigt wurden beim Sachindex das Datengerüst, für das Gesamtregister, der französische Originaltext der Kongreßprotokolle, Anwesenheitslisten und Unterschriften der Übersetzung der Protokolle sowie der Text des Berliner Vertrags. Im Sachindex sind die Zahlen der Seiten, die wesentliche Angaben über die Behandlung der ausgeworfenen Begriffe enthalten, halbfett hervorgehoben.

Personenindex

Abdul Hamid II., Osmanischer Sultan 6, 228, 280, 288, 300, 308f., 312, 328, 333, 339, 351, 357, 362, 373, 384
Adlerberg, Graf 26
Alexander I., Zar von Rußland 271
Alexander II., Zar von Rußland XII, 6, 178, 288, 312, 314, 333, 351, 399, 404
Andrassy, Graf Gyula (Julius) von XVII, XX, XXII, XXIX-XXXI, XXXIII, 4, 6, 9f., 29, 176, 178, 181, 187-191, 195f., 198, 202, 207, 212-218, 221-224, 230, 235, 239, 244, 248, 250, 252f., 264f., 274-276, 281f., 285, 297f., 301, 307, 313, 319, 323, 333f., 338, 344, 347, 349-351, 354, 356, 363f.
Anuchine, D. G., General 26
Arapow 26
Ardagh, Hauptmann 25
Ascher, von 24
Aziz Abdul, Osmanischer Sultan 5

Bagdadlian Ohan, Effendi 27
Balbi, Marquis 25
Balfour, Arthur 25
Barrington, Erie 25
Battenberg, Alexander, Fürst von Bulgarien 13
Baumgart, Winfried IX
Beaconsfield, Lord (Disraeli, Benjamin) XIII, XVII, XIX-XXI, XXIX, XXXI, 4, 11, 24, 178f., 202f., 215, 218, 221, 225, 227-229, 237, 247f., 275, 307-309, 312, 315, 333
Beaucaire, Vicomte de 24
Bertie, J. 25
Bismarck, Herbert Graf von XIX, XXXI, 23, 176
Bleichroeder, Gerson XXVI
Bobrikow, G. J., General 26
Bogoljubow, A., Oberst 26
Bratiano, Johann 269-274
Bucher, Lothar XIX, XXIX, XXXI, XXXIII, 23, 176
Bülow, Bernhard von (Jr.) 23
Bülow, Bernhard von (Sen.) XVII, XIX, 23, 270
Busch, Klemens August XIX, XXIX, 23, 176
Butenew 26

Cairoli, Benedetto 10, 244
Capelle, Marquese 25
Caratheodory, Alexander Pascha XVIII, XX, XXII, XXVI, XXX, XXXII, 26, 177, 181, 184, 189, 193, 196, 198, 203f., 210, 225f., 231-237, 239, 244, 248f., 251, 255, 265, 278-281, 286, 288, 290, 296, 299f., 305, 309, 314-319, 321f., 330, 333-337, 340, 342-344, 346f., 350-352, 355-357, 360f.
Caratheodory, Etienne, Effendi 27
Carol I., Fürst/König von Rumänien 3, 264, 266
Carol, Fürst 269
Chehab, Bey 27
Colganiceano, Michael 269f.
Corry, Montague W. L. 25
Corti, Graf Luigi XVIII, 10, 25, 191, 196, 198, 210, 217, 224, 232f., 236, 244, 256, 264f., 276, 289, 291, 301, 305, 314, 317, 338, 348, 351, 354f., 363
Currie 25
Curtopassi, Commandeur 25

Delyannis, Theodor 208, 239, 260, 263, 305
Derby, Lord 9f.
Dering, Henry Nevill 25
Desprez, Felix-Hippolyte XVIII, 24, 184, 189, 193, 195f., 198, 208, 225f., 239, 278, 298, 337f., 346-348, 356-361, 365
Desprez, Paul 24
Dózy, Lajos von 24
Duclerc 24
Dufaure 8
D'Oubril, Pawlo P., Baron XXXIV, 26, 179, 182, 199, 229, 237, 239, 285, 298, 301f., 339, 341f., 347

Edwards, Hauptmann 25
Essad, Bey 27
Ferdinand, Fürst von Bulgarien 13
Feridoun, Bey 27
Fitz-George, Hauptmann 25
Fourchon 24
Franz I., König von Frankreich (1515-1547) XIV
Franz Joseph, Kaiser XX, XXXI, 4, 224, 244, 248, 297, 334
Friedrich Wilhelm, Kronprinz XII

Garsinin, Ilija 2
Gattinara, Arborio di 26
Gerassimos, Erzbischof von Philadelphia 319, 321
Gladstone, William E. XIII
Gortschakow, Fürst Alexander XVIII, XX-XXII, XXVI, XXXf., XXXIV, 3, 6, 11f., 26, 178, 180, 182-184, 188f., 193, 196f., 199, 208, 228-230, 248, 252f., 255, 264f., 267, 285f., 288f., 291, 301, 308f., 311-313, 315f., 331, 333-336, 343f., 345f., 350-353, 363
Gosselin, Marchant le 25

Hamid, Abdul II., Osmanischer Sultan 6
Hatchik, Effendi 27
Haymerle, Heinrich Baron von XVIII, 24, 225f., 231, 235-237, 239, 254, 259, 278, 280, 283-285, 290, 293, 295, 297f., 310, 323, 326, 328, 347
Hertslet, Edward 25
Hoedel, Max 10
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst von XVII, XX, XXVI, XXX, XXXIV, 23, 223, 239, 259, 279, 318, 323-325, 327f., 337f., 341, 347, 355, 360f., 365
Holstein, Friedrich Baron von XIX, XXXI, 23, 176
Hopwood, Charles 25
Hübner, Freiherr von 24
Husni, Bey 27
Hussein Nazim, Bey 27

Ignatiev, Nikolai P., Graf XXII
Ivanow 26

Jomini, Baron, A. H. 26

Karadjordj (Djordje Petrović) 1
Karolyi, Graf Lajos (Ludwig) XXXIV, 23
Katharina die Große, Zarin von Rußland (1763-1796) 271
Kosjek, von 24
Kotzebue, von 26

La Motte, de 24
Langer, William L. IX, XXVIIf.
Launay, Graf Eduardo 25, 296, 218, 239, 253f., 259, 280f., 295, 339, 346, 360
Lee, Austin 25
Leopold von Sachsen-Coburg 2
Lesseps, Ferdinad Marie de 3

Mac Mahon, Patrice 4, 7f.
Malaspina, Marquese 25
Malcom Khan 311, 320
Maria Theresia, Kaiserin von Österreich (1740-1780) XIII
Mayr, Freiherr von 24
Medlicott, Q. N. IX, XXX
Mehemed Ali Pascha XVIII, XXII, XXXIV, 13, 27, 177, 181, 184, 196-198, 205, 237, 254, 256, 259f., 281, 295, 301, 309f., 315, 326, 330, 339, 342, 345, 361
Midhat Pascha 7
Milan, Fürst von Serbien 292, 327
Mohammed Ali 2
Montalivet, de 24
Montefiore, Moses Chaim, Sir 3
Moüy, Charles, Comte de XIX-XXIf., XXVI, XXIX, 24, 176, 181, 190
Murad, V., Osmanischer Sultan 5f.

Naoum, Effendi 27
Napoleon I. 2
Nelidow 26
Nikolaus I., Zar von Rußland (1825-1855) 2, 271
Nobiling, Karl E., Dr. 10
Noury, Effendi 27

Obrenović, Michael 2
Otto I. von Wittelsbach, König von Griechenland (1832-1863) 2

Paris, Effendi 27
Pasetti, Freiherr von 24
Pechy, von 24
Peter der Große, Zar von Rußland (1689-1725) 271

Plechanow, Grigori W. 6
Potemkin, Grigori A. 1

Radowitz, Joseph Maria von XIX, XXIX, 23, 176, 244
Rangabé, Alexandros R. 239, 260, 263
Ristić, Johann 5, 292, 327
Riza, Bey 27
Russell, Odo Lord 25, 239, 259

Sadoullah Bey XXXIV, 26, 177, 179, 181, 310
Saint-Vallier, Charles Raymond, Comte de 24, 217f., 256, 259, 278-280, 291, 297f., 302, 309f., 327, 330f., 347, 354, 358, 361
Salisbury, Lord Robert A. XVII, 10, 25, 180, 182-186, 188-191, 193, 195f., 200, 202, 205f., 208, 210f., 213, 217, 219, 220-223, 225f., 233-235, 243, 247-251, 253-256, 260, 263-265, 277f., 280f., 283-286, 288f., 298, 300-302, 307, 309, 311, 314-317, 321f., 326, 328, 331, 333, 335, 338, 341f., 344, 347, 349f., 353f., 356-358, 360-363
Sassulitsch, Vera 10
Schah von Persien 320
Schuwalow, Peter Graf von XVIII, XXIf., XXIII, 10-12, 26, 178f., 182, 186, 188, 191, 198, 200-204, 206-213, 215-218, 220, 222f., 225-227, 229, 232f., 235-237, 248, 250, 252, 254f., 259f., 264, 267, 275, 277, 179-282, 284, 286, 288-291, 296f., 302, 309, 314, 316-318, 320f., 323, 325-327, 330, 332f., 336, 340-345, 351-362
Schwegel, Freiherr von 24
Simmons, Linton 25
Sorokine 26
Stoecker, Adolf von 9
Suleiman, Effendi 27

Teschenberg, Ritter von 24
Thümmel, Ritter von 24
Tosi, Chevalier 25
Tscherkaski, Fürst 216
Tunor, Algernon 25

Victoria, Königin von England 6

Waddington, William Henry XVII, 8, 29, 180f., 188, 196-198, 207-210, 213, 218-221, 225f., 231, 233f., 239, 247, 251, 255, 264, 274-277, 289-291, 297f., 301, 303f., 308, 314, 317f., 351, 354, 363
Wallenstein, Albrecht, Fürst von XXII
Werder, Bernhard von 6
Wertheimer, Eduard von XXXI
Wilhelm I., Deutscher Kaiser XII, 10, 175-177, 184, 331, 364

Index geographischer Namen

Adaćali / Adaćili 328, 383
Adria XIV, 9, 294f., 391
Adrianopel XVI, 9, 14
Ägäis XVI, 9, 185, 201, 250, 304
Agathopoli 200
Aidos-Bredža 324, 374, 382
Aiji Gedük / Gedik 324, 375
Aivadšık 324, 374, 382
Aladscha Dagh 8
Alaschkerd (Tal von) 12, 312, 320, 333f., 355f., 404
Alatli 329, 384
Albanien siehe Sachindex
Antivari 9, 15, 257, 279, 294-296, 391f.
Arax 356, 404
Arda 328f., 383
Ardahan 9, 19, 311, 314, 403
Armenien siehe Sachindex
Arna 17
Arta 304
Artvin / Artwin 341, 403
Aschmichen 341, 403
Asien siehe Sachindex
Asowsches Meer 20
Athen 184, 197, 306f.
Athos (Berg) XXIV, 12, 291, 299, 406

Babadagh 268, 400
Babina Glava 257, 330
Babina Gora 337, 396
Babina Polana 325, 376
Bad Kissingen XX
Balkan (Halbinsel) XIIf., XVf., XXXIV, 4, 212, 223, 303, 305, 310, 318
Balkan (Gebirge) 7f., 185f., 189f., 250, 324, 344, 376, 381f., 396
Balkan, Großer 374, 382
Banjani 257
Banjani (Distrikt) 258
Barakli 325, 375
Barduz 341, 404
Batum XXIV, XXVI, 9f., 12f., 19, 312-314, 316, 321, 333f., 341f., 403f.
Bayazid 19, 312, 314, 320, 333, 404
Bazardjik 339
Belevrin 329, 384
Belgrad 4, 6
Belibe 324, 374, 382
Berana 258
Berlin 4, 9, 175, 252, 312, 331, 335, 373
Besica-Bay 8f.
Beßarabien siehe Sachindex
Beštepe Dagh 328, 383
Bihor 15
Bihor (Distrikt) 257
Bilek 15, 293-295, 390
Biskaschik 15
Bištrika Reka 325, 375
Bjelopolje (Akova) 258
Boejuek Derbend 328
Bogdina 324, 375
Bojana 7, 15, 257, 280, 294, 391
Borovce 257, 329
Bosnien siehe Sachindex
Bosporus XII, XIVf., XXIV, 7, 10, 20, 179, 317
Brvenica 256, 329, 395
Büjük Derbend 384
Bulgarien siehe Sachindex
Burgas 17, 387

Čadir Tepe 324, 329, 383
Čamurli 324, 375, 383
Čengei / Cengel 324, 374, 382
Čepelica 293, 389
Čepelü 329
Clevna (Zem) 293, 390,
Čiprovec-Balkan 257, 325, 376, 396
Crkvica 258, 293, 390
Crna Trava 337, 376, 396
Crni Vrh 257, 325, 330, 337, 376, 396
Čurilo 293, 295, 390

Dalmatien siehe Sachindex
Dardanellen 7, 9, 20, 317

Darkovska (Planina) 337, 376, 396
Deli Kamčik 324, 374, 382
Demir Kapu 324, 374f., 382
Deščani Kladanec 337, 376, 396
Despoto Dagh 329, 383
Dinoš 295
Dirna 256
Divljanska Reka 325
Djak 256, 329
Djenna (Caza) 326
Djoriza 258
Djuma 330
Dnjeprmündung 1
Dnjestr 272
Dobrostiza 15
Dobrudscha siehe Sachindex
Doikinci (Dorf) 325, 376, 396
Donau 8, 18, 266, 272, 283-285, 291, 296, 298, 317, 324, 338, 356, 396, 401
Donaudelta 266f., 276, 283, 400
Donaufürstentümer XVIII
Donauinseln 272, 283
Donaumündung 3, 272f., 283, 296-298, 401f.
Donauufer 272, 277, 283, 323, 374
Donezmündung 1
Drainica Plan(ina) 337, 376, 396
Drin 293, 390
Drina 15f., 395
Drobniak 257f.
Duga-Schlucht 257
Duka 329, 384
Dukat 256, 329
Dulcinjo 294, 391
Dužanci 324, 374, 382

Egrisu 325, 376
Eisernes Tor 283f., 296-298, 302, 401-403
Epirus 193, 196, 304, 307
Erzerum 312, 342
Eschek-Tschepellue 383
Ešek-Kulaghi 329

Foca 258
Fundina 258

Gačina 337, 376, 396
Gacko / Gatzko 15, 293, 295, 390
Galatz 7, 283f., 297f., 302, 402
Gallipoli 8f.
Gedic 257
Ginci 257
Gitka 325, 375f.
Golema Planina (Bergkette) 325, 375
Golf von Korinth 2
Goljak Planina 256, 329, 395
Gorica-Topal 293, 391
Grančarevo 293, 389
Grdelica-Dzeva 238
Griechenland siehe Sachindex
Grloska (Plania) 257, 325
Groß-Bulgarien siehe Sachindex
Grudi 390
Gussinje 15, 258, 296

Hadžilar 324, 375, 383
Hadžimahale 324, 374, 382
Herzegovina siehe Sachindex
Hirsovo / Hirsowa 19, 400
Hodžakioj 324, 374, 382
Hohe Sukowa 376, 396

Ibar 256, 329, 395
Ichtiman 339
Ichtiman Dere 324, 375, 383
Ijizeni-Hoti (See) 15
Ijizeni-Kastrati 15
Ilinobrdo 293, 389
Ionisches Meer 304
Isaktscha 400
Ischiklar / Išiklar 329, 383
Isker 257, 324, 331, 375, 383
Iskof Tepe 324, 375
Iskra 208

Jelešnica 325, 375
Jönikioy 341, 404
Jsaktscha 19

Kadimesar Balkan 324, 375
Kaibilar 328, 384
Kalamas 304
Kalimed 293, 391
Kamenica 324, 375, 382
Kanilug 256, 329, 395
Kapaonik 256
Kapetnik Balkan 324f., 375
Kara (Schwarzer) Balkan 329, 383
Karagač-Su 329, 384
Karakolas 329, 383
Karanlik 329, 384
Karaugan 355, 404
Karaula 324, 375, 383
Karnabad Balkan 374, 382

Karpina Planina 337, 395
Kars 3, 8f., 19, 311, 314, 403
Karvena Jabuka 325, 376
Kassadagh 355f., 404
Kaukasien 1
Kaukasus 19f.
Kavalla 14
Kazan Balkan 324, 374, 382
Kemhalik 324, 374, 382
Khorda 341, 403
Khotur 12, 19, 311, 314, 320f., 332f., 340, 357, 404
Kilia (Distrikt) 19, 400
Kilia-Arm 19, 400
Kljuc (Berg) 257, 330, 337, 395
Klobuk 293, 389
Kodža Balkan 257, 325, 376, 396
Koinska 337, 395
Kolachein 258
Kolaschin 296
Končul 256, 329
Konstantinopel XIII-XVI, XVIII, XXII, 4, 6f., 9-11, 14, 179, 189, 221-223, 228, 236, 306, 322f., 335f., 353-355, 358, 363, 378, 385, 393f., 398
Kopriwnik 15
Korito 15, 293, 295, 390
Kosica 324, 374, 382
Kosturnica 325
Kotel 324, 374, 382
Kreta 18, 193, 195f., 260, 262, 306, 357, 387
Krim 1, 20
Kriva Rjeka 256, 395
Kruči 294
Kruschowa (Berg) 200, 329, 383
Krusevo 329
Kući (Distrikt) 257
Küdeler Bair 328, 383
Küstendsche / Küstendje 19, 400
Kujan 257, 329
Kula Smiljova Čuka 257, 325, 376, 396
Kulaghy-Dagh (Gebirge) 383
Kulibe 324, 374, 382
Kurchumli 238

Leberšnik 293, 390
Lepnika 325, 376
Leskovac 238
Libanon 205
Lim 257f., 293, 390
Ljubas 257
Lom 257, 331
London 252
Lubas 325
Lukavicka Reka 325
Lusan 257, 329

Magdeburg XVIII
Mahmudie 19
Mailand 3
Mali-Zwornik 256, 329, 395
Malovo 257
Malta 10
Mangalia 276f., 323, 374, 400
Maraca 296
Marcica Arennende 324
Marica / Maritza 256, 328f., 375, 383f., 395
Marmarameer 9, 20
Matschin 19, 400
Mededja Rjeka 329
Medjidie 400
Medjingert 355, 404
Medschidie 19
Medvedja (Rjeka) 256, 329, 395
Meerengen (s. a. Bosporus, Dardanellen) XIII, 2, 4, 7-9, 357, 362
Megured 293, 391
Mesid 325
Mešid Planina 337, 376, 396
Mešid Ravna siba 257
Mesta (Karasu) 200, 324, 329, 375, 383
Metochia-Gatzko 15
Milujevic 259
Mitroviča / Mitrovitza 238, 249, 388
Mittelmeer XIIf., 185
Mojkovac 293, 390
Mokra 293, 295, 390
Mokra Planina 293, 390
Montenegro siehe Sachindex
Moraca 258
Morava / Morawa 256f., 325, 329, 331, 337, 376, 395f.
Mrdar Planina 256, 329, 395
Mrkovic 294, 391
Muhamerra 320
Murad Su 356, 404
Murgas 257
Mustafa Pascha 200, 328, 383

Nariman 341, 404
Navarino 2
Nedvina 258, 293, 390
Neradovce 337, 395
Nezib 2
Nikjitsch 15
Niksic (Distrikt) 257f.
Nisch 9

Nisch (Sandjak) 256f., 325, 329, 395
Nordsee 297
Novibasar / Novibazar (Sandjak) 6, 13, 238, 249f., 258, 269, 388
Novo Varos 238
Novoselo 257, 329

Ochrid-See 185
Österreich-Ungarn siehe Sachindex
Ogorelica 257, 325
Olti 334, 341, 404
Onsturnica 257
Orline 293, 390
Ost-Rumelien siehe Sachindex

Paris 3, 252
Peneus 304
Pennek Tschai 341, 404
Persien siehe Sachindex
Persischer Golf 7
Petricevo 374, 382
Petrilja 256, 329
Phanar (Konstantinopel) XVIII
Philippopel / Philippopoli 16, 213
Pieva 15
Pilatova 293, 390
Pirot 325-328, 359, 376, 396
Pirtop 324, 374, 382
Piva 257f., 293, 390
Planina Sv. Ilija 337, 395
Plava / Plawa 15, 258, 296
Plavnica 390
Plevlje 258
Plewna 8, 354
Plowdiw 16
Podgoriča / Podgoritza 15, 258, 295f., 390
Poljanica 256, 337, 395
Potsdam XII
Prepol / Prjepolje 15, 238, 258
Prepolac 256, 361, 395
Prepolac-Paß 329
Prepolac-Schlucht 238, 330
Prisevica Balkan 324, 374, 382
Pristina 238, 339
Prokletja 15
Prokoplje 238
Prosčeb 258
Pruth 272, 400
Punkt 1516 395
Punkt 1547 395
Punkt 2166 390
Punkt 875 324, 375, 382

Racocitza 324
Radočina (Berg) 325, 376, 396
Rahmanli (Caza) 339
Rakovitza / Rakowitza 376, 396
Rassova 277
Ravnasiba 325
Ravno 293, 390
Regensburg 297f.
Rhodopen-Gebirge 12, 324, 329, 358, 363, 375
Ributs 17
Rilska Reka 325, 375
Ripnica 258
Rotes Meer XIII
Rozai / Roshai 15, 258
Rugowo 15
Rumänien siehe Sachindex
Rumelien siehe Sachindex
Rußland siehe Sachindex
Rustschuk-Varna 380

Saganlugh 314
Saguša 376
Sakar Baïr 384
Sakhar 329, 395
Salamyraias 304
Saloniki 14
Saloniki (Vilajet) 329
Samakov / Samakow 324, 328, 377
Sankt-Nikolaus-Paß 327, 359
Sarajevo 13
Saran 257f.
Saß-See 258
Sattel 1008 324
Sattel 531 375, 383
Save 395
Schipka-Paß 8f., 12, 344f.
Schlangeninsel 19, 272, 277, 283, 356, 400, 403
Schljeb-Paklen 15
Schumla 17, 381
Schwarzes Meer XIII, 3f., 8, 17, 20, 184, 200f., 268, 276f., 314, 316, 323, 329, 374, 382, 384, 387, 400, 403
Schwarzmeerküste 1
Scutari / Skutari 391
Seguša 325, 337, 396
Sekulare 258, 293, 390
Selam-Kioej 324, 374, 388
Senakos 325, 376, 396
Serbien siehe Sachindex
Sienica 238
Silistria 14, 238, 276f., 323, 374, 400
Siškojezero / Siskoyezero 258, 293, 390

Sitnica 256, 329, 395
Sivri Tas 324, 383
Sizéboli 200
Skla 258
Skutari-See 15, 258, 296
Smovskio Dere 324, 374f., 382
Sofia 8, 13, 325, 327, 359, 396
Sofia (Sandjak) 12, 200, 206, 208, 324-326, 330, 337, 339, 343, 359, 375f., 383
Sofia-Nisch (Straße) 257
Soghanly 19
Soline 257
Somina-Planina 293, 295, 390
Soudzak 384
Spica / Spizza 259, 294-296, 391
Spomj 258
Spouz / Spuz 15, 258
St. Nikolaus-Paß 359
St. Petersburg 6, 10, 20, 287
Stara Planina 257, 324f., 376, 396
Starac (Berg) 258
Stary Stambul 19, 400
Stol 337, 376, 396
Streser 257, 325, 376, 396
Stromschnellen (Donau) 403
Struma 200, 257, 325f., 331, 375f., 396
Struma Karasu 324, 375
Sucha-Planina 15
Sudžak 328
Sudžuluk 324, 374, 382
Suha Reka 325, 376
Sukowa 337
Sulina 19
Sulina Mahmudie 400
Sulina (Mündung) 266
Sumnatica 324, 375, 383
Sušana 294, 391
Sv. Ilija-Planina 257, 329f., 395

Tachlidje 238, 258
Takhtali (Khan Getsidi) 238
Tara 15, 258, 293, 390
Tasainica 238
Tchoroukh 403
Tebrenec 404
Tekenlik 324, 374, 382
Tepe 375
Thessalien 18, 193, 196, 304, 307
Thrakien 196
Timok 257, 331
Tirnovo / Tirnowa(o) / Trn / Trinovo 8, 16, 213, 216, 236, 327f., 377
Toplica 256, 329, 395
Topolnica 324, 374, 382
Trapezunt 20
Trebenek 341
Trebinjčica 293, 389f.
Trgovište 337, 395
Tscharukh 341
Türkei siehe Sachindex
Tul(t)scha (Sandjak) 19, 400
Tundža 328, 384
Tuzlu Dere 324, 374, 382

Ürküp / Üsküp 238, 330, 339

V. Almali 328, 384
V. Kruči 391
Vardar 257, 331
Varna XXXIV, 17, 218, 317, 381, 387
Vassovik (Distrikt) 257
Velina Mogila 324, 375, 383
Veternica 256, 329, 395
Vidin 327, 359
Vidlić Planina 325, 376, 396
Vilogolo 257, 325, 376, 396
Višegrad 238
Visker-Planina
Visitren 238
Vodenika Planina 325, 375
Voinjak 324, 375, 382
Volo 304
Volujak 293, 390
Vosna 329, 384
Vranja 238, 330f., 337
Vranja (Distrikt) 330, 337
Vratkoviči 293, 390
Vrsuta-Planina 294, 391

Yezere 257f.

Walachei siehe Sachindex
Wien 4, 252, 293
Wilhelmstraße XVII

Zabljak 15
Zem 293
Zeta 258
Ziva 258
Zivin Kale
Zmailica Vrh 324, 375, 383
Zubći 257f., 294, 391
Zuvak 329, 384

Sachindex

ad hoc-Ausschuß 344
Agrarfrage 247f.
Albanien / albanisch XIV, XVI, XXIV, 15, 237f., 257-259, 279, 293, 295f., 309f., 390
Amnestie 19
Anleihen
— osmanische 231f., 255, 289f.,
— griechische 306
Annexionen (siehe auch Grenzberichtigungen, Landerwerb)
— an Dalmatien 295, 391f.
— an Griechenland 261-263, 388
— an Montenegro 295f.
— an Rumänien 267, 400
— an Rußland 311, 313, 399f.
— an Persien 320, 362, 404
Archive 342
Armee / Truppen
— bulgarische 327, 359f.
— gemischte europäische Kontingente 215-217
— montenegrinische 342, 393
— österreichisch-ungarische 249
— ottomanische / türkische 179, 200-205, 215f., 219, 221, 236, 240, 339, 380, 384f., 398
— serbische 327, 354, 398
— rumänische 271f., 354
— russische XV, 178f., 200f., 214-218, 229, (Anm.), 239, 271, 317, 354, 358, 386
Armenien XXIV, XXVIIf., 19, **301f., 321,** 352, 357, 405
Arsenale 342
Asien 234f., 237, 286f., 300, 310, **311-316,** 338, 356f., 361, 403
Aufstand
— Bosnien, Herzegovina, Bulgarien XV
— griechische Provinzen 262f., 305f.
— Kreta 262, 306
Ausländer
— in Bulgarien 379
— in Montenegro 389
— in Ost-Rumelien 386
— in Rumänien 394, 396, 399
Autonomie / autonom
— Allgemein XIII, XV, 178, 190
— für Bosnien-Herzegovina 241
— Bulgarien 185, 202, 206, 212, 222, 231, 379
— (Ost-)Rumelien 186f., 381
— Mirditen 310
Balkankriege (1912/13) XXV
Baschibozuks 17, 220, 384
Befestigungen (siehe auch Festungen)
— im Balkangebirge 206, 384
— an der Donau 283, 296, 401
— in Montenegro 294, 391f.
Begräbniskapellen 345
Beßarabien XXIV, 19, **256-277,** 285f., 400
Bischöfe 209, 226
Blockade (fiktive) 20, 317
Börsenspekulation 255
Bosnien (siehe auch Bosnien-Herzegovina) XVf., 237, **239-250** 292f., 347, 356, 388
Bosnien-Herzegovina XXII, XXIV, XXXVIII, **239-250,** 308, 388
Botschafter(konferenz) 222-224
Bulgarien / Bulgarei XVf., XXII, XXIV, XXVI, XXVIII, 16-18, 20, 177f., **181-237,** 241 (Anm.), 251, 256, 323-329 337-339, 345f., 359f., 373-381, 387
— Grenzen 185, 200f., 206, 323-328, 337, 345, 374-377
Bureau (des Kongresses, siehe auch Sekretariat) 176

Caza (=Distrikt) 238
Christen / christliche Bevölkerung 177-183, 189, 204f., 212, 229 (Anm.), 249, 288, 318f., 336
Dalmatien 294f., 391f.
Deklaration (Gortschakows) **334-337, 343f., 349-353**
Delimitationskommission (siehe Kommissionen)

Dette Ottomane (siehe auch Schuld / Staatsschuld, ottomanische) 232

diplomatische Vertreter (der Signatarmächte in Konstantinopel) 299f., 378, 299f., 378, 394, 398, 406
Dobrudscha 276f., 285f., 400
Donaubefestigungen 283, 296, 401
Donaubrücke 323
Donaustromschnellen 298, 403
Donauufer-Staaten 284f., 297f., 302, 402f.
Donaufürstentümer (siehe auch Moldau, Walachei) 16
Donauschiffahrt XXIIIf., 223, 266-268, 276, 282, **283-285**, **296-298**, 302, 338, 347, 401-403
Durchmarsch(recht) (siehe auch Transit)
— bulgarischer Truppen 327, 359f.
— russischer Truppen 271f., 387
— türkischer Truppen 220, 239, 343, 385
Durchgangszoll 209, 253, 379, 396, 400

Ehrenfriedhof (am Schipka-Paß) **344-346**
Einquartierung 220, 384
Eisenbahnen
— in Bulgarien / Rumelien 17, 19, 204, 226, 233-238, 254, 380 386
— in Rumänien 274 (Anm.)
— in Montenegro 294, 392
— Serbien 254f., 397
Emanzipation (der Juden) 252 (Anm.)
Entfestigung (siehe auch Festungen) 380
Entschädigung (siehe auch Kriegsentschädigung) 18, 20, 265, 272, 278, **288-290**
Epirus XXIV, 18, 196, 307
Etappenstraße 327, 359f.
Exarchat (bulgarisches) 184
Exil 327
Festungen (türkische, siehe auch Befestigungen) 16, 267, 336, 347, 380f., 393, 401
Finanzkommission (für die Türkei) 355
Finanzverwaltung 231, 236
Firman 385f.
Fischerei 400
Flotte (britische) XIVf., 178f.
Flüchtlinge
— aus Bosnien-Herzegovina 240f., 245, 249
— nach Griechenland 263
Flußpolizei (Donau) 18, 283f., 302, 402
Freihafen (Batum) 314, 316, **333**, 404
Freiheit der Schiffahrt
— Bojana 294, 391
— Donau **283-285**, 296f., 401f.
Freiwillige (griechische) 262
Friede
— von Kütchük-Kainardji XII, 270f.
— von Adrianopel (1829) 16
— Vorfriede von Adrianopel (1878) 237, 257, 271
— Frankfurter (1871) 345 (Anm.)
Friedhöfe 345
Fristen
— für Räumungen 17, **214-218**, 339, 356, 362, 387, 393, 398
— für Ratifizierung 362, 404
— für Schleifung von Festungen 347, 380
Fürst (von Bulgarien) 210-212, 377-379

Garantien (Bürgschaften)
— für Christen in der Türkei 178
— in Rumelien 186
— für ottomanische Anleihen 289
— allgemein (Exekutivklausel) 334f.
Garnisonsrecht (Österreich-Ungarns im Sandjak von Novibazar) 269, 388
Gebietsabtretungen (siehe auch Annexion) 19
Gebräuche 209, 225, 379, 393
Gendarmerie 204, 245, 384
(General)Gouverneur (in Ost-Rumelien) 200-202, 215, 219f., 347, 381, 385
Geweihte Güter / Klöster 319, 321f.
Gläubige / Geistliche 291, **299-301**, 406
Gläubiger (der Türkei) 231f., 291, 355
Gleichgewicht (europäisches) XIII, XV,
Grenzberichtigung (siehe auch Annexionen und Gebietsabtretungen) 237, 257, 309, 325, 357, 388
Griechenland / Griechen
— allgemein XIII, XV, XVII, XXVf., 16, 256, 301, 309, 362
— Gebietserweiterung 261-263, 303-309, 357, 388
— Zulassung zum Kongreß 180, 182-184, 188f., **192-197**, 208, 256, 264
— auf dem Kongreß vertreten 260-263
Griechische Provinzen 195-197, 261-263, 352
Griechischer Unabhängigkeitskrieg XII, 261
Groß-Bulgarien XVI, 318
Grundbesitzer / -eigentümer 242, 381, 397

Handels-Autonomie 225
Handelsfreiheit 253
Handels- und Schiffahrtsverträge 209, 224, 379
Handelsstraßen 312, 314, 388
Heilige Stätten / Orte XIV, XXIV, **299**, **301**, 322f., 348, 406
Herzegovina (siehe auch Bosnien-Herzegovina) XVI, **239-250**, 292f., 347, 356, 388
Hot(e)i 258, 293, 390
Hypotheken 290f.

Immunitäten 209, 253, 283, 309, 379, 386, 396
Insurgenten 240
Integrität (Rumäniens) 271
Inventare 342, 393, 398
Irreguläre Truppen (siehe Baschibozuks, Tscherkessen) 384
Israeliten 252

Juden XXIV, XXXI, 252, 275, 356

Kadi 216
Kapitalisierung (des Tributs) 347, **353f.**
Kapitulationen 209, 225, 379
Karawanenweg 312
Kasernen 220
Katholische Gläubige / Katholiken 209, 226, 234, 241, 295
Khan 220
Kirchen 183f., 194
Klementi 257f., 390
Koexistenz 281
Kolonien (englische) 205
Kommissar(e)
— russische(r) 221-223, 346f., 378
— ottomanische(r) 236, 245, 346f., 378
— anglo-russische für russisch-persische Grenze 340
— europäische für Bulgarien 221
— Rhodopen 358, 362
Kommissionen (siehe auch Kommissare)
— Donaukommission 18, 283-285, 297f., 302, 402
— europäische, allgemein 352, 387
— für Ost-Rumelien 203, 206, 220-224, 236, 385f.
— für bulgarische Grenze 212, 374, 376
— für Bulgarien 212, 220-224
— für griechische Provinzen 260, 307
— für Albanien 295
— für persisch-russische Grenze 314f., 320, 333
— für serbisch-bulgarische Grenze 327f.
— für Grenzziehung auf dem Balkan 342-346
— für Dobrudscha 400
— Sonderkommissionen 334
— russisch-türkische für Bulgarien Ost-Rumelien 212
— türkisch-montenegrinische 280, 392
— türkisch-bulgarische 381
— türkisch-serbische 397
— russisch-türkisch-englische Militärkommission für russisch-persische Grenze 356
— anglo-russische für russisch-persische Grenze 356
— Redaktionskommission
Allgemein XVII, XXIII, 332, 357
— Eingesetzt 228
— Zusammensetzung 239
— Überweisungen an 236, 253-255, 278-282, 282-285, 291, 300, 302, 342, 353f.
— Berichte im Plenum 337-339, 359-362
— Delimitationskommission
— Allgemein XVII, XXXVIII, 318, 338, 357, 361
— Eingesetzt 254
— Zusammensetzung 259
— Überweisungen an 255, 278-280, 282, 291, 333f.
— Berichte im Plenum 293-295, 323-331, 337, 341f., 355f.
Kompensation 326f.
Konstantinopler Konferenz (1877/78) XV, 15, 18, 185f., 189f., 195, 200f., 243, 247, 385
Konsul(arisch) 222-224, 236, 347, 378, 400f.
Konsularische Gerichtsbarkeits- und Schutz(rechte) 209, 253, 278, 294, 379, 392, 397, 406
Kreta (Kandia) 18, 262, 387
Kriegsentschädigung (siehe auch Entschädigung) 18, 237, 282, **286-291**, 354
Kriegsflaggen 294, 391
Kriegsschiffe 18, 294, 296, 316f., 391f., 401
Krimkrieg XIIf., XVI, 306
Kućioten 257
Kući-Drekalovići 293, 390
Kučka-Krajna 293, 390
Küstenwachtschiffe 294, 392

Kulte 194, 234, 280, 378, 386, 389, 394, 399 405
Kurden 18, 321, 405
Landerwerb (siehe auch Annexionen, Grenzberichtigungen) 289
Landwehr 205
Lazen 315
Leuchtturm (auf der Schlangeninsel) 356, 403
Londoner Meerengenvertrag (1841) 362
Londoner Protokoll (1877) 288, 354
Londoner Pontusvertrag (1871) 177, 194, 284, 296, 298, 316, 322, 338, 357, 362, 403, 406
Massaker / Ausschreitungen XIII, 202f., 358
Meerengen 237, 310, **316f.**, 357, 362
Metropolit (bulgarischer) 327
Militärgouverneur (Bulgarien) 221
Militärregierung 223
Militärstraße
— für Österreich-Ungarn durch Sandjak von Novibazar 249f., 388
— für Bulgarien 327, **359**
— für Türkei 17, 342f.
Miliz (Orts-, Volks-, Nationalmiliz)
— für Bulgarien 16, 184, 214f., 220, 373
— für Ost-Rumelien 200f., 204f., 384
Mirditen 309f.
Mönche 291, **299-301**, 406
Moldau XV, 222 (Anm.), 266, 270, 272, 274
Montenegro XV, XXIVf., 15, 237, 241f., 249f., 255, 272, **278-282**, 294f., 338, 342, 346f., 362, 389-394
— Grenzen 256-259, 389-391
Muselmanen / Muslims / muslimisch usw. 16, 18, 205, 241f., 295, 381, 383, 392, 397

Nahié (=Kreis) 257
Neutralisierung / Neutralität
— Rumäniens 273
— der Donau 284f.
— Serbiens 327
Notabelnversammlung 213, 216, 223, 236, 377,

Österreich-Ungarn 249f., 269, 388
Okkupation
— Bulgariens 17, 214-218, 222, 272, 386f.
— Ost-Rumelien 17, 215-218, 222, 386f.
— Rumäniens 17, 215, 217, 287
— Bosnien-Herzegovinas **244-248**, 292f., 308, 388

Organisches Gesetz / Statut / Reglement
— für Bulgarien 216, 377f.
— für Kreta 18, 387
Orthodoxe 241, 257
Ost-Rumelien XVI, 17, 20, 200-202, 204f., 209, 215-219, **221-226**, 234f., 239
— Grenzen 200, 324-331, 338, 345, 347, 381-387,

Pariser Kongreß / Vertrag (1856) XVI, XXXI, 177, 180, 194, 266-268, 270, 283, 285, 288, 296, 316, 322, 336, 338, 357, 362, 369, 399, 406
Patriarch(at) (von Konstantinopel) 183, 189, 194
Persien XVII, XXIV, 312, 314, **320**, 362, 404
Pilger 289, 406
Polizeimaßnahme 247
Präambel des Berliner Vertrags 346, 358
Prärogative 299, 402, 406
Presse 308
Privilegien 209, 253, 299, 309, 379, 386, 396, 400-402
Protokoll von 1868 300

Räumung / Rückzug
— Bulgariens 20, 214, 222, 387
— Ost-Rumeliens 20, 215, 387
— Rumäniens 20, 215f., 387
— osmanischen Territoriums 254, 281, 317f.
— an Montenegro fallender Gebiete 342, 393
— an Serbien fallender Gebiete 342, 398
— Armeniens 302
— ottomanischen Territoriums 254, 281, 317f., 341f., 393, 398
— von Festungen 336
— durch ottomanische Truppen 339, 341f., 393, 398
— durch serbische Truppen 341f., 398
— durch montenegrinische Truppen 341f., 393
— durch russische Truppen 341f.
Ratifizierung 362, 406
Rechtsgleichheit / Gleichstellung 274, 299, 346f., 399
Reformen
— allgemein im Osmanischen Reich XIII, 335f.,
— in Armenien 19, 321, 405
— in Albanien 309f.
— in Bosnien-Herzegovina 246

Religionsfreiheit XXIV, 226, 234f., 251-253, 274f., 280, 322, 346, 348, 379, 386, 399, 405
Repressalien 203
Rumänien
— allgemein XV, XVII, XXIV, XXXI, 16-18, 20, 194, 215-217, 225, 237, 255f., 273-278, 284f., 287, 299f., 317f., 322f., 338, 346, 354, 362 (Anm.), 387, 399-401
— Zulassung zum Kongreß **263-265**
— Unabhängigkeit 265-268, **274-278**, 322, 353f., 399
— auf dem Kongreß vertreten 270-273
— Grenzen 276-278, 323, 399f.
Rumelien (siehe auch Ost-Rumelien) 16, 186, 212, 318, 352
Rüstungen (griechische) 263, 306
Rußland 311, 313, 399f.

Sanktion 343, 350f.
See-Gesetzgebung 294, 392
See- und Gesundheitspolizei 294, 392
Sekretariat (siehe auch Bureau) XVIII, 177, 182, 221, 228, 254, 365
Selfgouvernement 241 (Anm.)
Serbien
— allgemein XV, XVIII, XXIV-XXVI, XXVIII, XXXI, 16, 18, 190, 194, 222 (Anm.), 226, 233, 237, 241 (Anm.), 242, 249-256, 264, 273, 275, 277, 299f., 327, 342, 346f., 353f., 362 (Anm.), 394-399
— Grenzen 254, 256f., 323-331, 337, 361, 395f.
Souveränität / Unabhängigkeit
— allgemein XV, 228, 237
— Montenegros XXIV,f., 15, **280-282**, 398
— Serbiens XXIVf., XXXI, 16, **251-255**, 264, 353f., 394
— Rumäniens XXIV, 16, **265-267**, **274-278**, 322, 353f., 399
— Griechenlands 263
— des Sultans 220, 243
(Süd-)Slawen XIf., 183f., 189, 248, 309
Suzeränität XVf., 251, 265
Schulen 183, 194
Staatsgüter (islamische)
— in Montenegro 281, 392
— in Bulgarien 381
— in Serbien 397
Staatsschuldscheine 355
Stationsschiffe 18, 283, 402
Steuern 241
Stiftungen (religiöse/fromme, siehe auch Vakufs) 281, 381, 392f., 397f.

Telegraphenlinie (durch Bulgarien) 205
Territorialarmee 205
Thessalien XXIV, 18, 196, 307
Toleranz (religiöse) 299f.
Transit(recht) (siehe auch Durchmarsch) 224f., 269
Tribut
— allgemein 232, 355
— und Bulgarien 174, 210, **231-233**, 379
— und Serbien 255, 347, **353f.**
— und Montenegro 280
— und Rumänien 278, **353f.**
Tscherkessen 18f., 321, 384, 405
Türkei 17, 178, 231f., 291, 342f., 355

Unterschriften / Unterzeichnung 362, 364

Vakufs (siehe auch religiöse/fromme Stiftungen)
— in Montenegro 281, 393
— in Bulgarien 381
— in Serbien 398
Vasallität 251, 264
Vermittlung 305, 357, 388

Wahl des Fürsten von Bulgarien 16, 210-217, 236, 346, 377-379
— in Bulgarien 377
Walachei XV, 222 (Anm.), 266, 270-274
Walachen / Kutzowalachen 16, 236
Wertpapierinhaber 289-291
Wiener Kongreß XI, XXVII, XXXII, 296

Zivilisation 210
Zoll(wacht)dienst 18, 283, 297, 402


15° östl. Länge v. Greenwich
20°
25°
30°
45°
40°
35°
ÖSTERREICH-UNGARN
RUSSLAND
RUMÄNIEN
BOSNIEN
SERBIEN
BULGARIEN
OST-RUMELIEN
Montenegro
ITALIEN
GRIECHENLAND
KLEINASIEN
ADRIATISCHES MEER
IONISCHES MEER
ÄGÄISCHES MEER
SCHWARZES MEER
MARMARA MEER
Ionische Inseln
Epirus Thessalien (1881)
Dobrudza
BELGRAD
BUKAREST
SERAJEWO
SOFIA
PHILIPPOPEL
KONSTANTINOPEL
ATHEN
Kreta (Kirid)
Europäische Türkei
nach dem Frieden von Berlin 1878
Grenze Bulgariens nach dem Frieden von S. Stephano
Maßstab 1: 5250000
50 0 100 200 km

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Berliner Kongreß (1878)
Der Berliner Kongreß 1878; Protokolle u.
Materialien / hrsg. von Imanuel Geiss. —
Boppard am Rhein : Boldt, 1978
(Schriften des Bundesarchivs; 27)
ISBN 3-7646-1729-2

NE: Geiss, Imanuel [Hrsg.]